

Erscheint  
wöchentlich

Einzel exemplar 0,75 Frs  
Monatlich 2,50 Frs  
Ausland 3,50 Frs

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 27/V. Jahrgang

Erste Juliwoche 1938

## Volksfrontschwindel und Volksfrontwirklichkeit.

Vor kurzem fand eine Sitzung des Nationalkomitees der Volksfront statt, die neue handgreifliche Beweise lieferte, dass es grober Betrug und bewusster Schwindel ist, wenn die Fuehrer der SFIO, der KPF und der CGT so tun, als seien die arbeiterfeindlichen Massnahmen der Regierung Daladier bloss ein voruebergehendes Missverstaendnis und als sei es ueber kurz oder lang zu erwarten, dass eine neugeeinte und neugestaeuerte Volksfront wirksame und durchgreifende Reformen zum besten der Arbeiter durchfuehren werde.

In der betreffenden Sitzung des Nationalkomitees der Volksfront gab es zunaechst einen haeuslichen Krach zwischen den Vertretern der beiden Fakultaelen des franzoesischen Reformismus, zwischen der SFIO und den Stalinisten. Die Stalinisten versuchten eine, uebrigens sehr zahme Kritik an der Politik der Regierung Daladier zu ueben, worauf im Namen der SFIO und im Geiste der Beschluesse von Royan Dormoy das Wort zur Verteidigung Daladiers ergriff. Dormoy wies die Stalinisten zynisch darauf hin, dass sie fuer die heutige Lage ebenso verantwortlich seien wie die anderen Volksfrontparteien. Mit seinem Appell an die Solidaritaet im Arbeiterverrat hatte Dormoy allerdings die Achillesferse der Stalinisten getroffen, denn die Kritik, die diese an der Regierungspolitik ueben, und die Forderungen, die sie stellen, haben nur den Zweck, die Arbeiter von wirklichen Kampfaktionen gegen das Kapital und seine Regierung zurueckzuhalten.

Ferner wurde in der Volksfrontsitzung ueber die Vorschlaege der SFIO und der KPF zur Ergaenzung des Volksfrontprogrammes beraten. Der Vertreter der Radikalsozialisten erklarte, dass seine Partei sich nicht einmal an Kommissionsberatungen ueber diese Vorschlaege beteiligen wolle. Diese Kommissionsberatungen, die jetzt stattfinden sollen, werden lediglich wertloses Papier produzieren; Die Fuehrer der SFIO, der KPF und der CGT werden denn dieses Papier vor den Massen hin und herschwenken und als einen Beweis dafuer ausgeben, wie sie sich um die Interessen der Massen bemuehen; die radikalsozialistischen Volksfrontpartner aber, die die massgebende Regierungspartei sind, werden dieses Papier ungesehen und unbeachtet in den Papierkorb befoerdern. Dass die reformistischen Fuehrer aller Fakultaelen trotz den Demuetigungen, die sie von Daladier und den Radikalsozialisten erfahren, entschlossen sind, ihre bisherige Politik fortzusetzen, zeigt die Rede von Jouhaux auf dem Kongress der Eisenbahnerfoederation. Die Massen der Eisenbahner sind stark aufgebracht, weil die Regierung Daladier sich weigert ihre Gehaelter (und ebenso auch die der anderen Beamtenkategorien) der Teuerung anzupassen. Die stalinistisch-reformistische Fuehrung der Eisenbahnerfoederation sah sich gezwungen, angesichts der Stimmung der Mitglieder einen eventuellen Proteststreik ins Auge zu fassen, (in der Praxis wird sie allerdings alles aufbieten, um eine solche Aktion zu hintertreiben). Jouhaux trat nur auf dem Eisenbahnerkongress auf, um zu erklaren, dass die Arbeiterschaft nun erst recht fuer die Volksfront ein-

treten muesse. Die Volksfront haette zwar die Arbeiter enttaeuscht, aber da das Kapital gegen die Volksfront sei, um eine Rechtsregierung herbeizufuehren, muesse das Proletariat die Volksfrontpolitik auch weiterhin, offenbar um des "Kleineren Uebels" willen, fortfuehren.

Inzwischen faehrt die Regierung Daladier, die von SFIO, KPF und CGT im Namen der Volksfront mit mehr oder weniger saurer Miene nach wie vor unterstuetzt wird, fort, ihre Politik der Reaktion und der Kapitalsoffensive zu betreiben. Sie trifft eine Massnahme nach der andern zur Herabdrueckung der Lebenshaltung der werktuetigen Massen im Interesse der Trusts und der unter deren Kommando durchgefuehrten imperialistischen Aufruestung. Sie hat durch Notverordnung den Preis fuer Autotriebstoffe erhoehrt, wodurch die Transportkosten zahlreicher Waren und damit auch deren Preise gesteigert werden. Es wird von einer 20 prozentigen neuen allgemeinen Erhoehung der Eisenbahntarife gesprochen, was zu einer allgemeinen Erhoehung aller Preise fuehren muesste. Ferner sehen die letzten Notverordnungen einige neue inflationistische Massnahmen vor und Inflation bedeutet weitere Untergrabung der Frankenwaehrung, Gefahr einer neuen Frankenentwertung und auf alle Faelle Preissteigerung und weiteres Anwachsen der Teuerung. Die neuen Notverordnungen ermächtigen die Bank von Frankreich, der Staatskasse weitere 10 Milliarden vorzuschiesse, d.h. 10 Milliarden an neuem Papiergeld herauszugeben, um das Defizit im Staatshaushalt durch die Notenpresse zu decken. Dem gleichen Zweck dient die Notverordnung, die der Bank von Frankreich das Recht gibt, kurzfristige Wertpapiere anzukaufen (und zu diesem Zwecke die Notenzirkulation zu erhoehen). Die "kurzfristigen Wertpapiere", um die es sich hier handelt, sind in erster Linie staatliche Bons. Es ist keine Garantie gegen die Inflation, wenn es der Bank von Frankreich verboten wird, diese Bons direkt von der Staatskasse zu kaufen. Dieses Verbot bedeutet nur, dass die privaten Grossbanken die Vermittlung zwischen Staat und Notenbank uebernehmen und dabei sehr gut verdienen werden. Die Inflation geht mit Volldampf weiter. Eine weitere Auspluenderung der Werktaetigen droht. Das ist die Volksfrontwirklichkeit, die Konsequenz der Volksfrontpolitik. Die Arbeiter duerfen sich durch keinen Schwindel der Fuehrer der SFIO, KPF und CGT ueber zukuenftige Grosstaten der Volksfront ueber das, was die Volksfront in Wirklichkeit ist, und in Wirklichkeit verschuldet hat und verschuldet, hinwegtaeuschen lassen.

-----  
A u s S p a n i e n  
=====

Die Hintergruende des diplomatischen Schrittes, durch den die republikanische Regierung Spaniens in London ankuendigen liess, dass sie eventuell gezwungen sei, gegen die Luftangriffe der Faschisten auf die Zivilbevoelkerung der spanischen Staedte Repressalien anzuwenden, die sich gegen die Plaetze richten, aus denen die Luftangriffe herkommen, sind noch reichlich dunkel. Die Regierung Negrin hat in einer offiziellen Erklaerung sich gegen die "Initiativen" nicht offiziell verantwortlicher Stellen gewandt. Wer sind die unverantwortlichen Stellen? Der "Temps" spielt an auf Vertreter der "Dritten Internationale", aber dem widersprechen die Erklaerungen der KP-Spaniens. Es kann sich auch um irgendwelche Intrigen aus dem buergerlich-republikanischen Lager auf dem rechten Regierungsfluegel handeln.

Die Wirkung war jedenfalls die, dass von England aus ein offensichtlich inspirierter Presse Sturm gegen die republikanische Regierung einsetzte, den die franzoesische Presse sekundierte - bis zu Léon Blum, der sich mit der Haltung der franzoesischen Regierung in dieser Frage einverstanden erklaerte. Die franzoesischen Erklaerungen laufen hinaus auf die Anerkennung des Anspruchs Mussolinis, dass ein Angriff auf die Balearen, die italienische Hauptflugzeugbasis gegen Spanien, einem Angriff auf italienisches Ge-



biet gleichgesetzt werde, auf den Italien mit entsprechenden Repressalien antworten werde. Die französische Stellungnahme schliesst das erstaunliche Zugeständnis an Mussolini ein, dass die Balearen heute bereits als - italienisches Hoheits- und Interessengebiet zu betrachten sind...

Es sieht beinahe so aus, als ob im Lager der spanischen republikanischen Regierung Kräfte am Werke seien, die der englischen und französischen Regierung geradezu in die Hand spielen, damit diese Regierungen jetzt offen gegen die spanische Republik auftreten können.

Die letzten Angriffe auf englische Schiffe sind durch Junkerflugzeuge erfolgt, was vermuten lässt, dass Hitlerdeutschland dahintersteckt mit dem Ziel, die Spannung zwischen England und Frankreich einerseits und Italien andererseits nicht aufheben zu lassen und Italien möglichst lange in Spanien zu binden, damit Hitlerdeutschland seinerseits die Hände in Mitteleuropa frei habe.

Aus Spanien selbst kommen Gerüchte, dass beabsichtigt sei, die Regierung durch die Hereinnahme der Rechtsrepublikaner Barrios oder Valladares zu erweitern, während die Kommunistische Partei sich anschicke, die Regierung zu verlassen, um sich für das Kommende die Hände in Unschuld zu waschen. Es ist Anlass zu befürchten, dass in diesem Falle die GPU noch versucht, so viele wie möglich ihrer revolutionären Gegner, vor allem aus der FOUM um die Ecke zu bringen.

Erneutes und rasches Eingreifen der internationalen Arbeiterbewegung zum Schutze der spanischen Revolutionäre ist dringend notwendig.

Bezeichnend für den jetzigen Kurs der Negrin-Regierung ist auch der jüngste Erlass, der die militärischen Kommandeure anweist, den Soldaten an der Front, die das wünschen, die Herbeirufung "geistlicher Hilfe" zu erleichtern ...

-----

Ein historisches Dokument

=====

"Independent News" veröffentlichen ein sehr wichtiges Dokument, das sie der der CNT nahestehenden Zeitschrift "L'Espagne Nouvelle" (Nr. 50-51) entnehmen. Dieses Dokument ist ein Auszug aus einem Briefe, den Indalecio Prieto am 25. Mai 1937 von Valencia aus an Don Fernando de los Rios, den spanischen Botschafter in Washington, der ein Mitglied der Sozialistischen Partei Spaniens ist, geschrieben hat. Es lautet folgendermassen:

" ... schliesslich ist der wichtigste Teil der Säuberung unseres Hinterlandes erledigt. In Barcelona sowohl als auch in seiner Umgebung ist die Organisation der FAJ und der CNT lahmgelegt; ihre gefährlichsten Elemente sind tot oder gefangen; was noch wichtiger ist, ist, dass diejenigen, die Vernunft annehmen, überzeugt oder zumindest kirre gemacht sind. Die Säuberung ist indessen noch nicht vollstän dig. Aber nachdem der stärkste Widerstand einmal gebrochen ist, wird es uns ein Leichtes sein, ohne Gewalt und grosse Anstrengungen, aber mit solchem Erfolg eine Unterdrückung durchzuführen, dass in kurzer Zeit das Werk vollendet sein wird. Wir fürchten jedoch noch, dass die Grigaden dieser Elemente, die noch augenblicklich an der Front sind, diese verlassen, um ihren Organisationen zu Hilfe zu eilen. Aber ich glaube, dass sie das nicht wagen werden. Es wäre uebrigens sehr schwierig für sie, eine solche Bewegung zu organisieren. Wir haben im uebrigen beschlossen, an verschiedenen Fronten zu einer Reihe von Offensiven zu schreiten, in welchen wir zuerst die Elemente der FAJ und der CNT als Sturmtruppen einsetzen werden. Wir haben andererseits beschlossen,

diese Elemente an die gefaehrlichsten Stellen zu schicken. Auf diese Weise werden die Aufruehrer uns selbst helfen, die Sauberung vollstaendig durchzufuehren, wofuer wir ihnen noch dankbar sein muessen. Indem wir diese Linie einschlagen, bereiten wir, wie Du weisst, den drei Laendern Vergnuegen, die uns am meisten geholfen haben, und die kuerzlich noch von uns ein solches Verhalten verlangt haben."

"Independent News" bemerken dazu:

"Der Brief Prietos ist von ungeheurer Bedeutung. Er beweist unwiderleglich, die Ansicht, die wir sooft hier vertreten haben, naemlich dass die Maitage sorgfaeltig von den Stalinisten und den Reformisten mit dem Kriegsminister als Komplizen, wie es dieser Brief zeigt, vorbereitet worden sind.

Prieto bestaetigt ebenfalls sehr klar und deutlich, dass die Regierung selber die Desorganisation der Aragonfront herbeigefuehrt hat. Erstens durch die Vernichtung der revolutionaeren Brigaden, indem sie als erste dem feindlichen Feuer ausgesetzt wurden; auf diese Weise wurde die 29. Brigade (die Leninbrigade der PCUM) und dann die der CNT - FAJ in kleine Einheiten aufgeloeset; zweitens indem man nicht zoegerte, Tausende aus der Front zu ziehen, um sie im Hinterlande gegen das Proletariat einzusetzen.

Prieto wusste auch sehr wohl, dass die revolutionaeren Organisationen ihre Truppen nicht von der Front zurueckziehen wuerden, weil sie sich allzusehr dessen bewusst waren, was im Kriege gegen den Faschismus auf dem Spiele steht. Aber gerade deshalb hatte die Regierung keine Bedenken, die revolutionaeren Freiwilligen ohne Artillerie und Flugzeuge in den Kampf gegen einen Feind zu schicken, der in bezug auf Kriegsmaterial zehnmal ueberlegen war. Sie tat das, ohne zu ueberlegen, ob diese Unterlegenheit die Demoralisation der Kriegsfronten zur Folge haben koennte, wie das ungluecklicherweise an der Aragonfront eingetreten ist, als die Faschisten eine grosse Offensive unternahmen.

So kam es denn, dass die neuen Brigaden, die aus Elementen zusammengesetzt sind, die den Stalinisten und den Reformisten nahestehen, wie z.B. die 41. Brigade, demoralisiert wurden und dass bei ihnen sowohl die Mannschaften wie die Fuehrer ohne revolutionaeren Kampfgeist waren, was damit endete, dass sie die franzoesische Grenze ueberschritten, ohne den Faschisten bei Lerida den geringsten Widerstand zu leisten.

Alle diese Niederlagen sind die Folge der Politik Prietos, die er selber in seinem Briefe enthuehlt. Jetzt, da er in Ungnade gefallen ist, hat er wohl Zeit, ueber die Folgen seines Verrats an der spanischen proletarischen Revolution nachzudenken die er und die Stalinisten unter dem Drucke der "drei Laender, die am meisten Spanien geholfen haben", vernichtet haben

Es besteht wohl kein Zweifel, wer mit diesen drei Laendern gemeint ist. Aber wenn man von zweien dieser Laender, die kapitalistisch sind, nichts anderes erwarten kann, als dass sie die Interessen ihrer herrschenden Klasse verteidigen, so ist es von Seiten der SU, die sich als das Vaterland des Weltproletariats bezeichnet, einfach ein Verbrechen, dass sie die Niederwerfung der spanischen Revolution verlangt hat."

#### Die allgemeine Arbeits- dienstpflicht in Deutschland

Durch Erlass Goerings ist nunmehr in Hitler deutschland die allgemeine Arbeitsdienstpflicht zu den Zwecken des Vierjahresplanes d.h. fuer die Aufruestung eingefuehrt worden. Schritt fuer Schritt werden so schon im Frieden alle die Zwangsmassregeln verwirklicht, die im letzten Kriege erst im Verlaufe des Krieges durchgefuehrt worden sind.



Verschaerfte Beziehungen  
=====zwischen Nazis und katholischer Kirche  
=====

Parallel mit den verstaerkt eingesetzten Judenverfolgungen wird in Nazi-Deutschland augenblicklich eine neue heftige Kampagne gegen die katholische Kirche gefuehrt. In ihrer Presse und in ihren Reden richten die Nazis die schaarfsten Angriffe gegen die Jdeologie, Organisation und Taetigkeit des Katholizismus. Aber die Nazis belassen es nicht bei diesem Presse- und Redefeldzug. Neue Polizeimassnahmen sind getroffen worden, die das Taetigkeitsfeld der katholischen Kirche weiter einschraenken; so sind in diesen Tagen die katholischen Studentenorganisationen aufgeloeset worden. Nachdem die katholischen Jugendvereine schon vor laengerer Zeit faktisch verboten worden waren, ist jetzt mit der Aufloesung der katholischen Studentenorganisationen der katholischen Kirche die letzte Moeglichkeit genommen, Jugendliche in eigenen Organisationen zu erfassen und zu beeinflussen. Dieses Verbot gilt auch fuer Oesterreich. Hier scheinen die Nazis entschlossen zu sein, der katholischen Kirche nichts von den Demuetigungen zu ersparen, die der deutsche Katholizismus unter Hitler erfahren hat. Bereits sind 60 oesterreichische Geistliche wegen angeblicher Sittlichkeitsverbrechen verhaftet worden.

Die Behandlung, die die katholische Kirche in Oesterreich durch die Nazis erfahrt, zeigt, dass der Kniefall des Herrn Jnnitzer vor Hitler dem oesterreichischen Klerus nichts genuetzt hat. Im Gegenteil, aus dieser feigen Haltung haben die Nazis die Schlussfolgerung gezogen, dass sie in Oesterreich nicht die gleiche Vorsicht gegenueber der katholischen Kirche anzuwenden brauchen, wie gegenueber dem deutschen Katholizismus unmittelbar nach dem Machtantritt Hitlers und dass sie hier gleich mit Kampfmethoden beginnen koennen, die sie sich in Deutschland erst nach einer laengeren Periode der Vorbereitung und der Kompromisse erlauben konnten.

Die neuerliche Verschaerfung der Beziehungen zwischen der Naziregierung und der katholischen Kirche ist eine bittere Enttaeuschung fuer den Vatikan. Dieser hatte wohl erwartet, dass die Nazis irgendeinen Preis fuer die unterwuerfige Haltung des oesterreichischen Klerus zahlen wuerden, der der Vatikan nicht so fern stand, wie er es jetzt gerne wahr haben moechte. Es scheint, dass der Pabst in diesem Falle von der Hitlerregierung ebenso an der Nase herumgefuehrt worden ist wie im Sommer 1933 beim Abschluss des deutschen Konkordats. Damals soll der Pabst, wie die Zeitschrift des Pater Muckermann, "Der Deutsche Weg", in ihrer letzten Nummer (vom 26. VI.) mitteilt, seine Zustimmung zum Abschluss des Konkordats erst dann gegeben haben, als ihm (durch den Mund von Papens) das "feste Versprechen" Hitlers mitgeteilt wurde, "die nationale Wiedergeburt in Deutschland auf der alleinigen Grundlage des Christentums durchzufuehren". Wie Hitler dieses "feste Versprechen" gehalten hat, ist bekannt.

Die neuaufgekoehte Kampagne gegen die katholische Kirche entspringt z. T. denselben Beweggruenden wie der verstaerkte Terror gegen die Juden. In beiden Faellen spielen innerpolitische Prestigefragen und die Finanznoete des Naziregimes die Hauptrolle. Es scheint, dass nach dem juedischen Vermoegen die Reichtuemer der katholischen Kirche die Gelueste der Nazis reizen. In Oesterreich hat man bereits einiges Kirchengeneigentum beschlagnahmt. In diesem Zusammenhang ist ein neuer Erlass des Reichs- und Preussischen Ministers fuer die kirchlichen Angelegenheiten von Interesse, indem es heisst, "dass der Staat den Kirchen Staatsleistungen nur gewahren und ihnen die Einziehung von Kirchensteuern nur ermoeglichen koenne, soweit er voraussetzen koenne, dass die Kirchen den Belangen des Staates nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen und auch sonst unter Aufrechterhaltung

der Ordnung Rechnung truegen". Diesen Erlasse werden die Nazis sehr bald be nutzen, um sich ihrer finanziellen Verpflichtungen gegenueber den Kirchen zu entledigen und obendrein noch die Kirchensteuern fuer staatliche Zwecke zu verwenden.

Der Vatikan hat auf feindseligen Massnahmen der Nazis mit einigen heftigen Reden gegen die Kirchenpolitik der Hitlerregierung geantwortet, so Facelli auf den Eucharistischen Kongress in Budapest. Aber nichts waere falscher, aus daraus den Schluss zu ziehen, wie das die stalinistischen Befuehrworte der Politik der "ausgestreckten Hand" tun, dass der Vatikan neuerdings antifaschistische Neigungen zeige. Die beste Widerlegung einer solchen Illusion ist die papestliche Spanienpolitik. Nach wie vor - trotz der barbarischen Ermordung von tausenden unschuldiger Frauen und Kinder durch Francos Flieger - unterstuetzt der Papst Franco. Erst vor wenigen Wochen hat er einen Nuntius als offiziellen diplomatischen Vertreter bei Franco ernannt. Auf demselben Eucharistischen Kongress, auf dem Facelli die Nazis so scharf kritisierte, konnte die spanische Delegation offene Propagandareden fuer Franco halten.

Die Kreise des deutschen Katholizismus, die dem "Deutschen Weg" nahe stehen, moechten, dass der Vatikan seine zwiespaeltige Haltung aufgebe und seine Spanienpolitik aendere. In einem Artikel im "Deutschen Weg" (v. 12; Juni), der die Stellung des Vatikans im spanischen Buergerkrieg behandelt, heisst es zum Schluss:

"Wir meinen uebrigens, dass es an der Zeit ist, sich einmal gut zu ueberlegen, ob nicht doch etwas mehr geschehen kann, um den Eindruck zu verhindern, als staende die Kirche mit einer Art Vorliebe bei gewissen Systemen ..."

Wir sind sicher, dass der "Deutsche Weg" vergebens auf eine Neuorientierung des Vatikans gegenueber dem Faschismus warten wird. Solange der Faschismus das politische Regime der herrschenden Klassen in Laendern mit katholischer Bevoelkerungsmehrheit sein wird, wird der Vatikan sich nicht gegen den Faschismus als politisches System aussprechen.

#### Der Naziterror in Oesterreich

Unter dieser Ueberschrift veroeffentlicht der "Manchester Guardian" vom 27. Juni den Bericht eines Korrespondenten, dem wir folgende Stellen entnehmen:

"Als die deutschen Truppen in Oesterreich einmarschierten, setzte ein offener Terror im Lande ein. Bis jetzt hat sich dieser Terror in der Hauptsache gegen die Juden und gegen diejenigen buergerlichen Elemente gerichtet, die das sog. "Schuschniggssystem" repraesentierten. Gegenueber den Arbeitern ist er gegenwaertig gelinder und es wird eher mit verschiedenen Mitteln versucht, sie fuer den Nationalsozialismus zu gewinnen. Indem sie sich so einstellen, rechnen die Nazis auf eine Spaltung in der oesterreichischen Arbeiterklasse. Einige der ungelerten Arbeiter, die unter betraechtlicher Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren gelitten haben, moegen moeglicherweise dem neuen Regime nicht gaenzlich unsympathisch gegenueberstehen, weil sie infolge des geplanten Baues von Strassen und Flugplaetzen fuer die Armee und der Entwicklung der Ruestungsindustrie wieder Arbeit bekommen.

Schwieriger ist es mit den qualifizierten Arbeitern, die eine lange Tradition in der Arbeiterbewegung haben und die die Entwicklung mit Skeptizismus verfolgen. Der Nationalsozialismus versucht, sie durch geschickte Dema-



gogie zu gewinnen. Ihre Qualifikation wird dringend in der Industrie benötigt... Gleichzeitig wird das ganze Polizeisystem der terroristischen Ueberwachung, wie es in Deutschland praktiziert wird, vorbereitet.

Der Terror gegen die Juden, der sofort nach dem Anschluss begann, hat zwei Hauptphasen durchgemacht. Die erste, die bis Anfang Mai dauerte, kann als die Periode des offenen Terrors in den Strassen beschrieben werden. Goebbels Worte ueber "die Nacht der langen Messer" wurden wieder einmal verwirklicht. Jahre der Propaganda hatten den Hass der oesterreichischen SA und besonders der 40 000 Mitglieder der Oesterreichischen Legion entfacht, einer militaerischen Formation, die vor dem Anschluss systematisch in Deutschland fuer die Annektion Oesterreichs trainiert worden war. Dieser Hass entlud sich jetzt ohne alle Schranken. In ganz Oesterreich gibt es wohl kaum eine juedische Familie, die nicht in der einen oder anderen Weise davon betroffen worden waere.

In den ersten Wochen der Annektion wurden juedische Geschaeftssystematisch von Nazis gepluendert. Gewoehnlich fuhr eine Nazikolonnie mit Lastwagen vor den Geschaeften vor. Was immer an Waren vorgefunden wurde; wurde in den Lastwagen fortgefahren. Ich kenne verschiedene Faelle, in denen sich SA-Leute ruehmten, dass sie sich ein halbes Dutzend Anzuege und vier Maentel besorgt haetten. Waehrend die juedischen Geschaeftssystematisch gepluendert wurden, wurden Wertsachen in juedischen Wohnungen beschlagnahmt. Kleinere Trupps von SA-Leuten drangen in juedische Wohnungen meistens bei Nacht ein, offensichtlich nach einem Plan vorgehend. Wenn sie einmal drinnen waren, beschlagnahmten sie zuerst alle Wertsachen, besonders Schmucksachen. Dann verlangten sie die Aushaendigung des Bargeldes. Dann gingen sie dazu ueber, die Wohnungseinrichtung zu zertruemmern. Nur in wenigen Faellen erfuellten die SA-Leute die Forderung der Wohnungsinhaber nach einer Quittung fuer die beschlagnahmten Schmucksachen und Gelder. In einigen Faellen stellte die SA eine Quittung aus, befahl dem Wohnungsinhaber, sie sorgfaeltig aufzubewahren, und verhafteten ihn dann...

In gleicher Weise hat der antisemitische Terror in den Strassen, Kaffees und oeffentlichen Parks gewuetet und hat bis jetzt noch nicht aufgehoeert. Juden wagen sich kaum auf den Strassen zu zeigen... Wenn sie sich hinauswagen, kommt es noch immer vor, dass sie von SA-Trupps zusammengetrieben und zu sog. Reinigungsarbeiten gezwungen werden, begleitet von einer heulenden Menge. Sie werden zu den oeffentlichen Beduerfnisanstalten gefuehrt die sie mit ihren blossen Haenden reinigen muessen. Frauen werden gezwungen, ihre Struempfe und Unterroecke auszuziehen und damit die Strassen zu fegen. Das ist ein Lieblingsvergnuegen der SA. Selbst Frauen in den letzten Monaten der Schwangerschaft sind zu dieser sinnlosen Fegearbeit gezwungen worden... Jeder Versuch, diesen Grausamkeiten Einhalt zu gebieten, scheidert. Polizei und Partei haben ein besonderes Vergnuegen daran, dem Publikum zu zeigen, wie "Juden jetzt behandelt werden". Als vor einigen Tagen eine aeltere juedische Dame gezwungen wurde, das Pflaster an einer Strassenecke in Wien mit einer Zahnbuerste zu fegen, versuchten zwei hoehere deutsche Offiziere einzuschreiten. Die SA-Leute erklaeerten, die Offiziere sollten sich um ihre eigenen Angelegenheiten kuemern, dieses sei eine Parteisache; und die Offiziere verschwanden sofort.

Nachdem die erste Verhaftungswelle eingesetzt hatte, wurden zahlreiche unbenutzte Gebaeude und selbst Schulen durch die Polizei und SA beschlagnahmt und in Gefaengnisse verwandelt.

Die Gefaengnisse, die von der SA ohne Befehl des Polizeipraesidiums eingerichtet worden sind, sind noch keiner eigentlichen Kontrolle unterworfen worden. Die Gestapo ist sogar ueber manche dieser Gefaengnisse nicht einmal informiert. Ich kenne die Namen mehrerer Personen, die von irgendeiner

Das Kapital in der Offensive  
=====Die Textilindustriellen des Nordpfeifen auf Schiedssprueche, die ihnen nicht passen  
-----

Seit dem 13. Dezember vorigen Jahres streiken 1 200 Arbeiter- und Arbeiterinnen in den Fabriken Henaire et Dillies in Roubaix. Der Streik ergab sich aus folgendem Vorfall: Am 6. Dezember 1937 wurden zwei Arbeiter, die bereits acht Tage gefeiert hatten und sich wieder zur Arbeit meldeten, auf unbestimmte Zeit wieder nachhause geschickt. Nachdem die Betriebsdelegierten Aufklaerung ueber diesen Fall gefordert hatten, wurden am gleichen Abend drei Delegierte und zwei Arbeiter mit den Entlassungspapieren bedacht. Das Syndikat forderte eine Verhandlung, worauf am 10. Dezember 65 Arbeiter entlassen wurden.

Darauf traten am 13. Dezember die Arbeiter in den Streik um die Achtung vor dem Syndikatsrecht zu sichern.

Das Textil-Consortium weigerte sich in diesem Konflikt die Vermittelung der Behoerden anzunehmen. Nach langem hin und her wurde durch den Praesidenten des Zivilgerichts von Lille ein Schiedsspruch gefaellt. Der Schiedsspruch sah die Zuruecknahme der Entlassungen und die Wiedereinstellung des Personals mit Ausnahme der 6 ersten Entlassungen vor. Er sanktionierte also die Entlassungen, selbst, soweit sie die Betriebsdelegierten betrafen. Das Arbeitersyndikat empfahl den Arbeitern trotzdem den Schiedsspruch anzunehmen, weil es keinen Konflikt wollte. Das Textil-Konsortium aber lehnte den Schiedsspruch ab und beharrte auf seinen Entscheidungen. Alle Syndikatsinstanzen mobilisierten die verschiedensten Minister um durch ihre Einwirkung die Anerkennung und Durchfuehrung des Schiedsspruchs zu erlangen, aber die Firma weigerte sich beharrlich.

Ein Versuch der Direktion des Unternehmens mit Hilfe faschistischer Streikbrecher eine beschraenkte Wiedereroeffnung des Betriebs ohne Anerkennung des Schiedsspruchs zu erreichen, scheiterte an der Geschlossenheit der Streikenden.

Die Arbeiter stehen nun schon 7 Monate im Streik um die Anerkennung eines Schiedsspruchs zu erreichen. Die verschiedenen Regierungen der Volksfront und die durch die Volksfront unterstuetzte Regierung Daladier, haben sich ausserstande erklart, das Textilkonsortium zur Anerkennung des Schiedsspruchs zu zwingen, da ihnen in diesem Falle angeblich die gesetzlichen Grundlagen fuer die Durchfuehrung von Sanktionen fehlen. Es zeigt sich, dass die buergerliche Staatsmaschine nur gegen die Arbeiter in Bewegung zu setzen ist und die Arbeiter das Parlament und den buergerlichen Staat nur unter dem Druck ihrer ausserparlamentarischen Massenaktion zum Verstaendnis ihrer bescheidensten Forderungen noetigen kann. Auf dem Boden der von der CGT befolgten Politik des "sozialen Friedens" gedeiht allein die Offensive des Patronats.

Das Warenhauskapital im Angriff  
=====

Die Politik des Burgfriedens zu deren Wortfuehrer sich die Arbeiterpartei und die CGT-Fuehrung im Zeichen der Volksfront gemacht haben, zeigt immer deutlicher ihren arbeiterfeindlichen Charakter. Ueberall stoest das Patronat vor um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. So haben die grossen Pariser Warenhaeuser Massenentlassungen von Angestellten



während der Ferienzeit angekuendigt. Diese Aktion wird faktisch auch durch das Gesetz beguenstigt, da die Besteuerung der Unternehmen sich nach der Zahl der Angestellten richtet. Jetzt haben die grossen Warenhaeuser in einem Brief an den Arbeitsminister die Erfuellung folgender Forderungen als Voraussetzung fuer einen Aufschub der angemeldeten Entlassungen bezeichnet:

1. Reduktion der geltenden Lohne um 20 %;
2. Aufhebung der gleitenden Lohnskala, wie sie im Kollektivvertrag vorgesehen ist;
3. Loekering der 40 - Stundenwoche ohne Schichtwechsel.

Die Durchfuehrung der ersten Forderung wuerde die Lohne hinter 1936 zurueckwerfen. Heute steht der Lebenshaltungsindex auf 688 Punkten gegenueber 581 im Jahre 1937. Die zweite Forderung wuerde die Lohne von den Lebenshaltungskosten unabhaengig machen. Der beruehmte Paragraph ueber die Anpassung der Lohne an die Lebenshaltungskosten im Schlichtungs- und Schiedsgerichtsgesetz, ist, wie wir bereits nachgewiesen haben, und wie es die bisherige Praxis nachdruecklich bestaetigte, so beschaffen, dass er die Unternehmeroffensive zur Herabdruendung der Realloehne im weitesten Masse beguenstigt. Die dritte Forderung bedeutet eine Beguenstigung von Entlassungen, indem sie faktisch zum 9 Stundentag fuehrt und die Rueckkehr zur 6 Tageweche einleitet. Dies alles, obzwar die CGT der Forderung nach Offenhaltung der Geschaefte waehrend 6 Tagen in der Woche, durch die Einfuehrung des Schichtwechsels bereits weitgehend entgegengekommen ist. Die Erfuellung der Unternehmerforderung wuerde fuer die Warenhausangestellten die 50 stuendige Arbeitswoche bedeuten. Es ist ganz klar, dass der Angriff auf die Warenhausangestellten nur eine Etappe in der Gesamtoffensive des Patronats ist, das sich dabei der Unterstuetzung der von den Arbeiterparteien gestuetzten und mit dem Notverordnungsrecht ausgestatteten Regierung Daladier, gewiss ist. Der parlamentarische Theaterdonner der KPF vor Parlamentsschluss hatte offenbar nur den Zweck, durch eine vorgetauschte Betriebsamkeit die ausserparlamentarische Inaktivitaet und Toleranz gegenueber den massiven Angriffen des Kapitals zu verdecken. Das ist auch der Grund, weshalb Daladier und die Radikalen formal noch an der Formel "Volksfront" festhalten.

Wann werden die Arbeiter hinter den Schwindel kommen und sich wieder auf ihre eigene Kraft und ihre selbstaendige Aktion besinnen?

#### Das Eingestaendnis des Bankrotts der sowjetischen Aussenpolitik

Die aussenpolitische Rede, die Litwinow als Sowjetkandidat in Leningrad hielt, ist das Eingestaendnis des vollen Bankrotts der Aussenpolitik der SU, die sich auf den Voelkerbund und die "demokratischen Staaten" stuetzen wollte. Litwinow musste eingestehen, dass der Voelkerbund voellig ohnmachtig ist, und dass die Aussenpolitik der sog. demokratischen, imperialistischen Staaten aus Gruenden des kapitalistischen Klasseninteresses zu immer neuen Zugestaendnissen an die faschistischen Staaten gefuehrt hat. Auf dieser Aussenpolitik war aber die Politik der Kommunistischen Internationale in den letzten Jahren aufgebaut, sie ist gleichzeitig damit verurteilt. - Im August des Vorjahres wurden die leitenden Sowjet- und Parteifunktionaere der Wolgarepublik als Verraeter und Volksfeinde "entlarvt". Es stellt sich nun heraus, dass von den an ihre Stelle tretenden Ersatzleuten die meisten bereits wieder abgehalftert sind. Dasselbe Bild zeigt sich in der ukrainischen Raeterepublik. Die Perioden des Abwirtschafens der Spitzen des Sowjet- und Parteiapparates werden immer kuerzer.

Der Naziterror in Oesterreich

. (Fortsetzung von Seite 7)

SA-Gruppe verhaftet worden sind, aber noch nicht von der Polizei verhoert werden konnten, weil es unmoeglich war herauszufinden, in welchem der zahllosen Gefaengnisse sie sassen. Die Behandlung in den Polizeigeftaengnissen und SA Baracken schliesst eine besondere Art von Belaestigung ein, wie das der Fall des Barons von Rothschild zeigt. Mehrere Wochen lang wurde die Tuer der Zelle, in der Rothschild sass, jede zehn Minuten geoeffnet, ein SA Mann oder ein Beamter der Gestapo trat ein und sagte: "Ach, so sieht ein Rothschild aus!" oder "Schaut her, da ist er, der juedische Verbrecher!" In den SA-Baracken in der Teinfaltstrasse in Wien muessen die Gefangenen, die in der Hauptsache Geschaeftsleute, Aerzte, Rechtsanwaelte und Gelehrte sind, Strohmattmatzen viele Treppen hoch hinaufschleppen, waehrend andere Gefangene dieselben Mattmatzen wieder hinuntertragen muessen. Oft muessen die Gefangenen diese "Uebungen" waehrend 10 Stunden taeglich machen. Wenn einer zusammenbricht, wird ein Kuebel schmutzigen Wassers ueber ihn geleert. Die Bedingungen in den anderen Gefaengnissen und in den Speziallagern, die die Polizei eingerichtet hat, sind aehnlich. In allen werden die Gefangenen mit ungeheuerlicher Grausamkeit behandelt. In der Regel wird es erst den Verwandten eines Gefangenen viele Wochen nach seiner Verhaftung gestattet, ihm Waesche zu bringen. Die Verwandten muessen vor den Gefaengnissen Schlange stehen und werden oft in der groebsten Art und Weise von den Waechtern und der zusammengelaufenen Menge verspottet und beleidigt.

In den laendlichen Bezirken ist der Terror gegen die Juden nicht weniger scharf als in Wien. In vielen Bezirken des Burgenlandes sind z.B. juedische Familien einfach vertrieben worden. In Eisenstadt wurden die juedischen Einwohner aneinander gefesselt, durch die Stadt gefuehrt und ausgewiesen. In anderen Staedten sind von den juedischen Gefangenen Erklaerungen erpresst worden, in denen sie "zugeben", dass sie "Feinde des deutschen Volkes" waren und aus eigenem freien Willen dazu bereit seien, ihr ganzes Eigentum der nationalsozialistischen Partei oder dem Staat zu uebergeben."

-----  
England im Schatten des kommenden Krieges  
 =====

Die Affaere Sandys wirbelt in England mit Recht viel Staub auf. Sandys, Mitglied des Unterhauses, ein Verwandter Churchills, hatte an die Regierung eine Anfrage ueber die Unzulaenglichkeit der englischen Flugzeugabwehr eingereicht. Er wurde daraufhin von Regierungsseite unter Berufung auf das Gesetz zur Wahrung der Staatsgeheimnisse aufgefordert, seine Gewaehrsleute zu nennen und darauf aufmerksam gemacht, dass das Gesetz im Falle der Weigerung eine zwei jaehrige Gefaengnisstrafe vorsehe.

Der Vorfall zeigt, wie bereits bei der Vorbereitung des Krieges die geheiligten Rechte des englischen Parlaments und das heisst grundlegende Rechte der buergerlichen Demokratie Englands unter die Raeder geraten. Ueberdies wird heute auch von buergerlicher Seite in England darauf hingewiesen, wie die Kontrolle der englischen Aussenpolitik durch das Parlament immer faederscheiniger und selbst die Information der Oeffentlichkeit darueber immer duerftiger, ja irrefuehrender werden. Auch das ist ein Zug des stufenweisen tatsaechlichen Abbaus der buergerlichen Demokratie im Schatten des kommenden imperialistischen Krieges.



Erscheint woechentlich

Einzelexemplar 0,75 Frs  
Monatlich 2,50 Frs  
Ausland 3,50 Frs

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei- Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 28/V. Jahrgang

Zweite Juliwoche 1938

Die spanische Arbeiterklasse in Gefahr

Der britische Plan angenommen - der Prozess gegen

die Fuehrer der P O U M steht bevor

In London ist vom Nichtinterventionskomitee der britische Plan der "Zurueckziehung der Freiwilligen" aus Spanien angenommen worden. Der Name, der dem Plan der britischen Regierung beigelegt wird, ist durchaus irrefuehrend. Es handelt sich bei diesem Plan keineswegs so sehr um die Zurueckziehung der faschistischen Interventionstruppen (die nebenbei bemerkt alles andere als Freiwillige sind), sondern in erster Linie darum, die Blockade des antifaschistischen Spanien zu verschaerfen und Franco die Rechte einer kriegfuehrenden Macht zuzuerkennen. In seiner letzten grossen aussenpolitischen Rede hat Chamberlain seine Sympathien fuer Franco offener zum Ausdruck kommen lassen als je zuvor. Er hat diejenigen, die Schiffe mit Lieferungen nach dem republikanischen Spanien schicken, als Abenteurer bezeichnet. Die englische Regierung wuenscht also, dass das republikanische Spanien vollstaendig und luftdicht blockiert wird.

Der Vertreter der Sowjetregierung hat in London fuer den britischen Plan gestimmt. Die Stalinsche Aussenpolitik hat sich ein weiteres Mal als Lakai des britischen und des franzoesischen Imperialismus gegen die spanische und die internationale Arbeiterklasse betaetigt.

In Spanien scheint die republikanische Regierung ihre konterrevolutionaere Politik, die zu fortwaehrenden Niederlagen an den Fronten gefuehrt und die es dem franzoesischen und dem englischen Imperialismus erleichtert hat, sich immer offener auf die Seite Francos zu schlagen, durch ein neues Verbrechen kroenen zu wollen. Der Prozess gegen die im Sommer vorigen Jahres verhafteten Fuehrer der PCUM, gegen die Genossen Gorkin, Escuder, Andrade, Bonnet usw. steht nach den letzten Nachrichten unmittelbar bevor. Das Schlimmste ist zu befuerchten. Es droht die Gefahr, dass unsere Genossen nach einer Prozesskomoedie Moskauer Art hingemordet werden. Offenbar soll die Massakrierung der PCUM-Fuehrer den Negrin und Konsorten den Weg frei machen, damit sie auf das Chamberlainsche Vermittlungsangebot eingehen und mit dem Segen des englischen und franzoesischen Kapitals vor Franco kapitulieren koennen. Und offenbar wollen Stalins spanische Schergen die Zeit, da sie noch Einfluss haben, dazu ausnutzen, um ihre revolutionaeren Gegner nach russischem Muster "auszurotten".

Dass alle Anklagen, die gegen die Fuehrer der PCUM erhoben worden sind, ausgemachter Schwindel waren und sind, ist inzwischen X mal an Hand der Tatsachen nachgewiesen worden. Es ist interessant, in diesem Zusammenhang auf

die Anklageschrift hinzuweisen, die vor kurzem den Genossen ueberreicht wurde, die beschuldigt werden, nach der Verhaftung der Fuehrer der FOUM im Sommer 1937 die Partelleitung gebildet zu haben. In dieser Anklageschrift wagen es die Negrinbehoerden nicht, auch nur mit einem einzigen Wort von Spionage, Hochverrat und den anderen Dingen zu sprechen, die die sta linistische Luegenpresse innerhalb und ausserhalb Spaniens nach wie vor der FOUM nachsagt. In dieser Anklageschrift werden die FOUM-Genossen nur beschuldigt eine verbotene Organisation weitergefuehrt (uebrigens ist die FOUM n i e auf dem von den Gesetzen der spanischen Republik fuer solche Faelle vorgesehenen Wege verboten worden) und illegale Literatur verbreitet zu haben.

Es ist notwendig, ueberall die Solidaritaetsaktion fuer die spanischen Arbeiter und ihre Verhut, die FOUM, zu organisieren.

Schluss mit der Nichtinterventionspolitik gegenueber Spanien!  
Gegen die faschistische Intervention in Spanien!  
Fort mit dem britischen Plan!  
Freie Waffenzufuhr fuer die spanischen Antifaschisten!  
Organisiert den Proteststurm gegen den geplanten FOUM-Prozess!  
Fordert die Freilassung der Fuehrer der Poum und  
aller antifaschistischen Gefangenen im antifaschistischen Spanien!

-----  
O T T O   B A U E R  
=====

Otto Bauer war zweifellos der bedeutendste Theoretiker der II. Internationale. Er verfuegte ueber eine enzyklopaedische Bildung, ueber eine hohe Intelligenz, und er hatte auch das Werk von Marx und Lenin ernsthafter studiert als die Mehrzahl der reformistischen Fuehrer. Otto Bauer hat aber seine reichen Gaben in einer Weise vertan, die an die Bemuehungen mittelalterlicher Gelehrter erinnerte, die ihr Wissen und ihre Faehigkeiten auf die Auffindung des Steins der Weisen oder aehnlicher unmoeglichem Aufgaben konzentrierten. Der Stein der Weisen, den Otto Bauer sein Leben lang suchte, war die Vereinerung der Prinzipien der buergerlichen Demokratie mit der Marxschen Lehre von der proletarischen Revolution und der proletarischen Diktatur. Aber der Versuch, die Arbeiterbewegung mit dem buergerlich-demokratischen Staat zu versoenen, ist ueberall das Kennzeichen des Reformismus, und deshalb war und blieb Otto Bauer ein Reformist auch wenn er mehr als die anderen Reformisten von der allgemeinen Notwendigkeit der proletarischen Revolution sprach. Otto Bauer, der Marx und Lenin kannte, der intelligent genug war, den Niedergang des Kapitalismus zu sehen und zu spueren, wandte eine grosse geistige Anstrengung auf, um herauszufinden, wie die proletarische Revolution deren allgemeine Notwendigkeit er nicht leugnen konnte, in jedem konkreten Falle und insbesondere dann, wenn sie praktisch auf der Tagesordnung stand, vermieden werden konnte. 1918 trat Bauer gegen die Durchfuehrung der proletarischen Revolution in Deutschland und Oesterreich auf. Der Februar 1934 offenbarte den Bankrott der Bauerschen Politik, die die oesterreichischen Arbeiter, welche ihren Kampfeswillen in heldenmuetigem Widerstand gegen den Faschismus offenbarten, in die Niederlage gefuehrt hatte. Die heutige Lage, in der die Arbeiterklasse am Vorabend eines neuen imperialistischen Weltkrieges steht, brachte die Widersprueche der Otto Bauerschen Theorie immer krasser zum Ausdruck. In dem von ihm zuletzt in Paris herausgegebenen "Sozialistischen Kampf" finden wir in Nr. 1 ein bezeichnendes Beispiel dafuer. In einem Artikel unter der Ueberschrift "Nach der Annexion" (gemeint ist die Annexion Oesterreichs) schreibt Otto Bauer:

"Wenn der kriegerische Imperialismus des Dritten Reiches das deutsche Volk in einen neuen Krieg stuerzt, wenn Deutschland in diesem Kriege von kapitalistischen, imperialistischen Maechten geschlagen werden wird, dann werden

diese Mächte das Deutsche Reich zerschlagen und zersplittern wollen... Die deutsche Revolution wird die Einheit des deutschen Volkes und Reiches nicht nur gegen die kapitalistische Konterrevolution in Deutschland, sondern auch gegen die konterrevolutionäre Intervention imperialistischer Mächte zu verteidigen haben."

Dieselbe Nummer des "sozialistischen Kampf" bringt einen Artikel des Otto Bauer-Schuelers Austriacus: "Weltkriegssituation", der Marceau Pivert deswegen kritisiert, weil er den Kampf gegen den auswärtigen Faschismus und den eigenen Imperialismus gleichzeitig führen will. Austriacus erklärt:

"Erst die Abwehr des Faschismus, dann die Revolution: das Nebeneinander dieser beiden Kampfziele bedeutet Verwirrung, ihr Nacheinander eine klare geschichtliche Aufgabe. Auf sie gilt es, sich vorzubereiten!"

Dieses Beispiel war für Otto Bauer typisch. Er war nicht so naiv und nicht so unehrlich, um zu leugnen, dass die demokratischen Imperialisten in einem Kriege keineswegs die Verteidigung der Demokratie, sondern imperialistischen Raub im Auge haben werden. Aber nichtsdestoweniger war es dafür, dass die Arbeiterklasse sich erst einmal mit Haut und Haaren diesen demokratischen Imperialisten verschreiben soll, und wie er das immer tat, verschob er die Revolution in eine unbestimmte ferne Zukunft, um für das Heute die Unterordnung des Proletariats unter die Bourgeoisie zu befürworten.

Otto Bauer hat, obwohl er die Unzulänglichkeiten der bürgerlichen Demokratie sah, nie von ihr loskommen können, nie darauf verzichten können, alle Fragen unter dem Gesichtswinkel der Prinzipien der bürgerlichen Demokratie zu betrachten. Er hat stets an der Schoepferkraft der Arbeiterklasse, an ihrer Fähigkeit, eine eigene proletarische Demokratie aufzubauen, gezweifelt. Seine Schriften werden der interessanteste theoretische Ausdruck der reformistischen Politik bleiben.

#### Die Stellung des indischen Volkes zur Kriegsfrage

=====

Der Führer der Sozialistischen Kongresspartei in Indien und bis vor kurzem Praesident des indischen Nationalkongresses, Jawarhalal Nehru, befindet sich augenblicklich in England. Die Volksfrontanhänger, besonders die KP, versuchen mit allen Mitteln einer plumpen Schmeichelei und Demagogie, Nehru für ihre Politik der "kollektiven Sicherheit", für die Unterstützung der demokratischen Imperialisten im Kriegsfall usw. zu gewinnen. Verlorene Liebesmühe! Alle Erklärungen, die Nehru abgegeben hat, zeigen deutlich, dass die indischen Massen nicht daran denken, England in einem imperialistischen Kriege zu unterstützen, sondern dass sie einen solchen Krieg ausnutzen werden, um sich von Joche des britischen Imperialismus zu befreien. Wir zitieren als Beispiel ein Interview, das Nehru dem JLP-Führer, Genosse Fenner Brockway gegeben hat und das dieser im "New Leader" (vom 1.7.), dem Organ der JLP, veröffentlicht. Fenner Brockway schreibt dort:

"Er (Nehru) stellte zwei Grundsätze auf, die von dem indischen Nationalkongress gutgeheißen worden sind. Erstens, das indische Volk müsse selber darüber entscheiden, ob es an einem Kriege teilnehmen wolle. Es werde nicht genügen, dass eine britische Regierung in London den Krieg erklärt und dann erwartet, dass das indische Volk sie unterstützt. Zweitens, solange das indische Volk keine Unabhaengigkeit genieße, werde es jeden Krieg, in den die britische Regierung verwickelt ist, als einen imperialistischen Krieg und als eine Gelegenheit betrachten, den Kampf für die Abschüttelung der



imperialistischen Diktatur zu verstaerken. Nehru erklarte nachdruecklich, dass der indische Nationalkongress in heftiger Opposition zu der Aussenpolitik der britischen Nationalen Regierung staende. Seine Sympathien seien auf Seiten des abessinischen Volkes in ihrem Kampfe gegen das faschistische Italien gewesen, und seien heute auf Seiten der Voelker Chinas und Spaniens in ihrem Kampfe gegen den japanischen und den europaeischen Faschismus. Der Nationalkongress wuerde sicherlich Newille Chamberlain in keinem Krieg unterstuetzen, der die Folge seiner auswaertigen Politik profaschistischer Buendnisse sei.

'Aber was wuerde Euere Haltung sein, wenn entweder die Nationale Regierung oder eine folgende Regierung einen Krieg gegen das faschistische Deutschland fuehrte?' fragte ich.

Nehru antwortete, dass kein Zweifel daran bestehen koenne, dass der Kongress antifaschistisch sei, aber es sei ebenfalls antiimperialistisch, und das indische Volk wuerde sich selbst in einem Krieg gegen eine faschistische Macht nicht an die Seite des britischen Imperialismus stellen. Solch ein Krieg wuerde als ein Krieg zwischen Demokratie und Faschismus bezeichnet werden, aber Grossbritannien sei nur in einem bestimmten Ausmass im Mutterlande demokratisch. Es sei antidemokratisch inbezug auf sein Empire. Nehru bemerkte laechelnd, dass, was das indische Volk betreffe, die britische imperialistische Diktatur seine staendige Begleiterin sei. Wenn Grossbritannien sich in einem Weltkrieg auf der Seite der Sieger befaende, so wuerde es der britische Imperialismus sein, der gewaenne und der britische Druck auf Indien wuerde verstaerkt werden.

'Auf keinen Fall koennen wir deshalb in Indien fuer die Unterstuetzung eines solchen Krieges, selbst gegen faschistische Maechte, eintreten. Wenn die Demokratie den Faschismus bekaempfen will, dann muss sie erst ihrem Namen Ehre machen und inbezug auf das Empire ebenso wie im Mutterlande demokratisch sein.'

Nehru erkannte an, dass Arbeiterfuehrer und Demokraten in Grossbritannien es schwierig finden wuerden, die Haltung Jndiens zu verstehen. Er meinte, dass dies zeige, wie ein latenter Imperialismus den Blick selbst derjenigen truebe, die sich selber als Demokraten und Sozialisten bezeichneten. Sie saehen mit Gleichmut der Fortdauer des britischen Imperialismus in Indien zu, waehrend sie ueber aehnliche Methoden der Diktatur in Deutschland empoeert seien. Der offensichtliche Widerspruch in einer Politik, die auf Demokratie im Mutterlande und Imperialismus draussen basiert sei, werde nicht erkannt.

'Aber der Widerspruch existiert nichtsdestoweniger und unvermeidliche Konsequenzen werden sich daraus ergeben', erklarte Nehru. 'Diese Konsequenzen sind, dass das indische Volk unter keinen Umstaenden den britischen Imperialismus unterstuetzen wird und dass es unser erstes Ziel ist, diesen Imperialismus loszuwerden. Jeder Sozialist, wie jeder, der den Weltfrieden wuenscht, muss, wenn er die Verpflichtungen seiner Ueberzeugung ernst nimmt, uns in unserer Stellungnahme unterstuetzen und danach streben, mit dem Imperialismus in Indien und anderswo Schluss zu machen.'

Nehru war gerade aus Spanien gekommen und war, wie es jeder ist, ueber die Bombardierungen der Zivilbevoelkerung entsetzt.

'Das indische Volk muss sich aber den Unterschied merken, der gemacht wird, wenn britische Buerger in Spanien bombardiert werden und wenn das indische Volk an der Nordwestgrenze bombardiert wird,' sagte er. 'Ich behaupte nicht, dass die Bombardements in Indien an Umfang mit den Bombardements in Spanien vergleichbar seien, aber es handelt sich um dasselbe

Prinzip. Vielleicht wird das englische Volk, wenn es ueber diesen Punkt nachdenkt, erkennen, warum wir in Indien die britische Regierung nicht als ein Symbol der Demokratie betrachten und uns nicht fuer den Gedanken begeistern koennen, dass wir fuer sie in einem Krieg fuer Demokratie und gegen Diktatur kaempfen sollen".

Soweit der Bericht des Gen. Fenner Brockway.

Die Erklaerungen Nehrus sind eine drastische Entlarvung der Phrasen der Fuehrer der II. Internationale und der K.J. ueber die "kollektive Sicherheit" und die Verteidigung der Demokratie mit Hilfe der Imperialisten Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten. In seiner Rede "Hand in Hand fuer die Runde des Friedens" hatte Thorez bereits die 350 Millionen Jnder als eine Kraft genannt, auf die die "demokratischen" Maechte im Kriegsfall rechnen koennten. Die Erklaerungen Nehrus zeigen, dass die Behauptungen von Thorez da s Geschwaetz eines Lakalen des Imperialismus waren. "Charity begins at home" - Wohltun beginnt im eigenen Hause, sagen die Englaender. Und auch die Verteidigung der Rechte der werktuetigen Massen beginnt im eigenen Lande, gegen die eigene Bourgeoisie.

-----

Zu der Losung der "Neuverteilung der Rohstoffe"

=====

In der vorletzten Nummer der "Arbeiterpolitik" kritisierten wir das Manifest, das von der Pflingstkonferenz des "Centre syndical d'action contre la guerre" angenommen worden war. In diesem Manifest war u. a. die Forderung der Neuverteilung der Rohstoffe enthalten, die wir als eine Konzession an die imperialistischen Expansionswuensche der faschistischen Staaten ablehnten. Nun nimmt in der "Révolution prolétarienne" (vom 25. Juni), die dem "Centre" sehr nahe steht, R. Louzon ebenfalls kritisch zu dieser Forderung Stellung. R. Louzon schreibt:

"Praezisieren wir zuerst einen Punkt. Es handelt sich, genau gesagt, nicht um eine Neuverteilung der Rohstoffe, sondern um eine Neuverteilung der Territorien, die die Rohstoffe enthalten... Das zugegeben, sehen wir jetzt zu, wie diese Neuverteilung in den wichtigsten Faellen aussehen wuerde. Nehmen wir zunaechst Deutschland. Der wichtigste Rohstoff, an dem Deutschland Mangel leidet, ist Eisenerz... Nun, wo kann Deutschland leicht und billig Eisenerz haben? In Lothringen... Die Loesung der Eisenfrage fuer Deutschland, die einzige logische und rationelle Loesung, besteht in der Zuteilung eines Teils, des grossten Teils des lothringischen Beckens an Deutschland ;.. Nehmen wir Italien. Italien leidet ebenfalls Mangel an Eisen und ausserdem an Kohle. Nun, es gibt ein Mittel, Italiens Versorgung mit Eisen zu sichern, das ist, ihm Tunis zu geben... Wie soll man seine Versorgung mit Kohle sichern? Das Land, das ungefaehr als einziges ihm billige Kohle liefern kann, ist England. Werdet Ihr einen Teil der britischen Inseln Italien geben? Wales fuer Italien annektieren?... Ich glaube, dass wenn man der Meinung ist, dass man diese Laender Deutschland und Italien geben sollte, was, ich wiederhole es, die einzig annehmbare Loesung des Eisenproblems fuer diese beiden Maechte waere, es ehrlich waere, das ausdruecklich zu sagen. Anstatt sich hinter einer verschwommenen allgemeinen Formel zu verstecken, bei der jeder mehr oder minder unklar hoffen kann, es existiere ein Wundermittel, um den einen die Rohstoffe zu geben, ohne sie den anderen wegzunehmen, sollte man den Mut haben zu formulieren, was das genau und konkret fuer das Land bedeutet, zu dem man gehoert und dem diejenigen angehoren, an die man sich wendet... Ich glaube, diese wenigen Beispiele genuegen, um die Nichtigkeit einer Formel aufzuzeigen, die nur dann verfuehrerisch ist, wenn man davon Abstand nimmt, nachzusehen, was dahinter steckt."

Der Sozialpatriotismus der KP-Tsch  
=====

Dem Organ der KPTsch-Opposition entnehmen wir folgenden Aufsatz:

Der Krieg stand vor den Toren. Am 21. und 22. Mai marschierten die imperialistischen Armeen Europas auf. Nicht etwa zur Rettung der Demokratie oder irgendwelcher menschlicher Ideale, sondern zur Verwirklichung ihrer imperialistischen Ziele. Die einen um einen imperialistischen Raubkrieg zu fuhren, die anderen um ihre Machterweiterung aus dem letzten imperialistischen Kriege zu verteidigen. So muessen die Dinge eingeschaezt werden, alles andere erweckt nur Illusionen und muss zur Folge haben, dass die Arbeiterklasse in so einem Moment als selbstaendig handelnder Faktor ausgeschaltet wird.

Der Charakter des Aufmarsches der Armeen war klar. Es sollte ein neuer imperialistischer Krieg in Szehe gesetzt werden. In der Arbeiterbewegung wiederholte sich das gleiche Trauerspiel wie im Jahre 1914. Die Arbeiterparteien, insbesondere aber die kommunistischen Parteien, standen auf der Seite ihrer imperialistischen Bourgeoisie. Die "Rote Fahne" brachte in den entscheidenden Tagen folgenden Aufruf des Zentralkomitees der KPTsch: "Im Bewusstsein des Ernstes der Lage erhebt die KPTsch ihre Stimme: Wir billigen und unterstuetzen voll und ganz alle Massnahmen fuer die Sicherheit, die Unversehrtheit und Unabhaengigkeit der Republik. Wir rufen das ganze Volk auf, Ruhe, Ordnung, Besonnenheit und Disziplin zu halten. Wir wenden uns an die Arbeiterklasse, und das gesamte werktaetige Volk in Stadt und Land mit der Aufforderung, sich ohne Unterschied der politischen und nationalen Zugehoerigkeit zu einer festen unzerstoerbaren Einheit zusammenzuschliessen. Wir rufen alle Nationen der Republik auf, alles beiseite zu schieben was sie trennt und einheitlich auf der Wacht des Friedens und ihrer Heimat zu stehen. Wir fordern alle politischen Parteien und Faktoren auf, ihre Parteiinteressen dem gemeinsamen Interesse unterzuordnen: Der Erhaltung des Friedens der Sicherheit, der Unversehrtheit und Unabhaengigkeit der Republik. Wir verkuenden unseren unerschuetterlichen Willen zu handeln und gemeinsam mit allen vorzugehen, die entschlossen sind, die Republik zu verteidigen. Wir fordern alle Kommunisten und alle unsere Organisationen auf, dass jeder an seiner Stelle in diesem Sinne handelt und vorgeht. Kommunisten der CSR, in die ersten Reihen der Verteidiger der Republik!" Dieser Aufruf besagt das gleiche, was Scheidenmann 1914 von der Tribuene des Deutschen Reichstages und Austerlitz in seinem Artikel "Der Tag der deutschen Nation" in der "Wiener Arbeiterzeitung" mangels eines Parlaments, verkuendeten.

Die Antwort auf den imperialistischen Krieg ist bei der KPTsch: Wahrung der kapitalistischen Ruhe und Ordnung, Burgfrieden und Bildung einer nationalen Front ohne Unterschied der Parteien, von den Faschisten bis zu den Kommunisten, fuer den imperialistischen Krieg. "Wir fordern alle Parteien und Faktoren auf, ihre Parteiinteressen dem gemeinsamen Interesse unterzuordnen." Das "gemeinsame Interesse" war in diesen Tagen Kriegfuehren fuer die Profite der Kapitalisten ganz gleich ob faschistischer oder demokratischer Praegung. Die einen fuer neue Profite die anderen fuer die Verteidigung ihrer schon vorhandenen.

In einem anderen Artikel der "Roten Fahne" wird ein begeistertes Lied auf die "gelungene Generalprobe" angestimmt. Den tieferen Sinn der Dinge sucht man zu vertuschen indem man anlaesslich der Rueckkehr der Reservisten schreibt: "Man darf nichts anderes sehen als es war; der normale Abschluss einer ausserordentlichen Waffenuebung, die laut Einberufungsschein vier Wochen dauern sollte."

Das was hier geschehen ist, unterscheidet sich von der Haltung der deutscher



Oesterreichischen, franzoesischen und englischen Sozialdemokratie von 1914 durch nichts. Die Kommunistische Partei, deren Grundpfeiler waehrend des Krieges gesetzt wurden, hauptsaechlich aus der verraeterischen Haltung der Sozialdemokratie waehrend des Krieges, ist auch zur Kriegspartei geworden. Die KPTsch hat sich in diesen entscheidenden Tagen als Einpeitscher des Krieges betaetigt, der nur ein imperialistischer Krieg sein konnte.

Unter der Maske der Verteidigung der Demokratie ist die KPTsch fuer den imperialistischen Krieg. Dies muss schonungslos aufgedeckt und angeprangert werden. Gerade die Haltung Frankreichs und Englands im letzten Kriege beweisen von welchen Interessen sich diese "Friedensapostel" leiten lassen.

Das Proletariat kann nicht gegen den Faschismus vom Standpunkt der imperialistischen Interessen der eigenen Bourgeoisie kaempfen. Das Proletariat muss diesen Kampf fuer seine eigenen Klassenziele fuehren und fuer sonst nichts anderes. Das heisst der Kampf gegen den Faschismus und imperialistischen Krieg muss verbunden sein nicht mit der Festigung der Stellung der eigenen Bourgeoisie, sondern mit der Eroberung der politischen Macht der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse darf in keinem kapitalistischen Lande auf ihre selbstaendige Klassenaktion verzichten. Sie muss in jedem Falle den imperialistischen Kriegszielen ihrer eigenen Bourgeoisie ihre eigenen Klassenziele gegenueberstellen und den Kampf fuer ihre Durchfuehrung aufnehmen. Die KPTsch geht gerade entgegengesetzte Wege. Dadurch ist sie Stuetze und Werkzeug der Bourgeoisie geworden.

Nur unter einem revolutionaeren Banner, niemals als blindes und gehorsames Werkzeug der imperialistischen Bourgeoisie, kann die Arbeiterklasse den Faschismus und die militaristische Reaktion die von aussen und innen drohen, schlagen, den imperialistischen Krieg verhueten, oder wenn er gegen ihren Widerstand ausbricht, ihn zugunsten ihrer eigenen Klassenziele beenden.

-----  
Der Naziterror in Oesterreich  
=====

In der vorigen Nummer der "Arbeiterpolitik" veroeffentlichten wir eine Schilderung der Judenverfolgungen in Oesterreich, die aus der Feder eines Korrespondenten des "Manchester Guardian" stammte. In einem zweiten Artikel ("Manchester Guardian" vom 28. Juni) beschreibt der Korrespondent die zweite Phase des Naziterrors gegen die Juden, die inzwischen der ersten Phase des offenen Terrors in den Strassen gefolgt ist. Die Quaelereien gegen die Juden in den Strassen, Cafés usw gehen noch immer weiter, sie sind jedoch nicht mehr so offensichtlich.

"Aber in Ergaenzung dazu", schreibt der Korrespondent des "Manchester Guardian", fuehren die Nazibehoerden jetzt eine systematische Kampagne durch, um die Juden der oekonomischen Basis ihrer Existenz zu berauben. Diese Kampagne, die durch polizeiliche Terrormassnahmen gestuetzt wird, bezweckt, den Juden das Leben in Oesterreich unertraeglich zu machen und sie so zur Auswanderung zu zwingen."

Der Artikel des "Manchester Guardian" schildert dann, wie die Polizei systematisch die Konfiskation des juedischen Besitzes betreibt:

"Juedische Besitzer werden verhaftet und durch Einschuechterung und Betrugereien im Gefaengnis zu der Erklaerung gezwungen, dass sie unrechtmassig zu ihrem Besitz gelangt seien. Nachdem eine solche Erklaerung unterzeichnet worden ist, setzen Polizei- und Parteibeamte gemeinsam einen Verkaufspreis fest, der im allgemeinen nicht mehr als 10 - 15 % des Gesamt-

wertes betraegt. Wenn der Haeftling die Zustimmung verweigert, wird er einem langen Verhoer und Einschuechterungsmassnahmen waehrend der Nacht unterzogen. Zuletzt wird ihm mit der Ueberfuehrung nach Dachau gedroht, und der Familie wird mit einer aehnlichen Aktion gedroht. Nach zwei Tagen findet ein allgemeines zweites Verhoer statt, in dessen Verlauf dem Gefangenen gesagt wird, dass die Gestapo barmherzig sein und ihn nicht nach Dachau schicken werde, wenn er sich verpflichte, die gewuenschte Erklaerung zu unterschreiben und innerhalb von vier Wochen auszuwandern. Fernerhin muesse er versprechen, weder im Lande selber noch im Auslande ein Wort ueber die Behandlung, die er erfahren habe, zu aeussern und keine "Grauelpropaganda" zu treiben. Im Zusammenhang mit diesen Massnahmen hat der Staat die meisten juedischen Bank- und Sparkassenkonten gesperrt. Es ist den Juden nur erlaubt, ausserst kleine Summen von ihren Konten abzuheben die schwerlich ausreichen, um ihre dringendsten taeglichen Beduerfnisse zu befriedigen ... Viele Juden, die bis vor kurzem noch wohlhabende Leute gewesen sind, sterben jetzt Hungers; die Zahl der Selbstmorde ist in den letzten zwei Wochen gestiegen ... Die Gestapo versucht mit allen Mitteln, Anarbeiten ueber die Zahl der Selbstmorde zu verhindern. Aus verschiedenen Quellen geht hervor, dass die angegebene Zahl von 1.500 Juden, die seit der Annexion Selbstmord veruebt haben, weit ueberschritten worden ist ..."

Der Korrespondent wendet sich dann der Frage der politischen Gefangenen zu:

"Glaubwuerdigen Untersuchungen zufolge sind 42 000 Menschen seit dem Anschluss in Oesterreich verhaftet worden, (anderen Untersuchungen zufolge betraegt die Gesamtzahl der Verhaftungen 65 - 70 000). Wenigstens 14 000 von diesen Verhafteten sind Juden. Zumindest ein Drittel von diesen werden als "politische Suender" bezeichnet. Sie sind groesstenteils bereits nach verschiedenen deutschen Konzentrationslagern, besonders nach Dachau, geschickt worden. Ihr Schicksal ist das der politischen Gefangenen in Deutschland: Konzentrationslager ohne Verurteilung, keine Moeglichkeit eines gesetzlichen Einspruchs. Der Rest der verhafteten Juden hat Aussicht, fruher oder spaeter wieder freigelassen zu werden, besonders wenn sie gewillt sind, ohne Protest die Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz hinzunehmen. Ihre Freilassung wird davon abhaengig gemacht, dass sie das Land in der schnellstmoeglichen Zeit verlassen. Die Gestapo wendet Gewalt nicht nur gegen die einzelnen Juden an, die in Haft sind; sie fordert auch von den juedischen Organisationen, darauf zu sorgen, dass im Jahre 1938 mindestens 25.000 Juden aus Oesterreich emigrieren. Von diesen sollen 20 000 aus den aermsten Klassen genommen werden, waehrend 5000 aus den wohlhabenden Schichten gewaehlt werden sollen."

Der Artikelschreiber erklart, dass auch den Fuehrern der juedischen Organisationen mit Dachau gedroht werde, sobald sie versuchen, den Nazibehoerden auch nur den geringsten Einwand zu machen, und er faehrt dann fort:

"Unabhaengig davon ist die Gestapo jedoch kuerzlich dazu uebergegangen, in wachsendem Umfang eine zwangsweise illegale Emigration der Juden, deren wirtschaftliche Existenz sie vernichtet haben, zu organisieren. Sie verhaften Gruppen von 20, 30 oder mehr Juden und transportieren sie in die verschiedenen Grenzbezirke, besonders an die tschechoslowakische, ungarische und jugoslawische Grenze. Polizeibeamte bringen sie nachts auf Geheimpfaden ueber die Grenze und erklaren ihnen, dass sie die strengste Bestrafung zu erwarten haetten, wenn sie sich von den Grenzbehoerden des Staates, in dem sie sich jetzt befaenden, fangen und wieder nach Deutschland zurueckschicken liessen. In den letzten Wochen hat die Gestapo Versuche dieser Art auch an der belgischen und der hollaendischen Grenze unternommen. Trupps von 50 - 75 Leuten, die von Gestapobeamten begleitet waren, wurden von Oesterreich in das Gestapogefaengnis in Aachen gebracht und von der Gestapo gezwungen, illegal nach Belgien zu gehen ..."

Gewerkschaftliches:Auseinandersetzungen bei den Metallarbeitern

Auf dem letzten Nationalrat der Metallarbeiterfoederation zeigte sich eine Opposition, die unter der Fuehrung des alten Ex-Konfoederierten Chevalme gegen die von der kommunistischen Mehrheit vorgeschlagene Resolution stimmte. Die Opposition erhob sich vor allem gegen die Haltung des Foederationsvorstandes in der Frage des Abschlusses des Pariser Metallarbeiterstreiks. Einmal wegen der faktischen Preisgabe der 40 Stundenwochen durch die Einfuehrung der 45 Stundenwoche ohne Ueberstundenzuschlaege. Zweitens wegen der Aufgabe des Kampfes fuer einen nationalen Kollektivvertrag und der Schaffung von departementalen Vertraegen. Da die Opposition von alten Reformisten mit syndikalistischer Tendenz ausgeht, die sich im wesentlichen auf der Linie des CGT-Sekretaers Belin (Herausgeber der Zeitschrift "Syndicats") haelt, sich nicht gegen die reformistische Grundlinie der Foederationsleitung richtet und nur das Bestreben zeigt den Einfluss der K P auf die Gewerkschaften zurueckzudraengen, hat sie keine grosse Resonanz zu erwarten. Was die Arbeiter brauchen ist, nicht eine reformistisch-syndikalistische Opposition gegen einzelne unter dem Kommando der KPF-Fuehrung stehende und als Parlamentarier der KP taetige Syndikatsfuehrer, sondern eine Opposition mit einer revolutionaeren Gewerkschaftspolitik.

Die Volksfront in der Agoniedie CGT und der Kampf um die Sozialreform

Auf dem Kongress der Landesfoederation der Eisenbahner hat L. Jouhaux laengere Ausfuehrungen ueber die Stellung der CGT gemacht, die eine wesentliche Abschwaechung seiner Erklaerungen zum gleichen Thema auf dem Postler-Kongress waren.

Jouhaux erklarte, dass die CGT nicht auf jene hoeren werde, die von ihr verlangen, dass sie die Volksfront verlasse. Die Volksfront habe zwar die CGT auf sozialem Gebiet nicht voll zufrieden gestellt, aber sie habe in weniger als einem Jahre realisiert, was die politische Demokratie nicht in einem Zeitraum von 25 Jahren zu vollbringen vermocht hatte.

Es ist nicht noetig demgegenueber darauf hinzuweisen, dass die sozialen Reformen von 1936 ohne die ausserparlamentarische Massenaktion der Arbeiterklasse in der Form des Massenstreiks mit Betriebsbesetzung, nicht realisiert worden waeren. Unter dem Druck dieser Massenbewegung und mit dem Ziel sie zu zuegeln und von revolutionaeren Konsequenzen abzuhalten, haben die Bourgeoisie, das Parlament und die Volksfront, die sozialen Forderungen damals genehmigt. Es liegen genuegend Beweise dafuer vor, dass ohne die Massenaktion der Arbeiterklasse, die sozialen Reformen nicht durchgefuehrt worden waeren. Andererseits hat die gesamte seitherige Politik der Volksfront gezeigt, dass sie vom Druck der ausserparlamentarischen Massenbewegung befreit selbst zum Werkzeug des sozialen Rueckschritts und der Reaktion geworden ist. Diese Entwicklung ist nicht das Resultat eines unvorhergesehenen Betriebsunfalls innerhalb der Volksfront, sondern die logische Folge, der durch die Volksfront verwirklichte Politik der Zusammenarbeit der Arbeiterparteien mit den liberal gefaerbten Kreisen der kapitalistischen Klasse in der Person der Radikalen.

Es ist die vollkommene Negation aller Erfahrungen des Klassenkampfes zu



behaupten, dass die Arbeiterklasse den sozialen Fortschritt der Politik der Zusammenarbeit mit der kapitalistischen Klasse und der Politik des Burgfriedens verdanke. Die soziale Gesetzgebung Eisemarks in Deutschland war das Resultat eines mächtigen Aufschwungs der Klassenbewegung des Proletariats auf dem Boden des Klassenkampfes. Die Einführung des Achtstundentages war das Ergebnis der revolutionären Welle, die als Folge der russischen Revolution und des Krieges durch Europa ging und die die Bourgeoisie im Bunde mit dem Reformismus durch die Gewährung von Sozialreformen abzuwehren versuchte. Die Sozialreformen waren dort am weitestgehenden wo die revolutionäre Welle am höchsten stieg. So waren im besiegten Deutschland diese Reformen viel weitgehender als in den Siegerstaaten, eben deshalb, weil in den besiegten Ländern die revolutionäre Welle höher stieg, weil die Macht der Bourgeoisie hier tiefer und nachhaltiger erschüttert war, als in den Siegerstaaten. Es war also nicht der materielle Reichtum, über den die herrschende Klasse des Landes verfügte, der Grad und Umfang der Sozialreformen bestimmte, sondern Umfang und Grad des revolutionären Aufschwungs und der dadurch geschaffenen Bedrohung der Macht der kapitalistischen Klasse. Rosa Luxemburg hat in ihrer Broschüre "Sozialreform und Revolution" dieses Verhältnis zwischen dem sozialen Fortschritt und dem Kampf um die Revolution klar aufgezeigt und Lenin hat mit aller Klarheit auseinandergesetzt, dass die Sozialreform nichts als ein Nebenprodukt des revolutionären Kampfes ist.

( Schluss folgt. )

---

Ein Vertrauensmann Stalin-Jeshows

---

In den letzten Tagen hat sich der Leiter der GPU und Kommandeur der Grenztruppen im Fernen Osten, Luschkow, über Mandschukow nach Japan geflüchtet und veröffentlicht in der japanischen Presse Erklärungen die offenbaren, dass er die Geheimnisse der Verteidigung des Gebiets des Fernen Ostens an die Japaner ausgeliefert, also militärischen Verrat unerhoerten Ausmasses und schwerwiegendster Art verübt hat. Dieser Luschow wurde als spezieller Vertrauensmann Stalin-Jeshows noch im Dezember 1937 in den Obersten Sowjet der Union gewählt. Er ergriff die Flucht, als er seine Karriere durch die Hinrichtung seines Stellvertreters und seine eigene Nichtwiederwahl in Parteifunktionen, bedroht sah.

Dies ist nunmehr der zweite schwere Fall, wo einer der speziellen Vertrauensleute Stalin-Jeshows zum Faschismus überläuft, (der erste Fall betrifft den früheren Sowjetgesandten in Rumänien, Butenko, der nach Italien flüchtete). Das zeigt, dass das Regime Stalin-Jeshow soweit gekommen ist, dass es seine Vertrauensleute unter den skrupellosen Karrieristen sucht, die durch nichts mehr an den Kommunismus gebunden sind und die bei Bedrohung ihrer persönlichen Karriere keine Bedenken tragen, zum Klassenfeind und zum Landesfeind überzulaufen. Das Regime, das die wirklichen Kommunisten faelischlich zu Verrätern erklärt und abschlächtet, liefert sich so den wirklichen Verrätern aus. - Unter den bei den letzten Sowjetwahlen fuer die Bundesrepubliken "Verschwundenen" gehoert auch das Mitglied des Politbueuros Tschubar, ferner Krupskaja, die Witwe Lenins. - Nach hartnaeckig umlaufenden Geruechten sollen saemtliche fuehrenden polnischen Kommunisten, deren Verhaftung frueher gemeldet wurde, erschossen sein.

Saemtliche 4 Stellvertreter Jeshows in der GPU sind beseitigt worden. Wie der "Sozialistische Bote", das Organ der Menschewiki, meldet, sind auch fast alle Gebietsleiter der GPU neuerlich ausgewechselt worden. Sollte bereits fuer Jeshow das Schicksal Jagodas bereitet werden?

Erscheint  
wöchentlich

Einzel exemplar 0,75 Frs  
Monatlich 2,50 Frs  
Ausland 3,50 Frs

# ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 29/V. Jahrgang

Dritte Juliwoche 1938

## Der Volksfrontschwindel zerflattert

Die KP-Presse, die die "Fivertisten", d.h. die neugegründete PSOP, in der groebsten Tonart beschimpft, weil diese die Verrasterien der Volksfront festnageln, bemueht sich eifrig, ihren Lesern weiszumachen, dass die Volksfront einiger sei denn je. Als ein Beispiel dieser "Einigkeit" hat die stalinistische Presse die letzte Sitzung der parlamentarischen Delegation der Linksparteien erwaeht, die am vergangenen Mittwoch stattgefunden hat. Es wurde dort einstimmig eine lendenlahme Resolution angenommen, die die Verschleppung des Cagoulards-Prozesses beklagt; die Cagoulards werden bekanntlich serienweise freigelassen und es ist ganz klar, dass die Regierung Daladier nicht gewillt ist, ihnen auch nur das Geringste zu Leido zu tun. Die Regierung hat sich auch, als ihr die Resolution der Delegation der Linken ueberreicht wurde, damit begnuegt, ein paar nichtssagende Phrasen von sich zu geben. Die Resolution der Volksfront ueber die Cagoulards wird unbeachtet in den Papierkorb wandern, und die Regierung wird auch weiterhin die Faschisten vor der Strenge des Gesetzes schuetzen.

Als es der KP aber einfiel, in der Delegation der Linken die Frage der Beamtengehaelter zur Sprache zu bringen und als die SFIO, die ebenso wie die KP gerne schoene Forderungen stellt, wenn sie weiss, dass sie keine praktischen Konsequenzen haben, die Einberufung des Parlaments zur Behandlung der Beamtensfrage und anderer dringender Probleme beantragte, stellten sich die Radikalen auf die Hinterbeine und erklaeerten, derartige "Zumutungen" an die Regierung seien fuer sie unannehmbar. Die radikale Partei, die die Mehrzahl der Minister der gegenwaertigen Regierung stellt, will, dass Daladier seine Methode des Regierens ohne Parlament fortsetzt, dass dieser Versuch der Einfuehrung "autoritaerer" Regierungspraktiken in Frankreich weitergeht. Die "Einheit" der Volksfront besteht also darin, dass es den SFIO und der KP gestattet ist, als stumme Hunde hinter der Regierung Daladier herzulaufer und im Namen der Erhaltung der Volksfront jede Regung des Widerstandes der Arbeiter gegen die reaktionaere Regierungspolitik zu sabotieren. Das mit den stummen Hunden ist keine rhetorische Uebertreibung, sondern hat sich z.B. bei den Pariser Kundgebungen am 14. Juli buchstaeblich so abgespielt. Infolge der Haltung der Radikalen im Volksfrontkomitee wurden auf der Volksfrontkundgebung vom 14. Juli in Paris keine Reden gehalten.

Der Volksfrontschwindel zieht aber immer weniger bei den Massen. Die Pariser Volksfrontkundgebung vom 14. Juli war ueberaus klaeglich. Sie zeigte, dass die Arbeiter es satt haben, fuer die Volksfront zu demonstrieren, die ihnen nur Enttaeusungen und Schlaege gebracht hat. Ein anderes Sympton fuer die heutige Stimmung der Arbeiter ist die Tatsache, dass die Fuehrer der Beamtengewerkschaften in ihrer letzten Resolution offenbar infolge des Drucks von unten die Moeglichkeit eines Streiks erwaehten.

Natuerlich waere es ganz falsch, wenn die Arbeiter aus ihrer Enttaeusung ueber die Volksfront den Schluss zoenen, man muesse jetzt passiv abwarten, was kommt, oder wenn sie sich damit begnuegt en, die verschiedenen reformis-

tischen Fuehrer zur Annahme radikaler Resolutionsformulierungen zu veranlassen. Worum es jetzt geht, ist, dass eine Kampffront der Werktaetigen geschaffen wird und dass zu diesem Zwecke die Arbeiter sich in Betrieben und Gewerkschaften zusammenschliessen, um die reformistischen Fuehrer unter staendigem Druck zu halten und um, wenn notwendig, auch gegen deren Willen Kampfaktionen organisieren zu koennen.

-----

### Die "Konzentration" der deutschen Sozialdemokraten

=====

Nach dem klaeglichen Zusammenbruch der Versuche, eine deutsche Volksfront aufzuziehen, und nach dem Zerfall des Pariser Volksfrontkomitees in zwei feindliche Lager: KPD auf der einen Seite, Max Braun - Sozialdemokraten und SAP auf der anderen Seite, bemuehen sich jetzt verschiedene deutsche sozialdemokratische Gruppen um eine "sozialistische Konzentration". Darunter verstehen die Anhaenger dieser Losung eine Vereinigung der von Wels und Stampfer gefuehrten "Sopade" (Partei Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands), der oesterreichischen RS ("Revolutionaere Sozialisten") der Gruppe "Neu - Beginnen" (Milesgruppe); der "Landesorganisation" der deutschen Sozialdemokraten in Frankreich, an deren Spitze Max Braun steht, und der SAPD in einer einheitlichen sozialdemokratischen Partei. Die Frage der "sozialistischen Konzentration" wurde zum ersten Mal in der Oeffentlichkeit durch einen Artikel von Gustav Richter, einem der Fuehrer der RS, aufgerollt. In diesem Artikel, der unter der Ueberschrift "Das Konzentrationsproblem" in der von Otto Bauer herausgegebenen Zeitschrift "Der Sozialistische Kampf" (Nr. 1, 2. Juni 1938) erschienen ist, heisst es:

"Unter 'Konzentration' hat man in den Kreisen der deutschen Sozialisten vor der Annexion Oesterreichs den organisatorischen Zusammenschluss aller Gruppen verstanden, die bereit sind, in einer einheitlichen sozialistischen Partei aufzugehen. Heute versteht man darunter ausserdem noch die Vereinigung der oesterreichischen sozialistischen Bewegung mit den deutschen Kraefte ... Die 'sozialistische Konzentration' ... ist die Neuschaffung einer sozialistischen Partei Deutschlands, und zwar einer sozialistischer Partei des neuen grossdeutschen Reichs ... Im Gegensatz zur sozialistischen Bewegung Oesterreichs befindet sich die deutsche sozialistische Bewegung in einem Zustand politischer Uneinigkeit und organisatorischer Zerrissenheit. In dieser Tatsache liegt das eigentliche Problem der Konzentration; die Zersplitterung der deutschen sozialistischen Bewegung steht einer einfachen organisatorischen Vereinigung der Sozialisten Oesterreichs und Altdeutschlands im Wege. Die eigentliche Schwierigkeit auf deutscher Seite besteht in folgender Tatsache: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands existiert in der Form, dass ein Teil der in der Emigration befindlichen Mitglieder des zuletzt gewaehlten Parteivorstandes den Anspruch erhebt, die einzige historisch legitimierte Fuehrungskorperschaft der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung zu sein und dass der Anspruch dieser Gruppe der ehemaligen Parteifuehrung auch von der Sozialistischen Arbeiter Internationalen anerkannt wird. Dagegen wird dieser Repraesentations- und Fuehrungsanspruch der "Sopade" von allen uebrigen Gruppen der sozialistischen Bewegung bestritten."

Richter erklart dann, dass die oesterreichischen Sozialisten "in der 'Sopade' nicht die deutsche sozialistische Bewegung, sondern nur eine ihrer Gruppierungen und daher auch nur eine der Kraefte erblicken, durch deren Zusammenschluss untereinander die neue gesamtdeutsche sozialistische Bewegung entstehen soll."

Nachdem Richter so den "Fuehrungs- und Totalitaetsanspruch" der "Sopade" abgelehnt hat, schlaegt er die Vereinigung der von uns oben aufgezaehten Gruppierungen vor und kuendigt an, dass, um die Konzentration praktisch in



die Wege zu leiten, "sich die Auslandsvertretung der oesterreichischen Sozialisten fruher oder spaeter zu einer wohlerwogenen Initiative entschliessen" werde. Damit hat Richter zu verstehen gegeben, dass die RS die organisatorisch und politische Fuehrung in der von ihnen propagierten neugeeinten deutschen Sozialdemokratie beanspruchen.

Dem Artikel von Richter ist eine oeffentliche Diskussion ueber die Frage der sozialistischen Konzentration gefolgt; Vertreter der verschiedenen sozialdemokratischen Gruppierungen und der SAP haben bereits zu ihr Stellung genommen.

Den Standpunkt der "Sopade" hat Friedrich Stampfer in einem Artikel "Konzentration durch Parteigruendung?" ("Der Sozialistische Kampf", Nr. 2, 16. Juni) dargelegt. Stampfer schreibt:

"Die Koerperschaft, die sich Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nennt und die das Buero "Sopade" unterhaelt, verdankt ihre Entstehung dem Entschluss, allem nazistischem Terror zum Trotz eine Kerntruppe der alten sozialistischen Arbeiterbewegung aufrechtzuerhalten... Wenn sich der Parteivorstand in einer bekannten Entschliessung fuer die Konzentration aller sozialdemokratischen Kraefte ausgesprochen hat, so war es dabei wohl der Meinung, dass zum Begriff der Konzentration das Vorhandensein eines Zentrums gehoert, und er erklarte sich bereit, seine Dienste als ein solcher Mittelpunkt des Zusammenschlusses zur Verfuegung zu stellen. Es wuerde jedoch keineswegs ein zum Ziele fuehrendes Verfahren sein, wenn eine dritte Stelle bestimmen wollte, welche Gruppen fuer die Konzentration in Betracht kaemen und wie ihr Anteil an dem Ganzen zu bemessen sei... Ein ganz grosses Missverstaendnis ergibt sich... noch in Folgendem: Genosse Gustav Richter schreibt woertlich: 'Diejenigen, die begriffen haben, dass die deutsche Arbeiterklasse eine neue sozialistische Partei braucht, muessen entschlossen sein, unterschieden gegen alle Widerstaende aufzutreten, die der 'Konzentration' im Wege stehen.' Ich gestehe ganz aufrichtig: zu denen, die das 'begriffen haben', gehoere ich gar nicht. 'Dass die deutsche Arbeiterklasse eine neue Partei braucht', glaube ich nicht... Die Einladung, an der Bildung einer neuen Partei als gleichberechtigte 'Gruppe' mitzuwirken, koennte der Sozialdemokratische Parteivorstand garnicht annehmen, ohne die Aufgabe preiszugeben, mit der er aus Deutschland hinausgegangen ist."

Der Sinn der Ausfuehrungen Stampfers ist ganz klar: die "Sopade" erklart durch seinen Mund, dass sie die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist, dass sie nicht daran denke, in einer neuen sozialdemokratischen Partei aufzugehen, dass eine "sozialistische Konzentration" nur mit ihr als Zentrum in Frage komme, d.h. nur dadurch verwirklicht werden koenne, dass sich die anderen Gruppen der "Sopade" anschliessen, und dass sie die Einmischung einer "dritten Stelle", lies der RS, ablehne.

Max Braun, der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokraten in Frankreich, begruesst in seinem Diskussionsartikel "Zum Konzentrationsproblem" ("Der Sozialistische Kampf", Nr. 2) in zustimmenden, aber allgemein gehaltenen Worten den Vorschlag der "Konzentration", vermeidet es jedoch, in dem Konkurrenzkampf, der zwischen den RS und der Sopade ausgebrochen ist, Partei zu ergreifen. Max Braun ist zweifellos ein rechtsstehender Reformist. Seit seinem Bruch mit der KPD im Pariser deutschen Volksfrontkomitee ist zudem ein Streitpunkt zwischen ihm und der Sopade fortgefallen. Aber Brauns uneingeschraenkte Solidarisierung mit dem franzoesischen Imperialismus erschwert die Herstellung einer voelligen politischen Uebereinstimmung zwischen ihm und Wels und Stampfer, die auf ihre Art gute "deutsche Patrioten", d.h. Verfechter der Interessen der deutschen Bourgeoisie sind, und sich daher nicht bedingungslos an einen auslaendischen Imperialismus binden moechten.

Offen Stellung fuer die RS nimmt Willi Mueller, der Sprecher der Gruppe "Neu-Beginnen". Er schreibt in seinem Artikel "Erster Schritt zur Einigung der Ge-

sambewegung" ("Der Sozialistische Kampf", Nr. 2):

"Es ist... fuer die deutsche sozialistische Bewegung von groesster Bedeutung, dass die Auslandsvertretung der oesterreichischen sozialistischen Partei vor ihrer Eingliederung in die grossdeutsche sozialistische Bewegung jetzt eine neue Initiative uebernimmt. Sie bringt ihre besondere Legitimation dafuer mit: die Erbschaft der oesterreichischen Sozialdemokratie, in der die Schule des wissenschaftlichen Sozialismus ebenso wie die Kunst der Massenfuehrung am festesten verankert war, die Tradition der heldenhaften Februarkaempfe und die Tradition der ersten illegalen Widerstandsperiode der "Revolutionaeren Sozialisten", sowie Organisationserfahrungen einer neuen Bewegung unter den heutigen Bedingungen. Schliesslich und nicht zuletzt eine erste Konzeption der Schaffung einer neuen Synthese der gespaltenen Arbeiterbewegung im integralen Sozialismus."

Die Gruppe "Neu-Beginnen" behauptet bekanntlich, fuer die "Revolutionierung der Sozialdemokratie" zu kaempfen. Wie sich jetzt herausstellt, versteht sie darunter, dass an die Stelle des Reformismus der Wels und Stampfer der austromarxistische Reformismus tritt, denn der Austromarxismus ist in Wirklichkeit nichts anderes als die raffinierteste Form der Reformismus. Der "integrale Sozialismus", den W. Mueller als "neue Synthese der gespaltenen Arbeiterbewegung" feiert, wurde von Otto Bauer nach der Niederlage des oesterreichischen Proletariats im Februar 1934, welche zugleich den Bankrott des Austromarxismus offenbarte, in seinem Buche "Zwischen zwei Weltkriegen" propagiert. Er ist der Versuch, Reformismus und revolutionaeren Sozialismus zu versoeenen, er stellt die letzte Auflage des Austromarxismus dar.

Im Namen der SAP hat Jakob Walcher zu der Frage der sozialistischen Konzentration Stellung genommen (siehe seinen Artikel "SAP und sozialistische Konzentration", "Der Sozialistische Kampf", Nr. 2). Es ist ein offenes Geheimnis dass die SAP politisch, organisatorisch und finanziell dem Zusammenbruch nahe ist und dass sie sich deshalb in den Hafen der Sozialdemokratie retten moechte. Walcher gibt das offen zu, wenn er schreibt, "dass nur die sozialistische Konzentration uns die Moeglichkeit sichert, die illegale Bewegung im Reiche organisatorisch, politisch und finanziell (!) zu unterstuetzen."

Walcher schreibt weiter:

Das naechste Ziel der sozialistischen Konzentration kann nach unserer Auffassung ... nicht die Wiederherstellung der alten SPD sein."

Das kann nur bedeuten, dass fuer Jakob Walcher die Wiederherstellung der alten SPD zwar das fernere, aber immerhin das Ziel der sozialistischen Konzentration ist. "Zunaechst" ist Jakob Walcher jedenfalls fuer die oesterreichischen Sozialisten:

"Nach unserer Auffassung sind besonders die oesterreichischen Genossen berufen, aktiven Einfluss auf die Neuformierung der sozialistischen Bewegung Grossdeutschlands auszuueben."

Walcher betont seine Uebereinstimmung mit Otto Bauer und G. Richter und erkluert sich besonders mit dem Vorschlag Richters, eine politische Plattform zu schaffen, einverstanden. Diese Plattform denkt sich Walcher folgendermassen:

"Eine solche Plattform wird nicht alles enthalten duerfen, was den Erkenntnissen des revolutionaeren Marxismus entspricht, denn das hiesse im gegenwaertigen Stadium den Rahmen der Konzentration sektermaessig zu sehr verengen."

Mit anderen Worten: die Plattform muss gut reformistisch sein, damit nicht die ganz rechten Reformisten à la Wels und Stampfer der "sozialistischen Konzentration" fernbleiben. Mit keinem Wort erwaeht Walcher die Frage der

internationalen Bindung der neuen sozialdemokratischen Partei. Es ist für ihn wie für alle anderen Teilnehmer der Konzentrationsdebatte selbstverständlich, dass die der II. Internationale angehören wird. Die Tatsache, dass das Überlaufen der SAP zur II. Internationale für die Führung dieser Partei eine Selbstverständlichkeit ist, über die man gar nicht erst zu diskutieren braucht, zeigt, wie weit die reformistische Zersetzung der SAP fortgeschritten ist.

Das Ergebnis der "sozialistischen Konzentration" kann nur die Schaffung einer reformistischen Partei sein. Wie die bisherige Diskussion gezeigt hat, ist die Streitfrage nur, welcher Schattierung der Reformismus dieser Partei sein soll: ob Weltscher oder Bauerscher Färbung. Für die RS, die nach dem Februar 1934 begonnen hatten, sich nach links zu entwickeln, würde der Anschluss an eine solche Partei einen schweren politischen Rückschlag bedeuten, und die Ansätze zu einer Klärung ihrer Auffassungen im Sinne des revolutionären Marxismus, die sich in ihren Reihen gezeigt hatten, vernichten. Die Lösung für die sozialistischen Arbeiter, ganz gleich, ob sie in der alten SPD, den RS, der Milesgruppe oder der SAP organisiert sind, kann nicht lauten: "sozialistische Konzentration", d.h. Einheit auf dem Boden des Reformismus, sondern Vorwärtsentwicklung zum revolutionären Marxismus, zum Kommunismus.

#### =====

Der Bericht des Generals von Reichenau und die Erklärung der Pasionaria

=====

Die liberale Zeitung "News Chronicle" veröffentlichte einen ausführlichen Bericht des Generals von Reichenau über die spanische Frage. Der Bericht zielt darauf ab, im Einzelnen den Beweis zu führen, dass die Einmischung Deutschlands in den spanischen Bürgerkrieg keine Schwächung oder Ablenkung für die allgemeine imperialistische Kriegsvorbereitung Deutschlands darstelle, sondern umgekehrt, sie stärke und beschleunige. In diesem Zusammenhang betont der Bericht insbesondere, dass die Beteiligung Deutschlands am spanischen Krieg diesem höchst wertvolle Kriegserfahrungen geliefert habe und ihm eine Überlegenheit verschaffe, über die Staaten, die diese Erfahrungen nicht gemacht haben. So habe Deutschland auf Grund dieser Erfahrungen seine Flugzeuge und seine Tanks verbessert, zahlreiche Flieger kriegsmäßig ausgebildet usw. Ferner wird die Bedeutung betont, die der deutsche Einfluss in Spanien habe, um die Verbindung Frankreich-Nordafrika und die englischen Mittelmeerverbindungen zu bedrohen und zu stören. General von Reichenau ist ein besonderer Vertrauensmann der Nazis, dagegen ist seine Stellung in der Reichswehrgeneralität umstritten. Sein Bericht richtet sich offensichtlich gegen die kritischen Einwürfungen, die von der Reichswehrgeneralität gegen die Einmischung in den spanischen Krieg geltend gemacht worden sind.

Für die gegenwärtige Haltung der Stalinisten in Spanien ist charakteristisch eine kürzlich gehaltene Rede der Pasionaria, in der sie sich gegen diejenigen in der Kommunistischen Partei wendet, die gegen die von der Negrinregierung geforderte Amnestie der Faschisten auftreten und diese Massregel als Voraussetzung für ein Kompromiss mit den Francoleuten unter der Flagge der "nationalen Verteidigung" verteidigte. Der Kurs der Stalinisten in Spanien geht auf Kapitulation vor dem Francofaschismus: indem sie die innerkonterrevolutionäre fördern, haben die Stalinleute zugleich die Grundlagen der militärischen Moral der Kämpfenden unterwühlt und bahnen den Weg der Niederlage. Auf diese traurige Weise bestätigt es sich, dass in Spanien der Sieg an der Front unverwundlich geknüpft war an das Fortschreiten der Revolution im Hintertand - an die Linie also, für die allein die PCUM gekämpft hat und kämpft.



Ein deutscher KPO-Genosse von den spanischen Stalinisten entfuert

Unser Genosse Karl Brauner, Mitglied der KPD-O, ist, wie die "Independent News" melden, seit einigen Wochen in Barcelona verschollen. Es ist zu befürchten, dass er ein Opfer des Terrors der Stalinisten geworden ist. Zu Beginn des spanischen Bürgerkriegs eilte Genosse Brauner nach Spanien und trat den Arbeitermilizen bei. Er gehörte dem bekannten "Todesbataillon" der CNT an. Im Juli 1937 bereitete die Prietoregierung eine Reihe von militärischen Operationen an der Huescafront vor - zu dem Zweck, die Divisionen in denen ein revolutionärer Geist herrschte, zu vernichten. Das "Todesbataillon" merkte bald die Falle, in die man es jagen wollte, und weigerte sich den Befehlen des Generalstabs zu gehorchen. Die Folge waren Massenverhaftungen der Milizionäre und Todesurteile, die sofort vollstreckt wurden. Karl Brauner wurde verhaftet, vor Gericht gestellt, das Verfahren wurde eingestellt, aber nichtsdestoweniger wurde er weiterhin gefangen gehalten. Einige Monate später gelang es ihm, aus dem Gefängnis zu fliehen.

Vor kurzem wurde er in dem Augenblick, da er das Flugzeug besteigen wollte, um Spanien zu verlassen, von der stalinistischen Polizei verhaftet. Seine Verhaftung war völlig ungesetzlich. Er ist zudem nicht in ein Staatsgefängnis gebracht worden, sondern in die Kaserne Karl Marx, die sich in den Händen der Stalinisten befindet. Seitdem hat man nichts mehr von ihm gehört. Es ist zu befürchten, dass unser Genosse Karl Brauner dasselbe Schicksal erlitten hat, wie so viele anderer Revolutionäre, die in die Hände der Stalinisten gefallen sind.

Die Nationalkonferenz unserer amerikanischen Genossen

Vom 2. - 4. Juli dieses Jahres fand in New York die Nationalkonferenz unserer amerikanischen Bruderorganisation statt. Auf der Tagesordnung standen u. a. ein Referat des Gen. Lovestone ueber "die internationale Konferenz in Paris und unsere internationalen Perspektiven" und ein Referat des Genossen Herberg ueber "die neue Orientierung unserer Gruppe und unser Aktionsprogramm". Die Konferenz war von 98 Delegierten besetzt. Begrüßungsschreiben- und telegramme waren von einer Reihe Bruderorganisationen und befreundeter Organisationen eingetroffen, u. a. von dem Buero der IVKO, der oesterreichischen KPO-Gruppe, der POUM, dem Internationalen Jugendbuero. Die JLP hatte einen Vertreter, Bob Edwards, entsandt, der an der Konferenz teilnahm. Ein Genosse von der deutschen KPDO ergriff das Wort zur Begrüßung der Konferenz. Auch ein Vertreter der italienischen Maximalisten war auf dem Parteitag anwesend. Die Diskussion war lebhaft und zeugte von einem hohen Niveau der Mitgliedschaft; 81 Genossen beteiligten sich an der Diskussion, die den oben erwahnten beiden Referaten folgte.

Die Konferenz nahm u. a. ein Manifest "an die arbeitenden Maenner und Frauen Amerikas", ein Aktionsprogramm und Statuten an. Das Manifest schildert in populaerer Sprache die Ziele und die Taetigkeit unserer amerikanischen Bruderorganisation. Das Aktionsprogramm nimmt ausfuhrlich Stellung zu allen Fragen auf politischem, wirtschaftlichem und gewerkschaftlichem und sozialem Gebiet, die vor der amerikanischen Arbeiterklasse stehen und stellte eine Reihe von Forderungen auf, fuer den Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Aussenpolitik des amerikanischen Imperialismus, gegen den Faschismus, fuer die Unterstuetzung des Kampfes der spanischen Arbeiter, des chinesischen Volkes, der illegalen Arbeiterbewegung in den faschistischen Laendern und der antifaschistischen Fluechtlinge; fuer den Kampf gegen die Wirtschaftskrise, Kapitaloffensive, fuer Arbeitslosenunterstuetzung,

oeffentliche Arbeiten, Sozialgesetzgebung, fuer die Verteidigung der politischen und gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter, gegen die Unterdrueckung der Neger, fuer den Aufbau der Labor Party, fuer die Einheit und eine fortschrittliche Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung usw.

Die Konferenz beschloss ferner, den bisherigen Namen der Organisation zu aendern. Der neue Name unserer amerikanischen Bruderorganisation lautet: Independent Labor League of America (Unabhaengige Arbeiterliga Amerikas - ILL of A). In den von der Konferenz beschlossenen Statuten wird das Bekenntnis der Organisation zu den Grundsuetzen des Kommunismus sowie die Tatsache dass sie eine Sektion der IVKO, der Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition bildet, festgelegt.

Wir werden auf die Arbeiten und die Beschluesse der Nationalkonferenz unserer amerikanischen Bruderorganisation naeher eingehen, sobald uns ein ausfuehrlicher Bericht vorliegt.

-----  
Die Selbstwiderlegung der Volksfrontpolitik durch Litwinow  
=====

Die Sowjetpresss hat jetzt den offiziellen Wortlaut der von Litwinow am 23. Juni in Leningrad gehaltenen Rede ueber die sowjetische Aussenpolitik veroeffentlicht. (So z. B. in der "Deutschen Zentralzeitung" vom 8. 7. 38.) Wir fuehren hier woertlich die Stelle an, in der Litwinow eine mit Respekt zu melden, marxistische Begrueundung fuer die Volksfrontpolitik zu geben versucht:

"So kommt es, erklaerte Litwinow, dass diese Kreise (gemeint sind die englischen und franzoesischen Regierungskreise) vorziehen, ihre nationalen Interessen zu opfern, ihre staatliche Stellung der Gefahr unterwerfen und sie sogar zu verlieren, alles der Beibehaltung ihrer sozialen und Klassenstellung willen... Das ist natuerlich nur die Politik des reaktionaersten, vom blindwuetigen Klassenhass gegen die Werktaetigen erfuelten Teils der Bourgeoisie. Es gibt natuerlich auch Vertreter und Teile der Bourgeoisie, die anderer Ansicht sind, ohne auf ihre Klassenprivilegien zu verzichten, in erster Linie ihre Staatsinteressen, ihre eigene nationale und allmenschliche Kultur verteidigen wollen, und im Faschismus nur eine sphaemere Erscheinung sehen... Der Streit in der Aussenpolitik geht hauptsaechlich zwischen den reinen Klasseninteressen einerseits, und den nationalen, patriotisch gesinnten Elementen, die vorwiegend die Ansichten des Kleinbuergertums, der Intelligenz und der Werktaetigen widerspiegeln, andererseits, vor sich."

Die Vorstellung von der Existenz eines Teils der Bourgeoisie, der "vorwiegend" die Interessen der werktaetigen Klassen "widerspiegelt", ist ebenso absurd, wie er ein vollstaendiger Bruch mit den elementarsten Grundgesetzen des Marxismus ist. Das negative Ergebnis dieser Absurditaet sieht sich denn auch Litwinow genoetigt, folgendermassen zu kennzeichnen: "Die ganze diplomatische Taetigkeit der westlichen Maelchte beschraenkt sich in den letzten 5 Jahren darauf, jeglichen Widerstand gegen die Angriffsaktionen Deutschlands zu vermeiden, alle seine Forderungen und auch die kleinlichsten Launen zu erfuehlen, in staendiger Befuechtung, auch nur die geringste Missbilligung Deutschland hervorzurufen... Von der drohenden Macht, die der Voelkerbund darstellen sollte, ist nur ein blosser Schatten geblieben." - Warum hat die SU das Nichtinterventionsabkommen unterschrieben? "Im Interesse der internationalen Solidaritaet", antwortet Litwinow. Der "internationalen Solidaritaet" - nicht mit der Arbeiterklasse, sondern mit den buergerlichen Regierungen der "westlichen Maelchte". Es ist hoechst bemerkenswert, wie im Munde Litwinows die "internationale Solidaritaet" schon ohne weiteres im buergerlichen Sinne gebraucht wird.

Die Volksfront in der Agonie  
=====die CGT und der Kampf um die Sozialreform  
=====

(Fortsetzung von Nr. 28)

Ein eklatanter Beweis, dass die Sozialreform nicht das Resultat des oekonomischen Fortschritts, also der Hoehhe der kapitalistischen Entwicklung des davon betroffenen Landes unabhaengig von der Entwicklung seiner Arbeiterbewegung und der Entfaltung des Klassenkampfes ist, zeigen ja auch die Vereinigten Staaten, wo bis vor der, durch die Krise von 1929 und ihre Folgen bei den Arbeitern ausgeloesten Entfaltung ihres Klassenbewusstseins und ihrer Klassenbewegung, die Sozialreform noch nicht einmal in den Kinder-schuhen steckte. Andererseits zeigt Deutschland, infolge der schweren Niederlage der Arbeiterbewegung, fuer die der Reformismus und die von ihm vertretene Politik der Zusammenarbeit mit dem sogenannten liberalen Buerger-tum die Hauptverantwortung traagt, dass die Ergebnisse der Sozialreform infolge einer falschen und verhaengnisvollen Politik der Arbeiterorganisationen nicht nur bedroht, sondern zum erheblichen Teil vernichtet werden koennen. Dass eine Politik der formalen Einheit der Arbeiterbewegung auf dem Boden des Reformismus, dagegen kein Mittel ist, zeigt ja auch Oesterreich, wo die ueberwaeltigende Mehrheit der Arbeiter der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften folgte.

Der Reformismus, d.h. heute, die Politik der Volksfront - hat sich ~~immer~~ nur da als der Repraesentant des sozialen Fortschritts aufspielen koennen, wo die ausserparlamentarische Massenbewegung der Arbeiterklasse es der Bourgeoisie ratsam erscheinen liess, ihr einige Konzessionen zu machen, um im Bunde mit dem Reformismus diese Massenbewegung zu baendigen. In dem Masse, wie dies dem Reformismus gelang, zerstaerte er selbst die Bedingungen die ihn fuer die Bourgeoisie unentbehrlich machten und bereitete der Kapitalsoffensive gegen die Sozialreform den Weg.

Die ausserparlamentarische Massenbewegung ist also der Motor der Sozialreform. Jouhaux aber zieht diese Folgerung nicht. Er erklaert, dass die CGT sich darauf beschraenken werde, im Rahmen der Volksfront zu arbeiten und die Durchfuehrung des Programms der CGT zu fordern. Wenn die Volksfront - im besonderen also die Radikalen, ein "Unmoeglich" aussprechen, dann wird nach Jouhaux, die CGT nicht wie er das seinerzeit auf dem Postlerkongress versprochen hatte, ihre Unabhaengigkeit zureucknehmen und ihre Aktion ohne und gegen die Volksfront organisieren, sondern innerhalb der Volksfront ihre Aktion fortsetzen, um die Anhaenger der radikalen Partei dazu zu bringen, dass sie ihren Fuehrern zu verstehen geben, dass die CGT recht habe und dass man ihr folgen muesse. "Trotz allem Volksfront, und wenn es nur waere, um den Gegnern nicht die Siegesfreude zu gewaehren!", das sind die banalen und den ganzen Bankrott seiner Politik offenbarenden Worte des Fuehrers der grossen CGT, vor der im Juni 1936 das grosse Patronat zitterte.

Die Daladier, Bonnet, Sarraut haben also von der millionenstarken CGT trotz des, aus agitatorisch-demagogischen Gruenden gegen sie hie und da schuechtern vorgetragenen Vorwurfs des Verrats am Volksfrontprogramms nichts zu befuerchten. Und nachdem der Fuehrer der CGT den radikalen Parteihauptlingen auf diese Weise eine Blankovollmacht erteilt hat, darf man wohl erwarten, dass sie auf ihrem kommenden Nationalkongress noch ungehinderter das Notverordnungszepter gegen das werkttaetige Volk schwingen und noch nachdruecklicher als bisher, ihre Wahlversprechungen mit den Fuessen treten werden.

Ist es noetig zu zeigen, dass diese Politik der Ueberredung der Daladier und Co nichts mit einer wirksamen Bekaempfung des Faschismus zu tun hat?



Selbst der "Republikaner", der doch wahrlich nicht im Geruch revolutionaerer Zielsetzungen steht, sondern zu den getreuesten Paladinen Blums gehoert, drueckt Zweifel in die Zweckmaessigkeit einer solchen Stellungnahme der von den Kommunisten sekundierten CGT-Fuehrung aus, indem er u. a. schreibt:

"Ob das auch (die Stellungnahme der CGT) jene einer politischen Partei wie der sozialistischen sein darf, ist eine andere Frage. Wir haben uns hierueber ... geaussert und hierbei unserer Ansicht Ausdruck gegeben, dass unsere Partei allen Ernstes und in aller Klarheit die Frage des weiteren Verbleibens in der Volksfront diskutieren muesste, wenn diese nur noch dazu dienen muesste ... gewissen Maennern und politischen Gruppen als Schutzschild zu dienen, hinter dem sie ihre sozialkonservative Gesinnung, ihre demokratische Schwachheit, ihre politische Unfaehigkeit und Charakterlosigkeit, oder auch ihre demagogische Uebertrumpfungspolitik verbergen koennen. Wir erblicken keinerlei Widerspruch zwischen dieser nuechternen Erwaegung morgiger Notwendigkeiten und unserer gleichzeitigen Begruessung der von Léon Jouhaux gesprochenen Worte (der "Republikaner" hat eine seltene Fertigkeit Widersprueche zu negieren) weil wir die Moeglichkeit einer Aufgabe der Volksfront nur ins Auge fassen, wenn keinerlei Sanierung mehr moeglich ist, wenn auch die letzte Hoffnung geschwunden ist, mehr noch von ihr zu erreichen als fruchtlose Lippenbekenntnisse und zukunftslose Manifestationen."

Die Arbeiterklasse braucht und darf nicht erst warten um zu wissen, dass ihre Interessen durch die Volksfront und in ihr nicht vertreten werden koennen. Sie muss selbst auf den Plan treten und zwar in einer ihren Interessen entsprechenden Kampffront der Werktaetigen.

---

A U S D E M E L S A S S

---

---

Austritte aus der SFIO

---

Wie der "Republikaner" vom 7. Juli in einem Versammlungsbericht der Sektion Colmar mitteilt, haben in der letzten Mitgliederversammlung der SFIO die Mitglieder Voortmann père, Burgard, Aleaume und Raussel mit einer schriftlichen Erklaerung ihren Austritt aus der sozialistischen Partei vollzogen. Die Betreffenden sind langjaehrige Parteimitglieder, die wiederholt in Parteiversammlungen und Konferenzen die Ansichten der "Gauche révolutionnaire" vertreten haben. Der Austritt geschah auf Grund der Entscheidungen des Parteikongresses von Royan in den grundsuetzlichen Fragen und in bezug auf die Seinefoederation im besonderen. Der "Republikaner" versucht zum wiederholten Male den Eindruck zu erwecken, als ob die Vertretung revolutionaerer Ansichten in der SFIO niemandem verwehrt werde. Die Haltung des Foederationsvorstandes von Haut-Rhin zum Fall der Seinefoederation hat ja offenbart, wie weit revolutionaere Ansichten von ihm in der Partei toleriert werden. Die Behauptung des "Republikaner" ist also nur ein taktisches Manoeuver, um die revolutionaer gestimmten und mit der Politik der "Gauche révolutionnaire" sympathisierenden Parteimitglieder weiter im Schosse der SFIO fuer eine Politik gegen den revolutionaeren Sozialismus zu missbrauchen. Der Fall Colmar zeigt, dass ein Teil der Mitglieder den Sinn dieser Politik zu durchschauen beginnt.

---

Radikale Verbeugungen vor Michel Walter

---

M. Walter, der geistige Fuehrer der UFR hat in einer Artikelfolge wieder einmal eine Bilanz der Volksfront von seinem Standpunkt aus gezogen.

F. Hecker von der radikalen "Republique" hat die innerpolitische Bilanz des

H. Walter in allen entscheidenden Punkten unterstrichen. Hecker erklärt, dass das Experiment der Volksfront - also der Front der Radikalen mit den Sozialisten und den Stalin-Kommunisten - notwendig war, da das Land 1936 vor einer Lage stand, "die ohne die Machtübernahme durch die Volksfront sehr leicht hätte revolutionär ausfallen können."

Hier wird also mit anerkennenswertem Freimut die Rolle der Volksfront aufgezeigt. Nachdem die Volksfront den genannten Zweck erfüllt hat, vergisst natürlich F. Hecker nicht zu konstatieren: 3 Devaluierungen, Produktionsrückgang, unaufhörliche Verschlechterung der Handelsbilanz und materielle Schlechterstellung für Arbeiter, Angestellte und Beamte im Vergleich zu 1936.

Das alles geschieht natürlich nur, um die Volksfrontbundesgenossen, die man ja so schön umerzogen und zu zuverlässigen Stützen des französischen Vaterlandes gemacht hat, als unfähige und nichtwissende Trottel hinzustellen und ihnen zu bezeugen, dass sie nur eine Aufgabe hätten: beim Daladier'schen Werk der "Wiedergutmachung" hübsch ruhig und folgsam zugehen. Für den Fall, dass dies nicht geschieht, stellt uns F. Hecker den Faschismus als unausbleibliche Folge in Aussicht. Das sind nun die Bundesgenossen der SFIO und KPF im Kampfe gegen den Faschismus!

#### Zur "Rettung" der elsässischen Wirtschaft:

Die "Humanité" wünscht die Zustellung des Eisenerzes  
-----  
an Hitler über den Strassburger Hafen.  
-----

Anlässlich der bevorstehenden deutsch-französischen Handelsverhandlungen bemüht sich die "Humanité", die Forderungen der elsässischen Wirtschaft "nachdrücklichst" zu vertreten. Unter den 4 Forderungen, "von deren Gedeihen das Brot vieler Familien abhängt", erwähnt der Chefredakteur der "Huma", Jltis, in seinem Leitartikel vom 9. Juli auch die folgende:

"Transport des lothringischen Eisenerzes nach Deutschland über den Strassburger Hafen (mindestens 800 000 Tonnen Erz pro Monat) auf dem Rhein."

Die "Humanité" findet also die französischen Erzlieferungen an den Kriegstreiber Hitler zur imperialistischen Aufrüstung ganz in der Ordnung. Obwohl zwar die russischen Gewerkschaftsführer bei den Verhandlungen mit dem internationalen Gewerkschaftsbund auch die Durchführung proletarischer Sanktionen (Verhinderung von Kriegsmaterialtransporten und Unterbindung der Rohstoffzufuhr an die faschistischen Kriegstreiber) gefordert haben, machen sich die "Humanité" und die Regionalleitung der KPF in ihrem Drange die Interessen der "elsässischen Wirtschaft" zu verteidigen, zum Propagandisten Rossés und der Kapitalisten der engeren Heimat.

Auf der letzten Bundesvorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Oslo hat Jouhaux die Organisation des Boykotts der faschistischen Staaten gefordert und diese Massnahme als ein wirksames Mittel im Kampfe gegen die drohende Kriegsgefahr bezeichnet, da die ganze Kriegsvorbereitung dieser Staaten wesentlich von der Rohstoffeinfuhr aus den sog. demokratischen Staaten abhänge. Die "Humanité" aber weiss nichts anderes zu tun, als zu den bevorstehenden Handelsverhandlungen die Forderung zu erheben, Hitler das Eisenerz über den Strassburger Hafen zu schicken, um so die elsässische Wirtschaft zu "retten".

Und solche Leute wagen es, die FOUM als eine "Spionageabteilung Hitlers und Mussolinis" zu bezeichnen!

Erscheint  
woechentlich

Einzel exemplar 0,75 Frs  
Monatlich 2,50 Frs  
Ausland 3,50 Frs

# ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 30/V. Jahrgang

Vierte Juliwoche 1938

## Der Besuch des englischen Koenigs

Der Besuch des englischen Koenigs stellt eine Kundgebung der engen Solidaritaet des franzoesischen und des britischen Imperialismus dar. Nicht umsonst wird in den offiziellen Reden, die bei dieser Gelegenheit gehalten werden, geflissentlich an die Entente cordiale der Vorkriegszeit und an das Zusammengehen Frankreichs und Englands im Weltkrieg von 1914 - 1918 erinnert. Die heutige franzoesisch-englische Entente ist eine imperialistische Kombination, die nicht irgendwelchen demokratischen Prinzipien dient, sondern der Wahrung des imperialistischen Besitzstandes des britischen und der franzoesischen Bourgeoisie, sei es durch Schachergeschaefte mit Hitler und Mussolini, sei es durch den imperialistischen Krieg gegen die faschistischen Rivalen. In jedem Falle sind es die Arbeiter, auf deren Ruecken und auf deren Kosten die Politik des franzoesisch-britischen Buendnisses betrieben wird.

Die Politik der "kollektiven Sicherheit", des Sozialpatriotismus hat es mit sich gebracht, dass die Fuehrer der SFIO und der KPF, die sich sonst so gerne als die Verfechter der Prinzipien der grossen Franzoesischen Revolution aufspielen, welche Revolution, so weit wir uns erinnern koennen, nicht gerade der Staerkung und Glorifizierung der Institution der Monarchie gedient hat, dass die reformistischen und stalinistischen Fuehrer sich jetzt im Bauchrutschen vor Koenigsthronen ueben. Léon Blum schreibt im "Populaire" vom 19. Juli, dass das "republikanische Volk von Paris... die Souveraene des maechtigsten Imperialismus der Welt... mit gluehender Freude" begruesse. Die Verehrung imperialistischer Macht wird also von Blum ohne einen Schimmer von Scham der Arbeiterklasse empfohlen. Im "Populaire" vom 21. Juli schreibt Rosenfeld ueber die Kranzniederlegung durch den englischen Koenig am Grabmal des Unbekannten Soldaten:

"Indem er sich vor dem Grabe verbeugte, schien der Fuehrer des groeasten Weltreichs das Opfer derjenigen wahren zu wollen, die gefallen sind, damit die zukuenftigen Generationen keinen Krieg mehr kennen. Indem er den Kranz an der Flamme niederlegte, schien der Koenig der befreundeten Nation an die Blutbande erinnern zu wollen, die die beiden Laender im Laufe der tragischen Jahre vereint haben." Naechstens kann es also wieder losgehen wie 1914 - 1918...

Auch die "Humanité" hat ihre Verbeugung vor dem englischen Koenig gemacht. Gabriel Péri schrieb fuer die Nr. vom 19. Juli einen Artikel, in dem er Karl Marx, Victor Hugo, Byron und die Chartisten bemuehte, um den britischen Monarchen zu begruessen. Péri hat damit nur bewiesen, dass die Stalinisten mit dem Geiste von Karl Marx und mit dem Kaempfersinn der Chartisten nicht das Geringste gemein haben.



Die Gruendungskonferenz  
=====der Sozialistischen Arbeiter- und Bauernpartei (PSOP)  
=====

Am 16. und 17. Juli fand die Gruendungskonferenz der Sozialistischen Arbeiter- und Bauernpartei Frankreichs statt. 277 Delegierte aus 56 Foederationen vertraten ungefaehr 12 000 Mitglieder. Die Konferenz erklaerte sich für die Diktatur der werktuetigen Klassen. Die Einheitsfront mit anderen Arbeiterorganisationen, sowie die Bereitschaft zum Beitritt zum Aktionspakt zwischen SFIO und KPF wurde mit Mehrheit beschlossen, dagegen wurde der Beitritt zur Volksfront mit 100 gegen 83 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen abgelehnt. Ausfuehrliche Programme zur Agrarfrage und zur Finanzfrage sollen in naechster Zeit ausgearbeitet werden, desgleichen ein ausfuehrliches Aktionsprogramm. Die Konferenz nahm ein vorlaeufiges Aktionsprogramm an, dessen Forderungen auf den Kampf gegen Faschismus und Krieg, fuer Brot, Frieden und Freiheit konzentriert sind. Die Forderungen fuer den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse dienen unmittelbar der Verteidigung der Erwerbenschaften der Arbeiter und ihrer Lebenshaltung gegen die Angriffe des Kapitals (Verteidigung der 40 Stundenwoche, gleitende Lohnskala auf der Basis der Verteidigung des im Juni 1936 erkaempften Lohnniveaus usw). Der Kampf fuer diese unmittelbaren Forderungen soll ausgerichtet werden auf den Kampf fuer die Arbeiterkontrolle der Produktion, die als eine revolutionaere Uebergangslösung propagiert werden soll. Ferner wurden Forderungen fuer den Kampf um die politischen Rechte der Frauen, der Jugend und der Soldaten angenommen. Die Konferenz sprach sich gegen die Nichtinterventionspolitik gegenueber Spanien aus. Zur Kriegsfrage wurde der Kampf gegen alle imperialistischen Kriegsvorbereitungen, die Ablehnung jedes Burgfriedens, jeder Zusammenarbeit der Klassen, die Ablehnung der Kriegskredite und der Landesverteidigung fuer die demokratischen Imperialisten, die direkte proletarische Aktion zur Verhinderung der Lieferung von Kriegsrohstoffen an die faschistischen Imperialisten beschlossen. Die von Lenin und Luxemburg vorgeschlagene Formulierung des internationalen Kongresses von Stuttgart (1907), dass die Arbeiterklasse im Kriegsfall ihre Anstrengungen auf die Beiseitigung des kapitalistischen Regimes richten muesse, wurde von der Konferenz neu bekraeftigt. In der Debatte ueber die Statuten der neuen Partei kam das Bestreben der Delegierten zum Ausdruck, das Hoechstmass an innerparteilicher Demokratie zu sichern und jeder Art von Buerokratenwirtschaft und Fuehrerkultus einen Riegel vorzuschieben.

Die Konferenz betonte den internationalen Charakter der neuen Partei. Sie brachte ihre volle Solidartaet mit der POUM zum Ausdruck und beschloss ein Manifest an die Arbeiter der faschistischen Laender, in dem darauf hingewiesen wird, dass nicht die Intervention imperialistischer Armeen, sondern der Kampf gegen den eigenen Kapitalismus, gegen den eigenen Faschismus, fuer die Revolution im eigenen Lande das Mittel sei, um den Arbeitern Deutschlands, Italiens und der anderen faschistischen Laender im Kampfe fuer den Sturz der faschistischen Diktatur beizustehen.

Gen. Fenner Brockway begruesste die Konferenz im Namen des Londoner Bueros und der JLP, Genossin Gorkin im Namen der POUM, Gen. Benjamin im Namen der IVZO und der Unabhaengigen Arbeiterliga (ILLA). Die Konferenz brachte ihre Ablehnung der Zweiten, der Dritten und der Vierten Internationale zum Ausdruck und beschloss vorderhand, international keine organisatorischen Bindungen einzugehen, aber mit den revolutionaeren Kraefte der anderen Laender zusammenzuarbeiten.

Wir begruessen die Ergebnisse der Gruendungskonferenz der PSOP, die gezeigt hat, dass die neue Partei auf dem richtigen Wege ist, auf dem Wege zur prinzipiellen Klaerung im Sinne der Grundsätze des Marxismus und Leninismus und zur Herausarbeitung einer revolutionaeren Politik, die von den konkreten Problemen des Klassenkampfes in Frankreich ausgeht.

E i n S c h a n d d o k u m e n t  
=====

Die Anklageschrift gegen die P O U M  
-----

Der erste Punkt der Anklageschrift des Generalstaatsanwalts gegen die Mitglieder des Exekutivkomitees der POUM lautet folgendermassen:

"Kurze Zeit nach dem 18. Juli 1936 begann die politische Partei mit dem Namen "Arbeiterpartei für marxistische Einheit" (POUM) unter der Führung ihres Exekutivkomitees eine sehr intensive demagogische Propaganda, mit deren Hilfe man - unter dem Vorwand prinzipieller Meinungsverschiedenheiten mit allen politischen und Arbeiterorganisationen, die seit dem oben erwähnten Tage mit der Waffe in der Hand der aufständischen Armee Widerstand leisteten - die genannten Organisationen, die Republik und ihre zentrale Regierung, sowie die autonomen Regierungen Kataloniens und des Baskenlandes scharf angriff. Die Generallinie ihrer Propaganda oder das von der POUM vertretene Programm war der gewaltsame Sturz der Republik und ihrer demokratischen Regierungen und die Errichtung einer Diktatur des Proletariats, die von den Arbeitern und Bauern ausgeübt werden und die rechtmässigerweise den Mitgliedern der POUM zufallen sollte".

Der POUM wird zweitens vorgeworfen, dass sie das Stalinregime in der SU kritisiert habe:

"... Die POUM... greift in gemeinster und unerhörtesten Weise die Länder an die international mit der grössten Entschiedenheit die Sache unserer Republik verteidigen und die national uns eine solche moralische und materielle Hilfe geleistet haben, dass dank ihr das spanische Volk seine Unabhängigkeit verteidigen kann."

An einer anderen Stelle der Anklageschrift wird erklärt, dass "die Tätigkeit der POUM gegen das spanische Volk" charakterisiert werde, "durch die Übereinstimmung der Kritik mit dem nationalen und internationalen Faschismus, was die Auslegung der Hilfe betrifft, die die SU für das moralische und materielle Wohl der Republik geleistet hat, durch die systematische Diffamierung der russischen politischen Führer und die Beleidigungen und Verleumdungen, die sie gegen die sowjetrussische Justiz, Armee und Verwaltung verbreitet hat."

Die Anklageschrift macht die POUM weiter für die Matorceignisse in Barcelona verantwortlich:

"Während der Zeit, die den fraglichen Tagen und besonders dem 1. Mai vorausging, stellt "La Batalla" (das Zentralorgan der POUM) in jeder Zeile eine einzige Aufforderung zum Aufstand gegen die Regierung von Valencia und von Katalonien dar, eine Provokation gegenüber den Streikkräften der öffentlichen Ordnung und der Volksarmee und einen Aufruf zu Unruhen und zur Demoralisation der Regierungstreuen Zivilbevölkerung. Individuen, die der POUM angehören und die vom Exekutivkomitee dieser Partei geleitet werden, geben das Signal zum Aufstand, indem sie aus dem Gebäude der Telephonzentrale in Barcelona auf die Streikkräfte der Guardia de la Seguridad schießen; sie errichten Barrikaden in den Strassen, stürmen die öffentlichen Gebäude und bereiten sich vor, eine Regierung zu bilden, die sie "Arbeiter- und Bauernregierung" nennen ..."

Zur selben Zeit, so behauptet die Anklageschrift, habe die 29. Division, die in ihrer ueberwältigenden Mehrheit aus Mitgliedern und Sympathisierenden der POUM zusammengesetzt gewesen sei; auf Kommando eines der Führer der POUM, Rovira, die Stellungen die sie vor dem Feind an der Aragonfront besetzt gehalten habe, verlassen und sei auf Barbastro, Binefar und Lerida marschiert, wo sie allerlei Ausschreitungen begangen und unter den Bauern

dieser Region während des 5., 6. und 7. Mai und der folgenden Tage ein Terrorregime ausgeübt habe.

Es heisst in der Anklageschrift dann weiter:

"Kurze Zeit nach diesen Ereignissen entdeckte man in Madrid eine faschistische Spionageorganisation, die, wie es scheint, von dem Architekten Javier Fernandez Golfín geleitet wurde, bei welchem man eine Karte von Madrid entdeckte, die den Aufständischen zugestellt werden sollte und auf der Rückseite dieses Plans entdeckte man Inschriften mit chemischer Tinte und in chiffrierter Sprache, u. a. die folgende: "Euer Befehl in bezug auf die Einschmuggelung unserer Leute in die Reihen der acusserten Linken, der Anarchisten und der POUM wird mit Erfolg durchgeführt... In Ausführung Eurer Befehle war ich selber in Barcelona, um das führende Mitglied der POUM, "N", zu treffen. Ich teilte ihm alle Eure Weisungen mit. Das Fehlen von Verbindungen zwischen Euch und ihm erklärt sich durch eine Störung des Radiosenders, der während meines Aufenthalts dort unten wieder zu funktionieren begann. Ihr werdet sicher die Antwort auf das Hauptproblem erhalten haben."

"N" bittet Euch sowohl wie die ausländischen Freunde eindringlich, dass i. a. allein und ausschliesslich für die Verbindung mit ihm bestimmt werde. Er hat mir versprochen, andere Leute nach Madrid zu schicken, um die Arbeiten der POUM zu aktivieren. Mit diesen Verstärkungen wird es der POUM gelingen, sich ebenso wie in Barcelona auf der Höhe ihrer Aufgabe zu zeigen, d. h. eine feste und wirksame Stütze unserer Bewegung zu sein."

Die Anklageschrift zieht daraus den Schluss, dass die POUM "in enger Verbindung mit den faschistischen Organisationen der spanischen Rebellen, denen sie diene," gestanden habe, "und ebenfalls in direkter Verbindung mit den internationalen Organisationen, die unter der allgemeinen Bezeichnung "Trotzkisten" bekannt sind und deren Tätigkeit bei einer gewissen befreundeten Macht der spanischen Republik (lies die SU) hervorhebt, dass sie im Dienste des europäischen und asiatischen Faschismus stehen."

In demselben Zusammenhang beschuldigt die Anklageschrift das Exekutivkomitee, dass es Verbindungen habe "mit der Schar ausländischer Abenteurer, die unter der Maske "internationaler Soldaten" in die Reihen der POUM eintreten und die die Polizei aus dem Staatsgebiet hat ausweisen müssen auf Grund des Verdachts oder der Ueberzeugung, dass sie Agenten der Gestapo und der Oвра waren..."

Als Hauptangeklagter figuriert in der Anklageschrift Andres Nin, der bekanntlich nach seiner Verhaftung am 16. Juni 1937 in Barcelona nach Madrid gebracht wurde, dort von den Stalinisten aus dem Gefängnis entführt und ermordet worden ist. Die Anklageschrift erklärt aber, dass es ihm am 22. Juli 1937, um 21 Uhr 30 gelungen sei, aus dem Gefängnis zu entfliehen "dank der Hilfe einer Gruppe von uniformierten Individuen, die die Wache ueberwältigten und mit denen Nin fortging, und infolgedessen wurde er, da er trotz den polizeilichen Nachforschungen nicht entdeckt werden konnte, in contumaciam angeklagt."

Die anderen Angeklagten sind nach der Anklageschrift: Enrique Adroher Pascual Gironella, Juan Andrade Rodriguez, Pedro Bonet Cuito, Julian Garcia Gorkin, Jorge Arguer Salto, Daniel Rebull Cabre ("David Rey") und Jose Escuder Poves.

= + =

Dass der POUM-Prozess, der jetzt auf Grund der oben zitierten Anklageschrift, dieser beispiellosen Anhäufung von Lügen und Verleumdungen, stattfinden soll, auf Betreiben Stalins und seiner Clique ins Werk gesetzt wird, dafür liegt der dokumentarische Beweis vor. In seinem Schreiben, das er anlässlich den zweiten Jahrestags des Ausbruchs des spanischen Bürgerkriegs an die KP Spaniens richtete, erklärt Dimitrow:



"Die voellige Ausrottung der trotzkistischen Spionenbande der POUM ist eine der wichtigsten Bedingungen des Sieges ueber die faschistischen Moerderbanden."

Es ist für die politische und moralische Zersetzung der stalinistischen Buerokratie bezeichnend, dass der seinerzeitige Hauptangeklagte des Reichstagsbrandprozesses jetzt selbst als Verfechter von Justizmethoden auftritt, die er in Leipzig am eigenen Leibe erfahren hatte. Es ist eine Frechheit sondergleichen wenn Dimitrow und wenn die stalinistischen Schergen, die die Anklageschrift gegen die POUM zusammengeschudelt haben, der Partei von Maurin und Nin, ausgerechnet in demselben Augenblick Verbindungen zu Franco verwerfen, da die Fuehrerin der KP Spaniens, Pasionaria, auf der Tagung des ZK der PSUC (siehe "Rundschau" vom 7. Juli 1938), die von Negrin in seinen 13 Punkten den Faschisten zugesagte Amnestie "als die juristische Formulierung der nationalen Einigung mit jenen Spaniern, die im Rebellengebiet leben", preist. Und der inoffizielle Fuehrer der KP Spaniens, der stalinistische Agent mit dem sozialistischen Parteibuch, Alvarez del Vayo, erklart in einem Interview (veroeffentlicht im "Paris-Midi" vom 19. Juli 1938), dass die spanische Regierung bereit sei, mit den Faschisten zusammenzuarbeiten, die jetzt mit bewaffneter Hand gegen die Republik kaempfen.

Die Anklageschrift gegen die POUM ist in ihrer dummfrech und gewissenlosen Verlogenheit eine getreue Kopie der Beschuldigungen, mit denen die Stalin und Jeschow ihre Moskauer Prozesse gegen die alte Garde der Bolschewiki organisiert haben.

Die POUM wird jetzt beschuldigt, in den Maitagen des vorigen Jahres durch Schuesse aus dem Telefongebaeude das Signal zur Erhebung der Massen gegeben zu haben. Es steht fest, dass beim Ausbruch der Maikampfe im Telefongebaeude kein einziges Mitglied der POUM, sondern nur CNT- und UGT-Arbeiter anwesend waren, dass ferner die Erhebung der Massen als spontane Antwort auf den von den Stalinisten organisierten und von dem stalinistischen Polizeihauptling Rodriguez Salas geleiteten provokatorischen Angriff auf das Telefongebaeude einsetzte. Weder die offiziellen Communiqués der Regierung, noch selbst die stalinistische spanische Presse haben unmittelbar nach den Maitagen irgendein Wort ueber eine Betélligung der POUM bei dem Kampf um das Telefongebaeude geneussert. Was die Anklageschrift jetzt behauptet ist eine nachtraeglich fabrizierte Luege. Es ist bekannt, dass die Barcelonaer Maikampfe von 1937 eine spontane Aktion der hauptsaechlich anarchistischen Arbeitermassen waren und dass die Rolle der POUM darin bestand, dass sie diese Aktion des Proletariats von Barcelona, so wie das ihre proletarische Pflicht war, unterstuetzte.

Was die gegen den Gen. Rovira erhobene Anklage anbelangt, er habe mit einer Division die Front verlassen, so ist die beste Antwort darauf die Tatsache, dass Rovira im vorigen Jahre von dem damaligen Kriegsminister Prieto in Freiheit gesetzt wurde, weil seine Verhaftung durch die Stalinisten ungesetzlich war. Daraus geht mit aller Klarheit hervor, dass gegen Rovira auch nicht die geringste Anklage wegen Verletzung seiner militaerischen Pflichten erhoben werden konnte. Die Blutopfer, die die Genossen der POUM an den Fronten des spanischen Buergerkriegs gebracht haben, und noch bringen, beweisen, dass die Behauptungen des GPU-Schuelers, der die Anklageschrift zusammengeschmiert hat, bewusster Schwindel sind.

Das beruechtigte Dokument "N", mit dem die Spionageanklage gegen die POUM bewiesen werden soll, taucht wieder auf. Von diesem Dokument haben der Praesident der katalanischen Regierung Companys und der baskische Minister Irujo erklart, dass es eine Falschung sei. Der Generalstaatsanwalt der spanischen Republik Ortega y Gasset ist a. Zt. zurueckgetreten, weil er nicht eine auf dieser Falschung aufgebaute Anklage vertreten wollte. Der Faschist Golfin, bei dem der Plan von Madrid gefunden wurde, hat, obwohl er wusste, dass das seinen Kopf kostet, zugestanden, dass er diesen Plan hergestellt habe, er hat aber, als man ihm einige Tage nach diesem seinen Gestaendnis die

mit chemischer Tinte auf der Ruckseite des Plans geschriebenen Saetze vorlegte, kategorisch bestritten dass sie sich in dem Augenblick, als die Polizei den Plan in seiner Wohnung beschlagnahmte, auf diesem befunden haetten. Diese mit chemischer Tinte geschriebenen Saetze, in denen von der Verbindung zu "N" und zur POUM die Rede ist, sind also nachtraglich in den Bueros der Polizei auf den Plan eingetragen worden. Golfin ist bereits erschossen worden - die GPU konnte ihn beim Prozess gegen die POUM nicht brauchen, denn er waere ein Zeuge nicht zur Belastung der POUM, sondern zur Belastung der GPU gewesen.

Was die Verhaftungen der POUM nicht ausser Acht lassen, so ist es, dass die spanischen Behoerden es nicht gewagt, auch nur einem einzigen der nichtspanischen Genossen, die mit der POUM zusammengearbeitet haben, einen Prozess zu machen, weil alle diese Genossen erprobte Antifaschisten waren.

Die Moerder Nins wiederholen auch diesmal das Maerchen, er sei von den Faschisten aus dem Gefaengnis entfuehrt worden... Der "Faschist", der Nin aus dem Gefaengnis holte, um ihn zu ermerden, war bekanntlich der russische GPU-Offizier Orlow.

Ein Punkt der Anklageschrift stimmt: Die POUM hat tatsaechlich fuer die Diktatur des Proletariats gekaempft, und sie hat auch das Stalinregime in Russland und die Stalinsche Moerderjustiz kritisiert. Die internationale Bourgeoisie wird sicher sehr erfreut sein, wenn sie sich bei der Verfolgung der proletarischen Revolutionaere, derjenigen, die in der ganzen Welt fuer die Diktatur des Proletariats eintreten, darauf berufen kann, dass die Regierung des antifaschistischen Spaniens die Verfechtung der Losung der proletarischen Diktatur als ein Kapitalverbrechen betrachtet. Wir sehen hier, zu welcher schmutziger Lakaien- und Henkersrolle im Dienste des internationalen Kapitals der Stalinismus hinabgesunken ist.

Wir begreifen, dass die Stalinisten in der SU und in Spanien so empfindlich in bezug auf die Kritik sind, die die FOUM an ihnen geuebt hat und uebt. Soll doch der Prozess gegen die POUM jetzt veranstaltet werden, damit die Tatsache vertuscht wird, dass die russischen und die spanischen Stalinisten drauf und dran sind, das antifaschistische Spanien an den Weltimperialismus und an Franco zu verschachern. Um sich die zweifelhafte Freundschaft des franzoesischen und des britischen Imperialismus zu sichern, hat die SU den britischen Plan der Erdrosselung des republikanischen Spaniens durch eine wasserdichte Blockade zugestimmt. Die spanischen Stalinisten ueben sich, wie die oben angefuehrten Zitate zeigen, in der Politik der "ausgestreckten Hand" gegenueber Franco und seinen Moerderbanden. Dieser Politik des Verrats, dieser Politik, die objektiv den Interessen Francos dient, steht natuerlich die POUM im Wege. Deshalb sollen die POUM-Fuehrer ermordet werden, deshalb wollen, wie das Dimitrow ankuendigt, die Stalinisten ein allgemeines Massaker aller proletarischen Revolutionaere in Spanien veranstalten. Es ist notwendig, alles aufzubieten, um das Leben der POUM-Genossen zu retten. Der Versuch, einen Prozess nach Moskauer Muster in Spanien durchzufuehren, muss im Interesse der spanischen Revolution, im Interesse der gesamten internationalen Arbeiterklasse vereitelt werden.

### Die Forderungen der Arbeitslosen

#### der aelteren Arbeiter und der Beamten und die Finanzfrage

Unter den Schichten, die durch die Volksfront am meisten enttaeuscht worden sind, befinden sich die Arbeitslosen, die aelteren Arbeiter und die Beamten. Die materielle Lage der Arbeitslosen hat sich infolge der Geldentwertung verschlechtert. Die hier und da erfolgte Erhoehung der Unterstuetzungssatze steht in keinem Verhaeltnis zu der Erhoehung der Lebenshaltungskosten. Die Lage der Arbeitslosen ist also heute schlechter als unter dem Laval'schen



Regime. Die in Aussicht gestellten oeffentlichen Arbeitsbeschaffungsprojekte sind infolge der Finanzkrise und der Ruestungsausgaben torpediert worden. Der im Volksfrontprogramm geforderte nationale Arbeitsbeschaffungsfond ist nicht verwirklicht worden. Die Zahl der Arbeitslosen hat gegenueber 1936 nicht wesentlich abgenommen. Sie hat sogar gegenueber dem Vorjahr wieder zugenommen.

Wie mit den Versprechungen an die Arbeitslosen, so verhaelt es sich auch mit dem Versprechen, eine Altersrente fuer die aelteren Arbeiter einzufuehren. Die aelteren Arbeiter sind immer noch auf die Armenfuersorge angewiesen, was ein Zustand ist, der in einer ganzen Reihe kapitalistischer Laender bereits der Vergangenheit angehoert. Die Ausgaben fuer das unter der Regierung Léon Blum vorbereitete Projekt einer Altersrente betragen rund 4 Milliarden Francs, also einen verhaeltnismaessig geringen Betrag.

Zur Aufbringung dieses Betrags sind die verschiedensten Vorschlaege gemacht worden. Der rechte Radikalsozialist Emile Roche forderte, dass daeuer e aus der Sozialversicherung vereinnahmten Summen benuetzt werden, die zur Haelfte zum Zwecke ihrer Kapitalisierung auf die Seite gestellt werden. In Wirklichkeit aber sind diese Summen garnicht vorhanden, da sie der Staat ihrer vorgesehenen Bestimmung entzogen und fuer seine Zwecke verwendet hat. Zum anderen wuerden diese Mittel auch nicht ausreichen.

Der von radikalsozialistischer Seite lanzierte Vorschlag auf Einfuehrung unbezahlter Ueberstundenarbeit der Arbeiter, wuerde darauf hinauslaufen, der Masse der Arbeiter die Kosten der Altersrente aufzubuerden.

Die Regierung aber erklart, dass die Finanzlage ihr keine neuen Ausgaben fuer soziale Zwecke gestatte.

Die Lage der Beamten ist vielfach schlechter als die der Arbeiter, die sich 1936 erfolgreich des Mittels der direkten Aktion bedienen. Die niederen Gehaltsempfaenger haben seit dem Mai 1936 eine Aufwertung ihrer Gehaelter um rund 26 % erfahren, die der hoeheren Gehaltsempfaenger betraegt rund 16%. Die Lebenshaltungskosten aber haben sich in der gleichen Zeit um mindestens 40% erhoecht. Wenn die Beamten jotzt eine 10 prozentige Aufbesserung ihrer Gehaelter und die gleitende Lohnskala fordern, so bedeutet das nicht einmal die Wiederherstellung des Lebenshaltungsniveaus, das sie vor dem Beginn der Volksfrontaera hatten.

Die von den Volksfrontparteien unterstuetzte Regierung beantwortet die Forderungen der Arbeitslosen, der aelteren Arbeiter und der Beamten mit der sterotypen Erklaraung: es ist kein Geld da. Jede zusaetzliche Ausgabe erschuettere das Budgetgleichgewicht und habe die Inflation mit all ihren Auswirkungen zur Folge. Steigerung der Produktion und der Arbeitsleistung das sei der einzige Weg, um die Voraussetzungen fuer die Verwirklichung der aufgestellten Forderungen zu schaffen.

Die parlamentarischen Parteien, die auf die Gunst der Waehler angewiesen sind, suchen sich in der angeblichen Vertretung dieser Forderungen zu uebertrumpfen. Die Regierung aber, der von den gleichen Parteien das Vertrauen ausgesprochen wird, und die fuer ihre Regierungstaetigkeit das Vertrauen der Parlamentsmehrheit bedarf, pfeift auf deren Phrasen, weil sie weiss, dass sie nicht ernst gemeint sind, schickt das Parlament einfach nach Hause und regiert mit dem Mittel der Notverordnung. Die Arbeiter muessen sehen, dass auf diesem Wege und mit einer solchen Politik ihre Forderungen nicht verwirklicht werden koennen. Die reaktionaeeren Parteien koennen sich nur deshalb im Parlament den Schein einer Unterstuetzung der Forderungen der Werktaetigen zulegen, weil sie wissen, dass es die der Volksfront angehoeren den Arbeiterparteien selbst nicht ernst nehmen. (Schluss folgt).



Das Nationalitätenstatut in der Tschechoslowakei.  
=====

Von der KPTsch-Opposition wird uns geschrieben:

Die Verhandlungen um das Nationalitätenstatut sind immer noch nicht abgeschlossen. Das Stillschweigen in Prag wird weiter gewährt. Aus dem was bisher das Licht der Welt erblickte, ist zu entnehmen, dass die Verhandlungen mit der Henleinpartei (SDP) gescheitert sind. Das Karlsbader Programm, das Verlangen nach Autonomie, nach eigener Gesetzgebung durch einen Volkstag usw. wurde abgelehnt. Demgegenüber bietet die Regierung eine Art Selbstverwaltung an. Es soll in den Bezirken wieder die Zweigleisigkeit der Verwaltung eingeführt werden, d.h. neben der rein staatlichen, unter der Verantwortung des Bezirkshauptmanns ausgeübten Verwaltung, soll es eine Bezirks-selbstverwaltung geben, die durch eine gewählte Vertretung und einen aus ihrer Mitte hervorgegangenen Bezirksobmann besorgt werden soll. In der Landesverwaltung will man ein ähnliches Verfahren einführen. Die Landesvertretung soll sogar gesetzgeberische Rechte erhalten. Man ist sich darüber aber noch nicht einig.

Der Entwurf zum Sprachengesetz sieht eine Herabsetzung der Grenzen für die Minderheiten von 20 auf 15 % vor. Während bisher die Angehörigen einer Minorität, wenn sie mindestens 20 % der Bevölkerung eines Gerichtsbezirks ausmachten, das Anrecht hatten, mit Gericht und Behörden in ihrer Sprache zu verkehren, soll das nun im Regierungsentwurf für die Zukunft schon bei 15 % der Fall sein.

Das Beamten- und Angestelltenproblem soll nach dem Grundsatz der Proportionalität geregelt werden. Danach soll bei Neuaufnahmen von Beamten und Angestellten für den öffentlichen Dienst der Bevölkerungsschlüssel eingehalten werden, d.h. jede Nation wird soviel öffentliche Stellen angewiesen erhalten, als ihrem prozentuellen Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. Das soll für den Reichsmassstab, nicht aber für die einzelnen Länder und Bezirke gelten.

Ferner soll eine Änderung der Parlamentsgeschäftsordnung in sprachlicher Beziehung vorgenommen werden. Nach dieser Änderung dürfen nicht nur Reden, sondern auch Berichte in den Minderheitssprachen gehalten werden.

Dies ist bisher alles, was der Öffentlichkeit durch Hintertüren bekannt wurde. Auch die Karpathoruthen haben neuerdings ihre Forderungen angemeldet. Es ist dies die Verwirklichung der ihnen in der Verfassung und im Friedensvertrage von St-Germain versprochenen Autonomie. Als zweite Etappe verlangen sie die Ausschreibung von Wahlen in den zu errichtenden karpathoruthenischen Landtag.

Das was bisher vom Nationalitätenstatut bekannt wurde, bedeutet nicht im geringsten eine Lösung der nationalen Frage. Es ist eine Selbstverwaltung in Ketten. Es bedeutet, dass die staatlichen Organe im deutschen Gebiet weiterhin Tschechen sein werden und die neuangestellten Deutschen ihren Dienst im tschechischen Gebiet versehen. Was uns die Selbstverwaltung gewährt, ist, dass die Deutschen in dem von ihnen bewohnten Gebiet die Politik der herrschenden tschechischen Bourgeoisie "selbst" durchführen können. Es ändern sich nur die ausführenden Organe, der Inhalt bleibt der gleiche.

Der Sprachenentwurf findet allgemeine Ablehnung. Nur die "Rote Fahne" sieht darin einen "gewissen Fortschritt". An einen ernsthaften Protest dagegen denkt sie überhaupt nicht.

Das entscheidende nationale Problem, Arbeit in den Gebieten der nationalen Minderheiten zu schaffen, steht nirgends zur Diskussion. Es ist aber die Kernfrage des Problems. Hier schweigt man einfach.

Solange mit der SdP verhandelte und auf eine Einigung mit ihr rechnete, schaltete man das Parlament aus. Die Verhandlungen mit den Faschisten wurden unter Ausschluss der Kontrolle durch das Parlament und das Volk geführt. Nachdem diese Verhandlungen anscheinend gescheitert sind, bemüht man sich wieder um einen demokratischen Anstrich und will das Parlament einberufen. Da diese Gesetze mit einer dreifünftel Mehrheit angenommen werden müssen, hat die Regierung alle oppositionellen Parlamentsklubs, auch die Kommunisten, zu Verhandlungen eingeladen. Jetzt wird fieberhaft eine Mehrheit gesucht.

Aus dem was bis jetzt bekannt worden ist, ersehen wir klar, dass an dem bisherigen Zustand nichts wesentliches geändert werden wird. An den entscheidenden Fragen, Arbeit für die Minderheiten usw. zu schaffen, geht man glatt vorbei. Auch das Nationalitätenstatut sichert wohlweislich der tschechischen Bourgeoisie die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft über die nationalen Minderheiten. Eine vollkommene Lösung der nationalen Frage ist in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unmöglich. Nur die sozialistische Gesellschaftsordnung ist in der Lage den Minderheiten wirkliche nationale, politische und wirtschaftliche Freiheit zu geben. Wirkliche nationale Freiheit für das Proletariat setzt soziale Befreiung voraus. Dies muss vor allen Dingen den Henleinarbeitern klar gemacht werden. Sie werden jetzt missbraucht nicht für die von ihnen ersehnte nationale Befreiung, sondern als Werkzeug des deutschen Imperialismus. Für Hitler und SdP geht es nicht um die nationale Sache, sondern um ihre imperialistischen Interessen, die sie mit Hilfe der nationalen Frage in den Sudeten, zu verwirklichen hoffen. Gerade im Kampf um die nationale Befreiung müssen wir den Arbeitern klar machen, dass die Voraussetzung dazu ist, dass das Proletariat seine Fesseln sprengt, zur herrschenden Klasse wird, und dass es die Aufgabe der Henleinarbeiter ist, sich wieder in die Front des Kampfes für die soziale Befreiung der Arbeiterklasse einzureihen.

Die KPTsch hat bisher ihren Standpunkt zu dem von der Regierung vorgeschlagenen Statut noch nirgends konkretisiert. Aus ihrer positiven Einstellung zum Staat ist aber anzunehmen, dass das Statut ihre Zustimmung erhält. Die deutsche Sozialdemokratie lehnt das Statut ab. Der "Volkswille" vom 13. Juli bringt nach einer Auseinandersetzung mit den bisher vom Statut bekanntgewordenen Punkten, folgende Offizielle Erklärung der DSAP: "Sie alle rechnen mit den Stimmen der deutschen Sozialdemokraten. Aber die Annahme ist absurd, und wenn die Parteien der tschechischen Koalition sie teilen sollten, so töteten sie uns leid. Denn eben darum, weil wir die Herbeiführung eines ehrlichen Friedens zwischen den Nationen dieses Staates wünschen und weil wir wollen, dass der europäischen Befriedigung wirklich ein Dienst erwiesen werde, müssen wir auf einer seriösen Lösung des Nationalitätenproblems bestehen. Und eben darum werden wir keinen Vorschlag billigen, der neuerdings nur einen Lösungsversuch vortäuscht und im wesentlichen doch die Ungleichheit der Staatsnationen aufrechterhalten würde. Wollen die tschechischen Parteien nicht die volle Gleichberechtigung der Staatsvölker zugestehen, so sollen sie nur jetzt schon mit dem entschiedenen "Nein" auch der deutschen Sozialdemokraten rechnen!" Zum Standpunkt der Sozialdemokraten und der anderen Parteien werden wir nächstens ausführlich Stellung nehmen.

Die Bekanntgabe des Statuts kann der Auslösungspunkt neuer inner- und ausenpolitischer Konflikte sein. Dies liegt in der Linie des Faschismus. Die Arbeiterklasse muss gerade in dieser Zeit wachsam und auf dem Plan sein. Es ist nicht ausgeschlossen, dass im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Statuts die Absichten Hitlers und Henleins vom 21. und 22. Mai in neuer und verstärkter Form versucht werden.

-----  
Vielsagende Erklärungen der Negrin-Regierung  
=====

Der spanische Ministerpraesident Negrin hat dem Korrespondenten der Londoner "Times" Erklärungen abgegeben, in denen besonders folgende Stellen

bemerkenswert sind:

"Ich sage nicht, dass es keine Loesung fuer das gaebe, was man "die spanische Frage" nennt. Aber diese Loesung haengt zunaechst von der Aufhebung der auswaertigen Intervention ab... Wenn man das erreichen koennte, so waere der Konflikt unter Spaniern rasch geloest. Die Regierung der "nationalen Einheit" (!) fuehlt sich stark genug, die innere Frage zu loesen, wenn einmal die auswaertige Einmischung ausgeschaltet ist. Ihr Hauptaktionsmittel ist die T o l e r a n z. Niemand bei uns hat protestiert, als ich die Wiederherstellung der religioesen Gebraeuche an der Front anordnete..."

Kann man deutlicher die Bereitschaft zu einem Kompromiss mit den Francofaschisten ausdruecken? Nebenbei werden die Francoleute und ihre englisch-franzoesischen Helfer diese Angebote nur als Schwaechenzeichen auffassen und dadurch ermutigt werden, sich auf kein Kompromiss einzulassen, sondern aufs Ganze zu gehen.

Im selben Sinne gab der Aussenminister Alvarez del Vayo Erklaerungen an die Pariser Zeitung "Paris Midi" ab. Darin heisst es u.a.:

"...Ebenso wie wir sehr gluecklich sind mit Herrn Irujo, dem Katholiken u baskischen Nationalisten, zusammenzuarbeiten, koennten wir mit anderen Katholiken und anderen Nationalisten zusammenarbeiten".

Der Berichterstatter fragte darauf: "Selbst wenn sie die Waffen gegen Sie getragen haben?" "Gewiss, antwortete Alvarez del Vayo, unsere Arme sind offen fuer alle diejenigen, die unseren Willen zur Unabhaengigkeit teilen."

In all diesen Erklaerungen ist nicht einmal mehr von der buergerlichen Republik, sondern lediglich von der "nationalen Unabhaengigkeit" die Rede, wodurch politisch die Graundlage fuer ein Kompromiss mit den Faschisten geliefert werden soll.

Herr Alvarez del Vayo ist als ein Werkzeug des Stalinismus in Spanien bekannt, und offenbart so, wohin heute der Stalinismus in Spanien geraten ist; vom Verzicht auf die proletarische Revolution und vom Kampf gegen die Kraefte, die fuer die proletarische Revolution gekaempft haben, zur Preisgabe selbst der buergerlich-demokratischen Republik und zur Politik des Kompromisses mit den Francoleuten, d.h. zur Kapitulation vor den Faschisten.

-----  
Die "Reinigung" in der Sowjetunion geht weiter  
=====

Die letzten bekanntgewordenen Tatsachen sind:

Der praesident der Wolga-Republik der Deutschen, Rosenberger, der erst seit Oktober 1937 auf seinem Posten war, ist abgesetzt worden. Drei Wochen zuvor wurde der Praesident des Rates der Volkskommissare derselben Raeterepublik abgesetzt. - Bei der Eroeffnung der Tagung des Obersten Sowjets der Grossrussischen Raeterepublik wurde zwar der bisherige Praesident der ukrainischen Raeterepublik, Petrowski, der seit laengerer Zeit fuer erledigt galt, wieder bemerkt, dagegen "fehlten" Tschubar, und Kossior, beides Mitglieder des Polbueros.

Fuer die Richtung, in der sich die SU unter dem Stalinschen Druck entwckelt ist bezeichnend, dass heute 5 Volkskommissariate der SU direkt in den Haenden von GPU-Funktionaeren sind. Die GPU hat jetzt auch direkt die Leitung der Filmindustrie in die Hand bekommen. Die Richtung ist klar. Es ist die Richtung zum reinen Polizeistaat.



Erscheint  
woechentlich

Einzelheft 0,75 Frs  
Monatlich 2,50 Frs  
Ausland 3,50 Frs

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opportunisten Elsass (Section der IVKO)

Nr. 31/V. Jahrgang

Fuenfte Juliwoche 1938

## Die Mission des Lord Runciman

Das erste praktische Ergebnis der durch den Besuch des englischen Königs in Paris bewirkten Festigung des Bündnisses zwischen dem britischen und dem französischen Imperialismus ist die Mission des Lord Runciman. Lord Runciman, der zu den "200 Familien" Englands gehört und der sich bisher hauptsächlich mit Fragen der Handelspolitik beschäftigt hat, soll in der tschechoslowakischen Frage ein Schachergeschäft zustande bringen, das eine Verständigung zwischen dem deutschen Faschismus und den Bourgeoisien Frankreichs und Englands ermöglicht.

Bei dieser Gelegenheit zeigt es sich von neuem, dass die sogenannten "führenden Demokratien" sich in ihrer Außenpolitik weder von antifaschistischen Ideen, noch von irgendwelchen demokratischen Prinzipien überhaupt leiten lassen, sondern ausschliesslich von ihren imperialistischen Interessen. Es zeigt sich ferner wieder einmal, wie falsch und verhängnisvoll es ist, wenn die Reformisten und Stalinisten den Arbeitern erzählen, die Verteidigung der imperialistischen Interessen der bürgerlich-demokratischen Staaten diene dem Kampfe gegen den Faschismus.

Die Mission des Lord Runciman bringt ganz deutlich zum Ausdruck, dass es dem britischen und dem französischen Imperialismus in der tschechoslowakischen Frage nicht um irgendwelche antifaschistischen Interessen geht, dass ihnen das Schicksal der Volksmassen der Tschechoslowakei Heubeck ist. Die Tschechoslowakei interessiert den französischen Imperialismus vor allem in einer Beziehung: als möglicher Lieferant von "verbündetem" Kanonenfutter im Kriegsfall. Und da die englische Bourgeoisie ihre Weltpolitik darauf aufbaut, dass sie jederzeit auf die Hilfe der französischen Armee rechnen kann, hat sie auch ein gewisses Interesse an der militärischen Leistungsfähigkeit der Tschechoslowakei als eines Anhängels Frankreichs. Davon abgesehen ist es den französischen und englischen Kapitalisten ziemlich gleichgültig, was in der Tschechoslowakei geschieht; im Gegenteil, sie sind bereit, dem Heinfaschismus in weitem Umfange die Möglichkeit zu geben, sich im deutschen Gebiet der Tschechoslowakei auf dem Rücken der werktätigen Massen auszutummeln, weil sie auf diese Weise hoffen, zu einer mehr oder weniger umfassenden Verständigung mit Hitler zu gelangen. Es entspricht dieser Einstellung des britischen und des französischen Imperialismus, die die Tschechoslowakei ungefähr ebenso wie die von ihnen unterdrückten Kolonien als ein Rekrutenreservoir für den kommenden Krieg betrachten, dass jetzt Lord Runciman mit formell wenig bestimmten, aber praktisch unbeschränkten Vollmachten nach Prag geht, und dort als eine Art "Vizekönig" die Streitigkeiten der "Eingeborenen" zu regeln. Die stalinistische Presse beklagt sich bitterlich darüber, dass die Regierungen Frankreichs und Englands, die gegenüber Spanien so auf das Prinzip der "Nichtintervention" pochen, sich im Falle der Tschechoslowakei in die inneren Angelegenheiten dieses Staates einmischen. Diese Klagen zeigen nur, dass den Stalinisten jede

Spur von marxistischer Einsicht verloren gegangen ist, denn sonst wuerden sie wissen, dass die sog. Prinzipien des Voelkerrechts elastisch sind wie gute Hosentraeger und dass nicht diese Prinzipien das Verhalten der Imperialisten bestimmen, sondern umgekehrt die imperialistischen Interessen fuer die Art und Weise massgebend sind, in der das Voelkerrecht jeweilig ausgelegt wird.

Lord Runciman wird seinen Auftrag in Prag wahrscheinlich so erfuehlen, dass er Gedankengaenge aufnimmt, die von den reaktionaeeren Kreisen der tschechischen Bourgeoisie, vor allem der Agrarpartei schon seit laengerer Zeit geaeussert worden sind. Diese Kreise sind bereit, mit Henlein Halbpart zu machen, falls dieser auf die Sprengung des tschechoslowakischen Staates verzichtet. Sie sind bereit, dem Henleinfaschismus die Moeglichkeit zu einer faschistischen Terrorherrschaft ueber die werktastigen Massen der deutschen Gebiete der Tschechoslowakei zu geben, weil sie darauf spekulieren, dass das ihnen eine Verstaerkung der politischen Reaktion auch im tschechischen Gebiet erleichtern wird.

Henlein und sein Herr Hitler sind mit der Mission Runcimans ganz zufrieden. Der 21. und der 22. Mai haben gezeigt, dass der Hitlerfaschismus davor zurueckschreckt, jetzt einen Weltkrieg zu riskieren; die Nazis werden deshalb versuchen, in der Tschechoslowakei moeglichst viel Positionen zu erringen, die es ihnen gestatten, den grossen Schlag, den sie fuer die Zukunft planen, besser vorzubereiten. Die Tendenz der britischen und auch der franzoesischen Aussenpolitik, zu einem Schachergeschaef mit Hitler zu gelangen, eroffnet den Nazis und ihrem Agenten Henlein die Aussicht auf betrachtliche Konzessionen in der Tschechoslowakei.

Es ist bezeichnend, dass bei all diesen diplomatischen Schritten die SU, die als Verbuedeter der Tschechoslowakei eigentlich doch ein an den Geschicken dieses Landes interessierter Staat ist, von den Regierungen Frankreichs und Englands wie Luft behandelt wird. Das ist die Quittung fuer die Lakaienrolle die die stalinsche Politik in Spanien gegenueber dem britischen und dem franzoesischen Imperialismus gespielt hat. Die Chamberlain und Halifax, die Daladier und Bonnet sind offenbar der Ansicht, dass man auf einen Lakaien, der so unterwuerfig ist, keinerlei Ruecksicht zu nehmen braucht.

Die tschechoslowakische Regierung, die mit der Stimmung der tschechischen Volkswassen rechnen muss, macht Vorbehalte dagegen, dass die Entsendung Runcimans dazu fuehre, dass die Tschechoslowakei als eine Art Kolonie behandelt wird. Sie hat deshalb noch schnell ihren Entwurf eines Nationalitaetenstatuts veroeffentlicht. Dieser Entwurf, der von dem Gedanken getragen ist die imperialistische Vormachtstellung der tschechischen Bourgeoisie gegenueber den Voelkern der Tschechoslowakei moeglichst unumschraenkt zu wahren, ist natuerlich auch keine Loesung der nationalen Frage in der Tschechoslowakei. Diese Frage kann nicht geloest werden - weder auf dem Wege einer Abmachung zwischen der tschechischen Reaktion und Henlein, noch auf dem Wege einer Politik des tschechischen Chauvinismus, sondern nur auf revolutionaeerem Wege, indem die tschechische Arbeiterklasse durch ihre eigene unabhaengige Klassenaktion die Werktaetigen der anderen Nationen der Tschechoslowakei um sich schart und die Macht der Arbeiter aufrichtet.

Die Mission des Lord Runciman, deren Sinn die Herbeifuehrung eines imperialistischen Schachergeschaefts zwischen den buergerlich-demokratischen und den faschistischen Grossmaechten ist, zeigt, dass der internationale Kampf gegen alle Imperialisten gefuehrt werden muss.

---

Der Führer der KP Amerikas erklärt sich bereit,  
=====  
einen Krieg gegen die SU zu unterstützen  
=====

Die Annahme, dass die Stalinisten bereits ein Stadium politischer Verwahrlosung erreicht hätten, dass nicht mehr überboten werden könnte, wird fortwährend durch neue Tatsachen widerlegt. So hat der Generalsekretär der KP der Vereinigten Staaten, Karl Browder, sich neuerdings bereit erklärt, den amerikanischen Imperialismus auch im Falle eines Krieges gegen die Sowjetunion zu unterstützen. Diese Erklärung gab Earl Browder ab, als er von dem sogenannten Mc Naboe-Komitee, einem von der gesetzgebenden Versammlung des Staates New York zur "Untersuchung umstürzlerischer Bewegungen" eingesetzten Ausschuss verhört wurde. Unser amerikanischer Bruderblatt, der "Workers Age" nimmt in seiner Nummer vom 16. Juli dieses Jahres folgendemasson zu den Aussagen, die Earl Browder vor dem Mc Naboe-Komitee machte, Stellung:

Dies ist ein Appell an diejenigen, die Mitglieder oder Anhänger der kommunistischen Partei sind, weil sie glauben, dass diese trotz allem für die Russische Revolution und die grosse Tradition des kämpferischen Sozialismus der Arbeiterklasse eintrete.

Genossen, seid Ihr stolz auf die Aussagen Eures Führers, Earl Browder, vor dem Mc Naboe Komitee?

Was denkt Ihr über seine Verleugnung alles dessen, wofür der Kommunismus von jeher eingetreten ist? Was denkt Ihr über sein Versprechen, die Regierung der Vereinigten Staaten in jedem Krieg, den sie unternimmt, selbst in einem Krieg gegen die Sowjetunion zu unterstützen? Was denkt Ihr über seine Solidaritätsklärung für die Amerikanische Legion (eine reaktionär-chauvinistische Kriegsteilnehmerorganisation. Redaktion der "Arbeiterpolitik") Was denkt Ihr über seine schändigen Täuschungsmanöver, was die Beziehungen zwischen der amerikanischen KP und der Kommunistischen Internationale betrifft, Täuschungsmanöver, die niemanden täuschen, sondern nur die Bewegung für die Browder spricht, unsterblich lächerlich machen?

Glaubt Ihr, dass alles das Zufall ist? Seht Ihr nicht, dass alles das das Unvermeidliche Resultat der neuen Einstellung ist, die schrittweise dazu gelangt ist, die ganze offizielle kommunistische Bewegung zu beherrschen und sie in die lobendige Widerlegung alles dessen verwandelt hat, was sie einst vertreten hat? Seht Euch Browder an, -dann könnt Ihr sehen, was die kommunistische Partei unter der neuen Linie geworden ist!

Earl Browder wurde gefragt, was er tun würde, falls die Vereinigten Staaten Krieg führten. Hätte er nur eine Spur kommunistischer Prinzipien besessen, so hätte er geantwortet: "Jeder Krieg, den das kapitalistische Amerika heute möglicherweise unternehmen wird, würde notwendigerweise ein räuberischer, reaktionärer, imperialistischer Krieg sein. Deshalb würde ich gegen einen solchen Krieg mit allen Kräften, die mir zur Verfügung stehen, Widerstand leisten."

Natürlich sagte Browder nichts Derartiges, weil die Partei, die er vertritt, schon lange aufgehört hat, eine kommunistische Partei zu sein. Vor drei Jahren hat sie sich verpflichtet, dem amerikanischen Imperialismus in jedem Krieg zu unterstützen, den er unter dem Banner der "Demokratie" führen würde, in jedem Krieg der "demokratischen" ("gottstügigen") gegen die faschistischen ("hungrigen") imperialistischen Mächte. Aber selbst das genügte Browder nicht. Lost und wägt seine Worte, wie sie in der "New York Post" vom 30. Juni und in dem Rest der New Yorker Presse vom 30. Juni und 1. Juli veröffentlicht worden - obwohl der "Daily Worker" (das Zentralorgan der KP) sich nicht dazu entschliessen kann, die Worte seines eigenen Parteiführers öffentlich wiederzugeben:



"Wenn es zu einem Kriege zwischen den Vereinigten Staaten und Russland kaeme, fuer wen wuerden Sie dann die Waffen ergreifen?", fragte Mc Naboe. "Ich weigere mich, die Moeglichkeit eines solchen Krieges zuzugeben", sagte Browder. Aber Mc Naboe bestand auf einer Antwort, und schliesslich erwiderte Browder: "In jedem denkbaren Kriegsfall wuerde ich fuer die Vereinigten Staaten kaempfen!" "Das war nicht immer Ihre Haltung, nicht wahr?", fragte Mc Naboe. "Nein, sie war es nicht", gab Browder zu.

Seid Ihr Euch klar darueber, was diese Worte bedeuten? Browder erklaert sich bereit, "fuer die Vereinigten Staaten zu kaempfen" nicht nur im Krieg der "kollektiven Sicherheit" gegen Japan, sondern in einem ausgesprochenen Interventionskrieg gegen die SU!

Euch ist gesagt worden, dass die SU "das Vaterland der Arbeiter" sei. Aber Browder verpflichtet sich - und bindet Euch ebenfalls durch seine Verpflichtung - einen amerikanischen imperialistischen Krieg gegen die SU zu unterstuetzen!

Euch ist gesagt worden, dass es notwendig sei, "voruebergehend" alle revolutionaeren, alle kommunistischen, alle Prinzipien der Arbeiterklasse beiseitezustellen, um die "demokratischen" Maechte zu versoehnen und so die Verteidigung der SU zu verstaerken. Aber Browder verpflichtet sich, einen amerikanischen imperialistischen Krieg gegen die SU zu unterstuetzen!

Vom Chauvinismus und Patriotismus, der im Namen der SU gerechtfertigt wurde fuehrt Browder Euch rasch zum Chauvinismus und Patriotismus gegen die Sowjetunion!

Das ist nicht einmal "kollektive Sicherheit"! Das ist nicht einmal die "Verteidigung der Demokratie gegen den Faschismus"! Das ist einfache Verraete rei! Das ist kriecherische, speichelleckerische Unterwuerfigkeit gegenueber den Maechtigen des Tages!

Ein Kommunist und Internationalist wuerde gegen jeden Krieg sein, den das imperialistische Amerika moeglicherweise unternimmt. Aber selbst ein aufrichtiger Liberaler, ein ehrlicher Linker wuerde gegen einen Krieg gegen die SU sein. Ein solcher Liberaler oder Linker wuerde sagen: "Was immer man ueber einen Krieg gegen Japan oder Deutschland denken mag, ein Krieg gegen die SU ist offenkundig ein imperialistischer und raeuberischer. Wir werden gegen einen solchen Krieg ankaempfen, so wie die Radikalen und die Gegner der Sklaverei s. Zt gegen Amerikas Raubkrieg gegen Mexiko im Jahre 1847 waren!"

Aber solche Worte sind nichts fuer Browder. "In jedem denkbaren Kriegsfall" verpflichtet er sich, den amerikanischen Imperialismus zu unterstuetzen!

Es ist infolgedessen kaum ueberraschend, dass er auch fuer die reaktionaere Amerikanische Legion gegen ihre liberalen Kritiker eintritt.

Vor kurzem veroeffentlichte Dr. William Cellerman einen sorgfaeltigen und materialreichen Bericht, den Dr. George S. Counts empfahl und der die Vorherrschaft reaktionaerer und faschistischer Einfluesse in der Amerikanischen Legion aufdeckte. Die Fuehrung der Legion zog natuerlich gegen Dr. Cellerman ins Feld. Die liberale Presse unterstuetzte ihn. Und Earl Browder? Er eilte der Amerikanischen Legion zu Hilfe! hoeren wir seine Aussagen vor dem Mc Naboe-Komitee ("New York Times", 1. Juli):

"Ich meine, dass dies gegenueber den breiten Mitgliedermassen der Legion unfair ist... Die Politik der Legion ist konsequent demokratisch und liberal gewesen... Wir sind ebenso wie die Legion fuer die Aufrechterhaltung der Regierungsform der Vereinigten Staaten, und dies gilt gegenueber allen denjenigen, die diese Regierungsform unterstuetzen wollen. Ich glaube es ist eine Tatsache, dass die Kommunistische Partei die einzige ist, die keine wesentlichen Differenzen mit der Legion hat."

Die Amerikanische Legion weigert sich, den Streikbruch zu verurteilen; sie duldet Denunziantentum und Streikbruch bei ihren Mitgliedern. Aber nach Browder hat die Kommunistische Partei "keine wesentliche Differenz" mit der Legion!

Die Amerikanische Legion unterstuetzt und beguenstigt die May Bill, den bekannten Plan der industriellen Mobilisierung und Arbeitsdienstpflicht, der Amerika an den Rand des Faschismus bringen wuerde. Sie laesst nie eine Gelegenheit vorbegehen, um Hetzkampagnen gegen Kommunismus und Radikalismus jeder Art zu fuehren. Aber fuer Browder ist "die Politik der Legion konsequent demokratisch und liberal gewesen".

Was denkt Ihr darueber, die Ihr Mitglieder oder Anhaenger der Kommunistischen Partei seid, Ihr, in deren Namen Browder spricht?

Die ganze Welt weiss, dass die Kommunistische Partei in ihrer Politik und Fuehrung voellig von der Kommunistischen Internationale, d.h. faktisch von Stalin selber, beherrscht wird. Einige haben versucht, dieses System zu rechtfertigen; andere, darunter wir, verurteilen es; aber jedermann weiss, dass es existiert. Und nun kommt Browder und versichert mit ernsthafter Miene, dass "wenn ein Befehl von Moskau kaeme, er in den Papierkorb geworfen werden wuerde."

Welchen Zweck kann eine solche groteske Narretei haben? Warum schaemt sich Browder eine Beziehung zu Stalin einzugestehen, die praktisch zu pflegen er sich nicht schaemt? Und wen glaubt Browder damit tauschen zu koennen? Durch eine solche Taktik macht er nur sich selber und seine Partei zur Zielscheibe des allgemeinen Spottes und ueberzeugt alle diejenigen, die denken, davon, dass die KP ein skrupelloses Gebilde ist, das niemals meint, was es sagt und niemals sagt, was es meint!

Earl Browders Aussagen vor dem Mc Naboe-Komitee sind offenkundig kein bloss vereinzelter Zwischenfall oder eine zufaellige Entgleisung. Sie sind die logische, unvermeidliche Konsequenz des ganzen Parteikurses unter der neuen Linie. Welche Folgerungen koennen und muessen wir aus diesen Aussagen ziehen?

Der Volksfrontkurs fuehrt mit unerbittlicher Logik zur Preisgabe jeder Spur von kommunistischen Prinzipien und Klassenbewusstsein der Arbeiterklasse. Er fuehrt gerade weg ins Lager der Reaktion und des imperialistischen Chauvinismus.

Die bestaendige Ersetzung der innerparteilichen Demokratie durch ein zunehmend autoritaeres Regime hat den Punkt erreicht, wo die Kommunistische Partei systematisch als Instrument fuer ein zynisches Doppelspiel und fuer politische Tauschungsmanoever dient.

Zweifelt Ihr daran? Denkt an Browders Aussagen vor dem Mc Naboe Komitee!

Browders Aussagen ziehen den Schlussstrich unter die ganze politische Entwicklung der Kommunistischen Partei in den letzten Jahren. Es ist jetzt nicht laenger moeglich, die Tatsache zu verneinen, die schon so lange nach Anerkennung verlangt: die Kommunistische Internationale - und die Kommunistische Partei Amerikas mit ihr - hat vollstaendig und unwiderruflich ihren Charakter als einer kommunistischen Organisation verloren; sie hat den Sozialismus preisgegeben, den Klassenkampf preisgegeben, die Demokratie im Leben der Partei und der Arbeiterbewegung preisgegeben!

Ihr, die Ihr Mitglieder oder Anhaenger der Kommunistischen Partei seid, was werdet Ihr nun daraufhin tun? Ihr koennt nur eins tun: brecht mit der reaktionaeren und autoritaeren Partei Stalins und Browders! Tretet ein in die Unabhaengige Arbeiterliga Amerikas, die das Banner des revolutionaeren Sozialismus in diesem Lande hochhaelt!

Pontigny und die CGT  
=====

Am 25., 26. und 27. Juni fand in Pontigny eine Konferenz statt. An ihr nahmen einige Grossindustrielle, wie Lambert-Ribot vom Comité de Forges, Ernest Mercier vom Elektrizitätstrust, H. Hermant von den Versicherungsgesellschaften u. a. teil. Von der Seite der CGT waren Leute wie Lefranc, Lacoste und Laurat vertreten.

Der Zweck der Konferenz war, am Beispiel des idyllischen Schweden zu zeigen, dass der soziale Frieden zwischen Kapital und Arbeit möglich sei, wenn jede Seite ihre besonderen Interessen dem sogenannten nationalen Allgemeininteresse unterordnet. Als praktischer Beweis fuer die Moeglichkeit und Fruchtbarkeit einer solchen Zusammenarbeit wurde der Konferenz die Praxis der Arbeitsgemeinschaft in Schweden vorgefuehrt. Der Praesident der schwedischen Gewerkschaften und ein Vertreter der Unternehmerverbaende Schwedens erläuterten das schwedische Musterbeispiel.

Die Konferenz von Pontigny ist das Ergebnis einer hartnaeckigen Kampagne, die durch Detoeuf, der unter den Befehlen des Elektrizitätsgewaltigen Mercier steht, gefuehrt wurde und der in den "Nouveaux Cahiers" die Konzeption eines Zwangssyndikalismus im Hinblick auf die Organisierung des "sozialen Friedens" und die Zusammenarbeit der Klassen vertritt. Die Kampagne hat oeffentlichen Charakter angenommen und ihre Anhaenger verfuegen ueber wichtige propagandistische Mittel. Die Teilnahme der maechtigsten kapitalistischen Unternehmungen unterstreicht dies ebenso, wie das beifaelliche Echo, das die Konferenz in der ausschlaggebenden kapitalistischen Presse gefunden hat. Und es ist gleichfalls von Bedeutung, dass eine erhebliche Zahl fuehrender Funktionaere der CGT - insbesondere der Tendenz Bélin (Sekretaer der CGT) - Kaempfer fuer den "sozialen Frieden" und die "union sacrée" sind. Die "Syndicats", die Zeitung der Tendenz Bélin vertritt bereits heute Gedanken, die in der Richtung einer "autoritaereh" Demokratie liegen, die auf der Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit basiert. Ihr Kampf gegen die "Kolonisation" der CGT durch die Stalinisten bezweckt ja nicht, der CGT ihre Unabhaengigkeit als Klassenorganisation zurueckzugeben, sondern sie von dem Einfluss der russischen Aussenpolitik zu befreien, um sie ausschliesslich zu einem Instrument im Dienste der Interessen des franzoesischen Imperialismus zu machen.

In dieser Differenz liegt auch die Ursache fuer die Attacke, die die "Humanité" gegen die Konferenz von Pontigny geritten hat. Die "Humanité" ist kein prinzipieller Gegner des "sozialen Friedens" und der Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit. Wenn sie dennoch gegen die Front von Pontigny auftritt, dann eben deshalb, weil diese Front auf dem Gebiete der internationalen Politik die Politik der Komintern und der SU ablehnt. Das ist der alleinige Grund, weshalb die "Humanité" sich gegen diese Front erhebt - denn in den Grundfragen der inneren Politik stehen beide Tendenzen auf dem Boden des "sozialen Friedens" und die "union sacrée".

Es bedarf keines Beweises dafuer, dass im Falle eines Krieges, in dem der franco-sowjetische Pakt spielt, beide Tendenzen sich gegen die revolutionaere, dem Burgfrieden feindliche Tendenz vereinigen werden. Das darf von den revolutionaeren Gewerkschaftern nicht aus dem Auge verloren werden. Die Haltung Jouhaux's zur Konferenz von Pontigny zeigt, dass er im Prinzip mit der Anwendung des schwedischen Beispiels auf Frankreich voellig einverstanden ist, dass es sich fuer ihn nur darum handelt, dass die CGT als Ganzes in diese Bewegung einbezogen wird, und dass die Gignoux sich den Mercier usw. anschliessen und den Kampf gegen die CGT und fuer die Organisierung von gelben Verbaenden aufgeben.

Wenn bei der Propagierung der Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit das schwedische Beispiel angefuehrt wird, um den Arbeitern den Mund waessrig zu machen, so muss man betonen, dass Schweden noch keine tiefgehen-



den oekonomischen Erschuetterungen erlebt hat, dass es nicht unmittelbar in die imperialistischen Konflikte einbezogen ist, dass die aus diesen Konflikten um die Neuverteilung der Welt resultierende ungeheuerliche Aufruestung fuer das an Rohstoffen reiche Land, eine Quelle der Bereicherung und der wirtschaftlichen Belebung ist. Diese Lage gestattet der Bourgeoisie dieses Landes der Arbeiterschaft relativ fortschrittliche Sozialreformen zu geben, wenn sie dafuer dank der arbeitgemeinschaftlichen Politik der Reformisten die Sicherung ihrer sozialen Herrschaft und die ungestoerte Fortsetzung der Profitmacherei einhandelt.

Es bedarf keiner langen Ueberlegung, um zu erkennen, dass die Perspektiven einer Arbeitgemeinschaft in Frankreich ganz andere sind, dass sie im Grandé auf die Verkuemmung der sozialen Erungenschaften, auf den Abbau des Lebensstandards der Arbeiter hinauslaufen. Der Verzicht auf den Klassenkampf bedeutet hier also nicht nur nicht den Verzicht auf die soziale Revolution, auf alle einschneidenden Massnahmen die das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln beruehren, sondern auch den Verzicht auf die simpelste Sozialreform.

Die Militanten der CGT handeln also nicht nur im Interesse der weiterliegenden Ziele der Arbeiterbewegung, sondern im Interesse ihrer taeglichen Be-verfnisse, wenn sie der Koalition von Pontigny den Kampf ansagen und ihren Geist in jeder Form aus der CGT verbannen.

-o-o-o-o-o-o-o-

#### A U S D E M E L S A S S

##### Die Arbeitslosen werden geschroepft

Der Gemeinderat der Stadt Colmar, der bekanntlich eine Volksfrontmehrheit mit einem sozialistischen Maire besitzt, hat sich in einer seiner letzten Sitzungen mit der weiteren Einschraenkung der freiwilligen Leistungen an die Arbeitslosen beschaeftigt.

Die Gemeindeverwaltung schlug dem Gemeinderat vor, vom 1. August an die bisher auf staedtische Kosten verabreichten Suppen- und Brotrationen mit einem Betrag von 50 Centimes abzugeben. Zur Rechtfertigung dieser Massnahme verweist die Gemeindeverwaltung auf die Tatsache, dass die Aufsichtsbehoerde schon wiederholt die Abschaffung der freiwilligen Leistungen in der Hoehe von ungefaehr 2 Millionen gefordert habe. Die Stadtverwaltung hat bisher - den Spuren der voraufgegangenen Gemeinderatsmehrheit folgend - diese laufenden Ausgaben auf dem Anleiheweg aufzubringen gesucht, statt sie durch ordentliche Einnahmen zu decken. Die Aufsichtsbehoerde hat fuer diese Darlehen eine Tilgungsfrist von 10 Jahren vorgesehen, so dass das staedtische Budget im steigendem Masse groessere Summen fuer den Zinsen- und Amortisationsdienst aufbringen muss. Der Versuch diese Ausgaben aus kurzfristigen Anleihen in langfristige umzuwandeln und so die Belastung des staedtischen Budgets zu vermindern, sei am Widerstand der Zentralverwaltung gescheitert.

Zum andoren verweist die Stadtverwaltung darauf, dass Anleihen, deren Zweck nicht die Ausfuehrung von Arbeiten ist, immer schwerer unterzubringen seien. Es sei der Stadt bisher nicht gelungen, die fuer 1938 vorgesehene Anleihe zu placieren, obwohl darum etwa 30 kleinere und groessere Banken angegangen wurden. Aus diesem Grunde muessen die Ausgaben fuer den Arbeitslosenfonds und die Suppenanstalt nunmehr in das ordentliche Budget einsetzen.

Die Finanzkunst des Maire Richard, die darin bestand, ohne wirksame Einnahmeerhoehungen auszukommen und die Ausgaben fuer die Arbeitslosen auf dem Anleihewege zu decken, hat sich also festgefuehrt, da die im Zusammenhang mit der Volksfrontaera erhoffte wirtschaftliche Belobung sich nicht eingestellt hat. Der Zuschlagscontime hat trotz mehrmaliger Devaluation nicht einmal

eine nominelle Einnahmeerhöhung gebracht. Die auf die Zukunft gezogenen Wechsel haben sich also als falsch erwiesen und belasten nunmehr das städtische Budget.

Man sollte meinen, dass eine Gemeinderatsmehrheit, die als Ergebnis der Opposition der Werktaetigen gegen die Lavalsche Deflationspolitik zur Macht gekommen ist, angesichts einer solchen Lage andere Wege zu weisen wüesste, als in die Fusstapfen eines Laval zu treten und die Finanzsanierung auf Kosten der Arbeitslosen zu erstreben. Nach dem das Genter System unter den Schläegen der Lavalschen Notverordnungen gefallen ist und von der Volksfront nichts zu seiner Wiederaufrichtung geschehen ist, geht man daran, den Arbeitslosen die letzten kleinen Verguenstigungen zu nehmen. Dies alles, obzwar selbst nach den amtlichen Indexziffern die Gesamtlebenshaltungskosten sich seit Juni 1936 um 46 % erhöht haben und den Arbeitslosen dafür keinerlei Äquivalent in Form einer Erhöhung der Unterstuetzungssätze gewährt wurde. Es ist daher auch kein Wunder, dass die Arbeitslosen sich in immer steigenderem Masse durch die Volksfront als verraten und verkauft betrachten.

Statt danach zu suchen, Budgetkapitel, die nichts mit den Interessen der Werktaetigen zu tun haben, herabzusetzen oder zu streichen, statt Vorschläge auszuarbeiten, die in der Richtung der so oft proklamierten Lösung "Die Reichen muessen zahlen" liegen, statt den Gemeinderat und die ausserparlamentarische Kraft aller Arbeiterorganisationen fuer diese Vorschläge gegenüber der Regierung einzusetzen, gefacilt man sich darin, die Arbeitslosen zu schroepfen und auf dem Wege der weiteren Verluemmung ihrer Hungerexistenz das städtische Budget auszugleichen. Und dann wagt man sich noch darueber zu entruesten, dass die Arbeitslosen ob einer solchen Politik nicht in Ver-zueckung geraten, sondern ihren Portest Ausdruck verleihen.

Die revolutionaeren Arbeiter muessen alles tun, um die Aktion der Arbeitslosen zu unterstuetzen. Sie muessen ihrer Bewegung Ziel und Richtung weisen und ihnen zeigen, dass die Volksfront sie nur enttaeuschen kann und dass ihr Heil nur in der revolutionaeren Klassenaktion liegt, zu deren Fuherung sie einer revolutionaeren Partei beduerfen.

#### -----

#### Wie die Rettung der elsässischen Wirtschaft aussieht.

#### =====

Wir haben uns an dieser Stelle kritisch mit dem von der elsässischen Wirtschaft und von den beiden Generalräeten einstimmig sanktionierten Rettungsplan befasst und dabei die jaemmerliche Sekundantenrolle der Arbeiterpartei en aufgedeckt. Die "Humanité", deren tolle Bockspruenge anläessig der deutsch-franzoesischen Handelsvertragsverhandlungen wir hier vermerkt haben, sucht jetzt in einigen Artikeln leise Befuerchtungen darueber laut werden zu lassen, dass moeglicherweise die grossen Unternehmungen die alleinigen Profiteure dieser von ihr so bedenkenlos unterstuetzten Aktion werden koennen.

So drueckt der Chefredakteur Iltis in einem Artikel "Die Grossen wollen die Kleinen an die Wand druecken" (vom 20.7.38.) die Befuerchtung aus, dass gewisse Grossunternehmungen alles unternehmen, um den Loewenanteil an dem 50 Millionenkredit der Regierung zu ergattern. Die Grossunternehmungen würden die Kleinen als lebensunfaehig und daher kreditwuerdig bezeichnen.

Die "Humanité" sucht natuerlich den Eindruck zu erwecken, als ob dies von den Akteuren der "Rettungs"-aktion nicht gewollt sei und nur die "ELZ" solche Absichten propagiert habe, da diese dafuer eingetreten sei, dass die Millionen "nicht zur Unterstuetzung von Betrieben sollen, die keine Entwicklungsmoeglichkeiten mehr haben". Die "Huma" braucht nur das Blatt ihres ra-

Franzoesische Verstaerkung fuer den  
Sozialpatriotismus der KPTsch:

Fuenf kommunistische Abgeordnete Frankreichs bei Malypeter

Im Organ der HPTsch-Opposition lesen wir:

Bei den Sokolfestlichkeiten weilte in Prag eine fuenfgliedrige Abordnung der kommunistischen Kammerfraktion Frankreichs. Sie besuchte u. a. Malypeter, den rechtsagrarischen Kammerpraesidenten und verdolmetschte ihm die "Solidaritaet des franzoesischen Volkes" mit der Tschechoslowakei. Nach einem Besuch im Prager Rathaus, wo sie von Maire Zenkel empfangen wurden, legten sie einen Kranz am Grabe des "Unbekannten Soldaten" nieder. Der franzoesische KP Deputé Guyot erklaerte, dass der Besuch der Delegation vor allem der Staerkung der Friedenskraefte diene und der Solidaritaet der Weltdemokratie mit allen Kraeften des Friedens und der Demokratie in der Tschechoslowakei. Zum Schluss wurden natuerlich noch alle wirklichen Revolutionaere Frankreichs die die verhaengnisvolle Volksfrontpolitik und den Sozialpatriotismus im Dienste des franzoesischen Imperialismus ablehnen, als "Agenten des Finanzkapitals" beschimpft. Dies scheint so schon zum ueblichen Kuestzeug eines jeden stalinistischen "Fuehrers" zu gehoeren, denn man findet diesen Satz in jeder Rede, Zeitung, Broschuere oder Interview.

Wir haben unseren Standpunkt zum Kriege und der Verteidigung der buergerlichen Demokratie hinreichend oft dargestellt. Desgleichen die Aufgaben der Arbeiterklasse aufgezeigt. Die Reise dieser fuenf Abgeordneten dient leider nicht den Zielen der Arbeiterklasse, sondern hilft der Bourgeoisie die Moeglichkeit mit zu schaffen, erst den Krieg zu fuehren. Sie dient dem Patriotismus, der Kriegsstimmung fuer die Ziele der demokratischen Imperialisten. Sie hilft den Zustand herbeifuehren, wo man Krieg machen kann, ohne auf den Widerstand der Arbeiterklasse zu stossen. Was notwendig waere, ist die Einheit der franzoesischen und tschechoslowakischen Arbeiter zur Verhinderung des Krieges oder zu dessen Umwandlung fuer die Klassenziele des Proletariats. Diesem Zwecke diene die Reise der franzoesischen Abgeordneten nicht. Ihr Zweck war, die Arbeiterklasse den Bestrebungen der Bourgeoisie unterzuordnen. Deshalb war diese Aktion fuer die Arbeiterklasse wertlos, auch insbesondere deshalb, weil sie ihren Anfang bei der tschechischen Agrarpartei nahm, die arbeiterfeindlich und nach wie vor eine Stuetze des Henleinfaschismus ist. Die Interessen der Arbeiter und die der Agrarpartei sind entgegengesetzt und nicht ueberbrueckbar.

radikalen Volksfrontgenossen zu lesen und sie wird dort die gleichen Forderungen finden. Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, dass die Arbeiterschaft weder eine Bankgruendung noch eine staatliche Finanzhilfe unterstuetzen darf, auf die sie selbst keinen Einfluss hat. Die Vertreter der KP aber haben selbst im Generalrat auf jede Wahrnehmung der Interessen der Werktaetigen bei der Stellungnahme zum sog. Rettungsprogramm der elsassischen Wirtschaft verzichtet und haben ganz nach den Floetentoenen Walters getanzt.

In einem weiteren Artikel der "Huma", "Staatliche Hilfe den elsassischen Industriellen? Ja. Aber auch loyale Anwendung der sozialen Gesetze durch die Industriellen" wird von dem CGT-Sekretaer Aschbacher sehr klar gesagt, dass die 50 Millionen fuer die exportierenden Industrieunternehmungen und nicht fuer die Handwerksbetriebe bestimmt sind. Aschbacher fordert jetzt von der Regierung Daladier, dass sie ihre Kredite nur an solche Unternehmen gibt, die sich zur loyalen Einhaltung der Sozialgesetze verpflichten. Er beschwert sich bitter ueber die unbelehrbaren Unternehmer, die nichts aus der Vergangenheit gelernt haetten, die die von der organisierten Arbeiterschaft an den Tag gelegte Ruhe schlecht belohnen und sich als Bedingungs-patrioten benaehmen. (Schluss folgt.)



Die Forderungen der Arbeitslosen, der Beamten  
und alten Arbeiter und die Finanzfrage

(Fortsetzung von Nr. 30)

Die Regierung sagt, dass sie kein Geld habe. Aber sie hat Geld fuer die Auf-  
ruestung, sie hat Geld fuer die Aktionaere der Eisenbahnen, denen unbekuem-  
wert um das sonst so herausgestellte Rentabilitaetsprinzip eine 7 % ige  
Dividende garantiert worden ist. Ebenso verhaelt es sich mit den Staats-  
schulden. Diese Schulden wachsen und ein grosser Teil der gesamten Staats-  
einnahmen dient ihrer laufenden Verzinsung. Es ist ganz klar, dass mit einem  
solchen Bleigewicht an den Beinen jeder soziale Fortschritt und jede For-  
derung der Massen als nicht verwirklichtbar erscheinen muss, dass in der  
Masse, wie die Ausgaben fuer den kommenden Krieg wachsen, die kapitalistische  
Wirtschaft aber im Zustand der Depression verharret und die Zeichen einer  
beginnenden Krise sich mehren, dieser Zustand fuer die arbeitenden Massen  
immer unertraeglicher werden muss. Die allgemeinen Beduerfnisse fuer unpro-  
duktive Zwecke wachsen und auf der anderen Seite reduziert sich das allge-  
meine Produktionsvolumen. Dieses Dilemma laesst auf die Dauer gesehen nur  
zwei Auswege zu. Der eine wuerde den Verzicht auf die Aufrechterhaltung ei-  
ner ueberkommenen Lebensstandards fuer das arbeitende Volk bedeuten, die zu-  
nehmende Zertruemmerung seiner sozialen und politischen Rechte damit der  
Kapitalismus weiterbestehen kann. Das Lebensinteresse des arbeitenden Vol-  
kes erfordert aber, dass mit dieser ueberkommenen Wirtschaft aufgeraemt  
wird. Diese Aufräumungsarbeit kann nur darin bestehen, dass die Schulden  
des Staates annulliert werden und nur denen eine Rente ausgesetzt wird, die  
fuer die Arbeit untauglich, aus diesen Einnahmen ihre Existenz fristen.

Diese Loesung der Finanzfrage ist allerdings eine revolutionaere, die sich  
ueber das Privateigentumsprinzip unserer Schwerverdiener hinwegsetzt. Da-  
fuer aber macht sie im Zusammenhang mit dem weiterges teckten Ziel der  
entschaedigungslosen Enteignung der grossen Produktionsstaetten und Kapi-  
talsgesellschaften, den Weg frei fuer einen allgemeinen Fortschritt im Inte-  
resse der Werktaetigen.

Diese Loesung kann aber nur gegen die kapitalistischen Parteien und nur  
durch die selbstaendige Aktion der Masse durchgesetzt werden. Alle Forderun-  
gen bleiben Schall und Rauch, wenn der einzige Weg zu ihrer Realisierung  
abgelehnt wird und man am Buendnis mit den Radikalen festhaelt. Als unmittel-  
bare Forderung zur Verwirklichung der Forderungen der Arbeitslosen, der al-  
teren Arbeiter und der Beamten muss die steuerliche Belastung der Kapita-  
listen gefordert werden. "Die Reichen sollen zahlen"; diese Losung muss in  
der Aktion vertreten werden, fuer die sich die Beamtenverbaende in ihren  
letzten Beschlussen ausgesprochen haben.

Es ist Sache der revolutionaeren Arbeiter, die Forderungen der Arbeitslosen,  
der Alten und der Beamten mit allem Nachdruck zu vertreten, aber gleich-  
zeitig auch die Mittel zu ihrer Verwirklichung in die Massen zu tragen.

Hier stellt sich der neugeschaffenen Sozialistischen Arbeiter- und Bauern-  
partei eine dringende und fruchtbare Aufgabe.

Erscheint wöchentlich

Einzelnummer: 0.75 Cts.

Monatlich: 2.50 Frs.

Ausland: 3.50 "

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 32/V Jahrgang

Erste Augustwoche 1938

## Kriegsgefahr in Fernen Osten

Wenige Wochen sind seit den Tagen des 21. u. 22. Mai vergangen, in denen die Welt vor der unmittelbaren Gefahr eines neuen allgemeinen Krieges stand. Jetzt kommen aus dem Fernen Osten Nachrichten, die nichts anderes bedeuten, als dass die akute Gefahr eines Krieges zwischen der SU und Japan besteht. Ein Krieg zwischen der SU und Japan wuerde aber das, was noch vom Weltfrieden uebriggeblieben ist, frueher oder spaeter unweigerlich einreissen...

Es ist moeglich, dass auch die Kaempfe um den Huegel Tschan-Kou-Feng ebenso enden werden wie die bisherigen "Grenzzwischenfaelle" an der Grenze zwischen der japanischen Kolonie Mandschukuo und der SU. Die grosse buergerliche Presse weist darauf hin, dass sowohl die SU ein Interesse daran habe, den gegenwaertigen Konflikt friedlich zu regeln, als auch der japanische Imperialismus, welcher letzterer bereits durch den Krieg mit China genuegend in Anspruch genommen sei.

Eine Beilegung des gegenwaertigen Konflikts ist, wie gesagt, immer noch moeglich. Es waere aber durchaus falsch, sich in billigem Optimismus zu wiegen und anzunehmen, ein Krieg zwischen der SU und Japan werde auch diesmal nicht ausbrechen, weil er bisher trotz Hunderten von Zusammenstoessen an der Grenze nicht gekommen ist.

Die gegenwaertigen Kaempfe im Fernen Osten unterscheiden sich von den bisherigen Grenzzwischenfaellen durch die Massen der daran beteiligten Truppen der verschiedensten Waffengattungen. Es ist leicht abzusehen, dass, wenn diese Kaempfe noch einige Zeit weitergehen, sie sich zu einer grossen Schlacht entwickelt haben werden und dass dann der Krieg da ist, ohne dass die Diplomaten sich die Muehe zu machen brauchen, Kriegserklaerungen zu versenden.

Was den japanischen Imperialismus anbelangt, so muss beruecksichtigt werden, dass unter den japanischen Militaers schon seit laengerer Zeit eine Stroemung besteht, die einen Krieg mit der SU anfangen moechte, um einen Vorwand zu haben, das chinesische Abenteuer, das sich anders entwickelt hat, als die japanischen Generale urspruenglich annehmen, zu liquidieren, ohne dabei allzu sehr das "Gesicht zu verlieren". Zweifellos bestehen innerhalb der herrschenden Klassen Japans starke Widerstaende gegen den Versuch, jetzt einen Krieg mit der SU heraufzubeschwoeren. Der Krieg mit China hat die japanische Wirtschaft in die grossten Schwierigkeiten gebracht... aber ebenso zweifellos ist es, dass der Einfluss der verschiedenen imperialistischen Maechte direkt oder indirekt als eine Ermunterung derjenigen Kraefte in Japan wirkt, die einen Krieg mit der SU herbeifuehren moechten. Das ist erstens das mit Japan verbuendete Hitlerdeutschland, das den japanischen Angriff auf China von vornherein mit sehr saurer Miene verfolgt u. immer darauf hingearbeitet hat, dass die Japater ueber die SU herfallen und

gleichzeitig in China kurztreten. Ein Krieg zwischen der SU und Japan wuerde von den Nazis unweigerlich ausgenutzt werden, um sich die ersehnte freie Hand im Osten zu verschaffen, d.h. um auch ihrerseits ueber die Tschechoslowakei, bezw. die SU herzufallen. Das Spiel der demokratischen Imperialisten ist nicht so durchsichtig u. auch nicht so einfach. Die beiden fuehrenden demokratischen imperialistischen Maechte der Welt, naemlich England u. die Ver. Staaten, fuehlen sich von den Anspruechen des japanischen Imperialismus, u. besonders seinen Versuchen, sich in China festzusetzen, bedroht, sie machen andererseits keinen Hehl daraus, dass sie der SU trotz der Liebeschwuere, die Stalin an sie richtet, mit kuehl- hoeflicher, aber innerlich-feindseliger Gleichgueltigkeit gegenueberstehen. Die angeborene Friedensder demokratischen Imperialisten ist entweder fauler Schwindel oder ein frommer Irrglaube; in Wirklichkeit ist mit der Gefahr zu rechnen, dass der britische u. der amerikanische Imperialismus trotz der scheinheiligen Miene, die sie in der Oeffentlichkeit zur Schau tragen, hinter den Kulissen Oel ins Feuer giessen, weil sie von einem Krieg zwischen der SU u. Japan erwarten, dass diese beiden Staaten sich gegenseitig schwaechen, dass sie als aktive Faktoren aus der uebrigen Weltpolitik ausgeschaltet werden u. dass vor allem Japan gezwungen wird, sich aus dem britisch-amerikanischen Interessengebiet in Zentralchina zurueckzuziehen. In Europa wuerde ein Krieg zwischen der SU und Japan vom britischen Imperialismus benutzt werden, um den von ihm schon lange gehegten Plan eines Viererpaktes mit um so grosserer Energie zu betreiben. Es ist also falsch, wenn die Arbeiterklasse sich darauf verlassen wollte, dass eine Aktion der demokratischen Imperialisten ein unfehlbares Mittel sei, um den Frieden im Fernen Osten zu sichern.

Zum ersten Mal seit der Beendigung des Buergerkrieges u. des russisch-polnischen Krieges im Jahre 1920 besteht eine wirklich akute Kriegsgefahr fuer die SU. Die KI hat zwar verschiedentlich die unmittelbare Gefahr eines imperialistischen Angriffs auf die SU an die Wand gemalt, ohne dass dazu ein wirklicher Grund vorlag. Aber jetzt ist diese Gefahr tatsaechlich da. Und in dieser Stunde der Gefahr fuer die SU werden die Verbrechen, die die Stalinclique an der proletarischen Diktatur in der SU u. an ihrer Verteidigungskraft begangen hat, in ihrer ganzen Groesse offenbar. Zweifellos sind die Kreise des japanischen Imperialismus, die einen Krieg mit der SU wollen, dadurch ermutigt worden, dass der Terrorfeldzug Stalins gegen der Revolution ergebene Kommunisten, die Leistungsfahigkeit der Wirtschaft u. der Armee der SU stark geschwaecht hat. Es ist wahrscheinlich kein Zufall, dass die japanischen Generale gerade jetzt eine grosse militaerische Aktion zur Wiederbesetzung der strittigen Huegel unternommen haben, kurz nachdem der als Vertrauensmann von Stalin und Jeschow an die Stelle eines "trozkistischen Spions" zum Kommandant der GPU- und der Grenztruppen im Fernen Osten ernannte Luschkow zu ihnen uebergelaufen war u. ihnen alle militaerischen Geheimnisse, die er kannte - u. er kannte sicher eine ganze Menge davon - ausgeliefert hatte. Ebenso wie die Innenpolitik, so hat auch die Aussenpolitik u. die KI-Politik Stalins den imperialistischen Feinden der SU in die Hand gespielt. Dass Stalin die SU zu Lakaiendiensten fuer den Weltimperialismus missbraucht hat, hat der SU unter den Imperialisten keine Freunde gemacht, hat aber bei der Weltbourgeoisie den Respekt vor der Macht der SU gruendlich untergraben. Die konterrevolutionaere Rolle der Vertreter der SU und der KI in Spanien u. in anderen Laendern, die Verwandlung der KI in eine Agentur fuer die Zwecke der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetdiplomatie und der imperialistischen Bourgeoisie der demokratischen Laender hat dazu gefuehrt, dass sich innerhalb der internationalen Arbeiterschaft, die in fruheren Jahren stets auf den Posten war, um die SU gegen Bedrohungen von imperialistischer Seite zu verteidigen, jetzt in einer Lage, da der SU ein grosser Krieg droht, so gut wie keine Hand ruehrt.

Es dient nicht der Verteidigung der SU, wenn Stalin und die Seinen jetzt glauben, die ernste Gefahr, die der SU droht, - denn der japanische Imperia-

Fortsetzung Seite 6



Gegen die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges .  
=====

Vor 24 Jahren begann in den ersten Tagen des August der Weltkrieg. Noch nie seit 1914 war die Gefahr eines neuen, die ganze Welt umfassenden, imperialistischen Krieges, so gross wie heute. Das Londoner Bureau fuer revolutionaere sozialistische Einheit und die IVKO haben folgenden gemeinsamen Appell an das internationale Proletariat gerichtet, in dem sie die Arbeiterschaft auffordern, durch ihren Kampf eine Wiederholung des imperialistischen Gemetzels von 1914 zu verhindern;

An die Arbeiter aller Laender

Das imperialistische System von Versailles ist zerfallen. Der Kampf fuer die Neuverteilung der Welt unter die grossen imperialistischen Staaten tritt in ein akutes Stadium. Der Block der faschistischen Imperialisten fuehrt den Angriff. Die gesaettigten Imperialisten zittern vor den sozialen Konsequenzen eines Krieges an Seiten der Sowjetunion, eines Sturzes des faschistischen Regimes in Deutschland und in Italien. Die internationale Solidaritaet der kapitalistischen Klasse eint sie mit Hitler und Mussolini, waehrend ihre eigenen imperialistischen Interessen sie ihnen entgegenstellen. Dank den Schwankungen und Konzessionen, die sich aus dieser Tatsache ergeben, hat Mussolini Aebessinien erobern koennen, hat Hitler Oesterreich annektiert, haben Deutschland und Italien den faschistischen Aufstand in Spanien angezettelt, hat Japan China ueberfallen und schickt Deutschland sich an, die Tschechoslowakei anzugreifen.

Der Faschismus, der in den Laendern, in denen er die Macht erobert hat, jede Demokratie und die Arbeiterorganisationen vernichtet hat, der sich mit den reaktionaersten Tendenzen in allen Laendern verbuendet, bedroht die Sowjetunion und entfacht den Krieg - er ist das Hauptbollwerk der Weltreaktion.

Die grossen Arbeiterorganisationen in den demokratischen Laendern sehen in dieser Situation keinen anderen Ausweg, als sich im Namen der "Verteidigung der Demokratie" mit ihrer eigenen Bourgeoisie zu vereinigen.

Im Namen der "Verteidigung der Demokratie" haben sie die antikapitalistische Entwicklung der breiten Massenbewegungen gegen den Faschismus gebremst. Im Namen des Buendnisses mit ihrer eigenen "demokratischen" Bourgeoisie und um nicht dem Kriegspotential ihrer Laender zu schaden, haben sie ungeheuren Militaerausgaben des buergerlichen Staates bewilligt, haben sie die nationale Befreiungsbewegung der Kolonialvoelker verraten, indem sie sie so der faschistischen Demagogie in die Arme getrieben haben, haben sie auf jeden ernsthaften Kampf gegen das Grosskapital verzichtet und haben sie dadurch die Kapitalistenklasse in ihren Laendern gestaerkt.

Der "antifaschistische" oder "demokratische" Krieg ist eine Luege.

Das Kriegsziel der "demokratischen" Imperialisten wird keineswegs die Befreiung der vom Faschismus unterdrueckten Voelker, sondern die Zerstoerung der feindlichen Laender, die Auspluenderung ihrer Voelker sein. Sobald in irgend einem kriegsfuehrenden Lande eine Erhebung der werktaatigen Klassen beginnen wird, wird die internationale Bourgeoisie, ganz gleich, ob sie im Augenblick demokratisch oder faschistisch ist, nicht zoegern, sich gegen diese Bewegung zu vereinigen. Darauf zu verzichten, die demokratische Bourgeoisie zu bekaempfen, bedeutet also: die Weltkonterrevolution vorzubereiten.

Der Beginn des modernen Krieges wird durch die unvermeidliche Errichtung

einer Militaerdiktatur gekennzeichnet sein, deren Verschärfung Hand in Hand mit der Entwicklung des Krieges gehen wird. Burgfrieden mit seiner eigenen Bourgeoisie schliessen, heisst, die Militaerdiktatur vorbereiten.

Bei Kriegsende wird die allgemeine Zerstörung, die vollstaendige Zerruetung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in allen kriegfuehrenden Laendern die Wiederaufrichtung eines demokratischen Systems unmoeglich machen. Dieser Krieg wird nur entweder zu einer Terrordiktatur fuer das Grosskapital oder zu einer Diktatur der arbeitenden Klassen unter der Fuehrung des Proletariats fuehren koennen. Burgfrieden mit seiner eigenen Bourgeoisie schliessen, heisst, das Proletariat demoralisieren, die faschistische Diktatur vorbereiten.

Fuer die klassenbewussten Proletarier in allen Laendern gibt es nur einen Ausweg: die Verstaerkung ihrer Klassenaktion, der kompromisslose Kampf gegen ihre eigene Bourgeoisie fuer die Interessen der arbeitenden Klassen, die Entfaltung einer breiten Volksbewegung gegen den Kapitalismus, fuer die Eroberung der Macht und die Errichtung des freiheitsbringenden Sozialismus.

Im Falle einer drohenden Kriegsgefahr muessen die Gewerkschaften und die Arbeiterorganisationen mobilisiert und Massendemonstrationen gegen die kapitalistischen Regierungen und ihre imperialistischen Ziele organisiert werden.

Wenn der imperialistische Krieg ausbricht, ist es die Pflicht der klassenbewussten Arbeiter, mit allen Kraefte den Trug des "antifaschistischen" Krieges zu bekaempfen, den antikapitalistischen Kampf in den buergerlichen Laendern zu verstaerken und den imperialistischen Krieg in die sozialistische Revolution umzuwandeln. Nachdem sie die Macht ergriffen haben, werden die arbeitenden Klassen allen Voelkern den Frieden anbieten; falls die kapitalistischen Staaten sie angreifen, werden sie den Krieg an Seiten des russischen Proletariats fortfuehren, indem sie ihn aus einen imperialistischen Krieg in einen revolutionaeren Krieg verwandeln.

Die klassenbewussten Proletarier muessen wissen, dass sie zu Beginn des Krieges nur eine ganz kleine Minderheit sein werden. Moegen sie sich nicht entmutigen lassen. Unser gemeinsamer Sieg ist nahe. Der Weltkapitalismus wird in dieser schrecklichen Schlaechtereier unvermeidlich die Kraefte entfesseln, die ihn in den Abgrund stuerzen werden.

Nieder mit der Blockade des republikanischen Spaniens

Nieder mit dem Raubkrieg Japans gegen China

Nieder mit dem faschistischen Block

Nieder mit dem imperialistischen Krieg

Nieder mit dem Burgfrieden und der Zusammenarbeit der Klassen

Es lebe die revolutionaere Bewegung in allen kapitalistischen Laendern

Es lebe die nationale Befreiungsbewegung der Kolonialvoelker

Es lebe der proletarische Internationalismus

Es lebe die Weltrevolution

Das Internationale Buero fuer revolutionaere Einheit.  
Die Internationale Vereinigung der Kommunistischen  
Opposition (IVKO)

-----  
An alle Bezieher der "Arbeiterpolitik"

Wir ersuchen dringend um laufende Abrechnung der Abonnementsbeträge an Emile Hirtzel, 18, rue des Foulons, Strasbourg-Montagne Verte (Bas-Rhin)

Der Vorstoss der spanischen Republikaner ueber den Ebro  
=====

hat zwar nicht die Bedeutung einer entscheidenden strategischen Offensive, er ist inzwischen zum Stehen gekommen, aber er hat die Bedeutung einer Diversiön, die fuer die republikanische Gegenwehr Zeit gewinnt und zeitweilige Entlastung in der Richtung bedeutet, in der Franco zuletzt seinen Hauptstoss fuehrte.

In einer oeffentlichen Versammlung in Paris, im Vélodrome d'Hiver, hielt die Pasionaria eine Rede, die sich in zuegellosen Verleumdungen nicht nur gegen die POUM, sondern auch gegen die PSOP, die Partei der Pivertisten erging. Die Stelle, die sich gegen die Pivertisten richtet, lautete nach dem Bericht der "Humanité" (29.7.) folgendermassen:

"Es sind die Marceau Piverts, die die Einheit der Sozialistischen Partei zerbrechen, indem sie eine sogenannte Arbeiter- und Bauernpartei schaffen, die der Sammelpunkt und die Stuetze aller Verbaeter, aller Provokateure sein wird und die, wie Doriot, die Maske abwerfen wird, wenn sie nicht mehr die Zweideutigkeit aufrechterhalten kann".

Es genuegt, diese Niedertracht niedriger zu haengen, die sich gegen den besten Teil der klassenbewussten Arbeiter von Paris richtet, zumal sich gleichzeitig damit verbindet ein offenes und vollstaendiges Bekenntnis zu den "13 Punkten" Negrins, die die Bereitschaft zu einem Kompromiss mit dem spanischen Faschismus ausdruecken. Das eine beleuchtet und bedingt das andere.

Die Ausrottung der Kommunistischen Partei Polens  
=====

Den Mitgliedern der KP Polens ist nunmehr von Seiten der Kommunistischen Internationale mitgeteilt worden, dass mehrere ihrer (erschossenen) Fuehrer sich vor ihrer Erschiessung als Spione bekannt haetten. Es lohnt nicht, sich mit dieser ebenso plumpen, wie sinnlosen Luege auseinanderzusetzen. Die KP Polens ist inzwischen vorderhand aufgeloeset worden. Den Mitgliedern wird empfohlen, in den bestehenden Massenorganisationen, d.h. wohl vor allem in der polnischen Sozialdemokratie und in den freien Gewerkschaften zu arbeiten. Das Verbrechen, dass der Stalinismus an der kommunistischen Bewegung und selbst dem kommunistischen Gedanken in Polen begangen hat, spottet jeder Kennzeichnung. Der Kugel Jeshows sind nur die wenigen fuehrenden Genossen der kommunistischen Bewegung Polens entgangen, die das "Glueck" hatten, sich in polnischen Gefaengnissen und Konzentrationslagern zu befinden.

Der Stalinismus hat sich somit in Polen eine wunderbare Lage geschaffen in einer Zeit, wo die Moeglichkeit eines kombinierten Angriffs Hitlerdeutschlands und des faschistischen Polens auf die Sowjetunion naeheliegt. Er hat in dieser Lage durch seine physische Ausrottung und moralische Diffamierung der Kommunistischen Partei Polens die Bedingungen geschaffen, dass in Polen bei einem Konflikt mit der Sowjetunion sich keine Hand fuer die Sowjetunion in der Arbeiterschaft erheben wird. Die Dummheit ist also nicht weniger beispiellos als das Verbrechen.

Die Finanzklemme Hitlerdeutschlands  
=====

Durch eine neue Verordnung wird die Koerperschaftssteuer in Hitlerdeutschland fuer die Jahre 1938, 1939 und 1940 stark erhoeht. Der Hoechstsatz soll fuer die Jahre 1939 und 1940 40% betragen. Diese Massregel deutet auf die wachsende Finanzschwierigkeit Hitlerdeutschlands im Gefolge der Aufruestung hin.



Fortsetzung von Seite 2:

Kriegsgefahr im Fernen Osten

lismus ist trotz all seinen inneren Widersprüchen ein ernsthafter militärischer Gegner - durch billige Prahlereien, durch Erklärungen, dass man die Japaner "vom Anlitz der Erde hinwegfegen" werde, zu verkleinern oder gar hinwegzureden. Lenin hat nichts zu kritisiert die derartige Prahlereien.

Die internationale Arbeiterklasse darf sich durch die Stalinschen Prahlereien nicht ueber den Ernst der Lage hinwegtauschen lassen. Wir haben das Stalinregime bekämpft und bekämpfen es, gerade weil wir fuer die Verteidigung der proletarischen Diktatur in der SU sind, weil wir der Ansicht sind, das stalinsche buerokratische Cliquenregime, die Unterdrueckung jeder proletarischen Demokratie in der SU die proletarische Diktatur untergraebt u. gegenueber ihren imperialistischen Feinden schwächt. Deswegen wenden wir uns heute an alle Arbeiter mit der Aufforderung, die SU unbeschadet aller Kritik am Stalinregime in der Stunde der Gefahr fuer die Errungenschaften der russischen Revolution zu verteidigen. Das Erste was geschehen muessete, waere eine internationale proletarische Aktion gegen den japanischen Imperialismus - nicht eine Scheinaktion, die keine wesentlichen Auswirkungen hat, wie z.B. der Boykott japanischer Spielwaren und Unterhosen - sondern eine Aktion, um zu verhindern, dass der japanische Imperialismus Kredite und kriegsichtige Rohstoffe erhaelt. Es ist naemlich eine unbestreitbare Tatsache, dass der japanische Imperialismus bisher seinen Krieg in China nur dank den Kreditmoeglichkeiten und Rohstofflieferungen fuerher konnte, die er von den "friedensliebenden" demokratischen Imperialisten Amerikas und Europas erhielt.

Die englische Interventionspolitik in der Tschechoslowakei  
=====

Die Bemuehungen zur Regelung der Nationalitaetenfrage waren praktisch in eine Sackgasse geraten und der Schatten des 21. Mai lag erneut ueber der Tschechoslowakei, als von der Regierung des demokratischen Englands beschlossen wurde, Lord Runcimans zur Intervention nach Prag zu schicken. Zwei Standpunkte standen (uns stehen) sich schroff gegenueber: 1) das Programm der Sudetendeutschen Partei K. Henleins, das die Schaffung eines autonomen faschistischen Staates in der Tschechoslowakei fordert, dessen Verhaeltnis zum 3. Reiche von Henlein anlaessig eines Appells der Auslandsdeutschen in Breslau so charakterisiert wurde: "wir sind und bleiben deutsche Volksbuerger, die sich freiwillig unter die Gesetze des deutschen Volkstums stellen"; und 2) die Nationalitaetengesetzentwuerfe der Prager Regierung und der tschechischen Koalitionsparteien. Diese Gesetzentwuerfe bringen ganz unmissverstaendlich zum Ausdruck, dass die tschechische Bourgeoisie garnicht daran denkt, Henlein gegenueber irgendwelche nennenswerte Zugestaendnisse zu machen, die ihre Vorherrschaft in dem Nationalitaetenstaat beeintraechtigen koennte. Die Arbeiterklasse - weder die Sozialdemokratie noch die KPTsch - ist als 3. Kraft mit eigenen sozialistischen Forderungen zur Loesung der nationalen Frage ueberhaupt nicht in Erscheinung getreten.

In dieser Situation trat erneut Hitlerdeutschland auf den Plan, das ein Eingreifen der vier europaeischen Grossmaechte, England, Frankreich, Italien, Deutschland, also einen Viererpakt forderte, dessen Entscheidungen sich die Tschechoslowakei zu unterwerfen habe. Als Belohnung fuer eine solche Entscheidung zugunsten des deutschen Imperialismus, will Hitler der Tschechoslowakei einen "Gottesfrieden" von dreijaehriger Dauer "garantieren". Aber gleichzeitig trifft Hitlerdeutschland weiter seine militaerischen Vorbereitungen. "Ungeheure Mengen Kriegsmaterial haben im Laufe der letzten 3 Wochen Wien passiert. Die Zuege kommen bei Nacht an und ihre Ladung wird nach der tschechoslowakischen Grenze gesandt, wo ohne Abschwaechung die Befestigungsarbeiten fortgesetzt werden", so berichtet der immer gut info-

Mit dem offenen Eingreifen in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei verfolgt England in erster Linie seine eigene imperialistische Interessen. Aber diese Intervention hat nur einen Sinn, wenn sie auch nur voruebergehend zu einem Erfolg fuhren soll; sie ist eine Schuetzenhilfe fuer Henlein und die Kraefte, die hinter ihm stehen. Der englische Druck auf Prag soll zu Konzessionen an Henlein und Hitler fuehren. Deshalb hat auch die Henleinpartei die Mission Lord Runcimans lebhaft begruesst. Sie weiss, dass jede Zwischenloesung auf dem Wege zu ihrem faschistischen Ziel und damit im Interesse des deutschen Imperialismus liegt. Die tschechische Regierungspresse heuchelt gute Miene zum schlechten Spiel. Die tschechische Bourgeoisie ist zwar ohne weiteres bereit Konzessionen an den Faschismus zu machen, solange die Kosten zu Lasten der Arbeiterklasse gehen. Und in dieser Richtung wird die Intervention Englands auch Gestalt annehmen. Es ist deshalb kein Wunder, dass jetzt die kommunistische und sozialdemokratische Presse der Tschechoslowakei ganz verdattert wegen der Aktivitaet der "befreundeten englischen Demokratie" ist.

Aber auch die tschechische Bourgeoisie ist bei weitem nicht einheitlicher Meinung. Immer deutlicher zeigt sich ein Riss zwischen dem verstaendigungsberreiten Fluegel der tschechischen Agrarier und dem Fluegel um Benesch. Es handelt sich dabei um die aussenpolitische Orientierung der Tschechoslowakei. Die Frage einer Neutralitaet der Tschechoslowakei nach Schweizer oder belgischem Muster oder einer Neutralitaet, die von einem Viererpakt garantiert wird, steht nach wie vor zur Diskussion. Eine solche Neutralitaet wuerde natuerlich den sowjetischen-tschechoslowakischen Beistandspakt zur voelligen Bedeutungslosigkeit verurteilen. Zwar hat die Reise Lord Runcimans nach Prag auf den tschechischen Chauvinismus, der die breiten Massen aufs Tiefste erfasst hat, wie ein kalter Wasserstrahl gewirkt. Sind doch diese Massen zu dem Wahn aufgeputscht worden, dass die "grossen Demokratien" aus purer Liebe zur tschechischen Demokratie (und was fuer eine) Henlein u. Hitler auch nicht das Schwarze unter dem Nagel geben wuerden. Mit dieser nationalistischen und chauvinistischen Massenstimmung muss die Prager Regierung rechnen. Die Interventionspolitik Englands wird, soweit die Tschechoslowakei in Frage kommt, dazu fuehren, dass 1) die Henleinpartei durch den Mund Englands Zugestaendnisse (die weit ueber den Rahmen der Prager Bereitwilligkeit hinausgehen) fuer ihr faschistisches Programm bekommt; 2) dass die nationalen Spannungen zwischen den Deutschen und den Tschechen verstaerkt werden und 3) ist es nicht ausgeschlossen, dass es im Lager der tschechischen Koalition zu groesseren Spannungen und im Gefolge davon zu einer Regierungskrise kommt. Eine solche Krise kann dazu fuehren, dass sich die "autoritaere Demokratie" in eine Militaerdiktatur verwandelt, die dann auf ihre Art die "Loesung" der nationalen Frage vornimmt.

Auf jeden Fall hat beim jetzigen Stand der Dinge der Henleinfaschismus nichts zu riskieren und zu verlieren. Er kann nur gewinnen; vor allen Dingen auch deswegen, weil die Arbeiterklasse leider als folge der katastrophalen Politik der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei die eingetretene Pause, die unter Umstaenden einige Monate dauern kann, nicht zu einer selbstaendigen und unabhaengigen Klassenpolitik ausnutzt.

Im sudehndeutschen Gebiet geht der Faschisierungsprozess leustig weiter. In den letzten Wochen werden grossen Massen (Tausende werden jeweils genannt) Henlein-Mitglieder zur "Arbeit" ins 3. Reich hinueber geholt, offensichtlich aber zur militaerischen Ausbildung. Der durch die Fluesterpropaganda vorbereitete Generalstreik zur Unterstuetzung der Henleinforderungen ist aus taktischen Gruenden vorlauefig vertagt worden. Aus der Presse und Propaganda ist er aber noch nicht verschwunden. Wahrscheinlich plant die Henleinpartei als naechsten Schritt einen kleinen Steuerstreik und die Sabotage der Staatsaemter. Die Forderung auf Durchfuehrung eines Plebizits wird immer staerker erhoben. Die faschistische Unterminierung und Aushoehlung des Staates geht bei verstaerkter Wirtschaftskrise im Randgebiet planmaessig weiter.

Die Tiefe der Wirtschaftskrise, die ist eine Auswirkung der allgemeinen Krise, des Verlustes des oesterreichischen Marktes, der Boykottbewegung welche von beiden Seiten gefuehrt wird; aber auch die Unternehmeroffensive (Lohnabbau und verstaerkte Rationalisierung), die Kapitalsabwanderung bei gleichzeitiger Vorranschung der Maschinerie trifft die Arbeiterklasse unmittelbar. Diese wirtschaftlichen Fragen sind ein entscheidender Ansatz- und Ausgangspunkt fuer ein selbststaendiges Auftreten der Arbeiterklasse. Leider stehen aber die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei, wie die proletarischen Gewerkschaften aller Richtungen diesen entscheidenden Interessenfragen der Arbeiterschaft gleichgueltig gegenueber. Dabei wuerden aktive Wirtschaftskampfe als direktes Scheidewasser im Lager Henleins, in der "Volksgemeinschaft" wirken. Ein Beispiel aus einem Ascher Textilbetrieb (in dem die KP-Opposition Betriebsraete hat) zeigt den Weg aber auch die Mittel fuer die Neubelebung des Klassenkampfes der Arbeiter auf. Der Unternehmer wollte in diesem Betrieb neue Rationalisierungsmethoden einfuehren. Die gesamte Belegschaft - 80 % davon sind freiwillige oder durch Terror erzwungene Monleinanhaenger - beantwortete diesen Unternehmervorstoess mit dem Streik. Zwar gelang es spaeter der Henleingewerkschaft diesen Streik abzuwuergen. Aber dennoch ist dieses Beispiel richtunggebend. Es zeigt, dass die soziale Frage, der wirtschaftliche Kampf die Aktionseinheit der Arbeiterschaft herstellt und dass dadurch die Arbeiterklasse wieder als ernst zu nehmender Faktor auf die politische Buehne treten kann.

#### Die Verhandlungen Morgenthau mit England u. Frankreich

=====

Aus den Berichten der internationalen Presse geht hervor, dass Morgenthau, der amerikanische Staatssekretar fuer Finanzen, seinen europaeischen Aufenthalt ausnuetzt, um unter der Hand mit England und Frankreich wegen der alten Kriegsschulden zu verhandeln. Der Sinn dieser Verhandlungen wird klar aus Andeutungen, dass ein guenstiges Ergebnis in diesem Punkt eine aktivere Unterstuetzung des englischen und franzoesischen Imperialismus bei einem eventuellen Konflikt mit Hitlerdeutschland und Italien von Seiten Amerikas zur Folge haben koennte.

#### "Der Internationale Klassenkampf"

=====

das theoretische Organ der "Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition" (Julinummer) ist erschienen. Sein Inhalt umfasst folgende Beitraege:

Der 21. und 22. Mai 1933: zwei Tage der akuten Weltkriegsgefahr/Um die Entscheidung im spanischen Buergerkrieg/ Burgfrieden und Klassenkampf in Frankreich/ Zur Frage des revolutionaeren Defaitismus/Bemerkungen zur Weltwirtschaftslage/ Aus der Sowjetunion/Notizen: Der Internationale Gewerkschaftsbund und die russischen Gewerkschaften/Eine stalinistische Luegensammlung/Laenderberichte/Dokumente.

Der "Internationale Klassenkampf" kostet 1.50 Frs. Bestellungen sind zu richten an alle Vertrauensleute der IVKO und an Alfred Quiri, Wolfisheim (Bas-Rhin) oder an Emile Hirtzel, 18 rue des Foulons, Strasbourg-Montagne-Verte, (Bas-Rhin).



Polemiken um die Nichtausfuehrung des Volksfrontprogramms.  
=====

Zwischen dem "Republikaner" und der "Humanite" hat sich eine Polemik entwickelt. Ausgangspunkt war ein Artikel des Sekretars der Union locale von Mulhouse Grueneisen ueber seine Eindruecke von der Pariser Kundgebung am 14. Juli. Grueneisen behauptete in seinem Bericht, dass die Manifestation am 14. Juli einen Niedergang der Volksfront ausdruecke und dass das Verhalten der kommunistischen Militanten gegenueber den Sozialisten an die Zeit der Spaltung erinnere. G. warnte vor der Fortsetzung dieser Kampfmethoden, da sie unvermeidlich die Volksfront und die Arbeitereinheit in Frage stellen. Nach den Erklarungen Grueneisens habe man die sozialistischen Kameraden auf der Place de la Bastille mit Drohungen und Beschimpfungen empfangen ("Sozialverraeter" u.s.f.), die an die Zeit der Theorie des "Sozialfaschismus" erinnern.

Die KP hat dem Sekretar des Textilarbeiterverbandes, Aschbacher, die Feder zur Antwort an Grueneisen in die Hand gedruickt. Aschbacher betrachtet den Artikel G. als einen Angriff auf die Einheit der Volksfront und die Einheit der Arbeiter. Die von G. den Kommunisten in die Schuhe geschobenen Abremlungen der sozialistischen Militanten, seien das Werk von Provokateuren (wobei der ehrenwerte Aschbacher mit der ueblichen Verleumdermethode indirekt die Pivertisten fuer die von Grueneisen festgestellten Exzesse und "Flegelmethoden" verantwortlich macht. G. habe mit seinem Artikel, den die klerikale und rechtsburgerliche Presse mit Wohlbehagen zur Kenntnis nahm, ein Attentat auf die Einheit begangen. Aschbacher sucht dann die Nichtausfuehrung des Volksfrontprogramms als die Ursache des eingetretenen Missbehagens darzustellen und erklart, dass es an der Zeit sei, die eingegangenen Verpflichtungen durch die Herstellung der Einheitspartei einzuloesen, die den Arbeitern als Universalmittel gegen alle Gebrechen der Zeit dargeboten wird.

Die KP-Fuehrung hat es sich angelegen sein lassen auch ihre betrieblichen Stuetzpunkte auf dem Wege ueber ihre Zellen gegen Grueneisen und den "Republikaner" protestieren zu lassen.

Es ist nicht noetig, den weiteren Verlauf der Polemik zwischen dem "Republikaner" und der "Humanite" hier Revue passieren zu lassen. Der ganze Sinn der Polemik ist der, dass von beiden Seiten der Versuch unternommen wird, den Arbeitern einzureden, dass das Malaise, in dem sich die Volksfront befindet, nicht das natuerliche Resultat der unter der Form der Volksfront praktizierten Koalitionspolitik sei, die von beiden Parteien unterstuetzt wird. Da keine der beiden fuehrenden Arbeiterparteien diese klare und notwendige Folgerung zieht, gefallen sie sich darin, sich gegenseitig durch belanglose und am Kern der Dinge vorbei gehende Beschuldigungen, die Verantwortung fuer die Nichtausfuehrung des Volksfrontprogramms aufzuladen. Die KP naehrt in ihren Kreisen Stimmungen gegen die SFIO, die an die Zeit des "Sozialfaschismus" erinnern und Blum erscheint mehr und mehr im Gewande des notorischen Sozialverraeters, ohne dass allerdings zu einer prinzipiellen Kritik an der im Namen der Volksfront betriebenen Koalitionspolitik uebergegangen wird. Die Radikalen werden dabei fast nie zum Gegenstand von KP-Angriffen. An der Volksfrontpolitik, an der ja die KP im gleichen Masse wie die SFIO beteiligt ist und deren Wegbereiter sie in hervorragenden Masse ist ("Front français" etc) wird unvermindert festgehalten. Die KP-Fuehrung glaubt offenbar, dass, indem sie sich zum vermeintlichen Vorkaempfer der integralen Durchfuehrung des Volksfrontprogramms macht und von diesem Gesichtspunkt die SFIO attackiert, sie alle Unzufriedenen um sich sammeln und zur Fuehrerin der gesamten Arbeiterbewegung werden koenne. Gleichzeitig aber haelt sie sich alle Tueren offen, um im gegebenen Falle selber mit den Radikalen ins Geschaecht zu kommen.

Die SFIO wiederum haelt formal gleichfalls an der Volksfront fest und sucht durch eine Reihe von taktischen Manoevern, bei deren Ausfuehrung

sie allerdings durch die der KP empfindlich gestoert wird, den Nachweis zu fuehren, dass an der Nichtausfuehrung einer ganzen Reihe von Forderungen und Reformen, nicht sie, sondern die rechts von ihr stehenden Volksfrontpartner schuld seien.

Die Volksfront mit Einschluss der KPF wird unter den gegenwaertigen Bedingungen fuer die SFIO mehr und mehr sinnlos, wenn die KPF durch die Volksfront nicht gehindert wird, auf ihre Kritik an der SFIO zu verzichten, wenn die KPF es darauf anlegt die SFIO-Manoever durch eigene Manoever zu stoeren und sich als den einzigen Kaempfer fuer die integrale Anwendung des Volksfrontprogramms in Empfehlung zu bringen.

Das ist der wahre Grund der sich mehrenden Polemiken zwischen der KPF- und der SFIO-Fuehrung. Die SFIO will durch die Volksfrontdisziplin vor den Angriffen der KP geschuetzt sein, und die KP wiederum bemueht sich, jede Kritik an ihr als einen Angriff auf die Einheit der Volksfront auszulegen.

Das Interesse der Werktaetigen aber erfordert etwas anderes als kleine Manoever. Es erfordert die Schaffung einer wirklichen Kampffront zur Entfaltung der direkten Aktion fuer die Forderungen der Werktaetigen, statt parlamentarische Manoever und Schiebungen. Es erfordert den Bruch mit der Volksfront.

aus dem Klassik

### Um die Arbeitslosen

\*\*\*\*\*

Der Abbau der freiwilligen Zuwendungen an die Arbeitslosen durch die Stadtverwaltung von Colmar hat zu einer heftigen Erbitterung unter den Arbeitslosen gefuehrt. In einer Protestversammlung kam diese Erbitterung in den derbsten Formen zum Ausdruck. In einer einstimmig angenommenen Entschliessung wird gesagt, dass der beschlossene Abzug fuer viele Arbeitslose bis zu 4 Francs pro Tag betraegt. Die Stadtverwaltung haette andere Wege und Mittel finden muessen, um diese Massnahme zu vermeiden. In der Resolution wird an die Vereprechungen erinnert, die den Arbeitslosen bei der Wahl gemacht worden seien und auf die Tatsache hingewiesen, dass die jetzige Gemeinderatsmehrheit den Arbeitslose Dinge nimmt, die sie nach schweren Kaempfen von einer klerikalen Gemeinderatsmehrheit erhielten. Am Schluss wird die Zuruecknahme der Abbaumassnahmen gefordert und die Erklaerung hinzugefuegt, dass die Arbeitslosen bis zur Erfuellung ihrer gerechten Forderungen kaempfen werden.

Wir haben bereits in der vorigen Nummer der "Arbeiterpolitik" unsere Haltung zu den Beschlussen der Colmarer Gemeindeverwaltung dargelegt. Die KP sucht bei den Arbeitslosen den Eindruck zu erwecken, als ob sie den Weg zur Anerkennung der Forderungen der Arbeitslosen weise und die dafuer erforderlichen Aktionsmittel vertrete. Sie fordert die Anwendung des Volksfrontprogramms durch die Volksfront und richtet unter auffaelliger Schonung der Radikalen (die am Beschluss mitgewirkt haben) die angesammelte Erbitterung gegen die SFIO. Angesichts der Haltung der SFIO, als der fuehrenden Kraft in der Gemeindeverwaltung ist sie in hervorragenden Masse fuer die Abbaumassnahmen verantwortlich. Sie hat jede Erhoehung der Steuern als untragbar abgelehnt und als einzige Sparmassnahme, den Abbau der Sonderleistungen fuer die Arbeitslosen vorgeschlagen. Sie hat sich einfach auf den Standpunkt gestellt, dass, da das Arbeitslosenproblem nur in nationalem Massstabe loesbar ist, man bis zu dieser Regelung, das Problem des staedti-schen Budgetgleichgewichts auf Kosten der Arbeitslosen loesen muesse. So wie die KP die SFIO fuer die Pleite der Volksfront verantwortlich zu machen sucht, so sucht die SFIO die Regierung mit der Verantwortung zu belasten. Dieses Spiel kann niemand irrefuehren. Solange SFIO und KPF an der Volksfront festhalten, solange diese Parteien auf die Organisation des ausserparlamentarischen Kampfes fuer die dringlichsten Forderungen verzichten, solange muessen ihre Deklarationen als demagogische Wortgefuechte beurteilt werden.

Verantwortlich: Anile Hirtzel.



Erscheint wöchentlich

Einzelnummer: 0.75 Cts.

Monatlich: 2.50 Frs.

Ausland: 3.50 Frs.

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 33/V. Jahrgang

Zweite Augustwoche 1938

## Der japanisch-sowjetische Konflikt im Fernen Osten

Um die militärische Lage in dem fern-östlichen Konflikt zwischen Japan und der Sowjetunion zu verstehen, ist es nötig, einen Blick auf die Karte zu werfen, die dem russisch-chinesischen Vertrag von 1866 beigegeben ist. (Wiedergegeben z.B. im "Oeuvre" vom 10.8.38.) Danach verläuft die sowjetisch-mandschurische Grenze über eine Hügelreihe, zu der der umstrittene Hügel Tschang-Fu-Feng gehört, der einerseits noch im Sowjetgebiet liegt. Es scheint, dass zwar die Japaner noch den Gipfel der Hügelreihe halten, während die Sowjettruppen den Teil des Hügels halten, der noch zum Sowjetgebiet gehört. Die strategische Bedeutung der Hügelreihe beruht darauf, dass sie die wichtige Meeresbucht Possiet, die zum Sowjetgebiet gehört, beherrscht.

Die diplomatische Lage nach der zweiten Unterredung Shigemitsu-Litwinow ist die, dass die Japaner die Wiederherstellung des status quo vor der Besetzung des Hügels Tschang-Fu-Feng durch die Sowjettruppen fordern, während die Sowjets den status quo nach der Besetzung und ausserdem Garantien gegen fernere japanisch-mandschurische Grenzverletzungen verlangen. Die Sowjets lehnen eine von Japan vorgeschlagene neue Grenzziehung ab und sind nur bereit, sich auf die Neuemarkierung der durch den Vertrag von 1866 festgelegten Grenze durch eine gemischte Kommission einzulassen, in der die Sowjetunion dieselbe Anzahl von Vertretern hat, wie Japan und Mandschuko zusammen.

Während auf japanischer Seite die lokalen Militärs augenscheinlich zum Teil auf eigene Faust gehandelt haben, ist die von einem Teil der internationalen Presse aufgestellte Vermutung, dass die Sowjettruppen auf eigene Faust gehandelt hätten, phantastisch und absolut grundlos. Eine dritte Unterredung Litwinow-Shigemitsu steht bevor, für die die Regierung von Tokio einen neuen Kompromissvorschlag vorbereitet hat.

Bis jetzt spricht die grösste Wahrscheinlichkeit dafür, dass der Konflikt schliesslich auf diplomatischem Wege geregelt wird. Die Sowjetunion kann nur gewinnen, wenn sie die weitere Schwächung Japans durch den Krieg mit China abwartet. Für Japan aber wäre schon jetzt die Verbindung des chinesischen Krieges mit einem Krieg gegen die Sowjetunion ein va-banquer-spiel, wenn auch Japan immer noch ein ernster militärischer Gegner bleibt.

Die bisherigen internationalen Auswirkungen des Konflikts beleuchten in aufschlussreicher Weise die gegenwärtige internationale Lage und ihre Entwicklungstendenzen.

In China selbst hat der Konflikt zu einer Neubelebung und Verstärkung des Partisanenkrieges in Nordchina geführt. Eine ganze Anzahl der von Japan in Nordchina eingesetzten chinesischen Behörden sind von chinesischen Parti-



sanentruppen vertrieben werden. Die Japaner haben dort nur schwache Truppenkräfte stehen, sie sind ausserdem behindert durch den Regen, der die Wege versumpft und fuer ihre schweren Kriegsmittel (Tanks, Geschuetze) unpassierbar gemacht hat.

In der Mandschurei haben sich die Unruhen der eingeborenen chinesischen Bevoelkerung verstaerkt. Die Japaner waren infolgedessen gezwungen, ihre dortigen Garnisonen zu verstaerken. Der japanische Vormarsch gegen Hankau ist zeitweilig eingestellt. Die Chinesen sind am Jangtsekiang zum Gegenangriff uebergegangen. Der japanisch-sowjetische Konflikt wirkt also als Entlastung fuer China.

Die englische und amerikanische Fresse aeussert sich sympatisch zur Sowjetunion und erklart ihre diplomatische Stellung fuer berechtigt. Der englische und der amerikanische Imperialismus beziehen diese Stellung nicht aus Gruenden einer idealen Gerechtigkeit, sondern weil es ihnen erwuenscht waere wenn die Sowjetunion den Druck gegen Japan verstaerken und evtl. zum Besten der englisch-amerikanischen imperialistischen Interessen in China die Kastanien aus dem Feuer holen wuerde. Vielleicht wirkt auch im Falle Englands die Spekulation mit, dass ein Engagement der Sowjetunion gegen Japan die Stosskraft Hitlerdeutschlands nach Osten ablenken wuerde.

Die Stellung der offiziosen franzoesischen Presse unterscheidet sich wesentlich von der der englischen und amerikanischen. Der "Toms" (7.8.) richtet scharfe Warnungen an die Sowjetunion und warnt vor einem Konflikt mit Japan als einem "tragischen Abontour, den das kommunistische Regime nicht ueberleben wuerde" (!). Diese Warnung wirft nebenbei ein helles Licht auf die offiziosen franzoesische Einschaeztung des franzoesisch-sowjetischen Buendnisses.

Die Stellung des Quai d'Orsay erklart sich vor allem aus der Befuerchtung, dass ein japanisch-sowjetischer Krieg Hitlerdeutschland zu einem Angriff auf die Sowjetunion ermuntern und so Frankreich zwingen wuerde, seine Buendnisverpflichtungen gegenueber der Sowjetunion zu erfuehlen. Wie man sieht, ist die Neigung der leitenden Stelle in Frankreich dazu mehr als lau.

Was Hitlerdeutschland anbelangt, so hat die Nazipresse die Gelegenheit benutzt, um die Sowjetunion anzugreifen. Ribbentrop hat nach der japanischen Presse dem japanischen Gesandten die Sympathien Hitlerdeutschlands fuer Japan und auch materielle Hilfe zugesichert. Bei alledem scheint es zweifelhaft, ob Hitlerdeutschland jetzt bereit ist, Japan zu einem Va-banquo-spiel gegen die SU zu ermuntern. Denn es ist klar, wenn in einem solchen Kriege Japan eine Niederlage erlaidet, so waere das zugleich ein schwerer Schlag fuer Hitlerdeutschland.

Der Ueberblick zeigt, dass die internationale Arbeiterklasse alle Ursache hat, den kapitalistischen Regierungen ihrer Laender scharf auf die Finger zu schon. Das Interesse der internationalen Arbeiterklasse faellt mit dem der Sowjetunion zusammen, das darin besteht, jetzt den Frieden zu erhalten und gleichzeitig irgendwelche japanische Uebergriffe gegen die SU zu verhindern.

Der republikanische Angriff ueber den Ebro

ist zum Stehen gekommen und die Francotruppen sind zum Gogonangriff uebergogangen.

Dafuer haben die republikanischen Truppen der Ostarmee bei Balager den Fluss Sègre ueberschritten. Franco hat immer noch nicht auf den Plan des Londoner Komitees zum Ruecktransport der Freiwilligen geantwortet. Die englische Regierung hat eine milde, durch keinerlei Druckmittel unterstuetzte Mahnung an ihn ergehen lassen. Ein naheliegendes Druckmittel waere die Wiedereroeffnung der Pyrenaengrenze.

Der Ueberreformismus der englischen Stalinisten  
=====

Dem "New Leader", dem Organ der ILP, (vom 5. Aug. 1938) entnehmen wir den folgenden Artikel, der die reformistische Entartung der KP Englands behandelt:

"In der Vierteljahrszeitschrift des New Fabian Research Bureau (das ist die Organisation der Fabier, dieser gewissermassen klassischen Reformisten, deren Hauptgrundsatz der "Gradualismus", die Herbeifuehrung des Sozialismus durch allmaehliche Reformen im Rahmen des Kapitalismus, ist. Red. der "Arpo".) findet eine sehr interessante Diskussion unter der Ueberschrift "Wir sind jetzt alle "Reformisten" statt. Die Teilnehmer an dieser Diskussion sind John Strachey (der Haupttheoretiker der KP Englands), R.W.V. Clarke und R.H.S. Crossman (Zwei Fabier). Das Bezeichnende ist daran, dass John Stracheys Artikel der "allerreformistischste" von den dreien ist.

John Strachey erörtert die Frage, was das Programm einer Labourregierung oder einer Regierung der "Peace Alliance" (Volksfrontregierung) sein sollte. Er erklärt, dass kein sachlicher Unterschied zwischen diesen beiden Fällen bestehen würde.

Er glaubt, dass die Löhne erhöht, die Arbeitszeit verkürzt, die Sozialleistungen ausgedehnt und "mehr oder weniger wesentliche" Teile der Produktionsmittel sozialisiert werden könnten. Er würde in diesem Falle Entschädigung zahlen und die Mittel dafür durch allgemeine Besteuerung aufbringen.

Strachey ist sogar mit einem derartigen Programm ein Optimist. Ob die Verhältnisse innerhalb des Kapitalismus gebessert werden oder nicht, hängt davon ab, ob die Konjunktur sich verschlechtert oder bessert. Selbst bei einem Konjunkturaufschwung wird keine Möglichkeit bestehen, die Sozialleistungen auszudehnen, wenn ein umfassendes Rüstungsprogramm beibehalten wird, und sowohl eine Labourregierung als auch eine Volksfrontregierung werden sicherlich die Aufrüstung beibehalten.

Strachey ist noch optimistischer, wenn er erklärt, dass es zu irgendwelchen erheblichen Sozialisierungsmassnahmen kommen werde. Er versteht darunter offenbar nicht Sozialisierung im sozialistischen Sinne, in dem Sinne, wie sie früher auch von den Kommunisten aufgefasst wurde, sondern Vorschläge wie der Plan der Labourparty für die "Sozialisierung" der Stahlindustrie. Aber das würde nur zum Staatskapitalismus führen.

Aber Strachey gibt zu, dass selbst ein solches Programm auf die wirtschaftliche Sabotage der Kapitalistenklasse stossen würde, und Strachey wird besonders reformistisch, wenn er zu dieser Frage Stellung nimmt. Er fragt:

"Was kann in einem solchen Falle getan werden? Muss eine solche Regierung entweder kapitulieren oder sofort zu einem unvermeidlichen revolutionären Versuch übergehen, den Widerstand der herrschenden Klasse zu brechen, ihr ganzes Kapital zu expropriieren und eine sozialistische Wirtschaftsordnung einzuführen? Ich glaube nicht, dass dies der Fall ist. Ich glaube, dass eine Linksregierung, die sich über das aktive und fortwährende Nicht-einverständnis der herrschenden Klasse völlig im Klaren und infolgedessen auch darauf vorbereitet ist, den Kampf mindestens für eine gewisse Zeit erfolgreich mit Hilfe von Zwischenlösungen führen könnte, die gleichzeitig das Funktionieren des kapitalistischen Systems sichern und es in einem fortschrittlichen Sinne umgestalten würden."

John Stracheys Lösung würde in einem "expansionistischen" Finanzprogramm bestehen. Er zitiert die Bemühungen Roosevelts (obwohl er zugibt, dass einige von ihnen in einer falschen Richtung erfolgten) und die theoretischen Arbeiten von Keynes als einen Beweis dafür, welche Waffen einer Regierung angesichts einer Konjunkturverschlechterung zur Verfügung stehen.

Eine Labourregierung sagt er, könnte die unbenutzten Faktoren der Produktion während einer Konjunkturverschlechterung in Bewegung setzen, "ohne irgendjemandem irgendetwas wegzunehmen".

Das ist wirklich staunenswert. Trotz allen Plänen Roosevelts hat sich in Amerika die Konjunktur wieder verschlechtert und man kann nicht behaupten, dass der Bankerott der Rooseveltischen Politik nur darauf zurückgehe, dass sie teilweise in einer falschen Richtung erfolgt sei. Die Vorschläge von Keynes aber sind solange unmöglich, als die Regierung bereits Hunderte von Millionen Pfund für ihr Aufrüstungsprogramm ausgibt.

Die Krisen des Kapitalismus können nicht durch die Methode eines "expansionistischen" Finanzprogramms im Rahmen des Kapitalismus überwunden werden. Sie können nur überwunden werden, wenn den Massen des Volkes die notwendigen Mittel gegeben werden, um das zu kaufen, was sie erzeugen und d.h., dass das Volk die Produktionsmittel besitzen muss; das aber ist Sozialismus.

Die Kommentare der "Fabier" R.W.V. Clarke und R.H.S. Crossman sind beide interessant. Clarke betont, dass eine wirtschaftliche Sabotage durch die Kapitalistenklasse mit mehr Sozialisierungsmassnahmen beantwortet werden müsse, als das Strachey ins Auge fasse, während Crossman meint, dass Strachey's Programm, wenn es nicht mit Arbeiterkontrolle durch die Gewerkschaften und ausgedehnter demokratischer Kontrolle durch die lokalen Selbstverwaltungsorgane verbunden ist, eher zum Faschismus als zum Sozialismus führen könne.

Crossman weist darauf hin, dass in Deutschland eine staatliche Kontrolle der Kapitalsinvestitionen, der Währung und der Ausfuhr besteht und sagt dann:

"Wenn Strachey seine Währungskontrolle bekommt, und dann seine Inflationspolitik fortsetzt und alle Elemente der Industrie zum Zwecke der Produktionsförderung koordiniert, dann wird er Gefahr laufen, einen Staatskapitalismus, der dem deutschen Muster sehr ähnlich sieht, zu schaffen."

Crossman schliesst folgendermassen:

"Es ist klar, dass wenn Sozialisten selbst nicht die Gefahr sehen und einfach von zentralisierten Plänen als einem Heilmittel gegen alle Gefahren sprechen, die Bewegung Gefahr läuft, den Faschismus auf die Weise zu bekämpfen, dass sie ihn unbewusst einführt. In diesem Sinne glaube ich, dass Strachey altmodisch ist. Obwohl er sieht, dass der Faschismus die meisten Teile seines unmittelbaren Wirtschaftsprogramms eingeführt hat, um sie für imperialistische Ziele zu missbrauchen, scheint er sich doch nicht völlig dessen bewusst zu sein, dass dieses Programm nur dann wirklich antifaschistisch sein kann, wenn die lokale Selbstverwaltung ausgedehnt und die Gewerkschaften ihre Freiheit auch gegenüber einer sozialistischen Zentralregierung beibehalten."

Wer hätte vor drei Jahren geglaubt, dass orthodoxe Fabier Strachey wegen seiner Mässigung kritisieren und ihn als altmodisch betrachten würden.

Unsere Kritik an Strachey geht viel weiter als die von Clarke und Crossman. Wir glauben, dass jeder Versuch der Kapitalistenklasse, Gesetze, die im Interesse der Arbeiterklasse oder des Sozialismus liegen, zu sabotieren, kühn dadurch beantwortet werden muss, dass die Macht der Kapitalistenklasse entrissen werden muss.

Nur der Sozialismus kann die Probleme der kapitalistischen Krisen lösen. Keine Wunderrezepte von Roosevelt, Keynes oder Strachey können die Notwendigkeit des Entscheidungskampfes abwenden.



Was ist vom Juni 1936 uebriggeblieben?

Ein typisches Beispiel: Gnome et Rhône

=====

Wir veroeffentlichen nachstehend auszugsweise einen Artikel aus "La revolution proletarienne" (Nr.275, vom 25. Juli 1938), der aus der Feder eines am Metallarbeiterstreik beteiligten Betriebsarbeiters stammt und an Hand von konkreten Tatsachen, die Veraenderung des Kraefteverhaeltnisses zwischen Kapital und Arbeit als Wirkung der Niederlage des letzten Metallarbeiterstreiks auf zeigt.

Redaktion der "Arbeiterpolitik"

Nicht alle Metallarbeiter ziehen das Fazit aus den im Maerz und April d.J. schlecht gefuehrten Streiks. Mit einem Teil der Metallarbeiter koennen sich auch gewisse Schichten der Angestellten der grossen Warenhaeuser, des Detailhandels, die Beamten und andere Rechenschaft ablegen, dass diese schlecht ausgelosten und gefuehrten Streiks die mit einer Kapitulation endigten, in die Geschichte als ein Wendepunkt des Klassenkampfes eingehen werden.

Die Situation ist ernster als die Oeffentlichkeit und selbst gewisse Gewerkschaftsfunktionaere sich vorstellen. Auf die "Pause" folgt der Kampf um die Wiederaufrichtung der Unternehmerautoritaet, die Ausschaltung der Betriebsdelegierten, die Abschaffung der Freiheiten, Verbesserungen und Rechte, die sich die Arbeiterklasse 1936 eroberte.

Vom Juni 1936 bis zum Maerzstreik

Das Beispiel der Flugzeugmotorenfabrik Gnome und Rhône, Boulevard Kellermann in Paris, ist typisch. Es gibt zu denken und eine kritische Stellungnahme enthaelt wichtige Lehren.

Im Maerz dieses Jahres bezahlte die grosse Mehrheit der Belegschaft Beitraege an die CGT. Von 6 500 Arbeitern waren mehr als 5 000 organisiert. Es existierten weder Gruppierungen von "Professionellen" (den gelben Berufsverbaenden), noch von christlichen Gewerkschaften. Die organisierten Kraefte standen in den Reihen der CGT. Alle Arbeiterdelegierten waren CGT-isten und waren ohne Gogenkandidatun gewaehlt. Die Delegation hatte beim Direktor jeder Zeit Zutritt. Sie wurde empfangen wann sie wollte. Der Direktor adressierte seine Briefe an die "Messieurs les ouvriers". Im Einstellungsbuero uebte ein dazu bevollmaechtigtter Delegierter die Arbeiterkontrolle ueber die Personalinstellungen und Entlassungen aus.

Fuogen wir hinzu, dass in der Fabrik grosse Freiheit herrschte. Es gab nicht mehr als fuenf Aufscher, deren Autoritaet unstrittig gleich Null war... Die Arbeiter bewegten sich beinahe frei in ihren Werkstaetten oder in der Fabrik, gingen ungehindert in die Gaecroben und die Waschraume. Die Arbeit war nach Stunden bezahlt. Der Verkauf der Gewerkschaftsbeitragsmarken und der Gewerkschaftszeitungen, wie auch die Sammlungen fuer das republikanische Spanien, fanden im Betrieb statt.

Es kam der Streik. Er war beschlossen von der Gewerkschaftsfuehrung, aber er war weder durch eine Abstimmung in der Fabrik noch selbst durch eine Gewerkschaftsversammlung sanktioniert. Die Beweggruende fuer die Ausloesung aenderten sich je nach der Beschaeftigung. Die Forderung nach Erhoehung der Loehne von 10 % wurde zurueckgestellt zugunsten des Abschlusses eines Kollektivvertrages.

Kommen wir zu den taktischen Fehlern dieses Streiks. Halten wir uns an den Schiedsspruch, welcher nach 21 Tagen der Betriebsbesetzung zur Wiederaufnahme der Arbeit fuehrte.

Der Schiedsspruch Jacomet

Das Urteil Jacomet wird nicht nur als der erste legale Stoss gegen das Prinzip der 40-Stundenwoche, sondern auch und vor allem zur Wiedereinsetzung des Kapitals in seine Machtpositionen bekannt bleiben. Nach diesem Spruch ist die Einfuehrung der 45-Stundenwoche der Anordnung der Direktion des Unternehmens ueberlassen.

Man kann mich nicht davon zu ueberzeugen, dass diese einschneidende Aenderung, die das Gesicht der Dinge zu veraenderte, angenommen wurde - und selbst das wuerde schon schlimm sein - durch Achtlosigkeit oder Dummheit der Gewerkschaftsfuehrungen. Als Streikender bei Gnome und Rhone, hatte ich diese verhaengnisvolle Formulierung im Schiedsspruch sofort bemerkt. Ich habe verschiedenen Kameraden und gewissen "Verantwortlichen" die Gefahr die sich daraus ergibt zu verstehen gegeben. Doch keinerlei Diskussion war zu dieser Frage erlaubt... Die Tucken des Schiedsspruchs Jacomet waren indessen handgreiflich. Aber er wurde vom dem Streikkomitee ohne Diskussion und ohne Widerstand angenommen. Die Arbeiter von Gnome und Rhone, die fuer die 10 % Lohnerhoehung und den Abschluss des Kollektivvertrages in den Streik getreten waren, beendigten diesen Kampf, ohne den verlangten Vertrag erreicht zu haben und kehrten an Maendon und Fussen gebunden und der Unternehmerwillkuer preisgegeben, in den Betrieb zurueck.

Die Rueckkehr

Die Direktion bekundete alsbald in allen Dingen eine absolute Unversoechlichkeit und verschanzte sich hinter ihre wohlvorbereitete Positionen. Dem unterzeichneten Texte zum Hohn wurde die Rueckkehr um 48 Stunden verzogert. Diese Zeit wurde ausgenutzt. Waehrend diesen zwei Tagen war die Fabrik, welche geraeumt war, im Belagerungszustand. Als die Arbeiter versuchten, sie von neuem zu betreten, war sie ausserhalb von bedeutenden Polizeikraeften bewacht. Diese Ueberwachung dauerte 8 Tage.

Im Inneren des Betriebs: in den Werkstaetten und auf den Treppen etwa 30 neue Aufseher. Die Anschlagtafeln waren vergittert und verschlossen und die Anschlaege der Genehmigung der Direktion unterworfen.

Eine anmassende und endgueltige Arbeitsordnung bestimmte die Aufgaben der Arbeiter. Seitdem werden die Portale 5 Minuten vor Betriebsschluss geschlossen. Die Garderoben werden ueberwacht. Es ist untersagt dort einzutreten ohne die Sirene den Arbeitsschluss anzeigt. Arbeiter, die an der Maschine gegossen haben oder die Waschräume zu frueh betreten, wurden befristet oder orstaendig entlassen... Die Zahl der Kontrolluhren wurde erhoert. Die Stempelkarten eingeschlossen. Das Einstellungsbuero geschlossen. In gewissen Werkstaetten wurde die Arbeitszeit auf 35 Stunden herabgesetzt. Ein Artikel der Arbeitsordnung bestimmt, dass die Arbeiter mit Reklamationen, Beschwerden u. Forderungen sich direkt an ihre Vorgesetzten zu wenden haben und nicht mehr durch Vermittelung der Betriebsdelegierten. Ein anderer Artikel begrenzt die Kompetenzen der Delegierten und die Zeit, die ihnen zur Ausuebung ihrer Funktionen gewahrt ist.

Die Betriebsdelegation meldete sich beim Direktor. Sie wurde nicht empfangen. Ein Brief, der nicht mehr an die "Messieurs les ouvriers" adressiert war, legte fest:

die Arbeiterdelegation wird einmal im Monat empfangen;  
die Arbeitsordnung wird angewandt. Sie abzuaendern ist allein Sache der Direktion. Die Delegierten haben sich zu fuegen;  
Fuer Einstellungen und Entlassungen ist allein der Personalchef zustaeendig;  
fuer die Einfuehrung der 45-Stundenwoche ist nur die Direktion zustaeendig.

...Die 45-Stundenwoche wurde durch ein Zirkular der Direktion dekretiert. Von 8 Wochen 5 zu 6 Arbeitstagen und 3 zu 5 Arbeitstagen, also die "zwei Sonntage" einmal in 7 oder 8 Wochen.

Es gab keinerlei Proteste. Die Direktion hatte leichtes Spiel. Die Werkfuehrer drueckten auf die Belegschaft und warben sie fuer den Beitritt zum "Association Gnome und Rhône" (getarnter gelber Berufsverband). Ihre Agitatoren verkuendeten nach weniger als 14 Tagen, dass der gelbe Unternehmerverband mehr als 2 000 Mitglieder zaehle.

Das Einstellungsbuero wurde nach einigen Wochen wieder eröfnet, aber von der Fabrik wegverlegt und den Arbeiterdelegierten zur Kenntnis gebracht, dass es das Aufnahmebuero der "Association" wird.

Der Mitgliederstand der CGT geht zurueck. Die verantwortlichen Funktionaere des Syndikats bekannten einen Verlust von 20 %. Der Verlust erreicht aber sicherlich die Hoehe von 25 %. Was aber noch viel ernster ist, das ist, dass wenigstens 10 % der Organisierten von Gnome und Rhône gleichfalls Mitglieder der "Association", des gelben Berufssyndikats sind.

Vor dem Streik war meine Kolonne von 10 Mann restlos in der CGT organisiert. Am 1. Juli habe ich noch fuer 5 Mann Beitraege abgerechnet und 7 sind Mitglieder der "Association". Meine Kolonne besteht nach wie vor aus 10 Arbeitern. Das bedeutet, dass zwei meiner Arbeitskollegen gleichzeitig an zwei feindliche Gruppen Beitraege entrichten. Man kann schaeetzen, dass die Mitgliederstaerke der CGT und der "Association" am 1. Juli das Gleichgewicht hielten...

Fassen wir zusammen:

Die Einfuehrung der 45-Stundenwoche ist der Direktion gelungen. Die Direktion von Gnome und Rhône gibt dem uebrigen Unternehmertum ein Beispiel.

Die Arbeiter sind unter die Knute einer gesteigerten autoritären Herrschaft gekommen. Ueberwacht von Aufsehern, bezahlt nach Stuecklohn. Sie haben die Kontrolle ueber das Einstellungsbuero verloren und die 40-Stundenwoche. Sie erwarten noch immer die Unterzeichnung ihres Kollektivvertrages, waehrend ihre Delegierten ausgeschaltet sind und sich nicht mehr zu wehren wagen. In der gleichen Zeit lullen die Gewerkschaftsfueher in den Belegschaftsversammlungen die Arbeiter mit leeren Redensarten ein und beweisen so, dass sie sich ueber das was vor sich geht und vor sich gegangen ist, keine Rechenschaft ablegen."

#### Um was geht es im Marseiller Hafenarbeiterstreik

Die gesamte bourgeoise Presse nimmt die Lohnbewegung der Hafenarbeiter von Marseille zum Anlass, um der Kapitalsoffensive ein breites Echo zu verschaffen und das Kleinbuergertum gegen die Arbeiterschaft aufzuputtschen. Nach den Darstellungen dieser, von "Objektivitaet" tiefenden Presse, haben die Hafenarbeiter von Marseille aus einem unerklaerlichen Uebermut die Absicht, den Hafen von Marsaille zu ruinieren und die gesamte franzoesische Wirtschaft in den Abgrund zu stossen. In riesigen Schlagzeilen wird den Kleinbuergern verkueudet, dass Millionenwerte von Fruechten nicht geloescht werden koennen und der Vernichtung anheim gefallen sind, weil die Hafenarbeiter sich weigern Ueberstunden und Sonntagsarbeit zu leisten, um die leichtvorderblichen Waren zu loeschen. Und um den Kleinbuergern das Gruseln zu lernen, wird als Resultat dieser Lohnbewegung, eine unvermeidliche Preissteigerung und die Abwanderung des Handels aus dem Marseiller Hafen an die Wand gemalt.



Es ist nicht noetig, auf diese luegnerische Propaganda gegen die 40 Stundenwoche und die Forderungen der Hafentarbeiter von Marseille einzugehen. Sogar das Arbeitsministerium sah sich veranlasst die, bourgeoise Presse der groben Uebertreibung zu bezichtigen. Das ganze wohlinstudierte Pressekonzert vom "Jour" über den "Temps" bis zum "Œuvre" ist lediglich dazu bestimmt, die Regierung im Namen des "Volkes" zu ermutigen, gegen die Hafentarbeiter vorzugehen und eine neue Bresche in das Gesetz über die 40-Stundenwoche zu legen.

Worum geht es eigentlich im Kampf der Hafentarbeiter von Marseille?

Im Februar dieses Jahres lief der Kollektivvertrag der Marseiller Hafentarbeiter ab. Die zwischen der Gewerkschaft und dem Unternehmerband getroffene Vereinbarung sah die Erneuerung des alten Kollektivvertrages um 1 weiteres Jahr vor. Die Lohnfrage blieb einer weiteren Regelung vorbehalten, die dem Abschluss des Kollektivvertrages auf dem Fusse folgen sollte. Monatelang warten die Hafentarbeiter darauf, dass endlich ihre Löhne an die Teuerung angepasst werden. Das Patronat hat es nicht einmal fuer noetig befunden auf die wiederholten Reklamationen der Gewerkschaft eine Antwort zu erteilen. Darauf beschlossen die Hafentarbeiter im Juli, solange keine Ueberstunden und keine Sonntag- und Nachtarbeit mehr zu leisten, bis die Frage ihrer Löhne und der Ueberstundenzuschlaege gemäss ihren Forderungen geregelt wird. Seit dem 14. Juli verweigern daher die Hafentarbeiter die Ausuebung von Ueberarbeit und beschraenken sich auf eine Arbeitsleistung von 40 Stunden in der Woche. Es handelt sich also bei der Bewegung der Marseiller Hafentarbeiter nicht einmal um eine Streikbewegung. Die gesamte Kampagne des Patronats und ihrer Presse laeuft also auf nichts anderes hinaus als auf die Durchbrechung der 40-Stundenwoche, auf die Verlaengerung der Arbeitszeit unter Wegfall der bisherigen Ueberstundenzuschlaege. Die Tatsache, dass trotz dem Propagandageschrei ueber die Vernichtung grosser Massen leichtverderblicher Lebensmittel infolge der Bewegung der Marseiller Hafentarbeiter, das Patronat den Forderungen der Arbeiter eine kategorische Ablehnung entgegensetzt, zeigt, dass es ihnen um die Zertruemmerung der im Juni errungenen Positionen geht. Die Forderungen der Marseiller Hafentarbeiter sind mehr als bescheiden. Ihre Forderungen laufen im wesentlichen auf eine Anpassung ihrer Löhne an die ihrer Kameraden in den anderen franzoesischen Häfen hinaus. Dies ist umso noetiger, da die Lebenshaltungskosten in Marseille hoehrer als in den anderen Hafenstaedten Frankreichs sind.

Die Hafentarbeiter von Marseille stehen also in einer vollkommen berechtigten Abwehrbewegung. Die Intransigenz des Patronats, die die Billigung und Unterstützung aller bourgeoisen Kreise findet, zeigt, dass es sich fuer das Unternehmertum darum handelt, die 40-Stundenwoche an einem weiteren Frontabschnitt zu Fall zu bringen. Die Arbeiterschaft muss daher den Hafentarbeitern ihre gesamte Solidaritaet und Unterstützung widmen. Sie muss von der CGT fordern, dass sie die Hafentarbeiter mit allen der Lage entsprechenden Mitteln unterstuetzt. Sie muss noetigenfalls den Streik der gesamten Hafentarbeiter ins Auge fassen, um den Angriff des Patronats zurueckzuweisen. Die Niederlagenstrategie im Pariser Metallarbeiterstreik hat das Unternehmertum ermuertert. Das Unternehmertum will jetzt diese Niederlage auf die Gesamtarbeiterschaft ausdehnen und die Marseiller Hafentarbeiter sind von ihr als naechstes Opfer auserkoren worden. Es liegt an der CGT und vor allen an den organisierten Arbeitern, das erneute Attentat auf die 40-Stundenwoche abzuwehren und darauf zu achten, dass die Gewerkschaftsfuehrer im Interesse der Koalitionspolitik nicht erneut dem Unternehmertum gestatten, einen neuen Erfolg einzuheimen.

Ausschluss eines Fuehrers der KP Chines Tschan-Ka-Tan, einer der Fuehrer der KP Chinas, ist ausgeschlossen worden, weil er sich gegen die Unterordnung der KP Chinas unter Tschang-Kai-Schek gewandt hat. Verantwortlich: Emile Hirtzel.



# ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 34/V. Jahrgang

Dritte Augustwoche 1938.

## Die deutschen "Manoever"

Neue Spannung ist entstanden durch die von Deutschland angesetzten "kollossalen" Manoever. An diesen "Manoevern" -in Wirklichkeit eine probeweise Teilmobilisierung -sollen 1,3 bis 1,5 Millionen Truppen teilnehmen. Darunter auch eine beträchtliche Anzahl fuer diesen Zweck eingezogener Reservisten. Die Manoever werden kriegsmaessig durchgefuehrt. Die Zivilbevölkerung wird in grossem Umfange durch Requisitionen entsprechend dem letzten Erlass in Anspruch genommen. Gleichzeitig werden mit der grossten Beschleunigung und unter Heranziehung zahlreicher Arbeiter aus Nichtkriegsindustrien Befestigungsarbeiten an den Grenzen, besonders an der Westgrenze durchgefuehrt.

Die allgemeine Deutung geht dahin, dass es sich um eine Demonstration handelt, um England und Frankreich einzuschuechtern, dass sie ihren Druck auf die Prager Regierung verstaerken. Ob Hitlerdeutschland versuchen wird im Zusammenhang mit dieser Teilmobilisation einen Ueberfall auf die Tschechoslowakei zu machen, wird wesentlich davon abhaengen, welche Wirkung seine militaerische Demonstration auf die englische und franzoesische Regierung haben wird. Zeigen sich hier Schwachepunkte, so ist es nicht ausgeschlossen, dass Hitlerdeutschland zustossen wird.

Sehr bemerkenswert ist die Wirkung der Teilmobilisation in Deutschland selbst. Sie ist offensichtlich deprimierend. Eine neue Welle der Furcht vor dem Kriege zieht ueber das Land, sie hat auch erhebliche Teile der Bourgeoisie erfasst. Dies auessert sich in gesteigerter Kapitalflucht, im Ankauf von Gold und Valuten durch deutsche Kapitalisten in Amsterdam, Zurich, Paris, London, sowie in dem Druck auf die deutschen Boersenkurse.

Dieser neue Druck wird vermehrt durch die steigende Finanzklemme in Deutschland, durch die Ankuendigung neuer Steuern (Wehrsteuer, Wiedereinfuehrung der Automobilsteuer), durch die rasche Steigerung der inneren Schuld, durch die Verknappung des Geldkapitals fuer die Anlagebeduerfnisse der Industrie. Auch erfordert in grossem Umfange Oesterreich finanzielle Zuschuesse.

## Der Waffenstillstand zwischen Japan und der Sowjetunion

Die drohende Kriegswolke im Fernen Osten hat sich einstweilen verzogen. Am 11. August wurde zwischen Japan und der Sowjetunion ein Waffenstillstand abgeschlossen. Sowohl in Japan wie in der Sowjetunion ist der Waffenstillstand mit spuerbarer Erleichterung begruesst worden. Nicht weniger auch in Europa, wo die drohende Gefahr eines Krieges zwischen Japan und der Sowjetunion die allgemeine Spannung vermehrt hatte, die

in Ankaufen von Gold und Dollars zum Ausdruck kam.

Die Loesung der Krise erfolgte durch das Zurueckweichen Japans vor der festen Haltung der Sowjetunion. Der Verlauf der Krise zeigte, dass Japan sich einem gleichzeitigen Kriege mit China und der Sowjetunion nicht gewachsen fuehlt, zumal die Sympathien seiner europaeischen Achsen-genossen sich nur platonisch ausserteten.

Die Japaner haben inzwischen ihre Truppen auf das rechte (koreanische) Ufer des Flusses Tumen zurueckgezogen, sodass dadurch die Gefahr neuer militaerischer Zusammenstoesse vermindert ist. Jedoch ist noch nicht alle Gefahr beseitigt. Neue Konflikte koennten aus den Verhandlungen ueber die Absteckung der Grenze entstehen.

### Die Umbildung der Regierung Negrin

Die erfolgte Umbildung der Regierung Negrin wird offizioses begruendet mit Differenzen, die zwischen dem katalanischen Minister Ayguade und dem baskischen Minister Jrujo (Katholik) einerseits und den uebrigen Ministern andererseits ueber die Organisierung der Kriegsindustrie und ueber Fragen der Justiz entstanden seien. Die offizioese Mitteilung ueber den Regierungsruecktritt spricht davon, dass ein besseres Verhaeltnis zur katalanischen Regierung hergestellt werden solle.

Sollte es sich um wachsenden Widerstand gegen den stalinistischen Terror handeln? Darauf deuten 1) das Schweigen der stalinistischen Presse, 2) die Vollstreckung zahlreicher Todesurteile gegen angebliche Faschisten im Hinterlande, die der Regierungskrise vorausgegangen war, 3) die Beteiligung des Ministers Jrujo am Ausbruch der Krise, 4) die Geruechte von der Moeglichkeit des Eintritts von Companys, Prieto, Caballero in die neue Regierung.

Die Loesung der Krise erfolgte durch die Ersetzung der beiden ausgeschiedenen Minister durch einen Vertreter der PSUC und einen Vertreter der spanischen Sozialdemokratie, was darauf schliessen laesst, dass die Forderungen der ausgeschiedenen Minister nicht ihre volle Befriedigung gefunden haben.

### Prag unter dem Drucke der Bajonette Hitlers

Der Sinn der ungeheueren Zusammenballung der militaerischen Gewalt Hitlers kann nur sein, die Verhandlungen ueber die Regelung der sudetendeutschen Frage unter den Druck der deutschen Bajonette zu stellen. Vorerst handelt es sich wahrscheinlich nur um eine ganz massive Demonstration Hitlers gegen Prag. Aber der Stein kann auch ins Rollen kommen! Es brauchen nur Zwischenfaelle einzutreten und solche "Zwischenfaelle" sind bei der herrschenden Atmosphaere im Sudetengebiet sehr leicht zu organisieren.

Die deutsche Mobilmachung wurde eingeleitet und wird begleitet durch eine auf die Spitze getriebene Presse- und Radiopropaganda gegen die Tschechoslowakei. Der "Anti-Komintern"-Verlag in Berlin hat ein Buch von K. Viatz (einem Sudetendeutschen) herausgebracht, das die Bolschewisierung der Tschechoslowakei beweisen soll. Dieser Nationalitaetenstaat muesse beseitigt und auf die Nachbarstaaten aufgeteilt werden, darauf laeuft die Beweisfuehrung dieses Buches hinaus.

Neben der Konzentrierung riesiger Truppenmassen an den tschechoslowa-



kischen Grenzen, sollen auch, wie die polnische Presseagentur PAA meldet, an der nordboehmischen Grenze 20 000 SS-Maenner zusammen gezogen worden sein. Die "Sudetendeutsche Legionaervereinigung", ein aehnliches Unternehmen wie die ehemaligen oesterreichischen Legionaere, wird auf den geplanten Coup vorbereitet. Die "SL" untersteht dem Kommando des ehemaligen tschechoslowakischen Parlamentsabgeordneten Krebs, der ins 3 Reich emigriert und jetzt Reichstagsabgeordneter ist und im Reichsinnenministerium eine wichtige Funktion bekleidet. Dieser Krebs ist ausserdem noch Gauleiter der N.S.d.A.P.; sein Gau ist das Sudetengebiet. Die "SL" gliedert sich in acht Standarten, die saemtliche ihren Standort in den grossen saechsischen Staedten haben. Die Legionaere sind tschechoslowakische Staatsbuerger, die in Deutschland ihren Wohnsitz haben; ausserdem sind es Sudetendeutsche, die aus der tschechoslowakischen Armee desertiert sind und arbeitslose Sudetendeutsche, die in den letzten Wochen zu Tausenden unter dem Vorwand der Arbeitsbeschaffung ins 3. Reich geholt worden sind.

Parallel mit den militaerischen Massnahmen in Hitlerdeutschland bewegen sich die Vorgaenge im sudetendeutschen Gebiet der Tschechoslowakei. Alles ist in einer politischen Fieberhitze. In der Fluesterpropaganda werden aufs Neue Termine fuer den Einmarsch des "Fuehrers" genannt. Der "FS" (Freiwilliger Schutzdienst der Sudetendeutschen Partei), eine nach dem Muster der S.A. militaerisch geschulte und gegliederte und nach Rangstufen uniformierte Praetorianergarde hat fuer den Monat August strengvertrauliche Anweisungen herausgegeben und von allen Kameraden eine intensive und exakte Arbeit verlangt, von welcher das Gelingen aller Aktionen abhaengt".

Unter diesem Drucke finden die Prager Verhandlungen zur Loesung der Nationalitaetenfrage statt. Bisher sind diese Verhandlungen trotz des Eingreifens Lord Runcimans keinen Schritt weiter gekommen. Die Henleinpartei lehnt strikte ein Kompromiss mit den Vorschlaegen der Prager Regierung ab und forderte bei den letzten Verhandlungen die unbedingte Annahme ihres Karlsbader Programms. Hitler will nun durch seine militaerische Demonstration nachhelfen. Unter diesen Umstaenden misst man auf tschechischer Seite der Mission Lord Runcimans keine weitere Bedeutung bei, als dass er bestenfalls "Kronzeuge" fuer die Beantwortung der Frage, wer der Angreifer ist, sein wird.

Jedenfalls kommt aus dem tschechischen Lager jetzt immer staerker der Ruf nach einer "Regierung der festen Hand". Der Grossindustrielle Batâ stellt in seinem Blatt diese Forderung auf und beruft sich dabei auf das Vermaechtnis von Masaryks. Das "Tschechoslowakische Offiziersblatt" stellt sich in einem Aufruf hinter diese Forderung Batâs und fuegt u.a. hinzu: Die Staatsautoritaet darf unter keinen Umstaenden geschmaelert, untergraben oder herabgesetzt werden, nicht durch eine einzige Tat, nicht durch ein einziges Wort mehr! Von dieser Stellung darf kein Rueckzug angetreten werden... Wir koennen sterben, aber wir koennen nicht mehr zurueckweichen!" Damit tritt die Armee staerker als bisher in den politischen Vordergrund. Gleichzeitig wird aber damit auch der Kurs aufgezeigt, den die tschechoslowakische Innenpolitik in der naechsten Zukunft gehen wird.

#### Die GPU bricht bei Gen. Lovestone ein

Die Bekaempfung von Revolutionaeren, die mit der stalinistischen Politik nicht einverstanden sind, mit Hilfe von Verbrechermethoden der GPU ist zu einer internationalen Erscheinung geworden, zu einem "Kampfmittel" aller Sektionen der KI. Was die GPU sich in Spanien geleistet hat, ist inzwischen allgemein bekannt geworden. Kuerzlich wurde in Paris der technische Sekretaeer der trotzkistischen IV. Internationale entfuehrt. Jetzt kommt die Nachricht von einem Einbruch der GPU in die Wohnung des Gen. Jay Love-

stone, des Fuehrers unserer amerikanischen Bruderorganisation.

Kuerzlich war die Leitung des Vereinigten Automobilarbeiterverbandes von Amerika gezwungen, eine Reihe von fuehrenden Funktionaeren dieses Verbandes wegen gewerkschaftsschaedigender Fraktionsarbeit, die sie im Auftrage der Stalinisten und in Verbindung mit ihnen leisteten, ihrer Funktionen zu entheben. Die gemassregelten stalinistischen Fraktionsmacher versuchten daraufhin, eine Beitragssperre der Verbandsmitglieder, d.h. die Spaltung des Verbandes, durchzufuehren. Es wurde ein Verfahren der Verbandsleitung gegen sie anberaunt. Die stalinistischen Fraktionsmacher hatten bei diesem Verfahren ihren Ausschluss aus der Gewerkschaft wegen Verbandsschaedigung und Spaltungsversuchen zu gewaertigen (sie sind dann auch aus der Autogewerkschaft ausgeschlossen worden). Nach der Methode "Haltet den Dieb" suchten die gemassregelten Fraktionsmacher das Verfahren dadurch zu beeinflussen, dass sie ihrerseits den Vorstand des Autoarbeiterverbandes der Fraktionsarbeit anklagten. Sie liessen durch ihren Rechtsbeistand, den Anwalt Maurice Sugar, angebliche Dokumente veroeffentlichen, die den Beweis fuer das Vorhandensein einer "Verschwuerung" zwischen dem Vorsitzenden des Autoarbeiterverbandes Homer Martin und dem Sekretaeer unserer amerikanischen Bruderorganisation, Jay Lovestone, liefern sollten. Die meisten dieser Dokumente waren Faelschungen, ein Teil jedoch war echt. Diese echten Dokumente aber stammten aus einem Einbruchsdiebstahl, den die amerikanischen Stalinisten im Verein mit der GPU am 17. Juli dieses Jahres in der Wohnung des Gen. Lovestone veranstaltet hatten. Doch lassen wir dem Gen. Lovestone selbst das Wort. Er hat zu dem neuen Verbrechen der GPU eine Erklaerung folgenden Wortlauts veroeffentlicht:

"Agenten des Zentralkomitees der KP der Ver. Staaten haben unter Leitung von offiziellen "Sachverstaendigen" der russischen GPU juengst einen Einbruch in meine Wohnung veranstaltet und eine erhebliche Menge von gedrucktem Material, persoenlichen Briefen und Dokumenten, sowie meinen Pass und anderes persoenliches Eigentum gestohlen. Unter dem persoenlichen Eigentum, das mitgenommen wurde, befindet sich eine goldene Uhr; die Nummer des Werks dieser Uhr ist jetzt der Polizei bekannt. Kleidungsstuecke und Huete befanden sich unter den anderen Gegenstaenden des persoenlichen Gebrauchs, die gestohlen worden waren, und zwar offenbar, um den Eindruck zu erwecken, es handle sich um einen persoenlichen Einbruchsdiebstahl. In dieser letzteren Annahme hatte ich sofort die Polizei benachrichtigt. Zu meinem Erstaunen entdeckte ich dann, dass Eigentum, das scheinbar von einem gewoehnlichen Dieb gestohlen worden war, seinen Weg durch die hoechsten Instanzen der KP zu Maurice Sugar gefunden hatte, einem in Detroit praktizierenden Rechtsanwalt, der die fuef ihrer Funktionen enthobenen Verbandsangestellten bei dem vor dem Exekutivkomitee des Ver. Automobilarbeiterverbandes von Amerika gegen sie schwebenden Verfahren verteidigt. Unter den gestohlenen Dokumenten befindet sich eine betraechtliche Anzahl von Briefen, die Herr Sugar, der Anwalt der vor dem Gericht des Exekutivkomitees der Autoarbeiter Angeklagten, als Beweismittel anbietet. Ich klage Herrn Sugar an, gemeinsam mit B.K. Gebert, den Detrouiter Vertreter des Zentralkomitees der KP, Material zu benutzen, von dem er ausdruuecklich weiss, dass es gestohlen ist. Es ist bezeichnend, dass das Zentralorgan der KP, der "Daily Worker", einen Tag eher als die gesamte Presse des Landes in der Lage war, gewisse echte Dokumente zusammen mit noch viel mehr offenkundigen Faelschungen zu veroeffentlichen.

Die Dokumente, die Herr Sugar als Beweissmittel anbietet und an die Presse gegeben hat, bestehen aus authentischen Auszuegen, Saetzen, die aus ihrem Zusammenhang gerissen sind, sowie aus typischen GPU-Erfindungen und Faelschungen uebelster Art.

Ich klage vor der gesamten Arbeiterbewegung dieses Landes die Buerokratie der KP des gemeinen Einbruchsdiebstahls, sowie dessen an, dass sie als Instrument des GPU-Apparats in den Ver. Staaten dient.



In diesem Zusammenhang gebe ich zum ersten Mal die Tatsache oeffentlich bekannt, dass ich seit Monaten Warnungen erhalten habe, wonach mein Leben von GPU-Agenten und ihrer hiesigen Soeldlingen bedroht ist. Dieselbe internationale Bande, die in Frankreich, Spanien und in einer Reihe anderer Laender in die Wohnungen von Stalins politischen Gegnern einbricht, gegen sie die gemeinsten Verleumdungen zusammengraegt, ihr Leben bedroht, sie entfuehrt und mordet, ist in den Ver. Staaten am Werk und betaetigt sich im Auftrag der Buerokratie der Ver. Staaten.

Der Konflikt im Ver. Automobilarbeiterverband ist Sache der Mitglieder dieses Verbandes. Die Mitglieder und die ehrlichen Fuehrer dieses Verbandes werden ihn selber regeln. Meiner Ansicht nach wird das Resultat dieses Konfliktes in einem grossen Masse das Schicksal der gesamten Arbeiterbewegung beeinflussen. Je eher die amerikanische Arbeiterbewegung von diesem Gifte des Stalinismus befreit, das durch Faelschung, Einbruchsdienstahl, Erpressung, Gangstertum und Mord gekennzeichnet ist, desto eher wird sie faehig sein, zu wachsen und die Katastrophen zu verhueten, die dieses Gift ueber die Arbeiterbewegung in anderen Laendern gebracht hat.

Ich habe eine bekannte New-Yorker Anwaltsfirma engagiert, um die gestohlenen Dokumente, Briefe und Eigentumsgegenstaende wieder zu erlangen!

Welchen politischen Zwecken dient diese stalinische Verbrechertaktik? Dafuer finden wir ein interessantes Zeugnis in einem Artikel von Geoffrey Parsons J. in der "New York Herald Tribune" vom 8. August dieses Jahres. Die "New York Herald Tribune" ist eine offen reaktionaere buergerliche Zeitung. H. Parsons sympathisiert mit den Stalinisten. Aber bei der heutigen Politik der Stalinisten ist das offenbar kein Hindernis fuer den Redaktionsbetrieb einer rechtsstehenden Zeitung. Parsons behandelt in seinem Artikel den Konflikt im Automobilarbeiterverband und darunter auch die Stellung des Automobilarbeiterverbandes zu den Fragen der Aussenpolitik. Bekanntlich ist die Fuehrung des Autoarbeiterverbandes gegen die Aufruestung des amerikanischen Imperialismus und gegen die Politik der sogen. "Kollektiven Sicherheit" eingetreten, waehrend die Stalinisten in Amerika womoeglich noch chauvinistischer sind als anderswo. Parsons schreibt nun in seinem Artikel:

"Die Kommunisten (d. h. die Stalinisten) weisen daraufhin, dass wenn die Arbeiter eine konsequent pazifistische Politik einschlagen und die kollektive Sicherheit oder das Volksfrontprogramm verwerfen, sie nach Ansicht der Kommunisten mit Hilfe der Streikwaffe die Teilnahme Amerikas an irgendwelchen militaerischen Aktionen im Auslande wirksam hindern koennten. Das wird als einer der Gruende dafuer angegeben, dass eine Gewerkschaft zu Grunde gerichtet wird, mit der sie im Grunde genommen sympathisiert."

Das ist klar genug. Im Interesse der Stalinschen Aussenpolitik, im Interesse des amerikanischen Imperialismus sind die amerikanischen Stalinisten bereit, die neu entstandenen amerikanischen Industrieverbaende, die hoffnungsvolle Massenbewegung der amerikanischen Arbeiterklasse zugrunde zu richten, wenn diese Bewegung sich nicht ihrem Diktat beugt und nicht ihre verraeterische Politik der Volksfront und des Sozialpatriotismus akzeptiert. Es ist kein Zufall, dass diese verbrecherische Politik sich der Methoden krimineller Verbrecher bedient.

Das Umsichgreifen des Faschismus in Ungarn In Ungarn bereitet die Regierung die Unterdrueckung der freien Gewerkschaften vor, die unter sozialdemokratischer Fuehrung stehen.

Der Regent, Admiral Horthy, wird demnachst Hitlerdeutschland einen Besuch abstatten. Beides sind Anzeichen dafuer, dass der Faschismus in Ungarn fortschreitet.



Der Nationalkongress der Lehrer

Der Nationalkongress der Lehrer in Nantes hat drei Stroemungen im Schosse dieser alten gewerkschaftlichen Organisation offenbart. Die Mehrheit unter Fuehrung von Delmas und Hagnauer, die linke Opposition um die Ecole Emancipée und die der KPF ergebene Richtung, die sich zum ausschliesslichen Verteidiger der Politik der gegenwaertigen CGT-Fuehrung machte.

Die Kraefteverhaeltnisse drueckten sich bei der Abstimmung ueber die Stellung zum Kampf um den Frieden aus. Die vom Buero unterstuetzte Entschliessung erhielt 827 Stimmen, die der Freunde der "Ecole Emancipée" 216, die der KP 77 Stimmen. Im Vorjahr wurde die Entschliessung der Mehrheit mit 840 gegen 130 Stimmen angenommen. Die Opposition ist also gewachsen. Die Vermehrung der Kongresstimmen ist auf die inzwischen erfolgte Mitgliederzunahme zurueckzufuehren, die jetzt 108 000 betraegt.

Die allgemeine Orientierung, die Anpassung der Gehaelter an die Teuerung, die Unabhaengigkeit der Gewerkschaften, der Kampf gegen den Krieg und fuer die laikale Schule waren die den Kongress beherrschenden Fragen.

In der Frage der allgemeinen Orientierung wurde entgegen den Forderungen der Opposition an der Volksfront festgehalten. Delmas erklarte, die Volksfront habe nicht versagt, sie sei nur mit ihren Forderungen nicht durchgedrungen. Hagnauer lehnte als Berichterstatter des Bueros die Feststellungen der Opposition vom Bankrott der Volksfrontpolitik ab und liess zu diesem Zweck nur die erste Regierung Blum, die noch unter dem ausserparlamentarischen Massendruck handelte, als Volksfrontregierung gelten und bezeichnete die unvermeidlichen Resultate der Volksfront als "Fehler" und "Irrtuemer" derselben. Von der CGT forderte Hagnauer, dass sie zum Angelpunkt u. treibenden Element einer verjuengten Volksfront werde, die alle antikapitalistischen Elemente des Landes unter der Fuehrung der Arbeiterbewegung um sich gruppiere, entschlossen alle ihr entgentretenden Widerstaende hiederringe, um einen kuehnen und vollstaendigen Plan der wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung durchzusetzen. Bei diesem Plan handelt es sich um den hinreichend bekannten CGT-Plan mit seinen sogenannten Strukturereformen.

Diese Formulierungen lassen zwei Auslegungen zu. Einmal im Sinne einer Aufloesung der Volksfront mit den Radikalen, der Formierung der proletarischen Einheitsfront um die die kleinbuergerlich-werktaetigen Schichten direkt gruppiert werden, andererseits in dem von der SFIO vertretenen Sinne, die ja die Erweiterung des Volksfrontprogramms im Sinne der Strukturereformen vertritt. Da aber die praktische Politik der SFIO von der Aufrechterhaltung der Volksfront bestimmt wird, unterstuetzt sie die gegenwaertige Regierung und huetet sich selbst davor, die Forderungen der Beamten ohne Ruecksicht auf die Haltung der Radikalen zu vertreten, die in diesem Punkte die getreuen Schildknappen Daladiers sind. Die Ablehnung des Bruchs mit der Volksfront laesst daher den Schluss zu, dass es sich mit der Forderung auf Verjuengung der Volksfront um nichts anderes als um ein Manoever zur Irrefuehrung der unzufriedenen Mitglieder-massen handelt.

Es ist Sache der revolutionaeren Gewerkschafter durch praktische Aktionsvorschlaege den wahren Sinn dieses Manoevers aufzudecken und auf diesem Wege die Mitglieder-massen fuer die revolutionaeren Loesungen zu gewinnen. Die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen und finanziellen Situation schafft dafuer die guenstigsten Voraussetzungen.

In der Gehaltsfrage konnte die Fuehrung des Verbandes nur mit einer pas-

siven Bilanz aufwarten. Delmas selbst musste feststellen, dass die Lehrer unter dem Lebensniveau von 1937 stehen u. die Regierung den Beamten das verweigere, was sie den Militaerpferden infolge der Preissteigerung zugestehen musste. Die Opposition forderte unter Hinweis auf die stehe Tendenz der Preissteigerung die gleitende Lohnskala und als ersten Akt der ins Auge zu fassenden Aktion, einen 24 stuendigen Generalstreik der oeffentlichen Dienste. Der Kongress entschied sich mit Mehrheit fuer die Forderung auf 10 % ige Gehaltsaufbesserung und auf Erhoehung der Minimalgehaelter, die heute 11 000 Francs im Jahr betragen. Der Kongress erklarte, nur im Einverstaendnis mit dem Kartell der oeffentlichen Dienstzweige zu handeln, in seine Aktion auch die DienstEinstellung einzubeziehen und bezeichnete den November als aeussersten Termin fuer die Erfuellung der Forderungen.

In der Frage der Unabhaengigkeit der CGT forderte der Kongress zur Sicherung ihrer absoluten Unabhaengigkeit von den Parteien und Regierungen, die Unzulaessigkeit der Vereinigung von politischen u. gewerkschaftlichen Funktionen und das Verbot von organisierten Fraktionen im Schoosse der CGT. Diese Forderungen sollen auf dem naechsten CGT-Kongress vertreten werden.

Diese Beschluesse koennen fuer die revolutionaeren Gewerkschafter gefaehrlich werden, da sie unter den gegebenen Umstaenden in der CGT nicht so sehr gegen die Stalinisten, als gegen die revolutionaere Oppsoition gerichtet werden koennen und sich zu einer Strangulierung der gewerkschaftlichen Demokratie auswachsen koennen. Die Unvereinbarkeit von politischen und gewerkschaftlichen Funktionen war ja bisher schon in der CGT in Geltung. Frachon und Racamond haben ja aus diesem Grunde ihre Funktionen im ZK der KPF niedergelegt. Wenn noch einige andere ihre parlamentarischen Mandate niederlegen, wird damit die Unabhaengigkeit der CGT von den Parteien nicht hergestellt. Diese Unabhaengigkeit wird immer nur eine formale, aber keineswegs eine tatsaechliche sein - und es kann auch garnicht anders sein. Ein Versuch sie tatsaechlich herzustellen, muesste auf die vom "Libertaire" vertretene famose Formel: "Heraus mit den Parteifunktionaeren aus den Gewerkschaftsfunktionen" hinauslaufen. Deren Verwirklichung aber muesste die CGT sprengen, ebenso wie der Versuch, in den der CGT angeschlossenen Verbaenden die Diktatur einer Partei zu errichten.

Was nottut ist die Sicherung der innergewerkschaftlichen Demokratie auf allen Stufenleitern, als der elementarsten Voraussetzung fuer die Einheit der Organisation, ist die Entscheidung der Mitglieder ueber alle Aktionen, als eines wesentlichen Elements der Einheit in der Aktion. Die Durchsetzung der richtigen Politik ist dann eine Frage der Gewinnung der Mitglieder. Fuer die revolutionaeren Gewerkschafter, die wissen, dass die soziale Revolution eine revolutionaere, das Gesamtinteresse des Proletariats zum Ausdruck bringende Partei notwendig hat, kann die Frage daher nicht auf die lapidare Formel der Anarchisten hinauslaufen.

Der Beschluss auf Verbot aller organisierten Fraktionen im Schoosse der CGT soll offenbar gegen die KP gerichtet sein. Formal besteht ein solcher Beschluss bereits. Tatsaechlich aber werden alle Tendenzen - gesunde, wie ungesunde, reaktionaere wie revolutionaere - in einer Organisation, die die Gesamtheit der Klasse ohne Ruecksicht auf die vorhandenen parteipolitischen Ueberzeugungen fuer den wirtschaftlichen Kampf organisiert, in irgendwie gearteten organisierten Formen auftreten. Wir haben im Rahmen der CGT die verschiedensten gewerkschaftlichen Stroemungen, die sich um bestimmte Tendenzorgane kristallisieren und die alle organisatorische Formen annehmen. Der Beschluss des Lehrerkongresses kann daher im Falle seiner Verwirklichung in der Hand einer bornierten und engstirnigen Leitung zu einem gefaehrlichen Instrument gegen die revolutionaere Opposition werden. Was nottut ist die Sicherung der Freiheit der Kritik und der Tendenzen im Schoosse der CGT, die breiteste Demokratie und Mitbestimmung der



Mitglieder, allein begrenzt durch die notwendige Aktionsdisziplin bei der Durchfuehrung beschlossener Aktionen.

In der Kriegsfrage hat der Nationalkongress der Lehrer sich gegen die Union nationale in jeder Form ausgesprochen. Seine uebrigen Entscheidungen in diesem Punkte sind nicht von einer revolutionaer-marxistischen Stellung zur Kriegsfrage bestimmt. Der Kongress weist mit vollem Recht daraufhin, dass bereits die Kriegsdrohung auf einen Weg des sozialen Rueckschritts fuehrt, die Freiheiten der Arbeiter verringert und die Eroberungen des Juni 1936 zerstoeert. Seine Loesungen sind aber kleinbuergerlich-utopisch: Druck auf die Regierung in der Richtung einer allgemeinen Abruestung, Revision der Fraedensvertraege, Schaffung eines neuen politischen Statuts Europas und der Welt, das sind seine Forderungen.

Es bedarf angesichts der Wirklichkeit, in die der Monopolkapitalismus und Imperialismus die Voelker stuerzt, angesichts der Tatsache, dass wir uns bereits mitten im Kriege um die Neuaufteilung der Welt befinden, keiner grossen Ueberlegung, um zu erkennen, dass es gegen den imperialistischen Krieg nur die proletarische Revolution gibt. Die Revision der imperialistischen Friedensvertraege, das laeuft heute nur darauf hinaus, die Kolonialvoelker einem anderen Herrn und Meister, dem Faschismus, auszuliefern. Das aber kann nicht die Aufgabe der Arbeiterklasse sein, die den Kampf um die Befreiung ihrer eigenen Klasse mit dem Kampf um die nationale Befreiung der vom Imperialismus unterdruueckten Voelker verbindet muss.

Der Lehrerkongress zeigt eine Desillusionierung breiter Schichten ueber die Volksfront, er signalisiert einen Zug zur Neuorientierung zum Klassenkampf - wenn auch in widerspruchsvollen Formen - einen Widerstand gegen die Union nationale, ein Wachstum der revolutionaeren Kraefte. Das muss alle revolutionaeren Gewerkschafter ermutigen in ihrem Kampf fuer die Rueckkehr der CGT zum Klassenkampf.

#### Die GPU macht "Geschichte"

Vor einiger Zeit wurde der technische Sekretaer der trotzkistischen Internationale Klement in Paris entfuehrt. Eine Reihe von Indizien lassen darauf schliessen, dass Klement durch Agenten der GPU entfuehrt wurde. Einige Tage nach seiner Entfuehrung erhielten die Fuehrer der trotzkistischen Organisation die Kopie eines angeblichen Briefes von Klement, der von Perpignan abgeschickt und an Trotzki adressiert war. In diesem Briefe erklaert Klement seine Absicht, sich von der 4. Internationale zu trennen, um nicht mehr das Spiel des Faschismus zu treiben. In diesem Briefe erwaeht Klement die Namen von Nin, Verrecken und Brandler. Wir lassen hier den betreffenden Absatz des Briefes folgen:

"Ihre bonapartistischen Manieren bedruecken nicht mich allein. Durch ihre Art der Fuehrung hat die 4. Internationale mehère Amputationen erlitten und ist nur noch ein verstuemmelter Koerper. Zu Ihrer Zeit haben uns Nin, Roman Well, Jacob Frank verlassen. Sie haben die POUM durch die Stalinisten zerreißen lassen. Vor kurzem haben uns Leute wie Sneevliet und Vereecken verlassen, die so viel Sinn und politische Klugheit in der spanischen Frage gezeigt haben. Molinier, Jan Bur und seine Gruppe, Ruth Fischer, Maslow, Brandler und andere haben uns verlassen".

Brandler hat nie der trotzkistischen Internationale angehört und konnte sie daher auch nicht verlassen. Dies duerfte selbst dem Sekretaer der 4. Internationale bekannt sein. Erzeugnisse dieser Art verraten ihre Erzeuger und die GPU hat in letzter Zeit wiederholt Beweise dafuer abgelegt, dass mit der grossen Reinigung in ihren Reihen auch eine merkliche Verminderung der politischen Qualitaet ihrer Mitarbeiter und ihrer Erzeugnisse eingetreten ist.



Aus dem Elsass:

Ein Volksfrontgenosse zum Docker-Streik

Wir halten es fuer nuetzlich hie und da die arbeiterfeindlichen und sozialreaktionaeren Ansichten des radikalsozialistischen Organs "La Republique" zu vermerken, um zu zeigen, von welcher Beschaffenheit der radikalsozialistische Bundesgenosse der SPIO und der KPF ist.

In "La Republique" vom 10. August gefaellt sich der Chefredakteur F. Hecker darin, seine Ansichten ueber die Bewegung der Docker von Marseille zum Besten zu geben. F. Hecker, der zur Zeit der Junibewegung 1936 nicht genugend Verbeugungen vor der Arbeiterklasse und ihren Forderungen machen konnte, fuehrt heute mit Einwilligung seiner Parteinstanzen die Sprache eines ueblen Scharfmachers, neben der sich das Organ des Comité de Forges wie ein Unschuldslamm ausmacht.

Wir haben den Konflikt im Marseiller Hafenarbeiterkonflikt hier besprochen und die Berechtigung der Arbeiterforderungen nachgewiesen.

Wir uebergehen die Heckerschen Ungehoerigkeiten gegen die Dookarbeiter und vermerken hier nur seine Auslassungen ueber die Gewerkschaft:

"...Doch da steht das Syndikat. Das Syndikat, das glaubt, Gesetze machen zu koennen. Das Syndikat, das sich einbildet, Handel und Wandel aufhalten zu koennen durch seinen starken Arm und seinen verrannten Willen. Das Syndikat, das die Existenz seiner Bonzen rechtfertigen moechte durch einen sturen Kampf, bei dem letzten Endes die arbeitende Bevoelkerung den Kuerzeren ziehen muss".

Dann heisst es an anderer Stelle:

"Im Falle der absolut sturen Dockeraktion zur Erpressung materieller Verpflichtungen hat die Regierung die Pflicht den Widerstand zu brechen.. Wenn die Marseiller Docker diese Grundwahrheit (ihren Patrons ihre Arbeitskraft zu den von ihnen festgesetzten Preisen zu verkaufen) nicht begreifen wollen, so ist es Pflicht der Regierung; sie ihnen mit Gewalt beizubringen..." (Untertreibungen von uns, Red. der "Arbeiterpolitik").

Der Radikalsozialist Hecker moechte offenbar ein paar Arbeiterleichen sehen?!

Ist es ein Wunder, dass sich die gesamte reaktionaere Rechtspresse auf diesen Brocken stuerzt und ihn triumphierend herumreicht? Und solche hartgesottenen Sozialreaktionaere wie Hecker, die den Polizeisaebel als das obligate Mittel zur Loesung sozialer Konflikte betrachten, sollen die Bundesgenossen der Arbeiter im Kampfe gegen die "200 Familien" und den Faschismus sein? Man sieht ja was dabei herauskommt!

: : : : :

Der im Hafenarbeiterkonflikt ernannte Oberschiedsrichter hat entschieden, dass die Verweigerung der Ueberstunden-, Sonntags- und Nachtarbeit mit dem Kollektivvertrag im Widerspruch steht. Die Arbeiter haben sich also einer Rechtsverletzung schuldig gemacht. In der Lohnfrage, um die es geht, hat sich der Oberschiedsrichter fuer nicht zustaendig erklaert. Gestaeckt durch diesen Spruch sind die Patrons zu den vom Arbeitsministerium anberaumten Lohnverhandlungen nicht erschienen. Sie verlangen, gestuetzt auf den erwaehten Schiedsspruch die Einhaltung der Kollektivvertragsverpflichtungen als Voraussetzung fuer den Beginn der Lohnverhandlungen. Die hafenarbeiter haben diesen provokatorischen Schiedsspruch nicht angenommen und fordern die solidarische Aktion aller Hafenarbeiter saemtlicher Mittelmeerhafn.

Marx wird gegen die PSOP angerufen  
=====

In Colmar hat sich jetzt auch eine Gruppe der PSOP (Pivertisten) gebildet. Die "Humanité" widmet diesem Ereignis eine laengere Notiz. In der sattsam bekannten Weise behauptet der Verfasser dieses Elaborats, dass die Pivertisten im Dienste des Faschismus stehen. Der Versuch zu einer Beweisfuehrung fuer diese kuehne Behauptung wird selbstverstaendlich unterlassen. Dafuer gefaellt sich unser Skribifax in der Findung und Fabrikation von Marxzitaten. So offeriert er uns folgendes Verschen als einen alten Spruch von Karl Marx: "Die Arbeiter waren nie besiegt, wenn sie einig waren". Da die Pivertisten sich von der SFIO getrennt haben und nicht zur stalinistischen KP gekommen sind, haben sie daher gegen diesen Marxschen Grundsatz verstossen und koennen daher nur im Dienste des Faschismus stehen.

Es wuerde unserem "Marxkenner" wahrlich schwer fallen, anzugeben, wo er diesen Marxausspruch entdeckt hat. Solche vulgaeren Plaattheiten koennen nur Eigenprodukt der KP der Volksfrontaera sein, in der man bemueht ist, selbst die Spuren seiner eigenen Geburt auszutilgen und so zu tun, als ob man sich nie von den Reformisten getrennt haette, wenn diese nicht selber davon gelaufen waeren. Die Marxfaelschung war bisher ein Privileg der Reformisten, die damit etwas frueher angefangen haben als unsere Neoreformisten von 1938 - und es auch etwas intelligenter als die Letzteren angestellt haben. Wenn man sich zur Rechtfertigung der jetzigen Politik der KPF auf solche Wege begeben muss, so zeigt dies nur, dass Marx und die Volksfrontpolitik zwei unvereinbare Dinge sind. Beschaemend ist nur, dass die Faelschung und die Luege als Waffe im Lager der Arbeiterklasse heute mit der Autoritaet der bolschewistischen Partei und der russischen Revolution gedeckt wird. Aber Luegen haben bekanntlich kurze Beine!

Die Volksfront und die Beamtenforderungen

Die Kammergraktion der KPF und das Politische Buero haben bekanntlich von der SFIO gefordert, mit der KPF gemeinsam die Initiative zur Einberufung des Parlaments zu ergreifen, um zur Realisierung der Beamtenforderungen und zur Einfuehrung der Altersrente Stellung zu nehmen. Die SFIO, die sich auf diese Weise einer demagogischen Agitation ausgesetzt war, hat den Ball an die Radikalsozialisten weitergegeben. Der radikalsozialistische Fraktionsvorsitzende hat nunmehr in einem Schreiben an den Vertreter der SFIO-Fraktion die Forderung auf Zusammentritt des Parlaments vor dem durch die Regierung festgesetzten Termin abgelehnt, weil keine Ereignisse eingetreten sind, die eine solche aussergewoehnliche Massnal rechtfertigen koennten.

Leon Blum hat jetzt in einem sehr "konzilianten" Briefe Duclos als Vertreter der KPF von diesem Entscheide der Radikalsozialisten in Kenntnis gesetzt und bei Duclos angefragt, ob er nicht auch der Meinung sei, dass damit die Frage der ausserordentlichen Zusammenkunft des Parlaments nicht gegenstandslos geworden ist. Blum weist daraufhin, dass ohne die Radikalsozialisten der Zusammentritt des Parlaments vor dem festgesetzten Termin nicht moeglich sei, selbst wenn SFIO und KPF dazu gemeinsam die Initiative ergreifen wuerden. Ein solches Vorgehen haette zwar einige agitatorische Wirkungen, koennte aber den Bruch der Volksfront zur Folge haben, was doch wohl die KPF ebenso wenig wolle wie die SFIO. Zum anderen aber habe ja Delmas erst auf dem Lehrerkongress die vorzeitige Einberufung des Parlaments als nicht erforderlich bezeichnet und als Termin fuer die Realisierung der Forderungen den November angegeben. Es bleibt abzuwarten was die KPF nun zu sagen haben wird.

Verantwortlich: Emile Hirtzel.

Erscheint woechentlich

Exemplar: 0.75 Cts  
Monatlich: 2.50 Frs.  
Ausland: 3.50 Frs;

# ARBEITERPOLITIK



Organ der kommunistischen Partei-Opportision Elsass (Section der IVKO)

Nr. 35/V. Jahrgang

Vierte Augustwoche 1938

Der Angriff auf die 40-Stundenwoche und die Arbeiterorganisationen.

Die Rede Daladiers am verflorbenen Sonntag bedeutet eine Aenderung der sozialen Politik der Regierung, die Einleitung eines Uebergangs von der langsamen Aushoehlung der 40-Stundenwoche zu ihrer praktischen Abschaffung. Die Ruecktrittserklaerung der beiden Minister Ramadier und Frossard, zweier Beauferegaten, die wahrlich nicht im Verdacht stehen Vertreter von Arbeiterinteressen zu sein, bestaetigt das nur.

Waehrend die Kommunistische Parteifuehrung den Eindruck zu erwecken versuchte, als ob die Einberufung des Parlaments das Mittel sei um den Forderungen der alten Arbeiter und der Beamten Genugtuung zu verschaffen, hat Daladier, nicht nur unter Umgehung seiner im Urlaub befindlichen Ministerkollegen, sondern selbst unter Ausschaltung des im Amt befindlichen Arbeitsministers - von den zur Regierungsmehrheit gehoerenden Parteien, dem Parlament und der CGT garnicht zu reden - in oeffentlicher Rede die Aenderung des sozialen Kurses der Regierung im Sinne der Wuensche des Unternehmerverbandes verkundet. Daladier, der seine Regierungstaetigkeit mit der Ausschaltung des Parlaments begann, der sich der Einberufung des Parlaments zur Beratung der Forderungen der alten Arbeiter und der Beamten widersetzte und jetzt zur Anwendung autoritaerer Regierungsmethoden und des Fuehrerprinzips uebergeht, zeigt, dass er die von der auessersten Reaktion auf ihn gesetzten Hoffnungen vollauf rechtfertigt. Die Methode, dass selbst die Minister - dies trifft vor allem auf den fuer die Frage der 40-Stundenwoche zustaeendigen Arbeitsminister zu - durch das Radio davon in Kenntnis gesetzt werden, dass der Fuehrer geruht hat, den Kurs der Regierung auf dem Gebiete der Sozialpolitik zu aendern, kennzeichnet in ausreichendem Masse die autcritaeren und jedem parlamentarischen Regime hohnsprechenden Regierungsmethoden des Regierungschefs einer von der Volksfront gestuetzten Regierung.

Daladier, von der parlamentarischen Kontrolle - dank der Volksfront - befreit, entwickelt sich immer deutlicher zum Mundstueck und Werkzeug des Generalstabs und des Unternehmerverbandes. Die Gedankengaenge, die Daladier zur Begrueundung fuer den Abbau der 40-Stundenwoche vorgetragen hat, entsprechen ganz denjenigen, die in "L'Europe nouvelle" (dem Generalstab naehstehendes Organ) seit Wochen in der Form einer Kampagne vorgetragen wurden, wonach die Verteidigung der franzoesischen Demokratie und einer aktiven Aussenpolitik die Beseitigung der 40-Stundenwoche notwendig mache.

Daladier erklarte in seiner Rede u. a.:

"Zuerst muss das Gesetz der 40-Stundenwoche mit den Erfordernissen des Landes und mit der allgemeinen Lage in Europa in Einklang gebracht werden. Kein Land ausser Frankreich und Mexiko hat die 40-Stundenwoche als allgemeine Regel eingefuehrt. Solange die internationale Lage so heikel bleibt wie jetzt, muss in den Betrieben, die fuer die Landesverteidigung wichtig sind, laenger als 40 Stunden gearbeitet werden koennen. Ohne ueberfluessige



Formalitäten und nichtendende Debatten muss in jedem Betrieb so lange gearbeitet werden, als es noetig ist".

Daladier hat sehr klar gesagt, worauf die ins Auge gefasste Abschaffung der 40-Stundenwoche hinauslaeuft: auf die Erhoehung der Unternehmergewinne. Es handelt sich also nicht nur um Mehrarbeit, sondern um die Herabsetzung des Lohnanteils am Gesamtprodukt zugunsten der Erhoehung des Mehrwerts der Kapitalisten. Klar geht dies auch daraus hervor, dass Daladier die tariflich festgesetzten Ueberstundenzuschlaege vorerst auf 10 % herabsetzen will. Durch diese Massnahmen soll nach Daladier das verschobene Kapital zur Rueckkehr und zur langfristigen Investierung animiert werden.

Es sei hier nur nebenbei bemerkt, dass die Unstabilitaet des Franken, den Daladier mit seinem Angriff auf die 40-Stundenwoche ebenfalls zu verteidigen vorgibt, in keinem Zusammenhang mit der 40-Stundenwoche steht. Die Frankenkrise resultiert aus der enormen Staatsschuld und aus den dadurch verursachten stets wachsenden Defiziten im Staatshaushalt. Wenn die Unternehmergewinne wachsen, wird damit keineswegs die aus den stets steigenden steigenden Ruestungsausgaben fortwaehrend neugenahrte Krise der Staatsfinanzen aufgehoben. Es ist im Gegenteil anzunehmen, dass die Kapitalisten ihre erhoeheten Gewinne infolge der Frankenkrise ebenfalls in Gold oder auslaendische Devisen umwandeln und damit den Druck auf den Franken nur noch vermehren.

Wir haben hier wiederholt auseinandergesetzt, dass die Behauptung der sozialen Errungenschaften mit einer Politik, die um das Vertrauen des Kapitals wirbt, unvereinbar ist und dass die Verzinsung und Amortisation der ungeheuren Schuldenlast, die der vorgangene Krieg angehaeft hat und der kommende Krieg anhaeft, die Sozialreform ersticken und den Franken entwerten muss, wenn nicht die Werktaetigen die Loesung der Finanzkrise auf revolutionaeren Wege und auf Kosten der Besitzenden durchsetzen.

Die Arbeiterorganisationen haben vor diesen zwingenden Schluessen die Augen verschlossen und bei den Massen den Eindruck zu erwecken versucht, als ob das Eine mit dem Anderen vereinbar sei, als ob die Volksfront die Formation zur Erhaltung der sozialen Reformen und ihrer Erweiterung sei und die Erweiterung der Volksfront zur "union nationale" auf politischem Gebiet, sich auf dem Boden der unmittelbaren Interessen der Werktaetigen vollziehen koenne.

Die Rede Daladier hat diese illusionaeren Hoffnungen, in die man die Massen wiegte, wie Seifenblasen zum Platzen gebracht.

Wie verhalten sich nun die Arbeiterorganisationen zum angekuendigten Schlag gegen das 40-Stundengesetz?

Lassen wir die Haltung der fuehrenden Arbeiterparteien und der CGT Revue passieren.

Die "Humanité" vom 23.8. veroeffentlicht eine Erklaerung der Fuehrung der KPF, in der es u. a. heisst:

"Es kommt den arbeitenden Massen zu, das republikanische Gesetz gegen diejenigen zu verteidigen, die beauftragt sind ihm Respekt zu verschaffen und sich vorbereiten es zu brechen..."

Am letzten 12 April erklaerte der Praesident der Regierung vor dem Parlament: "Die Unternehmer muessen die sozialen Gesetze mit Loyalitaet befolgen, nachdem sie selbst proklamiert haben, dass sie sie als endgueltig betrachten wuerden".

Es wird daher normal sein, dass nach der eingetretenen Aenderung das Parla-

ment zusammen berufen wird...

Man muss ein Ende machen mit der untoleranten Diktatur der Finanz ueber das Land.

Man muss zur Anwendung des Programms der Volksfront zurueckkehren.

Respekt dem gesetzlichen Willen des Landes, der das Volksfrontprogramm votiert hat.

Treue dem Schwur vom 14. Juli.

Einigt Euch. Sozialisten, Radikale, Gewerkschafter, Kommunisten, Kaempfer des sozialen Fortschritts, der Freiheit und des Friedens, lasst nicht an der Einheit der Volksfront ruehren".

Daneben teilt die "Humanité" mit, dass Duclos eine Versammlung der Linksdelegation - die parlamentarische Zusammenfassung der Volksfrontparteien - gefordert hat.

Das ist alles was die KPF zu sagen hat. Sie verlegt den Kampf auf den parlamentarischen Boden und in dem Rahmen der Volksfront. Die Einberufung des Parlaments muss natuerlich gefordert werden, aber die Einberufung des Parlaments und der Verzicht auf die Anwendung aller ausserparlamentarischen Kampfmittel um das Parlament wie im Juni 1936 unter Druck zu setzen, heisst dem Abwehrkampf seine entscheidende Wirkung nehmen. Die Verlegung des Abwehrkampfes in den Rahmen der Volksfront aber ist der Verzicht auf jeden ernsthaften Kampf zur Verteidigung der 40-Stundenwoche ueberhaupt, denn die Aktionsfaehigkeit der Volksfront haengt von der Partei Daladiers ab, die arnicht daran denkt einen Kampf um die Verteidigung der 40-Stundenwoche gegen Daladier zu fuehren. Selbst wenn die KPF-Fuehrung eine Aktion gegen Daladier unternehmen wuerde, so waere sie nicht von dem Gesichtspunkt diktiert einen innerpolitischen Kurs durchzusetzen, der mit dem Daladiers in Widerspruch steht, sondern um eine Regierung ans Ruder zu bringen, die auf aussenpolitischem Gebiete einen entschiedeneren sowjetfreundlichen Kurs einhaelt.

Die Haltung der SFIO wird in einem Artikel von Léon Blum im "Populaire" vom 23. August und in einem Aufruf der Seine-Fédération der SFIO dargelegt. Blum sagt lediglich, dass die Rede Daladiers "eine neue soziale Orientierung anzeigt" und dass "durch die Kraft der Dinge diese neue soziale Orientierung zu einer neuen politischen Orientierung fuehren wird". Blum erkluert, dass, um die normale Dauer der Arbeit in gewissen Industrien zu erhoehen, ein Gesetz notwendig sein wird, und dass, um die Zuschlaege auf die Ueberstunden zu reduzieren, ein anderes Gesetz notwendig sein wird. Er fragt Daladier, mit welcher Mehrheit er rechnen um sie annehmen zu lassen. Blum lehnt zwar eine gesetzliche Verlaengerung der Arbeitsdauer ab, aber er bringt den Befuehrungen Daladiers, die ihn zu seinen Folgerungen gefuehrt haben, Verstaendnis entgegen. Aber, so fuegt er hinzu, man muesse wissen, dass die soziale Einheit heute nicht weniger wichtig sei als das Vertrauen des Kapitals. Dass Frankreich heute wirksamer in der internationalen Krise handeln koenne, verdanke es der Volksfront und deshalb muesse man sie erhalten.

In einem weiteren Artikel im "Populaire" vom 25. August betont Léon Blum, dass die Sozialisten selbstverstaendlich bereit seien ueberall dort eine Ausdehnung der Arbeitszeit ins Auge zu fassen, wo es nicht moeglich ist die Bestellungen ohne eine Erhoehung der Arbeitszeit auszufuehren. Was Blum aber wuenscht ist, dass man nicht das Gesetz ueber die 40-Stundenwoche abschafft und dass man die Frage der Verlaengerung der Arbeitszeit in gewissen Industrien im Einverstaendnis mit den Gewerkschaftsorganisationen regelt, die dazu wiederholt ihren Willen bekundet haben.

In einem Artikel von Paul Faure im "Populaire" vom 23. August wird erkluert, dass die SFIO selbst eine Anpassung der 40-Stundenwoche geplant hatte, aber diese Anpassung sollte im Rahmen eines allgemeinen Planes und mit entsprechenden Gegenleistungen verbunden sein.

Die gesamte Haltung der SFIO legt Zeugnis dafuer ab, dass sie zwar einer gesetzlichen Abschaffung der 40-Stundenwoche abgeneigt ist, dass sie aber bereit ist in der Sache Daladier zu folgen und an der weiteren Aushoehlung der 40-Stundenwoche mitzuwirken. Fuer sie handelt es sich im wesentlichen, die von Daladier verkuendete Anpassung der Arbeitszeit an die Beduerfnisse der Landesverteidigung in einer solchen Form durchzufuehren, die es ihr erlaubt der Regierung Daladier weiter zu folgen ohne dadurch in einen tiefen Gegensatz zur Arbeiterklasse zu gelangen und ohne dass die Arbeiterklasse zu einer selbstaendigen ausserparlamentarischen Abwehraktion uebergeht.

/ darum

Die Verwaltungskommission der CGT hat in einer Erklarung zur Rede Daladiers Stellung genommen, in der es u. a. heisst:

"Sie nimmt Kenntnis davon, dass der Ministerpraesident, statt die wiederholten Warnungen und die vielfachen durch die CGT gelieferten Beweise ueber den Mechanismus und die Beweggruende dieses offensichtlichen Manoevers gegen das Allgemeininteresse und den sozialen Frieden zu beachten, dem Druck nachgegeben hat und Worte gepraegt hat, von denen man zumindestens sagen kann, dass sie entgegen dem Zweck, dem sie zu dienen scheinen, im Lande eine schwierige Lage zu schaffen riskieren, die ihm auf dem internationalen Terrain nur schaden wird.

Die Verwaltungskommission fordert von den angeschlossenen Organisationen sich wachsam und entschlossen zu zeigen - dabei aber kaltes Blut zu bewahren - und sich fuer die einmuetige und disziplinierte Aktion bereit zu halten, die die Verteidigung der 40-Stundenwoche und der anderen Errungenschaften erfordern koennte.

Sie beschliesst u. a., die Einberufung des Nationalkomitees der Volksfront zu veranlassen, damit in kuerzester Frist diese wichtige Frage diskutiert wird".

Von Interesse ist, dass auch die CGT in ihrer Erklarung betont, dass sie der Frage der Landesverteidigung volles Interesse und Verstaendnis entgegenbringe und die Opferbereitschaft der Arbeiter schon unter Beweis gestellt habe.

Léon Jouhaux, der sich gegenwaertig in Amerika befindet, hat in einem Interview seine volle Solidaritaet mit der Haltung der Verwaltungskommission der CGT zum Ausdruck gebracht. Jouhaux hat erklart, dass die CGT bereit seit jeden besonderen Fall zu pruefen, wie es die CGT im Falle der Flugzeugindustrie bewiesen habe, aber es sei unmoeglich einer allgemeinen Aenderung des Gesetzes zu zustimmen. Léon Jouhaux fordert die Unternehmer auf, erst einmal alle ihnen bereits bewilligten Konzessionen auszunuetzen. Wenn sich neue Konzessionen als noetig erweisen, wird die CGT jede diesbezaegliche Situation pruefen und in Verhandlungen darueber eintreten.

Die Haltung der fuehrenden Arbeiterorganisationen zeigt, dass sie zwar formal die 40-Stundenwoche erhalten wissen wollen, dass sie aber bereit sind an der Durchloecherung der 40-Stundenwoche aktiv mitzuwirken. Auf einem solchem Boden aber ist ein ernsthafter Kampf zur Verteidigung der 40-Stundenwoche unmoeglich.

Ueber die Stellungnahme der radikalen Partei liegt eine Erklarung des Praesidenten der radikalen Kammerfraktion, Chichery vor, die dieser nach einer Aussprache mit Daladier abgegeben hat. Darin erklart Chichery, dass es sich bei der Rede Daladiers, soweit sie die 40-Stundenwoche betrifft, keineswegs darum handelt, das Prinzip der 40 Stundenwoche anzutasten. Es gehe einfach darum, gewissen Industrien, wo die Produktion abgenommen hat, zu erlauben normal zu arbeiten. "Fuer die Industrien, die weniger als 40 Stunden arbeiten, kann keine Rede von einer Abweichung von dem Gesetz sein. Das



gleiche trifft auf die Industrien zu, die 40 Stunden arbeiten und die unter den Arbeitslosen die qualifizierten Arbeiter zur Ausfuehrung ihrer laufenden Bestellungen erhalten koennen. Es handelt sich allein um die Industrien, die in nicht genuegender Zahl qualifizierte Arbeiter erhalten koennen, fuer die zusaetzliche Arbeitsstunden zugelassen werden."

Das Exekutivkomitee der radikalen Partei hat nach Anhoerung Daladiers eine einstimmige Resolution angenommen, in der Daladier das totale Vertrauen ausgedrueckt wird.

Nach dieser Haltung ist anzunehmen, dass die Radikalen, dass von Daladier verkueendete Ziel in Etappen und mit Hilfe der Arbeiterorganisationen zu erreichen versuchen. Die Haltung der SFIO, die bereits von einer Schwenkung Daladiers spricht, zeigt, dass die Voraussetzungen dafuer bei den Spitzen der Arbeiterorganisationen gegeben sind.

Die Arbeiter muessen in ihren Organisationen fordern, dass mit der Politik des fortlaufenden Zurueckweichens und der staendigen Konzessionen an die Unternehmeroffensive Schluss gemacht wird, dass die Verteidigung der 40-Stundenwoche nicht von der Haltung des Nationalkomitees der Volksfront abhaengig gemacht wird, dem als wichtiger Teil die von Daladier gefuehrte radikale Partei angehört und dass jede Aushoehlung des Gesetzes entschieden zurueckgewiesen wird. Die Aktion zur Verteidigung der 40-Stundenwoche darf nicht auf das parlamentarische Gebiet beschraenkt werden. Es muessen alle Mittel der direkten Aktion bis zum Generalstreik zur Verteidigung der 40-Stundenwoche angewandt werden. Die 40-Stundenwoche war nicht das Resultat einer Volksfrontaktion, sie war das Ergebnis der einheitlichen, das ganze Land umfassenden ausserparlamentarischen Massenaktion, wie sie in der Junibewegung 1936 ihren Ausdruck fand. Die Erhaltung der 40-Stundenwoche ist an die Wiederholung dieser Aktion gebunden. Die Arbeiter muessen in ihren Syndikaten die Vorbereitung und Einberufung eines Landeskongresses der Betriebsdelegierten aller Federationen der CGT fordern, die alle Massnahmen zur Durchfuehrung der Aktion zu beschliessen haette. Der erste Schritt dazu muss die Einberufung von Betriebsdelegiertenkonferenzen im Rahmen jeder Union-locale der CGT sein.

Die Arbeiterklasse aber muss sich darueber im Klaren sein, dass sie in dieser Aktion weiter gehen muss, dass sie groesseren Widerstaenden zu hegegen hat und dass sie sie nur niederzuzwingen vermag, wenn sie entschlossen ist alle Konsequenzen eines revolutionaeren Kampfes auf sich zu nehmen.

#### Das Leben der POUM-Angeklagten ist in bestaendiger Gefahr

"Independent News" meldet:

Wir besitzen keine neuen Meldungen ueber den Stand des Prozesses gegen die Kameraden des Exekutiv-Komitees der POUM.

Wir koennen uns nur an die Tatsache halten, dass trotz der durch das Gesetz festgelegten Fristen, der Prozess gegen die Poum noch nicht stattgefunden hat. Es muss hervorgehoben werden, dass diese Willkuerakte, die den Prozess gegen die POUM begleiten, seit ihrer Unterdrueckung als Partei andauern. Selbst nach den Bestimmungen des Gesetzes, auf Grund dessen die Verhafteten im Juni 1937 angeklagt wurden, haette ihr Erscheinen vor dem Gericht in den ersten fuenfzehn Tagen stattfinden muessen.

Heute hingegen erfolgen die gerichtlichen Verfahren nach einem Gesetz, das einige Tage nach der Verhaftung der POUM-Kameraden erlassen worden ist und welches die vorhergehenden Bestimmungen bezueglich des Gesetzes ueber die Schaffung des Hochverrats- und Spionagegerichtshofes (das im Januar 1937 bekanntgegeben wurde) verschaerft. Dieses Manoever hoerten nicht auf und das Leben der Angeklagten wurde mehr oder weniger bedroht, je nachdem ihnen poli-

tische Zufälligkeiten mehr oder weniger guenstig waren. So war es bis Ende Juni vorigen Jahres, wo ihnen zum ersten Male eine Anklageschrift durch den Staatsanwalt ueberreicht wurde. Bis zur Stunde sind die Hauptanklagepunkte stets durch den Untersuchungsrichter, niemals aber durch den Staatsanwalt begruendet worden.

Man hat eben keinen leidlich gefuegsamen Staatsanwalt finden koennen, der die Anklage mit den durch die Stalinisten fabrizierten und verbreiteten Luegen in Uebereinstimmung haette bringen sollen.

Wir koennen allen Freunden versichern, dass die Fueher der POUM, die jeden Augenblick davon bedroht sind legal oder illegal ermordet zu werden (denn ihre Sicherheit ist in dem Gefaengnis, wo sie sich befinden, nichts weniger als garantiert), sich nicht entmutigen lassen. In einem kuerzlich an seine Frau gerichteten Brief schrieb Gorkin:

"Es ist moeglich, dass man uns unmittelbar vor unsere Richter fuehrt. Wir sind ruhig. Wir werden uns nicht nur verteidigen. Wir versichern Euch, dass wir uns aus Angoklagten in Anklagter verwandeln werden. Wir sind fest entschlossen gegen jede auftretende Eventualitaet Front zu machen."

Das ist der Geist, der alle Militanten der POUM belebt, die sich unter den Klauen der Stalinisten befinden oder in die Haende einer Justiz gefallen sind, die ihren Befehlen folgt. Das ist auch der Beweggrund, weshalb die Kameraden der POUM so viele Opfer gemeiner Morde in ihren Reihen zaehlen. Das Moskauer Beispiel zeigt, dass man diejenigen, die man nicht zu Geständnissen jener Ungeheuerlichkeiten veranlassen konnte, die man von ihnen einzugestehen verlangte... einfach ermordete.

Nach Nin, Landau, Wolf, Marc Roin, Kamen Hervas, Trepas, Figuerola, Arano, Andreas Sabadell und viele andere an die Reihe...

Es ist nicht vergebens, wenn wir diese Meuchelmorde oeffentlich bekanntmachen, die von den Stalinisten gegen jene Militanten bestellt worden sind, die man nicht vor die oeffentlichen Gerichte zu stellen wagte. Die Gefahr, in der die Fueherer der POUM schweben, wird nicht vor ihren Richtern halt machen. Die Lebensgefahr ist permanent. Deshalb duerfen wir den Kampf fuer die bedrohten Genossen nicht erlahmen lassen, welcher, im Moment wenigstens, ihre Richter unschluessig gemacht hat. Die Menschen, welche Nin und so viele andere ermordeten, werden, wenn sie sich nicht maechtig genug glauben die Genossen durch die Gerichte verurteilen zu lassen, nicht davor zurueckschrecken, den Meuchelmord im Gefaengnis zu wiederholen.

Noch einen Ruck Kameraden, Fordert ihre Freilassung nicht nur um ihnen das Leben zu retten, sondern um ihnen die Moeglichkeit wieder zu geben, aktiv am Kampfe gegen den Faschismus teilzunehmen.

#### Ein Protest der antifaschistischen Gefangenen von Barcelona

Wir entnehmen dem "Independent News" folgenden Offenen Brief antifaschistischer Gefangener des Gefaengnisses Modelo von Barcelona, den sie vor einiger Zeit an den Praesidenten der Generalitat von Katalonien und an den Praesidenten der Republik gerichtet haben:

"Im Namen von 200 antifaschistischen Gefangenen des Gefaengnisses Modelo richten wir uns an Sie, die wir unter dem Eindruck der tragischen Nachrichten stehen, welche wir von unseren, in die Arbeitslager transportierten Kameraden erhalten haben. Laengeres Schweigen in einem so schweren Augenblicke, wie dem gegenwaertigen, wuerde eine Feigheit von uns sein koennte als eine Dueldung gegenueber den Attentaten ausgelegt werden, wogegen wir uns mit Entschiedenheit erheben.

Vor kurzem sind hunderte von antifaschistischen Gefangenen aus den katalonischen Gefaengnissen zu Befestigungsarbeiten in Konzentrationslager geschickt worden. Diese Massnahme erfolgte ganz und gar willkuerlich. Es wurde keine Ausnahme gemacht: Junge von 15 Jahren und Alte mit weissen Haaren, Verurteilte, Angeklagte, administrative Gefangene und Schutzhaeftlinge wurden davon betroffen. Mit einem Wort: gleiche Massnahmen, wie in den faschistischen Laendern. Indessen wurde diese neue Beleidigung von uns schweigend ertragen. Wir sind antifaschistische Kaempfer und wir koennen uns nicht weigern an den Kampfplatz zurueckzukehren. Wir wuerden das Gewehr und den Schuetzengraben vorgezogen haben, aber wir akzeptieren ohne Protest die Schaufel und die Hacke. Der Kampf gegen den Faschismus stand uns hoehere als unsere Bedenken.

...Um die revolutionaeren Gefuehle unserer Kameraden in den Arbeitslagern einmal mehr zu demuetigen, wurden die antifaschistischen Gefangenen absichtlich unter Faschisten und kirminelle Verbrecher geschickt und mit diesen in Arbeitsgruppen von 14 bis 16 Mann zusammengefasst. In den Konzentrationslagern wird 11 Stunden gearbeitet. Waehrend dieser Zeit ist es untersagt mit einander zu sprechen. Schmutz und Elend herrschen vor. Viele unserer Kameraden wurden von Kraetze befallen. Schwerkranken wurde keine Hilfe zuteil. Die Verbindung mit dem Heimatland ist vollstaendig unterbunden. Man darf weder schreiben, noch Briefe empfangen, noch Zeitungen lesen. Den meisten Familienangehoerigen der Gefangenen wurde der Ort verheimlicht, wo sie taetig sind.

Die angewendeten Verfahren koennten nicht unmenschlicher sein. Die geringsten Vergehen werden barbarisch bestraft. Kuerzlich schlug man Gefangene mit den Kolben von Gewehren und Maschinengewehren. Nachdem dadurch fuenf Inhaftierte schwer verletzt wurden, trat eine Verbesserung ein. Jetzt be-nuetzt man nur noch Knueppel und Pietsche!

Der allmaechtige Chef dieser Konzentrationslager ist der Kommandant Astorga, Mitglied der KP Spaniens, der ehemals selbst Gefangener im Modelo war, wo er wegen Unvertraeglichkeit mit antifaschistischen Gefangenen, in der fuenften Galerie eingeschlossen wurde, die fuer die notorischen Faschisten bestimmt war. Dieser Mann ist Herr und Meister ueber das Leben unserer Kameraden in den Konzentrationslagern. Niemand kontrolliert ihn, er hat niemanden ueber seine Taten und Handlungen Rechenschaft abzulegen. Er ist mit unbegrenzten Vollmachten ausgestattet.

Das Terrorregime erreichte seinen Hoehepunkt durch den wohlueberlegten Mord von 12 Inhaftierten, unter denen sich unvergessliche Kameraden befanden. Diese Handlung, die die Preisgabe jedes wahrhaften menschlichen Gefuehls ausdruickt, ereignete sich auf folgende Weise:

Eines Tages waren zwei Gefangene entwichen. Daraufhin ordnete der Kommandant Astorga eine Versammlung aller Gefangenen an. Er liess 12 Gefangene auf die Seite treten, die mit den beiden Gefluechteten die gleichen Baracken bewohnt hatten. Diese zwouf jungen Leute hatten aber mit der durchgefuehrten Flucht garnichts zu tun. Unter den Zwouf befanden sich Antifaschisten, Faschisten und Kriminelle, die miteinander wenig gemein hatten. Ueberdies war keiner von diesen Gefangenen mit einer gegenseitigen Ueberwachung beauftragt worden. Sie waren ausserdem, nach 11 stuendiger Arbeit, nicht in dem Zustande, um aufeinander aufpassen zu koennen. Trotz dieser Umstaende, wurden die Zwouf fuesilliert, um ein Exempel zu statuieren. . . . Unter ihnen waren zwei praechtige Jungen im Alter von 15 und 16 Jahren. Einer war Mitglied der libertairen Jugend. Er war wegen sogenannter illegaler Verbreitung von Flugblaettern verhaftet worden. Der andere, Nicolas Francesio Pina Orce, der angeklagt worden war an eine Mauer in Barcelona geschrieben zu haben: "Nieder mit den Wucherern! Freiheit fuer die antifaschistischen Gefangenen!" Besonders empoeerend ist der Umstand, dass der zynische Astorga zu Pina vor seiner Fuesillierung folgendes sagte: "Ich be-



dauere es Dich fuesilieren zu muessen, denn vor drei Tagen ist dor Befohl zu Deiner Freilassung eingetroffen; "Die Mitangeklagten von Pina waren tatsaechlich zwei Tage nach der Abfahrt Pinas aus dem Gefaengnis Modelo entlassen worden. Dennoch wurde Pina ermordet!

Und was wird weiter werden? Die in den Konzentrationslagern lebenden Kameraden sind vollstaendig verlassen. Wir protestieren um uns mit ihnen zu solidarisieren und auf ihre Tragoedie die breiteste Aufmerksamkeit der oeffentlichen Meinung zu lenken... Wir sind uns darueber klar, dass wir damit fuer Repressalien aehnlicher Art bestimmt werden. Unser Leben im Gefaengnis ist dem gleichen Risiko ausgesetzt, wie das Leben unserer Kameraden draussen in den Konzentrationslagern. Vielleicht sind wir noch mehr gefaehrdet, denn wir haben die Kuehnheit gehabt, das Verbrechen anzuprangern und die Moerder blosszustellen. Aber das tut bitter notwendig! Es gibt Augenblicke im Leben, wo es Maennern schwer faellt zu schweigen, um damit ihr Leben zu erhalten. Wir kaempfen seit drei Jahren gegen den Faschismus und wir koennen uns jetzt nicht vor jenen beugen, die unter einem anderen Namen sich darauf vorbereiten, uns mit den gleichen Mitteln und Prozeduren zu bekaempfen, wie es der Faschismus tut.

Die Verfassung und die Statuten Kataloniens garantieren das Leben und die Gewissensfreiheit seiner Buergern. Davon ist aber in den Konzentrationslagern nichts mehr zu spueren. Dort regiert an seiner Allmacht M. Astorga, Kommandant der Kommunistischen Partei... Was auch die Folgen unseres Schrittes sein moegen, wir werden unsere Aufgabe erfuellen und wir sind ueberzeugt, dass das vergossene Blut nicht umsonst geflossen sein wird. Wir hoffen, dass ein Tag kommt, wo die Arbeiterklasse die Ihrigen raechen wird und wo die Moerder und die Partei, die sie schuetzt, keinen Pardon erhalten werden, weder vor der Geschichte, noch vor dem internationalen Proletariat!

Gefaengnis Modelo (Barcelona)

Hombredes, CNT; Walter Schwarz, KPD(O); Durban, ADGB; Karl Braeuning, KPD(O); Vila, Union des Rabassaires; Zayuelas, UGT; Heidenreich, KPD(O); Utges, POUM; Abgelos, CNT; Dudick, SP-Tschechoslowakei; Aguilera, UGT; Obiol, UGT; Gromila, UGT; L. Vila, POUM; Elkau, CNT; Montserrat, CNT; Riller, SP-Schweiz; Emilio, SP-Italien; Gironella, POUM; Oller, linksrepublikanische Jugend; Gabeldor, CNT; Gimenz, CNT; Pinyol, CNT; Moreu, UGT; Mangraniti, FAI; Navarro, UGT; Pons, Union des Rabassaires; Mas, CNT; Casiacas, katalanische republikanische Linke; Pujol, linke republikanische katalanische Jugend; Iglesias, UGT; Rofes, UGT; Buicochea, UGT; Gonzalez, CNT; I. Vila, UGT; Ballus, UGT; Roig, UGT; Munoz, UGT; Sundelvitich, SFIO.

Henry Torres, Verteidiger der POUM

Wie der "Libertaire" mitteilt, hat der bekannte Pariser Anwalt Henry Torres auf ein Ersuchen der S.I.A., die Verteidigung der POUM-Fuehrer zu uebernehmen, zustimmend geantwortet. Der "Libertaire" schreibt dazu:

"Die Regierung Negrin hat noch nicht die Guete gehabt unser Telegramm zu beantworten. Sie wird sich den einen oder den anderen Tag dazu entschliessen muessen. Sie wird zu erklaren haben, was sie mit diesem POUM-Prozess macht, der ebenso idiotisch wie anruechig ist. Sie wird sich auessern muessen, ob sie darin einwilligt, dass aus dem Ausland gekommene Anwaelte fuer Gorkin und seine Mitangeklagten plaedieren koennen. Auf jeden Fall ist die Wahl des Anwalts getroffen, der von der franzoesischen Sektion der SIA bestellt, die Angeklagten vor dem Tribunal von Barcelona vertreten wuerde. Es ist der Verteidiger von Oberst Macia, der die POUM verteidigen wird. Es ist kein Zweifel, dass die Katalanen sich vor diesem Meister der Pariser Gerichtsschranken beugen und uns Dank wissen werden, ihn bestimmt zu haben. Hier ist die Antwort, die Henry Torres soeben an uns gerichtet hat:

"Ich waere nicht der Mann, der ich bin, wenn ich Ihren Vorschlag ablehnen wuerde. Ich habe in jedem Falle die Verteidigung von Kaempfern uebernommen und meine Mitwirkung denen zur Verfuegung gestellt, die verfolgt wurden, weil sie ihre Ideen verteidigt hatten, selbst wenn ich nicht mit diesen Ideen einverstanden war. Ich moechte Ihnen sagen, dass in dem Fall, wo Sie mich bitten, ich nichts anderes koennen wuerde, als Ihnen zu antworten: Hier bin ich!"

Es war unter den augenblicklichen Umstaenden nicht leicht einen grossen Anwalt zu finden, der diese Aufgabe uebernimmt. Wie freuen uns feststellen zu koennen, dass Torres nicht gezoegert hat diesen Kampf zu fuehren und wir danken ihm dafuer unendlich."

### Der Konflikt im Marseiller Hafen

Die Bewegung der Docker von Marseille ist laengst ueber den Rahmen einer lapidaren Lohnbewegung hinausgewachsen. Die gesamte Reaktion verfolgt mit ihrer Hetzkampagne nicht nur die Docker von Marseille auf die Knie zu zwingen. Ihre Ziele gehen weiter. Sie will durch eine verlogene Propaganda eine allgemeine Antistreikstimmung in den Schichten des staedtischen und laendlichen Kleinbuergertums schaffen. Sie will unter Ausbeutung der internationalen Lage eine solche Atmosphaere erzeugen, in der jede Bewegung der Arbeiter fuer ihre Interessen als Landesverrat betrachtet und als solcher behandelt wird. Sie will erreichen, dass der Gebrauch der demokratischen Rechte durch die Arbeiter fuer ihre eigenen Zwecke und Interessen unter Strafe gestellt und der Streikbruch durch den Einsatz militaerischer Kraefte zur offiziellen Gewohnheit wird. Und sie geht sogar soweit, im Interesse der Profitinteressen des Reederkapitals zu fordern, dass die Docker den Militaergesetzen unterstellt und zwangsmobilisiert werden, da dies die Interessen der nationalen Wirtschaft gebieterisch verlangen.

Den Anstrengungen der Reaktion ist es bereits gelungen einen Rechtsruck der Regierung auszuloesen und den Einsatz von farbigen Kolonialtruppen im Marseiller Hafen zu erreichen. Und man behauptet, dass die Zwangsmobilisierung der Docker nur mit Muehe vom Arbeitsminister Ramadier im Kabinett verhindert worden sei.

Die Federation der Hafentarbeiter hat die von der Regierung geplante Regelung des Konflikts auf dem Notverordnungswege abgelehnt, da sie in keiner Weise den Forderungen der Hafentarbeiter Rechnung trug. Sie erklaert sich solidarisch mit den Marseiller Dockern und fordert; den unmittelbaren Rueckzug der Kolonialtruppen aus dem Hafen; die Anwendung des gegenwaertigen Kollektivvertrages bis zu seinem Ablauf; die Fortfuehrung der Diskussion ueber die Ausarbeitung eines neuen Kollektivvertrages; die Aufwertung der Lohne entsprechend den Lebenshaltungskosten und die Bezahlung in der Hoehe wie in den anderen Haefen.

Die CGT hat in der Sitzung ihrer Verwaltungskommission eine platonische Solidaritaetserklaerung fuer die Marseiller Hafentarbeiter angenommen und den Rueckzug der eingesetzten Truppen gefordert, aber auf jede praktische Aktion zur Unterstuetzung ihrer Forderungen verzichtet.

Die Federation der Hafentarbeiter hat den Einsatz der Kolonialtruppen ohne eine entsprechende Antwort gelassen. Jedenfalls hat sie die Frage des Streiks der Marseiller Hafentarbeiter nicht erwogen, genau so wenig wie sie eine aktive Solidaritaet der anderen Haefen ins Auge gefasst hat, um den Einsatz von Militaer zu Streikbruchzwecken von vornherein im Keime zu erstickten. Dies ist umso notwendiger, da im Lyoner Bauarbeiterstreik der Einsatz von Militaer zur Ausfuehrung der staatlichen Bauvorhaben bereits in Erwaegung gezogen wurde.

Der Kampf der Dockler von Marseille ist durch den Einsatz der Truppen in eine neue Phase getreten. Es ist klar, dass nunmehr die alte Taktik auf Nichtausführung der Ueberstunden nicht mehr genuegt, da ihre Wirkung praktisch aufgehoben worden ist. Um den Forderungen der Hafentarbeiter Genuegtung zu verschaffen und um den Rueckzug der Truppen zu erreichen, muessen nunmehr schaeferere Waffen eingesetzt werden. Indem die Federation der Hafentarbeiter an der alten durch die Ereignisse ueberholten Taktik festhaelt, beguenstigt sie die Niederlage der Hafentarbeiter.

Aus dem Einsatz der Kolonialtruppen (Senogalnesen) muessen die Arbeiter ihre Folgerungen ziehen. Was die Regierung Daladier, zu deren Regierungsmehrheit die Arbeiterparteien gehoeren, hier macht, ist die Anwendung der Methoden Francos, der ja ebenfalls die Farbigen zur Niederschlagung der spanischen Arbeiter mobilisiert hat. Die Gefahren, die hier fuer die Arbeiterbewegung auftreten, muessen sie veranlassen zwei Dinge zu tun. Einmal muessen die Arbeiter sich fuer die Interessen der Proletarier im Waffenrock einsetzen, um ihnen zum Bewusstsein zu bringen, dass die Arbeiter die einzigen sind die sich ihrer Noete annehmen. Zweitens muessen die Arbeiter gegen die koloniale Ausbeutung und die nationale Unterdrueckung der kolonialen Bevoelkerung kaempfen und ihnen solidarische Unterstuetzung in ihrem Befreiungskampf vom imperialistischen Joch gewaehren. Nur so wird in den Kolonialsklaven das notwendige Solidaritaetsgefuehl mit den Arbeitern der Metropole geweckt.

Noch eine andere Folgerung aber draengt sich auf. SFIO und KPF haben bedingungslos alle Mittel fuer den Militaeretat bewilligt. Sie haben erklart, dass die Arbeiterklasse sich positiv zur Landesverteidigung im buergerlich-demokratischen Staat einstellen muesse, da die starke republikanische Armee ein Unterpfand fuer die Verteidigung ihrer demokratischen Rechte gegenueber dem faschistischen Agressor sei. Jetzt wird diese Armee in den sozialen Konflikten fuer die Interessen der Monopolgewaltigen und gegen die der Arbeiter eingesetzt. Jetzt dient sie als ein Mittel, die Wirkung des Gebrauchs der demokratischen Rechte durch die Arbeiter aufzuheben. Die Armee, die gegen die taeglichen Interessen der Arbeiter eingesetzt wird, die dem Patronat im Kampfe gegen die Arbeiter als Streikbruchorganisation zur Hilfe kommt, diese Armee ist eine Armee der Bourgeoisie und dieser Armee gegenueber gilt die alte Losung: Keinen Mann und keinen Centimes!

Die Schlichtungspraxis der Regierung Die Lyoner Bauarbeiter stehen seit Wochen in einem hartnaeckigen Kampf um die Anpassung ihrer Loehne an die gesteigerten Lebenshaltungskosten. Vor kurzem wurde ein Schiedsspruch gefaellt, der den Arbeitern eine 12 prozentige Aufbesserung ihrer Loehne zugestand. Dieser Schiedsspruch wurde von einer Reihe von Firmen angenommen, bei denen die Bauarbeiter darauf die Arbeit aufnahmen. Wegen eines Formfehlers wurde spaeter dieser Schiedsspruch kassiert. Der neu eingesetzte Schlichter, der nur die Aufgabe hatte den Formfehler auszuschalten, faellte einfach einen neuen Schiedsspruch, der die im vorausgegangenen Schiedsspruch vorgesehene Lohnerhoehung von 12 auf 7 % herabsetzte. Dies geschah, nachdem, wie bereits erwaeht, eine Reihe von Firmen bereits die Lohnzahlung nach dem alten Schiedsspruch aufgenommen hatten.

Dieses Beispiel zeigt erneut in welcher Richtung die Lohnpolitik der Regierung tendiert. Die Lyoner Bauarbeiter haben diese Verschlechterung abgelehnt und verharren weiter im Streik.

#### An die Bezieher der "Arbeiterpolitik"

Wir ermahnen alle unsere Freunde nochmals die Einsendung ihrer Abonnementsgebuehren an Emile Hirtzel, 18, rue des Foulons, Strasbourg-Montagne-Verte nicht zu vergessen. Wir koennen auf keinen Centimes verzichten.

Verantwortlich: Emile Hirtzel.



Erscheint woeentlich

Exemplar/ 0.75 Cts  
Togtlich: 2.50 Frs  
Ausland: 3.50 Frs

# ARBEITER POLITIK

Organ der Kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr.36/V.Jahrgang

Erste Septemberwoche 1938

Die tschechoslowakische Krise naehert sich dem Hoehepunkt

Alles deutet darauf hin,dass die tschechoslowakische Krise sich ihrem Hoehepunkt naehert.

Am 22.August fragte der deutsche Gesandte in Moskau,Graf Schulenburg,"privat" bei Litwinow an,ob nicht die Sowjetunion bei einer militaerischen Aktion gegen die CSR sich neutral verhalten koenne,wobei er darauf hinwies,dass bei dem letzten japanisch-sowjetischen Konflikt Deutschland seinerseits sich neutral verhalten habe. Die Antwort Litwinows war eine kategorische Ablehnung.Im Falle eines Angriffs Hitlerdeutschlands auf die CSR werde wahrscheinlich Frankreich der CSR militaerisch zu Hilfe kommen und in diesem Falle werde die SU "Frankreich folgen".

Die deutschen Sondierungen in Moskau weisen darauf hin,dass Hitlerdeutschland,nachdem es sich bei dem japanisch-sowjetischen Konflikt davon ueberzeugt hat,dass gegenwaertig fuer laengere Zeit nicht damit zu rechnen ist,dass Japan einen deutschen Angriff auf die Sowjetunion unterstuetzen wuerde,jetzt versucht,die Sowjetunion zu neutralisieren,um die Haende gegen die CSR und gegen den Westen freizubekommen.Hitlerdeutschland fuerchtet einen abermaligen Zweifrontenkrieg.

Aehnliche Anfragen,wie in der SU,sollen von deutscher Seite in Jugoslawien und in Rumaenien erfolgt sein.

Militaerisch haelt Deutschland immer noch rund 1 1/2 Millionen Truppen mobilisiert.

Die militaerischen Vorbereitungen Hitlerdeutschlands werden unterstrichen durch die demonstrativen Besichtigungsreisen Hitlers und seiner Generale nach Kehl und Loerrach.

Die Henleinleute haben durch die Aufforderung ihrer Anhaenger zur"Selbstverteidigung" gegen angebliche "marxistische" Uebergriffe Vorbereitungen getroffen,um in jedem beliebigen Augenblick einen Aufstand im Sudetengebiet entfesseln zu koennen,der Hitlerdeutschland den Vorwand geben wuerde,seine Truppen einmarschieren zu lassen.

Die Nazipresse setzt ihre Hetzkampagne gegen die CSR unvermindert fort u.sucht England fuer die "Lokalisierung" seiner eventuellen militaerischen Aktion gegen die CSR zu gewinnen.

Die Gegenaktion wird von England gefuehrt:1)durch die Erklaerung Simons

dessen Kernpunkt die Wiederholung der englischen Stellungnahme vom 21. und 24. Mai ist; 2) durch einen diplomatischen Schritt des englischen Gesandten bei Hitler, der ihm begreiflich machen soll, dass er nicht mit einem "lokalen Krieg" gegen die CSR rechnen kann, sondern im Falle eines Angriffs auf die CSR mit einer mächtigen Koalition zu tun hätte, zu der auch England gehört; 3) durch die offizielle Zustimmung Englands zu dem letzten Angebot der Prager Regierung an die Henleinleute, das allem Anschein nach in der Gewährung der Autonomie im Rahmen einer neuzuschaffenden Kreiseinteilung der CSR besteht, wobei aber die Prager Regierung die Verfügung über Polizei und Militär in den eigenen Händen behält; 4) durch die Ankuendigung einer englischen Flottendemonstration.

Frankreich seinerseits demonstriert durch Manöver in Lothringen, die die Abwehr eines Ueberfalls gegen seine Ostgrenze behandelt.

Bei dem Vorgehen Englands handelt es sich vor allem darum, die CSR als strategisch wichtige Stellung der französisch-englischen Allianz auf dem Kontinent zu verteidigen.

Zu beachten ist auch das Auftreten der amerikanischen Aussenpolitik durch die letzten Erklärungen Roosevelts und Hulls, die Hitlerdeutschland begreiflich machen sollen, dass Amerika praktisch als Verbündeter des englischen Imperialismus auftritt und dass keineswegs auf seine Neutralität bei einem europäischen Konflikt zu rechnen ist.

Ist Hitlerdeutschland bereit, gegenwärtig um der CSR willen einen Krieg gegen eine starke europäisch-amerikanische Koalition auf sich zu nehmen? Schwerlich, denn es ist militärisch keineswegs bereit dazu, vor allem, weil es noch nicht über eine genügende Zahl ausgebildeter Reservisten verfügt und weil es wirtschaftlich und finanziell einem solchen Krieg nicht gewachsen wäre. Das Vorgehen Hitlerdeutschlands ist also ein grossangelegter Bluff mit dem Zweck, möglichst weitgehende Zugeständnisse in Bezug auf die CSR zu erpressen. Aber dieser Bluff ist erstens sehr kostspielig - die Mobilhaltung von 1 1/2 Millionen Truppen und die Befestigungsarbeiten kosten eine Menge Geld und stören die Wirtschaft in erheblichem Masse. Zweitens ist bei solchen Riesenbluffs immer das Risiko vorhanden, dass aus dem Bluff durch irgendwelche "Zwischenfalle" Ernst wird. Abermals nähert sich so Europa der unmittelbaren Kriegsgefahr.

Und abermals sehen wir, wie die internationale Arbeiterklasse als aktive, friedenserhaltende Kraft so gut wie ausgeschaltet ist, während es dringend notwendig wäre, die internationale Bourgeoisie darauf aufmerksam zu machen, dass die Arbeiterklasse gegenüber dem Verbrechen eines neuen Weltkrieges eine neue Welle der proletarischen Revolution zu entfesseln bereit ist, und dass sie dem Faschismus im eigenen Lande und ausserhalb als selbständige revolutionäre Kraft gegenübertritt.

Die revolutionären Kriegsgegner müssen sich in allen Ländern bereit machen, im kritischen Augenblick die breitesten Massen der Werktätigen gegen den imperialistischen Krieg zu mobilisieren.

Der Runciman-Plan: eine Zwischenloesung.  
=====

In der Tschechoslowakei treiben die Dinge unter dem Drucke der Ba=jonette Hitlers und der Buergerkriegsvorbereitungen der Henleinpartei zu einer raschen Entscheidung. Nachdem die bisherigen Verhandlungen zwischen der Prager-Regierung und der Sudetendeutschen Partei infolge der Unnachgiebigkeit Henleins im Sande verlaufen sind, will der englische Kolonialkommissar in der Tschechoslowakei, Lord Runciman, mit einem neuen Plan eine Zwischenloesung herbeifuehren. Dieser Plan fordert die weitgehendsten Zugestaendnisse der Prager Regierung an den Henleinfaschismus. Die Prager Regierung war bisher nur bereit eine Bezirks- und Laenderautonomie (auf der Grundlage der sogenannten historischen Laender: Boehmen, Maehren, Schlesien, Slowakka usw.) zuzugestehen. Es sollten ausserdem nationale Kurien im Rahmen der Provinzparlamente geschaffen und mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet werden.

Der neue Runcimanplan, dessen genauer Wortlaut noch nicht bekannt ist, soll sich weitgehend an die Kantonale Verfassung der Schweiz anlehnen. Die Tschechoslowakei soll nach diesem Plan in Kantone aufgeteilt werden. Im Gegensatz zur Schweiz, wo es z.T. gemischtsprachige Kantone gibt, soll der Aufbau der tschechoslowakischen Kantone nach sprachlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen. Das sudetendeutsche Gebiet soll in drei Kantone gegliedert werden und die dort ansaessigen Tschechen sollen eine eigene Vertretung (nationale Kurie) erhalten. Dieselbe kantonale Einteilung soll auch im tschechischen, slowakischen und ungarischen Gebiet der Tschechoslowakei erfolgen. Ein Teil der Staatsexekutive, Polizei und Gerichte, wuerden auf Grund dieses Planes ebenfalls "verkantonalisiert", d.h. praktisch Henlein ausgeliefert werden.

Unsere Brudersektion, die K.P. Tsch-Opposition, schreibt in ihrem Ascher Organ folgendes:

"Wie immer im einzelnen die Vorschlaege Runcimans sein werden, so fordert England von den Tschechen, die Bereitschaft zu Verhandlungen und zu Kompromissen bis zur aeussersten Grenze des Moeglichen. Aber auch das verbuendete Frankreich fordert entscheidende Reformen und das demokratische Buerkertum findet die Foerderung der SdP nach Umbau der CSR fuer ganz berechtigt. Immer wieder kommt das in der "Prager Presse" zum Ausdruck. Frankreich wird wahrscheinlich aus kapitalistisch-imperialistischen Gruenden die CSR nicht verlassen und England wohl mit Frankreich gehen; aber objektiv ist die Haltung der Westmaechte Schuetzenhilfe fuer Hitler und zeigt von neuem, wie wenig ihnen an der Demokratie fuer die Werktaetigen der CSR liegt. Man muss auch sehen, dass die Gewinnung neuer Positionen durch die SdP den Staat immer weiter unterhoeht und gegenueber Hitler entwaffnet, sodass unter Umstaenden Hitler eine bewaffnete Aktion zur Unterstuetzung der SdP umgehen koennen wird und damit das Eingreifen der Westmaechte verhindern kann."

Unser Ascher Organ beschaeftigt sich dann eingehend mit den Buergerkriegsruestungen der Henleinpartei und mit der reaktionaeeren Politik der Regierung Hodza, sowie mit den Plaenen nach einer tschechischen Militaer= diktatur. Tatsaechlich zeigt sich immer deutlicher eine Verlagerung des politischen Schwergewichts auf den Staatspraesidenten Dr. Benesch und auf die Armee. Andererseits sind aber auch im Regierungslager Tendenzen fuer sehr weitgehende Zugestaendnisse an Hitler und fuer eine Loeserung der aussenpolitischen Orientierung in der Richtung einer Neutralisierung der Tschechoslowakei auf der Grundlage einer Nichteinmischungspolitik vor=



handen. Zu der Rolle Runcimans schreibt unser Ascher Bruderorgan:

"Sagen wir den Henleinarbeitern, dass ihre Ausbeuter bei Runciman waren und Henleins Forderungen unterstuetzt haben, dass uns allen aber nichts davon bekannt ist, dass diese selben Industriellen irgendetwas fuer die Bessergestaltung ihrer "Volksgenossen Arbeiter" getan haetten. Sagen wir den Arbeitern und Arbeitslosen, dass Henlein nichts fuer sie tut, um ihnen in ihrer Heimat Arbeit zu verschaffen, sondern sie nur zum Schuetzengra= benaushoben und aehnlichen Sklavonarbeiten der Kriegsvorbereitung nach Deutschland schafft. Sollen sie die Parteigenossen Industriellen fragen, warum sie nicht die Arbeitszeit verkuerzen und Arbeitslose beschaeftigen

Sagen wir den SdP Kleinbauern, dass ihre Grossgrundbesitzer, Kinsky, Hohonlohe, Schwarzenberg usw. den Boden in Haenden halten, naech dem sie hungern dass diese grossen Parteigenossen zwar Henlein unterstuetzen und auf dem Lande jagen gehen, aber nichts tun und nichts tun werden, um den sude= tendutschen Bauern das zu geben, was sie brauchen: Land.

Sagen wir den Land- und Forstarbeitern, dass diese Parteigenossen Gross= grundbesitzer zwar Herrn Henlein in Waldjagdhaeusern angenehmen Urlaub bereiten, bei den diversen Aussprachen aber weder Henlein, noch die Gross= grundbesitzer daran denken, fuer die armen Land- und Forstarbeiter endlich auch einen bezahlten Urlaub zu gewaehren. Das Gesetz schliesst sie bisher immer noch aus.

Diese Fragen stellen wir den Henleinwerktaetigen. Wir muessen den Kampf organisieren um Lohn, Arbeit, Brot und Land, um das, was die Werktaetigen heute bewegt, mehr bewegt, als die Ernennung irgendeines SdP-Bonzen zum Staatsbeamten. Davon werden die Arbeiter nicht satt. In diesem Kampf wird sich sehr bald zeigen, dass auf der einen Seite stehen: der deutsche Indu= strielle Liebig und der tschechische Kapitalist Preis und Herr Henlein, auf der anderen Seite aber der deutsche Arbeiter aus dem Liebigbetrieb und der tschechische aus dem Konzern der Preis'schen Zivnobanka. Wenn die Kraefte sich so gruppieren, sind wir ueber den Ausgang des Kampfes nicht mehr in Zweifel. Die Herren Henlein, Preis und Liebig werden dann den Kuer= zeren ziehen und ihre Auftraggeber auf beiden Seiten werden ihre erste schwere Niederlage erleiden."

-----  
Zur Umbildung der Regierung Negrin

=====  
von Juan Calvet (Barcelona).

Die Umbildung der Regierung Negrin durch die Entfernung der katalanischen und baskischen Minister bedeutet eine neue Etappe in der politischen Entwicklung des republikanischen Spaniens. Die Regierungskrise vom 16. August kam nur fuer Uneingeweihte ueberraschend. In Wirklichkeit befindet sich die Regierung Negrin seit ihrer Bildung in einer staendigen Krise. Ihre erste Umbildung erfolgte zu dem Zwecke, der CNT die Rueckkehr zur Macht und folglich zur Uebernahme der Verantwortung, die sich daraus ergibt, zu ermoeeglichen. Die zweite haette - allen Voraussagen und Analysen gemaess= mit der verstaerkten Teilnahme der Republikaner an der Regierung und mit der Beschraenkung des Einflusses der Arbeiterorganisationen, selbst der= jenigen, die sich am meisten durch ihre Taetigkeit zugunsten der buerger= lich-demokratischen Stellungen ausgezeichnet hatten, enden muessen. Aber es ist nicht so gekommen. Und doch sind gerade die buergerlich-demokra= tischen Stellungen - vielleicht mit Ausnahme in der Frage der Fortfuehrung oder der Beendigung des Krieges - infolge der neuen Regierungsumbildung gestaerkt worden.

Seitdem sich die Zentralregierung in Katalonien niedergelassen hat, befin= det sie sich in staendigem Konflikt mit der Regierung der katalanischen

Generalitaet. Die jetzigen Streitpunkte waren die Militarisierung der Kriegsindustrie und der Haefen und die Aufhebung des Dekrets ueber die Kommunalisierung des Wohnungswesens in Katalonien. Durch die Militarisierung der Kriegsindustrie und der Haefen wurde sowohl jede Gewerkschaftskontrolle, als auch jede Kontrolle der autonomen Behoerden Kataloniens ueber diese aufgehoben und beide, Kriegsindustrie und Haefen, einzig und allein der Kontrolle der Militaerinstanzen unterstellt. Was das Dekret ueber die Kommunalisierung des Wohnungswesens betrifft, das sich in Katalonien in Kraft befindet, so steht es im flagrantem Widerspruch zu den 13 Punkten von Negrin, die die Basis seiner Regierung bilden. Wenn es nicht zum Weinen waere, so koennte man darueber lachen, dass es ausgerechnet eine kleinbuergerliche Partei wie die Esquerra (Katalanische Linke) war, die, unterstuetzt von der sehr reaktionaeren Accio Catala (Katalanische Aktion), als einzige diese revolutionaere Massnahme gegen die Politik der Liquidierung der revolutionaeren Errungenschaften, die die Regierung Negrin, mit ihrer "Arbeitermehrheit" gruendlich verwirklicht, verteidigt hat.

Nicht dass wir glaubten, dass die Esquerra das geringste Interesse daran haette, den staedttischen Besitz seinen fruheren Eigentuemern zurueckzugeben; aber es handelte sich bei dieser Gelegenheit fuer die nationalistischen Parteien darum, die autonomen Rechte Kataloniens zu verteidigen. Daraus erklaert sich die Untersuetzung, die sie in den ultrabuergerlichen nationalistischen baskischen Parteien und in der Person des Herrn Nicolan d'Oliver, des Praesidenten der Bank von Spanien, fanden.

Die CNT hat auf einer Konferenz ihres Nationalkomitees, die nach der Regierungskrise stattgefunden hat, erklaert, dass sie die neue Regierung unterstuetzt und dass ihre Politik weiterhin von den drei folgenden Hauptpunkten bestimmt werde:

- 1) Regierung der nationalen Einheit, die gewillt ist, den Kampf fortzufuehren, bis die Eindringlinge zurueckgeworfen sind;
- 2) Respektierung der regionalen Autonomien, die zusammen die nationale Einheit bilden, aber ohne dass darunter die kollektiven Interessen des Landes Schaden erleiden;
- 3) demokratische Regierungsfuehrung, die den besonderen Charakter der Parteien und der Organisationen respektiert, die antifaschistische Einheit verstaerkt und alle Energien, die wir besitzen ausnutzt.

In Katalonien herrschte eine aussorordentliche Bestuerzung ueber die Loesung der Krise. Man hat sie in den Kreisen der nationalistischen Republikaner als eine Herausforderung betrachtet. Nach Berichten aus Privatquellen, die aber zuverlaessig sind, fanden in Barcelona Demonstrationen gegen die Loesung der Regierungskrise statt. Um die Wiederholung dieser Demonstrationen zu verhindern, liess die Regierung die Stadt militaerisch besetzen. Als Gruende dafuer gab sie offizioes an, "dass die Republikaner einen Staatsstreich unternehmen wollten, um die Macht zu uebernehmen und einen Waffenstillstand zu schliessen."

Wir leugnen nicht, dass die Republikaner geneigt sind, einen Waffenstillstand zu schliessen, wie wir nicht daran zweifeln, dass die CNT und die sozialistische Fraktion, die von Negrin repraesentiert wird, in Uebereinstimmung mit den Stalinisten sich diesem Waffenstillstand widersetzen. Aber es ist auch nicht weniger sicher, dass das spanische Proletariat infolge der Politik der Liquidation der revolutionaeren Errungenschaften, die die Regierung Negrin durchfuehrt, bald nicht mehr weiss, was es im Buergerkrieg verteidigt. Und das ist der Weg, der unvermeidlich zur Katastrophe und Demoralisierung des Hinterlandes fuehrt.

Das Fehlen von revolutionaeren Zielen fuer die Arbeiterklasse hat nicht nur zum Resultat gehabt, dass in Francos Hinterland das Zersetzungselement allein durch die ultranationalistischen Phalangisten gebildet wird, sondern dass dadurch auch die Fortfuehrung des Krieges im republikanischen Gebiet gefaehrdet wird. Das ist das Ergebnis der Erpressungspolitik der Stalinisten, einer Politik, die zum Nutzen der internationalen Bourgeoisie durchgefuehrt worden ist, welche den Waffenstillstand erzwingen oder Spanien zur Basis der Kriegsoperationen machen wird, die in Vorbereitung sind.

Fuer die zahlreichen Gefaengenen der POUM wie fuer die Tausenden von Inhaftierten der CNT, die in den Regierungsfaengnissen sitzen, bedeutet das Kabinett Negrin eine grosse Gefahr.

Aus ganz verstaendlichen Gruenden bedeuteten die baskischen und katalanischen Nationalisten, die eine Opposition gegen den Stalinismus im Schoosse der Regierung darstellten, eine Garantie fuer die Gefaengenen, die wegen ihrer revolutionaeren Auffassungen von den Stalinisten verfolgt wurden.

Die neue Regierung ist durch einen Minister der PSUC verstaerkt worden, jener Partei, die am meisten an der Vernichtung der POUM interessiert ist.

Andererseits naehert sich der baskische Minister, der die kleine nationalis-tische Partei "Accion Nacionalista Vasca" vertritt, den Stalinisten, um sich fuer die Isolierung zu raechen, in der ihn die Nationalisten der Partei von Aguirre gehalten haben. Obwohl er nicht mit den Stalinisten in der Frage der Vernichtung der POUM-Militanten uebereinstimmt, wird er sich nichts-d.-weniger nicht ihrer Liquidierung waedersetzen aus Furcht, die Freundschaft der Stalinisten zu verlieren oder aus Schwaeche.

Selten, selbst in den tragischen Tagen der Ermordung von Nin und der Juli-verfolgungen von 1937 war das Leben der POUM-Genossen in solcher Gefahr wie jetzt nach der Neubildung der Regierung Negrin.

#### Der POUM-Prozess im Gange

Nach den letzten Nachrichten ist der POUM-Prozess bereits im Gange. An anderer Stelle dieser Nummer finden unsere Leser einen Artikel ueber die Um-bildung der Regierung Negrin, der erklaert, weshalb der Prozess jetzt durch-gefuehrt wird. Das Leben der POUM-Genossen ist in unmittelbarer Gefahr. Es gilt, den Protest zu organisieren. Das Buero der IVKO hat folgendes Te-telegramm an Negrin gerichtet:

"Wir protestieren energisch gegen den POUM-Prozess, der in der Art der Mor-kauer Justizkomoedien auf Grund von erlogenen Anklagen gefuehrt wird. Wir verlangen Rechtsgarantien fuer die Angeklagten. Wir verlangen die Befreiung der Militanten der POUM und der anderen antifaschistischen Organisa-tionen."

#### Wie der GPU-Ueberfall auf Gen. Lovestone organisiert wurde

Der Anwalt Maurice Sugar, der Rechtsbeistand der gemassregelten stalinis-tischen Fraktionsmacher im Ver. Autoarbeiterverband, welcher sich zuerst ge-ruehmt hatte, im Besitz der "Originale" und der photographischen Wiedergaben der gestohlenen Dokumente zu sein, leugnet jetzt jede Kenntnis der Dokumen-te, die von ihm in der Kampagne gegen die Ver. Automobilarbeiter benutzt wurden. Die New Yorker Staatsanwaltschaftsbehoerde kennt den Namen des "Fueh-rers" der GPU-Einbruchskolonie und ist auch im Besitze von Informationen, die direkt zum Sekretariat der KP als der fuer den Diebstahl verantwort-lichen Agentur fuehren. Die Beweise mehren sich ausserdem, dass der ur-spruengliche Plan des Sekretariats der KP und des betreffenden GPU-Agenten



darin bestand, nicht nur die Dokumente zu stehlen, sondern auch ein Attentat auf Lovestone zu begehen.

Eine bekannte Detektivagentur (die von den Gewerkschaften wegen ihrer Tätigkeit im Dienste des Unternehmertums in den Bann getan ist) war seit Monaten von der KP und GPU engagiert worden, um die notwendigen Vorbereitungen fuer den Einbruchsdiebstahl (Beobachtung, Beschaffung von Informationen, Mieten von Wohnungen) in die Wege zu leiten.

Direkt verantwortlich fuer den Einbruch sind hervorragende Fuehrer der Kommunistischen Partei, die auf Grund von Instruktionen der GPU arbeiten, welche eine "besondere" Kolonne fuer "besondere" Zwecke in der KP gebildet hat.

Daladier hat seine Drohungen wahr gemacht.

Die vergangene Woche hat in vollem Umfange unsere Feststellungen ueber die Haltung der fuehrenden Arbeiterorganisationen zum Daladier'schen Angriff auf die 40-Stundenwoche bestaetigt. Die Verhandlungen im Nationalkomitee der Volksfront und in der Linksdelegation, die angeblich zum Zwecke der Abwehr des Daladierschen Anschlags auf die 40-Stundenwoche auf Antrag der SFIO und KPF erfolgten, vollzogen sich in der Weise, dass die Vertreter der Arbeiterorganisationen auf die von den Radikalen verteidigten Positionen Daladiers uebergingen, die eine formelle Aufrechterhaltung des Gesetzes vorsehen, tatsaechlich aber seine Durchloecherung bedeuten, indem die 40-Stundenwoche mehr und mehr zur Ausnahme gemacht werden wird. Die Linksdelegation erklaerte unter der Fuehrung von Vicent Auriol und mit Zustimmung der Vertreter der KPF, dass sie nach den Erklaerungen Daladiers mit Befriedigung feststellen koenne, dass es zwischen ihr und dem Ministerpraesidenten keinen Gegensatz in der Frage der Erhaltung der parlamentarischen Mehrheit der Volksfront und in der Verteidigung der sozialen Reformen gebe. Die Linksdelegation stellte gleichfalls fest, dass es zwischen ihr und dem Ministerpraesidenten keine Meinungsverschiedenheit ueber die Notwendigkeit der Erhoehung der Produktion im Interesse der Sicherheit und der nationalen Wirtschaft gibt und geben konnte. Wenn die Radikalen der Erklaerung der Mehrheit der Linksdelegation nicht in vollem Umfange zustimmten, so deshalb, weil sie im Hinblick auf die Haltung der Arbeiterorganisationen auf jede, auch nur scheinbare Konzession, verzichten konnten. Dies bezog sich vor allem auf den Absatz der Erklaerung der Linksdelegation, wonach die notwendigen Aenderungen der Arbeitszeit auf dem Wege der Zusammenarbeit mit den interessierten Organisationen erfolgen sollten.

Es war vorauszusehen, dass Daladier und die Regierung nach dieser schmachlichen Haltung der Arbeiterorganisationen - selbst die Forderung auf Einberufung des Parlaments wurde fallengelassen und damit Daladier der Notverordnungsweg fuer die weitere Durchloecherung der 40-Stundenwoche freigegeben - den angekuendigten Angriff auf die 40-Stundenwoche in vollem Umfange durchfuehren wuerden.

Das vorliegende Dekret und das angekuendigte Gesetz ueber die Reduzierung der in den Kollektivvertraegen fixierten Ueberstundenzuschlaege bestaetigen das nur. Daladier hat in seiner Radiorede erklaert:

"Solange die internationale Lage so delikatae bleibt, ist es notwendig, dass man mehr als 40 Stunden und bis zu 48 Stunden in den fuer die Landesverteidigung taetigen Betrieben arbeiten kann. Es handelt sich keineswegs darum, das Gesetz der Vierzigstundenwoche abzuschaffen, sondern um allen Unternehmungen, die es koennen, zu erlauben, mehr zu arbeiten. Die Ueberstunden wuerden nicht mehr zu einem frahbitiven Satz, sondern nach einem veraeuftigen Aufschlag bezahlt werden, der gewiss nach der Art der Industrie aendern koennte, der aber im Durchschnitt 10% nicht uebersteigen duerfe."

Nach dem von der Regierung verabschiedeten Dekret kann sie fuer alle Unter-

nehmungen, die Auftraege fuer die Nationalverteidigung, die Sicherheit und die oeffentlichen Dienste ausfuehren, Ueberstunden in unbegrenzter Anzahl einfuehren. Der zustaeendige Minister stellt die Notwendigkeit der Abweichungen vom Gesetz fest und der Arbeitsminister bestimmt ihre Grenzen. Dies geschieht ohne "ueberfluessige Formalitaeten und ohne nichtendende Debatten", wie es Daladier in seiner Rundfunkrede angekuendigt hatte, d.h. die Gewerkschaften werden nicht einmal konsultiert. Die Regierung erklaeert, dass sie die ihr durch das Dekret gegebenen Rechte mit Nachdruck voll ausnutzen werde.

Fuer die uebrigen Betriebe kann die Arbeitszeit um 100 Stunden im Jahr mehr verlaengert werden, d.h. die 44-Stundenwoche eingefuehrt werden. Die Frage der Ueberstundenzuschlaege wird durch ein besonderes Gesetz geregelt, das von der Regierung dem Parlament unterbreitet werden wird.

Daladier hat also in vollem Umfange seine Drohungen wahr gemacht und die Arbeiterorganisationen haben dabei Hilfsdienste geleistet. Die Arbeiter duerfen nicht mit dieser kalten Abwuegung der 40-Stundenwoche sich abfinden. Sie muessen in ihren Gewerkschaften die Durchfuehrung des Generalstreiks zur Zurueckweisung dieses Schlags gegen die bedeutendste Errungenschaft des Juni 1936 fordern. Sie muessen von SFI\* und KPF den sofortigen Zusammentritt des Parlaments fordern, dort die Annullierung des Dekrets beantragen. Zur Unterstuetzung dieser Aktion muessen im ganzen Lande die Massen auf die Strasse gefuehrt werden. Die CGT muss zur gleichen Zeit einen Betriebsdelegiertenkongress einberufen, der ueber alle weiteren Kampfmassnahmen zu beschliessen haette.

Wird der Schlag Daladiers ohne Gegenaktion bleiben, dann werden die Unternehmerangriffe, die bereits jetzt ueberall auf der Tagesordnung stehen, sich zu einem Generalangriff auf die letzten Errungenschaften des Juni 1936 auswachsen.

Die PSOP und der Angriff auf die Vierzigstundenwoche.

=====

Im "Juni 36" v. 26. August nimmt die Leitung der Sozialistischen Arbeiter- und Bauernpartei zu dem Regierungsangriff auf die 40-Stundenwoche und den dringendsten Aufgaben der Arbeiterklasse Stellung. In der Erklaerung der PSOP heisst es u.a.:

"Dieser Angriff (auf die 40-Stundenwoche) war vorauszusehen; er ist die Folge der fortlaufenden Kapitulationen, die seit dem Juni 1936 die Bewegung der Volksmassen gegen das kapitalistische Regime in eine ungeheuerliche Koalition der Arbeiterfuehrer zur Verteidigung der Interessen des englisch-franzoesischen Imperialismus umwandelte. Es sind die Fuehrer der Volksfront selbst, die dem Unternehmertum und Herrn Daladier die Phraseologie vom "sozialen Frieden", von der "nationalen Disziplin", von der "Einheit der Franzosen" geliefert haben... Durch die direkte Aktion der Massen sind im Juni 36 die sozialen Gesetze errungen worden. Durch die Klassenzusammenarbeit und durch das blinde Vertrauen in die parlamentarischen Methoden sind sie mehr und mehr gefaehrdet worden. Die Arbeiter aller Berufszweige muessen daher die Methoden, die sie in die Niederlage fuehren, verurteilen... Anstatt sich in Einzelkaempfen schlagen zu lassen, muessen sie ihre Kraefte zusammenfassen und durch einen Warnungsgeneralstreik zum Gegenangriff uebergehen. Aber die Verteidigung der Errungenschaften des Juni 36 genuegt nicht. Wenn der brutale Angriff Daladiers am entschlossenen Gegenstoss - an dem die PSOP mit allen ihren Kraeften teilnimmt - scheitert, wird es andere und hinterhaeltigere Versuche von anderen heuchlerischen Regierungsformationen geben, die versuchen werden, die Arbeiter vollstaendig in die 'Union nationale'... einzubeziehen. Man muss daher zur Offensive uebergehen... indem man die Klassenaktion auf folgende Punkte ausrichtet: gleitende Lohnskala, Arbeiter- und Bauernkontrolle, Auf-

hebung des Geschaeftageheimnisses fuer die grossen Unternehmen, Begrenzung und nachfolgende Aufhebung der enormen Profite der Trusts..."

In einem weiteren Artikel heisst es ueber die Fuhrer der SFIO, KPF und CGT:

"Nicht in der parlamentarischen Arena wird die 40-Stundenwoche verteidigt, sondern in den Fabriken und auf der Strasse. Man muss in der kuerzesten Frist vor der Kammer -sobald der Tag ihres Zusammentritts bekannt ist eine grosse Massendemonstration durchfuehren. Man muss von den Fuhrern der CGT verlangen, dass sie in der kuerzesten Frist einen allgemeinen Warnungsstreik beschliessen. Man muss in den Gewerkschaftssektionen der Betriebe, den Lokalkomitees und den Ortskartellen fordern, dass sich die Arbeiter auf diesen Generalstreik vorbereiten..."

"Nach der 'Pause' von Blum folgt der Angriff Daladiers gegen die 40-Stundenwoche. Angesichts der Gefahr gibt es nur eine Antwort: Einen neuen Juni 36! Manifestiert auf der Strasse; beschliesst in euren Syndikaten den Warnungsstreik".

### Daladier und seine Lohnpolitik.

=====

Die Rede Daladiers gegen die 40-Stundenwoche war zugleich ein Aufruf zur Senkung des Lebensstandards der Arbeiter. Seine kuehne Behauptung, dass die Revenuen der Kapitalisten und das Nationaleinkommen gegenueber der Vorkriegszeit eine Senkung erfahren haben, waehrend die Lohneinkommen ihren Vorkriegswert behalten haetten, war nichts als die Aufforderung zu einer Attacke auf den Lohnstandard der Arbeiter.

Die staatliche Schlichtungspraxis der letzten Zeit und das Vorgehen der Unternehmer zeigen, dass die Rede von Daladier bereits die Grundlage der Lohnpolitik ist. Die kuehnen Hoffnungen, die von den CGT-Fuehrern an die angeblich gesetzliche Verankerung der gleitenden Lohnskala im Gesetz ueber Schieds- und Schlichtungsverfahren geknuepft wurden, werden taeglich nachdruecklicher widerlegt.

Registrieren wir einige Tatsachen.

Den revii lierten Schiedsspruch im Lyoner Baugewerbe haben wir bereits als ein bezeichnendes Symptom der staatlichen Lohnpolitik vermerkt. Nachdem den Arbeitern 12% Lohnerhoehung zugestanden war und 300 Unternehmer diesen Zuschlag bewilligt hatten, kommt der staatliche Schlichter und zieht ihnen 5% ab.

In der Textilindustrie Nord, wo eine Forderung von 15% gestellt war, um die Loehe in Uebereinstimmung mit der erfolgten Steigerung der Lebenshaltungskosten zu bringen, bewilligte der Schiedsrichter 3% Lohnerhoehung, nachdem der voraufgegangene Schiedsspruch nur die Haelfte der Arbeiterforderung bewilligte.

Im Pariser Baugewerbe hat der bestellte Oberschiedsrichter die Forderung der Bauarbeiter auf Lohnanpassung ganz einfach in Bausch und Bogen als unberechtigt abgelehnt.

Im Marseiller Hafen hat man den Arbeitern zwar eine fiktive Lohnerhoehung von 5.60 Frs. fuer den Tag zugestanden. Aber das verordnete Reglement, das die Schichtarbeit als normale Arbeitszeit einfuehrt, fuehrt dazu, dass die Docker rund 57 Frs. in der Woche weniger verdienen als vorher. So sieht hier die Anpassung der Loehe an die Teuerung aus. Und wenn die Docker nicht parieren, will H. de Monzie den Hafen requirieren, d.h. ihn militarisieren.

Die Tendenz der staatlichen Lohnpolitik und der Marchandau'schen Finanzkunst aeusserst sich auch in einer Entscheidung des Landwirtschaftsministers, der anordnet, dass die dem Personal des Kanals von Saint-Martory durch den Generalrat bewilligte Lohnerhoehung aufgehoben und die Loehe um 25% reduziert werden.



Bei den Bergarbeitern, wo die Unternehmer eine aehnliche Taktik verfolgten, wie sie sie im Marseiller Hafen mit Unterstuetzung der Regierung anwandten - mit der einen Hand zu nehmen, was man mit der anderen gegeben hat - haben jetzt die Bergarbeiter sich in der Urabstimmung fuer die Fortsetzung der Verhandlungen ausgesprochen, aber fuer den Fall des Scheiterns den Streik bereits sanktioniert.

Die Arbeiter muessen sehen, dass der Auftrieb der Kapitalsoffensive das Resultat der Veraenderung des Kraefteverhaeltnisses zwischen Lohnarbeit und Kapital ist, infolge der Volksfrontpolitik, die die Massenaktion aus ihren Dispositionen ausschaltete. Die Folgerungen daraus sind zwingend und eindeutig.

#### Sowjetunion:

Massenliquidierung der neuen stalinistischen Garnitur.

Aus einer statistischen Zusammenstellung, die der Moskauer Korrespondent der "Frankfurter Zeitung" in dieser Blatte veroeffentlicht und die sich auf die Angaben der Sowjetpresse stuetzt, geht hervor, dass die seit Herbst vorigen oder Anfang dieses Jahres neuingesetzte stalinistische Garnitur von leitenden Sowjet- und Parteifunktionaeren zum grossen Teil bereits wieder liquidiert worden ist.

Unter den Liquidierten befinden sich zwei Mitglieder des Politbueros, Kossior und Tschubar, die Armee- und Flottenfuehrer, Jegorow und Viktorow, der Volkskommissar fuer die Flotte Smirnow usw. Von den hoeheren Offizieren, vom Brigadekommandeur aufwaerts, sind 4/5 abgesetzt oder versetzt worden. In der Marine ist etwa die Haelfte der Kommandeure abgesetzt. In Moskau-Stadt wurden 1.441 Parteifunktionaere abgesetzt, das sind 35%. In Lenin-grad 60%. In der Ukraine sind von 15.861 Parteifunktionaeren nur 7.367 im Amt geblieben. Von den Sekretaeeren der Partei der elf Bundesrepubliken, die im Januar vorhanden waren, sind nur vier geblieben. Der Gewerkschaftsapparat ist zu 95% seiner Funktionaere ausgewechselt worden. Von den Volkskommissaren der Sowjetunion sind ausser Tschubar und Kossior sechs weitere Volkskommissare erledigt worden. (Eisenbahnen, Wassertransport, Marine, Getreidebeschaffung, Maschinenindustrie, Nahrungsmittelindustrie). Dazu sind 15 stellvertretende Leiter der Volkskommissariate liquidiert worden.

Im Laufe der letzten 8 Monate ist in den Bundesrepubliken fast die ganze Garnitur wieder ausgewechselt worden, die im vorigen Sommer oder Herbst eingesetzt worden war. Seit Januar 1938 sind von 150 Volkskommissaren der Bundesrepubliken 101 abgesetzt worden, nicht gerechnet die Versetzungen.

Der Korrespondent des "Temps" berichtet von der Reinigung der Offiziere der Kriegsmarine. Es habe dort eine "junge Schule" gegeben, die sich gegen den Bau von Linienschiffen wandte. Sie sind zu Volksfeinden erklart worden. "Die glorreichen Beamten des Kommissariats des Innern haben diesem Reptil den Kopf abgeschnitten." So woertlich zu lesen in offiziellem Organ der Kriegsmarine "Die Rote Flotte". Der Berichterstatter, der keineswegs sowjetfeindlich ist, bemerkt dazu, in allen Kriegsmarinen gabe es natuerlicherweise Diskussionen gegeben, beim Aufkommen des Unterseebootes, der Torpedos, und zuletzt des Bombenflugzeugs. Es ist klar, dass solche Dshingiskankmethoden den Geist der Initiative und der Kritik in den fuehrenden Kreisen der Roten Armee und der Roten Flotte voellig ertoeten muessen. Es ist aber auch andererseits klar, dass ohne den Geist der Initiative und der Kritik im Offizierskorps, keine Armee oder Flotte auf der Hoehe bleiben kann. General Baratier erwaeht im "Temps", dass die massenhafte Liquidierung von Offizieren dazu gefuehrt hat, dass in der aktiven Armee ein Mangel an Offizieren besteht.

Verantwortlich f. d. Inhalt: E. Hirtzel, Strasbourg.

Erscheint  
wöchentlich

Einzelexemplar 0,75 Frs.  
Monatlich 2.50 Frs.  
Ausland 3.50 Frs.

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 36/V. Jahrgang

Zweite Septemberwoche 1938

## Die internationale Krise

Wenige Monate nach den Tagen des 21. und 22. Mai befindet sich die Welt wieder in einem Zustand akuter, unmittelbarer Kriegsgefahr. Die heutige Krise ist ernsthafter und tiefergehend als die der letzten Maiwoche. Das zeigt schon der Umfang der unmittelbaren Kriegsvorbereitungen, die heute in einer Reihe von Ländern getroffen worden sind. Hitlerdeutschland trifft seit Wochen umfassende Mobilisierungsmassnahmen. Frankreich hat eine Teilmobilisierung zur Auffüllung der Grenzbefestigungen vorgenommen. Die englische Heeresflotte ist an der Ostküste Schottlands zusammengezogen worden, das heisst in demselben Gebiet, wo sie während des letzten Krieges lag und von wo aus sie die Blockade Deutschlands durchführte. Man darf sich nicht durch das Gerücht täuschen lassen, dass das alles Manöver und keine Mobilisierungsmassnahmen seien. 1914 hiess es, dass die Mobilisierung nicht der Krieg sei, heute sagt man statt dessen: Manöver sind keine Mobilisierung, auch wenn sie ihr noch so ähnlich sehen. Parallel zu dem Umsichgreifen der Vorkehrungen für den Kriegsfall beobachten wir, wie die imperialistische Diplomatie immer mehr in eine Sackgasse gerät. Es wird für sie immer schwieriger, die imperialistischen Gegensätze durch faule Kompromisse zu überbrücken, und ihre Kompromissvorschläge sind ihrerseits immer mehr von einer Art, dass sie nur Öl in das Feuer der Kriegsgefahr gossen.

Auch wenn es der Diplomatie der imperialistischen Mächte jetzt noch in letzter Stunde gelingt, irgendein oberfaules Kompromiss zwischen den faschistischen und den demokratischen Imperialisten zustandezubringen, so würde das nur bedeuten, dass der Ausbruch eines neuen Weltkrieges lediglich für eine verhältnismässig kurze Zeit aufgeschoben worden ist. Wie die jetzige Krise auf die der letzten Maiwoche gefolgt ist, so würde in diesem Falle binnen nicht allzu langer Zeit nach der heutigen Spannung eine neue eintreten. Nicht nur würde die Tatsache, dass - wie das in dem letzten Vorschlag der tschechischen Regierung vorgesehen ist, - die Henleinschen Nazis freie Bahn für ihre Gleichschaltungsexperimente an der Bevölkerung der deutschsprachigen Gebiete der Tschechoslowakei erhalten, Hitlerdeutschland zu neuen Vorstössen ermutigen; je schwieriger und unsolider die Versuche der bürgerlichen Regierungen werden, die imperialistischen Gegensätze zu leimen, desto mehr werden in allen kapitalistischen Ländern die Kräfte, die auf die Entfesselung eines imperialistischen Krieges hinarbeiten, die Oberhand gewinnen. Ein Zustand, da in allen kapitalistischen Ländern die Wirtschaft und das gesamte gesellschaftliche Leben immer mehr in den Dienst der Kriegsvorbereitung gestellt wird, da alle paar Monate hier und da mobil gemacht wird - ein solcher Zustand kann nicht allzu lange dauern, ohne dass der Schrecken ohne Ende durch das Ende mit Schrecken abgelöst wird, ohne dass der Krieg ausbricht.

Für den revolutionären Marxisten ist die heutige Lage nur eine Bestätigung dessen, dass der Niedergang des Kapitalismus mit eherner Gesetzmässigkeit weitergeht, dass der niedergehende Kapitalismus zu nichts anderem mehr



fähig ist, als dazu, die Menschheit immer tiefer in die Barbarei zurückzuwerfen. Die kapitalistische Staatskunst hat der Menschheit nichts mehr zu bieten als die Aussicht auf einen neuen imperialistischen Weltkrieg, der im Vergleich zu dem Krieg von 1914-18 sich beinahe idyllisch ausnehmen würde. Die faschistischen Diktatoren machen keinen Hehl daraus, dass sie den Krieg wollen. Aber auch die demokratischen imperialistischen Regierungen fassen da ihre Versuche sich mit den faschistischen Imperialisten auf Kosten der werktätigen Massen der verschiedenen Länder zu verstaendigen, von Tag zu Tag aussichtsloser werden, immer mehr dem Krieg als das einzige Mittel ins Auge, um ihren Machtbereich zu behaupten.

Dass heute der imperialistische Krieg in wachsender Masse als eine unabwendbare Tatsache betrachtet wird, das liegt daran, dass jeder selbständige proletarische Widerstand gegen den imperialistischen Krieg seit Jahr und Tag von der II. Internationale und von der KJ abgetoetet worden ist. Dabei ist es z. B. klar, dass die vereinzelt spontanen Kundgebungen und Meutereien deutscher Arbeiter gegen die Mobilmachungsmaßnahmen der Hitlerregierung, die aus Deutschland gemeldet werden, weit mehr Aussicht hätten, sich zu entfalten, wenn in den demokratischen kapitalistischen Ländern irgendeine ernste Massenbewegung gegen den imperialistischen Krieg vorhanden wäre. Die II. Internationale und die KJ haben es mit Vorbedacht zu verhindern versucht, dass die Arbeiterklasse den einzigen Weg beschreitet, der wirklich zur Erhaltung des Friedens führt, nämlich den Weg der selbständigen Klassenaktion, des revolutionären Kampfes für die Beseitigung des kapitalistischen Systems, das die Ursache der imperialistischen Kriege ist. Die Reformisten und die Stalinisten haben der Arbeiterklasse eingeredet, der Friede könne dadurch erhalten werden, dass man sich mit der Bourgeoisie der "friedliebenden" demokratischen imperialistischen Länder verbündet. Heute stehen die Führer der Reformisten und der Stalinisten als entlarvte Schwindler da. Die Politik der "friedliebenden" Imperialisten hat in folgende Alternative ausgemündet: entweder Konzessionen an Hitler, die die werktätigen Massen der Tschechoslowakei, Deutschlands und der anderen Länder bezahlen müssen oder aber einen Weltkrieg zur Behauptung des imperialistischen Machtbereichs der französischen, britischen, tschechischen Bourgeoisie gegen die Eroberungsabsichten der deutschen Nazidiktatur.

Dass es den demokratischen Imperialisten dabei am wenigsten um die Verteidigung irgendwelcher Volksfreiheiten und demokratischen Prinzipien geht, zeigt am deutlichsten das letzte nach den Anweisungen Englands und unter Zustimmung Frankreichs zustandegekommene Angebot der tschechoslowakischen Regierung an Henlein und Hitler.

Die tschechische Bourgeoisie ist bereit, den Henleinnazis die Bevölkerung der deutschsprachigen Gebiete der Tschechoslowakei auszuliefern, damit sie nach Belieben gleichschalten, niedertrampeln und foltern können. Als Gegenleistung verlangt die tschechische Bourgeoisie von Henlein die Anerkennung ihrer militärischen Oberhoheit. Der tschechischen Bourgeoisie geht es also nicht um die Wahrung der Rechte der Volksmassen der Tschechoslowakei gegen den Faschismus, sondern lediglich darum, ihre imperialistischen Privilegien in diesem Staate möglichst zu erhalten, und zwar auch durch eine kaltblütige Unterwerfung der Werktätigen unter eine faschistische Unterdrückung, -es ist dabei klar, dass die Stärkung des Henleinfaschismus ein entsprechendes Anwachsen der faschistischen Tendenzen im Lager der tschechischen Bourgeoisie zur Folge haben würde. Worum es dem britischen und dem französischen Imperialismus geht, ist auch nicht schwer zu erraten. Dass diese Mächte sich in ihrer Politik keineswegs von antifaschistischen Gedankengängen leiten lassen, hat ihre Haltung gegenüber Spanien zur Genüge gezeigt. Ihr Interesse an der Tschechoslowakei ist vor allem das Interesse an dem Kanonenfutter, das dieses Land liefern kann, um den Kolonialbesitz und sonstigen imperialistischen Machtbereich Frankreichs und Englands gegen die Eroberungsabsichten Hitlers und Mussolinis verteidigen zu helfen.

(Fortsetzung auf Seite 3)



Die ILP und die Kriegsgefahr.  
=====

Trotz der sozialpatriotischen und sozialchauvinistischen Haltung der II. Internationale und der KJ regen sich in verschiedenen Laendern die Kraefte die vom internationalistischen Standpunkt gegen den imperialistischen Krieg Stellung nehmen: So bringt das ILP-Organ, der "New Leader", folgenden Artikel zur gegenwaertigen Kriegsgefahr:

"Wir bitten unsere Leser, einen Augenblick zu ueberlegen, was ein Weltkrieg (denn ein Krieg, in den Grossbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien und Russland verwickelt waeren, wuerde unvermeidlich dazu werden) bedeuten wuerde.

Millionen verstuemmet, Millionen tot. Hunger fuer Millionen. Staedte zerstuert. Weite Landstrecken verodet. Unterdrueckung und Militaerherrschaft ueberall. Die ganze Welt in Terror lebend...

Es gibt Leute, die sagen, dass es keine Alternative gebe, wenn Hitler in die Tschechoslowakei einmarschieren wuerde. Aehnliche Stimmen aeusserten 1914, dass es keine Alternative gebe, wenn der Kaiser in Belgien einmarschiere.

Aber die Wahrheit ist, dass die Freiheit der Tschechen ebenso wenig ein Ziel des Krieges von 1933 sein wuerde wie es die Freiheit der Belgier 1914 war.

Genau so wie die kapitalistisch-imperialistischen Rivalitaeten zwischen Grossbritannien und Deutschland die Ursache des Krieges von 1914 waren, so wuerden sie die Ursache des Krieges von 1938 sein. Hitler kuenmert sich nicht mehr um das Wohlergehen der Sudetendeutschen als die Chamberlainregierung um das Wohlergehen der Tschechen. Hitler moechte sich einen Weg durch die Tschechoslowakei zu den oekonomischen Reichtuemern der Balkanlaender und des Nahen Osten bahnen. Die Chamberlainregierung moechte die Kontrolle ueber diese Reichtuemer fuer den britischen Imperialismus wahren und ausdehnen.

Wir erklaren entschieden, dass die britischen Arbeiter in einem solchen Kriege nicht fuer die Interessen der Demokratie gegen den Faschismus, sondern fuer die Interessen des britischen Kapitalismus gegen die des deutschen Kapitalismus geopfert wuerden.

Wir hassen den deutschen Faschismus, aber wir schliessen unsere Augen nicht gegenueber der Tatsache, dass es im britischen Imperium eine Unterdrueckung und ein Elend gibt, die genau so gross wie die Tyrannei und die Ausbeutung in Deutschland sind. Wir sind nicht gewillt, selbst einen Krieg des britischen Imperialismus gegen den deutschen Faschismus zu unterstuetzen.

Unsere erste Pflicht in diesen kritischen Tagen ist, die Einstellung des britischen Arbeiter gegen den Krieg zum Ausdruck zu bringen. Lasst Euch nicht durch das Argument, dass das ganze deutsche Volk fuer den Krieg sei, irrefuehren. Das stimmt nicht. Die bezeichnendsten Berichte, die aus Deutschland selbst waehrend der kuerzlichen Mobilisierung gelangten, waren jene, die ueber Opposition und Widerstand berichteten. Die Radioberichte am Dienstag sprachen von "Wirtschaftskaempfen" in Deutschland.

Denkt an Wien mit seinen 40.000 Sozialisten. Sie wuerden im Kriege nicht stumm und untuetig sein.

Die Weigerung, die Nationale Regierung im Kriege zu unterstuetzen, heisst nicht, dass die Arbeiterklasse nicht gegen den Faschismus kaempfen muss. Wir haben wiederholt einen Appel an die britischen Arbeiter gerichtet, der internationalen Arbeiterbewegung voranzugehen und Italien, Deutschland und Japan Kriegsmaterial zu verweigern, solange sie ihre Angriffs- und Unterdrueckungspolitik fortsetzen.

Aber Aktionen der Arbeiterklasse gegen die auswärtige faschistische Diktatur bedeuten nicht, dass wir uns selber mit der imperialistischen Diktatur bei uns identifizieren.

Unser Hauptfeind steht im eigenen Lande - die britische Kapitalistenklasse und ihre Nationale Regierung, die die britischen Arbeiter der Armut und die Kolonialarbeiter der Unterdrückung und dem Hungertod a usliefert.

Im Frieden wie im Krieg ist unsere erste Pflicht, den Klassenkampf gegen den Kapitalismus, der die Ursache von Faschismus, Imperialismus und Krieg ist, verwaerts zu treiben.

Lasst machtvoll, alles uebertoenend den Ruf erschallen: "K e i n K r i e g !

Wenn, trotz uns, die kapitalistischen Regierungen den Krieg entfesseln, so seien wir entschlossen, ihn zu beenden, indem wir mit den kapitalistischen Regierungen und dem kapitalistischen System hinter ihnen Schluss machen, das fuer das groesste Verbrechen in der Geschichte der Menschheit verantwortlich sein wuerde. "

-----  
Zum Konflikt im amerikanischen Autoarbeiterverband  
=====

Die Versuche der Stalinisten, die wichtigste amerikanische Gewerkschaft, den Verband der Vereinigten Autoarbeiter (U.A.W.), unter ihre Herrschaft zu bringen, haben einen erbitterten Kampf bei den UAW ausgeloeset und rohen, auch das Komitee fuer industrielle Organisation (CJO) in eine schwere Krise zu stuerzen.

Die wegen ihrer gewerkschaftsfeindlichen Unterminierungs- und Intrigenpolitik aus den U.A.W. ausgeschlossenen vier stalinistischen Funktionaere versuchen jetzt krampfhaft, die U.A.W. zu spalten und einen eigenen Automobilarbeiterverband auf die Beine zu stellen. Aber die grosse Mehrheit der Autoarbeiter hat ihnen unmissverstaendlich die kalte Schulter gezeigt. Die erste Konferenz, die die Spalter nach ihrem Ausschluss einberufen hatten, war, verglichen mit ihren marktschreierischen Ankuendigungen, ein glatter Misserfolg. Von den 600 lokalen Verbandsvorsitzenden der U.A.W., nahmen nur 35 an der Konferenz in Toledo teil. Zur selben Zeit tagten Konferenzen der UAW des Staates Michigan und des Staates Ohio, die von 500 bezw. 191 Verbandsdelegierten besucht waren. Waehrend auf diesen beiden letzteren Konferenzen darueber beraten wurde, wie die Konjunkturbesserung in der Autoindustrie fuer eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Autoarbeiter und eine Staerkung der U.A.W. ausgenutzt werden koennte, fasste die Spalterkonferenz in Toledo einen Beschluesse, die die Zerstoerung der U.A.W. bezwecken. So wurde eine Resolution angenommen, die die lokalen Verbaende auffordert, die Verbandsbeitraege nicht mehr an die Leitung der U.A.W., sondern an das C.J.O. abzuliefern. Es wurde ausserdem ein Organisationskomitee gewaehlt. Das alles zeigt, dass die Stalinisten auf die Gruendung einer eigenen Autoarbeitergewerkschaft hinsteuern

Die Krise bei den U.A.W. hat sich durch die Haltung, die der Vorsitzende des C.J.O., John Lewis, in dem Konflikt zwischen den Stalinisten und der Fuehrung der U.A.W. eingenommen hat, beträchtlich verschaeerft. Unter dem Einfluss einer Clique von stalinistischen Speichelleckern hat sich Lewis auf die Seite der aus den U.A.W. ausgeschlossenen Stalinisten gestellt. Er hat einen sog. "Friedensverschlagn" gemacht, dessen Kernstueck die Forderung ist, dass die Ausgeschlossenen wieder in ihre Funktionen eingesetzt und die Streitfragen dem CJO zur Entscheidung ueberwiesen werden sollten. Diesen "Friedensverschlagn" schickte Lewis ueber den Kopf des Verbandsvorsitzenden Homer Martin und der Verbandsleitung an die lokalen Verbandsorganisationen. Homer Martin erklaerte als Antwort auf diesen Schritt von Lewis, dass er nicht gewillt sei die U.A.W. John Lewis auszuliefern, dass er den "Friedensverschlagn" als eine

offene Kriegserklärung von Lewis betrachte und dass angesichts des autonomen und demokratischen Charakters der U.A.W. die Intervention von Lewis verfehlt und sogar gefährlich sei. Homer Martin schlug Lewis vor, dass er eine ausserordentliche Verbandskonferenz einberufen werde, die ueber die Streitfragen entscheiden solle. Aber Lewis lehnte diesen Vorschlag ab, wohl wissend, dass er mit samt seinen stalinistischen Freunden dort eine Niederlage erleiden wuerde.

Das Eingreifen von Lewis, das die Spalter in den U.A.W. ermutigt, hat einen Sturm der Entrüstung in den Reihen der Autoarbeiter hervorgerufen. Das zeigte sich auf einer Konferenz der U.A.W. des Staates Wisconsin, die unmittelbar nach der Intervention von Lewis stattfand. 400 Delegierte, die 70 Lokalorganisationen vertraten, lehnten den Lewisschen "Friedensvorschlag" ab, sprachen Praesident Martin ihr Vertrauen aus, forderten die Verbandsleitung auf, die Zahlung von Beiträgen an das CJO wegen der Haltung von Lewis einzustellen und ruegten Lewis wegen seiner Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Verbandes in Zusammenarbeit mit der diskreditierten Clique der stalinistischen Spalter. Die Konferenz wies vor allem darauf hin, dass die U.A.W. ein autonomer Verband seien und dass Lewis' Vorgehen eine krasse Verletzung der autonomen Verbandsrechte darstelle.

Das Organ unserer amerikanischen Bruderorganisation, "Workers Age" (3. Sept.), schreibt dazu:

"In den Augen der Gewerkschaftsfuehrer ist der Kampf, der jetzt gefuehrt wird, von historischer Bedeutung, da er einen entscheidenden Einfluss auf die Art der Organisation, die die amerikanische Gewerkschaftsbewegung schliesslich haben wird, ausueben wird. Die UAW wuenschen eine Gewerkschaftsbewegung, die auf dem festen Grund demokratischer Methoden unter Ablehnung diktatorischen Gebahrens und auf gewerkschaftlicher Autonomie der Verbaende unter Ablehnung von Einmischungen und Eingriffen in die internen Angelegenheiten der angeschlossenen Verbaende aufgebaut ist."

#### Die Kriegsvorbereitungen in Nazideutschland

Die forcierten Kriegsvorbereitungen der Nazis stossen auf eine Reihe oekonomischer und politischer Schwierigkeiten. Da ist zunaechst das Problem, woher die fuer die Befestigungsarbeiten notwendigen Arbeiter zu nehmen. Das Reservoir an Arbeitslosen ist fast erschoept. Dieser Zustand ist die Folge der fieberhaften Steigerung der Produktion fuer den Kriegsbedarf, und welche Industrien arbeiten heute nicht fuer den Krieg? Zu dem Mangel an Facharbeitern, unter dem die Wirtschaft schon seit Monaten schwer leidet, ist der Mangel an Arbeitskraefte ueberhaupt hinzugekommen. Ende Juli wies die amtliche Statistik nach 218 000 Arbeitslose aus. Mit den 76 000 im oesterreichischen Gebiet sind es 294 Tausend. Von den Arbeitslosen des alten Reichsgebiets sind jedoch nur 9% "voll einsatz- und ausgleichsaehig" fuer die Produktion. Die Zahl der arbeitslosen Facharbeiter betraegt gar nur 8%. Die amtliche Statistik fuehrt infolgedessen eine Reihe von Mangelberufen auf, darunter: Metallarbeiter, Mauerer, Zimmerer, Landarbeiter und Bergarbeiter. Zu dieser schon sehr gespannten Lage des Arbeitsmarktes kommt jetzt noch die Surplusarbeit fuer die Befestigungen an den Grenzen. Die Nachrichten aus dem Reichs, die uns vorliegen, weisen darauf hin, dass unter diesen Umstaenden grosse Teile von Belegschaften auch selbst aus kriegswirtschaftlichen Betrieben von ihren gewohnten Arbeitsplaetzen, auf denen sie gebraucht werden, herausgerissen, und fuer die Grenzbefestigung abkommandiert wuerden. Diese einschneidende Massnahme hat in den davon betroffenen Betrieben den Arbeitsgang erheblich gestoert. Aus Schlesien und Sueddeutschland wird auch von ziemlich heftigen



Auseinandersetzungen zwischen Militaerverwaltung auf deren Befehl hin die Abkommandierung erfolgt, und Unternehmern berichtet. Die Einfuehrung der Goeringschen Zwangsarbeitsdienstpflicht hat diesem Zustande nun den Charakter der Deportation von Sklaven verliehen. Wie diese Fronarbeit vor sich geht, davon geben folgende Nachrichten ein anschauliches Bild. Aus saemtlichen Betrieben sueddeutscher- und ostpreussischer Bezirke sind die gelernten Maurer zu Befestigungsarbeiten abberufen worden. Aus Berlin mindestens 12 000, aus Mannheim 5 000. Infolgedessen ruht ein Teil des privaten Wohnungsbaues. Die grossen Werke der Metallindustrie in Mannheim und die Werke der JG-Farben in Oppau und Ludwigshafen wurden durch die Militaerbehoerden verpflichtet, zehn und mehr Prozent ihrer Belegschaft herzugeben. Im Ruhr- und Saargebiet sind 10 - 15% der Belegschaften fuer den Befestigungsbau reklamiert worden. Den Berichten zufolge wird die "Schanzarmee" allein fuer den westlichen Befestigungsquertel auf eine viertel Million geschaezt.

Die Linie der Befestigungsanlagen zieht sich durch die Haelfte Westdeutschlands, ueber Kuestenstreifen an der Nord- und Ostsee, Teile Ostpreussens, bis zu einzelnen Gebieten an der tschechoslowakischen Grenze. Alle 200 Meter, heisst es in einem Bericht aus dem Westen, kann man eine Baustelle beobachten auf der 60 bis 80 Mann taetig sind. Nach dem Erlass von Ende Juli sind diese zu befestigenden Landstriche zu Sperrgebieten erklart worden. Das heisst dorten existiert der regelrechte Kriegszustand. Die Arbeiten werden von Offizieren kontrolliert und militaerisch bewacht. Die Arbeiter werden vereidigt. Was alles ueber vollzogenen Todesurteile erzaehlt wird, laesst sich nicht kontrollieren. Dass das Spitzelwesen dort zuhause ist, versteht sich am Rande. 10 bis 15 stuendige Arbeitszeit, mitunter Nacharbeit; Lohn, Behandlung, Verpflegung ist schlecht. Trotz der strengen Massnahmen kommt es oft zu Schlaegereien und Meutereien unter diesen modernen Sklaven, die aus Verzweiflung trinken.

Hand in Hand mit diesen direkten Kriegsmassnahmen am aeusseren Guertel Deutschlands und in demselben fieberhaften Eifer gehen die Vorbereitungen im Innern vor sich. Eine besondere Intensitaet wird jetzt fuer den deutschen Luftschutz unter der Bevoelkerung entfaltet. Man haelt die Bombardierungen aus der Luft wie in Spanien, die als schrecklich empfunden werden, in Deutschland nicht fuer moeglich. Viele Berichte melden, dass die Flugplatzanlagen reorganisiert worden sind. Die Ruestungsproduktion hat viele neue Betriebe, die frueher fuer das Verkehrswesen arbeiteten (Lokomotivbau etc) in ihren Bereich gezogen. Die oesterreichische Schwerindustrie ist umgehend fuer den Kriegsbedarf umgestellt worden. Die Bereitstellung von Pferden, Motoren, Autos fuer den Transport von Befestigungsarbeitern und Kriegsgeraet ist heute allgemein durchgesetzt. Wie im vergangenen Kriege etwa von 1916 an, werden heute die Frauen in Umschulungskursen fuer die Ruestungsindustrie angelert. Nach den eingelaufenen Meldungen gibt es besonders in der Metallindustrie viele Frauen, die direkt an den Maschinen arbeiten.

Eines der ernstesten Probleme fuer die deutsche Bourgeoisie und den Hitlerfaschismus ist das moralische Kriegspotential. Wie ist es damit beschaffen?

Die Haltung gewisser fuehrenden Schichten der Nazis geht aus einem Bericht aus Muenchen hervor, den die "Deutschland - Berichte" der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Nr. 7, 1938) veroeffentlichen. Nach der tschechischen Mobilisierung sei in den Unterhaltungen zwischen hoeheren Parteifunktionaeren eine sehr unsichere Stimmung zum Ausdruck gekommen. "Man zeigte sich ueber das Ausmass der tschechischen Abwehrvorbereitungen hoechst ueberrascht. Dass sich England auf die Seite der Gegnerfront stellt, wollte dort zunaechst niemand glauben. Ein bekannter Parteifunktionaer meinte: Wenn England in einem Kriege auf der anderen Seite steht, sind wir verloren." Von einer gewissen Kriegsfurcht unter den Nazifunktionaeren wird allenthalben berichtet.

Im gleichen Bericht sind auch einige Angaben ueber die "sehr pessimistische" Stimmung in militaerischen Kreisen angefuehrt. Ein hoher Offizier der Muenchener Garnison aeusserte sich wie folgt ueber die bevorstehende Entwicklung: "Die Tschechoslowakei koenne mindestens drei Monate allein Widerstand leisten. Das genuege um die anderen in den Krieg hineinzuziehen. Die deutsche Armee sei zwar besser vorbereitet und werde zu Anfang des Krieges grosse Erfolge haben. Aber wenn Deutschland siegen wolle, muesse der Krieg sehr kurz sein." Aehnliche Auffassungen - faehrt der Bericht fort - sind allgemein unter Offizieren zu finden. Die Tatsache der tschechischen Mobilisierung hat sehr ernuechternd gewirkt.

Die Geschaeftsleute und Industriellen rechnen allgemein mit einem nahe bevorstehenden Krieg. Sie stehen unter dem Eindruck der Massnahmen zur Kontrolle der vorhandenen Bestaende und der Aufkaeuferoeffentlicher Stellen, wobei ohne Reklamationen die hoechsten Preise bezahlt werden,

Die Stimmung unter den Soldaten hat sich verschlechtert. Aus Suedwestdeutschland wird berichtet, dass die Soldaten, die vor einem halben Jahr noch laenger dienen wollten, sagen: "Ich mache keinen Tag laenger." Es seien durchwegs gute Soldaten, wird erkluert, die beim Militaer gut angeschrieben sind, die sich so aeussern. "Vor einem Jahr hatte das Militaer noch einen solchen Andrang von Bewerbern fuer die laengere Dienstzeit, dass man den Bewerbern noch ein Probejahr auferlegen musste. Heute muss die Armee die Leute sich schon suchen". Ueurch die Einberufung immer neuer Jahrgaenge veraendert sich der Grundcharakter und die Zuverlaessigkeit des Heeres. Besonders die zur Nachausbildung Einberufenen - heisst es im Bericht aus Bayern -, die aus Betrieben kommen, bringen starke kritische Stimmungen mit. Aber auch die jungen aktiven Jahrgaenge, die vom Arbeitsdienst kommen, zeigen keine besondere Begeisterung mehr. Bei den Soldaten der Muenchener Luftabwehr, die jetzt zu einem achtwoechigen Uebungsgang eingezogen sind, herrscht allgemeine Unlust, die auf fortgesetzte Ueberanstrengung zurueckzufuehren ist. Bis zu 18 Stunden Dienst, unter Einsatz aller Kraefte, wird verlangt. Die Bestrafungen haeuften sich. In eine Kompanie haben in einer Woche 17 Soldaten Strafen erhalten. Sehr charakteristisch sind die Verhaeltnisse in der Unteroffiziersschule Eiche-Potsdam. Aus einem dortigen Bericht entnehmen wir: Die Atmosphaere der Schule ist flau, es wird viel genoergelt und Disziplinaruntersuchungen sind an der Tagesordnung. Im ersten Halbjahr 1938 hatte die Schule nicht weniger als 17 Selbstmorde und 14 Deserteure zu verzeichnen. Soldaten aus dem Standortkommando Berlin berichten, dass jetzt Mitte Juni bei den allwoechentlichen Kompaniebefehlen Warnungen verlesen werden, die die Soldaten ermahnen, beim Besuch von Berliner Gastlokalen recht vorsichtig in der Unterhaltung mit Fremden Personen zu sein. Aus allen Teilen des Reiches wird ueber "maue Stimmung" berichtet. Eine regelrechte Kriegsbegeisterung herrsche dagegen bei einem Teile der Marine, bei der Bemannung der kleinen Schiffseinheiten (U - Boote etc). Diese Mannschaften setzen sich vielfach aus jungen Abenteurern zusammen. "Auf den grossen Kaesten trifft man meist Gleichgueltigkeit gegenueber dem Krieg an."

Im alten Oesterreichischen Gebiet kommen jetzt, nachdem der nationale Taumel sich verfluechtet, viele Soldaten in engere Beruehrung mit Wiener Arbeitern. Es sind uns Faelle mitgeteilt worden, heisst es im Bericht aus Wien, wo deutsche Soldaten sich als Hitlergegner entpupen. Den wiener Garnisonen wurden reichsdeutsche Offiziere zur Umschulung zugeteilt. In diesen Garnisonen war der Ton und die Methode der deutschen Offiziere bisher unbekannt. Infolgedessen nimmt der Hass gegen die Deutschen zu, besonders da viele beliebte oesterreichische Offiziere den Dienst quittieren mussten. Unter den Soldaten gaebe es keine zehn Prozent Nazis.

Ueber die Stimmung in den Arbeiterkreisen werden wir in einem naechsten Artikel berichten.

Die internationale Krise

=====  
(Fortsetzung von Seite 2)

Die Presse der SFIC und der KPF liefert in diesen Tagen das widerliche Bild eines Wettbewerbs in schmutzigen und schamlosen Sozialchauvinismus. Léon Blum fuehlt sich schon ganz in der Haut des kuenftigen Ministers einer Kriegsregierung der "union sacrée". Seine Artikel verfolgen den Zweck der Arbeiterklasse zu suggerieren, sie koenne von sich aus, als Klasse nichts gegen den Krieg tun, haetten doch bereits "unsere" Regierung und das britische Kabinett der Herren Chamberlain und Halifax bereits alles getan, was nur moeglich sei. Die Artikel der "Humanité" vollends erwecken den Eindruck, als koennten ihre Verfasser kaum den Tag des Kriegsausbruchs abwarten.

Dabei ist es heute schon klar, dass die imperialistische Bourgeoisie der demokratischen Laender im Falle eines Krieges alle Rechte und Errungenschaften der Arbeiter aufheben wird, die diese ihr im harten Kampf abgetrotzt haben. Im Namen der "nationalen Verteidigung", der Kriegsvorbereitung, greift Daladier die 40-Stundenwoche an. Auf Grund des Gesetzes zur Organisation der Nation im Kriegsfall wird der Hafen von Marseille "requisiert", d.h. die Hafendarbeiter werden unter Kriegsrecht gestellt. Der Hauptfeind der demokratischen Rechte der franzoesischen Arbeiterklasse ist die eigene, die franzoesische Bourgeoisie.

Damit die Arbeiterklasse imstande sein soll, einen wirklichen Freiheitskrieg gegen den Faschismus zu fuehren, muss sie die Herrschaft ihrer eigenen Bourgeoisie stuerzen, muss sie ihre eigene Klassenherrschaft aufrichten. Und nur indem sie als selbstaendige revolutionaere Kraft auftritt, wird die Arbeiterklasse imstande sein die S U W I R K S A M gegen deren imperialistische Feinde zu verteidigen.

Es ist notwendig, heute alle Kraefte, insbesondere innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen, zu machtvollen Kundgebungen gegen den imperialistischen Krieg, zur Verteidigung der Arbeiterrechte, die im Namen der Kriegsvorbereitung angegriffen werden, zu mobilisieren.

-----  
Die Fuehrer des Bergarbeiterverbandes leisten Daladier Hilfs-  
=====  
dienste

Die Bergarbeiter fordern seit Monaten eine Anpassung ihrer Loehne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten. Die Verhandlungen zogen sich in die Laenge, da die Unternehmer den Forderungen der Bergarbeiter Widerstand entgegensetzten und die Erhoehung der Loehne <sup>von</sup> einer faktischen Durchbrechung der 40-Stundenwoche abhaengig machten.

Die Bergarbeiter hatten infolge des Matignonabkommens eine durchschnittliche Erhoehung ihrer Loehne um 12% erhalten. Seit dieser Zeit haben die Bergarbeiter Lohnerhoehungen von rund 28% erhalten, waehrend die Lebenshaltungskosten, selbst nach den offiziellen Berechnungen, eine Erhoehung von 40% erfuehren. Da die Loehne in der Periode von 1931-1932 um rund 15% herabgesetzt worden waren, war die materielle Lage der Bergarbeiter infolger der Preiserhoehungen, die als Folge der Frankenabwertungen eintraten, die gleiche wie zur Zeit der Deflationsperiode. Aus dieser Lage entstand die Forderung auf Wiederherstellung der Kaufkraft der Loehne. Diese Forderung wurde auf dem Nationalkongress von Alés erhoben und vom Nationalrat der Bergarbeiterfoederation, der im Mai in Metz tagte, erneut bestaetigt.

Die Verhandlungsergebnisse brachten keine Befriedigung der Bergarbeiter-



forderungen. Die Vertreter der Bergarbeiter erklärten sich in den Verhandlungen bereit bis zum 1.3.1939 elf Ueberschichten zu verfahren. Diese Mehrarbeitszeit sollte unter angeblicher Ausgleicherhaltung des 40-Stundengesetzes erfolgen, indem die im Gesetz vorgesehenen Ueberschichten von 1938 zusammengezogen und bis zum 1.3.1939 ausgeführt werden sollten.

Die Regierung erklärte sich bereit Massnahmen zu treffen, um die Einführung von Kurzarbeit durch bevorzugten Bezug französischer Kohle zu verbinden.

Bisher hatten die Vertreter der Bergarbeiter die Verbesserung des Werkzeugs und die Errichtung neuer Kohlengruben als Massnahmen zum Zwecke der Erhöhung der Kohlenförderung vorgeschlagen.

Es liegt klar zutage, dass die Zusammenziehung der Ueberschichten von 1938 und 1939 und ihre Ausführung bis zum 31. März 1939 faktisch auf die Durchbrechung des 40-Stundengesetzes hinausläuft und der Unternehmerförderung auf Einführung der 42 Stundenwoche Rechnung trägt.

Die Verhandlungen scheiterten nicht an der Frage der Arbeitszeit, sondern an der Lohnfrage, da die Unternehmer nur eine faktische Lohnerhöhung von 1% zugestehen wollten, während die Verhandlungsvertreter der Bergarbeiter 5% als das unerlässliche Minimum betrachteten.

+

Angesichts dieser Lage hat die Bergarbeiterförderung eine Urabstimmung unter den Mitgliedern über folgende drei Fragen durchgeführt:

1. Soll die Förderung die Verhandlungen fortführen?
2. Soll die Förderung die Forderungen einem Schiedsgericht unterbreiten?
3. Soll sie den allgemeinen Streik anordnen?

Die grosse Mehrheit entschied sich für die Fortsetzung der Verhandlungen, forderte aber deren befriedigenden Abschluss unter Wahrung des 40 Stundengesetzes bis zum 15. September. Falls zu dem angesagten Termin kein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt würde, sollte der Streik proklamiert werden.

Die erneut aufgenommenen Verhandlungen haben jetzt zu folgendem Ergebnis geführt; die Bergarbeiter führen bis zum 1. März 1939 elf Ueberschichten aus. Die Löhne werden um 4% erhöht und der 25prozentige Zuschlag auf die Ueberstunden wird auf die Gesamtheit der Arbeitstage verteilt, was 2% Erhöhung des täglichen Arbeitslohnes ausmacht. Diese Regelung ist ein glatter Schlag gegen das bisher gewährte Prinzip der Ueberstundenzuschläge und bedeutet die Umwandlung der Ueberstunden in reguläre Arbeitszeit, also die Durchbrechung des Prinzips der 40-Stundenwoche mit Zustimmung der Gewerkschaft.

"Wenn für die Ueberstunden kein Zuschlag bezahlt wird, rücken sie in den Rahmen der notwendigen Arbeitsstunden. Damit wird die normale Arbeitszeit abgeändert. Das Gesetz der Vierzigstundenwoche ist aufgehoben"

so schrieb noch vor wenigen Tagen der ehemalige Arbeitsminister Albert Bérol. Damit ist zugleich die Haltung gekennzeichnet, die die Leitung der Bergarbeiterförderung mit der Unterschrift unter dieses Abkommen eingenommen hat.

Die Mehrheit des Foederal=Buero der Bergarbeiterfoederation hat jetzt eine Erklaerung veroeffentlicht, in der sie sagt, dass sie zum 8. September einen ausserordentlichen Kongress einberufe, auf dem zu den Angriffen Stellung genommen werden soll, die von den Organen der KPF gegen die Unabhaengigkeit der Gewerkschaftsbewegung gerichtet wurden. Diese Angriffe sind im Zusammenhang mit dem von der Foederationsleitung getroffenen Abkommen erhoben worden.

In der "Humanité" hatte z.B. der Generalsekretaer der Bergarbeiter von Anzin, die inzwischen den Abschluss verworfen haben, die Forderung gestellt, den Mitgliedern erneut Gelegenheit zu geben, zu dem vereinbarten Abkommen Stellung zu nehmen. Nach den Ausfuehrungen von Lemoine war der Sinn des letzten Referendums, dass die Bergarbeiter ihre Forderungen bewilligt haben wollen ohne am Vierzigstundengesetz zu ruehren.

Die Mehrheit des Foederal=Buero sieht darin ein von der kommunistischen Parteifuehrung befohlenes Manoever, um die Geschaefte der Kommunistischen Partei im Bergarbeiterverband zu foerdern, der unter nichtstalinistischer Fuehrung steht.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass es sich bei der Kampagne der KPF gegen den Abschluss der Lohnbewegung der Bergarbeiter durch die Foederationsleitung des Bergarbeiterverbandes (in der sich auch Kléber Legay befindet, gegen den die KP-Fuehrung seit seinem Russlandbericht eine heftige Kampagne fuehrt) um nichts als ein Manoever handelt. Dies geht schon daraus hervor, dass der Metallarbeiterverband, der unter KP-Fuehrung steht, bei der letzten Bewegung der Metallarbeiter der Pariser Region einen Vertrag abgeschlossen hat, der sich im Wesentlichen auf der gleichen Linie bewegt wie der der Bergarbeiterfoederation. So wie der Fluegel der CGT um Belin damals die Minderheit in der Fuehrung des Metallarbeiterverbandes unterstuetzte und in einem Flugblatt an die Metallarbeiter, die mit dem Abschluss und der Fuehrung der Bewegung Unzufriedenen fuer ihre spezielle Politik zu sammeln suchte, so macht es jetzt die KP in der Bergarbeiterbewegung. Der Ruf der KP nach dem Mitbestimmungsrecht der Mitglieder wird leider nur dort erhoben, wo die KP in der Minderheit ist. Dort wo die KP die Gewerkschaften beherrscht, vergisst sie diese Forderungen und drosselt die innere Demokratie in einem Masse ab, das weit ueber das der Reformisten hinausgeht.

Es handelt sich fuer beide Teile nicht um die wirklichen Interessen der Mitglieder, sondern um einen Konkurrenzkampf in der Beherrschung der Gewerkschaften, um sie in den Dienst einer Politik zu stellen, die in beiden Facien nicht von den grundlegenden Interessen der Arbeiter bestimmt ist. Im konkreten Falle muessen die Bergarbeiter fordern, dass den Mitgliedern des Verbandes die Gelegenheit gegeben wird ihre Meinung zum Vertragsabschluss zu sagen. Sie muessen das getroffene Abkommen verwerfen, weil es dem Daladierschen Feldzug gegen die 40-Stundenwoche einen entscheidenden Sieg eintraegt. Die revolutionaeren Gewerkschafter in den von der KP beherrschten Gewerkschaften aber muessen die Verwirklichung der Forderungen auf breiteste Gewerkschaftsdemokratie und breitestes Mitbestimmungsrecht, was jetzt die KP-Presse fuer die Bergarbeiter fordert, den Fuehrern ihrer eigenen Gewerkschaften als elementarste Voraussetzung fuer ihre Ausdehnung auf alle Foederationen der CGT stellen.

-----  
Genossen, sendet bitte den faelligen Beitrag fuer die "ARBEITERPOLITIK" ein!

=====  
Verantwortlich fuer den Inhalt: Emil Hirtzol.

Erscheint  
wöchentlich

Einzel exemplar 0.75 Frs.  
Monatlich 3.50 Frs.  
Ausland 3.50 Frs.

# ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 37/V, Jahrgang

Dritte Septemberwoche 1938

## Zur internationalen Lage

Kaum vier Monate nach den Tagen des 21. und 22. Mai steht Europa von neuem vor der Gefahr eines Weltkrieges. Selbst wenn die kapitalistische Diplomatie noch zu einem Kompromiss zwischen den "demokratischen" und den faschistischen Imperialisten kommt, einem Kompromiss, das auf Kosten der Freiheiten der Volksmassen abgeschlossen werden würde, wäre die Kriegsgefahr nur fuer einen kurzen Zeitraum gebannt.

Die zunehmende Militarisierung der Wirtschaft und des gesamten gesellschaftlichen Lebens, die Mobilmachungsmassnahmen, die in verschiedenen Laendern getroffen worden sind, - alles das schafft in der kapitalistischen Welt eine Lage, die nicht lange dauern kann, ohne den Krieg hervorzurufen.

Die gegenwaertige Situation zeigt, dass alle kapitalistischen Regierungen, die "demokratischen" wie die faschistischen den Weg zum Kriege einschlagen als dem einzigen Mittel, die kapitalistische Herrschaft aufrechtzuerhalten und die imperialistischen Ansprueche und Einfluesse der verschiedenen nationalen Bourgeoisien zu verteidigen. Das ist ein neuer Beweis fuer den Bankrott des niedergehenden Kapitalismus.

Das ist auch ein Beweis fuer den Bankrott derjenigen, die wie die Zweite Internationale behauptet haben, es sei moeglich den Frieden dadurch zu retten, dass man den "demokratischen" Imperialisten vertraut, statt den revolutionaeren Kampf der Werktuetigen gegen das kapitalistische System zu organisieren, das die Quelle der imperialistischen Kriege darstellt.

Der tragischste Zug der gegenwaertigen Situation besteht darin, dass nicht nur die Zweite Internationale den Verrat von 1914 wiederholt, sondern dass die Kommunistische Internationale, die geschaffen wurde, um den imperialistischen Krieg zu bekaempfen, jetzt den schamlosesten Sozialchauvinismus vertritt. Die Volksfrontpolitik hat zur voelligen Unterwerfung des Proletariats unter die imperialistische Bourgeoisie und zur Vorbereitung des Bodens fuer den Burgfrieden, den der "demokratische" Imperialismus braucht, um den Krieg fuehren zu koennen, gefuehrt.

Der Krieg, der uns bedroht, wird seitens der faschistischen Diktaturen ein Raubkrieg, ein Krieg fuer imperialistische Eroberungen sein, aber er wird auch seitens der "demokratischen" imperialistischen Staaten keineswegs ein Freiheitskrieg sein. Der tschechische Kapitalismus hat die Werktuetigen des tschechoslowakischen Staates ohne Unterschied ihrer Nationalitaet unterdrueckt und war in seinen Verhandlungen mit Henlein bereit, die sudetendeutschen Werktuetigen zu opfern, um seine eigenen Interessen zu wahren. Wie koennte man ihm vertrauen, dass er fuer die Freiheit kaempft?

Der britische und der franzoesische Imperialismus, die nichts getan haben, um dem republikanischen Spanien zu helfen, werden keineswegs die Prinzipien



der Demokratie verteidigen.

Es gibt heute ein Land in Europa, wo das Volk fuer seine Freiheit kaempft, das ist Spanien. Ein europaeischer Krieg wuerde Spanien sofort in ein Schlachtfeld der grossen imperialistischen Maelchte verwandeln und zur vollkommnen Zerstoeerung dessen fuehren, was noch von den revolutionaeren Errungenschaften des 19. Juli 1936 uebrig geblieben ist. Die erste Sorge der "demokratischen" Imperialisten, die sich als Beschuetzer des republikanischen Spaniens ausgeben werden, wird es sein, die revolutionaere Vorhut der spanischen Werktaetigen zu massakrieren.

Die Pflicht aller Revolutionaere ist es gegenwaertig, alle ihre Anstrengungen aufzubieten, um eine neue imperialistische Schlaechterei zu verhindern.

In den faschistischen Laendern ist es notwendig, den Hass der Massen gegen die faschistische Unterdrueckung auszunutzen, um die Grundlagen fuer eine bewusste Aktion gegen die krieglerische Politik Hitlers und Mussolinis zu schaffen.

In den "demokratischen" Laendern muessen die Revolutionaere alle Moeglichkeiten ausnutzen, die ihnen noch zur Verfuegung stehen, um den Widerstand gegen den imperialistischen Krieg, insbesondere in den gewerkschaftlichen Organisationen, zu organisieren. In den "demokratischen" Laendern wie Frankreich und England ist es notwendig, oeffentliche Kundgebungen gegen den imperialistischen Krieg, gegen den Burgfrieden, fuer die Verteidigung der durch die Kriegsvorbereitungen bedrohten Arbeiterrechte zu organisieren.

Wenn der Krieg ausbricht, wird das Proletariat ihn zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft, zur Eroberung der Macht durch die Werktaetigen ausnutzen muessen.

Nur eine revolutionaere Regierung der Werktaetigen wird imstande sein, wenn es notwendig ist, einen wahrhaft antifaschistischen, wirklichen Freiheitskrieg zu fuehren.

Das internationale Proletariat wir die Kolonialvoelker unterstuetzen muessen, um ihnen zu helfen, die durch den Krieg hervorgerufene Krise fuer ihre Befreiung vom imperialistischen Joch auszunutzen. Das ist in den letzten zwei Jahren bestaetigt worden durch die Unterdrueckungspolitik der britischen imperialistischen Regierung in Indien, Palaestina, Afrika und Westindien und durch die Politik, die die franzoesische imperialistische Regierung in Algerien, Marokko, Tunis und in Madagaskar trotz dem Bestehen von Volksfrontministerien betrieben hat.

Die Verteidigung der Errungenschaften der proletarischen Revolution, die in der SU erhalten sind, gegen jede Bedrohung durch den Imperialismus ist eine Pflicht des internationalen Proletariats.

Um diese Pflicht zu erfuellen, muss das Proletariat seinen Klassenkampf in den kapitalistischen Laendern fuehren und gleichzeitig die revolutionaeren Kraefte unterstuetzen, die in der SU gegen den Stalinismus kaempfen.

Das sind die Aufgaben der internationalen Arbeiterklasse.

Es ist notwendig, gegen die Welle des Chauvinismus die Ideen der internationalen proletarischen Solidaritaet, der Solidaritaet zwischen den Werktaetigen aller Laender, der "demokratischen" wie der faschistischen zu verteidigen!

Gemeinsam muessen wir zur Eroberung der Macht durch die Werktaetigen und zur Errichtung der internationalen sozialistischen Gesellschaft marschieren!

Das Internationale Buero fuer Revolutionaere  
Sozialistische Einheit (Londoner Buero)  
Die Internationale Vereinigung der kommunistischen  
Opposition (IVKO).

Hitlers Alarmsignal  
=====

Die Ereignisse zeigen, dass diejenigen sich getäuscht haben, die von der letzten Rede Hitlers in Nuernberg eine Pause in der Entwicklung der tschechoslowakischen Krise erwartet haben. Die Rede Hitlers war ein Sturm-signal. Die Henleinleute haben auf diese Rede hin den systematischen Angriff im Sudetengebiet unternommen; Angriffe auf die tschechischen Amtsgebäude, die Gendarmerien, die Gebäude der Arbeiterorganisationen usw. An verschiedenen Orten wurden die tschechischen Beamten vertrieben. Auf den Rathäusern wurden vielfach die Hakenkreuzfahnen gehisst.

Die Nuernberger Rede Hitlers war auf folgende Taktik angelegt:

- 1) weitere Aufrechterhaltung der allgemeinen Kriegsdrohung (Ankündigung, dass Deutschland nicht mehr wie am 21. Mai zurückweichen werde). Die Fortdauer der Kriegsdrohung wurde weiter unterstrichen durch die Behauptungen, dass Deutschland militärisch und wirtschaftlich völlig kampfbereit sei, dass es keine Blockade zu fürchten habe, da es für Jahre hinaus mit Rohstoffen und Lebensmitteln versorgt sei und dass die Westgrenze bereits durch die neuen Befestigungen gegen Frankreich gesichert sei.

Diese Behauptungen sind auch nach innen gerichtet. Sie weisen daraufhin, dass in der breiten Masse der deutschen Bevölkerung - mit gutem Grunde - der Krieg und der Hunger als seine Folge gefürchtet wird. Was die Behauptungen selbst anbelangt, so sind es handgreifliche Lügen.

- 2) Versuch Hitlers, auf den Friedenstillen der französischen und englischen Bevölkerung zu wirken durch die abermalige Versicherung, dass Hitlerdeutschland endgültig auf Elsass-Lothringen verzichtet habe und keinen Wettlauf oder Kampf mit der englischen Flotte beabsichtige.
- 3) Einstellung auf den Aufstand im Sudetengebiet. Zusage deutscher Hilfe für die Förderung des "Selbstbestimmungsrechts" der Sudetendeutschen, d. h. des Plebiszits und des Anschlusses, sowie der Neutralisierung der Tschechoslowakei.

Da auf die Rede Hitlers die Aufstandsaktionen der Henleinleute prompt gefolgt sind, kann man Sicherheit annehmen, dass die Rede Hitlers das vereinbarte Signal für diese Aktionen war, die von langer Hand von hitlerdeutscher Seite vorbereitet worden sind durch das Schmuggeln von Waffen in das Sudetengebiet, durch Hineinschmuggeln von SA- und SS-Leuten, Gestapo usw.

Auf die Aufstandsaktionen hin hat die Prager Regierung in einer Reihe von Bezirken des Sudetengebiets den Belagerungszustand verhängt. Die Henleinleute haben daraufhin im Laufe des Dienstagmittags ein Ultimatum an die Prager Regierung gerichtet, das die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes, die Zurücknahme der tschechischen Gendarmerie, das Nichteingreifen des tschechischen Militärs und die Übergabe der öffentlichen Gewalt an die Henleinleute forderte. Wenn die Henleinleute diese ihre Forderungen durchsetzen würden, so hätten sie bereits das Entscheidende gewonnen, nämlich die tatsächliche Gewalt im Sudetengebiet.

Das von Hitlerdeutschland eingeschlagene Verfahren erinnert an das österreichische Beispiel. Hitler hat davon abgesehen, unmittelbar und offen zum Angriff auf die Tschechoslowakei zu schreiten, dafür hat er den indirekten Weg eingeschlagen, dass er die Henleinleute Aufstandsaktionen machen lässt, in der Erwartung, dass die Prager Regierung sich gegen diese Aktionen wendet, dass die Henleinleute dann Hitlerdeutschland um Hilfe anrufen und dass Hitlerdeutschland den "armen, verfolgten" Sudetendeutschen seine Hilfe gewährt. Die weitere Berechnung scheint die zu sein, dass in einem solchen Falle Frankreich und England, sowie die SU die vollendete Tatsache hinnehmen würden, das vielleicht auch in diesem Fall wie im spanischen die

Nichtintervention proklamiert wurde, was Hitlerdeutschland erlauben wurde, seine Intervention unter dem Deckmantel des Eingreifens von "Freiwilligen" zu unternehmen. Darauf deutet auch hin die in der Presse zirkulierende Nachricht, dass Hitler im Laufe des Mittwochabend durch Rundfunk seinen besonderen Appell an Frankreich und England richten wolle. Ein solcher Appell koennte nur den Sinn haben, die Nichtintervention von Frankreich und England zu erzielen. Einen Anhaltspunkt dafuer bietet die englische Formulierung dass England eingreifen wuerde, falls die Integritaet Frankreichs bedroht waere. Es waere ein Leichtessfuer Hitler, im kritischen Moment eine abermalige Versicherung abzugeben, dass er die Integritaet Frankreichs wahren wolle.

Die Prager Regierung hat einstweilen das Ultimatum der Henleinleute "ignoriert", sie hat aber die Henleinleute zu weiteren Verhandlungen aufgefordert. Die Henleinleute ihrerseits haben darauf ankuendigen lassen, dass sie ihr Verhandlungskomitee auflösen und unter diesen Umstaenden weitere Verhandlungen mit der Prager Regierung keinen Zweck mehr haetten. Nach den vorliegenden Nachrichten sollen die Henleinleute nunmehr beabsichtigen, von der Prager Regierung das Plebiszit zu verlangen, um, falls dies verweigert wird, selbst ihre Unabhaengigkeit zu proklamieren. Von anderer Seite werden diese Meldungen bestritten. Das deutet daraufhin, dass unter den Henleinleuten Differenzen sind, und dass sie offenbar unter starkem Druck von Hitlerdeutschland vorangetrieben werden. Die Schwankungen der Henleinleute oder eines Teils von ihnen sind mehr als begreiflich, wenn man sich klar macht, dass im Kriegsfall das Sudetengebiet in jedem Falle in Grund und Boden verwuestet wurde.

Was die Haltung Englands und Frankreichs anbelangt, so gibt es hierfuer einige interessante Symptome: der franzoesische Premierminister Daladier erklarte, dass er Mahnungen zur Maessigung - an die Prager Regierung gerichtet habe. Der "Temps" vom 14.9. schreibt:

"...Und die Methode, die Fuehrer der Henleinpartei an der Verantwortung fuer die Aufrechterhaltung der Ordnung teilnehmen zu lassen, scheint die einzige zu sein, die erlaubt, dem (die Unruhen sind gemeint) wirksam zu begegnen, falls man von deutscher Seite tatsaechlich den Wunsch dazu hat."

Ferner zirkuliert ein Geruecht, dass daran gedacht werde, aehnlich wie im Saargebiet franzoesische oder englische Polizei - zur "Aufrechterhaltung der Ordnung" - in das Sudetengebiet zu schicken, sowie dies seinerzeit im Saargebiet geschehen war.

Auf der anderen Seite werden in Frankreich und England weitere Massregeln militaerischer Art getroffen, die im einzelnen nicht bekanntgemacht worden sind, mit Ausnahme eines Verbots der Ausfuhr fuer bestimmte Artikel, die Kriegszwecken dienen koennen, in Frankreich.

Wenn man am 21. Mai 1938 die Welt um Zentimeterbreite am Abgrund eines neuen allgemeinen Krieges vorbeiging, so hat sie sich diesmal schon um Millimeterbreite genachert. Sollte er diesmal noch vermieden werden, so ist jetzt schon klar, dass das nur eine kurze Atempause waere und dass in der Zwischenszeit alle Maelchte sich mit der aeussersten Energie auf die allgemeine Auseinandersetzung vorbereiten wuerden, die sich letzten Endes nicht um die Sudetendeutschen und auch nicht um die Tschechoslowakei dreht, sondern um die Auseinandersetzung zwischen franzoesisch-englischen Imperialismus einerseits und dem deutsch-italienischen Imperialismus andererseits um die imperialistische Neuaufteilung der Welt.

Die SU erscheint bei dieser Auseinandersetzung nur als ein Anhaengsel des englisch-franzoesischen Imperialismus.

Eine Reihe von Auswirkungen der gegenwaertigen Krise auf die internationalen Kraefteverhaeltnisse sind bereits in Genf sichtbar; die Erklaerungen Hollands und Schwedens fuer die praktische Aufhebung der internationalen



Hilfsverpflichtungen, die der Voelkerbund statuiert. Der Voelkerbund liegt damit praktisch in seinen letzten Zuckungen. Aber an Stelle des Voelkerbundes sind in Europa zwei antagonistische imperialistische Lager getreten, um die sich die kleineren Staaten und die SU gruppieren.

Bereits zeigen sich auch in sehr symptomatischer Weise innerpolitische Wirkungen der Krise.

In Frankreich ist das Verbot erlassen worden, oeffentliche Versammlungen und Demonstrationen aus Anlass der ausserpolitischen Vorgaenge zu veranstalten. Die Arbeiter- und Bauernpartei Fivers ist bereits Verfolgungen ausgesetzt. Es ist damit zu rechnen, dass bei weiterer Zuspitzung der Krise das vom Parlament beschlossene Gesetz ueber "die Organisation der Nation im Kriegsfall" in Kraft gesetzt wird, welches die gesamte franzoesische Arbeiterklasse den Militaergesetzen unterstellt.

Infolge der Politik der Zweiten und der Dritten Internationale ist die internationale Arbeiterklasse in dieser Krise der akuten Kriegsgefahr in den "demokratischen" Laendern nur ein Annahngel an die herrschenden Klassen. Der englische Gewerkschaftskongress hat sich fuer die volle Solidaritaet mit dem englischen Imperialismus ausgesprochen, und fordert die Regierung Chamberlain auf, energisch vorzugehen. Eine Delegation der Kommunistischen Partei Englands hat in Downing Street vorgesprochen, um die englische Regierung darauf festzulegen, dass sie keinen weiteren Druck auf die Prager Regierung ausuebt, und weiteren Forderungen Hitlerdeutschlands und einem deutschen Angriff auf die Tschechoslowakei Widerstand entgegensetzt. Das Buero der CGT hat sich vollinhaltlich der Stellungnahme der englischen Gewerkschaften angeschlossen. Am grellsten kommt die Selbstaufgabe der Parteien der Zweiten und Dritten Internationale zum Ausdruck in dem Aufruf der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, der die Antifaschisten des Sudeten gebiets auffordert:

"Vereint Euch in dieser ernstesten und entscheidenden Stunde, folgt den Befehlen der demokratischen Behoerden!"

Weder die Zweite, noch die Dritte Internationale haben es fuer notwendig befunden, in dieser Krise sich an die Arbeiterklasse zu wenden, damit sie selbstaendig Stellung nehme. Ebenso erscheint gegenwaertig die Sowjetunion nicht als die Fuehrerin der internationalen Arbeiterklasse, sie hat mit keinem Wort bis jetzt sich an die internationale Arbeiterklasse gewandt, um sie zur Verteidigung der SU und zum Kampfe fuer die Revolution aufzurufen.

Die wirkliche Stimmung der Volksmassen in den "demokratischen" Laendern entspricht durchaus nicht dem, was in der Presse als sogenannte oeffentliche Meinung ausgegeben wird. Die vorherrschende Stimmung ist die Furcht vor dem Kriege und die Feindschaft gegen ihn. Was fehlt, ist das Bewusstsein, wie der Kampf gegen den imperialistischen Krieg gefuehrt werden muss; und fuer dieses fehlende Bewusstsein sind vor allem die Parteien der Zweiten und Dritten Internationale verantwortlich.

Demgegenueber ist es die elementare Pflicht aller wirklichen proletarischen Revolutionaere, ueberall in der internationalen Arbeiterbewegung die Kraefte zu wecken, zu sammeln und zu organisieren, die gegenueber den beiden imperialistischen Lagern, welche sich heute sprungbereit gegenueberstehen, den Willen der Arbeiterklasse vertreten, sich der herannahenden Katastrophe entgegenzuwerfen und, falls sie dennoch hereinbricht, aus ihr den einzigen Ausweg zu suchen, der den Interessen der Arbeiterklasse entspricht, den Weg der proletarischen Revolution. In einer ganzen Reihe von Laendern sind heute bereits mehr oder weniger starke Kader vorhanden, die bereit sind, in diesem Sinne zu wirken. Ihre gemeinsame Aktion ist heute und fuer die Zukunft von

der groessten Bedeutung nicht nur fuer das Schicksal der Arbeiterbewegung, sondern fuer das der Menschheit. Ein imperialistischer Krieg, der ausbrechen wuerde und durchgefuehrt werden koennte, ohne dass in der Arbeiterklasse sich revolutionaere Kraefte regen, koennte nur zu einem Ergebnis fuehren, fuer das allein die Verwuestungen des Dreissigjaehrigen Krieges ein Beispiel bieten wuerden.

=====  
Die revolutionaeren Arbeiter der Tschechoslowakei zur Lage  
=====

Die "Arbeiterpolitik", das in Asch erscheinende Organ der KFTsch-Opposition, schreibt in dem Leitartikel ihrer letzten Nummer (Nr. 18, Anfang Sept.) u. a.;

"Was die Arbeiterparteien den Arbeitern sagen, ist keineswegs dazu angetan, ihre Widerstandskraft gegen die ihnen drohenden Gefahren zu verstaerken. Aber das Glanzsteueckchen der verbrecherischen Kapitulations- und Burgfriedenspolitik sind zwei Aufrufe der KFTsch und der deutschen Sozialdemokraten. In beiden werden in ganz aehnlichen Worten die Arbeiter ermahnt und aufgefordert, keinen Alkohol zu trinken, sich nicht provozieren zu lassen, den Henleinleuten auszuweichen und ihnen keinen Anlass zu Angriffen zu geben und im uebrigen die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit und den Schutz der Werktaetigen den dazu beauftragten Staatsorganen zu ueberlassen. Kaum sind jemals Arbeiter schamloser von ihren Fuehrern verhoehnt und wehrloser dem faschistischen Terror preisgegeben worden. Gewiss, der klassenbewusste Arbeiter laesst sich nicht provozieren, aber er muss, wenn es ihm notwendig erscheint, sich, seine Organisation und das Leben seiner Klassengenossen selber schuetzen.

KFTsch und Sozialdemokratie erweisen sich heute als unfaeelig, den Werktaetigen einen Ausweg aus dieser Situation zu zeigen. Hier muss die KFTsch-Opposition einspringen und die wirklich kommunistischen Losungen aufstellen und damit den Werktaetigen einen Weg bahnen, der hinausfuehrt aus den Gefahren von Krieg und faschistischer Unterdrueckung.

Was sollen die Arbeiter tun? Die Arbeiter muessen verhindern, dass die Tschechoslowakei ein zweites Oesterreich wird, denn dieses Schicksal wird den Werktaetigen durch die Kapitulationspolitik der Regierung vor Henlein-Hitler bereitet. Sie koennen das verhindern, indem sie den wirtschaftlichen und politischen Kampf um ihre Forderungen organisieren ohne Ruecksicht auf die Bourgeoisie; indem sie die breite proletarische Einheitsfront des Kampfes schaffen; indem sie proletarische Einheitskartelle und ueberparteiliche Abwehrformationen gegen den faschistischen Terror schaffen, die sich ihre Kampfmittel vom Staat erkaempfen muessen; indem sie Verbot und Aufloesung der Henleinpartei in allen ihren Formationen durchsetzen; indem sie alle Rechte fuer die Sudetendeutschen Werktaetigen fordern und die voellige Unterdrueckung der Henleinpartei als einer Hilfstruppe des reichsdeutschen Imperialismus erwirken.

Damit wird Hitler der Geschmack am Krieg gegen die Tschechoslowakei bald vergehen, sollte es aber doch zum Kriege kommen, so darf die Arbeiterklasse so wenig wie im Frieden sich auf "ihre" Bourgeoisie verlassen. Die Werktaetigen muessen ihre Interessen selbst verteidigen, auch mit der Waffe in der Hand. Sie muessen eingedenk sein der grossen Lehren Lenins, Liebknechts, Luxemburgs, dass die Arbeiter aus dem Krieg nur dann siegreich hervorgehen, wenn sie es verstehen den imperialistischen Krieg in einen Krieg fuer ihre eigenen Interessen umzuwandeln. Wenn die Arbeiter der Tschechoslowakei dieser Linie folgen, wird die Wahl bald nicht mehr lauten: Krieg oder Unterwerfung unter Hitler-Henleins Diktat, sondern: Hitler haelt Frieden oder er u. das ganze kapitalistische System stuerzen unter den wuchtigen Schlaegen der marschierenden Arbeiterklasse aller Laender."

Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg

Uns wird geschrieben:

Am 13. September fand in Genf eine Konferenz statt, auf der revolutionäre sozialistische Kräfte der Arbeiterbewegung Englands, Frankreichs, Deutschlands, der Tschechoslowakei, Italiens, Schwedens, Hollands, Spaniens, Griechenlands, Palästinas sowie die revolutionären sozialistischen Jugendorganisationen derselben Länder vertreten waren. Fenner Brockway, der Sekretär der ILP (England), führte den Vorsitz. Es wurde beschlossen, eine internationale Organisation zu schaffen, deren Ziel der Kampf gegen den kommenden imperialistischen Krieg ist und die sich: "Internationale Arbeiterfront gegen den Krieg" nennt. Folgender Aufruf an die Arbeiterklasse aller Länder ist erlassen worden:

**Werktaetige aller Laender!**

Zwanzig Jahre nach 1914 schwebt die Kriegsgefahr von neuem ueber der Welt. Morgen wird man Euch wie 1914 in den beiden feindlichen Lagern auffordern, fuer die "Freiheit der Voelker" zu sterben. Ihr werdet nicht ein zweites Mal auf die Luege hereinfallen, die schon 10 Millionen menschlicher Leben gekoert hat und die heute einen Strom von Blut, Zerstoerung und Tod ueber den ganzen Erdball verbreiten wuerde. Nein! Der kommende Krieg wird weder ein Befreiungskrieg, noch ein Krieg zur Verteidigung der "Demokratien" gegen die faschistischen Maechte sein, sondern ein Krieg zwischen zwei Rauberbanden, die um eine Neuaufteilung der Welt kaempfen. Der Konflikt, der heute zwischen den Sudetendeutschen und der Prager Regierung besteht, ist nur ein Vorwand fuer eine Auseinandersetzung zwischen dem Imperialismus Deutschlands und dem Imperialismus Frankreichs und Englands. Er droht sich zu einem neuen Weltkrieg auszuwachsen. Die Verantwortung fuer die Katastrophe, die kommt, ist wie 1914 geteilt: Die tschechische Bourgeoisie, die mit dem franzoesischen Imperialismus verbuendet ist, unterdrueckt seit 1918 drei Millionen Deutsche und Hitler nutzt heute diese Lage aus, um seine Eroberungsplaene in Suedosteuropa zu verwirklichen. Unsere Klasseninteressen sind weder in dem einen Lager noch in dem anderen.

Werktaetige aller Laender, aller Rassen, aller Hautfarben! Dieser Krieg wird nicht unser Krieg sein. Vereinigt Euch, um ihm den Weg zu versperren, ehe es zu spaet sein wird. Nur Eure Klassenaktion kann ihn noch zureuckweichen machen. Wenn er trotzdem ausbricht, dann setzt den Kampf fort, den Eure Vorgaenger im Jahre 1917 und 1918 nicht bis zu Ende zu fuehren vermoechten; nutzt die durch den Krieg geschaffene Lage aus, um ueberall das kapitalistische Regime zu stuerzen.

Werktaetige der faschistischen Laender, nuetzt die Gelegenheit aus, um Euch von Euren blutigen Diktatoren zu befreien. Werktaetige der "demokratischen" Laender! Nicht indem Ihr mit Eurem Imperialismus den Burgfrieden schliesst, sondern indem Ihr die Macht im eigenen Lande erobert, werdet Ihr wirksam das, was von den Errungenschaften der Russischen Revolution geliebt ist, verteidigen und gleichzeitig zur Wiedergeburt der wahren Sowjetmacht beitragen.

Indem die Bourgeoisie dieses neue Verbrechen begeht, wird sie gleichzeitig die Totenglocke ihrer Herrschaft sowohl ueber die Ausgebeuteten in den verschiedenen Mutterlaendern als auch ueber die Kolonialsklaven erklingen lassen.

Es lebe der Klassenkampf!

Es lebe die internationale proletarische Solidaritaet!

Es lebe die Weltrevolution!



Vier POUM-Genossen in Lebensgefahr

Der IVKO-Genosse Walter Schwarz unter ihnen

Die "Independent News" schreiben:

"Der Druck des internationalen Proletariats hat bewirkt, dass der Prozess gegen die Mitglieder des Exekutivkomitees der POUM im Augenblick verschoben worden ist. Nichtsdestoweniger gehen aber die Verfolgungen der Militanten dieser Partei weiter und das Leben ihrer Fuehrer ist nach wie vor in Gefahr. Die grosse Anzahl von Protesttelegrammen, die an den Ministerpraesidenten Negrin geschickt worden sind, hat nur dazu gefuehrt, dass die Stalinisten angesichts des allgemeinen Protestes ihre Taktik geaendert haben. Sie wollen Revolutionaere wie Gorkin, Andrade, Gironella usw. beseitigen, indem sie andere Mittel anwenden.

Der "Diluvio", das offizielle Organ der spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei hat in seiner Nummer vom 8. September die folgende Note veroeffentlicht:

"Zentrales Spionagericht. - Das zentrale Spionagegericht hat den 14. September als Termin fuer die Verhandlung gegen Maria del Carmen Llorens Naular, Maria Antonia Sarda Llorens, Walter Schwarz und Rafael Sarda Llorens wegen Spionage und Defaitismus festgesetzt. Diese Angelegenheit faellt in den Bereich des Sondergerichts, der von dem Obersten Gerichtshof ernannt worden ist, um gewisse Tatsachen, die mit der Taetigkeit der Elemente der POUM in Verbindung stehen, aufzuklaeren."

Alle in dieser Note erwaehten Genossen sind Militanten der POUM, die an den ruhmreichen Tagen des Juli 1936 teilgenommen haben. Schwarz und Sarda haben bis zum Augenblick ihrer Verhaftung an der Front gekaempft. Walter Schwarz ist ein langjaehriger Militant der KPD-O (IVKO).

Die neue Taktik der Stalinisten besteht in folgendem: die Anklagen gegen die Militanten der POUM in Einzelanklagen zu zerlegen, mit der Aburteilung einiger kleiner Gruppen zu beginnen, sie zu verurteilen und dann schliesslich das Exekutivkomitee der POUM an den Hinrichtungspfahl zu stellen, d.h. zunaechst Militanten, und zwar in kleinen Gruppen zu richten die mehr oder weniger unbekannt sind und deren Verurteilung keine energische Reaktion des internationalen Proletariats hervorrufen wuerde. Wenn so die Genossen wegen Spionage und Defaitismus hingerichtet worden sind, wird es logisch und normal erscheinen, dass die Militanten, die das Exekutivkomitee bilden, ebenfalls hingerichtet werden.

Angesichts dieser neuen Reihe von Verbrechen, die in Spanien vorbereitet werden, muessen die Werktaetigen der ganzen Welt, alle Arbeiterorganisationen, die politischen Parteien und die Gewerkschaften in aller Eile eine Abwehraktion organisieren. Das Leben dieser Militanten, das Leben von Maria del Carmen Llorens Naular, Maria Antonia Sarda Llorens, Walter Schwarz und Rafael Sarda Llorens retten, heisst das Leben derjenigen retten, die ihnen notwendigerweise am Hinrichtungspfahl folgen werden, heisst Gorkin, Andrade, Rebull, Gironella, Arquer und alle ihre Genossen vom sicheren Tode erretten."

Gewerkschaftliche Rundschau:

Der Konflikt in der Textilindustrie du Nord

Wir haben bereits ueber den Schiedsspruch Caillaux fuer die Textilindustrie des Norden berichtet, der den 200.000 Textilarbeitern eine 3prozentige Loehnerhoehung zugesteht, waehrend die Gewerkschaft in Uebereinstimmung mit der amtlich ausgewiesenen Steigerung der Lebenshaltungskosten eine 15prozentige Loehnerhoehung forderte.

Da jeder bisher erlassene Schliesspruch eine Vergraessierung der Spanne zwis-

schen den Lebenshaltungskosten und den Löhnen brachte, sah sich die Gewerkschaft veranlasst, eine neue Forderung einzureichen.

Am Sonntag, den 11. September tagte eine Konferenz des Textilarbeiterverbandes, die zu den Antworten des Patronats auf die eingereichte Forderung und zur Durchführung der weiteren Aktion Stellung nahm.

Die Antworten des Patronats waren alle negativ. Trotzdem nahm die Konferenz von einem Streikbeschluss Abstand. Im Hinblick auf die Tatsache, dass der Schiedsspruch Caillaux unter der Einwirkung der Regierung zustande kam, wurde beschlossen, eine Delegation zu Daladier zu schicken. Diese Delegation soll durch die Vermittlung der Regierung in Verhandlungen mit dem Patronat eintreten. Die Verhandlungen sollen sich auf folgende Punkte erstrecken:

- a) Erhöhung der Löhne von 9-12%;
- b) Durchführung des Schiedsspruchs fuer die Fabriken Lemoire und Dillies wo sich die Arbeiter bereits im zehnten Monat im Streik befinden, respktiv. ausgesperrt sind;
- c) Befolgung des Schiedsspruchs Vicent, der sich auf die bezahlten Ferien in den Textilunternehmen von Roubaix-Tourcoing-Lamoy u. a. bezieht. Sicherung des Syndikatsrechts und der Ausübung der Funktionen der Betriebsdelegierten;
- d) Sicherstellung von Massnahmen fuer die Heimarbeiter;
- e) Fuehlbare Verbesserung der staatlichen und departementalen Aufwendungen fuer die Arbeitslosenfonds.

Wenn die Demarche ungenuegende oder negative Ergebnisse zeitigt, soll die von der Konferenz bezeichnete Kommission der Gewerkschaft alle Massnahmen fuer die Proklamierung des Streiks treffen.

In diesem Zusammenhang sei erwaeht, dass die Löhne in der Textilindustrie des Nordens sehr niedrig sind. Stundenlöhne von 3.50 FRs sind an der Tagesordnung und Löhne von 6 Frs gehoeren zu den Hoechstloehnen. Die Missachtung des Syndikatsrechts der Arbeiter und die Massregelung der Betriebsdelegierten sind bei den Textilgewaltigen an der Tagesordnung. Die intransigente Haltung der Textilunternehmer wird, wie der letzte Schiedsspruch auf 3prozentige Lohnaufbesserung zeigt, von der Regierung noch beguenstigt.

#### Der Lyoner Bauarbeiterstreik

Seit Montag, den 12. September ist der Streik der Bauarbeiter allgemein. Er richtet sich gegen die durch Schiedsspruch ausgesprochene Lohnreduzierung und fuer die im ersten Schiedsspruch zugestandene Lohnerhoehung von 12%. Die Regierungsbehoerden haben Gardes-mobiles zur Verstaerkung der Lokalpolizei herangezogen, und die Staatsanwaltschaft hat die Anweisung zur sofortigen Aburteilung aller wegen angeblicher Ruhestoerung und Arbeitsbehinderung festgenommenen Streikenden.

Die Streikenden haben eine strenge Ueberwachung aller Baustellen zur Verhinderung von Streikbrucharbeit durchgefuehrt, und sie appellieren an die Solidaritaet der gesamten franzoesischen Arbeiterklasse.

#### Bei den Bergarbeitern

Der Nationalrat der Bergarbeiter hat das Abkommen vom 1. September, das wir in der vorigen Nummer ausfuehrlich besprochen haben, mit 21 gegen 7 Stimmen und einer Stimmenthaltung angenommen und die Durchfuehrung eines Referendums verworfen.

In der Frage der sogenannten Unabhaengigkeit der Foederation lagen drei Entschliessungen vor, die durch ein Kompromiss zu einer einheitlichen Ent-

schliessung zusammengefasst wurden, die mit einigen Vorbehalten von kommunistischer Seite einstimmig angenommen wurde.

In der Entschliessung wird erklart, dass zwar jedes Mitglied innerhalb des Verbandes seinen Standpunkt frei vertreten duerfe, dass aber die Vertretung von Anweisungen, die von aussen kommen, untersagt sei. Dann wird erklart, dass die Mitglieder, besonders seit dem Abschluss des Abkommens vom 1. September, nicht immer diese wesentlichen Prinzipien beachtet haetten. Diesem Absatz gegenueber haben einige Delegierten Vorbehalte gemacht.

Der Nationalrat erklart dann, dass er entschlossen sei, alle notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um die totale Unabhaengigkeit der Fédération, die die erste Bedingung ihrer Einheit sei, sicher zu stellen.

Die Fédération werde ohne jede Schwache jeden Versuch, von aussen auf seine Entscheidungen Einfluss nehmen, oeffentlich denunzieren.

Gleichzeitig droht der Nationalrat allen Mitgliedern, die sich, der Disziplin einer politischen Partei folgend, in den Gewerkschaften zum Verfechter ihrer Anweisungen machen, mit Strafmassnahmen.

Der Nationalrat der Bergarbeiter sah die Unabhaengigkeit und Einheit des Verbandes erst bedroht, nachdem eine breite Welle der Missstimmung mit dem Abkommen vom 1. September in den Kreisen der Bergarbeiter zum Ausdruck kam, der sich die KPF, aus den von uns bereits dargelegten Gruenden, annahm. Wenn die KPF und die "Humanité" sich zum Verfechter des Abkommens vom 1. September gemacht haette, d.h. wenn sich der politische Einfluss der KPF im Sinne einer Unterstuetzung der Position des fédéralen Bueros des Verbandes geltend gemacht haette, wuerde die reformistische Verbandsleitung darin keinen Angriff auf die Unabhaengigkeit des Verbandes gesehen haben. Die Unabhaengigkeit ist also eine mehr als eigenartige Sache. Sie laeuft im gegebenen Falle auf die Unterbindung der Meinungsaeusserung der Mitglieder hinaus, wenn diese Meinung mit der der Verbandsinstanzen in Widerspruch steht. Wenn die Verbandsleitung zu solch aussergewoehnlichen Massnahmen Zuflucht nimmt, um ein von ihr in angeblicher Uebereinstimmung mit den Entscheidungen der Mitglieder getroffenes Abkommen zur Anerkennung zu bringen, so zeigt das, dass sie selbst das Gefuehl hat, der Zustimmung der Mitglieder nicht sicher zu sein. So hat z.B. der Bergarbeiterkongress des Nord trotz der Intervention von Kléber Legay vom fédéralen Buro das Abkommen vom 1.9. einstimmig verworfen. Wenn die vielgepriesene Unabhaengigkeit der Gewerkschaft und ihrer Einheit solchen Voraussetzungen unterworfen ist, dann gefaehrdet sie die Meinungsfreiheit und das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder und damit die grundlegende Bedingung der gewerkschaftlichen Einheit.

Wir haben bereits erklart, dass dieser Standpunkt in keiner Weise eine Solidarisierung mit der Demagogie der KPF-Fuehrung einschliesst, die in der Metallarbeiterfédération die 45-Stundenwoche im "Interesse der Landesverteidigung" akzeptiert, ohne den Mitgliedern zu gestatten, sich zu diesem Abschluss in freier Abstimmung zu aeussern. Wenn aber die revolutionaeren Gewerkschafter sich gegen diese Praktiken der KP-Fuehrung in der Metallarbeiterfédération erheben, dann sind sie verpflichtet, dies auch dort zu tun, wo reformistische Verbandsleitungen sich in der gleichen Weise betaeligen.

Druckfehlerberichtigung: Im Artikel "Die Internationale Krise" (Nr. 36 der "Arpo") muss es auf Seite 2, Zeile 2 v.o. richtig heissen: Die kapitalistische Staatskunst hat der Menschheit nichts mehr zu bieten als die Aussicht auf einen neuen imperialistischen Weltkrieg, im Vergleich zu dem der Krieg von 1914-18 sich beinahe idyllisch ausnehmen wuerde.

Verantwortlich fuer den Inhalt: Emil Hirtzel.



Erscheint  
wöchentlich

Einzel exemplar 0.75 Frs.  
Monatlich 2.50 Frs.  
Ausland 3.50 Frs.

# ARBEITER POLITIK

Organ der Kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 38/V. Jahrgang

Vierte Septemberwoche, 1938

## Zwischen Krieg und Frieden

Die Arbeiterklasse ist in den letzten ereignisreichen Wochen in einer dramatischen Weise darüber belehrt worden, welche Illusion es ist zu glauben, man könne den Kriegstendenzen, die dem Imperialismus innewohnen, durch irgendeine Politik der bürgerlichen Staaten und ihrer Regierungen entgegenwirken. Es hat sich in der gegenwärtigen Krise gezeigt, dass die von der II. und III. Internationale unterstützte Politik der sogenannten kollektiven Sicherheit in Wirklichkeit nichts anderes bedeutet, als die Bereitschaft, einen imperialistischen Krieg zur Verteidigung des Besitzstandes und des Einflussbereichs der demokratischen Imperialisten zu führen. Die andere Methode der kapitalistischen "Friedenssicherung", die der Verständigung zwischen den demokratischen und den faschistischen imperialistischen Mächten, - das ist die Methode von Herchengaden und Godesberg. Es ist eine "Verständigung", die im Schatten schussbereiter Geschütze und startbereiter Bombenflugzeuge stattfindet. Sie beruht darauf, dass nach Sklavenhändlermanier ganze Völker verschlachtet werden, sie laufen darauf hinaus, dass der bereits durch den Anschluss Österreichs erschütterte europäische Status quo des Versailler Vertrages nunmehr voellig zu Gunsten des deutschen Imperialismus umgestossen wird, der auf diese Weise die Hegemonie auf dem europäischen Kontinent gewinnt. Aber dies ist wiederum nur die Einleitung zu einer imperialistischen Neuaufteilung der Welt, von der es kindisch wäre anzunehmen, sie werde sich auch weiterhin vollziehen, ohne dass die geladenen Kanonen, die jetzt in immer grösserer Zahl an den Grenzen schussbereit gemacht werden, losgehen, ohne dass die Armeen, die immer mehr auf den Kriegsfuss gebracht werden, losmarschieren.

Nach dem Krieg von 1914 ist eine ausserordentlich umfangreiche Literatur ueber die Kriegsschuldfrage entstanden. Mit einem grossen Aufwand von Tinte haben die Verfasser dieser Literatur beklagt, dass, im Juli und August 1914 keiner der leitenden Staatsmaenner Europas eigentlich den Krieg, zumindest nicht in der Form, in der er ausgebrochen ist, gewollt habe. Es ist aber nicht der Wille der kapitalistischen Politiker, der die Entwicklung des Kapitalismus bestimmt, sondern es ist diese Entwicklung, die ihnen ihre Entschluesse vorschreibt. Und infolgedessen haben 1914 alle verantwortlichen kapitalistischen Staatsmaenner Europas trotz den seelischen Bauchschmerzen, die sie spaeter in ihren Memoiren schilderten, das Ihrige getan, um den Weltkrieg herbeizufuehren.

Auch heute kommt es bei der Beurteilung der Kriegsgefahr nicht darauf an, sich den Kopf darueber zu zerbrechen, was fuer Plaene Hitler im einzelnen hat, was Chamberlain will usw. usw. Es ist die objektive Gesetzmassigkeit der kapitalistischen Entwicklung, die die imperialistischen Gegensatze, und damit die Kriegsgefahr hervorbringt. Es waere auch einfach, sich, wie das buergerliche Journalisten tun, die Weltpolitik als eine Pokerpartie vorzustellen, bei die Hitler und Chamberlain, die Mussolini und Daladier ei-

inander bluffen, begaunern, um dann die Karten in die Tasche zu stecken, als ob nichts vorgefallen waere. Eine solche Betrachtung der Geschichte vom Standpunkt des "Fuehrerprinzips" ist durchaus laecherlich. Die Karten, die bei diesem Spiel auf den Tisch gelegt werden, sind mobilgemachte Armeen, sind die Machtmittel der imperialistischen Grossmaechte. Und wenn mit solchen "Karten" gespielt wird, beginnt es nach Pulver zu riechen. Heute noch koennen die Partner sich auf einen bestimmten Gewinn- oder Verlustbetrag einigen, ohne ihre Machtmittel auf die praktische Probe zu stellen, nur indem sie deren augenblickliches Verhaeltnis und augenblickliche Verfuegbarkeit abschaezten, aber ein solches Spiel muss schliesslich in blutigem Ernst enden. Lenin sagte:

"Um die wirkliche Kraft eines kapitalistischen Staates nachzupruefen, gibt es kein anderes Mittel als den Krieg, und kann es kein anderes Mittel geben... Im Kapitalismus ist ein gleichmassiges Wachstum der oekonomischen Entwicklung der einzelnen Volkswirtschaften und der einzelnen Staaten nicht moeglich. Im Kapitalismus sind keine anderen Mittel des von Zeit zu Zeit gestoerten Gleichgewichts moeglich als Krisen in der Industrie, Kriege in der Politik." (Lenin: "Ueber die Losung der Vereinigten Staaten Europas", 23. August 1915).

Heute aber hat das europaeische Gleichgewicht, das die Siegerstaaten des letzten Weltkriegs zu schaffen suchten, durch die Kapitulation Englands und Frankreichs vor dem Ultimatum Hitlers in der tschechischen Frage einen neuen Schlag erhalten, und zwar den staerksten, den es bisher erlitten hatte. Die bisherigen Machtverhaeltnisse unter den imperialistischen Staaten werden umgewaelzt, und wer glaubt etwa, dass Chamberlain in Godesberg auf dem Verhandlungswege, so wie das dienstbare buergerliche Journalisten behaupten, ein neues, auch nur einigermaßen stabiles Maechtegleichgewicht erzielen werde?

Dass die imperialistische Entwicklung der Naehrboden fuer imperialistische Kriege ist, das ist heute eine Binsenwahrheit. Aber es kommt nicht darauf an, diese Binsenwahrheit einfach zu wiederholen, sondern zu untersuchen, wie im gegenwaertigen, konkret en Stadium der Entwicklung des Weltimperialismus die Frage der Kriegsmoeglichkeiten konkret gestellt ist und welches die objektive Bedeutung der Kriegsvorbereitungen und Eroberungstendenzen ist, die wir in der kapitalistischen Welt beobachten. Eine sehr verbreitete Ansicht ist heute die, die faschistischen Imperialisten seien deswegen so kriegerisch, weil sie eben Faschisten seien. In Wirklichkeit ist der Faschismus nur der konzentrierte politische und ideologische Ausdruck bestimmter Tendenzen des niedergehenden Kapitalismus, und zwar von Tendenzen, die wir in allen kapitalistischen Laendern feststellen koennen, wenn auch nicht ueberall in derselben Intensitaet wie in den faschistischen Laendern.

Um zu verstehen, was sich heute abspielt, ist es notwendig, auf die grosse Weltwirtschaftskrise von 1929 zurueckzugehen. Schon der Krieg von 1914-18 hatte die Einheit des kapitalistischen Weltmarkts erschuettert. Die Krise, die 1929 einsetzte, aber hat die sogenannte normale Einheit des kapitalistischen Weltmarkts, die vorher ueblichen internationalen Wirtschaftsbeziehungen unwiederbringlich zerstoert - oder deformiert. Es ist seit dieser Zeit ueblich, dass kapitalistische Minister von Zeit zu Zeit in beweglichen Worten die Niederlegung der Zollmauern, die Regelung des internationalen Waerungswirrwarrs usw. fordern. Aber trotz diesen Beschwuerungen will die gute alte Zeit, da es noch einen einheitlichen Weltmarkt mit ausgedehnten Moeglichkeiten eines mehr oder weniger freien, friedlichen Wettbewerbs unter den Kapitalisten der einzelnen Laender gab, nicht wiederkehren. Der Konjunkturaufschwung, der auf die Krise von 1929-32 folgte, war mit einer ausserordentlich ausgepraegten Verstaerkung der staatskapitalistischen Methoden in den kapitalistischen Laendern verbunden. Waehrend die Minister ihre Sonntagsreden ueber die Wiederherstellung des freien, internationalen Waren- und Kapitalverkehrs hielten, sperrten die finanzkapitalistischen Gruppen



der einzelnen Laender mit Hilfe der Staatsmacht ihre Einflussgebiete immer mehr durch Zollmauern, durch Massnahmen zur Kontrolle der Einfuhr und Ausfuhr etc. gegen ihre Konkurrenten ab. Der Effekt dieser Entwicklung ist natuerlich nicht irgendeine "Autarkie", eine Selbstgenuegsamkeit, wie das die Faschisten in ihrer Propaganda behaupten, sondern dass die Konkurrenz unter den in geringerem oder grosserem Masse staatskapitalistisch organisierten finanzkapitalistischen Gruppen der einzelnen imperialistischen Laender immer schaeferere Formen annimmt. Die Produktivkraefte des Kapitalismus sind weit ueber die durch die kapitalistischen Produktionsverhaeltnisse gegebenen Moeglichkeiten fuer rentable neue Kapitalanlagen und fuer den Warenabsatz hinausgewachsen. Fuer den fruherer gewohnten normalen friedlichen (auch damals nur relativ friedlichen) Wettbewerb der hochentwickelten Industrielandern, wie die Vereinigten Staaten, Deutschland, England usw., ist der Weltmarkt zu klein geworden, zumal die SU aus der kapitalistischen Weltwirtschaft ausgeschieden und neue Laender sich gewaltige kapitalistische Industrien zugelegt haben, wie z.B. Japan.

Wenn es in der kapitalistischen Welt Perioden eines relativ dauerhaften Friedens gegeben hat, so war die Ursache dafuer nicht der Friedenswille der Kapitalistenklasse, nicht das Geschick der buergerlichen Politiker, sondern das Bestehen eines einheitlichen Weltmarktes, der den Bourgeoisien der einzelnen Laender ausgedehnte Moeglichkeiten fuer einen friedlichen Konkurrenzkampf eroeffneten. Es waere naev, sich vorzustellen, die zerstoeerte oder gestoeerte Einheit des Weltmarktes koenne durch eine friedliche Uebereinkunft der heute mehr oder weniger stark staatskapitalistisch organisierten, nationalen finanzkapitalistischen Gruppen wiederhergestellt werden. Schon Lenin hat den Gedanken von einem dorartigen "Ultraimperialismus" als eine reaktionaere Utopie bezeichnet. Keinerlei Abkommen zwischen den Imperialisten der einzelnen Laender koennen es verhindern, dass sie alle dahin gedruegt werden, das Problem des Weltmarktes auf die Weise zu loesen, dass sie versuchen, gewaltsam auf Kosten ihrer Rivalen ihren mehr oder weniger monopolistisch beherrschten Anteil an der Welt zu vergroessern. Diese Tendenz verstaerkt sich, je mehr die durch die heute ueblich gewordene Methode der Wirtschaftsankurbelung, d.h. durch staatliche Auftraege, gegebenen Konjunkturtriebe stocken oder versiegen und insbesondere, weil diese staatlichen Auftraege immer mehr der Aufruestung, der Vorbereitung fuer die kriegsische Auseinandersetzung dienen.

Es ist kein Zufall, sondern nur ein Reflex dieser Lage der kapitalistischen Weltwirtschaft, dass das Wettruesten unter den imperialistischen Maechten immer wilder wird und dass dieses Wettruesten beginnt, in einen Zustand beinahe permanenter Mobilmachung in verschiedenen Laendern ueberzugehen. In einer solchen Atmosphaere ist eine Explosion in nicht allzu langer Zeit unvermeidlich. Es ist dabei ganz gleichgueltig, ob die imperialistischen Politiker mit dem Feuer bloss spielen oder ob sie wirklich an Brandstiftung denken; wenn sie immer wieder mit dem offenen Feuer herumhantieren, entsteht der Brand "von selbst" ...

+ +

+

Es ist muessig und laecherlich, sich angesichts der Verschacherung der Tschechoslowakei an Hitler jetzt, so wie das die Reformisten und die Stalinisten tun, ueber die Verletzung der voelkerrechtlichen Moral, ueber Vertragsbruch etc. aufzuregen. Es kommt darauf an, zu erkennen, dass hinter der Fassade von Recht und Demokratie, mit der sich die demokratischen Imperialisten schmuecken, nichts weiter steckt als die Politik von imperialistischen Raubern und Sklavenhaltern, deren einzige Sorge es ist, wie sie ihre Herrschaft ueber 400 Millionen Kolonialsklaven im Britischen Empire und 60 Millionen unter franzoesischer Oberhoheit aufrechterhalten koennen. Vertraege sind fuer diese Herrschaften gut, wenn sie tschechisches Kanonenfutter zur Verteidigung dieser Kolonialreiche sichern. Aber dieselben Vertraege waren ein Papierfetzen, als die britischen und franzoesischen Imperialisten begannen, an der Festigkeit des tschechoslowakischen buergerlichen Staates und an der Zuverlaessigkeit, mit der das tschechoslowakische Kanonenfutter ihnen



dienen wuerde, zu zweifeln. Natuerlich heisst das nicht, dass der britische und der franzoesische Imperialismus Hitler aus blosser "ideologischer Sympathie" fuer den Faschismus Konzessionen machen. Eine Methode, imperialistische Konflikte zwischen Grossmaechten auf Kosten schwaecherer Dritter fuer eine Zeitlang beizulegen, ist ja nicht neu. Das war die Methode, die auch dem Krieg von 1914 voraufging. Oesterreich nahm sich Bosnien auf Kosten der Tuerkei u. Serbiens, Frankreich nahm Marokko, Deutschland erhielt ein Stueck am Kongo. Dann einigten sich England und Deutschland ueber eine eventuelle Aufteilung der portugiesischen Kolonien und ueber eine Einflussverteilung in Mesopotamien, das, nebenbei gesagt, damals der Tuerkei gehoerte. Als die moeglichen Schacherobjekte erschoept und die imperialistischen Appetite beim Verzehren dieser Bissen entsprechend gewachsen waren, war die Situation fuer den Kriegsausbruch reif.

Dem Schwindel der Reformisten und Stalinisten zum Trotz geht es den demokratischen Imperialisten, wenn sie zur Frage eines evtl. Krieges Stellung nehmen, nicht um irgendwelche demokratische Prinzipien, sondern um die Verteidigung ihrer Kolonialreiche. Es erschien ihnen riskant, diese Besitzungen wegen der Tschechoslowakei aufs Spiel zu setzen, einmal weil Hitler und Mussolini sofort grosse Truppenmassen ins Feld fuehren koennen, bevor die demokratischen Imperialisten ihre Hilfsquellen mobilisiert haben; zweitens weil weder der englische noch der franzoesische Imperialismus unnoetig die "Treue" ihrer Kolonialsklaven auf die Probe stellen wollen. Sie haben begruendete Angst davor, dass die von ihnen unterdrueckten Kolonialvoelker im Kriegsfall nicht auf den Schwindel der Demokratie hereinfliegen, sondern vielmehr um wirkliche Demokratie fuer sich selbst kaempfen werden.

Es muss jedoch gesagt werden, dass die Haltung der reformistischen und stalinistischen Lakaien der demokratischen Imperialisten mindestens ebenso ekelhaft erregend wie die Politik dieser Imperialisten selbst ist. Dieselben Gesellen, die sich heute ueber den Verrat Daladiors und Chamberlains entruesten, waren gestern bereit und werden morgen bereit sein, die Arbeiter unter Fuehrung dieser "Verraeter" Daladior und Chamberlain und der imperialistischen Bourgeoisie, deren Repraesentanten diese sind, auf die Schlachtbank des imperialistischen Krieges zu fuehren.

+ +  
+

Vielfach besteht die Auffassung, dass Hitler, wenn er einmal die sudetendeutschen Gebiete der Tschechoslowakei annektiert und ganz Mitteleuropa unter seinen Einfluss gebracht habe, erst diesen Raub "verdauen" werde, bevor er auf weitere Eroberungen ausgehe. Aber die Dinge haben ihre eigene Logik. Auch nach dem Anschluss Oesterreichs wurden aehnliche Erwartungen laut. Aber mit seiner Rauberlogik zog der deutsche Imperialismus aus der Tatsache, dass niemand ihn daran gehindert habe, Oesterreich zu verschlucken, die Folgerung, er muesse das Eisen schmieden, solange es heiss sei. Auf Oesterreich folgte die Tschechoslowakei. Und jetzt wird Hitler sicherlich nicht darauf warten, damit Frankreich und England in Ruhe den Augenblick vorbereiten, da sie ihm die Demuetigung, die sie jetzt erlitten haben, heimzahlen koennen.

Dazu kommt, dass Mussolini, der sich jetzt heiser schreit, damit Deutschland, Ungarn und Polen ihren Anteil an der tschechoslowakischen Beute erhalten, sich sicher nicht mit der rein "ideologischen" Genugtuung zufrieden geben wird, dass sein Achsengenosse Oesterreich und die Tschechoslowakei fressen konnte. Er wird bald "Kompositionen" verlangen, bei denen ihm Hitler dieselben Sekundantendienste leisten soll, wie er ihm heute. In Berchtesgaden und Godesberg wird der alte deutsche imperialistische Plan des sogenannten "Mitteleuropa" verwirklicht. Aber dieses Mitteleuropa ist fuer den deutschen Imperialismus nur ein Sprungbrett, um eine Neuaufteilung der Welt, des ueberseeischen Kolonialbesitzes nach seinen Wuenschen durchzufuehren.

Der Politik Chamberlains und Daladiers liegt offenkundig das Bestreben zugrunde, die Eroberungslust des deutschen Imperialismus auf die SU abzulenken. Die Londoner Beschlüsse bedeuten praktisch, dass der deutsche Imperialismus die von ihm frueher geforderte freie Hand nach Osten erhaelt. Nachdem das französisch-tschechoslowakische Buendnis zerrissen ist, ist das Buendnis zwischen Frankreich und der SU im Grunde genommen nur ein Stueck Papier von einem ueberdies zweifelhaften historischen Wert. Die Gefahren fuer die SU sind jetzt zweifellos gewachsen. Andererseits ist es noch eine Frage, ob Nazideutschland von der freien Hand nach Osten, die es frueher gefordert hat, jetzt, nachdem es sie erhalten hat, sofort und zuerst Gebrauch machen wird. Bei allem konterrevolutionaeren Hass gegen die SU haben die Na-zis nie vergessen, dass ihnen im Westen fette Kolonialbissen und Welt-herrschaftsaussichten winken. Die Angst, die die britischen und franzoesischen Imperialisten jetzt vor ihnen an den Tag gelegt haben, wird die Na-zis nur dazu ermutigen, ihnen weiter auf den Leib zu ruecken. Diejenigen Kreise in den Spitzen der deutschen faschistischen Diktatur, die bisher noch Zweifel daran hegten, ob der deutsche Imperialismus es sich leisten koenne, mit Frankreich und England ernsthaft anzubinden, werden jetzt nach der Reaktion Chamberlains und Daladiers auf das Hitlersche Ultimatum diese ihre Zweifel einbuessen.

+ +

Was sich jetzt abgespielt hat, ist der voellige Bankrott der ganzen stalinistischen Komintern- und Aussenpolitik. Und zwar hat die Tatsache, dass die Stalinisten versucht haben, die internationale Arbeiterbewegung als ein einfaches Instrument der Diplomatie der SU zu missbrauchen, zugleich mit der voelligen Korrumptierung der KI auch die aussenpolitische Stellung der SU a-uf das Staerkste in Mitleidenschaft gezogen hat. Im Namen der Buendnispolitik zwischen der SU und den demokratischen Imperialisten wurde die Volksfrontpolitik eingeleitet und die KI in den Dienst der verbuendeten oder umworbenen Imperialisten gestellt. Die Verschacherung der KI an die Bourgeoisie wirkte sich auf die gesamte internationale Arbeiterbewegung demoralisierend und laermend aus. Die spanische Revolution wurde von der KI im Interesse der "guten Beziehungen" zwischen der Stalinclique und den demokratischen Imperialisten verraten. Die KI setzte alles in Bewegung, um selbstaendige Klassenaktionen der Arbeiter zu verhindern. Sie legte dadurch den einzigen wirklich zuverlaessigen Verbueundeten der SU lahm. Sie machte mit ihren eigenen Haenden die Bahn fuer imperialistische Schachergeschaefte a-uf Kosten der SU frei. Indem sie die selbstaendige revolutionaere Aktion des Proletariats hinderte, schuf die Stalinsche KI eine Lage, in der die kapitalistische Welt ungehindert einem neuen Kriege entgegentreibt, denn keine imperialistische Politik, welcher Art auch immer, sondern nur die selbstaendige Klassenaktion der Arbeiter, ihr Kampf fuer die proletarische Revolution kann dem imperialistischen Krieg wirksam entgegenarbeiten. Aber die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges bedeutet heute zugleich die Gefahr eines imperialistischen Ueberfalls auf die SU.

Die Goetzenbilder, die die Stalinclique der Arbeiterklasse zur Anbetung empfahl, nehmen sich heute recht klaeglich aus. Die Behauptung, dass die demokratischen imperialistischen Staaten zur Rolle von Vorkaempfern gegen den Faschismus berufen seien, die "kollektive Sicherheit" - alles das klingt heute wie ein schlechter Witz, und die von der KI gepredigte "aktive Friedenspolitik" in den demokratischen Laendern hat sich als kriegshetzerischer Sozialchauvinismus erwiesen. Die SU ist aussenpolitisch isoliert und von Gefahren umgeben. Die Stalinclique hat nicht nur gegen die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Laendern, sondern auch gegen die Sicherheit des Sowjetstaates gefrevelt. Das Interesse sowohl der Werktaetigen der SU als der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Laendern gebietet es, dass die der demoralisierten Clique die Moeglichkeit genommen wird, die Politik des Sowjetstaates und der internationalen Arbeiterbewegung zu beeinflussen. Wir



Ein Manifest der Kolonialarbeiter  
=====

Das Organ der ILP, der "New Leader", veroeffentlicht in seiner Nummer vom 23. September folgenden Aufruf des Exekutivkomitees des Internationalen Bueros fuer afrikanische Fragen:

"An die Afrikaner, an die Menschen afrikanischer Abstammung  
und die Kolonialvoelker in der ganzen Welt"

Ihr, die Ihr die am meisten Unterdrueckten und Ausgebeuteten seid, werdet vielleicht bald aufgefordert werden, an einem Kriege teilzunehmen, der Millionen von Maennern, Frauen und Kinder abzuschlachten und Ruin, Elend und Verwuestung in einem bisher nicht ertraeumten Ausmass zu bringen droht.

Die Tschechoslowakei wird im Jahre 1938 von den Imperialisten in derselben Weise als Schachfigur benutzt wie Belgien 1914.

Das ist die Wahrheit, die sie uns nicht zu sagen wagen. Wenn diese "demokratischen" Laender so daran interessiert sind, die kleinen Nationen zu retten und Gesetz und Ordnung zu waehren, warum standen sie dann abseits und erlaubten es Mussolini, unsere wehrlosen schwarzen Brueder in Abessinien anzugreifen und Maenner, Frauen und Kinder mit Giftgas zu morden? Um Euch irrezufuehren, versuchen unsere imperialistischen Herren und ihre schwarzen Agenten Euch zu betruegen, indem sie Euch auffordern, sich ihnen anzuschliessen und fuer "Demokratie" gegen "Faschismus" zu kaempfen.

Demokratie! Schwarze Brueder, was wissen wir von Demokratie? Das ist nichts als ein Koeder, um uns zu fangen. Im Jahre 1914 sagten sie uns auch, dass man fuer Demokratie und Selbstbestimmungsrecht kaempfe. Millionen von uns starben in Flandern, in Palaestina, in Ost-, West- und Suedafrika. Aber was erhielten wir? Mehr Sklaverei, mehr Unterdrueckung, mehr Ausbeutung.

Brueder aus Afrika und afrikanischer Abstammung, was fuer Demokratie, welche Freiheiten, welche Rechte haben wir in diesem "glorreichen" britischen Imperium bekommen, das uns jetzt auffordert, unser Blut zu seiner Verteidigung zu vergiessen?

Euch/

Unsere gierigen und erbarmungslosen Unterdruecker haben Euer Land geraubt, Eure Zivilisation vernichtet und anstatt ihrer ein Regime, das schlimmer als Sklaverei ist, errichtet. In Eurem eigenen Lande seid Ihr nicht gleichberechtigt, Ihr werdet wie Vieh in Reservationsgebieten und besonderen Wohnvierteln eingepfercht, Ihr muesst Paesse haben wie gemeine Verbrecher und Ihr erhaltet Hungerloehne von 3 Francs taeglich.

Euch in Westindien werden nach hundert Jahren sogenannter Emanzipation immer noch die elementarsten Rechte menschlicher Wesen verweigert. Wenn Ihr Brot verlangt, geben sie Euch Kugeln! Die Bedingungen, unter denen Ihr lebt, sind die eines Kolonialfaschismus.

Wir klagen die ganze Bande von europaeischen Raeubern und Sklavenhaltern der Kolonialvoelker an. Deutsche Nazis, italienische Faschisten, britische, franzoesische, belgische "Demokratien" - sie sind alle in gleicher Weise imperialistische Ausbeuter.

Wir beklagen einen Krieg und den Ruin, den er verursachen wird, aber Europas Schwierigkeiten bieten eine guenstige Chance fuer Afrika. Die Schwarzen koennen ueberall, unter welcher Fahne auch immer sie leben, im Krieg wie im Frieden nur ein Ziel - Unabhaengigkeit - und wir rufen unsere Brueder ueberall auf, sich nicht durch die luegnerischen Versprechungen, die die Imperialisten machen werden, einfangen zu lassen. Wir fordern Euch auf, Euch zu organisieren und bereit zu sein, die guenstigen Gelegenheiten, sobald sie sich bieten, auszu-



nutzen.

Den Indern, den Bewohnern von Ceylon, Burma, den Arabern und allen Kolonialvoelkern, die fuer dasselbe Endziel kaempfen, bieten wir ein festes Buendnis an. Wir brandmarken als Verraeter alle Eingeborenen, die uns in diese blutige Schlaechtereil hineinzuziehen versuchen. Seid wachsam, Genossen. Beobachtet die Verraeter in Euren Reihen.

Britische Arbeiter! Obwohl Ihr uns in der Vergangenheit vernachlaessigt habt, moechten wir Euch heute in dieser Stunde der gemeinsamen Krise wissen lassen, dass wir Schwarzen Euch das nicht nachtragen. Die Imperialisten sind unser gemeinsamer Feind, und die gegenwaertige Krise bietet uns eine gemeinsame Chance, sie von uns abzuschuetteln. Lasst uns einig sein gegen die Kriegshetzer und alle Arbeiterverfuehrer, die uns unter der Losung "Verteidigt die Demokratie" zur Schlachtbank fuehren moechten. Denkt an 1914.

Weisse Brueder, lasst Euch nicht irrefuehren. Unsere Freiheit ist ein Schritt vorwaerts zu Eurer Freiheit. In dem gemeinsamen Bemuehen um die Unabhaengigkeit der Kolonialvoelker und der Emanzipation der europaeischen Arbeiter werden die schwarzen und die weissen Arbeiter die Menschheit von der Geisel des Imperialismus befreien und ihr eine neue Zukunft eroeffnen.

Nieder mit dem imperialistischen Krieg!

Schwarze Werktaetige, kaempft fuer Eure eigene Unabhaengigkeit! Schwarze und weisse Arbeiter vereinigt Euch gegen alle Imperialismen - faschistische und demokratische!

Kolonialvoelker, schliesst die Reihen!"

### Die internationale Aktion gegen den imperialistischen Krieg

=====

Die PSOP hat einen Aufruf gegen den drohenden imperialistischen Krieg erlassen, der in einer Sondernummer des "Juin 1936" veroeffentlicht worden ist und weite Verbreitung gefunden hat, trotzdem die Polizei die Zeitungsverkaeufer verhaftete und die Nummer beschlagnahmte. Eine oeffentliche Antikriegsversammlung, zu der die PSOP aufgerufen hatte, wurde verboten. Dasselbe Schicksal erlitt eine oeffentliche Antikriegsversammlung, die vom "Centre Syndical contre la guerre", einberufen worden war und auf der Vertreter verschiedener Gewerkschaften und auch Marceau Pivert sprechen sollten. Trotz dem Verbot fanden sich vor dem Versammlungslokal, das von der Polizei bewacht wurde, zahlreiche Arbeiter ein, die gegen den imperialistischen Krieg demonstrierten. Die Polizei versuchte die Demonstranten zu zerstreuen.

In England fanden Beratungen ueber gemeinsame Aktionen gegen den imperialistischen Krieg statt, an denen sich die ILP, die Opposition in der Labour Party und die "Nie-wieder-Krieg-Bewegung" beteiligten. Am vergangenen Sonntag tagte eine Konferenz, deren Vorsitz John Aplin (ILP) fuehrte und auf der Parlamentsmitglieder, Militanten und einfache Mitglieder der Labour Party, Vertreter der ILP, des Internationalen Afrikanischen Bueros, der "Nie-wieder-Krieg-Bewegung", der Revolutionaeren Sozialistischen Liga und der Militant Labour League anwesend waren. Fenner Brockway (ILP) machte Vorschlaege fuer die Bildung eines Komitees gegen den Krieg, dem alle Organisationen angehoren sollen, die gegen den imperialistischen Krieg kaempfen. Dieses Komitee soll folgende Aufgaben haben: gemeinsame Propaganda, die Organisierung von Widerstand gegen die allgemeine Wehrpflicht und die Einrichtung eines Unterstuetzungsfonds fuer diejenigen, die in England oder in anderen Laendern sich weigern, fuer den Krieg einzutreten.



Aus dem Elsass:

Das Kriegsgespenst geht um  
 =====

Die Zuspitzung der internationalen Lage im Zusammenhang mit dem deutsch-tschechoslowakischen Konflikt hat im Elsass, dessen Grenzgebiet im Falle des Inkrafttretens des franko-tschechoslowakischen Beistandspaktes Kriegszone werden wuerde, die heftigsten Reaktionen hervorgerufen. Alle die Erscheinungen, die bei der Besetzung der ehemals entmilitarisierten Rheinlandzone durch die deutsche Armee in der elsassischen Bevoelkerung auftraten, haben sich diesmal in noch drastischeren Formen geaeussert: der Run auf Banken und Sparkassen, weitgehende Stockung des Geschaeftslebens, Auswanderung nach dem Innern, waehrend die Geschaefte fuer Reiseartikel (Koffer, Rucksaecke) und die Transportunternehmen eine nie gekannte Konjunktur erlebten. So wurden fuer Moebeltransporte nach dem Innern enorme Preise gezahlt, waehrend der Touristenverkehr aussetzte. Allgemeine Sorge und Ungewissheit lastete auf der ganzen Bevoelkerung, insbesondere auf dem Teil, der ueber sein Schicksal im Falle des Kriegsausbruchs im unklaren ist und fuer dessen Abtransport keine oder nur allgemein gehaltene Bestimmungen vorliegen. Zahlreiche Familien bourgeois Kreise haben, ohne die weitere Entwicklung und Raemungsorder abzuwarten, sich nach Innerfrankreich begeben. Dies bewirkte, da es sich in den meisten Faellen um sehr "patriotische" Kreise handelte, in den Kreisen der arbeitenden Bevoelkerung eine solche Verbitterung, dass die Presse oeffentlich die Ausreisser verurteilen und von ihnen abruecken musste. Wenn man weiss, dass die 190.000 Strasbourger im Falle des Kriegsausbruchs auf der nach Westen fuehrenden Strasse mit Lastwagen abtransport worden sollen und jede Person nur 35 kg Gepaeck mit sich fuehren darf, wird man die Vorbitterung begreifen.

Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass die autonomistische Presse die wachsende Kriegsangst der Bevoelkerung und ihre durch die obengenannten Erscheinungen zunehmende Erbitterung fuer ihre hitlerfreundliche Propaganda ausnuetzte und den Verzicht auf die Beistandspakte und die Herbeifuehrung des deutsch-franzoesischen Ausgleichs als die gegebene Politik vom Standpunkt der Interessen des Elsass und selbstverstaendlich auch der Frankreichs darstellte. Diese These wurde in dem gleichen Moment auch von dem klerikal-autonomistischen Fluegel der UPR uebernommen, da Flandin und Konsorten in Uebereinstimmung mit der Londoner City sich darauf einrichteten, die Tschechoslowakei dem Hitlerimperialismus zu opfern und mit ihrer Kampagne dafuer begannen. Dem autonomistischen Fluegel um Rossé folgte, wenn auch in gemeinsamer Form, der Fluegel der UPR um Michel Walter, der in einem Artikel auseinanderzusetzen versuchte, dass es schwer fallen wuerde, fuer Frankreich irgendeine Verpflichtung abzuleiten, sich fuer ein solches Gebilde wie den tschechoslowakischen Staat in einen furchtbaren Konflikt hineinziehen zu lassen."

Die faschistische Arbeitsfront des Bauernbuendlers Bilger aber ging unter folgenden Losungen fuer Hitler ins Geschaeft: "Dem internationalen Judentum zum Trotz! - Kein Voelkermord wegen den Tschechen! - Eine Stelle in dem faschistischen Elborat lautet:

"Vielleicht legt die Kriegsfurie morgen unsere Heimat in Truemmer, verschlingt alles Erschaffte, mordet Frauen und Kinder, genau wie jene an der Front. Alles nach dem Willen des internationalen Judentums und fuer die Tschechen, die uns so fremd sind wie ein Negerstaat in Kamerun."

Bei den Sozialisten herrschte eine Stimmung, die zwischen zwei Standpunkten hin- und herpendelt: einerseits der Wille, der weiteren Ausbreitung des Hitlerfaschismus mit allen Mitteln entgegenzutreten, andererseits die Furcht vor einem Krieg, der mit ihrer kleinbuengerlichen pazifistischen Tradition im Widerspruch steht. Zumindestens konnte man eine gewisse Scheu konstatieren, fuer die aus der Theorie der Kollektivsicherheit folgende Verpflichtung zum mili-



taerischen Eingriffen Frankreichs im Falle eines Angriffs Hitlerdeutschlands auf die Tschechoslowakei die volle Verantwortung zu uebernehmen.

Allein auf kommunistischer Seite gab es in dieser Hinsicht keine Schwankungen. Die KP war im gewissen Sinne die einzig konsequente Partei, die fest zu den durch den franzoesischen Imperialismus eingegangenen Beistandsverpflichtungen stand und am entschiedensten die These von der Verteidigung der Integritaeet der Tschechoslowakei im Interesse der Sicherheit Frankreichs im Elsass vertrat.

Was sich in den Tagen bis zur Reise Chamberlains im Elsass zeigte, das ist, das es faktisch nur zwei Fraktionen gibt, die beide keineswegs scharf von einander getrennt sind und zwischen denen das Volk, von Angst und Sorge gepeinigt, hin- und herirrt. Die grosse Mehrheit wird zwischen diesen beiden Polen, der Politik der Kapitulation vor Hitlers Machtanspruechen - die man ihm als die Erfuellung des ersehnten Friedens preist - und der Politik des verelagten Widerstandes der "Demokratien" - die man ihm ebenfalls als die Erfuellung des Friedens darstellt, von Sorgen und Aengsten hin- und hergeworfen. Es sieht immer geringere Chancen, den Frieden auf diesen Wegen zu retten und naehert sich Schritt fuer Schritt einem Zustande, da ihm das Ende mit loehrechen vorteilhafter erscheint als der Schrecken ohne Ende.

In dieser Lage empfinden die wenigen klarblickenden revolutionaeren Arbeiter immer dringender die Notwendigkeit der Organisierung einer Kraft, die auf den Grundsaeetzen des proletarischen Internationalismus fussend, den breiten Massen die Perspektive eines Auswegs aus diesem von Fiebern und Kraempfen geschuettelten, bis an die Zaehne bewaffneten kapitalistischen und nationalitischen Europa weist. Eine Perspektive, fuer die es wenigstens lohnt, sich zu ohlagen und der arbeitenden Menschheit eine von imperialistischen Gegenzaetzen befreite Welt gibt. Welch eine Fuelle von durchschlagenden Beweisen liefert gerade jetzt die kapitalistische Welt fuer die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Voelker zu einer foederativen sozialistischen Raeteepublik Europas und der Welt. Aber gerade, da die Massen, von der Kriegsangst gepeinigt sind, und nach einem Ausweg aus diesem kapitalistischen Wahnsinn paehen, schweigen die grossen Arbeiterparteien ihre ehemals verkueendeten Ziele tot und bewegen sich auf den alten ausgetretenen Bahnen imperialistischer Politik, die den Voelkern nur noch den Krieg am laufenden Bande und ohnst nichts zu geben vermag.

Die Kriegsangst des Elsass bewegt heute alle Voelker. Es liegt an den proletarischen Revolutionaeren, den vom Grauen des nahenden Krieges gepeinigten Voelkern die Notwendigkeit des einzig berechtigten Krieges zu verkueennen, des Krieges fuer ihre eigene Befreiung, die zugleich die Befreiung von ihnen ueberholten und nichts mehr als Barbaroi und Zerstoerung produzierenden Regime ist.

#### Der Kapitalismus - die Wurzel des Krieges

=====

Der Krieg ist kein Zufall, keine 'Suende', wie das die christlichen Pfaffen glauben (die den Patriotismus, die Humanitaet und den Frieden in nicht mindere Masse predigen als die Opportunisten), sondern eine unvermeidliche Stufe des Kapitalismus, eine ebenso gesetzmassige Form des kapitalistischen Lebens wie der Friede." (Lenin, 1. November 1914).

Erscheint  
wöchentlich

Einzel exemplar - .75 f  
monatlich : 2,50  
Ausland 7,50

# ARBEITERPOLITIK

Organ der Kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

No. 39/V. Jahrgang

Erste Oktober - Woche 1938

Der "Frieden" vor dem Kriege .  
-----

1. Der Friedenswille des Volkes und der "Friedenswille" der herr-  
-----  
schenden Klassen .  
-----

In allen beteiligten Ländern atmen die Volksmassen ~~we~~ von einem Alpdruck befreit auf, da der Krieg vermieden ist, den sie bereits unmittelbar vor Augen sahen.

Die herrschenden Klassen und ihre Regierungen beeilen sich in allen Ländern, diese Stimmung der Massen für sich auszunützen, sich mit den Friedenslorbeeren schmücken zu lassen und sich die Zustimmung, zu der von ihnen betriebenen faulen imperialistischen, reaktionären und verräterischen Politik zu erschwindeln..

Diesem neuen grandiosen Volksbetrug müssen alle wirklichen Vertreter der Arbeiterklasse mit der größten Entschiedenheit und Ausdauer entgegen treten.

Der Friedenswille der werktätigen Massen und der "Friedenswille" der herrschenden Klassen in einem gegebenen Augenblick und in einem gegebenen Lande sind durchaus verschiedene Dinge.

Alle Beobachtungen und Berichte zeigen, daß die Angst vor dem Kriege und der Haß gegen den Krieg nicht weniger in den Volksmassen Hitlerdeutschlands und des faschistischen Italiens, wie in denen Englands und Frankreichs vorhanden war. Die Angst und der Haß gegen den Krieg in den werktätigen Massen haben sich im Vergleich zu 1914 außerordentlich vertieft, warum? Erstens weil die Erfahrungen des Krieges von 1914-18, seiner ungeheuren Opfer und Entbehrungen, ebenso wie seiner Unfähigkeit, irgendeine der Krigen wirklich zu lösen, die der niedergehenden bürgerlichen Gesellschaft gestellt sind, von den Massen gemacht worden sind. Zweitens weil die Erfahrungen des spanischen, abessinischen und chinesischen Krieges den Massen gezeigt haben, daß ein kommender Krieg noch viel größeres Grauen und Verwüstung bedeuten wird, als der letzte Weltkrieg. Drittens weil von vornherein klar ist, daß der kommende Krieg als "totalitärer" Krieg geführt wird, der nicht nur die Armeen an der Front, sondern auch die gesamte Zivilbevölkerung im Hinterlande den Schrecken des Krieges, den Luftangriffen, den Giftgasen, dem Hunger aussetzt.

Aus diesen Gründen ist heute die Angst vor dem Kriege und der Haß gegen ihn in den werktätigen Massen viel tiefer, als es 1914 der Fall war.

Ganz anders stehen die Dinge bei den herrschenden Klassen, bei den

Trägern des Imperialismus.

Keine imperialistische Politik ist möglich, die nicht den Willen einschließt, das Risiko des Krieges für die Durchsetzung imperialistischer Zwecke auf sich zu nehmen-

Furcht vor dem Kriege oder Haß gegen den Krieg ist bei den herrschenden Klassen im Zeitalter des niedergehenden Imperialismus nur eine bedingte, relative Erscheinung.

Wenn der Krieg ohne ernstes Risiko ist und sichere Erfolge verspricht, dann besteht bei den herrschenden Klassen keine Hemmung. Das zeigt der Überfall Hitlerdeutschlands auf Österreich.

Wenn jetzt der Krieg vermieden ist, so bei jedem der an der Krise am nächsten beteiligten imperialistischen Staaten aus ganz konkreten Erwägungen des Risikos, der Erfolgsaussichten, der vorhergesehenen Wirkungen, der objektiven Kräfteverhältnisse und ihrer subjektiven Einschätzungen.

Hitlerdeutschland schreckte noch zurück vor der Aussicht auf einen Krieg gegen eine europäische Koalition ( mit der Aussicht auf baldige Teilnahme Amerikas auf der gegnerischen Seite ), bei dem es nicht einmal seines italienischen Verbündeten mehr sicher war.

Warum schreckten England und Frankreich zurück ?

Mit der Sowjetunion, der Tschechoslovakei und mit Amerika, wenn nicht sofort, doch in verhältnismässig kurzer Frist auf ihrer Seite, konnten sie sicher sein, wenn auch mit großen Anstrengungen und riesigen Opfern Hitlerdeutschland vernichtend zu schlagen und ebenso Hitlerdeutschland und Italien zusammen.

Aber sie fürchteten diesen Sieg.

Sie fürchteten ihn, weil sie Hitler und Mussolini als Hüter der " Ordnung " in Europa, der kapitalistischen Ausbeuterordnung betrachteten, weil ihnen graut vor der Revolution, die mit dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes mitten in Europa ihren Einzug halten würde und weil sie nicht sicher sind, wie weit die revolutionäre Flut sich dann erstrecken würde. Dies ganz unabhängig von der gegenwärtigen Haltung der Arbeiterschaft. Bei einem europäischen Kriege droht die Revolution als elementare Folge der ungeheuren Krise, die ein solcher Krieg für die Grundlagen der kapitalistischen Klassenherrschaft bedeutet. Ein solcher Krieg droht elementare revolutionäre Kräfte auszulösen.

Sie fürchteten den Krieg, weil die durch ihn bewirkte Erschütterung bei jedem Ausgang ihre Kolonialreiche von innen her bedroht - durch den Aufstand der unterdrückten Kolonialvölker, um nicht zu sprechen von den Versuchen ihrer imperialistischen Rivalen, diesen Tendenzen nach Kräften nachzuhelfen.

Sie fürchteten den Krieg, weil die Sowjetunion als proletarischer Staat vorhanden und weil sie keineswegs die Zuversicht haben können, daß das Stalinsche Regime dem Druck des Krieges standhalten und eine zuverlässige Garantie dafür sein würde, daß die Sowjetunion auf die Dauer auf ihre weltrevolutionäre Aufgabe verzichten würde.

Sie fürchteten den Krieg, weil auch ein imperialistischer Sieg für sie im imperialistischen Sinne unfruchtbar wäre.



So kam es, daß Hitlerdeutschland die Kriegsfurcht der Andern bis zum letzten Drittel als Erpressungsmittel ausnützen konnte - bevor es selbst den Krieg zu fürchten hatte. So kam es, daß die englische und französische Regierung ihrerseits unter ihren eigenen Völkern die Kriegsfurcht nährten und ausnützten, um der Erpressung Hitlerdeutschlands nachgehen, um für sie wichtige imperialistische Teilinteressen preisgeben zu können.

Der Betrug und Bluff waren gegenseitig. Die Einzelheiten werden erst später in vollem Umfange bekannt werden.

Aber der gegenseitige Bluff und Betrug, der mit Ultimaten, mit Teilmobilisierungen, mit Einmarschdrohungen usw. durchgeführt wurde, hat durch diese Mittel eine sehr reale Kriegsgefahr erzeugt. Das Eine schließt das Andere nicht aus.

Die massiven Klasseninteressen der bürgerlichen Klassen der an der Krise am nächsten beteiligten Staaten haben den kriegerischen Konflikt diesmal noch vertagen lassen.

Die werktätigen Klassen haben keine Ursache, den herrschenden Klassen dafür den Friedenslorbeer zu winden, sie haben sie zur Rechenschaft zu ziehen für das frevelhafte Spiel, das sie mit dem Krieg getrieben haben. Sie haben vor allem sich selbst Rechenschaft zu geben, wie sie die Wiederkehr einer Lage verhindern können, in der sie, die Arbeiterklasse, als bewußte, organisierte und aktive Kraft gegen den imperialistischen Krieg fast so gut wie ausgeschaltet waren und den herrschenden Klassen die Entscheidung über Krieg und Frieden so gut wie vollständig überließen.

## 2. Der Bankrott der stalinistisch-reformistischen Politik.

-----

Der Ausgangspunkt einer Selbstbesinnung der internationalen Arbeiterklasse muß die Schaffung unerbittlicher und voller Klarheit über den betäubenden Bankrott der stalinistisch-reformistischen Politik sein, der Politik der Front der "demokratischen" gegen die faschistischen Staaten, der Politik der kollektiven Sicherheit, der Volksfrontpolitik.

Welches war die Vorstellung, die dieser Politik zugrundelag?

Es war diese:

(1) eine gemeinsame Front zu bilden zwischen der Sowjetunion ("Sowjetdemokratie") und den Staaten des demokratischen Imperialismus: England und Frankreich zum Kampfe gegen den faschistischen Imperialismus Hitlerdeutschlands und des faschistischen Italiens. Das gemeinsame Band zwischen der "Sowjetdemokratie" und der imperialistischen bürgerlichen Demokratie sollte die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie sein. Ferner lag die Vorstellung zugrunde der gemeinsamen Front der Mächte, die den imperialistischen status quo (die durch den Versailler Friedensvertrag geschaffene imperialistische Machtverteilung) gegen die imperialistischen "Aggressoren", das heißt die Mächte, die mit gewaltsamen Mitteln diesen bestehenden Zustand zu ihren Gunsten revidieren wollten (auch Japan zählt zu den Aggressoren). Diese Aggressoren bildeten die Front des "Revisionismus", während auf der Gegenseite die "Front des Friedens" sich bilden sollte. Der praktische Ausdruck dieser Politik war - der sowjetisch-französische und der sowjetisch-tschechoslovakische Hilfspakt, der Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund, der Verrat an der proletarischen Revolution in Spanien usw.

(2) Abgeleitet davon wurde die Volksfrontpolitik, die Bündnisse der Arbeiterparteien mit den bürgerlich-demokratischen oder liberalen Parteien gegen die Parteien des Faschismus oder der militaristischen oder klerikalischen Reaktion. Das Ziel : die Verteidigung der " Demokratie " nach innen und nach außen. Die Folge : das Bekenntnis zur Vaterlandsverteidigung in den Ländern des demokratischen Imperialismus , der Übergang zum bürgerlichen Patriotismus, die Hemmung oder Aufgabe des Klassenkampfes , der Verzicht um den Kampf der Diktatur des Proletariats, an dessen Stelle:angeblicher Kampf um die Verteidigung und Eroberung der " Demokratie " trat.

Die tschechoslovakische Krise war eine im großen Stile unternommene Probe auf dieses Experiment.

Was zeigte diese Probe ?

Sie zeigte :

- (1) daß die Länder des " demokratischen " Imperialismus die tschechoslovakische " Demokratie " nicht verteidigt, sondern im Stich gelassen und dem Hitlerfaschismus ausgeliefert haben.
- (2) daß die Länder des " demokratischen " Imperialismus mit denen des faschistischen Imperialismus eine " Arbeitsgemeinschaft " geschlossen haben, um gegebenenfalls die CSR zu hindern, sich gegen diesen Verrat zur Wehr zu setzen.
- (3) daß die tschechoslovakische " Demokratie " selbst davor zurückschreckte, sich allein auf die Sowjetunion zu stützen.
- (4) daß zwischen den Ländern des " demokratischen " und des faschistischen Imperialismus eine, wenn auch voraussichtlich nur zeitweilige, gemeinsame Front gebildet wurde, zur Ausschließung der Sowjetunion zunächst aus der Verfügung über Zentraleuropa. Dieser Ausschluß bedeutet, daß die Gegnerschaft gegen die Sowjetunion überwiegt und schließt die Möglichkeit , ja die Wahrscheinlichkeit ein, daß Hitlerdeutschland frei Hand gegen die Sowjetunion erhält.

Die sogenannte demokratische Front ist also bei der ersten ernsten und größeren Probe in die Luft geflogen. Die ganze Politik, die auf dieser Grundvorstellung aufgebaut war, hat bankrott gemacht.

W a r u m ?

Wir ziehen vor, statt selbst zu antworten, die Worte der " Iswestija " vom 1. Oktober 1938 anzuführen ( zitiert in der Pariser " Humanité " vom 2.10.38. in einem Moskauer Telegramm ) ::

" Was hat England und Frankreich zu einer solchen Kapitulation getrieben ?

Der Krieg ist heute kein Krieg zwischen kleinen oder großen Armeen, der heutige Krieg ist Volkskrieg. Aus der Tatsache, daß die Volksmassen an dem nächsten Kriege teilnehmen werden, stellen die an der Macht befindlichen Gruppen sich die wesentliche Frage : was tun, wenn das bewaffnete Volk seine Forderungen stellt ? - In der Furcht vor der Bewaffnung des Volkes haben die Regierenden von England und Frankreich die Kapitulation und den Verrat ihrer eigenen nationalen Interessen vorgezogen, sie haben vorgezogen, sich der Bande der Angreifer auszuliefern.

Man darf nicht vergessen, daß trotz aller Differenzen, der Methoden und der Temperamente die Klassenstruktur der Angreifer und der der Kapitulant~~en~~ dieselbe ist.

" Das ist die natürliche Erklärung der Dinge. Nur die Dummen und Naiven können glauben, daß die Konferenz der vier Mächte eine Basis des Friedens in Europa geschaffen hat. Verblindet durch die Furcht vor den bewaffneten Volksmassen, haben die regierenden Kreise Englands und Frankreichs den elementaren Sinn der Selbsterhaltung verloren " .

Diese Antwort des offiziellen Organs der Sowjetregierung ist zwar nicht erschöpfend, aber der wesentliche Kern trifft zu :

" man darf nicht vergessen, daß ... die Klassenstruktur der Angreifer und der der Kapitulant dieselbe ist " .

Diese Grundtatsache hat eben die stalinistisch-reformistische Politik " vergessen " , und sie erntet nun folgerichtig den betäubenden Bankrott dieser ihrer Politik.

Bedeutet das, daß die gemeinsame Klassenstruktur der " demokratischen " und faschistischen Imperialismen nun ein für allemal Konflikte, ja den Krieg unter ihnen verhindern wird ? Bedeutet es, daß die Arbeiterklasse überhaupt verzichten soll, die Gegensätze der imperialistischen Staaten untereinander für ihre proletarischen Klassenzwecke auszunützen ? Durchaus nicht. Das Münchener Abkommen ist kein dauerhaftes imperialistisches Bündnis, es ist ein weltweiliges Übereinkommen, aus dem sich naturgemäß neue Konflikte ergeben werden, bei allen Bemühungen der Beteiligten, den Bau für etwas längere Zeit haltbar zu machen.

Aber es folgt daraus, daß eine Politik des Proletariats, die auf der Grundvoraussetzung aufgebaut ist, daß die imperialistischen Gegensätze und daß der Gegensatz zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus eine feste Grundlage sei, auf der die proletarische Politik aufbauen könne und der sie sich unterordnen muß : daß diese Politik von vornherein falsch war und zum Verrat nicht nur am Sozialismus, sondern auch der bürgerlichen Demokratie, wie auch der nationalen Existenz kleiner Völker führen mußte .

Diese bankrotte Politik, die sich " realistisch " und besonders schlaue gebärdete, hat sich in Wirklichkeit als phantastisch und als unzulässig dumm erwiesen. Mit dieser Politik und mit ihren Vertretern muß die internationale Arbeiterklasse gründlich abrechnen und aufräumen. Sie muß zurückkehren zu einer Politik, die auf dem festen Grunde des Klassenkampfes, auf dem Kommunismus aufgebaut ist.

Was das im Einzelnen bedeutet, wird noch näher zu entwickeln sein.

Abrechnen und aufräumen mit der bankrotten stalinistisch-reformistischen Politik, das ist die nächste Folgerung, die aus den Ereignissen, die ihren Bankrott offenbart haben, gezogen werden muß.

### 3. Außenpolitische Bedeutung und nächste Perspektiven des Münchener Abkommens . . .

Summarisch zusammengefaßt ergibt sich Folgendes :

(1) Hitlerdeutschland hat die außenpolitische Vorherrschaft auf dem europäischen Festlande angetreten, Frankreich hat sie verloren. Frankreichs ganzes imperialistisches Bündnissystem in Mittel- und Ost-Europa ist zusammengebrochen.

Mit der Hegemonie Hitlerdeutschlands gebietet der Faschismus fast diktatorisch über Europa.

(2) Die Sowjetunion ist aus dem europäischen " Konzert " ausgeschlossen isoliert und damit stärker bedroht, denn je.



(3) Das Abkommen zwischen Chamberlain und Hitler leitet eine folgenschwere Lockerung des französisch-englischen Bündnisses ein. Das britische Reich hat in diesem Abkommen eine erste Folgerung aus der von ihm anerkannten, nunmehr eingetretenen europäischen Hegemonie Hitlerdeutschlands gezogen.

(4) Als das nächste Opfer erscheint Spanien. Hitler hat unmittelbar im Anschluß an die Münchener Konferenz Franco ein Telegramm gesandt; in dem er ihm den vollen Sieg wünscht.

(5) Hitlerdeutschland hat bereits seine Kolonialansprüche an England angemeldet.

(6) Die Versicherungen Hitlers, daß mit dem Sudetengebiet die territorialen Ansprüche Hitlerdeutschlands in Europa erledigt seien, sind ebensoviel wert, wie frühere Versicherungen dieser Art (zum Beispiel nach der Saarabstimmung, nach der Annektion Österreichs).

Nach dem Erfolge gegenüber der CSR und dem Verrat Frankreichs und Englands an ihr ist die Existenz aller anderen kleinen Staaten Europas stärker bedroht, denn zuvor.

(7) Von dem Kampf um die europäische Hegemonie wird Hitlerdeutschland gestützt auf den entscheidenden Erfolg, den es auf diesem Gebiete erreicht hat, übergehen zum Kampf um die imperialistische Neuaufteilung der Welt. Das bedeutet nicht, daß sein Kampf auf dem europäischen Kontinent selbst schon abgeschlossen ist.

(8) Das Eingreifen Amerikas in diesen Konflikt weist darauf hin, daß der amerikanische Imperialismus künftig aktiver und stärker als bisher in Europa eingreifen wird und zwar in dem Sinne, um die eigene imperialistische Machtstellung Amerikas zu erweitern und zur führenden zu machen.

(9) Aus alledem ergibt sich, daß die Perspektiven in Europa jetzt nicht auf Abrüstung, sondern im Großen Ganzen auf verstärkte & beschleunigte Aufrüstung gehen.

Über die innerpolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Seiten der europäischen Krise und ihrer vorläufigen "Lösung" durch das Münchener Abkommen wird weiter zu sprechen sein.

= o = o = o = o = o = o = o = o = o =

M A T E R I A L zur tschechischen K r i s e :

=====

Aus einem Aufruf der KPF ( " Humanité " vom 7.9.38. ) :

" Deutsches Volk ! Daß Du den Frieden willst und daß Du die Größe Deines Landes durch die Arbeit und nicht durch den Krieg willst. Du mußt wissen, daß, wenn Hitler den Krieg entfesselt, daß er materielle und moralische Kräfte auf der Gegenseite findet, deren Umfang er nicht ahnt ...

Deutsche ! Unsere Brüder, die Ihr für den Frieden seid und die Ihr die Kriegsprovokation des Hitlerismus zurückweist, vereinigt Euch, bildet Eure Volksfront ! "

Das Zitat zeigt, welchen Illusionen sich die Kommunistische Partei Frankreichs über die Front der demokratischen Staaten und ihre Aktionsfähigkeit gegenüber dem Faschismus hingeben hat.

Immer weitere Zugeständnisse an Hitler !

Der " Temps " , offizielles Organ des französischen Auswärtigen Amtes , im Besitz des Hüttenkomitees , schrieb in seinem Leitartikel vom 10.9.38. nachdem die Prager Regierung bereits den 8 Punkten Henleins in ihrem vierten Projekt zugestimmt hatte :

" Vielleicht ist dieses Projekt noch in gewissen Punkten zu verbessern. Es könnte , wenn nötig, Sache des Lord Runciman sein, es zu sagen, dessen bewundernswürdige Tätigkeit mehr und mehr den Charakter der Vermittlung annimmt. "

Die Illusionen über die Friedensfront, \_

In der " Humanité " vom 13.9.38. schrieb ihr leitender Außenpolitiker Péri Folgendes :

" Die Front des Friedens hat sich in der Welt gebildet. Eine elementare Gruppierung der kollektiven Sicherheit hat sich aufgerichtet " , ..

\_Hinter der tschechischen Bourgeoisie ! \_

Aus einem Aufruf der Kommunistischen Partei der Tschechoslovakei, veröffentlicht in der " Humanité " vom 14.9.38. :

" Vereinigt Euch mit allen denjenigen, die kämpfen für die Wiederherstellung der demokratischen Gesetzlichkeit und für die friedliche Verständigung !

Antifaschisten der Sudeten ! Vereinigt Euch in dieser schweren und entscheidenden Stunde , folgt den Befehlen der demokratischen Behörden ! "

Eben daß die sudetendeutschen antifaschistischen Arbeiter sich blind den Befehlen der tschechischen Bourgeoisie unterstellt haben, hat sie dazu geführt, daß sie weder imstande waren, ihre demokratischen Rechte, noch ihre nationale Existenz zu verteidigen.

Vor der Reise Chamberlains nach Berchtesgaden ,

Die Zeitung " Oeuvre " : Organ des linken Flügels der radikalsozialistischen Partei Frankreichs, der auch der französische Ministerpräsident Daladier angehört, schrieb in einem Leitartikel vom 15.9. kurz vor der Reise Chamberlains nach Berchtesgaden u.a. Folgendes :

" Plebiszit ? Internationale Polizei ? Auf dem Punkt, wo die Dinge stehen, schließt die Weltmeinung nichts aus, läßt sie alles zu " .

Das zeigt, wie die französische Bourgeoisie bereit war, vor den Drohungen Hitlers in allem und jedem nachzugeben.

Die Begleitmusik Léon Blums zur Berchtesgadener Reise Chamberlains,

Im " Populaire " dem Zentralorgan der Sozialistischen Partei Frankreichs, schrieb Léon Blum unterm 15.9.38. als Geleitwort zur Reise Chamberlains nach Berchtesgaden :

" Eine edle Kühnheit im Willen zum Frieden .  
Ich mache keinerlei Vorbehalte in der Huldigung, die ich dieser Tat des Herrn Neville Chamberlain leiste. "

Somit gab Léon Blum und gab die S.F.I.O. von vornherein ihren Segen und ihre Zustimmung zu dem, was Chamberlain in Berchtesgaden ausrichtete. Es ist nur folgerichtig, wenn die S.F.I.O. dann auch nach dem Münchener Abkommen Daladier ihre Zustimmung erteilte.

Den Befehlen Hitlers gewärtig .

Der " Temps " vom 18.9.38. schrieb in seinem Leitartikel :

" Man kann meinen, daß es vernünftig wäre, die tschechoslovakische Frage in einer allgemeinen europäischen Regelung einzubegreifen, statt darauf zu beharren, es isoliert inmitten der entfesselten Leidenschaften lösen zu wollen. Aber es ist mehr und mehr klar, daß der deutsche Führer wünscht, daß dieser Punkt vor jeder anderen Sache geregelt werde, sofort, weil die Interessen einer deutschen Bevölkerung auf dem Spiele stehen, weil das Prestige des nationalsozialistischen Regimes es erfordert, daß in dieser Beziehung eine wesentliche Genugtuung erreicht wird, ehe man Verhandlungen allgemeinen Charakters beginnt. "

" Da dem so ist, so ist das Feld der möglichen Lösungen relativ beschränkt. "

Der Wille des Führers ist für das Organ der französischen Großbourgeoisie Befehl .

Die Begrenzung der deutschen Hegemonie.

Das war der leitende Gedanke, den der " Temps " in seinem Artikel vom 20.9.38. folgendermaßen zum Ausdruck bringt :

" Es scheint wohl, daß die Idee, die die ganze Situation beherrscht, die sei, daß die ( von der Londoner Konferenz der englischen und französischen Regierungsmitglieder ) vorgeschlagene Lösung erlauben würde, eine allgemeine europäische Lösung ins Auge zu fassen und selbst in einem gewissen Maße jede Politik der deutschen Hegemonie in Zentral- und Ost-Europa zu begrenzen. "

Das war in der Tat der ganze Inhalt des englisch-französischen Widerstandes gegen das Godesberger Memorandum.

" Feige Erleichterung und Scham ... "

Im " Populaire " vom 20.9.38. schrieb Léon Blum :

" Aber wie dem auch sei, die Partie Hitlers gegen England und Frankreich ist gewonnen. Sein Plan ist der ihrige geworden. Sie sind es, die ihn der Tschechoslovakei präsentiert haben. Nichts fehlt seinem Erfolg, da es ihm selbst gelungen sein soll, die Ausschaltung der USSR aus dem System der Mächte zu erreichen, die das verstümmelte Gebiet der Tschechoslovakei garantieren sollen.

... und daß ich mich geteilt fühle zwischen feiger Erleichterung und der Scham . "

Diese Gefühle haben jedoch die französischen Sozialisten nicht verhindert, nach wie vor die Regierung Daladier zu dulden, die immer noch sich auf die Volksfrontparteien stützen kann.

( Fortsetzung des MATERIALS in der nächsten Nummer ) .



## Der " Friede " zu München und das Elsaß .

=====

Im Elsaß sind die Münchener Vereinbarungen der vier Mächte mit einem wahren Freudentaumel aufgenommen worden. Das nimmt nicht wunder. Für den Fall des Krieges mußte gerade die elsässische Bevölkerung sich darauf gefaßt machen, daß ihre Wohnungen und Arbeitsstätten von einem Tag zum andern im Schutt und Asche gelegt werden konnten.

Den jetzigen Stimmungsumschwung machen sich nun besonders die reaktionären Kreise zunutze. Die Leute um die " ELZ ", die faschistenfreundliche und die klerikale Presse, die in den kritischen Tagen die Juden, Freimaurer und " Moskau-Söldlinge " als die " Kriegstreiber " denunzierten, haben sich mit Feuereifer der Massenstimmung bemächtigt, um sie in den Dienst ihrer reaktionären Ziele zu stellen.

Der reaktionäre, mit der Flandin-Partei liierte Strassburger Maire Frey, hat sofort dem Chef der Regierung telegraphisch den Dank der " exponiertesten und am meisten bedrohten Stadt " übermittelt. In einem Kommentar zur Lage erklärt das Organ des H. Frey, die " Neue Zeitung ", daß die Völkerverständigung auf größerer Grundlage Ordnung und Disziplin im nationalen Rahmen zur Voraussetzung habe. Für Frankreich, so fährt die " N.Ztg. " fort, " ergäben sich nun eine Reihe unauflöslicher Aufgaben moralischer, politischer und wirtschaftlicher Natur. Ein neues Frankreich müsse aus der Krise hervorgehen, genau wie das Gesicht des Elsaß sich nach dieser Prüfung verändern wird. " H. Frey läßt gleichzeitig verkünden, daß das Vertrauen des Grenzlandes auf Frankreich in Zukunft von dem Maße abhängen, in dem Frankreich das " Gesunde " herausstelle und das " Morsche " entferne. Es liegt auf der Hand, was unter diesem " neuen " Frankreich zu verstehen ist. Die Formulierung von Bedingungen, an die das Vertrauen des Grenzlandes zu Frankreich geknüpft wird, ist ein deutlicher Wink mit dem Zaunpfahl nach Paris. Dieser Wink bedeutet, daß die elsässische Bourgeoisie in engster Zusammenarbeit mit der gesamten faschistenfreundlichen Reaktion Frankreichs und mit den klerikalischen und autonomistischen Kreisen des Elsaß ihre weitgesteckten politischen Ziele frei nach Abbé Ritz mit der erpresserischen Losung: " Lieber Hitler als Moskau! " durchsetzen will. Die Arbeiter haben ja seit 1936 genügend Erfahrungen, was alles unter dem Sammelbegriff " Moskau " verstanden wird.

Die klerikale Presse und neuerdings auch die Presse der mässigen Elemente der U.P.R. um M. Walter läßt ebenfalls keinen Zweifel darüber zu, daß sie sich gegen die " Kriegshetzer " und " Schwerverbrecher " keine Zügel anlegen wird.

Die " Elziäner ", die in den Tagen der außenpolitischen Hochspannung getreue Schildknappen Hitlers waren, wenn sie sich dabei auch aus rein juristischen Erwägungen hinter die verschiedensten " defaitistischen " Stimmungsmacher der französischen Metropole verkrochen, wittern jetzt gleichfalls Morgenluft. Nachdem sie noch wenige Tage vor der Viererbesprechung Gegenstand heftiger Protestdemonstrationen waren, gegen die sie die Garde Mobile in Schutz nehmen mußte, treten sie jetzt mit der Dornenkrone des Märtyrers im " Dienst des Friedens " vor das Volk. Sie setzen sich in die Positur des Anklägers.

" Was wir heute haben, ist die Scheindemokratie, wo das Geld, die Freimaurerei und andere dunkle Gewalten herrschen!  
Was wir wollen, ist Ordnung und Freiheit, Liebe zur Arbeit, Ausschaltung der bolschewistischen Demagogie und der kapitalistischen Ausbeutung ....

" Wir wollen nicht, daß unsere jungen Männer zum Kanonenfutter des vom Bolschewismus gewollten Krieges bestimmt werden !

Wir wollen den Frieden ! Wir kämpfen mit allen Mitteln gegen die Kriegspartei ! Nie mehr soll es zu einem deutsch-französischen Kriege kommen ! Nie mehr soll ein Krieg unsere Heimat bedrohen ! ..... usw. "

Die Herren zeigen jetzt die geschwellte Brust. Sie machen sich unge-  
niert zum Mundstück der Forderungen der nazistischen Außenpolitik :

" Verzichtet auf die Versailler Ideen ... Verständigt Euch mit  
Deutschland ! "

Und dann werden die Ansprüche auf das so famose " Selbstbestimmungs-  
recht " geltend gemacht, das sich als eine so vorzügliche Waffe im  
Dienste der nazistischen imperialistischen Expansionspolitik erwiesen  
hat und deren " Verwirklichung " Frankreich " nach 20-jähriger Verherr-  
lichung im Völkerbund " jetzt " an anderen Stellen Europas für selbst-  
verständlich hält "

Die Elzianer, die von den Jungmannschaften Bicklers und dem verblie-  
benen Rest der Koberger getreulich sekundiert werden, haben auch  
schon ihren Befriedigungs- und nationalen Ausgleichsplan fertig. Denn  
wenn Hitler auf Elsaß-Lothringen " feierlich " verzichtet hat, so  
bedeutet das doch nicht, daß er für alle Zeit die Hilferufe der " Vo-  
gesendeutschen " mißachten wird.

Das sind die sichtbarsten Auswirkungen des Münchener " Friedens " im  
bürgerlich-reaktionären Lager im Elsaß. Die Wirkungen auf die Arbeiter-  
parteien im Elsaß entsprechen im Wesentlichen denen, die sich bei  
ihnen im Ganzen zeigen. Die Haltung der Sozialisten läßt sich in dem  
Blumschen Ausruf zusammenfassen : " Zwei Seelen wohnen ach in meiner  
Brust .... " Die eine heißt Zyromski, und die andere Paul Faure.

Die Kommunisten aber, die sich zum entschiedensten Verfechter der  
imperialistischen Machtstellung Frankreichs gemacht hatten, die im  
Namen der Verteidigung der Demokratie gegen den Faschismus als die  
entschlossensten Vertreter derselben auftreten, sehen sich plötzlich  
von der Bourgeoisie verlassen, der sie die Rolle eines Verteidigers  
der Weltdemokratie zugesprochen hatten, sehen sich plötzlich auch von der  
C.G.T. verlassen. In die Position der Kriegspartei gedrängt, wollte die  
KP ihre Bündnisfähigkeit durch die völlige ideologische Aufgabe aller  
kommunistischer Prinzipien im Interesse der S.U. erreichen. Im vermeint-  
lichen Interesse der Verteidigung der demokratischen Rechte der Ar-  
beiter im Innern, hat die KP eine Politik " weiser " Mäßigung betrie-  
ben. Im vermeintlichen Interesse einer starken Außenpolitik der Demo-  
kratie gegen die faschistischen Aggressoren hat sie sich zum wärm-  
sten und bedingungslosen Verteidiger der bourgeoisen Klassenarmee, zur  
bedingungslosen Ja-Sage-Maschine der Generalstabsforderungen, zum  
Propagandisten des vulgärsten bürgerlichen Nationalismus geseht.  
Das Ergebnis ist nach innen und außen gleich verheerend. Über die  
daraus zu ziehenden Folgerungen wird noch zu sprechen sein.

Die IVKO, die allen Verleumdungen zum Trotz diese Folgen der Volks-  
frontpolitik voraussah und ihr die Politik des proletarischen Inter-  
nationalismus und des proletarischen Klassenkampfes entgegenstellte,  
hat jetzt mehr denn je die Pflicht, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen-

- // -

Verantwortlich : Emile Hirtzel, Strasbourg

Erscheint  
wöchentlich

Einzelexemplar:  
0,75 f  
monatlich: 2,50 f

# ARBEITERPOLITIK

Organ der Kommunistischen Partei-Op<sup>o</sup>sition Elsass (Section der I.V.K.O.)

No. 40/V. Jahrgang

Zweite Oktoberwoche 1938

Der Prozeß gegen die P.O.U.M. hat begonnen !

Am 11. Oktober 1938 hat in Barcelona der oft angesagte, dann wieder verschobene Prozeß gegen die Genossen des Exekutivkomitees der P.O.U.M. begonnen. Vorläufig liegen erst die schamlosen Berichte der "Humanité" und der Havas-Agentur vor. Aber auch aus diesen Berichten geht bereits hervor, daß sich die Angeklagten in Ankläger verwandelt haben.

Die Anklage, die auf Hochverrat und Spionage lautet, wird vor einem Gericht verhandelt, das nur eine Strafe, die Todesstrafe, kennt. Unsere Genossen müssen in allen Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen Proteste organisieren, die die Freilassung der besten Vertreter der spanischen Revolution fordern. Aber auch Einzelproteste durch Schreiben an das Gericht, an die Regierung, an die spanischen Konsulate und Gesandtschaften müssen geschickt werden. Handelt rasch. Nur die Weltöffentlichkeit kann das Gericht und die Regierung zwingen, vor der Vervollendung ihres geplanten Verbrechens, von der Ermordung der P.O.U.M.-Genossen Abstand zu nehmen.

Büro der I.V.K.O.

Frankreich nach dem Münchener Abkommen.

Der gewaltige Zuwachs an Macht und Prestige, den Hitlerdeutschland durch seinen außenpolitischen Erfolg errungen hat, hat nicht nur erst-rangige Bedeutung für den Französischen Imperialismus, er beginnt bereits auch, sich innerpolitisch auszuwirken.

"Nichts ist so erfolgreich, wie der Erfolg", sagt ein amerikanisches Sprichwort. Was natürlicher, als daß die Methoden, mit denen das faschistische Deutschland seinen Erfolg erzielt hat, bei den besitzenden Klassen Frankreichs nunmehr mit erhöhter Aufmerksamkeit daraufhin angesehen werden, ob sie sich nicht auch für "innere" Anwendung bei sich Zuhause eignen.

Schon zuvor hatten die französischen Industriellen gegenüber der Vierzigstundenwoche in Frankreich auf die in weitem Umfange in Deutsch-



land praktizierte Sechzigstundenwoche verwiesen.

Selbst Léon Blum hatte bei seinen Finanzvorschlägen geistige Anleihen bei Hitlerdeutschland gemacht.

Dazu kommt noch ein weiteres wichtiges Moment : nach dem Tag von München wird Frankreich, wie England, im Zeichen der maximal gesteigerten und beschleunigten Aufrüstung stehen. Das bedingt aber in den Augen der herrschenden Klassen die Straffung des inneren Regimes im Namen der " nationalen Disziplin " . Diesem Gesetz entgeht kein bürgerlicher Staat.

Und bereits vernimmt man Töne, die bezeugen, wie der Kredit der parlamentarischen Demokratie in raschem Sinken ist.

So liest man zum Beispiel in der Zeitung " Paris Midi " vom 6.10.38.:

" Jedes Mal , wenn ein Regierungschef gewillt ist, zu regieren, was tut er ?

Er schickt die Herren Abgeordneten aufs Land.

So ist das. Dagegen ist nichts zu machen. Aber wird dieses Spiel lange dauern , fragt man heute morgen.

Das Parlament wird bezahlt, um zu handeln. Wenn es unfähig oder nicht stark genug dazu ist, so möge es verschwinden - setzt man hinzu.

Oder dann schreite man zu einer neuen Befragung der Wähler, da die letzten Abstimmungen ebenso viele Todesanzeigen für die Volksfront waren.

Für den Augenblick ist Herr Daladier im Besitz des Ermächtigungsgesetzes.

Hat er es sich geben lassen, um sich seiner nicht zu bedienen ? "

Auch die Zeitung der Industriellen , " La Journée Industrielle " , wirft die Frage auf, ob das Parlament endgültig unfähig sei, zu regieren . Es fährt fort :

" Wir wollen nicht sagen, daß diese Gebrechen jedem demokratischen Regime anhaften, England gibt uns gerade den Beweis des Gegenteils. Gewiß, die öffentliche Meinung ist dort geteilt, wie bei uns, aber sie ist einmütig darin, die Regierung, die an der Macht ist, regieren zu lassen . Sie weiss, daß die wahren Maßregeln zur Rettung des Staates nur denjenigen möglich sind, die über eine unbestrittene Autorität verfügen. Handelt es sich also um eine unteilbare Differenz im nationalen Temperament zwischen ihnen und uns ? "

Es handelt sich hier nicht nur um vereinzelte Zeitungsstimmen. Diese Stimmen drücken eine an Breite und Stärke gewachsene Stimmung nicht nur in bürgerlichen Kreisen, sondern auch darüber hinaus in bestimmten Teilen der Massen aus, das Sinken des Massenkredits der parlamentarischen Demokratie , auf das auch der Pariser Berichterstatte des " Manchester Guardian " nach dem Tag von München hingewiesen hat. Den antiparlamentarischen , autoritären Stimmungen im Kreise der besitzenden Klasse entspricht eine wachsende Empfänglichkeit dafür in den Massen .

Auf Grund dieser Stimmung konnte die Regierung Daladier es ohne Mühe durchsetzen, daß das Parlament nach der schweren Krise, die Europa durchmachte, nach der schweren Niederlage, die der französische Imperialismus erlitten hat, auf eine wirkliche Debatte, wie das britische Parlament sie vornahm, verzichten - eine für ein Land der

parlamentarischen Demokratie erstaunliche Tatsache.

Indem das Parlament diese Vollmachten gewährte, gestand es nicht ein, daß es selbst energischer durchgreifender Maßregeln nicht fähig ist? Dies ist ein merkwürdiges Resultat der Volksfrontpolitik, die doch wohl darauf abzielte, die bürgerliche Demokratie gegen den Faschismus zu verteidigen, ja, sie zu stärken und sie auszubauen.

Bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz enthielt sich die sozialistische Kammerfraktion der Stimme, nachdem sie zuerst beschlossen hatte, dagegen zu stimmen. Die kommunistische Parlamentsgruppe stimmte gegen die Vollmachten.

Die parlamentarische Volksfront ist also zerfallen. Und zwar nicht in irgendeiner nebensächlichen Frage, sondern in einer Kardinalfrage.

Die bürgerlichen Rechtsparteien richten jetzt offen und direkt an die Regierung und an die radikalsozialistische Partei die Frage, ob sie künftig sich auf die "nationale Mehrheit" stützen wolle, deren Politik sie gemacht habe und die sie "gerettet" hat.

So schreibt Léon Bailby im "Jour":

"Herr Daladier wäre ein wenig undankbar, wenn er vergessen würde, daß er von den Nationalen des Februar 1934 gerettet worden ist.

Herr Daladier hat soeben das Mandat erhalten, Frankreich zu retten.

Wer hat es ihm gegeben? Eine wesentlich nationale Mehrheit.....

Was Herrn Daladier betrifft, so vergesse er nicht dieses:

die Volksfront, die ihn geschaffen hat, war tatsächlich bereit, ihn gestern abend zu vernichten, indem sie ihm ihre Stimme entzog.

Die Nationalen haben Herrn Daladier gerettet. Ist der Ministerpräsident bereit, sich voll und loyal auf seine Mehrheit zu stützen?

Wenn ja, so kann man arbeiten. Wenn nein, dann wird zweifellos ein Monat in Ruhe vergehen, aber das wird nicht weitergehen".

Die Kommunistische Partei hat sich offen für den Sturz der Daladier-Regierung ausgesprochen. (Wer erinnert sich dabei nicht an die von der Kommunistischen Partei angeordneten Rufe: "Daladier an die Macht!")

Was will die Kommunistische Partei an ihre Stelle setzen?

Sie antwortet mit der bekannten Formel von der Regierung nach dem Bilde der Volksfront, die endlich das Volksfrontprogramm durchführt.

Dieser Formel geht es heute ungefähr so, wie der berühmten State Rolands, von der gesagt wurde: "sie ist sehr schön, aber leider ist sie tot"; - und die Formel von der Regierung nach dem Bilde der Volksfront ist niemals schön und niemals richtig gewesen. Aber, tot ist sie jedenfalls.

Während der Krise hat Léon Blum seinerseits wieder seine Formel von der "nationalen Regierung um die Volksfront" hervorgeholt, die aber niemand Lust hatte, aufzunehmen.

Die stalinistische, wie die reformistische Partei zeigen sich somit vollkommen unfähig vom Standpunkt der Arbeiterklasse die Folgerungen aus der Lage, aus dem äußeren und inneren Bankrott der Volksfront-

politik und der Politik der " demokratischen Friedenfront " zu ziehen. Sie wiederholen papageienmässig ihre alten abgeleiteten Formeln, deren Bankrott heute nicht mehr nur eine Prognose ist, sondern in den Tatsachen verzeichnet steht.

Wäre es nicht an der Zeit, daß die kommunistischen und sozialistischen Arbeiter nach den schweren Schlägen; die der Faschismus Frankreich, wie ganz Europa versetzt hat, sich selbst daran machen, den Bankrott der Volksfrontpolitik und seine Ursachen gründlich zu überprüfen und ihre Folgerungen daraus zu ziehen, ehe sie vor eine neue schwere außen- oder innenpolitische Krise gestellt werden ?

Ergibt sich nicht als eine der Grundlehren der Ereignisse, daß die Arbeiterklasse sich nur auf sich selbst verlassen kann ? Daß national, wie international die Bündnisse mit der Bourgeoisie die Arbeiterklasse in den Abgrund führen ?

In der konzentriertesten schwersten Form zeigt das Schicksal der Arbeiterklasse der Tschechoslovakei, wohin die Arbeiter geraten, wenn sie ihr politisches und nationales Schicksal den bürgerlichen Klassen anvertrauen.

Zeigt dieses Beispiel nicht, daß die energischsten und entschlossensten Mittel, die allein die Abwehr gegen den Faschismus nach außen und innen zum Erfolg führen können, nicht mehr die Bourgeoisie, sondern nur noch die Arbeiterklasse anwenden kann; die Arbeiterklasse, wenn sie die Führung der übrigen werktätigen Klassen und damit der Nation übernimmt und sich stützt nicht auf eine imperialistische Macht, sondern auf die Arbeiterklassen der anderen Länder ?

Das Schicksal Frankreichs nach dem Tage von München wird entscheidend davon abhängen, ob die Arbeiter imstande sind, den Weg, den sie fortschreitens abwärtsführte, zu verlassen, nicht um der Reaktion das Feld zu überlassen, nicht um sich aus der Politik zurückzuziehen, sondern um sich auf ihre eigene Klassenkraft und ihre eigenen Klassenziele wieder zu besinnen.

=0=

Tagung des National - Komitees der C.G.T.

Am Montag, den 10.X. und Dienstag, den 11.X.38. fand in der Mutualité in Paris eine Beratung des Nationalkomitees der C.G.T. statt. Die Tagung war ausgefüllt mit einer lebhaften Auseinandersetzung über die letzten Ereignisse. Der pazifistische Flügel der C.G.T., geführt von Delmas (Lehrer) und unterstützt von Dumoulin (Norden) machte einen Vorstoß gegen die immer dreister sich betätigende politische Beeinflussung durch die KPF. Die beiden Meinungen waren einmal durch das Plakat der Lehrgewerkschaft, zum andern durch die Resolution vom 21.9. des C.A. (Verwaltungsrat der C.G.T.) bestimmt. Racamond wendete sich gegen ein Zirkular des Syndicats des Agents des P.T.T. (Postler-Gewerkschaft), das am 26.9. verschickt wurde und den Standpunkt des pazifistischen Flügels folgendermaßen formulierte :

" Wir marschieren nicht ! Keinen Krieg unter keinem Vorwand ! Benachrichtigt in allen Fällen alle Parlamentarier in Euren Departements, Teilt ihnen Eure Erregung mit. Sagt ihnen, daß die Arbeiterklasse Frankreichs nicht einverstanden ist, sich für die Verteidigung der Grenzen der Tschechoslovakei zu schlagen, das Land, das selbst die Revision angenommen hat. Nachdem hat die Meinung gewechselt in der Folge



" Folge der von der U.S.S.R. gewollten Demission der Regierung Hodza "

Delmas verteidigte den Abschluß des Münchener Vertrages, obgleich er schlecht sei und beglückwünschte die Daladier-Regierung als Friedensbringer.

Die KPF-Vertreter verfochten den bekannten Standpunkt gegen den Vertrag, für Festigkeit und Vaterlandsverteidigung.

Die Preisgabe der kommunistischen Grundsätze und der Druck der Anhänger der KPF in der C.G.T., die französischen Gewerkschaften zum Werkzeug ihrer bankrotten Volksfrontpolitik auch in der Kriegsfrage zu machen, schafft in der C.G.T. die Gefahr der Spaltung.

Delmas wandte sich in seiner Rede dagegen, daß man ihm Spaltung der Gewerkschaften unterschiebe, forderte aber die Zulassung seines pazifistischen Standpunktes und die Ablehnung der Kriegspolitik der KPF in der CGT.

Am Ende der Tagung, am Mittwochmorgen, wurde zwar eine Resolution gegen nur 13 Stimmenthaltungen angenommen, aber der Konflikt ist damit nicht beseitigt.

Das traurigste Ergebnis der Tagung war, daß in den Debatten nicht ein einziger Redner den revolutionären kommunistischen Standpunkt zur gegenwärtigen Lage und zur Kriegsgefahr vertrat. Auf der Basis der alten bankrotten reformistischen Gewerkschaftspolitik, die Jouhaux seit 1919 als Vertreter der reformistischen C.G.T. im Völkerbund vertreten hat, wurde die Verständigung zwischen dem kleinbürgerlichen Nur-Pazifismus der Lehre - und P.T.T.-Gewerkschaften und kommunistischen Vaterlandsverteidigern geschlossen.

Der Reformist René Belin weist der C.G.T. als Aufgabe die Mitwirkung " bei einer Reorganisation unserer Ökonomie zu, zu der 20 - 25 Jahre Frieden nötig seien " und deshalb " ein sozialer Ausgleich " geschaffen werden müsse, " der nicht auf der Rückgängigmachung der sozialen Eroberungen beruht "

Jouhaux erläuterte breit seine Tätigkeit in der Abrüstungskommission seit 1920; von der er zugibt, daß sie eine einzige Pleite war, die von der KP und der Roten Gewerkschaftsinternationale bis 1934 kritisiert und mit Recht bekämpft wurde. Jetzt konnte Jouhaux diese Politik empfehlen unter Zustimmung der gewesenen Kommunisten. Das Einzige, was er den französischen Gewerkschaften als Einflußnahme auf die französische Außenpolitik empfiehlt, ist: " eine internationale Konferenz, zu der Hitler und Mussolini eingeladen werden sollen, unter Teilnahme von Frankreich, England, Sowjet-Union; eventuell unter Protektorat von Roosevelt (!) "

Selbst wenn eine solche Konferenz zustande käme, könnte nur ein imperialistisches Schachgeschäft dabei herauskommen, dessen Kosten die Arbeiter und Werktätigen zu tragen hätten.

Eine weitere Patentlösung Jouhaux zur Erhaltung des Friedens ist der Boykott. Er sagte:

" Er sei überzeugt, daß wenn zum Beispiel die schwedischen Arbeiter die Erzlieferungen nach Deutschland zurückreisen würden, Deutschland nicht in der Lage wäre, Ersatz zu finden. " (!)

Dieser Geist und diese Führer stehen an der Spitze der französischen Gewerkschaften. Die Mitglieder müssen Schluß mit dieser Politik und diesen Politikern machen und zwar rasch, bevor sie als Anhängsel der Volksfrontparteien und Volksfrontregierung Kanonenfutter werden.

Auf der Tagung wurde von allen Rednern die Notwendigkeit betont, die Gewerkschaften von jeder politischen Beeinflussung freizuhalten. Diese Forderung dient den Pazifisten, Reformisten und Kommunisten nur zur Bemäntelung ihrer eigenen Politik. Da durch die Preisgabe der kommunistischen Grundsätze durch die KPF in den Gewerkschaften keine wirklich revolutionäre kommunistische Propaganda gemacht wird, werden in den breiten Massen die a-politischen und anarchosyndikalistischen Tendenzen zu neuem Leben erweckt. Eine neue Sackgasse, in die die Arbeiter geführt werden, die die Gewerkschaften unfähig macht, als stärkste proletarische Massenorganisation gegen Krieg und Faschismus erfolgreich zu kämpfen.

.....

### Das Schicksal der Tschechoslovakei.

=====

Es ist heute schon vollkommen klar, daß der Rest, der von der tschechoslovakischen Republik übrigbleiben wird, kein neutraler Staat wird, sondern daß die Tschechoslovakei, die früher ein Vasallenstaat des französischen Imperialismus war, jetzt ein Vasallenstaat Hitlerdeutschlands wird. Der Verrat der CSR durch die Westmächte und insbesondere die Mittel, mit dem er erfolgte, haben in der Rest-Tschechoslovakei die stimmungsmässigen Voraussetzungen geschaffen, damit die tschechische Bourgeoisie mit direkt unanständiger Hast sich auf den Sieger umstellen kann. Die Neubildung der Regierung hatte zum Zweck, alle auf die Westmächte orientierten Minister auszuschalten und sie durch solche Minister zu ersetzen, die Hitler und Mussolini genehm sind. Auch Benesch hatte unter dem Druck Hitlerdeutschlands und der Elemente im eigenen Lande, die in ihm ein Hindernis der Umstellung erblickten, zu gehen. Und er ging mit der Empfehlung an seine Landsleute, ein gutes Verhältnis zu Deutschland zu schaffen. Aber auch die wirtschaftliche Lage läßt es der tschechischen Bourgeoisie erwünscht sein, sich rasch umzustellen. Eine Zollunion mit Deutschland soll der nächste Schritt sein. Sie leitet die politische Unterordnung ein und unterbaut sie. Die tschechische Bourgeoisie hat zwar nicht das Leben der Nation gerettet, aber sie hat ihre Stellung als Ausbeuterklasse im Lande gerettet, wenn auch unter der Bedingung, daß Hitlerdeutschland ebenso wirtschaftlich, wie politisch das Oberkommando führt. Die wahren und wirklichen Opfer sind die antifaschistischen Werktätigen des Sudetengebietes, wie die tschechischen Arbeiter und Bauern.

In der Hast und in dem Eifer der Umstellung ist nunmehr die tschechische Bourgeoisie soweit gegangen, daß sie nicht nur die alten Emigranten aus Hitlerdeutschland verjagt, sondern auch Zehn- oder Hunderttausenden von demokratischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Sudetendeutschen die Niederlassung im tschechischen Gebiet verweigert. Diese suchen in Verhandlungen mit der englischen und französischen Regierung eine neue Heimat über dem Ozean - sei es in Kanada oder in irgendwelchen englischen oder französischen Kolonialgebieten.

Nicht den Benesch usw., den sudetendeutschen und tschechischen Arbeitern muß die Sympathie und die Hilfe der internationalen Arbeiterklasse gelten. Für Benesch sorgt die internationale Bourgeoisie.

Die Rache der Henleinleute tobt sich jetzt im Sudetengebiet grauhaft aus. Die bürgerliche Presse zieht mehr oder weniger den Schleier des Schweigens über diese dunkle Seite des Münchener Abkommens.

Die Rest-Tschechoslovakei selbst ist inzwischen unter dem Druck der Ereignisse in einen Bundesstaat umgeformt worden, wobei die Slowaken und die ruthenischen Bewohner von Karpatho-Rußland weitgehende Autonomie erhalten haben. Es ist unter diesen Umständen begreiflich, daß die Forderungen der Ungarn auf Annexion von Teilen des slowakischen und ruthenischen Volksgebietes auf starken Widerstand bei Slowaken und Ruthenen stoßen.

Selbst die ungarischen Volksteile der Slowakei dürften keine ungemischte Freude bei der Rückkehr unter die Fuchtel der ungarischen Großgrundbesitzer haben. Die Tschechen hatten eine ziemlich durchgreifende Agrarreform, das heißt die Aufteilung von Großgrundbesitzerland durchgeführt. Die Bauern befürchten jetzt, daß die ungarischen Großgrundbesitzer versuchen werden, die Reform rückgängig zu machen. Dieselben Befürchtungen hegen die Bauern im Sudetengebiet in Bezug auf die adligen Großgrundbesitzer.

- o - o - o - o - o - o - o - o - o - o - o -

Der Antikriegskongreß in Mexiko in Aufruhr.

Den " New York Times " vom 13. September 1938 entnehmen wir folgende Mitteilung :

Auf dem Weltkongreß gegen Krieg und Faschismus , der am Sonnabend vom Präsidenten Lazara Cardenas eröffnet wurde, kam es für eine halbe Stunde lang zu turbulenten Szenen, bei denen man sich mit geballten Fäusten gegenüberstand.

Unter Führung der Mexikaner versuchten die latein-amerikanischen Arbeiterdelegierten eine Erklärung durchzubringen, die sich gegen den " wirtschaftlichen " Imperialismus Amerikas und Englands wandte, der notwendigerweise zum Faschismus führen müsse. Die Latein-Amerikaner brachen in lauten Beifall aus, als ein mexikanischer Redner " Roosevelts widerspruchsvolle Politik " geißelte.

Luis Martin del Campo, der Vertreter der Confederacion de Trabajadores de Méjico (Mexikanischer Gewerkschaftsbund) erklärte :

" Mexiko und Latein-Amerika bekämpfen nicht allein den faschistischen Imperialismus, sondern auch den amerikanischen und englischen Imperialismus. Die sogenannten demokratischen Nationen sind ebenfalls für den Krieg verantwortlich zu machen " .

Juan Juarbe, der Delegierte von Porto-Rico sprang dann auf und rief:

" Ich kann an dieser Friedenskonferenz nicht teilnehmen, ohne daß ich von Porto-Rico spreche, wo der amerikanische Imperialismus interveniert. "

Margarita Nelken und andere europäische Delegierte versuchten, die Sache zu verkleistern. Daraufhin schrie Rodolfo Pena Soria, ein anderer mexikanischer Delegierter :

" Der Faschismus entsteht aus dem wirtschaftlichen Imperialismus " .

Er griff ebenfalls die Politik Roosevelts scharf an.

Unter großem Lärm nahm dann der Kongreß die spanische Erklärung an, daß " der Faschismus durch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Imperialismus erzeugt wird und daß er eine unmittelbare Kriegsursache ist " .

Der Delegierte von Porto-Rico schrie dann, daß diese Erklärung überfaul sei, der spanische Justizminister Ramon Gonzalez Peña stürzte daraufhin mit geballten Fäusten auf ihn los, aber die mexikanischen Delegierten bildeten einen Schutzwall, um den Delegierten von Porto-Rico.



Die reformistischen und stalinistischen Politikanten hatten versucht, durch die Veranstaltung dieses "Friedenskongresses" die Arbeiter Latein-Amerikas für ihre Politik der "kollektiven Sicherheit" einzufangen, für eine Politik, die dann durch München so krachend bankrott gemacht hat. Diese Schilderung der Vorgänge auf dem Kongress, die allerdings im offiziellen Bericht nicht zu finden ist, zeigt, daß ihnen das recht schlecht bekommen ist.

=0=0=0=0=0=0=0=0=0=0=0=0=0=0=0=0=

Die Opposition in der I.L.P. gegen die Haltung Maxtons .  
-----

" Socialist Correspondence ", das Organ der revolutionären Opposition in der I.L.P. schreibt in seiner Nummer vom 8. Oktober 1938 über das Auftreten Maxtons im Parlament u.a. :

" Am Mittwoch voriger Woche wurden die Mitglieder der ILP, die darauf brannten, ihre Parlamentsfraktion im Vordertreffen für eine selbständige Stellung der Arbeiterklasse zu sehen, in Bestürzung gebracht durch Maxtons Ausspruch :

" Alle Schritte, die unternommen werden können, werden von uns unterstützt "

Wir hatten den Eindruck, daß unsere Parlamentsmitglieder von der Massenhysterie im Unterhaus hinweggeschwemmt worden waren . . . .

Diese Woche bringt noch schlimmere Nachrichten. Es scheint, daß die Abgeordneten Chamberlain immer noch unterstützen, trotzdem die vollen Tatsachen des Aufverkaufs jetzt bekannt geworden sind. Die " Times " brachten die Rede Maxtons unter der Überschrift : " Maxton unterstützt den Premierminister ". Die ILP unterstützt den Premierminister ". Der erste Satz ist richtig. Es darf aber kein Zweifel darüber gelassen werden, daß der zweite nicht richtig ist.

Es ist offenbar, daß Maxton Chamberlain nicht deswegen unterstützt hat, weil er vergessen hat, was Chamberlain willens ist, sondern weil er im Grunde mit Chamberlains Handlung einverstanden war.

Wir erwarten nicht, daß Maxton zu einem imperialistischen Krieg gegen Deutschland aufrufen soll. Aber das bedeutet nicht, daß wir die kapitalistischen Kreise unterstützen sollen, die entweder den Krieg für später mit besseren Vorbereitungen oder einen geschlossenen Angriff gegen die Sowjetunion durchführen wollen. Es gibt doch noch einen anderen Weg : die Arbeiter für eine Politik zu gewinnen, die sich gegen alle kapitalistischen Kreise wendet.

Warum ist die Parlamentsfraktion zu einer solchen Stellungnahme gekommen ? Der Hauptgrund ist der, daß sie innerhalb des Kapitalismus eine Lösung sucht. Sie sind keine Sozialisten, sondern Pazifisten.

Der Kapitalismus kann ohne Bürgerkrieg nicht überwunden werden. Spanien läßt keinen Zweifel darüber. Maxton aber möchte dem Bürgerkrieg ausweichen. Am Dienstag erklärte er :

" Der Krieg ist das einzige fürchterliche Übel, dem die Menschheit gegenübersteht "

Der Krieg, nicht der Kapitalismus mit seinem Elend und seinem Terror in Mitteleuropa. Da Maxton nicht damit einverstanden ist, daß die Arbeiter einen bewaffneten Kampf führen müssen, wenn sie Hitler wegjagen wollen, so steht er nur vor der Alternative des imperialistischen Krieges oder Hitler alles zu geben, was er haben will. "

Es wird dann auseinandergesetzt, daß die Anziehungskraft der ILP auf die unzufriedenen revolutionären Elemente außerhalb ihrer Reihen

infolge dieser Vorgänge sehr gelitten hat. Die klassenbewußten Mitglieder der ILP werden aufgefordert, die Partei jetzt nicht aus Verärgerung zu verlassen, sondern für die Durchsetzung folgender Forderungen einzutreten:

1. Öffentliche Verurteilung der Haltung der Parlamentsfraktion.
2. Zustimmung der Parlamentsfraktion zu diesem Beschluß.
3. Einsetzung eines Ausschusses, der nicht bloß aus Parlamentsmitgliedern besteht und der die Politik der Partei im Parlament kontrolliert.
4. Ausschluß jedes Mitgliedes, das sich der Parteidisziplin nicht fügt.
5. Aufstellung eines ins Einzelne gehendes Programm, das für alle Mitglieder verpflichtend ist. Dieses Programm muß den Pazifismus ausdrücklich ablehnen und für den bewaffneten Kampf eintreten.

In der Begründung dazu wird u.a. Folgendes gesagt :

" Die ILP muß eine solche öffentliche Aktion unternehmen, die ihr Ansehen in den Augen der Arbeiter in England, in den anderen kapitalistischen Ländern und in den Kolonien wiederherstellt.... Die Arbeit der ILP ist durch diese Aktion der Abgeordneten zu einem Stillstand gebracht worden. Die Rede widerspricht dem " New Leader ", der ILP-Politik und den Flugblättern, die lokal herausgegeben worden sind. Die ILP-Mitglieder müssen entweder ihre Politik oder die ihrer Abgeordneten zurückweisen. Keiner dieser beiden Aktionen wird die Wirkung haben, das Ansehen der ILP zu erhöhen. Wir können schwerlich Arbeiter bitten, sich einer Partei anzuschließen, die ihre eigenen Mitglieder nicht disziplinieren kann. Es ist unmöglich, daß die Arbeit der ILP nicht weitergeht, ehe diese Frage gelöst worden ist. Die ILP muß es über allen Zweifel klar machen : daß sie eine Politik hat, und daß nur diejenigen, die diese Politik annehmen, zu ihr gehören und für sie sprechen können."

=0=0=0=0=0=

Aus der Rede des ILP-Abgeordneten Maxton im englischen Unterhaus :

In der Unterhausdebatte vom 4. Oktober 1938 machte Maxton u.a. folgende Ausführungen, die wir auf Grund des offiziellen Berichts (Bd. 339, No. 162, Seite 193 usf.) wörtlich übersetzen :

".... Ich und diejenigen, die neben mir sitzen, machten vor mehr als einer Woche eine eindeutige Ankündigung an das Land, daß, wenn Krieg stattfinden würde, wir in Opposition zu diesem Kriege stehen würden und daß wir jeden Schritt, der in unserer Macht liegt, unternehmen würden, um ihn zu einem raschen Ende zu bringen. Wir taten das nach gründlicher Gewissensprüfung, da wir genau wissen, was ein solcher Schritt bedeutet, da wir wissen, wie wir verspottet, verfolgt und unsere Meinung entstellt würden. Wir taten es, weil wir glaubten, daß der Krieg das eine große überwältigende Übel ist, dem die Menschheit gegenübersteht.

.... Was immer mir passieren würde, so war ich gegen ihn auf Grund gewöhnlichen Menschenverstandes; auf Grund aller meiner sozialistischen Überzeugungen; auf Grund aller meiner Sympathien und Verständnis für die arbeitenden Klassen unseres Landes war ich gegen ihn und sagte, daß ich gegen ihn sei und daß jeder Versuch, der für den Frieden gemacht würde, meine Unterstützung erhalten werde. Ich sagte so in diesem Hause letzten Mittwoch, als die Gefahr groß war, und ich wiederhole es jetzt, wo die Gefahr etwas abgeebbt ist. Der Premier-

Minister hat in dieser Zeitperiode ; in dieser begrenzten Zeitperiode etwas getan, was die Masse der gewöhnlichen Leute in der Welt getan haben wollten. Mit allen meinen politischen Gegensätzen, mit allen meinen Gegensätzen gegen die politische Philosophie der Leute, die neben ihm stehen, will ich nicht hier stehen und lügen. Letzte Woche hat er etwas getan, was das gewöhnliche Volk der Welt getan haben wollte und jetzt , wo wir eine Atempause haben, können wir argumentieren und debattieren und in der guten anerkannten legitimen demokratischen Art denunzieren.

.... Ich glaube nicht, daß wir selbst soweit gekommen sind, wie der Premierminister glaubt - daß wir die Grundlagen des Friedens bekommen haben, auf denen ein Überbau errichtet werden kann. Ich glaube, das, was wir in der Welt bekommen haben, eine Möglichkeit ist, die Grundlagen für den Frieden zu legen und es scheint mir, wenn man die Bedrohung der letzten Woche in Betracht zieht, wenn man in Betracht zieht, die klare Weise, in der sie uns allen scharf vor Augen geführt wurde, daß jedes bißchen menschliche Intelligenz ,das dazu benutzt werden kann, um aus dieser Atempause einen wirklichen Weltfrieden zu machen, benutzt werden muß.

.... Wenn ich gebeten werde, in den Krieg gegen Deutschland zu gehen, so nennt man es immer " in den Krieg gegen Hitler zu gehen ". Aber wenn ich in den Krieg gegen Deutschland gehen würde, so würde ich nicht mehr gegen Hitler in den Krieg gehen, als ich bei der letzten Gelegenheit gegen den Kaiser in den Krieg gegangen wäre.

.... Ich gratuliere dem Premierminister für die Arbeit, die er in diesen drei Wochen getan hat und indem ich das sage, nehme ich nicht seine soziale Philosophie an. Ich nehme nicht die politische Philosophie derjenigen an, die neben ihm sitzen .... "

-----

Der ILP-Abgeordnete McGovern erklärte in seiner Rede im Unterhaus am 6. Oktober nach dem Bericht des " Manchester Guardian " vom 7.10.38.:

" Ich billige aus ganzem Herzen die Anstrengungen, die durch den Premierminister gemacht wurden " , sagte er unter Bedfall.  
" Ich bin froh, daß der Premierminister die Tradition durchbrochen hat und direkt zu Herrn Hitler ging und versuchte, eine Lösung zu bekommen " (Beifall)

-----

Die ILP-Abgeordneten enthielten sich bei der Abstimmung über den Antrag der Regierungspartei der Stämme, welcher die Zustimmung zu der Tätigkeit Chamberlains aussprach.

-----

#### Die Stellung des " New Leader "

Der " New Leader " vom 23.9.38. hat in großer Überschrift die Schlagzeile : " Alle Verräter: Chamberlain-Hitler und die ganze kapitalistische Verbrecherbande ! "

Dementsprechend war der Inhalt. Gleichzeitig erfolgte der Abdruck des Aufrufes der internationalen Arbeiterfront gegen den imperialistischen Krieg in großer Aufmachung. Ebenfalls Flugblätter der ILP.

In der Nummer vom 7. Oktober 1938 wurde dagegen von der Rede Maxton ein besonderer Bericht gebracht, der von dem Gen. McNair verfaßt war, der davor warnte, die Deutungen von Maxton durch die kapitalistische Presse anzunehmen und der die Rede von Maxton nicht nur nicht kritisierte, sondern von der Rede Maxton sagte :

" Seine Rede hätte von der ganzen englischen Arbeiterklasse gehört werden sollen, denn sie war die Stimme der gewöhnlichen Leute " .



Erscheint  
wöchentlich.

Exemplar : 0,75 f  
monatlich : 2,50 f  
Ausland : 3.50 f

# ARBEITER POLITIK

Organ der Kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

No. 42 / V. Jahrgang

Dritte Oktoberwoche 1938

## Die Aufkündigung der Volksfront:

=====

Das Büro der Radikalsozialistischen Partei hat am 12. Oktober 1938 eine Tagesordnung angenommen, die eine förmliche Kündigung der Volksfront enthält. Die Kommunistische Partei habe sich durch ihre "soziale Agitation", durch Entstellungen, Beleidigungen und Lügen über die Regierungspolitik "aus der Volksfront zurückgezogen", was die radikalsozialistische Partei zu den Akten nehme.

Diese Kündigung schließt sich nicht zufällig dem Münchener Abkommen an. Sie hat eine scharf ausgeprägte außer- und innerpolitische Bedeutung. Die Kommunistische Partei Frankreichs wurde in der Regierungsmehrheit noch so lange geduldet, als das Bündnis der französischen Republik mit der Sowjetunion noch irgendeine, wenn auch abnehmende, Realität hatte. Der Herauswurf der Kommunistischen Partei aus der Volksfront drückt symbolisch aus, daß für die französische Bourgeoisie das Bündnis mit der Sowjetunion tot ist - auch wenn es formell noch nicht gekündigt ist.

Innerpolitisch drückt diese Kündigung aus, daß die herrschenden Klassen sich künftig nicht mehr damit begnügen werden, die Sozialgesetzgebung, die die Frucht der großen Streikwelle von Juni 1936 war, stückweise unter Mithilfe und Duldung der sozialistischen und kommunistischen Parteien und der Gewerkschaften abzutragen, sondern daß sie nunmehr beabsichtigt, zu massiven Schlägen gegen die sozialen Errungenschaften der Arbeiter und gleichzeitig gegen ihre Organisationen überzugehen. Darum wird zunächst die Kommunistische Partei außerhalb der Regierungsmehrheit gestellt - die anderen Arbeiterparteien und die Gewerkschaften werden schon noch an die Reihe kommen .....

Die Verhaftungen von Funktionären der Bauarbeitergewerkschaften in Lyon und in Paris zeigen, aus welchem Loch jetzt der Wind pfeift.

Wie stellen sich die kommunistische und sozialistische Partei dazu?

Der kommunistische Parteisekretär Duclos antwortet ("Humanité" 14.10.):

"Aber er (Daladier) hätte Unrecht zu glauben, daß er Dekrete über das Recht der Zugehörigkeit der Kommunistischen Partei zur Volksfront erlassen kann.

Die Kommunistische Partei, die es sich zur Ehre anrechnet, gegen die schändliche Kapitulation von München gewesen zu sein, ist sicher, damit eine Meinung ausgedrückt zu haben, die nunmehr von der Mehrheit der Parteien und der Organisierten der Volksfront einschließlich der radikalsozialistischen Partei und auch von der Mehrheit des Volkes geteilt wird.

Die Kommunistische Partei wird der Volksfront unerschütterlich treu bleiben .....

Wenn Daladier die Volksfront brechen wolle, so solle er selbst die Verantwortung dafür übernehmen.

Der Sekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs klammert sich an die "Prozedur", wie man in der tschechischen Krise so schön sagte: die Kommunistische Partei geht nicht freiwillig, nachdem man ihr die Türe gewiesen hat, die Radikalsozialisten sollen sie hinauswerfen.

Welchen Sinn hat ein solches Verhalten?

Es kann nur den haben, daß die Kommunistische Partei sich zur weiteren gefälligen Verwendung durch die Bourgeoisie zur Verfügung stellt und daß sie zu diesem Zweck statt ihrerseits "Akt zu nehmen" x von dem Bankrott der Volksfront und die Folgerungen für die Arbeiterklasse zu ziehen, sich krampfhaft weiter an die gebörstänen Trümmerstücke der Volksfront-illusionen klammert, in der Hoffnung, sie als "die wahre Volksfront" wieder neu aufbauen zu können.

Die bürgerliche Presse, zum Beispiel der "Temps", weisen dagegen mit eindeutiger Grobheit darauf hin, daß das Volksfrontstück nunmehr ausgespielt ist. Die Stalinisten parieren mit dem Rücken und stellen sich taub.

Die Sozialistische Partei tut in ihrer Manier dasselbe.

"Die Sozialistische Partei, erklärt Léon Blum ("Populaire" vom 15. Oktober 1938) wird proklamieren, daß die Volksfront immer noch lebt, daß die gemeinsamen Verpflichtungen der Volksfront immer noch gelten, daß sie sich immer noch ohne irgendwelche Ausschließung gegenüber allen Parteien für gebunden hält, die, wie sie, bei diesen Verpflichtungen beharren, und wie sie entschlossen sind, ihnen treuzubleiben."

Nach diesem Trompetengeschmetter kommt dann der folgende nicht unwichtige Nachsatz:

"Zweifellos wird sie hinzufügen, daß sie unter den gegenwärtigen Umständen mehr als je geneigt ist, aus der Mehrheit der Volksfront eine wahrhaft französische Einheit zu machen."

Dieser Nachsatz kann als die Bestimmung dessen betrachtet werden, was die Kommunistische Partei verschämt als die "wahre Volksfront" andeutet. Nämlich die Bereitschaft auch bei einer "nationalen Mehrheit" mitzuzugan.

Dazu gehören aber zwei und der radikalsozialistische Flügel der Bourgeoisie hat seinerseits zu verstehen gegeben, daß er die "nationale Front" unter Ausschluß heute der Kommunistischen Partei, morgen der anderen Parteien, "unter Ausschluß des Marxismus", versteht. Das ist noch nicht die faschistische "Volksgemeinschaft", aber es ist das Programm der Verwirklichung der "nationalen Einheit" durch die Bekämpfung, Verfemung und schließlich Zertrümmerung der "marxistischen Organisationen" - es ist also ein erster bedeutsamer Schritt in dieser Richtung.

Dieser Schritt ist die logische Folgerung, die die Bourgeoisie aus dem patriotischen und nationalen Eifer der Arbeiterparteien der Volksfront zieht. Diese haben damit nur den waschechten bürgerlich-reaktionären Nationalismus das Bett bereitet.

Wohin der Kurs geht, das zeigt die Proklamation der als "Linke" geltenden "Federation der ehemaligen Kriegsteilnehmer", die sich für eine Regierung der nationalen und staatlichen Rettung mit diktatorischen Vollmachten zunächst für ein Jahr ausspricht, sodaß die rechtsstehende "Union" der Kriegsteilnehmer sich damit begnügen kann zu erklären, daß sie sich diesem Programm anschliese.

Und um ja keine Zweifel aufkommen zu lassen, um was es sich handelt, setzt





sich endgültig auf die Ausschaltung der Sowjetunion aus "Europa" festgelegt hätten. Das schließt natürlich die Annullierung des französisch-sowjetischen Bündnisses ein. Diese Forderung bekräftigt die Wahrscheinlichkeit, daß der nächste große Stoß Hitlerdeutschlands gegen die Sowjetunion gerichtet sein soll und daß dafür die Neutralität Englands und Frankreichs gefordert wird.

Eine zweite deutsche Forderung geht dahin, daß England und Frankreich sich an Zentral- und Südosteuropa desinteressieren und die Verfügung darüber Deutschland und Italien überlassen. Tatsächlich handelt bereits Hitlerdeutschland in diesem Sinne und versucht, sich in raschem Tempo die wirtschaftlichen Grundlagen für seine vollständige politische Vorherrschaft in diesen Gebieten zu verschaffen. Von einer Gegenaktion der Westmächte dagegen ist bis jetzt nichts zu sehen.

Es unterliegt ferner keinem Zweifel, daß Hitlerdeutschland demnächst den Westmächten und den anderen Kolonialmächten das Programm seiner Kolonialforderungen überreichen wird. Nach Angaben, die in der französischen Presse gemacht werden, sollen sie sich nicht auf die Rückgabe der früheren deutschen Kolonien in Afrika beschränken, sondern Französisch- und Belgisch-Kongo und die portugiesische Kolonie Angola mit einschließen.

Für Italien wird seine "Vorherrschaft im Mittelmeer" verlangt, was nicht nur die "Regelung" der spanischen Frage im Sinne Italiens und Deutschlands einschließt, sondern auch die Frage des nordafrikanischen Kolonialbesitzes Frankreichs aufrollt.

Dafür soll Frankreich die Garantie aller seiner Grenzen angeboten werden und ebenso soll Deutschland sich mit dem jetzigen Bestand des britischen Reiches einverstanden erklären (offenbar werden also die britischen Mandatsgebiete aus den ehemaligen deutschen Kolonien nicht zum Bestand des britischen Reichs gerechnet).

Ferner sind von deutscher Seite Sondierungen unternommen worden in Bezug auf das Angebot eines Luftpaktes an England, wobei England sich nur mit einem Bruchteil der deutschen Luftflottestärke begnügen sollte. Diese Sondierung hat insoweit negativ geendet, als die englische Presse einhellig inspiriert antwortete, daß die englische Luftflottenstärke nicht geringer sein dürfe als die der größten Macht, die als eventueller Gegner in Betracht käme, mit anderen Worten: Deutschlands. Alle englischen Parteien seien darin einig.

Interessant sind noch die Angaben, die der bekannte Publizist Augur in der "New York Times" vom 10.10.38. macht. Sie besagen u. a.:

1. daß Deutschland den Angriff auf die Sowjetunion vorbereitet und sich dafür die Neutralität Englands und Frankreichs verschaffen will.
2. daß Deutschland sich zuerst "Mitteleuropa" sichern will und die Abrechnung mit dem englischen Imperialismus auf später verschieben will
3. daß England und Frankreich starke Neigungen haben, zunächst sich an Zentral- und Südosteuropa zu desinteressieren und sich einstweilen auf ihre Kolonialreiche zu konzentrieren.
4. daß das außenpolitische Programm Chamberlains darauf abziele, zunächst die spanische Frage mit Italien zu "regeln" und dann ein Luftabkommen mit Deutschland zu schließen.

Der Grundzug aller dieser Angaben ist, daß Hitlerdeutschland zunächst die außenpolitische Isolierung der Sowjetunion von den Westmächten (und der Westmächte von der Sowjetunion) festlegen will, daß er den Westmächten eine gewisse Atempause (mit Ausnahme der Kolonien) in Aussicht stellt, falls sie ihn ungehindert gegen die Sowjetunion gewähren lassen. Es ist damit noch keineswegs gesagt, daß Hitlerdeutschland sich nun an dieses Programm gerade in dieser Reihenfolge unbedingt halten wird.



jetzt stärkere Rüstungen in die Waagschale und greift heute weit aktiver und weit früher ein, als dies vor 1914 der Fall war. Die "Demokratie" ist dabei nur Dekoration und Vorwand.

=====

Das Ende der Verteidigung der bürgerlichen Republik in Spanien.

In seiner Rundfunkrede vom 14. Oktober 1938 erklärte der spanische Ministerpräsident Negrin :

" Vermittlung zwischen wem ? Zwischen den Invasoren und uns ? Wird man diese Sache, die man niemals gewagt hat, jetzt machen ?

Vermittlung zwischen den Spaniern allein ? Das ist schon eine andere Sache .

Die Kriegspolitik unserer Gegner beruht auf unserer Vernichtung. Die unsere beruht auf der Wiederversöhnung aller Spanier. So wird der Frieden gemacht werden. "

Was heißt das anderes, als daß nunmehr die Volksfrontregierung, die als ihre Aufgabe erklärte, die bürgerliche Demokratie Spaniens zu verteidigen und mit dieser Begründung die Kräfte der proletarischen Revolution abwürgte, jetzt soweit ist, daß sie in aller Form selbst auf die Verteidigung der bürgerlichen Republik verzichtet und den Kräften des Faschismus die Wiederversöhnung, ein Kompromiß, anbietet ?

Die Abwürgung der proletarischen Revolution und der Verzicht schließlich auf die Verteidigung selbst der bürgerlichen Republik hängen ursächlich aufs engste zusammen.

=o=o=o=o=o=o=o=o=o=o=o=o=o=o=o=o=o=

Karl K a u t s k y †

-----

Karl Kautsky ist am 16. Oktober 1938 im Alter von 84 Jahren in Amsterdam gestorben. Es ist nicht möglich, in wenigen Worten seine Bedeutung für die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung darzustellen. Karl Kautsky hat einen hervorragenden Anteil als marxistischer Theoretiker an dem aufsteigenden Ast der deutschen Arbeiterbewegung und der internationalen Arbeiterbewegung soweit und solange sie unter dem herrschenden Einfluß der deutschen Sozialdemokratie stand. Diese seine positive Seite war aber zugleich seine historische Schranke, über die er nicht hinaus kam und so trägt er ebenso großen Anteil an dem absteigenden Ast der sozialdemokratischen und reformistischen Arbeiterbewegung von 1914 ab. Viele seiner theoretischen Arbeiten, vor allem seiner historischen Arbeiten, werden ein bleibender Besitz für die marxistische Wissenschaft und die internationale Arbeiterbewegung sein.

= // =

Keine Kapitulation !  
=====

Der No. 21, " Faschismus " , Organ der Internationalen Transportarbeiter-Föderation entnehmen wir folgende Stellungnahme, die uns durch die beiden Zitate aus " Pravo Lidu " besonders wichtig erscheint ,  
Chamberlain und Daladier haben in München als Repräsentanten der Über



England und Frankreich Herrschenden nicht nur die ihnen verbündete tschechoslovakische Republik verraten, sie haben gleichzeitig dem europäischen Faschismus den Osten Europas ausgeliefert. Um den Krieg zu vermeiden, der die sichere Niederlage der Kriegs-Achse Berlin-Rom gebracht hätte, haben sie dem faschistischen Kriegsblock den Siegespreis zugestanden, wurde der Tschechoslowakei, wurde Europa ein faschistischer Friede diktiert. Weil die über England und Frankreich Herrschenden fürchten, daß in einem Kriege die Macht Hitlers und Mussolinis abbröckeln wird, daß im Verlauf eines Krieges die Massen Deutschlands und Italiens die Chance der Revolution nutzen würden, haben sie ihre feierlich beschworenen Prinzipien verraten, haben sie ihre Verbündeten geopfert und die Macht des Faschismus in Europa unerhört gestärkt.

Den über England und Frankreich Herrschenden bangt vor dem, was sie taten. Zu spät begreifen sie, daß die faschistischen Staaten sich auf die Dauer nicht damit begnügen, die kleinen Staaten zu bedrängen und die Arbeiter und Bauern Ost- und Südosteuropas auszuplündern, sondern daß sich der faschistische Kriegsblock - getreu dem von Hitler in "Mein Kampf" vorgezeichnetem Programm - bald gegen den Westen wenden wird, um Frankreich zu attackieren und Lebensnerven des britischen Imperialismus anzugreifen. Höhnisch erklärte Hitler (am 9. Oktober in Saarbrücken) den "Friedensrettern" in London und Paris, daß Deutschland jetzt "mit erhöhter Energie" weiterrüsten werde. Die "Friedensretter" in London und Paris haben die Macht Hitlers gestärkt, aber sie zittern bereits vor dem Folgen ihrer Tat.

Und während sie sich als Friedensengel feiern lassen, flüchten sie in beschleunigte Kriegsvorbereitung. Das Wettüben geht in allen Ländern weiter. Der faschistische Friede von München hat die Kriegsgefahr nicht beseitigt, er hat nur in einem für den faschistischen Block ungünstigen Zeitpunkt den Weltkrieg vermieden und dem faschistischen Kriegsblock einen besseren Anlauf zum Weltkrieg ermöglicht.

In den kritischen Tagen des September zeichneten sich Umriss einer Kriegsfront ab, in der die herrschenden Schichten Englands und Frankreichs auf Seiten Deutschlands und Italiens gegen die Tschechoslowakei und Sowjetrußland stehen würden. Derer, der sozialdemokratische Justizminister im Hoxdza-Kabinet, hat am 30. September in einer Rundfunkrede auf die Gefahr verwiesen, daß u. U. "England und Frankreich gezwungen wären, Deutschland zu helfen, wenn nicht militärisch, so wenigstens durch diplomatischen Druck .... Von allen verlassen, nur auf die Sowjetunion gestützt, kämen wir Tschechoslowaken (bei einer Verteidigung gegen das Münchener Diktat) in eine ~~painliche~~ Lage .... Die TSCHECHOSLOWAKEI würde als Exponent des Bolschewismus bezeichnet werden und nicht nur unsere Nachbarn, sondern auch unsere Verbündeten im Westen würden unseren Kampf als einen Kampf des Kommunismus gegen die westliche Zivilisation betrachten."

Am selben Tage hat der tschechoslovakische Minister Vavrecka erklärt:

"Ein Krieg auf Seiten Rußlands wäre nicht nur ein Krieg mit Deutschland, ganz Europa, einschließlich Frankreich und England würden diesen Krieg als einen Krieg des Bolschewismus gegen Europa betrachten und es würde vielleicht ganz Europa gegen Rußland und uns in den Krieg ziehen."

(Nach dem Bericht des unter Zensur erscheinenden "Pravo lidu", Zentralorgan der tschechoslovakischen sozialdemokratischen Partei, Prag, 2. Oktober 1938).

Spanien soll das nächste Opfer werden.

Aber diese Entwicklung ist nicht unabwendbar. Durch das schnelle, entschlossene Auftreten des organisierten Proletariats aller Länder kann die Kapitulation vor dem Faschismus verhindert werden.

Kriegspanik herrschte in Deutschland .

(ITF) In den kritischen Tagen zwischen der Godesberger Konferenz vom 23.9. und dem Münchener Abkommen vom 29.9. herrschte in breiten Schichten Deutschlands Verzweiflungsbewegung. In den Grenzbezirken und in den bombengefährdeten Großstädten äußerte sich die Kriegspanik in unbeschreiblicher Form. Man rechnete mit Einmarsch fremder Truppen, mit Luftangriffen. Wer konnte, besorgte sich Koffer und Transportgegenstände, um bei Kriegsbeginn nach Innerdeutschland, möglichst aufs Land, flüchten zu können.

In vielen Städten riß man sich um Gasmasken - es gab keine. Vielerorts standen Schlangen vor den Läden, Mehl, Fett und Eier waren plötzlich aus den Läden verschwunden. Viele wollten hamstern, aber die Läden waren leer. Die Sparkassen zahlten an manchen Orten Spargelder nur noch aus, wenn eine Bedürftigkeitsbescheinigung der " Nationalsozialistischen Volks-Wohlfahrt " vorgelegt werden konnte.

Auf den Straßen wurde offen auf den Krieg und die Kriegshetzer geschimpft. Die Polizei verhielt sich passiv, die Nazis wagten nicht, einzugreifen.

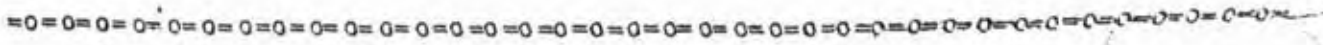
Die Hetze gegen die Tschechoslovakei hatte kaum Eindruck gemacht. Soldaten aller Truppenteile besprachen offen die Möglichkeit einer Desertation. Das deutsche Volk wollte den Frieden.

Die Entspannung brachte zunächst ein allgemeines Aufatmen. Nach wenigen Tagen aber fragte man sich mißtrauisch: würde Hitler weiterrüsten, wenn der Friede wirklich gesichert wäre?

Die Gestapo bestätigt die Berichte illegal arbeitender Antifaschisten. Das vom Leiter der Gestapo herausgegebene Wochenblatt " Das Schwarze Korps " berichtet am 6. Oktober 1938:

" In der Stadt Treuenbrietzen in der Mark herrschte in der vergangenen Woche eine Panikstimmung, weil Klatschweiber die Nachricht aufgebracht hatten, eine Zigeunerin habe den Ausbruch des Weltkrieges für den 1. Oktober vorausgesagt. Das ist leider kein Scherz. Berlin ist nur eine Autostunde weit (von Treuenbrietzen) ...  
Es gibt viele Treuenbrietzen im deutschen Vaterlande .... "

In vielen deutschen Städten zitterte man vor dem 1. Oktober, dem Tage, an dem Hitlers Ultimatum ablaufen sollte. In zahllosen deutschen Städten und Dörfern herrschte eine Kriegspanik. Nirgendwo herrschte Kriegsbegeisterung.



Fortsetzung des MATERIALS zur tschechischen Krise:

Doppelte Buchführung Daladiers .

In der "Frankfurter Zeitung" vom 29.9.38. liest man Folgendes in einer Pariser Meldung von Sieburg:

" Der französische Ministerpräsident war sich von Anfang an bewußt, daß er bis zur äußersten Grenze gehen müsse, um diese Einstimmigkeit des französischen Volkes zu erlangen. Ja, er dürfte sich nicht getäuscht haben, wenn er es für ratsam gehalten hat, seinen letzten Schritt bei Benesch der Kenntnis der breiteren Öffentlichkeit vorzuenthalten (Aber er hat sie in einer Abordnung der Minderheitsparteien des französischen Parlaments bekanntgegeben) ... "

" Bei der erwähnten Demarche in Prag hat Daladier noch einmal zu verstehen gegeben, daß die Tschechoslovakei nur dann auf die Waffenhilfe Frankreichs rechnen könne, wenn sie nach Zurückziehung ihrer Truppen in ihren Grenzen angegriffen werde. Über die sofortige Räumung des unzweideutig abzutretenden Gebietes hat auch Außenminister Bonnet heute vormittag mit dem hiesigen tschechoslovakischen Gesandten Ossuski verhandelt. "

Man begreift unter diesen Umständen, daß Hitler die öffentlichen Versicherungen Frankreichs, einem deutschen Angriff auf die Tschechoslovakei militärisch entgegenzutreten, nicht sehr ernst genommen hat.

#### Die englisch-französischen Garantien.

-----

Nachdem eben das Münchener Abkommen abgeschlossen war, in dem Frankreich und England das Restgebiet der Tschechoslovakei nach Abtrennung des Sudetengebietes zu garantieren versicherten, schrieb der " Temps " in seinem Leitartikel vom 3.10.38. :

Der Tschechoslovakei sei zu raten, " alle ethnischen Elemente, die unversöhnlich feindselig seien, auszuschalten, um auf der Grundlage einer einheitlicheren Nation einen Staat zu schaffen, dessen politische Einheit nicht wieder in Frage gestellt werden könne. "

Das hieß praktisch, die Garantie für Luft erklären.

#### Die autoritäre Strömung in Frankreich.

-----

Im " Manchester Guardian " vom 3. Oktober 1938 berichtet der Pariser Berichterstatler seinem Blatt u.a. Folgendes :

" Die inneren Konsequenzen von München in Frankreich sind immer noch unberechenbar. Der Gedanke des Aufbaus einer gewaltigen Verteidigungsmaschine ist jetzt, wo alle Verbündeten verloren gegangen sind, hat an Boden gewonnen. Und damit alle Arten von Theorien über ein autoritäres Regime, eine militärische Diktatur, ein totalitäres Finanzsystem und was zuletzt sonst noch, Unter der Arbeiterklasse auf der anderen Seite ist tiefer Widerwille gegen das " republikanische Regime " , wie es in den letzten Monaten funktioniert hat und ein großer Verlust von Anhänglichkeit zur " Demokratie " .

#### Der " Temps " über das russische Bündnis.

-----

Der " Temps " vom 2. Oktober 1938 äußerte sich in einem seiner offiziellen Leitartikel, die vom französischen Auswärtigen Amte inspiriert sind, über das Bündnis mit der Sowjetunion folgendermaßen :

" Aber es ist klar, daß die Änderung, die durch das Münchener Abkommen unter den vier Mächten in der Lage von Zentraleuropa herbeigeführt worden ist, die Revision einer Anzahl von Doktrinen erfordert, die bisher in Geltung waren und insbesondere dem französisch-polnischen Bündnis und dem franco-russischen Hilfspakt viel von ihrem praktischen Wert nehmen. "



## Chamberlain über die Aufrüstung Englands.

In seiner Rede vom 4. Oktober 1938 erklärte Chamberlain u.a. :

" Eine lange Periode waren wir in diesem Lande mit einem großen Programm der Wiederaufrüstung beschäftigt, das täglich an Tempo und Umfang zunimmt. Niemand soll denken, weil wir dieses Viermächte-Abkommen in München unterzeichnet haben, daß wir es uns leisten können, unsere Anstrengungen in Bezug auf dieses Programm gegenwärtig herabzusetzen. Abrüstung von Seiten unseres Landes kann niemals einseitig sein .... Während wir unsere Entschlossenheit erneuern müssen, die Lücken aufzufüllen, die noch in unseren Rüstungen und in unseren Verteidigungsmaßnahmen bleiben, sodaß wir bereit sein können, uns selbst zu verteidigen und unsere Diplomatie wirksam zu machen..... "

## Nach dem Sieg - die Verfolgung .

Nach bewährten Lehren der KRIEGSKUNST nimmt Hitlerdeutschland nach dem Siege von München, ohne den geschlagenen imperialistischen Rivalen eine Pause zu gönnen, die energische Verfolgung auf. Der deutsche Wirtschaftsminister Funk hat auf seiner Reise durch die Balkanländer und nach der Türkei mit der letzteren eine Abmachung über eine 150-Millionen-Mark-Anleihe für Lieferungen von Kriegsmaterial usw. getroffen. Ebenso stehen Abschlüsse ähnlicher Art mit den entsprechenden Balkanländer bevor. Schlag folgt hier auf Schlag.

Der Führer selbst hat in seiner Rede zu Saarbrücken den Westmächten eine Kostprobe gegeben, was die Diktatur des Faschismus über Europa für sie zu bedeuten hat : sie haben gefälligst sich nicht in die innerdeutschen Angelegenheiten einzumischen (keine Proteste mehr gegen den Terror der Nazis !). Dafür haben sie bei sich selbst die " Staatsmänner " an ihre Spitze zu stellen, die Hitler gefallen und die auszuschließen, gegen die er Einspruch erhebt. Das übrige Europa wird von Hitler beinahe schon nach dem Muster Österreichs und der Tschechoslovakei behandelt.

Im Übrigen illustrierte Hitler den Chamberlainschen " Frieden für unsere Zeit " durch die Ankündigung, daß die deutschen Befestigungen an der Westgrenze energisch weiter ausgebaut werden sollen.

## Nach der Tschechoslovakei - Spanien :

Hinter und vor den Kulissen geht jetzt zwischen den Viermächten, vor allem England und Italien, der Handel um den Ausverkauf der spanischen Arbeiter und Bauern an den Faschismus vor sich.

Es ist notwendig, daß die internationale Arbeiterklasse diese dunklen Machenschaften wachsam verfolgt und energisch gegen die auftritt. Um das zu können, muß sie aber mit nicht geringerer Energie gegen den Prozeß auftreten, der jetzt gegen die Exekutivmitglieder der POUM geführt wird und bei dem die Stalinisten mit der entsprechenden Begleitmusik die Hauptrolle spielen. Die internationale Arbeiterklasse darf nicht zulassen, daß die Partei, die der Träger der proletarischen Revolution in Spanien ist, noch vor Toresschluß der internationalen Bourgeoisie zum Opfer gebracht wird, die dabei ist, nunmehr auch die spanische bürgerliche Republik abzuwürgen. Zum Opfer gebracht von denjenigen, die die Verantwortung dafür tragen, daß es soweit gekommen ist.

# Arbeitspolitik

Organ der KP(O)-Elsass - Sektion der I.V.K.O. - erscheint wöchentlich

Vierte Oktoberwoche 1938.

No. 43/V. Jahrgang

## SYMPTOME

In runden Zahlen stellt sich die Finanzlage von Frankreich folgendermaßen dar :

innere Schuld	400 Milliarden Francs
jährliches Defizit	50 Milliarden Francs

Von den Gesamteinnahmen des Staates an Steuern, Zöllen, Anleihen wird ein Drittel beansprucht für den Schuldendienst, ein weiteres Drittel für die militärischen Ausgaben und nur das letzte Drittel bleibt übrig für alle übrigen öffentlichen Ausgaben. Ein solcher Zustand, in dem mindestens Zweidrittel der staatlichen Einnahmen unproduktiven Zwecken dienen, ist selbstverständlich abnorm und er hat die Tendenz, durch die in Aussicht genommene weitere forcierte Aufrüstung noch abnormer zu werden.

Aus einer solchen Lage gibt es keinen "normalen" Ausweg. Virtuell enthält diese Lage bereits die Voraussetzungen, die eine Änderung des Regimes bedingen. Die parlamentarische Demokratie ist ihr nicht gewachsen. Sie setzt für ihr Funktionieren eine mehr oder weniger breite Marge voraus, um mindestens bestimmten Teilen des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln machen zu können.

Ist die Bourgeoisie gewillt, hier einen Schnitt zu machen, so bedingt das ebenfalls einen Schnitt ins Fleisch der bürgerlichen Demokratie, den Übergang zu einem Regime der starken Faust, zu einem autoritären Regime.

Dieser grundlegende Zusammenhang wird sehr anschaulich ausgesprochen in einer Korrespondenz der "Frankfurter Zeitung" (vom 23.10.38. - Handelsblatt -) unter dem Titel "Frankreichs neuer Versuch".

Das Blatt schreibt :

"Nur direkte Ausgabenkürzungen oder -Verweigerungen erheblicher und für alle NUTZnießer des Staates und der öffentlichen Körperschaften, Rentnern, Pensionären und Lieferanten, schmerzlichen Ausmaßes, würde den Willen zum Haushaltsgleichgewicht erkennen lassen, der Währungsflucht Einhalt tun, so die sonst unabwendbare Kontrolle des Kapitalverkehrs ausschalten, und dem gehorteten und geflüchteten Kapital anzeigen, daß nun die Stunde geschlagen hätte, wo es wieder langfristig sich dem Staat anvertrauen könne. Die Gewalttätigkeit dieses unerläßlichen Eingriffes dürfte aller bisherigen Erfahrung nach eine autoritäre Stärkung und zeitliche Dauerhaftigkeit der Regierungsgewalt, also politische Umbildung außergewöhnlicher Art voraussetzen."

Die deutsche Bourgeoisie spricht hier aus Erfahrung und die französische ist auf dem Wege, ihre Schlußfolgerungen in dieser Richtung zu ziehen.

Es gibt natürlich auch einen anderen Weg : der einer Änderung des Regimes in der Richtung der sozialistischen Revolution. Aber zwei Jahre Volksfrontpolitik haben die Kräfte, die allein fähig wären, einen solchen

Weg einzuschlagen, entmutigt, desorganisiert, und desorientiert.

Eine Reihe von Symptomen zeigen, in welcher Richtung sich die Entwicklung voranbewegt.

Ein solches Symptom liefern die letzten Senatswahlen.

Sie geben infolge des Wahlsystems kein treues Bild der Massenströmung, sie geben nicht einmal, wie oft behauptet wird, die Strömung des Landes (im Gegensatz zur Stadt) wieder, sondern nur die der ländlichen Oberschicht. Aber als Stimmungsausdruck der ländlichen Oberschicht haben sie einen gewissen symptomatischen Wert und deshalb hat Daladier die Senatswahlen abgewartet, ehe er sein Programm auf Grund des Notverordnungsgesetzes verkündete. Sie soll jetzt auf dem radikalsozialistischen Parteitag in Marseille geschehen.

Das Kennzeichen der Senatswahlen ist der Verlust von 9 radikalsozialistischen Mandaten und der Gewinn von 10 Mandaten durch die Rechtsparteien. Dies zeigt eine "leichte Verschiebung nach der Mitte" an, wobei aber immer im Auge zu behalten ist, daß es sich um die Verschiebung der ländlichen Oberschicht handelt und daß allgemeine Wahlen ein ziemlich abweichendes Bild ergeben könnten. Wahrscheinlich das einer umfassenderen und radikaleren Strömung nach rechts. Wenn ein Teil der radikalsozialistischen Presse darauf verweist, daß es sich nur um eine Bewegung zur Mitte, aber nicht zur äußersten Rechten handelt (gemeint sind die faschistischen Parteien), so verkennen sie, daß die Senatswahlen nur einen beschränkten Ausschnitt aus der Bewegung der öffentlichen Meinung wiedergeben und daß diese Wiedergabe die wirklichen Bewegungen nur sehr abgeschwächt wiedergibt.<sup>4</sup>

Das Auftreten Daladiers auf dem radikalsozialistischen Parteitag wird anzeigen, wie er diese Symptome einschätzt und wie weit er sich und seine Partei der Rechtsströmung anvertrauen will.

Über die nächsten Etappen in der autoritären Richtung und die Methoden, um zu ihnen zu gelangen, ist noch nichts entschieden, hier tasten sich die herrschenden Klassen vorsichtig voran. Wir können davon absehen, darauf im Einzelnen einzugehen.

Ein anderes Symptom ist die in der ganzen Presse und von allen Parteien geführte Debatte über die Luftaufrüstung. Das am meisten Charakteristische dabei ist, daß keine der großen Arbeiterparteien sich auch nur versucht fühlen, die Frage aufzuwerfen, ob es vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus zulässig oder angezeigt sei, daß sie die politische Verantwortung für die Aufrüstung des französischen Imperialismus mitübernehmen. Das wird heute schon als selbstverständlich vorausgesetzt. Die Diskussion auch in den Organen der SFIC und der KPF dreht sich nur noch darum, wie die Aufrüstung in der Luft am besten durchzuführen sei. Das heißt, daß die Solidarität der Arbeiterklasse mit dem französischen Imperialismus bereits eine Selbstverständlichkeit geworden ist - wenigstens bei den Führern des Reformismus und des Stalinismus.

Dies ist ein Symptom, das in dieselbe Richtung weist, wie die Senatswahlen, insofern als das Vordringen des bürgerlichen X Patriotismus in der Arbeiterklasse auf die Abstumpfung ihres revolutionären Klasseninstinkts hinweist und eine der Voraussetzungen ist, die der Reaktion und dem Faschismus den Weg bahnen.

Im Rennen um den Preis des bürgerlichen Patriotismus werden immer diejenigen Schichten das Rennen machen, deren natürlicher Klassenausdruck dieser Patriotismus ist.





" Gomez bestritt, daß die POUM nach den Mai-Ereignissen eine ganze Division an der Front von Huesca aufgefordert habe, diese zu verlassen und daß ein Befehl zum Aufstand gegeben worden sei.

Bei der Anschuldigung, daß er ein Mordkomplott gegen Prieto geschmiedet habe, brach er in den lauten Ruf aus :

" Ich bin außer mir über eine solch niedrige Beschuldigung " .

Dann wurde Juan Andrade Rodriguez, der frühere Herausgeber der " Batalla " vernommen . Er wurde so ausfallend, als er die Anschuldigungen der Anklage zurückwies, daß die Richter und die Wachen die Ruhe im Zuhörerraum wiederherstellen mußten. "

Am 13. Oktober 1938 kablete der Berichterstatter der " New York Times " an sein Blatt :

" Jeder der Angeklagten bestritt ganz entschieden die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen . Sie gaben nur zu, daß sie nach den Maitagen illegale Flugblätter herausgegeben hätten, in denen die Regierung angegriffen und mit der Verantwortung für die Ereignisse belastet wurde. Das sei im Einverständnis mit der FAI und mit vielen syndikalistischen Arbeitern geschehen. "

Der Korrespondent gab weiterhin zu, daß die ganze Atmosphäre für die Angeklagten nicht ungünstig sei, er habe den Eindruck, daß es der Regierung darum zu tun sei, nicht einen Hochverratsprozeß durchzuführen, sondern der POUM politisch den Prozeß zu machen.

Unter dem 17. Oktober berichtete derselbe Korrespondent :

" Francisco Largo Caballero, der zur Zeit des Aufstandes Premierminister war und der seitdem in politischer Opposition steht, trat heute morgen für die Angeklagten als Entlastungszeuge auf. Dasselbe tat Luis Araquistain, sein politischer Anhänger, der zu jener Zeit Gesandter in Paris war, und Angel Galarza, erster Staatssekretär des Innern im Kabinett von Largo Caballero.

Largo Caballero und Galarza bezeugten, daß nach ihrer festen Überzeugung die POUM den Maiaufstand nicht angezettelt habe und daß die Parteileitung aus ehrlichen Antifaschisten bestand.

Was die heftigen Angriffe auf die Regierung betreffe, so meinte Largo Caballero, andere Parteien, die als antifaschistisch wohlbekannt seien, hätten dasselbe getan, und alles das beweiße gar nichts. Von den Verbrechen, deren die Angeklagten beschuldigt wären, sei ihm nichts bekannt.

Araquistain trat als Leumundszeuge für Nin auf. Dieser habe mit ihm und dem jetzigen Premierminister Negrin früher eine Zeitung herausgegeben. "

Nach anderen Zeitungsmeldungen haben die zahlreichen Proteste von Arbeiterorganisationen und Einzelpersonlichkeiten ihren Eindruck in Barcelona nicht verfehlt. Dies muß selbst die " Humanité " zugeben und um diesen Eindruck zu verwischen, schwafelt sie jeden Tag von " zahllosen " Zustimmungserklärungen zu dem Prozeß " , die ihr zugegangen sind. Sie veröffentlicht auch einige davon, aber bei näherem Zusehen, stellt es sich heraus, daß sie von - kommunistischen Parteizellen stammen !! Damit wird für jeden denken Arbeiter nur demonstriert, daß über den engsten Parteikreis hinaus niemand mehr an diesen Schwindel glaubt.

Massenversammlung der Pariser Arbeiter gegen den POUM - Prozeß  
-----

In hellen Scharen strömten die Pariser Arbeiter am Sonnabend, den 22. Okt. in die von der Solidarité International Antifasciste (SIA) in der Pariser "Mutualité" veranstaltete Protestversammlung gegen den POUM-Prozeß in Barcelona.

Der große Saal war bald überfüllt, schon vor Versammlungsbeginn waren selbst die Gänge von den Teilnehmern dicht besetzt. Nacheinander nahmen für die PSOP Gen. Hérard, Fenner Brockway für die englische ILP, Sébastien Faure für die Anarchisten, der Abgeordnete Bergery, der bekannte Anhänger und Propagandist der Volksfront Paul Rivet, der Rechtsanwalt Torrès, dem die spanische Regierung die Teilnahme und Verteidigung der Angeklagten am Prozeß abgeschlagen hatte, der Gewerkschafter Froidéval und Georges Pioch das Wort. Unter lebhaften Beifallsbezeugungen der aufmerksam lauschenden Versammlung verlangten sie immer wieder den Freispruch der Angeklagten, die Freilassung aller antifaschistischen Gefangenen und volle politische und organisatorische Bewegungsfreiheit für die unterdrückte POUM.

Besonders wirkungsvoll geißelte Bergery die Schandmethoden der Stalinisten, die sich nicht damit begnügen, den politischen Gegner meuchlings zu ermorden, sondern die auch noch versuchen, ihn über das Grab hinaus durch Beschuldigung der Spionage für den Faschismus zu entehren. Laute Entüstungsrufe waren zu hören, als diese Praxis im Falle Nin aufgezeigt wurde.

Froidéval von der CGT bedauerte, daß diese sich nicht offiziell an der Kundgebung beteiligt habe, er und Pioch betonten besonders, daß es hier nicht gegen den Kommunismus gehe, sondern gegen die Schändung des Kommunismus durch die Stalinisten, die in die Arbeiterbewegung faschistische Methoden eingeführt haben.

Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, die den Freispruch aller Angeklagten und die Einstellung der Verfolgungen gegen die POUM verlangt. Die wurde telegrafisch nach Barcelona übermittelt.

Die Versammlung bedeutet einen großen Erfolg unter der so stark stalinistisch beherrschten Arbeiterschaft von Paris. Bemerkenswert für die Stimmung war, daß kaum einer von den nahezu 10.000 Teilnehmern vor Schluß der Kundgebung aus dem Saale ging. Wer kommunistische Massenversammlungen, selbst mit "großen Kanonen" in Paris besucht hat, weiß, was das zu bedeuten hat. Dort beginnt meistens schon nach der ersten halben Stunde die Rückflut der Teilnehmer und die Resolutionen werden zum Schluß immer nur noch vor den Getreuen der benachbarten kommunistischen Wahlvereine " einstimmig " angenommen.

=0=0=0=0=0=

Der neue Anschlag gegen die 40-Stundenwoche  
-----

Schon vor längerer Zeit hat die Regierung Daladier die 40-Stundenwoche für die Industriezweige aufgehoben, die für die "nationale Verteidigung" arbeiten, darunter auch für die Flugzeugindustrie. Die Arbeiter waren mit dieser Maßnahme umso weniger einverstanden, als es noch eine große Zahl von arbeitslosen Metallarbeitern gibt, die in der Flugzeugindustrie untergebracht werden könnten und zum andern verschiedene Betriebe noch nicht einmal 40 Stunden in der Woche arbeiten. Die Verlängerung der Arbeitszeit hat deshalb bisher noch nicht so glatt durchgeführt werden können, wie die Regierung und die Unternehmer das erhofft hatten.



Die bürgerliche Presse hat in den letzten Wochen eine tendenziöse Kampagne geführt, die beweisen sollte, daß die französische Luftwaffe vollkommen unzureichend sei und daß das Land einem Angriff in der Luft schutzlos ausgeliefert sei. Wenn nicht mehr Flugzeuge hergestellt werden könnten, so sei daran nur die 40-Stundenwoche und die Faulheit der Arbeiter schuld.

Die Regierung hat diese Stimmungsmache ausgenutzt, um einen neuen Schlag gegen die Vierzigstundenwoche zu führen. Sie hat ihre frühere Verordnung dahingehend ergänzt, daß Strafmaßnahmen gegen die "widerspenstigen" Arbeiter durchgeführt werden sollen. Wer sich weigert, länger als 40 Stunden zu arbeiten, soll sofort entlassen werden unter Verlust aller ihm zustehenden Rechte, wie Urlaub usw. Die "Rädelsführer und Agitatoren" sollen ins Gefängnis gesteckt werden.

Mit den "Rädelsführern und Agitatoren" sind vor allem die Gewerkschaftsfunktionäre gemeint, denen dadurch die Bewegungsfreiheit, die sie in den Betrieben noch haben, genommen oder zumindest stark eingeschränkt werden soll. Die Unternehmer haben das auch gleich benutzt, um auf eigene Faust "Strafmaßnahmen" für "Verfehlungen" durchzuführen, die sich noch vor dem Erlaß der Regierungsordnung ereignet haben. Am Montag hat man zum Beispiel bei Caudron-Renault 700 Arbeiter nicht in den Betrieb gelassen, um eine "Säuberung" durchzuführen. Bei Messier hat man 40 Arbeiter kurzerhand auf die Straße geworfen. Ähnliche Vorfälle haben sich in einer Reihe anderer Betriebe ereignet.

Der Regierungserlaß richtet sich vor allem auch gegen die Gewerkschaften; er ist nur in Vorspiel dessen zu betrachten, was in nächster Zeit noch kommen wird. Die Gewerkschaftsführer erleichtern der Regierung das Spiel, indem sie sich immer wieder bereit erklären, "im Interesse der Landesverteidigung" in einer Verlängerung der Arbeitszeit einzuwilligen. Sie geben sich auch alle Mühe, die Arbeiter dazu zu überreden, daß sie keinen Widerstand gegen die dekretierte Verlängerung der Arbeitszeit leisten. Eine Delegation des Metallarbeiterverbandes mit Jouhaux an der Spitze hat sich von den Regierungsvertretern versichern lassen, "daß man selbstverständlich nicht daran denke, die Vierzigstundenwoche anzutasten". Die Delegation hatte der Regierung die Mitarbeit der Gewerkschaften angeboten, um die nationale Verteidigung zu sichern; die Frucht dieses Angebotes war der Straferlaß der Regierung.

Eine Delegiertenkonferenz der Arbeiter in der Flugzeugindustrie, die am Sonntag, den 23. Oktober stattfand, hat zwar gegen den Regierungserlaß protestiert, aber den Arbeitern empfohlen, überall dort länger zu arbeiten, wo es verlangt wird. Sie hat außerdem noch eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung der Produktion gemacht. Auch das wird die Regierung und die Unternehmer nur zu neuen Anschlägen ermuntern.

=0=0=0=0=0=

### Die Einnahme von Kanton und Hankau.

-----

Die Einnahme von Kanton ist mit überraschender Schnelligkeit fast ohne Widerstand der Chinesen erfolgt. Kurz darauf erfolgte die Einnahme von Hankau - diese aber nach langem und zähen Widerstand. Die Regierung Tschang-Kai-Schek kündigt an, daß sie den Widerstand fortsetzen werde.

Die japanische Regierung wiederholt die Forderung des Rücktritts der Regierung Tschang-Kai-Scheks und soll binnen kurzem nach dem Muster Barthesgaden und Godesberg ihr "Diktat" gegenüber China bekannt-

geben. Die Formeln dieses " Diktats " sind weniger wichtig als der Inhalt, der kein anderer sein wird, als die völlige Unterwerfung Chinas unter die Herrschaft des japanischen Imperialismus, sowie die Ausschaltung der bisherigen imperialistischen Rivalen Japans in China - vor allem Englands und Amerikas.

Nach der Besitznahme von Schanghai, Kanton und Hankau durch Japan ist der englische Imperialismus in China entscheidend getroffen.

Wird China noch zu weiterem längerem Widerstand fähig sein oder ist es jetzt in seiner Widerstandsmoral entscheidend getroffen, wie die japanfreundliche Presse erklärt? Die Frage ist noch offen. Rein militärisch ist China noch zu längerem Widerstand fähig. Die Zentralarmee Tschang-Kai-Schek ist nicht geschlagen oder vernichtet, sie tritt einem weiteren Rückzug nach dem Westen, nach Innerchina, an. Auch der Partisanenkrieg kann weitergehen.

Jedoch bedeutet die Einnahme von Kanton eine schwere Schädigung für die Versorgung der chinesischen Truppen mit Kriegsmaterial.

Die entscheidende Frage ist, ob die Masse des chinesischen Volkes, vor allem der chinesischen Bauern, beim Verzicht auf die Agrarrevolution, den die Unterordnung der Kommunistischen Partei Chinas unter Tschang-Kai-Schek bedeutet, die überlegene und anhaltende Moral aufbringen wird, die für den erfolgreichen Widerstand gegen den japanischen Imperialismus letzten Endes ausschlaggebend ist.

Kanton und Hankau sind die Quittung des japanischen Imperialismus für den Macht- und Prestige-Verlust des englischen Imperialismus durch das Münchener Abkommen.

Sollte Japan imstande sein, den chinesischen Krieg bald zu seinen Gunsten zu beenden, so würde das einerseits die Bedrohung der Sowjetunion mächtig steigern, andererseits die " Achse " in Europa zu weiteren Angriffen ermuntern.

#### Die Tschechoslovakei als hitlerdeutsches Protektorat .

Die gegenwärtige internationale Lage der CSR wird dadurch gekennzeichnet, daß über die Erledigung der territorialen Ansprüche Ungarns an die CSR Hitlerdeutschland in letzter Instanz entscheiden wird. Wie der Machtanspruch Hitlerdeutschlands ausfallen wird, steht noch nicht fest.

Im Innern der CSR vollzieht sich mit jedem Tage weiter die Faschisierung. Der Premierminister der Slowakei, Tisso, hat sich offen für den korporativen Staat erklärt. Das Prager Organ der Agrarpartei " Venkov " erklärt, man könne weder die parlamentarische Demokratie beibehalten, noch wolle man die totalitäre Diktatur einführen, man wolle die Vorzüge beider Staatsformen vereinigen, ohne ihre Nachteile.

Im tschechischen Gebiet ist nunmehr auch die Kommunistische Partei aufgelöst worden. Die bürgerlichen Parteien verhandeln über ihren Zusammenschluß zu einer nationalen Partei. Daran ist auch die Leitung der nationalsozialistischen Partei (Benesch-Partei) beteiligt. Die tschechische Sozialdemokratie rechnet damit, daß sie einen Teil der Beneschanhänger (worunter sich viele Arbeiter befinden) zu sich herüberziehen und so fortexistieren kann. Ob diese Rechnung zutreffen wird, ist fraglich. Die deutsche Sozialdemokratie des Sudetengebietes hat sich offiziell aufgelöst.

Aus England :  
-----

Die " Sozialistische Korrespondenz " , das Organ des Linken Flügels der IKP gibt Zuschriften aus dem Leserkreis wieder, die uns einen Einblick vermitteln, wie diese Arbeiter die Lage in der ILP einschätzen , nach den pazifistischen Reden der Abgeordnete Maxton und McGovern . Wir geben die wörtliche Übersetzung :

Wir veröffentlichen die folgenden Ausführungen aus Zuschriften, die wir von Lesern erhalten haben, und die vielleicht von Interesse sind. Es darf nicht angenommen werden, daß die " Socorr " notwendigerweise mit allem , was gesagt wird, einverstanden sei.

" Eine Zeitlang war die Politik der ILP im Wesentlichen richtig und es konnten neue Mitglieder auf gesunder Basis geworben werden. Von Zeit zu Zeit aber brechen die Parlamentarier die Disziplin und treiben die fortgeschrittenen Arbeiter aus der ILP heraus. Bei der letzten Krise war dieser Kampf besonders klar. Zuerst reagierten die einfachen Mitglieder der ILP wunderbar auf die Krise und zogen die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf sich. Dann hielten plötzlich die Parlamentarier eine Reihe von unheilvollen Reden. Die Arbeiter prallten angeekelt zurück; Geld und Beitrittsanträge strömten von reichen Pazifisten herein. Welche Tendenz wird in der Zukunft siegen ? Sollen die Revolutionäre die ILP verlassen und sich ihre Arbeit woanders suchen ? "

" Es ist klar, daß dieser Schaden nicht nur die ILP-Organisationen als solche treffen wird, sondern auch alle , die die Volksfront und den imperialistischen Krieg bekämpfen, die Kolonialarbeiter, die der ILP vertrauten, und dem Kampf der Marxisten im Allgemeinen. Der Schaden kann zu einem gewissen Grade behoben werden , wenn, und nur wenn die ILP selbst die Haltung der Parlamentarier verwirft. Die Arbeiter haben instinktiv versucht, das zu erreichen, indem sie in ILP-Versammlungen Zwischenrufe machten, sich weigerten, ILP-Literatur zu kaufen usw. Es ist die Pflicht aller Revolutionäre , ihnen zu helfen. Die bürgerlichen Pazifisten tun alles, was sie können, um eine Aktion zu verhindern. Wenn ihnen das gelingt, selbst nur soweit, als man den Parlamentariern die Möglichkeit läßt, die Politik der ILP zu sabotieren und zu diskreditieren, wird es keine Partei mehr geben, die eine wirkliche marxistische Führung gegen den imperialistischen Krieg und Reformismus geben kann. "

Revolutionärer Optimismus.

Am 7. Oktober veröffentlichte der " New Leader " McNairs Bericht mit der Überschrift: " Maxtons große Rede im Parlament ". Penner Brockway als Herausgeber übernimmt vermutlich die Verantwortung für beides : für den Artikel und besonders für die Überschrift.

Seitdem versucht Brockway als ein Führer der Kritiker zu erscheinen und seinen Einfluß in der Richtung eines Kompromisses einzusetzen.

Darin findet er Schwierigkeiten . In der Londoner Organisation war es besonders bemerkenswert, daß sein Einfluß eigentlich verschwunden war. Genossen sagten zu Brockway :

" Du bist entweder für oder gegen uns. Du kannst nicht auf dem Zaune sitzen bleiben " .



Großes Bedauern wurde ausgedrückt, daß ein so guter Genosse, wie McNair seinen Namen für diesen Artikel hergegeben haben sollte. Wir können nicht glauben, daß er seine wahre Meinung ausdrückt.

Der "New Leader" warnte seine Leser vor den Auslegungen der kapitalistischen Presse. In welchem Teil wichen die kapitalistischen Berichte von der Wahrheit ab bei dieser Gelegenheit? Die Kapitalisten fanden ihre Propaganda gleich mundgerecht gemacht vor.

Die Opposition innerhalb der ILP hat sich in Folgendem gezeigt :

Öffentliche Rüge der Parlamentarier durch die Organisationen von London und Manchester,

persönlich durch Aplin, Brockway und Jennie Lee.

Mehrere Protesttelegramme von Ortsgruppen und Einzelpersonlichkeiten.

Forderung einer Sonderkonferenz.

=o=o=o=o=o=

Aufforderung der Redaktion der "Sozialistischen Korrespondenz" :

Genossen, die in der ILP sind, sollten nicht den Fehler machen, sie zu verlassen. Das würde nur dem pazifistischen und opportunistischen Flügel die Mehrheit sichern. ILP-Mitglieder können ohne Gefahr ihre Meinung offen äußern. Solange Maxton und McGovern nicht zur Disziplin gebracht worden sind, kann es keine Verpflichtung der Mitgliedschaft auf die Agitation für die offizielle Politik der Partei geben.

" Unsere Schwäche liegt im Augenblick darin, daß das große Publikum keine sozialistische Überzeugung hat. Unsere Reihen sind durch taktische Fragen gespalten; während wir in den Grundfragen alle übereinstimmen. Unsere Arbeit erschöpft sich in der Austragung innerparteilicher Meinungsverschiedenheiten, wobei wir uns immer weiter von der breiten Masse entfernen und selbstgenügsam werden. Es ist jetzt klar, daß in der kurzen Atempause, die wir haben, eine Änderung eintreten muß. Wir müssen uns zusammenschließen in der Hauptaufgabe, nämlich der Masse die sozialistischen Grundlagen in der einfachsten und wirksamsten Weise beizubringen. "

Es werden dann eine Reihe von Vorschlägen gemacht, um besser an die Arbeiter heranzukommen: Änderung der unlebendigen Terminologie, der veralteten Organisationsmethoden, Herausgabe von volkstümlich geschriebener Literatur, die sich mit den Arbeiterfragen im Allgemeinen und im Besonderen (Gewerkschaften, Genossenschaften usw.) befaßt.

=o=

Hitlerdeutschlands weitere Pläne .  
- - - - -

Aus den vielen Nachrichten, die die internationale Presse darüber enthält, sei nur Folgendes hervorgehoben, das einigermaßen greifbar ist. Die Nazipresse rollt aufs Neue die Memelfrage auf. Das macht die Nachrichten glaubhaft, daß zwischen Deutschland und Polen über die Aufteilung Litauens verhandelt wird.

In der Kolonialfrage besagt eine offiziöse deutsche Erklärung, daß Hitlerdeutschland Angebote Englands-Frankreichs usw. erwartet. Und ihnen die Initiative zuschiebt.

E n g l a n d h i l f !!  
= = = = =

Das Brüsseler Büro der Zweiten Internationale hat eine lange Resolution zur internationalen Lage nach dem Münchener Abkommen angenommen.

Der Sinn der Resolution ist in folgendem Satz enthalten :

" Sie appelliert an die demokratischen Großmächte , damit sie durch ihre planmässige enge und feste Solidarität einen Damm aufrichten gegen alles, was die höchste moralische Hoffnung :

den Frieden in der Freiheit und Gerechtigkeit vernichten könnte. "

E n g l a n d h i l f !!

=o=o=o=o=o=o=o=o=o=o=

Sowjetunion :

B l ü c h e r " l i q u i d i e r t " .  
- - - - -

Eine Korrespondenz des " Temps " erwähnte die in Moskau umlaufenden Gerüchte über die Beseitigung des Feldmarschalls B l ü c h e r .

Dies wäre der Letzt der führenden Militärs der Roten Armee, die im Bürgerkrieg aus den Reihen der Arbeiterklasse und der bolschewistische Partei zu leitenden militärischen Stellungen emporgestiegen sind.

Andere Nachrichten wollen wissen, daß demnächst ein großer politischer Prozeß stattfinden soll, der dazu dienen soll, die Liquidierung des französisch-sowjetischen Paktes und eines Versuches der Annäherung an Hitlerdeutschland vorzubereiten. Im Zusammenhang damit werden die Namen Bubnow, Meschlaouks usw. genannt. Man wolle bei diesem Prozeß ihre Verbindung mit " französischen Trotzlisten " nachweisen, die gleichzeitig Gestapo-Agenten seien. Wir geben diese Nachrichten mit allem Vorbehalt wieder - unmöglich sind solche Manöver keineswegs.

Spanien :

Die Aushungerung S p a n i e n s .  
- - - - -

Die Regierung Chamberlain beabsichtigt, in der allernächsten Zeit nach dem Zusammentritt des Parlaments das englisch-italienische Abkommen in Kraft zu setzen. Die Zurückführung der 10.000 italienischen "Freiwilligen " ist nur ein Mittel, um von England zu verlangen, daß es dem Sieg Francos keine Hindernisse in den Weg stellt und das Recht des Kriegführenden Franco verleiht, um dann durch eine über das republikanische Spanien verhängte Blockade dasselbe auszuhungern. Die französischen Arbeiter müssen sich energisch dagegen wenden, daß die französische und englische Regierung nunmehr die Hand bieten, um das republikanische Spanien auszuhungern.

Verantwortlich : Emile Hirtzel, Strasbourg

# Arbeiterpolitik

Organ der KP(O)-Elsaß - Sektion der IVKO - erscheint wöchentlich -

No. 44/V. Jahrgang

Erste Novemberwoche 1938.

## Der radikalsozialistische Parteitag von Marseille .

Der Parteitag hat den Bruch mit der Volksfront bestätigt, nachdem das Programm der Volksfront längst vor die Hunde gegangen war. Diejenigen, die die Volksfront fortgesetzt wissen wollten, waren eine kleine Minderheit, die durch die Mehrheit nach Kräften eingeschüchert wurde. Herriot trat nicht für die Fortsetzung der Volksfront ein, man kann eher sagen, daß er durch seine Redensarten darüber, daß die Verbindung mit der Arbeiterklasse nicht abgebrochen werde, die chirurgische Operation, die zunächst die Kommunistische Partei von der Regierungsmehrheit amputiert, erleichtert hat. Die radikalsozialistischen Häupter konnten sich dabei offensichtlich auf eine starke Stimmung unter ihrem kleinbürgerlichen Anhang stützen, der, nachdem ihn die Volksfrontpolitik enttäuscht hat, nach dem starken Mann ruft.

Die Absägung der Kommunistischen Partei ist wesentlich unter dem außenpolitischen Aspekt erfolgt: eine Bestätigung der traurigen Tatsache, daß die KPF in der Volksfront wesentlich als Exponent der sowjetrussischen Außenpolitik funktionierte, und nicht als die revolutionäre Partei des französischen Proletariats.

Um den radikalsozialistischen Abgeordneten, die mit kommunistischer Hilfe gewählt worden sind, die Furcht vor dem Verlust ihres Mandates zu nehmen, kündigte Daladier die Bereitschaft zur Änderung des Wahlrechts an, wobei offenblieb, ob es sich um die Einführung des Proportionalwahlrechts handelt, oder nur um die Abschaffung der Stichwahl. Das Proportionalwahlrecht ist eine in der letzten Zeit besonders von den Rechten verfochtene Forderung. Das in Frankreich sehr selten oder fast nie gebrauchte Damoklesschwert der Auflösung des Parlaments durch die Regierung bleibt über den Köpfen des Parlaments hängen.

Das Auftreten Daladiers auf dem Parteitag als "starker Mann" kennzeichnet das neue politische Klima. Dabei ist jetzt schon klar, daß Daladier nur ein Wegbereiter für den ersehnten "starken Mann" ist. Um selbst diese Rolle zu spielen, dafür ist er viel zu sehr mit dem alten Parteigetriebe und seinen Methoden verwachsen. Er ist der Verkünder "dessen, der da kommen soll".

Daladier beschränkte sich darauf, nur allgemeine Direktiven, nur Stichworte für das Programm zu geben. Es wurde dies damit begründet, daß die Einzelheiten der zu erlassenden Dekrete aus technischen Gründen nicht vorzeitig bekanntgemacht werden dürften, aber es hat sich bereits gezeigt, daß der wahre Grund der war, daß der Regierung Daladier ein geschlossenes und einheitliches Programm fehlt, daß sie auch in programmatischer Hinsicht nur einen Übergang darstellt.



Die Stichworte, die in Marseille ausgegeben wurden, sind die der " orientierten Wirtschaft " - die in der Mitte liegen soll von der " dirigierten Wirtschaft " , wie sie zum Beispiel von Hitlerdeutschland geführt wird, und der bisherigen sogenannten freien Wirtschaft. Es ist begreiflich, daß die französische Bourgeoisie zögert, sich von heute auf morgen kopfüber in die Kriegswirtschaft zu stürzen, (dasselbe trifft auch für England zu) aber wenn der Weg einmal eingeschlagen ist, so wird ein Schritt den anderen ergeben. Dazu wird schon der Rüstungswettlauf mit Hitlerdeutschland zwingen, der nicht mit Halbheiten durchzuführen ist (und wobei sehr wenig wahrscheinlich ist, daß Frankreich, auch wenn es jetzt zu 100 % die Kriegswirtschaft nach deutschem Muster einführen würde, noch den Vorsprung Hitlerdeutschlands einholen könnte, besonders, nachdem Frankreich in der CSR anderthalb Millionen, das sind 50 Divisionen - gut ausgebildeter und ausgerüsteter Soldaten verloren hat). So besteht alle Aussicht, daß Frankreich alle Lasten dieser Wirtschaft zu tragen haben wird, ohne den beabsichtigten Effekt zu erzielen.

Um die Hilfsquellen des Landes an Menschen und Material wirklich voll zu mobilisieren, und den Vorsprung Hitlerdeutschlands einzuholen und zu überholen, dafür gibt es nur einen Weg: den der sozialistischen Planwirtschaft, ein Weg, der über die proletarische Revolution geht. Die " Wehrwirtschaft " in Hitlerdeutschland verwirklicht wahrscheinlich das Höchstmaß dessen, was an " Planwirtschaft " auf dem Boden des Kapitalismus möglich ist. Aber sie hebt den grundlegenden antagonistischen Charakter der kapitalistischen Wirtschaft nicht auf und kann ihn nicht aufheben. Sie erzielt ihre Leistungen auf Kosten der Versklavung und Verelendung der Arbeiterklasse, auf Kosten des Ruins breiter Schichten des Kleinbürgertums. Sie bringt dazu grundlegende Störungen in die kapitalistische Wirtschaft selbst. Aber wo sind heute in Frankreich die Kräfte, um für eine revolutionäre Umgestaltung der Wirtschaft auf der Grundlage des Sozialismus zu kämpfen? Die reformistischen und stalinistischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften beeilen sich heute, um die Wette, zu versichern, daß sie im Interesse der Stärkung der Wehrkraft der Nation bereit sind, der Bourgeoisie auf dem Wege zur kapitalistischen Kriegswirtschaft zu folgen, ohne zu ahnen, daß damit eine wirklich maximale Wehrhaftmachung der Nation nicht zu erreichen ist, aber jedenfalls die Versklavung der Arbeiterklasse die schließliche Liquidierung dessen, was von der bürgerlichen Demokratie noch vorhanden ist, und eine weitergehende, sich stets beschleunigende Störung und Zerrüttung der kapitalistischen Wirtschaft.

Den besitzenden Klassen kommt es aber zunächst darauf an, im Namen der Wehrhaftmachung des Landes den Angriff gegen die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse zum Siege zu führen. Dafür wurden in Marseille nicht nur die Stichworte, sondern auch die Töne angegeben. Der Angriff gegen die Fabriksdelegierten, die " Fremde " sind und auf die Leute mit den großen " Strafregistern " zeigt an, mit welchen Methoden dieser Kampf geführt werden soll. Man will jetzt aufs Ganze gehen. Und zu diesem Zweck sucht man die notwendige Stimmung in den kleinbürgerlichen Massen, vor allem unter den Bauern zu erzeugen, den Arbeiter als Bummler und dunkles Element anzuschwärzen.

Was die Perspektiven des politischen Regimes anlangt, so sind folgende Worte Daladiers auf dem Marseiller Parteitag vielsagend:

" Ich glaube ", erklärte er, daß es noch (!) möglich ist, die Forderungen des öffentlichen Wohls und diejenigen der Demokratie miteinander zu versöhnen "

Das " noch " zeigt an, daß der Glaube daran schon wackelig ist und daß man sich schon mit dem Gedanken vertraut macht, über die Demokratie hinwegzugehen.

Für die neue außenpolitische Orientierung Frankreichs, die auf dem Marseiller Parteitag propagandistisch eingeleitet worden ist, ist kennzeichnend x das stillschweigende Übergehen der Sowjetunion in dem Bericht des Außenministers Bonnet. Das Eintreten Herriots dafür, daß um die Sowjetunion "kein Stachelndraht gezogen" werde, ist nur eine respektvolle Kranzniederlegung auf dem Grabe des französisch-sowjetischen Paktes. Ferner wurde die Bereitschaft erklärt x zur Verständigung mit Hitlerdeutschland. Die Leitlinie der künftigen Außenpolitik Frankreichs wird in folgender Erklärung Daladiers auf dem Marseiller Parteitag sichtbar :

"Ich lege Wert darauf zu behaupten, daß Frankreich ein Imperium ist. Jenseits seiner Grenzen ist eine ganze weite Sicherheitszone für es ebenso wertvoll, als das Mutterland selbst. Auf ihm beruht ein großer Teil der Zukunft Frankreichs. Wir betrachten ihn als unantastbar."

Die nähere Erläuterung dazu kann man in einem programmatischen Artikel des "Temps" (29.10.31.) über die künftige Außenpolitik Frankreichs, über die Politik der "Konzentration" finden.

Es heißt in diesem Artikel :

"Frankreich muß den imperialen Sinn wiederfinden. Es muß die noch unerforschten Reichtümer seines Kolonialreiches rasch auswerten und sich bereit machen, jeder Forderung Deutschlands auf die Kolonien, die ihm der Versailler Vertrag genommen hat, und die übrigens die französischen Anstrengungen umgestaltet haben, ein kategorisches Nein entgegenzusetzen, die eventuelle Anerkennung einer kolonialen Berufung des Reichs ist eine andere Frage, die nicht allein die Nutznießer des Versailler Vertrages angeht, sondern alle Mächte, die Kolonien besitzen.)"

Frankreich müsse sich beschränken auf seine "vitalen Interessen". Es müsse darauf verzichten, durch Bündnisse und Abkommen zu "automatischem" Eingreifen in Europa gezwungen zu sein. Es müsse von allen solchen Bindungen sich freimachen, um sein Eingreifen frei bestimmen zu können.

Mit anderen Worten : es ist Zeit, die alten Flausen von der Verteidigung der Demokratie in Europa fahren zu lassen. Beschränken wir uns auf unsere wahren "vitalen Interessen", das heißt auf unsere unmittelbaren imperialistischen Interessen. Diese sind im Wesentlichen die Verteidigung und die gesteigerte Ausbeutung unseres Kolonialreiches. In dieser Stellungnahme ist eingeschlossen, daß Hitlerdeutschland und Italien wohl freie Hand in Europa gelassen wird, um sich dort neue Beutestücke zu holen, daß es eventuell auch fremden Kolonialbesitz erhalten kann, daß aber Frankreich um sein Imperium kämpfen wird.

Diese Stellungnahme hat den Vorzug der Klarheit. Sie sollte allen denen die Augen öffnen, die sich einbilden, die französische Bourgeoisie noch für die "Verteidigung der Demokratie" einspannen zu können. Davon kann künftig nur reden, wer sich und Andere betrügen will.

Auch bisher war die "Verteidigung der Demokratie" im Munde der herrschenden Klassen Frankreichs nur eine Maskierung vermeintlicher oder wirklicher imperialistischer Interessen. Aber jetzt wird die Maske fallengelassen und hinter ihr erscheint nackt und bloß der Imperialismus. Mit dem Bruch der Volksfront kann man die demokratische Maske des Imperialismus lüften. Es ist dies zugleich die Vorbereitung für die Auslieferung Spaniens an Franco und für die weitere Preisgabe der "Demokratie" an die "Achse" in Europa.

Die Arbeiterklasse sollte aus diesen Erklärungen und den ihnen entsprechenden Handlungen der französischen Außenpolitik ihrerseits den Schluß ziehen, daß die "vitalen Interessen" des französischen Imperialismus wohl vitale Interessen für die herrschenden besitzenden Klassen sein mögen, aber nicht für sie selbst. Was die wirkliche "Sicherheit" Frankreichs anlangt, die

die Thorez, Duclos, Péri täglich im Munde führen, so ist die Verteidigung des französischen Kolonialreiches in Wahrheit der größte Faktor der Unsicherheit des französischen werktätigen Volkes - denn dieses Kolonialreich ist die Beute, auf die der deutsche und italienische Imperialismus abzielt.

Das, was an Demokratie für die werktätigen Klassen in Frankreich noch existiert, kann nur von ihnen verteidigt werden, indem sie sich vom französischen Imperialismus trennen, indem die Arbeiterklasse sich auf ihre Aufgabe zurückbesinnt, den Freiheitskampf der Kolonialvölker zu unterstützen. Verzichtet sie auf diese Rolle, gibt sie sich dazu, für ihre Bourgeoisie die koloniale Ausbeutung zu verteidigen, so öffnet sie den Weg dafür, daß der Faschismus die Kolonialvölker als Sturmbock gegen die Reihenden der werktätigen Klassen Frankreichs verwandelt, sei es daß der französische Faschismus und Imperialismus dies tun, sei es daß der deutsch-italienische Faschismus diese Aufgabe übernimmt. Das Beispiel Spanisch-Marokkos spricht hier eine deutliche Sprache.

Was die Kommunistische Partei Frankreichs anbetrifft, so antwortet sie auf die Fußstapfen, die ihr die radikalsozialistische Partei erteilt, mit der Erklärung von Thorez ( " Humanité " , 30.10.38. ) :

" Ja, die Arbeiterklasse ist bereit, Flugzeuge und Kanonen zu fabrizieren unter der Bedingung, daß man sie nicht Hitler ausliefert .... Kurz, die Arbeiterklasse ist bereit, zu einer Zusammenarbeit und zu einer Anstrengung, deren erste notwendige Bedingung die Aufgabe jeder Regierungsfunktion für die Verantwortlichen des nationalen Unheils von München ist "

Mit anderen Worten : die Kommunistische Partei Frankreichs bietet sich zur Verteidigung des französischen Imperialismus an - nur nicht mit Daladier und Bonnet an der Spitze.

Sie ist gegen die Politik der imperialistischen Kompromisse und für eine Politik des imperialistischen Draufgängertums.

Daß die Aufgabe einer kommunistischen Partei die Zusammenarbeit weder mit der einen, noch mit der anderen Form der imperialistischen Politik ist, ist längst " vergessen " .

+ + +

Auf die schmetternde Fanfare der radikalsozialistischen Partei und ihrer Vertreter in der Regierung in Marseille folgte die Posse in Paris. Das Programm, von dem Daladier in Marseille ankündigte, daß er es sogleich aus der Tasche ziehen werde - war garnicht da. Als es sich darum handelte, das Finanzprogramm im Kabinett zu verabschieden, gab es darüber heftige Kämpfe im Schoße des Kabinetts selbst und beinahe wäre die Regierung darüber in die Brüche gegangen. Das wurde nur noch dadurch verhindert, daß die Minister überlegten, daß es doch allzu blamabel wäre, wenn die Regierung zurücktreten würde, ohne überhaupt von ihren Vollmachten Gebrauch gemacht zu haben. Die Streitpunkte waren neben der Frage der Devisenkontrolle, die Fragen der besonderen Anforderungen an die besitzenden Klassen, einer besonderen Einkommensteuer, einer Besteuerung der Wertpapiere, einer Konversion der Renten ( Herabsetzung der Verzinsung der Staatspapiere ) und noch einiges dergleichen. Schließlich ist der Riß in der Regierung wider notdürftig geflickt.

Das Pariser Nachspiel des Marseiller Parteitages zeigt, daß bei dem radikalsozialistischen Flügel der französischen Bourgeoisie zwar " der Geist willig, das Fleisch aber schwach " ist, um den Sprung in die Kriegswirtschaft zu wagen und um der Bourgeoisie selbst Opfer zuzumuten.



Dieses Nachspiel, das in seiner Komik an ein Hanswursttheater erinnert, wird das Prestige weder des Parlamentarismus, noch Daladiers selbst als "starken Mannes" vermehren.

-----

England und "Mitteleuropa".

-----

Seit Jahren verfocht der Herausgeber der englischen Sonntagszeitung "Observer": Garvin den Plan, Hitlerdeutschland "Mitteleuropa" verwirklichen zu lassen und ihm freie Hand gegen die Sowjetunion zu geben, in der Berechnung, damit Hitlerdeutschland von einem unmittelbaren Angriff auf das britische Reich abzulenken. Das von Chamberlain in seiner letzten Unterhausrede entwickelte außenpolitische Programm ist im Wesentlichen nichts anderes, nur daß es jetzt das offizielle Programm der englischen Regierung ist und daß Chamberlain wohlweislich den Teil im Dunkeln gelassen hat, der die Zustimmung Englands zum Angriff Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion betrifft. England anerkennt somit praktisch die Hegemonie Hitlerdeutschlands auf dem europäischen Festlande. Ein Ausdruck dieser Anerkennung ist es, daß England (und Frankreich) mit verschränkten Armen zusehen, wie Hitlerdeutschland mit Italien in der Sekundantenrolle das Amt des Schiedsrichters zwischen der CSR und Ungarn übernimmt. Zu diesem Programm gehört die Auslieferung Spaniens an Franco auf dem Wege der Anerkennung des englisch-italienischen Abkommens vom April dieses Jahres und anschließend daran Verhandlungen mit Hitlerdeutschland. Das englisch-italienische Abkommen wird in diesen Tagen in Kraft gesetzt. Mit Hitlerdeutschland ist man noch auf dem Gebiet der Sondierungen.

In der Frage der Aufrüstung Englands ist der Gegensatz zwischen Chamberlain und seiner Opposition nicht, wie oft irrtümlich gesagt wird, der, ob England überhaupt aufrüstet oder nicht; die Streitfrage ist vor allem, ob England schon jetzt seine gesamte Wirtschaft auf den Kriegsfuß umstellt. Davor schreckt die City aus begreiflichen Gründen noch zurück und Chamberlain bringt das zum Ausdruck. Die Berechnung ist offenbar, eine längere Frist für die englischen Vorbereitungen zu gewinnen, indem man Hitlerdeutschland mit dem Aufbau von "Mitteleuropa" beschäftigt, es gegen die Sowjetunion ablenkt, und die heuchlerischen Wendungen Hitlers an England mit gleicher Münze zurückzahlt. Die City rechnet ferner damit, daß sie sich geschäftlich an "Mitteleuropa" beteiligen kann. Sie stützt sich dabei auf den Umstand, der von Chamberlain erwähnt wurde, daß weder Deutschland, noch Italien über die Kreditmöglichkeiten verfügt wie England. Ebenso beabsichtigt England, seine Finanzkraft in China einzusetzen, und dort gegenüber Japan zu retten, was noch zu retten ist.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Plan Chamberlains vom Gesichtspunkt der Verteidigung des englischen Imperialismus auf schwachen Füßen steht, da er Hitlerdeutschland die Möglichkeit schafft, sich eine breite Angriffsbasis gegen den englischen Imperialismus zu schaffen und da jetzt Hitlerdeutschland, Italien und Japan planmäßig zusammenwirken.

Jedenfalls ist nach der Rede Chamberlains klarer denn je, daß eine Politik der internationalen Arbeiterklasse, die darauf abzielt, die Mächte des "demokratischen" Imperialismus auszuspielen und die Ziele der ersteren zu unterstützen, auf Sand gebaut ist und nur zu neuen Niederlagen für die Arbeiterklasse und zu neuen Erfolgen für den Faschismus führen kann.

Übrigens geht aus der REDE Chamberlains hervor, daß die jetzige Ablehnung der Kriegswirtschaft nur provisorisch ist. Indem die Labour Party in England sich im Schlepptau der Churchill und Eden bewegt, wird sie nur Vorbereitungsarbeit leisten, um die Arbeiterklasse für die Politik der



für die Arbeiten an Sonn- und Feiertagen bezahlt werden und daß die Arbeiter 48 bis 56 Stunden in der Woche arbeiten müssen, trotzdem im Baugewerbe die Vierzigstundenwoche noch besteht und die Nachweise von arbeitslosen Bauarbeitern überfüllt sind. Die Gewerkschaftsvertreter, die bei dem Unternehmer vorstellig wurden, hat dieser einfach vor die Tür gesetzt. Am vergangenen Sonnabend lief den Arbeitern endlich die Galle über, nachdem sie ihre 48 Stunden in der Woche abgeschuftet hatten, weigerten sie sich kurzerhand, weiterzuarbeiten und gingen nach Hause. Nicht schlecht erstaunt waren sie, als sie am Montag zur Arbeit erschienen und feststellen mußten, daß ihre Arbeitsplätze durch - Pioniere eingenommen worden waren. Der Bauunternehmer teilte ihnen in dürren Worten mit, daß sie allesamt entlassen seien.

Dieser Vorfall zeigt treffender als lange Artikel, wohin die Reise in Frankreich geht.

= = // = =

E n g l a n d :

Gegen die Disziplinbrecher in der ILP .

" Socialist Correspondance " vom 29. Oktober 1938, dessen Nummer diesmal besonders reichhaltigen englischen und internationalen Stoff enthält, entnehmen wir folgende Ausführungen über die Verhältnisse in der ILP :

Unsere früheren Feststellungen, daß die einfachen Mitglieder der ILP in der Disziplinfrage und in der Frage des Pazifismus mit den Parlamentariern nicht einverstanden sind, wird durch Berichte ergänzt, die wir aus Schottland erhalten.

Die Ortsgruppe Dundee weigerte sich, den " New Leader " zu verkaufen, der die Rede von McClellan enthielt, man wollte die Nummern lieber selber bezahlen, als sie weitergeben. Jeder Leser wurde besucht und über die Lage aufgeklärt. In allen Fällen stimmten die Leser zu und erklärten sich damit einverstanden, den " New Leader " weiter zu beziehen. Sie ersuchten den " New Leader " um Aufnahme einer Mitteilung, die die Einberufung einer außerordentlichen Konferenz verlangt. Sie haben auch bestimmte Forderungen auf Ahndung des Bruches der Konferenzbeschlüsse gestellt.

Während der Krise wurden in Dundee gute Versammlungen abgehalten, wo die Zeitung in ca. 50 Exemplaren verkauft wurde. Seitdem hat man die Nase voll. Die Ortsgruppe setzt trotzdem ihre Arbeit fort und hat der Labour Party bei den Gemeindewahlen Unterstützung angeboten.

In Glasgow ( einer Hochburg der ILP ) ist die Sache in zwei Ortsgruppen aufgeröllt worden, aber die reformistischen Elemente treiben Obstruktion. Verschiedene Ortsgruppen haben noch nicht Gelegenheit gehabt, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Verschiedene Genossen in Glasgow haben folgende Anträge gestellt :

1. Öffentliche Zurückweisung der Haltung der Parlamentsmitglieder ;
2. Einsetzung einer Disziplinarbehörde, um die wirklichen Gründe ihrer Haltung zu untersuchen ;
3. Schaffung eines Ausschusses von einfachen Mitgliedern der ILP, dem die Parlamentarier verantwortlich sind ;



4. Ausschluß eines Jeden , der die Parteidisziplin bricht.

Über die Meinung der Arbeiter, die außerhalb der ILP stehen, schreibt unser Korrespondent :

Ich kenne so an die 5 tätige Arbeiter von gutem Typ, die die Absicht hatten, der Partei beizutreten und für die die KP oder die Labour Party nicht in Frage kommt. Sie sind mit der grundsätzlichen Haltung der ILP einverstanden, aber sie betonen, daß die Partei nichts tut und kein Programm hat. Das ist in meinem eigenen Wirkungsbereich. Ich bin sicher, daß es Dutzende solcher Arbeit gibt.

Wir glauben, daß es jetzt eine sehr wichtige Aufgabe ist, einen Weg ausfindig zu machen, um die Genossen zusammenzuhalten, die Marxisten sind; die aber von der Partei abgestoßen werden. Regelmässige Zusammenkünfte, um über Gewerkschaftsfragen , über marxistische Bildung, über die " Socialist Correspondence " zu diskutieren , das sollte jetzt durchgeführt werden. Es kann nicht genug betont werden, daß es nicht das Ziel sein kann, die ILP zu spalten, sondern die revolutionären Elemente sowohl außerhalb ,wie innerhalb der ILP zu stärken und einander näherzubringen.

=o=o=o=o=o=o=o=o=o=

McGovern macht , was er Lust hat .

-----

Unter dieser Überschrift schreibt " Socialist Correspondence " Folgendes:

Ein Mitglied der Parlamentsfraktion der ILP hat wieder einmal bewiesen, daß er entweder die politische Linie der Partei nicht kennt, oder daß er sie absichtlich mit Füßen tritt. Wenn man den " New Leader " liest und die Politik der Partei in der palästinensischen Frage studiert , so sieht man, daß die ILP gegen den Zionismus und gegen die Verwandlung Palästinas in einen jüdischen Staat ist. In den jüdischen Zeitungen... und durch Flugblätter wurde bekanntgegeben, daß am letzten Sonntag in East London von der Zionistischen Vereinigung unter der Losung " Der Zionismus - die einzige radikale Lösung des jüdischen Problems " eine Versammlung angekündigt wurde, mit John McGovern M.P. als Redner zusammen Bernett Janner , Morris Myer und dem Rabbi Goldblom.

Unter den Arbeitern der ILP in East London macht sich große Entrüstung bemerkbar. Viele versuchten in die Versammlung hineinzukommen , aber die Ordner hinderten sie ebenso daran , wie die Kommunisten. Die ILP muß das Auftreten McGoverns für nicht-sozialistische Ziele verurteilen !

-----

Die Konferenz der " Front der Werktätigen gegen den Krieg " .

-----

Am 29. und 30. Oktober 1938 fand in Brüssel eine Konferenz der " Front der Werktätigen gegen den Krieg " statt.

Marceau Pivert hielt eine einleitende Ansprache . Er betonte darin insbesondere die Methoden der PSOP-Frankreich , die sich auf die innerparteiliche Demokratie stützt.

Fenner Brockway gab einen kurzen Bericht darüber, wie die " Front der Werktätigen gegen den Krieg " zustande gekommen ist. Die Anregungen dazu

gingen aus einmal von der PSOP-Frankreich, sodann von Sneevliet (Holland).

Der "Front der Werktätigen gegen den Krieg" sind folgende Organisationen angeschlossen:

ILP-England; PSOP-Frankreich; zwei Gruppierungen Hollands; die italienischen Maximalisten; die griechische Partei, die dem Londoner Büro angeschlossen ist; eine belgische Organisation; die IVKO; der "Funke"; "Neuer Weg"; eine indochinesische Gruppe; das Internationale Afrikanische Büro; die tschechische Gruppe "Proletar"; die dem Londoner Büro angeschlossenen zwei palästinensischen Parteien.

In seiner Ansprache betonte Fenner Brockway besonders, daß man nicht nur gegen den Krieg, sondern auch gegen imperialistische Kompromisse und Friedensschlüsse auftreten müsse und für die soziale Revolution.

Der einleitende Bericht über die politische Stellungnahme wurde von dem Vertreter der PSOP-Frankreich: Michel Collinet, gegeben, der auch an der Ausarbeitung der Resolution der PSOP in erster Linie beteiligt war.

In der Debatte sprachen ein Vertreter der Maximalisten, der PSOP-Jugend, der IVKO, der POUM, Sneevliet, Fenner Brockway und noch einige Andere. Von einer wirklichen ernsthaften Debatte konnte bei der kurzen Zeit, die zur Verfügung stand, und infolge des Umstandes, daß die vorgelegte Resolution erst zu Beginn der Sitzung den Teilnehmern bekannt wurde, garnicht die Rede sein.

So wichtige Fragen, wie die der Sowjetunion, die des revolutionären Defaitismus wurden nur in kurzen Bemerkungen gestreift. Es war auch gar keine Zeit vorhanden, irgendeine dieser Fragen gründlich zu behandeln. Die vorgelegte Resolution wurde im Galopptempo beraten, sodaß auch in der politischen Kommission von einer ausgiebigen Debatte nicht die Rede sein konnte.

Für die Stellungnahme der IVKO war entscheidend: (1) die Stellungnahme zur Frage der Sowjetunion, wie sie in dem ursprünglichen Resolutionsentwurf der PSOP und auch in dem angenommenen Resolution enthalten war. Der Kernpunkt darin ist der, daß in der Sowjetunion die Revolution erstickt sei und daß ihre Methoden denen der faschistischen Staaten näherständen, als denen der bürgerlichen Demokratie. Im Widerspruch dazu ist in derselben Resolution eine Stelle, wo man sich dazu verpflichtet, daß, was von der proletarischen Revolution in Rußland noch übrig sei, zu verteidigen, während weiter oben faktisch gesagt ist, daß von der Revolution in der SU nichts mehr übrig sei.

(2) die Stellungnahme zur Frage des revolutionären Defaitismus. Die Mehrheit der vertretenen Organisationen stimmte für den Standpunkt, daß der revolutionäre Defaitismus in allen Fällen verpflichtend sei.

In der Frage der Sowjetunion brachte der IVKO-Vertreter einen Verbesserungsantrag ein, der davon absah, die Sowjetunion historisch zu charakterisieren, da es aussichtslos war, darüber irgendwie ernsthaft zu diskutieren und der sich darauf beschränkte, zu sagen, (1) daß die stalinistische Außenpolitik bankrott gemacht habe; (2) daß infolgedessen nach dem Münchener Pakt die Sowjetunion in einer höchst gefährlichen Lage sei; (3) daß das Stalinische Regime eine Bedrohung für die Existenz der Sowjetunion sei. Die andere Stellungnahme wurde durch ein Amendement des belgischen Vertreters repräsentiert.

Bei der Abstimmung stimmten für die Stellungnahme der IVKO:  
die ILP, der "Funke" und Moletaar (Holland)

Dagegen stimmten die PSOP-Frankreich, die italienischen Maximalisten, die POUM, die PUP usw.

Die Stellungnahme der IVKO wurde mit 9 : 4 Stimmen abgelehnt.

In der Frage des revolutionären Defaitismus ergab die Abstimmung folgendes :

für den revolutionären Defaitismus in allen Fällen

stimmten die italienischen Maximalisten, die POUM, die Griechen, die Belgier, die PUP, der " Funke " , RSAP-Holland .

Die PSOP-Vertreter erklärten, daß sie im Falle des Krieges gegen Hitlerdeutschland zwar für die Lösung der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg seien, aber nicht für die des revolutionären Defaitismus.

Mit ihnen stimmte die ILP und die Gruppe " Neuer Weg " .

Der IVKO-Vertreter erklärte, daß er sowohl gegen die eine, wie die andere Stellungnahme sei, hatte aber keine Gelegenheit, den Standpunkt der IVKO einigermaßen zu entwickeln.

Unter diesen Umständen lehnte die IVKO die vorgebrachte Resolution im Ganzen ab.

.....

### Die Überpazifisten .

In den letzten Oktobertagen haben die Vorstände der Föderation der drei Postlerverbände (Arbeiter, Angestellte, Beamte) getagt und ihre Sekretäre neugewählt. Neben der Debatte über die Gehaltsfragen und die Arbeitszeit unterhielt man sich ausgiebig über die internationale Lage. Der Tenor der Ausführungen der ultra-pazifistischen Mehrheit war : Stopft Hitler solange mit Konzessionen das Maul, bis er den Bauch voll hat. Digat sagte wörtlich : " Wenn die Kolonialfrage aufgerollt wird, so sollen doch die Kriegswütigen ( les bellicistes ) die paar Hunderttausend Quadrat kilometer der Wüste Sahara , um die es sich dabei handelt, allein verteidigen " (Lautes Gelächter) .

Ohne Zweifel ist das der Ausdruck einer weitverbreiteten Stimmung im französischen Kleinbürgertum und unter den Arbeitern. Der Verzicht auf eine eigene proletarische Stellungnahme zu diesen Dingen bedeutet aber nichts anderes als Arbeit für den hitlerfrommen Teil der französischen Bourgeoisie, die sich in ihrer Gesamtheit immer entschiedener gegen die sozialen und politischen Errungenschaften der Arbeiterklasse wendet.

Die Handvoll Stalinisten wußten diesen Ausführungen nichts als die üblichen patriotischen Phrasen à la Thorez entgegenzusetzen . Kein Wunder, daß sie damit vollständig abrutschten .



# Arbeiterpolitik

Organ der KP(O) - Elsass - Sektion der I.V.K.O. - erscheint wöchentlich

No. 45/V. Jahrgang

Zweite Novemberwoche 38.

Der Nationalrat der S.F.I.O.

=====

Die Tagung des Nationalrats ( Conseil National ) der SFIO , die am 5. und 6. November 1938 in Paris stattfand , hatte zwei Aufgaben :

- (1) die Stellungnahme zur innerpolitischen Lage Frankreichs ;
- (2) die einer informativischen Aussprache über die von der SFIO künftig zu befolgende außenpolitische Linie .

In der zweiten Frage wird die Stellungnahme eines außerordentlichen Parteitages vorbehalten , für den die Sitzung des Nationalrats als Vorbereitung gedient hat .

Die Lage , in der die Sitzung des Conseil National stattfand , war folgende :

das Münchener Abkommen lag schon einen Monat zurück ;

auf dem radikalsozialistischen Parteitag hatte Daladier die anti-kommunistische Kampagne eröffnet ; der Parteitag selbst hatte die Kündigung der Volksfront in Gestalt des Ausschlusses der Kommunisten aus ihr sanktioniert ;

die Sozialistische Partei hatte durch ihre Stimmenthaltung die Erteilung der Vollmachten an die Regierung Daladier ermöglicht. Die Regierung Daladier hatte Marchandeaue gegen Reynaud als Finanzminister ausgewechselt.

Nachdem deutsche bürgerliche Philosophen die " Angst " als die Urtatsache des menschlichen Bewußtseins entdeckt haben , ist diese Entdeckung jetzt auch in Frankreich wiederholt worden und sie paßt wie angegossen auf den Nationalrat der SFIO. Das Kennzeichen der Tagung der SFIO nach der Septemberkrise ist die Angst.

Angst vor dem Kriege , Angst vor dem Faschismus , Angst vor der Kommunistenhetze , Angst vor dem Zusammenbruch der Volksfront , Angst , außerhalb der Regierung zu stehen , Angst vor dem Eintritt in die Regierung , Angst vor dem Bündnis mit der Sowjetunion , Angst vor der außenpolitischen Isolierung , Angst nach allen Seiten.

Die europäische Krise des September hat die SFIO mit einem Stoß weitergetrieben in der Richtung , in der sie die Volksfront gebracht hatte - in der Richtung der Solidarität mit dem französischen Imperialismus und der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie.

Um ein Bild der verschiedenen Auffassungen über die innerpolitischen Aufgaben der SFIO zu geben , summieren wir kurz die Ausführungen der verschiedenen Debatte-Redner .

Gallen ( Hérault ) : Nach Marseille - gegen die Regierung Daladier

Lussy ( Vaucluse ) : Kampfstellung gegen die Regierung , falls sie zur Politik von Laval und Doumergue zurückkehrt ; gegen

gegen die Ausschaltung des Parlamente ; gegen die antikommunistische Kampagne , da sie ein Vorspiel ist zu einer anti-marxistischen Kampagne . Aber auch keinen Bruch mit der Radikalsozialistischen Partei , der ein Vorwand dafür sein könnte, daß die Regierung einen Schritt nach rechts macht.

Auerret ( Tan-et-Garonne ) : Kein Eintritt in die Regierung Daladier, die sich nach rechts orientiert. Sich nicht von den Kommunisten trennen. Aufrechterhaltung der Volksfront.

George Monnet (früherer Landwirtschaftsminister) :

Keine Unterstützung mehr für Daladier, aber keine Übertreibungen. Unsere Aufgabe ist nicht, das Kapital zu zerstören, sondern uns an seine Stelle zu setzen. Wir müssen bereit sein, auch in Regierungen einzutreten, die dem sozialistischen Programm nicht zustimmen, Um Spanien zu retten, Um den Abbau der Sozialgesetze zu verhindern. Wir müssen nach innen und außen kräftig regieren. Für eine " stolze und starke " Außenpolitik.

Lhopiteau (Nièvre) : Keinen Bruch mit der Kommunistischen Partei, wir brauchen sie, wie sie uns brauchen. Aber auch Aufrechterhaltung der Verbindung mit den Radikalen.

Vielle (Gironde) : Macht Schluß mit Daladier / Für die Nationalisierung als Grundlage eines Finanz- und Wirtschaftsprogramms. Die Volksfront ist nicht mehr möglich. Keine " nationale Front um die Volksfront " , auch keine nationale Front schlechtweg. Für die " Sammlung der Demokraten " .

Bonnet (Vienne) : Für eine " Regierung einer breiten republikanischen Einheit " .

Mooh : Für die Steigerung der Produktion, für Preiskontrolle, für die Stimulierung der Industrie, für einen Plan der " wirtschaftlichen Erneuerung " . Man muß die Volksfront aufrechterhalten, schon wegen der Freundschaft mit der Sowjetunion. Man darf nicht zulassen, daß das Land sich in einen " marxistischen " und " anti-marxistischen " Block spaltet. Man muß bereit sein, in einer Regierung ohne Kommunisten mitzuarbeiten.

Philip (Rhône) : Für économie dirigée, für Devisenkontrolle, für Kontrolle des Außenhandels, kein Antikommunismus ! Gegen die Politik der Dekrete. Er erinnert an die Notverordnungen Brünings und ihre Konsequenzen. Für die Verteidigung und zugleich für die Reform des Parlamentarismus.

Léon Blum : Wenn die Radikalsozialisten sich aus der Volksfront zurückziehen, so kann die Volksfront nicht bleiben, wie sie jetzt ist. Keine Kriegserklärung an die Regierung Daladier ! Er wiederholt seine alte Formel von der " union française autour du Rassemblement National " (französische Einheit um die Volksfront) , die im Falle einer Krise (d.h. im Kriegsfall) von der allgemeinen Stimmung erzwungen würde.

Daxenne (Cantal) : Man kann nicht eine linke Innenpolitik mit einer Kriegspolitik nach außen verbinden. Gegen die Vollmachten für die Regierung. Gegen die traditionellen parlamentarischen Methoden (aber ohne anzugeben, was an ihre Stelle treten soll) . Gegen eine nationale Front (Rassemblement National) . Man muß versuchen, die Volksfront wieder herzustellen. Scheitert der Versuch, so muß man alle Kräfte, die für den Frieden sind, um die Sozialistische Partei gruppieren.

Maurice Paz : Für die Aufrechterhaltung der Volksfront.

Bonnayrol (Hérault) : Für nationale Sammlung nur unter der Leitung der SFIO.

Bei der Verschiedenheit ist eines allen Rednern gemeinsam :

keiner faßt einen revolutionären Ausweg aus der Lage ins Auge. Ferner : in verschiedenen Formen kommt bei allen der Drang zum Ausdruck, sich wieder an einer bürgerlichen Koalitionsregierung zu beteiligen.

Die angenommene Resolution zur innerpolitischen Lage ist durch Folgendes gekennzeichnet :

1. wird erklärt , daß die Partei keinen Finanzplan annehmen könne, " der sich in absolutem (!) Gegensatz in den Grundsätzen und Zielen " zu dem von der Regierung Blum seinerzeit eingebrachten Finanzplan befindet. Dieser Plan bleibt weiter die Grundlage der sozialistischen Aktion.
2. die Sozialistische Partei ist bereit , in eine Regierung einzutreten , die dieses Programm " in seinen wesentlichen Elementen " annimmt.
3. sie ist bereit, eine Regierung zu unterstützen, die die Demokratie und die bestehende Sozialgesetzgebung verteidigt.

Praktisch besagen diese Formeln, daß die SFIO keine Kampfstellung gegen die Daladier-Regierung bezieht, sondern eine abwartende Haltung ihr gegenüber einnimmt, daß sie sich zur Mitwirkung einer künftigen Regierungskoalition bereit erklärt, deren Programm nicht das sozialistische Programm zu sein braucht , das aber die SFIO nicht allzugrob vor den Kopf stößt und schließlich wurde dem Gedanken Blums nicht widersprochen, daß die SFIO im Kriegsfall in eine Burgfriedensregierung eintritt. Aus den Debattereden erhellt , wenn auch sehr gedämpft , die ablehnende Stimmung der Mitglieder der SFIO gegen die Regierung Daladier. Die Resolution selbst aber spiegelt wieder die Angst der leitenden Vertreter davor, isoliert zu bleiben und in die Opposition gehen zu müssen. Sie haben zwar allerhand Beklemmungen über die künftige Regierungsteilnahme, sie kämpfen sie aber tapfer nieder. Unausgesprochen lebt bei ihnen wieder die Theorie vom " kleineren Übel " auf. Man muß verhindern, daß die innerpolitische Entwicklung weiter nach rechts abgleitet und deshalb ~~man~~ " sich wieder einschnallen " . Man kennt diese Theorie aus ihrer " klassischen " Anwendung durch die deutsche Sozialdemokratie. Aber diese Erfahrungen können offenbar nicht verhindern , daß die SFIO denselben Weg geht, oder besser gesagt : dieselbe schiefe Ebene hinabrutscht. Der Grund ist klar : einen anderen Weg gehen kann nur eine revolutionäre Partei. Die deutsche Erfahrung hat nur die Wirkung , daß die französischen Sozialisten denselben Weg mit dunklen Vorahnungen und mit bösen Beklemmungen gehen. Aber das ändert nichts an der Sache.

Die ~~außenpolitische Debatte~~ zeigt den Nationalrat der SFIO geteilt in zwei Grundströmungen :

die eine für den Frieden um nahezu jeden Preis ( die Preise sind imperialistische Zugeständnisse an das faschistische Deutschland und Italien), die andere die der " Festigkeit " .

Charakterisieren wir wieder kurz die Debattereden :

Philip : betont die Rolle Frankreichs in der Welt. Die Hingabe von Kolonien kann man nicht unter allen Umständen abschlagen. Frankreich muß die Initiative zu Verhandlungen ergreifen, um eine neue Krise zu verhindern. Für eine internationale Abrüstungskonferenz.

Levy : für eine " feste " Politik. Verständigung Frankreichs mit allen Ländern , die gegen den Faschismus Widerstand leisten wollen.

Maurice Paz : Hinweis auf die inneren Widersprüche in der Haltung der Partei. München ist eine Niederlage des französischen Imperialismus, - mit dem wir nicht solidarisch sind . Er ist aber gegen diejenigen, die München ablehnen. Für das friedliche Zusammenwirken der Staaten . Für eine europäische Konferenz. Frankreich soll die Initiative zu den Verhandlungen ergreifen.

Hévéder : für die nationale Verteidigung, gegen die Gegenüberstellung ideologischer Blocks in Europa. Für eine internationale Konferenz zur Abrüstung, zur Regelung der nationalen Fragen in Europa, zu Verhandlungen über die Kolonien.



- Locard (Lothringen) : er weist hin auf die antisemitische Kampagne, die in Lothringen geführt wird. Gegen die Abtretung französischer Kolonien - sie sind ein Teil des französischen Territoriums. Die Lothringer wollen Franzosen bleiben.
- Jean LeBail : die Federation hat ihre Abgeordneten beauftragt, unter allen Umständen gegen jede Kriegserklärung zu stimmen. Gegen die Politiker der "Festigkeit". Die englische und die russische Allianz schließen sich gegenseitig aus. Er ist für die englische Allianz. Er spricht sich zugleich gegen den Burgfrieden aus.
- Lazurick (Cher) : billigt Berchtsgaden und München, gegen die Aufrüstung, für eine internationale Abrüstungskonferenz, für direkte Annäherung an die Gegner. Man muß alles tun, um den Krieg zu vermeiden.
- Pierre-Bloch (Aisne) : gegen die Übergabe der französischen Kolonien ohne Garantien für die Eingeborenen.
- Leca (Alpes-Maritimes) : für Widerstand, der aber nicht Krieg bedeutet, eine befriedigende Verteilung der Rohstoffquellen ist nicht möglich ohne die sozialistische Revolution. Das Münchener Abkommen hat nicht den Frieden, sondern den Faschismus gerettet.
- Chiolais (Haute-Loire) : Wir müssen jetzt rüsten, um später abrüsten zu können.
- Silvestre (Gard) : für eine internationale Konferenz. Die öffentliche Meinung will den Frieden.
- Zyromski : für die Rettung Spaniens, für eine Politik der "Festigkeit".
- Paul Faure : für friedliche Verhandlungen. Er zieht München dem Kriege vor.
- Léon Blum : Jetzt muß Frankreich aufrüsten, um die internationale Abrüstung vorzubereiten.

Wie man sieht, haben einige wenige Redner Andeutungen gemacht, daß die ~~französische Arbeiterklasse~~ nicht mit dem französischen Imperialismus ~~keinen~~ ~~aber~~ ~~erstens~~ ~~wären~~ ~~das~~ ~~Ausnahmen~~. Zweitens wurden daraus keinerlei revolutionären Folgerungen gezogen, sondern bestenfalls Folgerungen im Sinne der imperialistischen Kompromißpolitik. Die Regel ist die Gleichsetzung - wenn auch nicht immer klar bewußt - der Arbeiterklasse mit dem französischen Imperialismus. In einzelnen Fällen ging das sogar soweit, daß ausdrücklich die französische Kolonialherrschaft verteidigt wurde.

Eine außenpolitische Resolution wurde nicht gefaßt, dies bleibt einem künftigen außerordentlichen Parteitag vorbehalten. Praktisch dominierte die Ratlosigkeit, die ihren typischen Ausdruck fand in dem allgemein gebilligten Vorschlag einer "internationalen Konferenz" - ein Windei, das nichts anderes ausdrückt als den frommen Wunsch, daß die Herren Imperialisten sich untereinander vertragen und verständigen mögen. Im Grunde ist das eine Abdankung der Arbeiterklasse, ein Verzicht auf ihre selbständige und revolutionäre Rolle.

Bei der Abstimmung über die innerpolitische Resolution erhielt der Antrag Blum 6.753 Mandate, der Antrag Zyromski 1.241, es gab 241 Enthaltungen.

-----  
Zum Urteil gegen die Genossen der P.O.U.H.  
-----

Im Prozeß gegen die POUM wurden die Genossen Gorkin, Andrade, Gironell und Bonet zu je 15 Jahren und Genosse Anquer zu 11 Jahren Gefängnis verurteilt. Über eine Woche lang hat das Gericht gebraucht, um das Urteil zu finden. Das heißt, über eine Woche lang ging hinter den Kulissen ein Kampf zwischen der Regierung Negrin und den Stalinisten vor sich, in dem diese sich nicht durchsetzen konnten. Trotzdem ist er ein Klassenurteil der spanischen Bourgeoisie gegen die Vertreter der einzigen revolutionären

marxistischen Partei in Spanien, Die gleichzeitig verfügte Auflösung der POUM ist ein weiterer Beweis dafür.

Daß die Regierung Negrin es nicht gewagt hat, den Forderungen der Stalinisten nachzukommen und Todesurteile fällen zu lassen, ist im Wesentlichen auf drei Ursachen zurückzuführen:

- (1) die Bourgeoisie Englands und Frankreichs und mit ihr auch die "republikanische" Bourgeoisie Spaniens distanziert sich in wachsendem Maße von ihren russischen "Verbündeten". Dies wirkt sich im spanischen Fall günstig für die revolutionären Kräfte dort aus. Es zeigt sich in diesem Falle aufs neue ganz krass, zu welcher schmachvollen Rolle die Stalinsche Politik die Sowjetunion erniedrigt hat: nicht nur zur Rolle des Lakaien der westeuropäischen Bourgeoisie, sondern sogar zur Rolle des Henkers der sozialistischen Revolution in Spanien und der Kräfte, die sie unterstützen.
- (2) die Proteste der revolutionären Arbeiter verschiedener Länder, so schwach sie ihrem Umfange nach unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch nur sein konnten, haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Das mußte sowohl von der Regierung Negrin, wie von den Stalinisten zähneknirschend bestätigt werden. Diese Protestwelle hat sogar ihr Echo in verschiedenen reformistischen Parteien gefunden (Exekutive der Zweiten Internationale, Nationalrat der SFIO u.a.) Die von den Stalinisten erzeugten Gegenproteste haben nur bewiesen, wie weit ihr Einfluß zurückgegangen ist. Es war ihnen nicht möglich, sie über den Rahmen ihrer Parteiorganisationen und die von ihnen finanziell korrumpierten Intellektuellen hinaus auszudehnen.
- (3) Es liegen zwar bisher keine direkten Nachrichten darüber vor, welchen Einfluß die Haltung des Proletariats in Barcelona auf dieses Urteil gehabt hat. Er muß aber ohne Zweifel bedeutend gewesen sein. Das geht einmal aus der Urteilsbegründung hervor, die Anklage auf Spionage ist vollkommen fallengelassen worden. Die Verurteilung erfolgte nur wegen der Mai-Ereignisse und weil die POUM das Ziel verfolgt, "ein politisches und wirtschaftliches Regime einzurichten, das anders ist als das gegenwärtige", oder anders ausgedrückt: weil für die sozialistische Revolution eintritt.

Das wird ihren Kredit bei den syndikalistischen Arbeitermassen Barcelonas und Kataloniens, auf die es vor allem ankommt, nur erhöhen. Zum andern hat man sich nach Kräften bemüht, jede Mitteilung über den Prozeß in der gesamten spanischen Presse zu unterbinden und als das nicht mehr ging, geschah das, wenn auch vollkommen verstellter, so doch nicht aggressiver, sondern abwehrender und entschuldigender Form.

Die Arbeiter haben - wenn auch das Schlimmste verhindert worden ist - keinen Grund, sich mit diesem Ausgang des Prozesses zufrieden zu geben. Die Verurteilten sind damit keineswegs außer Lebensgefahr. Die GPU hat immer noch Mittel und Gelegenheiten genug, die Genossen zu "erledigen". Die Arbeiter außerhalb und innerhalb Spaniens dürfen nicht eher mit ihren Protesten aufhören, ehe nicht sämtliche eingesperrten Revolutionäre freigelassen, das Verbot der POUM aufgehoben, ihre Bewegungsfreiheit wiederhergestellt und der GPU gänzlich das Handwerk gelegt worden ist.

## Das Manifest der Kommunistischen Internationale zum 21. Jahrestag der

## O k t o b e r r e v o l u t i o n .

Dieses Manifest ist eine Probe darauf, ob die Kommunistische Internationale irgendetwas aus der Septemberkrise und aus dem Bankrott ihrer bisherigen Politik gelernt hat. Das Ergebnis ist völlig negativ. Die Kommunistische Internationale hat nicht nur nicht aus diesen Erfahrungen gelernt, sondern sie geht jetzt einen erheblichen Schritt weiter auf dem Wege, der sie zum Bankrott geführt hat. Die Linie der Volksfront wird tatsächlich jetzt ersetzt durch die Linie der Zusammenarbeit der Kommunistischen Parteien mit allen denjenigen bürgerlichen Parteien und Kräften, die bereit sind, gegenüber den Staaten des faschistischen Imperialismus die Politik der "gepanzerten Faust" zu führen. Bei der Volksfront war das Kriterium für die bürgerlichen Parteien, mit denen man sich verband, daß es demokratische oder liberale Parteien seien. Das ist jetzt nicht mehr nötig, es genügt, daß die gesuchten Verbündeten eine "feste" Politik gegen Hitlerdeutschland und Italien zu führen bereit sind, sie mögen im Übrigen so reaktionär sein, wie sie wollen. Konkret gesagt: ist es die Politik des Bündnisses mit den Churchills, den Edens, den Kerillis usw. - vorausgesetzt, daß diese reaktionären Kräfte ihrerseits bereit sind, den kommunistischen Parteien die Hand zu bieten.

Wir führen nunmehr einige charakteristische Stellen aus dem Manifest an. Es heißt darin:

" Der zweite imperialistische Krieg hat bereits begonnen ...

Niemals noch in diesen Tagen der faschistischen Raubzüge haben die Volksmassen der kapitalistischen Länder mit soviel Kraft und Tiefe gefühlt, wie unzertrennbar die Hände sind, die sie mit dem großen Volk des Sozialismus vereinigen ( die reine Phantasie ! )

Die Völker sehen in der Sowjetunion das Bollwerk ihres Kampfes für die Freiheit und die Unabhängigkeit ( im Original unterstrichen )

Seiner Kraft bewußt geht das Land der Sowjets seinen Weg mit festem und sicherem Schritt. Das Bewußtsein seiner gerechten Sache macht seine Größe aus. Sein Arm, der furchtbar ist für den Feind, wird nicht seine Freunde verraten. Sein Stalinsches Wort ist heilig ( welche Blasphemie und welche dumme Frahlerei ! )

Die große Stalinsche Verfassung, die Charta der sozialistischen Demokratie der ganzen Welt.

Die Grenzen dieses Landes sind heilig, sie werden wachsam behütet durch die stärkste Armee der Welt, durch die Rote Armee des Sozialismus.

Auf die Bewegung der Volksfront, auf das Herz des internationalen Proletariats zielt das Komplott von München ab.

Wenn das Komplott von München stattgefunden hat, so deshalb, weil die reaktionäre englische Bourgeoisie sich entschlossen hatte, die Bildung einer internationalen Friedensfront mit der Sowjetunion zu verhindern. Um keinen Preis wollte sie eine mächtige Bewegung der Völker gegen den Faschismus erlauben. "

Die französische und englische Mobilisierung wird als Komödie erklärt. Die Kapitulationspolitik der Führer der Zweiten Internationale wird ange-



klagt. Man müsse entschlossen gegen die Kapitulanten im Innern des Landes ankämpfen.

" Eine wahre Regierung des nationalen Wohls kann sich nicht auf den verhängnisvollen Weg der Kapitulation begeben. "

Die kommunistischen Parteien müssen eintreten für die Bildung von Regierungen, unter denen die Arbeiterklasse eine effektive Kontrolle über die Verteidigung des Landes ausübt. Es sei die Aufgabe der Arbeiterklasse, sich an die Spitze des Befreiungskampfes der unterdrückten Nationen zu stellen und die Verteidigung der Völker zu führen, die die Fremdherrschaft bedrohen. Die Nation sind die Arbeiter, Bauern und die anderen Werktätigen, die für die nationale Befreiung kämpfen.

" Vor Euch steht die große und fruchtbare Aufgabe, die Volksfront nicht nur zu befestigen, sondern zu erweitern. Neue Menschen und neue Schichten, die nicht die Geschichte ihrer Länder und ihres Volkes verschauern, werden mit Euch in den Kampf marschieren gegen die reaktionären Vertreter, in den Kampf für die Rettung des Volkes.

Es lebe die Volksfront gegen den Faschismus in allen Ländern !

! lebe die Weltfront der Völker gegen die faschistischen Angreifer !

Es lebe der Sozialismus ! "

In dem ganzen Aufruf ist bezeichnenderweise mit keinem Wort davon die Rede, daß die proletarische Revolution in den kapitalistischen Ländern durchgeführt werden solle. Mit keinem Wort ist mehr die Rede von der Weltrevolution. Wenn am Schluß der Sozialismus leben gelassen wird, so ist das mit keinerlei Aufforderung zur Vorbereitung oder Durchführung der sozialistischen Revolution in anderen Ländern außer der Sowjetunion verbunden. Der Aufruf dreht sich ausschließlich um den Kampf der Völker für ihre Unabhängigkeit. Der Klassenkampf ist verschwunden.

-----

### Die Kampagne Hitlerdeutschlands.

-----

Hitlerdeutschland setzt die Kampagne, die mit der Saarbrücker Rede Hitlers begann, planmäßig fort. Ihr Ziel ist ein dreifaches :

- (1) die Aufrüstung der Mächte des " demokratischen " Imperialismus zu hemmen oder zu verzögern, um das gegenwärtig bestehende Rüstungsverhältnis nicht zu Ungunsten Hitlerdeutschlands sich verschlechtern zu lassen und um Hitlerdeutschland die neuen finanziellen und wirtschaftlichen Anstrengungen zu ersparen, die der fortgesetzte und gesteigerte Rüstungswettbewerb erfordern würde;
- (2) In den Ländern des " demokratischen " Imperialismus die Gegensätze zwischen der verschiedenen Tendenzen im imperialistischen Lager jedes Landes zu vertiefen und zwar zu Gunsten der Tendenzen des Kompromisses und der weiteren Zugeständnisse an Hitlerdeutschland und das faschistische Italien.
- (3) Die Diskreditierung und Schwächung der parlamentarischen Demokratie durch den Druck von außen.

Die planmäßige Kampagne gegen die Aufrüstung der Länder des " demokratischen " Imperialismus zeigt an, daß die Fortsetzung des Rüstungswettlaufs gegen Länder, deren materielle Hilfsquellen sehr groß sind, Hitlerdeutschland vor wachsende Schwierigkeiten stellt.

Welcher Art diese Schwierigkeiten sind, geht hervor aus dem Dekret Görings, das die Lehrzeit für gelernte Arbeiter verkürzt und aus den Ausfällen Leys gegen den Achtstundentag. Hitlerdeutschland braucht schwerlich zu fürchten, daß England und Frankreich den deutschen Rüstungsvorprung wesentlich vermindern oder einholen, aber es fürchtet die Wirkungen der verstärkten Belastung und Beanspruchung der Arbeiter, denen es durch verstärkten Rüstungswettbewerb ausgesetzt wäre.

Die Kolonialkampagne wird verstärkt fortgesetzt, wobei geflissentlich betont wird, daß die Kolonialansprüche Hitlerdeutschlands kein Handelsobjekt seien. Das richtet sich gegen England, das die Diskussion der deutschen Kolonialansprüche verkoppeln möchte mit der Diskussion der Frage der Abrüstung oder der Rüstungsbegrenzung.

.....  
Frankreich:  
-----

Für einen neuen J U N I 1936 .  
-----

Daß der Geist des Juni 1936 unter den Pariser Arbeitern und Angestellten keineswegs erloschen ist, zeigen drei Resolutionen aus Pariser Warenhäusern, die von der "großen" Arbeiterpresse totgeschwiegen worden sind und die das Organ der PSOP ( "Juin 36" in seiner letzten Nummer veröffentlicht. Wir bringen sie im vollen Wortlaut:

A. Réamur:

Die Leitung der Gewerkschaftsaktion des Warenhauses A. Réamur hat in ihrer Sitzung vom 27. Oktober 1936 Kenntnis genommen von der Verschlechterung des Tarifvertrages durch die Abschaffung der gleitenden Lohnskala, die Aufteilung des Blocks "Nouveautés" in drei Gruppen, nämlich Einheitspreisgeschäfte, mittlere und große Warenhäuser; sie lehnt die Verantwortung für den Abschluß dieses Vertrages ab, denn er bedeutet nichts anderes als die Opferung der Pause gegenüber den ständigen Angriffen des Unternehmertums.

Sie besteht darauf, daß es notwendig ist, ernsthaft einen allgemeinen Streik nach dem Muster des Juni 1936 vorzubereiten, denn er ist das einzig wirksame Mittel, um einerseits die Reihen der Arbeiterklasse enger zu schließen, der Orientierung auf die Harmonieduselei, die zum Schaden der gewerkschaftlichen Solidarität betrieben wird, und die nur das Vorspiel der Faschisierung ist, sich entgegenzusetzen und um andererseits die Einheit des Kampfes wieder herzustellen und die Irrtümer wieder gutzumachen, die durch die Orientierung auf die Zusammenarbeit der Klassen entstanden sind. Die seit zwei Jahren durch die Leitung der CGT und ihrer Verbände betrieben wird und die sich in ihren Ergebnissen als verhängnisvoll erwiesen und dem Patronat erlaubt hat, seine Gegenoffensive durchzuführen.

Aus allen diesen Gründen unterstützen wir den durch die Delegiertenversammlung am 25. Juli angenommenen Antrag, der die ernsthafte Vorbereitung des allgemeinen Streiks unter folgenden Lösungen forderte:

Kontrolle der Einstellungen und Entlassungen;  
Aufrechterhaltung der 40-Stundenwoche mit zwei aufeinanderfolgenden Ruhetagen;  
Gleitende Lohnskala.

Wir verlangen die Einberufung einer Delegiertenkonferenz der Pariser Region, um diese Bewegung wirksam vorzubereiten.

Galeries Lafayette :  
-----

Beunruhigt durch die immer weitergehende Unterdrückung der Arbeiter in diesem Lande wendet sich die Leitung der Galeries Lafayette in ihrer Sitzung vom 13. Oktober 1938 im Namen ihrer 4.000 Mitglieder der CGT an alle Leitungen der Gewerkschaftssektionen der Pariser Region.

Sie stellt fest, daß die ständig zunehmende Unternehmeroffensive die Sozialgesetzgebung und die Kollektivverträge in Gefahr bringt.

Die Besprechungen über die Erneuerung des Tarifvertrages in der "Nouveauté" werden durch die Anmaßungen eines Unternehmertums unterbrochen, das die Gehälter in einer Zeit herabsetzen will, wo das Leben immer teurer und die Abgaben auf die Unterhaltungsmittel des Arbeiters immer drückender werden.

Arbeiter, keine Schiebungen mehr, <sup>wenn es</sup> um unsere Gehälter geht! Sollen wir uns die 40-Stundenwoche nehmen lassen? Wir sind zu festem Widerstand entschlossen.

Auch Ihr, die Ihr diese Erfahrung bisher noch nicht gemacht habt, werdet an die Reihe kommen!

Wir stoßen einen Alarmruf aus!

Wir haben das Gefühl, daß die soziale Zukunft der Arbeiter in Gefahr ist.

Das, was sich bei Salmson ereignet hat, führt uns zu dem Schluß, daß isolierte Aktionen gefährlich sind.

Nur eine geschlossene Aktion, wie im Juni 1936, kann die Arbeiterklasse vor dem Joch des Unternehmertums retten, unter das sie nicht mehr zurückkehren will.

Alle Arbeiter müssen von unten auf miteinander in Verbindung treten. Deshalb wendet sich die Leitung der Galeries Lafayette mit dem Vorschlag an alle unteren Organisationen, sofort eine große Versammlung aller Sektionsleitungen der Pariser Region abzuhalten und unter Leitung der Sektionsleitungen Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um die Arbeiterklasse vor einem Rückfall in die Vergangenheit zu bewahren, die das unumschränkte Recht des Unternehmertums mit allen seinen schlimmen Folgen wiederherstellen würde.

Trois Quartiers :  
-----

Die Sektionsleitung der Trois-Quartiers-Mademoiselle-Samec hat in ihrer Sitzung vom 18. Oktober 1938 Kenntnis genommen, daß der Tarifvertrag um ein Jahr verlängert worden ist, sie lehnt die Verantwortung für diesen Abschluß ab, denn er ist nur das Ergebnis des ständigen Zurückweichens und der ständigen Kapitulation vor den zahlreichen Angriffen des Unternehmertums seit über zwei Jahren.

Einen großen Teil Schuld daran trägt die Orientierung auf die Zusammenarbeit der Klassen von Seiten der Leitung der CGT und ihrer Verbände.



Sie besteht von neuem darauf, daß die wirksame Vorbereitung eines allgemeinen Streiks nach dem Beispiel, des Juni 1936 die Gegenoffensive des Unternehmertums brechen kann und sie stellt sich hinter den Antrag der Delegiertenversammlung vom 25. Juli 1938, daß eine Aktion in folgender Richtung unternommen werden muß :

- Kontrolle der Einstellungen und Entlassungen ;
- Aufrechterhaltung der 40-Stundenwoche mit zwei aufeinander folgenden Ruhetagen ;
- Gleitende Lohnskala .

Sie fordert zur erfolgreichen Vorbereitung dieser Aktion einen Delegiertenkongreß der Pariser Region.

=0=0=0=0=0=0=0=

Freigewerkschaftlicher Erfolg bei den Banken.

In den 15 größten Banken von Paris, die den weitaus größten Teil der Bankangestellten überhaupt umfassen, haben die Wahlen zu den Personalvertretungen stattgefunden .

Es haben erhalten :

die CGT	99 Mandate	, 100 Ersatzmandate	,
Christen	3	"	3 "
Gelben	2	"	
"Unabhängigen"	-		2 "

Die Bankangestellten zählen im Allgemeinen nicht zu den besonders fortgeschrittenen Schichten unter den Werktätigen. Umso bedeutungsvoller ist dieses Ergebnis in dieser Zeit. Es zeigt, daß die Gewerkschaften und die Arbeiterorganisationen kämpfen könnten, wenn sie nur endlich die Politik der Arbeitsgemeinschaft und der Koalition mit der Bourgeoisie aufgeben.

Aus Nazideutschland :

Der Naziarzt als Helfer des Ausbeutertums .

Das gleichgeschaltete " Deutsche Aerzteblatt " bringt einige Reden der " Größen " unter den Nazidoktoren auf dem Parteitag in Nürnberg, denen wir folgende Stellen entnehmen :

" Staatsrat Meinberg hat es schon demonstriert : der Mann kommt in die Sprechstunde des Betriebsarztes, wird untersucht, und es werden jene Maßnahmen getroffen, die ihm erlauben, die Arbeit noch durchzustehen.

Wir haben in einem sehr gefährdeten Betrieb im Jahre 1935 bei einer Produktion von 33.700 Tonnen - 527 Krankheitstage zu verzeichnen gehabt; im Jahre 1937 aber bei einer Produktion von 39.900 t nur noch 243 Krankheitstage . Auch in diesem Betrieb wurde also trotz des Steigens der Produktion ein Absinken der Wirtschaftsbelastung erreicht. "

# Arbeiterpolitik

Organ der KP(O) - Elsass - Sektion der I.V.K.O. - erscheint wöchentlich

No. 46 /V. Jahrgang

Dritte Novemberwoche 1938

## Die neuen Notverordnungen .

-----

Da die Reichen , trotz des Geschreis der Kommunisten nicht zahlen, sollen die Arbeiter und Werktätigen zum Zahlen des Defizits gezwungen werden. Das ist der Zweck der neuen Décrets-lois der Regierung Daladier-Bonnet-Reynaud, die noch von den Volksfrontparteien eingesetzt und gestützt von ihrem Vertrauen jetzt Frankreich angeblich vor dem Staatsbankrott rettet, nachdem sie im September Europa angeblich vor dem Kriege gerettet hat.

## Die finanziellen Maßnahmen .

An neuen Steuern soll erhoben werden :

1. ein einmaliges Notopfer von 2 % von allen Berufseinkommen.
2. die Einkommensteuer soll um 30 % erhöht werden.
3. die Lohn- und Gehaltssteuer wird von 7,5 auf 8 % erhöht.

Die Hauptlast dieser Steuern tragen die Arbeiter und Werktätigen, weil sie alle Einkommen über 10.000 f im Jahr treffen.

4. die Couponsteuer für französische Werte wird um 1 % , die für ausländische Werte um 3 % erhöht.
5. die Produktionssteuer wird von 8,7 auf 9 % für Verkäufe und für Dienstleistungen von 2,2 % auf 3 % erhöht, was zu einer weiteren Verteuerung des Massenbedarfs führen muß. Die Opfer sind die Arbeiter und Werktätigen.
6. dazu kommen Steuer-Erhöhungen für Kaffee von 285 auf 325 frs., für Zucker von 125 auf 160 frs. pro Doppelzentner. Für Tabak von 12 auf 15 % , für Betriebsstoff um 0,20 frs pro Liter, für Konserven auf 6,10 bzw. 6,73 % , je nach Qualität, für Kohle auf 3,7 % , Schlachtsteuer 0,35 bzw. 0,45 % . Briefporto von 0,65 auf 0,90 frs. Telephon von 0,65 auf 0,85 frs. Metro von 1,10 auf 1,30 frs. Autobus von 9 frs auf 10,50 frs. für das Carnet. Wein um 10 % pro Liter, Alkohol 200 f. pro Hektoliter Erhöhung. Dazu noch eine Menge Erhöhungen für Fahrzeuge, Transport etc.

## Die sozialen Verschlechterungen.

Von der Vierzigstundenwoche , der wichtigsten Errungenschaft der Juni-kämpfe 1936 bleibt nur das Prinzip . In der Praxis wird die Fünftageweche mit dem Achtstunden-Arbeitstag abgeschafft durch die Verallgemeinerung der Überstunden , die geleistet werden müssen bei Strafe der Entlassung . Die Überstundenzuschläge beginnen mit 10 % Aufschlag, Höchstsatz 25 % .

Aufforderung, Aufhetzung zur Verweigerung von Überstunden wird mit Gefängnis von 6 Tagen bis zu 3 Monaten und 100 bis 1.000 frs. Geldstrafe bedroht.

40.000 Eisenbahner sollen von der Eisenbahn entlassen und in die Rüstungsindustrie überführt werden.

Die Ausgaben für Arbeitsbeschaffung für die Arbeitslosen werden gestrichen. Das sind einige der wichtigsten Bestimmungen der neuen décrets-lois.

Alle diese Maßnahmen treffen die Arbeiter und Werktätigen schwer. Eine neue Teuerungswelle ist die Folge dieser Maßnahmen. Die Preiskontrolle, die bis jetzt, wenn auch praktisch unwirksam, wenigstens auf dem Papier stand, wird ausdrücklich für den Großhandel aufgehoben und nur für den Kleinhandel zugelassen.

Einen wirklichen Ausgleich des Staatsbudgets schaffen alle diese Maßnahmen nicht. Mit den 30 Milliarden Aufwertungsgewinn des Goldschatzes der Bank von Frankreich wird eine Atempause von 6 Monaten geschaffen, mehr nicht. Der Sinn der décrets-lois ist, das Vertrauen des Groß- und Finanzkapitals zu erringen, die Ausbeutungs- und Profitchancen durch das Niederhalten der Arbeiter und Werktätigen zu sichern und zu mehren.

Die Börse quittiert die Maßnahmen gegen die Arbeiter mit einigen Hausmanövern. Es ist auch nicht ganz unmöglich, daß einige Investitionen von Privatkapital bei Staatsgarantie in der Rüstungsindustrie und anderen profitversprechenden Branchen zustandekommen.

Von Reynaud selbst wird dieses Notverordnungs-Experiment als der "letzte Versuch" zur Rettung des Kapitalismus in liberalen Formen ausgegeben. Die Bourgeoisie möchte die Niederhaltung der Arbeiter und Werktätigen auch mit faschistischen Methoden. Das Maß von Planwirtschaft, das unter kapitalistischen Bedingungen in Verbindung mit der Rüstungskonjunktur möglich und zur Zeit in Deutschland mit faschistischen Methoden erreicht ist, setzt aber den Verzicht der Bourgeoisie auf die politische Herrschaft voraus. Dagegen sträubt sich ein Teil der französischen Bourgeoisie noch. Wenn die Arbeiter im Bunde mit den Werktätigen nicht den Angriff der Notverordnungsmaßnahmen schnell und gründlich abwehren, wird diese Notverordnungs politik der erste Schritt zum "starken Staat" und eine wichtige Etappe zur Herrschaft des Faschismus in Frankreich sein.

Das Volksfront-Experiment endet auch auf dem Gebiete der Innenpolitik mit der Vorschubleistung und Stärkung der faschistischen Tendenzen, wie wir vorausgesagt haben.

Wie verhalten sich die Arbeiterparteien und Gewerkschaften? Die Kommunisten und Sozialisten lehnen die décrets-lois ab. Aber sie rufen nicht zur Massenmobilisierung, zum außerparlamentarischen Kampf zu einem verstärkten Juni 1936 auf, sondern jammern über Daladier und Reynaud. Sie halten an der Volksfrontpolitik fest. Die Kommunisten wollen nur Daladier und Bonnet durch andere Radikalsozialisten, wie Herricot-Cot usw. ersetzen. Sie "vergessen", daß der radikalsozialistische Parteitag gegen zwei Stimmen die Volksfront für erledigt erklärt hat.

Die SFIO hält sich bereit, in eine neue Koalitionsregierung mit den Radikalen einzutreten, auch ohne die Etiketten der Volksfront. Mit ein paar Schönheitspflasterchen, die Teile des "Planes Blum" mit dem Plan Reynaud vereinigen, sind sie bereit, in die Regierung einzutreten oder loyale Opposition zu machen.

Natürlich lehnt auch der Gewerkschaftskongreß in Nantes die décrets-lois ab. Aber was bis jetzt zu hören ist, sieht nicht danach aus, als ob diese größte Massenorganisation der französischen Arbeiter begriffen hätte, um was es geht und daß die einzige Rettung darin besteht, unverzüglich den schärfsten Massenwiderstand gegen diese Offensive des Kapitals zu organisieren.



Völliger Bruch mit der Volksfrontpolitik ist die erste Voraussetzung für eine Wendung zur Besserung.

Revolutionäre Einheitsfrontpolitik, statt Volksfrontschwindel. Unter Führung der Arbeiter in außerparlamentarischen Massenorganen müssen die Arbeiter, Kleinbürger und Kleinbauern unter Ausschluß der bürgerlichen Parteien und Politiker erfaßt und in den Kampf geführt werden. Vorerst zur Abwehr der Kapitalsoffensive und aus dem organisierten Abwehrkampf zum Angriff, zum Kampf, zum Sturz der Kapitalsherrschaft, dem einzigen wirksamen Kampf zur Sicherung der Existenz der Werktätigen und des Weltfriedens.

Dafür müssen die Arbeiter in allen Gewerkschaften und Arbeiterparteien jetzt den Kampf aufnehmen.

-----

Hitlerdeutschland als Hüter der " Ordnung" .

=====

Die Judenpogrome in Deutschland haben in der ganzen Welt einen Schrei der Empörung ausgelöst, der in der internationalen bürgerlichen Presse nur gedämpft zum Ausdruck kommt.

Man hat von einem Rückfall ins Mittelalter gesprochen. Das heißt das Mittelalter verkennen und beleidigen. Die Judenhetzen des Mittelalters stützten sich auf religiösen Fanatismus und die allgemeine Barbarei des mittelalterlichen Lebens. Die große Masse des deutschen Volkes hat mit den Judenpogromen nichts zu tun. Sie steht stumm und gelähmt durch den Naziterror beiseite. Die Pogrome sind das kaltblütig und exakt organisierte Werk der Nazi-Partei und der Naziregierung. Ausgeführt durch spezielle SA-Trupps. Die SA hat jede politische Rolle verloren. Es steht fest, daß in der Septemberkrise die Furcht vor dem Kriege bis weit in die Masse der SA eingedrungen war. Für den Verlust ihrer politischen Rolle und zur Aufpulverung ihres " Geistes " wird sie entschädigt durch periodisch wiederkehrende Erlaubnis zum Sengen und Brennen, zum Plündern und Morden Wehrloser. Gestern wurden diese Horden in Wien und im Sudetengebiet losgelassen. Heute werden sie in Deutschland selbst gegen die Juden losgelassen. Ihnen wird im Kleinen erlaubt, was der Naziraubstaat im Großen tut. Der Nazistaat legt den Juden eine " Strafe " von einer Milliarde Mark auf, konfisziert die Versicherungssummen, die den geschädigten jüdischen Geschäften gezahlt werden sollte, zwingt die Juden, die Zerstörungen auf ihre Kosten zu reparieren. Die Nazibanden und ihre Kundschaft enteignen praktisch jetzt die noch vorhandenen jüdischen Geschäfte. Im Vergleich zu diesem Riesenraubzug des Nazistaates und der Nazimachthaber ist das, was an die SA-Banden auf dem Wege der offenen Plünderung abgefallen ist, nur ein Kinderspiel. Vielleicht fallen bei der Enteignung jüdischer Geschäfte auch einige Brosamen für etliche Angehörige des vom Nazistaat ruinierten Kleinbürgertums ab. Die Hauptnutznießer sind die großen Nazihäuptlinge und " ehrbare Arische " Kapitalisten, die sich auf diese Weise einer Akkumulation neuer Art hingeben.

Das Naziregime bezweckt durch diese Pogrome eine zeitweilige Ablenkung und Befriedigung eines Teiles seines Anhangs, seiner Stützen im Lande. Aber diese " Aktionen " werden das Naziregime und das kapitalistische Regime in Deutschland nicht stärken, sondern immer tiefer unterwühlen. Sie tragen in den Staats- und Parteiapparat der Nazis immer tiefergehende Demoralisation. Ein Mob, der sich periodisch in Plündern und Sengen und Mißhandeln Wehrloser ergehen darf, wird dadurch immer untauglicher, die Stütze irgendeiner " Ordnung " zu sein.

Weiter . Diese Pogrome unterwühlen das sozusagen moralische Fundament der kapitalistischen " Ordnung " - die Achtung vor dem bürgerlichen Eigentum . Heute ist es das jüdische Eigentum, das geraubt wird, morgen vielleicht das katholische usw. Welche " moralische " Hemmungen werden noch vorhanden sein, wenn eines Tages das Blatt in Deutschland sich wendet und die werkigen Klassen dazu übergehen , das große kapitalistische Eigentum ohne Unterschied der " Rasse " zum Besten des Sozialismus zu enteignen ? Es versteht sich, daß wir, so kategorisch wir den im Rahmen des Privateigentums vorgenommenen kapitalistischen Raub verurteilen, diese Wirkung der Nazi-Aktionen , die Untergrabung des bürgerlichen Eigentümsbegriffs , nicht bedauern. In negativer Hinsicht erweist sich so das Naziregime, die letzte Stufe der Kapitalherrschaft , gerade als das Mittel, um ihre Grundlagen gründlich zu untergraben.

Täuschen wir uns nicht : soweit die internationale Bourgeoisie in Betracht kommt, ist es gerade diese Wirkung der Judenpogrome , die ihr einen Schauer über den Rücken jagt. In München haben die Chamberlain und Daladier die Hitler und Mussolini als Hüter der europäischen kapitalistischen " Ordnung " gerettet. In England und in Frankreich selbst strebt die große Bourgeoisie in der Richtung zum autoritären Regime. Und nun führen ihnen die Hitler und Goebbels in den Banden, die die jüdischen Synagogen in Rauch aufgehen lassen , und die jüdischen Geschäftshäuser zerstören und plündern , plastisch vor, wie diese Rettung der " Ordnung " aussieht. Es ist dies ein keineswegs erheiternder Blick in die Zukunft des kapitalistischen Europas, den die Hitler und Goebbels dem europäischen kapitalistischen Publikum vorführen.

Natürlich entspringt die Empörung der Masse des Volkes in den Ländern außerhalb Deutschlands anderen Quellen. Und ist anders einzuschützen.

Die bürgerlichen Sympathiebezeugungen mit dem grausamen Schicksal , das die Nazis den deutschen Juden bereiten , tragen in außergewöhnlichem Maße den Stempel der bürgerlichen Heuchelei. Wo ist die praktische Hilfe für die deutschen Juden von Seiten der Regierungen , die " sympathisieren " und sich " entrüsten " ? Sie ist nirgends in Europa zu sehen. Denen, die aus der Naziölle flüchten wollen, sind die Grenzen verschlossen, verschlossener als je zuvor. Man steuert hier einer Verständigung mit Hitler und Mussolini zu und in Frankreich und in England selbst steigt die Welle des Antisemitismus mit dem Anwachsen der autoritären und faschistischen Tendenzen. Die holländische Regierung richtet im echten Geist des Kapitalismus eine Umfrage an die Regierungen in Bern, Paris, London, Kopenhagen usw. , wie man dafür sorgen könne, daß die Juden bei der Auswanderung aus Deutschland wenigstens ein Drittel ihres Vermögens retten können. Denn Juden ohne Geld....

Die Vereinigten Staaten haben ihren Berliner Botschafter zunächst zur " Berichterstattung " zurückgerufen. Diese Geste entspricht dem seit geraumer Zeit sichtbaren Wunsch des amerikanischen Imperialismus , stärker als das bisher geschah , seine Macht und sein Gewicht im Kreise der imperialistischen Weltmächte zu demonstrieren und zugleich der echten Empörung des amerikanischen Volkes sichtbaren Ausdruck zu geben.

Die internationale Arbeiterklasse muß auch gegenüber den Judenpogromen ihr eigenes Gesicht zeigen. Sie muß die bürgerliche Heuchelei, Zweideutigkeit und Feigheit bloßstellen, die bei dieser Gelegenheit zutagegetreten ist und der so grausam verfolgten jüdischen " Rasse " zeigen, daß nur die proletarische Revolution der Schmach der Rassenverfolgung ein Ende bereiten und dem Judentum einen Ausweg aus einer sonst auswegslosen Lage schaffen wird.





Das England mit seiner Aufrüstung fertig ist. Die Aufrüstung selbst wollen sie noch mehr beschleunigt und erweitert wissen. Die englische Industrie müsse unverzüglich auf den Kriegsfuß gesetzt werden. Um dies zu erreichen, sei eine "Revolution" im sozialen Leben Englands notwendig. Die Bünde dieser von der konservativen Opposition geforderten "Revolution" sind in charakteristischer Weise unbestimmt. Es ist die Rede davon, daß England mit "demokratischen" Methoden dieselbe Wirkung erzielen müsse, wie die faschistischen Staaten. Ein besonders bemerkenswerter Zug ist die Forderung der nationalen Einheit, der Bildung einer nationalen Regierung über die Grenzen der bestehenden politischen Parteien hinweg, nicht einer der üblichen Koalitionsregierungen, sondern von etwas Neuem, das einstweilen noch unbestimmt bleibt. Die programmatischen Reden Edens erfahren die vielfältigste Deutung.

Der "Manchester Guardian" vom 11.11. schreibt dazu u.a. :

" Es gibt eine andere Ansicht, daß die Rede (gemeint ist die letzte Rede Edens im Unterhaus) ein Versuchswaises Programm für eine Regierung des linken Zentrums skizziert, während noch kühnere Spekulanten denken, daß Herr Eden den Nationalsozialismus in die englische Sprache übersetzt. Es hat niemals so viele verschiedene Deutungen einer Rede gegeben."

In der Tat, welches auch die subjektigen Absichten Edens und seines konservativen Anhangs sein mögen, so ist klar, daß sie "in englischer Sprache" faschistisches Gedankengut in die breite Öffentlichkeit Englands einführen und zwar viel wirksamer als dies die eigentlichen Faschisten in England um Mosley tun. Die Gefahr ist umso größer, als dies in Verbindung mit der Forderung einer "starken" Politik gegen Nazideutschland und Italien geschieht.

Man kann daran ermessen, welche Blindheit darin liegt, wenn in Frankreich Léon Blum den Daladier und Reynaud Eden als Vorbild empfiehlt und wenn die stalinistischen Parteien die Eden und Churchill und Duff-Cooper als antifaschistische Kämpfer auf den Schild erheben und die "Volksfront" oder die "antifaschistische Front" durch die "stärken und erweitern" wollen.

Inzwischen rüstet England im gewaltigen Umfange weiter auf.

Nach den Angaben des englischen Luftfahrtsministers im Unterhaus wird das Budget der Luftflotte von 120 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1938 auf 200 Millionen Pfd. für 1939 steigen. Als Ziel wird angegeben der Bau von 5-6.000 Flugzeugen (erster Linie). Schon im kommenden Jahr wird das Personal der Luftflotte auf nicht weniger als 100.000 Mann steigen.

Inzwischen arbeitet England auch an der Verstärkung seiner politischen Stellung. Der amerikanisch-englische Handelsvertrag und das amerikanisch-englische Abkommen über die gemeinsame Vertretung der Interessen beider Länder in China schließt den englischen und den amerikanischen Imperialismus sowohl wirtschaftlich, wie politisch enger zusammen.

Das englisch-italienische Abkommen tritt am 16. November 1938 in Kraft. Die Rede des englischen Außenministers im Oberhaus stellt klar, daß England künftig der Forderung Mussolinis entsprechend dem Siege Frances keine Hindernisse in den Weg stellen wird. Die Reise von Chamberlain und Halifax nach Paris gilt u.a. dem Ziel dafür, sowie für die Befriedigung der Kolonialforderungen Hitlerdeutschlands die französische Regierung zu gewinnen.

Beginn des Kongresses der CGT in Nantes .  
=====

Am Montag ist in Nantes der Kongreß der CGT eröffnet worden. Es ist der erste Kongreß nach der Wiedervereinigung in Toulouse im Jahre 1936. Auf der Tagesordnung stehen sieben Punkte :

Geschäfts- und Kassenbericht , Satzungsänderungen , Sozialgesetzgebung , CGT-Sozialreform und Landarbeiter , die großen öffentlichen Arbeiten, die " strukturellen " Reformen " : Nationalisierung etc. , die internationale Lage und der Friede.

Die Kongreßdebatten werden sich in der Hauptsache um drei Fragen konzentrieren : Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung , Kampf gegen den Krieg, CGT und Volksfront . Die Leitung der CGT mit Jouhau an der Spitze hat sich von vornherein viel Mühe gegeben, die Gegensätze im Schoße des Gewerkschaftsbundes möglichst zu verkleistern oder wenigstens zu verhindern, daß sie allzu schroff aufeinanderplatzen. Wie es aussieht, mit wenig Erfolg.

In der Hauptsache lassen sich drei große Strömungen unterscheiden : die Kommunisten, ihr Gegenpart : die " reinen " Syndikalisten , die sich um die Lehrer und das Organ von René Belin " Syndicat " gruppieren, und die " Mittelgruppe " , an deren Spitze die Beamtenvertreter Laurent, Neumeyer usw. stehen. Die kleine libertär-anarchistische Gruppe, die in der Hauptsache durch die Pariser Korrektoren vertreten sind, dürften mehr oder minder dem scharf antikommunistischen Kurs der reinen Syndikalisten folgen.

Die verhältnismäßig meiste Aussicht , sich durchzusetzen , wird die Mittelgruppe haben. Umsomehr, als sie der offiziellen Haltung des Bundesbüros am nächsten steht . Dazu wird allerdings noch viel Verkleisterungsarbeit notwendig sein. Die " Reinen " haben in der Frage der Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung gleich am ersten Tage die massivsten Angriffe auf die Kommunisten eröffnet. Ihr Ziel ist, jede Betätigung der Anhänger einer politischen Partei in der CGT unmöglich zu machen, natürlich zu dem Zweck, um ihrer Politik der " Selbstgenügsamkeit " der Gewerkschaftsbewegung " zur Alleinherrschaft zu verhelfen. Ihre Angriffe waren oft von ätzender Schärfe und nicht ohne Wirkung, bei der vollständigen Grundsatzlosigkeit der Politik der Stalinisten kein Wunder. Froideval hatte leichtes Spiel, als er die Politik der " ausgestreckten Hand " (gegen die Pfaffen ) und der berüchtigten " Front des Français " geißelte und die Heuchelei der KPF aufzeigte, die an einem Tage die feierliche Erklärung abgab, daß sie sich nicht in die inneren Verhältnisse der CGT einmischen werde und am andern einen Artikel Dimitrows bringt, der verlangt, daß die " Trotzlisten " und Kapitulanten aus den Gewerkschaften verjagt werden müssen.

Ins gleiche Horn stießen Bard von den Bergarbeitern und besonders Dumoulin, der zum Schluß kategorisch erklärte, er werde sich an keinem Kompromißversuch beteiligen. Zu Tumulten kam es bei der Rede Serrets (Lehrer), für den die Kommunisten " Geschwür am Leibe der CGT " und " Senegalesen Stalins " sind. Er verlangte die direkte Aktion : Fabriksbesetzungen und Straßendemonstrationen, anstelle der Volksfrontpolitik.

Am zweiten Tage schlug Belmas ( Sekretär der Lehrer ) in der Form einen versöhnlichen Ton an, erklärte sich aber trotz seiner Anhängerschaft zur Volksfront als entschiedenen Gegner der Kommunisten.

Chambelland (Pariser Korrektoren) verlangte als ersten Auftakt des Kampfes gegen die Notverordnungen einen Generalstreik von 24 Stunden und Austritt aus den obligatorischen Schiedsgerichten.

Jean Mathé (Postler) trieb Pazifismus und Kampf gegen die Kommunisten bis zum Extrem : " Lieber Knechtschaft als Krieg " , erklärte er unter tosenden

Zwischenrufen und dann rühmte er sich seiner Zusammenarbeit mit Flandin unter geradezu provozierenden Angriffen auf die Kommunisten. Bei seinem Abgang von der Tribüne kam es zu bedrohlichen Szenen ; Zum Glück war die Stunde des Diner gekommen und alles ging noch einmal friedlich ab.

Diesen haßerfüllten Angriffen gegenüber waren die Stalinisten durchaus in der Verteidigung. Am ersten Tage gestand Nédelec : " Wir haben einmal geglaubt, daß die Bourgeoisie nach dem Juni 1936 es nicht mehr wagen würde, zur Offensive zurückzukehren". Ein hübsches Eingeständnis für einen Kommunisten. Und dann folgten Klagelieder über den antikommunistischen Geist des Kongresses. Neben einigen unbedeutenden Größen trat am zweiten Tage Sépard als Hauptredner der KPF auf. In dem langen Bericht der " Humanité " sucht man vergebens einen neuen Gedanken oder ein wirksames Argument für die Politik der KPF. Am liebsten wäre es ihm, wenn jede Diskussion aufhörte und alles " einig " wäre.

In der Nachtsitzung hielt Robert Lacoste vom Beamtenverband eine " versöhnlerische " Rede, die wahrscheinlich von Jouhaux und vom Büro unterstrichen werden wird.

Auf Vorschlag Jouhaux nahm der Kongreß am zweiten Tage eine Resolution gegen die Notverordnungen an, " denen er den konstruktiven Plan der CGT entgegengesetzt, der wirklich den Notwendigkeiten der wirtschaftlichen und sozialen Erholung des Landes entspricht. "

Von konkreten Kampfmaßnahmen kein Wort.

-----  
Manifest der Internationalen Arbeiterfront gegen den Krieg ;

Arbeiter aller Länder !

Im Laufe der letzten Wochen haben die imperialistischen Gegensätze die Völker der ganzen Welt bis auf Fingerbreite an den Krieg herangeführt. Die Katastrophe ist namentlich wegen der Opposition aller Völker zum Kriege aufgeschoben worden. Diese Opposition hat die " demokratischen ", wie auch die faschistischen Imperialismen zögern lassen, sich in einen Krieg zu stürzen, von dem sie befürchteten, daß er mit dem Zusammenbruch des kapitalistischen Regimes sowohl in ihren eigenen Ländern, wie auch in ihren Kolonialreichen enden würde.

Aber die Arbeiter müssen verstehen, daß der imperialistische Friede, der in München durch die englische, französische, deutsche und italienische Regierung abgeschlossen wurde, die Kriegsgefahr nicht beseitigt hat. Er hat den Faschismus gestärkt, in der Tschechoslovakei und in Mitteleuropa alte Ungerechtigkeiten durch neue ersetzt, die reaktionären Kräfte in England und Frankreich ermutigt, Sowjet-Rußland isoliert und seine vollkommene Unfähigkeit bewiesen, die Bedingungen eines dauerhaften Friedens zu schaffen.

In dieser Situation muß die Arbeiterklasse ihre Kräfte mobilisieren nicht nur, um gegen den imperialistischen Krieg zu kämpfen, sondern auch gegen die Grundlagen, auf denen der imperialistische Friede aufgebaut ist. Wenn diese Grundlagen nicht zerstört werden, wird daraus früher oder später der imperialistische Krieg entstehen.

Es ist tragisch, festzustellen, daß die Gefahr der gegenwärtigen Situation nicht nur in der Politik der bürgerlichen Parteien zum Ausdruck kommt, sondern auch in der gewisser Teile der Arbeiterbewegung.



Zahlreiche Parteien, die der Zweiten Internationale angeschlossen sind, und alle Parteien, die die Dritte Internationale bilden, sind bereit gewesen, die "demokratischen" Imperialismen in einem kapitalistischen Kriege gegen die faschistischen Imperialismen zu unterstützen. Auf der anderen Seite gibt es Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung, die dem imperialistischen Frieden Beifall zollen.

Die Internationale Arbeiterfront gegen den Krieg warnt die Arbeiter vor beiden Strömungen. Die erste würde die Völker in einen Krieg im Interesse ihrer kapitalistischen Herren stürzen, die zweite würde die Völker im Sklavenzustand halten, ohne die Gefahr eines Krieges auszuschalten, in einem Moment, den die kapitalistischen Herren wählen würden.

Aus diesem Grunde ruft die Internationale Arbeiterfront gegen den Krieg alle Arbeiter zur aktiven Vorbereitung des Widerstandes auf, gleichzeitig gegen den imperialistischen Krieg und gegen den imperialistischen Frieden, durch folgende Methoden :

- 1) Zurückweisung jeder Union sacrée mit der Bourgeoisie ;
- (2) Opposition gegen die Aufrüstung im kapitalistischen Regime durch die Verweigerung der Militärkredite im Parlament, aller Konzessionen gewerkschaftlicher Natur, durch die die Lebensbedingungen der Arbeiter beeinträchtigt würden.
- (3) Unterstützung der Arbeiter, die in den Ländern faschistischer oder Militär-Diktatur mutig gegen das Regime kämpfen, dem sie unterworfen sind.
- (4) Unterstützung der Arbeiter und Bauern der Kolonialländer im Kampfe gegen ihre Imperialismen.
- (5) Verteidigung dessen, was von der russischen Revolution übriggeblieben ist, gegen imperialistische Angriffe, diese Verteidigung muß allein mittels der Methoden der direkten Aktion der Arbeiterklasse gesichert werden und nicht durch Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Regierungen.
- (6) Verstärkung des Klassenkampfes in allen Ländern in Richtung auf die soziale Revolution. Die Durchführung des Kampfes der Arbeiter der "demokratischen" Länder gegen ihren eigenen Kapitalismus ist die wesentliche Bedingung für die Unterstützung des Kampfes der Arbeiter in den Ländern der faschistischen und Militär-Diktatur.

Nur durch den unabhängigen Kampf der Arbeiter gegen dem Kapitalismus ( und die Formen, die er annimmt ) können wir den Krieg zurückdrängen.

Die Internationale Arbeiterfront gegen den Krieg appelliert an die Arbeiter aller Teile der Arbeiterbewegung, sich zu vereinigen, bevor es zu spät ist und das zu tun, was soeben festgelegt worden ist. Sie fordert sie auf, eine internationale Bewegung mit klaren Auffassungen und entschlossener Tatkraft zu entfalten, die allein fähig sein wird, die historische Aufgabe unserer Epoche gut durchzuführen : Krieg, Faschismus und Imperialismus zu besiegen, durch Aufhebung des Kapitalismus, durch die Errichtung der Arbeitermacht und des Sozialismus.

Vertreten waren auf dieser Konferenz ILP, PSOP, RSAP-Nolland, POUM, IVKO, und revolutionäre Gruppen aus Deutschland, Tschechoslovakei, Belgien, Griechenland, Palästina.

Die " marxistische Erläuterung "

-----

" In der Geschichte der KPdSU(B) , erklärte Molotow in seiner Rede zum 7. November 1938 in Moskau, wird diese Lage (gemeint ist die Lage nach dem Münchener Abkommen ) marxistisch erläutert.

Es handelt sich garnicht um die militärische oder wirtschaftliche Schwäche der " demokratischen " Staaten , es handelt sich um ganz etwas anderes. Es handelt sich darum, daß es keine Einheitsfront der " demokratischen " Staaten gegen die faschistischen gibt, es handelt sich darum, daß die demokratischen Staaten , ohne die Extreme der faschistischen Staaten zu billigen und die Stärkung dieser befürchtend, die Arbeiterbewegung in Europa und die nationale Befreiungsbewegung in Asien noch mehr fürchten und der Ansicht sind, daß der " Faschismus " ein guter " Gegenangriff " gegen diese gefährliche Bewegung ist . "

Man würde sich aber sehr irren, wenn man diese verspätete " marxistische Erläuterung " , die die ganze Politik der " Volksfront " und der " demokratischen Friedensfront " über den Haufen wirft, als den Beginn einer Rückwendung zum revolutionären Klassenkampf vermuten würde. Die Tatsachen sprechen hier eine deutliche Sprache. Die von der KPdSU in ihren Losungen zum 7. November und von der KI in ihrem Novemberanruf herausgegebenen Generalparole heißt " Verstärkung und Erweiterung der Volksfront " - Erweiterung offenbar durch die Herren Eden , Churchill, Kerillie usw.

Dieser schreiende Widerspruch beleuchtet zugleich die Methoden, zu denen das Stalinsche Regime gelangt ist : daß es ohne jedes Bedenken die marxistische Formel des Klassenkampfes und seine Verleugnung in der Praxis nebeneinandersetzt. Da der Stalinsche Terror jede kritische Meinungsäußerung zum Verstummen gebracht hat, so kann das Regime die härtesten Widersprüche nebeneinanderstellen. Sie werden geschluckt und damit gut.

Aber es könnte sein, daß die Annahme der Stalinschen Clique falsch ist, daß das, was sich nicht äußert , nicht vorhanden ist und daß nicht damit zu rechnen sei.

Es liegen aus der letzten Zeit bemerkenswerte Angaben darüber vor, daß das Stalinsche Regime durch seinen blinden Terror, der ungeschwächt weitergeht, nunmehr die letzten Stützen in den Städten verloren und einen wachsenden Haß gegen sich erzeugt hat und daß unter der Decke des Terrorregimes das Selbstbewußtsein der breiten Massen in raschem Ansteigen begriffen ist.

Ebenso sollte außerhalb der Sowjetunion der grobe Widerspruch , der in der Rede Molotows zutage tritt, die Mitglieder der kommunistischen Parteien zum Nachdenken bringen über das gescheiterte Experiment der Volksfront und der " demokratischen Friedensfront " , seine Ursachen und darüber , welche Lehren aus diesem Bankrott zu ziehen sind.

- - // - -

-----  
Verantwortlich : Emilie Hirtzel, Straßburg

# Arbeiterpolitik

Organ der KP(O) - Elsaß - Sektion der I. V. K. O. - erscheint wöchentlich

No. 47 / V. Jahrgang

Vierte Novemberwoche 1938.

## Der Gewerkschaftskongreß in N a n t e s .

=====

Der Kongreß der CGT in Nantes hat dem französischen Proletariat keine neuen und erfolgreicherer Wege als bisher gezeigt, auf denen es der Generaloffensive der Bourgeoisie und des Unternehmertums erfolgreich Widerstand leisten könnte. Sogar die Hoffnungen, daß sich wenigstens bei einer Minderheit die Ansätze oder der Wille zu einem neuen Kurs zeigen würden, sind enttäuscht worden.

Wenn man die Debatten des Kongresses durchgeht, so hat man nicht den Eindruck, daß sich in ihnen das Neue widerspiegelt, das durch die Juni-Bewegung von 1936 in die Gewerkschaftsbewegung gekommen war: der Kampfgeist der Massen, der nichts nach überkommenen Regeln fragt und der nur ein Ziel und den einzigen Willen hat, unter allen Umständen den Sieg davon zu tragen. Wir haben nicht genug Einblick in die Dinge, um feststellen zu können, ob die französische Arbeiterbewegung bereits tatsächlich auf einem solchen Tiefpunkt angelangt ist, ob von dem Geist des Juni 36. nur noch unwesentliche Überreste vorhanden sind oder ob es das Sieb der Wahlmaschinerie war, das diese Elemente fernhielt. Jedenfalls waren es nur alte, längst vom Leben widerlegte Irrtümer, die auch bei den Argumenten der Opposition die Hauptrolle spielten. Auch was die Personen anbelangt, waren es im Wesentlichen die alten Paradeponies des Reformismus, des Syndikalismus und des "Kommunismus", die den Ton auf dem Kongreß angaben.

## Die "Mehrheit" .

-----

Die "Mitte" hat auf dem Kongreß den Sieg davongetragen. Sie gruppiert sich um die Person des Generalsekretärs und der Beamtenvertreter. Die Stalinisten haben es für gut gehalten, ihre eigenen Resolutionen zurückzuziehen und sich der Stellung der Mitte anzuschließen. Man kann nicht einmal von einem Kompromiß reden, es ist einfach ein Verzicht darauf, das eigene Gesicht zu zeigen. Das ist ihnen sicherlich nicht schwer gefallen, es liegt dies ganz im Rahmen ihrer allgemeinen Politik, ohne sich um Grundsätze zu kümmern. Wenn es unbestreitbar ist, daß die KPF heute einen gewissen Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich ausübt, so doch nicht wegen der Güte ihrer Politik, sondern deshalb, weil sie ihre Fraktionsarbeit besser und disziplinierter zu organisieren versteht als die Andern.

Es lohnt sich nicht, noch einmal auf die "Argumente" einzugehen, die die Stalinisten in der Debatte für ihre eigene Stellungnahme zu den verschiedenen Problemen vorbrachten. Eine Politik verteidigen zu müssen, die so krachend bankrott gemacht hat, wie die Volksfrontpolitik, ist wahrlich eine schmachvolle Aufgabe. Kein Wunder, daß dies nur auf der Linie der Verteidigung geschehen konnte, daß die "eigene" Linie schließlich leichten Herzens preisgegeben wurde und daß die Fraktion, Hénaff und Sémard heilfroh sind, sich hinter dem breiten Rücken des "überparteilichen" Jouhaux verkriechen zu können und zu seinen "betreuten" gezählt werden zu dürfen.



Nach einigem einleitendem harmlosem Feuerwerk wider den Faschismus heißt es in der von der Mehrheit angenommenen Resolution zur Kriegsfrage an der entscheidenden Stelle :

" ..... der Kongreß verlangt die sofortige Einberufung einer internationalen Konferenz, die die politischen und wirtschaftlichen Probleme, von denen der Frieden abhängt, lösen, den friedlichen Willen Frankreichs ins rechte Licht setzen und die Verantwortlichkeit eines jeden Landes festlegen soll.

Auf dieser Konferenz ..... müssen die Vertreter aller Länder anwesend sein, ohne daß ein einziges aus ideologischen oder aus Gründen seiner politischen Verfassung ausgeschlossen werden darf.

Sie muß jedem Lande die Möglichkeit geben, sich friedlich die Rohstoffe zu verschaffen, die es für die Ernährung seiner Bevölkerung und für seine Industrie braucht ; sie muß den internationalen Austausch wieder herstellen und einen Plan der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ausarbeiten, damit die wirtschaftlich zurückgebliebenen Länder und die Kolonien richtig ausgenutzt werden können ; sie muß auch die stufenweise, gegenseitige und kontrollierte Entwaffnung durchführen . "

Es ist nicht einzusehen, warum die französische Bourgeoisie, die in ihrer Mehrheit jetzt auf eine Verständigung mit Hitler aus ist, diese Formulierungen nicht auch annehmen könnte - falls sie dies überhaupt noch nötig hat ! Jedenfalls haben sie mit einem proletarischen Standpunkt zu den internationalen Problemen nichts zu tun.

Die wichtigste Stelle in der Resolution über die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung lautet :

" Der Kongreß weist jeden offenen oder versteckten Versuch zurück, die CGT irgendeiner politischen Partei oder irgendeiner Regierungspolitik dienstbar zu machen. Die Bestätigung dieser Grundsätze schließt nicht die Möglichkeit aus, vorübergehende Abkommen für eine gemeinsame Aufgabe im Rahmen der Beschlüsse des Kongresses von Toulouse zu schließen " .

Das Letztere bezieht sich auf die Abmachungen über die Volksfront . Es heißt dann weiter, daß für die Aufrechterhaltung der gewerkschaftlichen Prinzipien eine - Kommission geschaffen werden soll !

Dieser ganze Beschluß ist pure Heuchelei. Und zwar ist die Heuchelei gegenseitig. Die Leute um Jouhaux wissen sehr gut, daß sich die KPF dadurch nicht im mindesten darin stören lassen wird, sich die CGT durch Fraktionsarbeit dienstbar zu machen und zwar ihrer opportunistischen Politik dienstbar zu machen. Die Jouhaux werden sie darin nicht ernsthaft stören, eben weil es eine opportunistische und keine kommunistische Politik ist, die die KPF betreibt. Die Jouhaux verstehen das alles viel besser . Handelte es sich um eine wirklich kommunistische Politik, so würden die Jouhaux gegen die KPF schärfstens vom Leder ziehen und sich einen Teufel um die so aufdringlich gepriesene " Einheit " kümmern.

#### Die Minderheit.

Die um die Zeitschrift " Syndicat " und die Lehrer gruppierte Richtung der reinen Syndikalisten hatte zur internationalen Frage eine pazifistisch gehaltene Resolution eingebracht, deren Kernpunkt die Formulierung ist, daß alle internationale Streitigkeiten durch Verhandlungen und nicht durch Kriege erledigt werden sollen. In der Debatte zeigte sich die " radikalere " Strömung um Dumoulin - wenn man sie so nennen darf -

eine unversöhnlich kommunistenfeindliche, allen Kompromissen abgeneigte Haltung. Sie hat sich insofern nicht durchsetzen können, als auf Betreiben Delmas von den Lehrern die ursprüngliche Resolution durch Zusätze stark an die Auffassungen der anderen Richtungen, einschließlich der Stalinisten, angenähert wurde. Der Kuhhandel ist aber letzten Endes doch nicht perfekt geworden, so daß zum größten Bedauern aller grundsatzlosen "Einheits"-Apostel doch kein einstimmiger Beschluß zustandekam. Dasselbe gilt zur Frage der Unabhängigkeit.

Mit dieser Minderheit stimmte schließlich auch die Richtung um Chambelland, die zu beiden Fragen eigene Resolutionen eingebracht hatte. Diese atmen zwar noch mehr den Geist des Pazifismus und des beschränkten Syndikalismus, sprechen sich aber unzweideutig gegen die Volksfront und gegen den Burgfrieden im Kriege aus. Die Verfasser hatten gleich von vornherein erklärt, daß sie eventuell diese Resolutionen zugunsten derer der größeren Minderheit zurückziehen würden. In der Debatte selbst forderte Chambelland einen demonstrativen Generalstreik von 24 Stunden gegen die Notverordnungen. Nur die Anhänger von Serret (Lehrer, der Mitglied der PSOP ist) stimmten für eine eigene Resolution, die sich gegen die Volksfront, gegen die bürgerliche und kommunistische Einmischung, gegen den Krieg auf alle Fälle, gegen die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, für den Antimilitarismus und für die Aufnahme des Kampfes auf der ganzen Linie ausspricht. Sie erhielten 76 bzw. 121 Stimmen bei über 35.000 insgesamt.

#### Der kommunistische Standpunkt

Wie bereits erwähnt, wurde der wirklich kommunistische Standpunkt zur Frage des Krieges und zur Frage der "Unabhängigkeit" der Gewerkschaftsbewegung nicht vertreten. Es wurde nicht darauf hingewiesen, daß - was München anschaulich gezeigt hat - ein wirklicher Kampf gegen den Faschismus weder national, noch international im Bunde mit der Bourgeoisie möglich ist. Der Unterschied zwischen revolutionären und imperialistischen Kriegen, der Defaitismus und alles, was damit zusammenhängt, diese Fragen wurden nicht einmal gestreift. Die Frage der sogenannten "Verteilung der Rohstoffe" wurde ganz im bürgerlichen Sinne behandelt, es ist niemand eingefallen, auch nur mit einem Wort die Unabhängigkeit der Kolonialvölker zu fordern. Für oder gegen den Krieg, um diese Frage wurde mit ganz geringen Ausnahmen im Grunde auch nur mit bürgerlichen Gedankengängen gerungen. Hier zeigen sich vielleicht am furchtbarsten die Auswirkungen der Volkrontpolitik.

Die Stalinisten waren natürlich vollkommen außerstande, zur Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung vom kommunistischem Standpunkt aus Stellung zu nehmen. Es handelt sich doch garnicht darum, die Gewerkschaften zu Werkzeugen der Kommunistischen Partei zu machen, auch wenn diese eine richtige kommunistische Politik verfolgt. Es handelt sich darum, die Gewerkschaften aus reformistischen Gebilden in Organisationen zu verwandeln, die ihre Arbeit auf die Durchführung der Revolution ausrichten, die die Interessen der Arbeiter ohne jede Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der kapitalistischen Gesellschaft vertreten. Dazu ist kommunistische Fraktionsarbeit unerlässlich. Sie kann und darf sich nicht auswirken in einem mechanischen Druck zur Durchführung der "Linie" und Entgegennahme von Anweisungen von Seiten der Partei, sondern dadurch, daß man die Arbeiter davon überzeugt, daß die kommunistische Politik die einzig richtige ist. Aber wie soll man die Arbeiter davon überzeugen, daß sie mit dem Reformismus brechen, wenn man selbst im tiefsten Sumpf des Reformismus gelandet ist?

Der Kongreß hat aber auch die Aussichtslosigkeit des "reinen" Syndikalismus bewiesen. Die Rückkehr zu dem Prinzip, daß die Gewerkschaftsbewegung sich selbst genügt und daß sie jedes Zusammenwirken mit den politischen

Parteien der Arbeiter meiden muß, ja, daß sie sich überhaupt nicht mit Politik beschäftigen soll, ist vollkommen unmöglich. Das Rassemblement Populaire ist nur deshalb abzulehnen, weil es zugleich das Bündnis mit einer bürgerlichen Partei einschließt. Die Einheitsfront mit den proletarischen Parteien ist schon deshalb notwendig, weil die Gewerkschaften nie die Funktionen einer Partei ausüben können. Die gewerkschaftliche und die politische Tätigkeit schließen sich nicht aus, sie müssen sich ergänzen.

Das Wiederaufleben des reinen Syndikalismus ist als eine Reaktion auf die unkommunistische Politik der KPF anzusehen. Der reine Syndikalismus ist ebenso in der Sackgasse, wie der Opportunismus in allen seinen Schattierungen, durch seinen Pazifismus wird er zum Hilfswerkzeug der defaitistischen, faschistenfreundlichen Bourgeoisie Frankreichs.

Der Kampf um die Notverordnungen

Mitten in die Tagung des Kongresses fiel die Verkündung der Notverordnungen Daladiers. Der Kongreß glaubte, sich zuerst durch eine fulminante Rede Jouhaux und durch die (angeblich) einstimmige Annahme einer Resolution aus der Affäre ziehen zu können, die den Notverordnungen den "konstruktiven Plan der CGT" entgegensetzt, eines Prunkstücks reformistischer Beschränktheit, das bisher nur auf dem Papier sein Dasein fristete und dessen sich kein Mensch mehr so recht entsinnen kann. Entweder war dieser Tiefstand den Delegierten doch zu starker Tobak oder man merkte, daß es "unten" bedenklich rumort, auf jeden Fall wurde das neue Büro zum Schluß noch ermächtigt, einen befristeten Demonstrationstreik ins Auge zu fassen. Die verschiedenen Streiks in den letzten Tagen haben bewiesen, daß die französischen Arbeiter den Bissen, den ihnen die Daladier und Reynaud gereicht haben, nicht so stumm hinunterwürgen, wie man vielleicht erwartet hatte. Die "neue" - alte Leitung der CGT hat deshalb die ihr vom Kongreß auferlegte Pflicht erfüllt, sie ist zusammengetreten, und hat beschlossen, einen allgemeinen Proteststreik an einem noch zu bestimmenden Tage in der nächsten Woche durchzuführen.

Die "Aktion" wird also (vielleicht) steigen, man kann dann die Arbeiter wegen "undisziplinierter" Aktionen leichter zur Ruhe verweisen und die Regierung wird dann hoffentlich nicht mehr in Verlegenheit kommen, ihre Polizeikräfte zur Räumung der von den Arbeitern besetzten Betriebe aufbieten zu müssen.

.....  
Der Bankrott der Notverordnungen in Frankreich.  
=====

Wie sehr die Politik der letzten Dekrete in Frankreich bereits bankrott ist, zeigt am besten folgende Äußerung der radikalsozialistischen Zeitung "Oeuvre" bei Gelegenheit der Verhandlungen in der Finanzkommission der Kammer:

"Trotz aller Argumente des ganzen Talents und, fügen wir hinzu, des ganzen persönlichen Muts des Herrn Paul Reynaud und trotz der Energie der Ermahnungen des Herrn Daladier sucht man in der Finanzkommission der Kammer immer noch einen ausgesprochenen Anhänger der Notverordnungen.

Die Notverordnungen sind die Karte der Börse und der Banken. Die Notverordnungen sind die massive Überbesteuerung, die die Geschäfte ersticken muß. Die Notverordnungen sind so ziemlich überall die Streiks. Die Notverordnungen sind die Unterkonsumption. Die Notverordnungen sind die Ungerechtigkeit. Darin sind alle einverstanden, selbst diejenigen,



" scheint es, die in der Schlacht um die Prozedur sich dazu herbeigelassen haben, für die Aufschiebung der Beratung zu stimmen .... Die Frage bleibt in vollem Umfange bestehen. "

Die Finanzkommission hat schließlich mit schwacher Mehrheit der Vertagung der Frage zugestimmt, nachdem Daladier gedroht hatte, daß er sonst auf den Empfang von Chamberlain und Halifax verzichten werde.

Gegen die Notverordnungen haben sich die Gewerkschaften, die sozialistische und kommunistische Partei erklärt, ferner die Verbände der Kriegsteilnehmer und in seiner eigenen Partei erhielt Herr Daladier nur eine zweifelhafte Unterstützung. Dafür sind nur die Börse und die Banken. Dagegen nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch das Kleinbürgertum, die beide die Hauptopfer der Notverordnungen sind.

Die Arbeiter haben sich in einer Reihe von Einzelstreiks in Paris und im Norden, Streiks, die mit Betriebsbesetzungen verbunden waren, gegen die Notverordnungen gewandt. Die Regierung hat in allen Fällen sofort die Betriebe mit Polizeigewalt räumen lassen. Die Leitung der Gewerkschaften hat entsprechend des Beschlusses des Kongresses von Nantes für die kommende Woche einen befristeten " Demonstrationsgeneralstreik " ins Auge gefaßt.

Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß dem parlamentarischen Widerstand sowohl die Geschlossenheit, als die Angriffslust fehlt. Ein wirksamer Gegenangriff ist nur durch entschlossene außerparlamentarische Massenaktionen möglich. Man soll sich aber nicht darüber täuschen, daß die französische Arbeiterklasse nach zwei Jahren der Volksfrontpolitik bei weitem nicht mehr denselben Kampfgeist hat, wie im Juni 1936. Breite Schichten der französischen Arbeiterklasse sind heute resigniert, haben weder den Glauben an ihre Führung, was begreiflich ist, noch auch den Glauben an ihre eigene Kampfkraft.

Im Grunde zeigt heute Frankreich das Bild der Abwirtschaftung aller traditionellen politischen Parteien, der rechten, wie der linken einschließlich der Arbeiterparteien. Aber auch der Faschismus entwickelt noch keine besondere Anziehungs- und Stoßkraft. Frankreich befindet sich in einem Zwischenstadium, wo das alte parlamentarische Regime sich in beschleunigtem Tempo allseitig zersetzt, aber die Kräfte der Nachfolge noch nicht entwickelt sind.

Der Bankrott der kommunistischen Partei Frankreichs wurde unterstrichen durch die letzte Sitzung ihres Zentralkomitees, auf der Thorez eine große programmatische Rede hielt.

.....  
Die gegenwärtige Linie der Kommunistischen Partei Frankreichs.  
=====

Die gegenwärtige Linie der KPF ist von Thorez in einer Sitzung des ZK am 21. November 1938 dargelegt worden, über die die " Humanité " am folgenden Tage berichtet hat.

Der hauptsächliche Inhalt ist folgender :

die Partei ist bereit, " Frankreich gegen Hitler zu verteidigen " , sie ist bereit, " auch energisch den Frieden zu sichern durch die Schaffung eines so furchtbaren Verteidigungsapparates, daß jeder Gedanke des Angriffs auch bei den Unverschämten und Raubgierigsten entmutigt wird " . Eine solche Bewaffnung lasse sich am besten sichern, indem die Arbeiter die Kontrolle in den Rüstungsbetrieben übernehmen.

Thorez wendet sich heftig gegen die pazifistischen Einstellungen.

" Wo wären wir, ruft er aus, wenn unsere Vorfahren von 1789 und 1792 die ehrlose Formel verkündet hätten : " Lieber die Knechtschaft , als den Tod " ↑ "

Thorez vergißt dabei nur, daß der Krieg , der heute von der französischen Bourgeoisie geführt würde, kein Krieg der bürgerlichen Revolution gegen das feudale Europa wäre, sondern ein Krieg zur Verteidigung des französischen Imperialismus , seiner Klassenherrschaft in Frankreich selbst und seiner Kolonialherrschaft in den überseeischen Gebieten.

Diese Tatsache kann durch nichts stärker unterstrichen werden , als durch die Protestbewegung , die in den letzten Tagen gegen die Abtretung französischer Kolonialgebiete an Hitlerdeutschland entfesselt wurde. Die Kommunistische Partei Frankreichs ist heute soweit auf den Hund gekommen, daß sie sich in dem von Thorez entwickelten Aktionsprogramm ausdrücklich mit der bürgerlichen Forderung vereinigt, daß keine französischen Kolonialgebiete an Hitlerdeutschland abgetreten werden. Dabei scheint niemand von denen, die heute, wie die Führer der KPF , sich gegen die Abtretung oder wie manche Vertreter der SFIO und der Gewerkschaften , für die Abtretung eintreten , in der Absicht, damit den Frieden von Hitlerdeutschland kaufen zu können, der Gedanke gekommen zu sein, daß es heute nicht die französische Arbeiterklasse ist, die über die Kolonien verfügt , sondern die französische Bourgeoisie. Und daß ,wenn die Arbeiterklasse in Frankreich die Macht ergreift, ihre revolutionäre Aufgabe gegenüber den Kolonialvölkern darin besteht, sie von der kolonialen Beherrschung und Ausbeutung überhaupt zu befreien und ihr das volle Recht der nationalen Selbstbestimmung zu gewähren.

Oder kann der Krieg , den die französische Bourgeoisie gegen Hitlerdeutschland führen würde, als Befreiungskrieg zugunsten des deutschen Volkes betrachtet werden ? Einen revolutionären Befreiungskrieg könnte nur ein Frankreich führen, das sich selbst von der bürgerlichen Klassenherrschaft im eigenen Lande befreit, das die sozialistische Revolution bei sich selbst durchgeführt hätte.

Sicherlich könnte die französische Arbeiterklasse die militärische Verteidigungskraft des Landes weit höher steigern, als es die Bourgeoisie vermag, aber nur unter der Bedingung ,daß sie die Zügel der Macht ergreift und die Wirtschaft des Landes, die unter dem kapitalistischen Regime seit Jahren sich nicht aus der Krise und der Depression erheben kann, auf sozialistische Geleise umstellt. Der hinreißende moralische Schwung der Revolutionskriege des 18. Jahrhunderts kann nicht wieder erzeugt werden durch die Berufung auf die bereits anderthalb Jahrhunderte zurückliegende bürgerliche Revolution des 18. Jahrhunderts , sondern nur durch die sozialistische Revolution, des 20. Jahrhunderts.

Thorez wendet sich gegen den Geburtenrückgang und fordert staatliche Maßnahmen dagegen. Aber der Geburtenrückgang in Frankreich läßt sich nicht durch kleine Reformen im Rahmen des bürgerlichen Staates und der überkommenen Gesellschaftsordnung überwinden. Er wurzelt tief in den sozialen Verhältnissen , die die kapitalistische Entwicklung im Lande geschaffen hat, vor allem in der Lage der ländlichen Parzellenwirtschaft. Nur wenn eine neue sozialistische Revolution diese Verhältnisse von Grund auf umwälzt, nur dann wird der Geburtenrückgang zum Stehen gebracht werden. Aber heute im Dienste der Verteidigung des französischen Imperialismus sich mit kleinen Quacksalbereien und Moralpredigten gegen den Geburtenrückgang zu wenden, ist ebenso aussichtslos, wie es unvereinbar ist mit den Aufgaben einer Partei ,die immer noch vorgibt, die revolutionäre Partei des Proletariats zu sein.

Weiter wird von Thorez folgendes Programm von Forderungen entwickelt :

1. Abschaffung der letzten Notverordnungen von Daladier-Reynaud.
2. Erhaltung und Erweiterung der sozialen Errungenschaften der Werktätigen.
3. Sicherung des Rechts auf Arbeit.
4. Schutz der Familie und der Kinder.
5. Budget- und Steuer-Reform, Abbau der Staatsschulden , Beseitigung der indirekten Steuern .
6. Nationalisierung der tatsächlichen Monopole (Eisenbahnen, Gruben, Versicherungen usw. )
7. Normales Funktionieren der republikanischen Einrichtungen.
8. Verhaftung der faschistischen und der von Hitler gekauften Landesvertäter.
9. Kampf für einen " ehrenvollen und Frankreich würdigen Frieden " :
  - (a) keine Abtretung französischer Kolonien an Hitler ;
  - (b) Hilfe für das republikanische Spanien.
  - (c) Organisation der " bewaffneten Nation " .

Soweit es sich bei diesen Forderungen um wohlbekannte soziale Reformen handelt, so leidet ihre Aufstellung im Rahmen eines Programms der Verteidigung des französischen Imperiums durch die Arbeiterklasse an dem grundlegenden inneren Widerspruch : daß bei der Verteidigung des Imperialismus es der ~~das heißt die~~ Kapitalistenklasse ist, die die Gesetze der Verteilung der ~~Imperialismus/~~ Lasten diktiert und zwar so, daß die werktätigen Klassen die Hauptlast zu tragen haben. Gegen diese Lastenverteilung anzukämpfen , hat nur dann einen realen Sinn, wenn dieser Kampf ein Glied bildet in dem revolutionären Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus im eigenen Lande. In Verbindung mit der Verteidigung des Imperialismus ist ein Programm sozialer Reformforderungen Selbstbetrug and Betrug an den werktätigen Massen.

Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Forderung des " normalen Funktionieren der republikanischen Einrichtungen " . Damit ist vor allem gemeint das normale Funktionieren des Parlaments gegenüber der Exekutivgewalt. Aber wie kann das Parlament normal funktionieren , wenn es ganz anormale Aufgaben sind, die zur Verteidigung des französischen Imperialismus durchzuführen sind , Aufgaben , die darauf hinauslaufen, den werktätigen Klassen die Hauptlasten dieser Verteidigung aufzuladen und zu diesem Zweck ihre bisherigen sozialen Errungenschaften zu vernichten. Lassall bemerkt in einer seiner Reden über die Verfassung, daß, wenn der Notschrei der Verteidigung der Verfassung ertöne, sie in Wirklichkeit schon verloren sei. Dasselbe kann man von der Forderung des normalen Funktionierens der republikanischen Einrichtungen sagen.

Wenn eine solche Forderung erhoben wird, so beweist das nur, daß diese Einrichtungen den an sie gestellten Anforderungen nicht mehr genügen, daß sie entweder nach vorwärts oder nach rückwärts , entweder im Sinne der sozialistischen Revolution , oder im Sinne der autoritären Konterrevolution umgewälzt werden müssen und daß gerade die Forderung, sie so bleiben zu lassen , wie sie sind, unerfüllbar ist.

" Das Zentralkomitee , erklärte Thorez am Schluß seiner Rede , muß feierlich proklamieren, daß die Kommunistische Partei laut ihren Anteil an der Verantwortung und an der Leitung bei der Durchführung der allgemeinen Bewaffnung des Volkes verlangt, die unserem Lande eine unbezwingbare Macht im Dienste des sozialen Fortschritts, der Freiheit und des Friedens sichert. "

Wenn aber die Kommunistische Partei sich in den Dienst der Verteidigung des französischen Imperialismus stellt, so kann sie nur erwarten, daß sie





Prügel Szenen und Blutlachen sehen.

Die ganze Aktion dauerte 2  $\frac{1}{2}$  Tage. Die Verhafteten werden auf viele Tausende geschätzt. Tausende sind in die Wälder um Wien geflüchtet. Man erwartet eine Verordnung des Abzeichentragens für Juden, damit man sie sofort erkennt. Sämtliche Geschäfte in Wien, auch Lebensmittelgeschäfte, haben Anweisung, an Juden nichts zu verkaufen. Das ist amtlich nicht bestätigt, wird aber praktisch durchgeführt. Die jüdischen Auspeisungen versagen vollkommen, da sie ebenfalls ausgeplündert wurden.

Die Empörung der Bevölkerung ist ungeheuer, selbst Nazis grenzen sich dagegen ab und glauben, daß der Führer das nicht will. Die Arbeiter schimpfen offen darüber. In den Betrieben gibt es große Diskussionen. Aber auch die Angst ist sehr groß, zumal Bürkel in einer Rede eine Aktion gegen die Saboteure in den Betrieben und gegen Aufhetzer angekündigt hat. Es gibt wieder neue Verteidigungen in den Betrieben, wobei alle Regungen der Arbeiter auch nur für bessere Arbeitsbedingungen als Sabotage und Hochverrat bezeichnet wird.

Ein Genosse von uns war 8 Wochen bei der Tschechenbesetzung eingerrückt und berichtet, daß bei seinem Regiment fast lauter Rote waren. Es gab Gruppen darunter, die sich direkt besprochen haben, im Falle des Kriegsausbruchs und eines Angriffs der Gegner, umzukehren und gegen Wien zu marschieren. Sogar Offiziere sollen dabei gewesen sein. Leute sollen geweint haben, als sie erfuhren, daß das Münchener Abkommen abgeschlossen sei. Man sagte allgemein, und dies auch in den Betrieben, daß Chamberlain nicht den Frieden, sondern den Faschismus gerettet habe.

In den Tagen der Hochspannung standen in den Betrieben die Arbeiter in Gruppen und schimpften über den Krieg, das Regime usw.

Sie sagten: unser ganzes Leben lang haben wir mit den Sudetendeutschen nichts zu tun gehabt und jetzt sollen wir wegen diesen uns und unsere Stadt beschließen lassen. Besonders kouragiert waren die Frauen. In den Häusern mußten die Boden geöffnet und Sand vorbereitet sein. Bei jeder Wohnungstür mußte ein Kübel mit Wasser und ein Besen mit einem Fetzen zum Feuerlöschen vorbereitet sein.

Die alten Männer waren bei der Fliegerabwehr, die Kinder von 12 - 16 (Hitlerjugend) waren als Feuerwehr organisiert. Die Nervosität in den letzten Tagen war so groß, daß in Wien ein eigenes Flugzeug abgeschossen wurde, wobei es drei Verwundete gab.

+ + +

Aus einem Berliner Großbetrieb schreibt uns ein österreichischer Genosse: Ich habe hier noch keinen richtigen Anschluß. Was ich so bemerkt habe ist sehr entmutigend. Trostlosigkeit, teilweise Versöhnungsbereitschaft bei den Kollegen. Bei den offiziellen KP-Leuten stürzt man von den übelsten Illusionen über die Volksfront in das extremste Gegenteil. Individualismus der Sorte Maschinenstürmer wird propagiert. Von einem Iljitsch scheinen sie nur den Namen zu kennen, dagegen ist sein Nachfolger der Gott. Ein trostloser Haufen von kraftlosen Kleinbürgern. Das einzig Erfreuliche ist, man bemerkt sie nirgends; wenn man sich ihnen nicht aufdrängt.

Im Betrieb geht es mir gut. In Lohnfragen gibt es immer Differenzen. Bis auf einige Kriecher; in jeder Kolonne einer, stehen die Kollegen selbst mit Teilen der Vorgesetzten zusammen. Dabei gibt es Kollegen, die die ganze Sache regeln, ohne von der DAF bestimmt zu sein, die Anderen sind damit einverstanden und schenken ihnen stillschweigend ihr Vertrauen.

Um den 1.10. herum war man hier garnicht so still. Man sagte offen, das, was man sich dachte, vor allem forderte man ganz offen diejenigen auf, sich freiwillig zu melden, die Uniform tragen oder sonst Schreier waren. In jeder Kolonne sitzt einer. Jetzt nennt man diese Maulhelden und verweist sie auf ihren Platz. Nach dem "Volkszorn" gegen die Judon ist dieses Verhältnis noch gespannter. Das "Volk" - in jeder Kolonne einer - ist ganz allein. Die Anderen geben sich keine Blößen. Am meisten ist man empört, daß für diese Aktion sie noch den Lohn von der Firma bezahlt bekommen haben.

-----  
Ein Brief G o r k i n s  
-----

(geschrieben während einer Verhandlung des Prozesses)

Barcelona, 19. Oktober 1938.

Liebe Genossen!

Wie es scheint, war es Azaña, der die Art der Durchführung des Prozesses durchgesetzt hat. Die Angelegenheit wurde im Ministerrat diskutiert. Der stalinistische Minister verlangte eine sofortige rücksichtslose Aburteilung. Schließlich erklärte er sich damit einverstanden, daß der Prozeß jetzt stattfinden solle, aber unter der Bedingung, daß man keinerlei Aufsehen deswegen mache. Und das Allermerkwürdigste ist, daß gerade die Stalinisten selber das größte Geschrei wegen des Prozesses machen. Täglich überschwemmen sie die Straßen Barcelonas mit Flugblättern, täglich veröffentlichen ihre Zeitungen niederträchtige Notizen. Der Staatsanwalt ist ohne Zweifel eines ihrer Werkzeuge. Hinter ihm spürt man die Hand der GPU.

Ich darf wohl sagen, daß wir vor dem Tribunal energisch und mutig gewesen sind, daß wir auch nicht einen einzigen Augenblick unsere Ideen und unsere Haltung als Revolutionäre aufgegeben oder verheimlicht haben. Mein Verhör hat 4 Stunden gedauert. Der Staatsanwalt hatte sich meiner ganz besonders angenommen. Bei Juan hat es 2 Stunden gedauert. Die Anderen sprachen ungefähr eine Stunde. Gironella hat dem Staatsanwalt einmal mit "Nein, Herr Wychinski" geantwortet. Alle ausländischen Journalisten haben davon Notiz genommen.

Die Militärs der KP sind gegen uns als Belastungszeugen aufgetreten und haben unsere 29. Division mit Verleumdungen und Beschimpfungen überschüttet. Sie haben von Dingen berichtet, die sich Anfang Mai an der Front abgespielt haben, obwohl sie nach ihren eigenen Aussagen erst im Juni an diese Front gekommen sind. Der Eine dieser Militärs war ein ehemaliger Freund von mir (Anhänger Caballeros), dem ich unzählige Dienste erwiesen habe. Man hat mir versichert, daß er inzwischen in Moskau gewesen war, und jetzt zu einem blinden Werkzeug in den Händen der Stalinisten geworden ist. Diesen Mann rühmte sich, daß er Mens habe erschießen lassen.

Zugazagoitia, Caballero, Araquistain, Galarza und Irujo haben für uns ausgesagt. Sie haben sich damit begnügt, die Wahrheit zu sagen. Irujo hat dabei am meisten Mut bewiesen. Er hat erklärt, daß Andrés BARRICADEIRA in eine besondere Wohnung gebracht wurde, von wo man ihn dann verschwinden ließ. Was uns betrifft, so hatte man uns freigelassen, um uns dann am Ausgang des Gefängnisses von Neuem festzunehmen. Heute werden noch andere Zeugen vor die Schranken treten, um die Wahrheit wieder zu Ehren zu bringen.

Die Sache ist vollkommen geplatzt. Aber es würde nichts Besonderes sein, wenn "Wychinski" bei seiner Einstellung - eine besonders schwere Strafe gegen uns beantragen würde. Sein Bestreben ist nur darauf gerichtet, der stalinistischen Weltpresse Argumente zu liefern, für die es nur darum geht, mit Hilfe unseres Prozesses die Moskauer Monsterprozesse zu rechtfertigen.... Allen Genossen unseren brüderlichen Gruß. Vertraut auf uns, wir werden uns dieses Vertrauens würdig zeigen. Julian Gorkin.



# Arbeiterpolitik

Organ der K.P.O. - Elsass - Sektion der V.K.O. - erscheint wöchentlich

No. 48 / V. Jahrgang

Erste Dezemberwoche 1938

## Der Generalstreik

Der Generalstreik war ein Fehlschlag. Der größte Teil der Arbeiter ist der Aufforderung der CGT, am 30. November 1938 die Arbeit niederzulegen, nicht gefolgt. Soweit sich zur Zeit übersehen läßt, haben in der Metallindustrie, im Baugewerbe und in den Häfen ein erheblicher Teil der Arbeiter gestreikt. Nur in den frühesten Morgenstunden zeigte sich durch Anhäufung an Polizei und Truppen in Paris ein verändertes Straßenbild. Es nahm bald sein normales Aussehen an.

Der befristete Generalstreik war von der CGT als ein Protest gegen die Notverordnungen proklamiert worden. Wir haben schon bei dem Bericht über den Kongreß der CGT in Nantes darauf hingewiesen, dass diese "Aktion" nur ein Verlegenheitsmanöver der Gewerkschaftsbükratie war, dazu bestimmt, ihre Untätigkeit und ihre Bereitschaft zur Kapitulation zu verdecken, und um das Gesicht zu wahren. Selbst das ist ihr nicht einmal gelungen. Sie ist von den Daladier und Monzie mit leichter Mühe geschlagen worden, weil sie nicht imstande war, selbst den Scheinkampf, der den wirklichen Kampf ersetzen und von ihm ablenken sollte, zu organisieren und durchzuführen. Die Folgen werden sehr weittragend sein.

Selbstverständlich sind die polizeilichen und militärischen Maßnahmen der Regierung, die Requisitionen, die Unterstellung der öffentlichen Betriebe unter Kriegsrecht, die Ankündigung von Disziplinarmaßnahmen gegen die Beamten, die Drohungen der Unternehmer nicht ohne Eindruck geblieben. Aber damit mußte von vornherein gerechnet werden. Die Ursachen des Fehlschlages sind nicht in erster Linie darin zu suchen. Damit kann man keine Massenbewegung aufhalten, die wirklich von Kampfgeist erfüllt ist und die Vertrauen zu ihrer Führung hat. Die französischen Arbeiter haben ihre Führer eingeschätzt, wie sie wirklich sind. Wenn es ihnen vielleicht auch zum größten Teil nicht klar bewußt ist, so fühlen sie doch, daß man mit solchen Leuten an der Spitze und unter solchen Umständen keinen Sieg erringen kann. Die Weigerung, die Parole der CGT durchzuführen, ist ein unmißverständliches Mißtrauensvotum gegen ihre Führung. Sie ist kein Vertrauensvotum für die Regierung. Aber das hindert diese - das Unternehmertum und die gesamte Reaktion - nicht, diese verpönte Aktion zu weiteren energischen Vorstößen auszunutzen.

Die Vorbereitungen zu dieser Aktion entsprachen ihrem Ausgang. Von technischen Vorbereitungen war wenig oder nichts zu sehen. Anscheinend hat man nicht einmal das notwendigste Minimum davon durchgeführt. Doch das ist nicht ausschlaggebend.

Bei Ankündigung des Generalstreiks hat die Regierung sofort erklärt, daß es sich um eine politische Aktion handle und sie hat dementsprechend Maßnahmen getroffen. Die Gegenerklärung der CGT und ihrer Verbände, daß es keine politische Aktion, sondern nur eine Demonstration gegen die wirtschaftlichen Auswirkungen der Notverordnungen sei, war einfach ein Verschließen der Augen vor den wirklichen Tatsachen.

Welchen Sinn hatte es für die Arbeiter, Angestellten und Beamten das nicht leichte Risiko eines Kampfes gegen die Notverordnungen einzugehen, wenn von vornherein feststand, daß der Kampf nicht bis zum Siege durchgeführt werden sollte? Dieser Kampf hatte nur Aussicht auf Erfolg, wenn er als politischer Kampf ausgefochten wurde mit dem Ziel, diese Regierung durch eine Massenbewegung zu beseitigen. Doch gerade davon hatten die Führung der CGT und der Arbeiterparteien die größte Angst. Das wollten sie nicht.

Man kann nicht einmal sagen, daß die Aktion gescheitert ist, weil sie auf den Widerstand einer "starken Regierung" gestoßen ist. Die Vermittlungsaktionen der Frossard und der Frontkämpfer, die auf eine Einberufung des Parlaments hinarbeiteten, wurden von Daladier nur darum nicht angenommen, weil hinter ihm Kräfte stehen, die entschlossen sind, diesen Konflikt bis zu Ende auszutragen. Daß alles so glatt gehen würde, haben die Regierungsleute selbst nicht erwartet.

Auch die Arbeiterführer wären froh gewesen, wenn man unter der Parole der Einberufung des Parlaments den Streik noch in der letzten Stunde hätte abblasen können. Das gilt für CGT, SFIO und KPF in gleicher Weise. Das wird klar, wenn man sich die Artikel und die Reden ansieht, die am Vorabend des Streiks von den Jouhaux, Duclos und Blum geschrieben und gehalten wurden. Wie üblich, hat Léon Blum den "Kampfgeist" der Führungen am besten ausgedrückt, als er am 29. November zu den starken Worten Daladiers und Monzie's schrieb:

"Nun, das ist doch ein bißchen stark.... Und meine Unruhe wächst, wenn ich sehe, welchen Fortschritt der Geist der Unvorsichtigkeit und des Irrtums macht".

Wie gern hätte man in Versöhnung gemacht, doch die Andern haben sie gezwungen, "fest" zu bleiben und sich bis zu Ende zu kompromittieren.

Daß diese Kraftprobe so kläglich für die Arbeiter und ihre Organisationen ausgefallen ist, ist in erster Linie ein Ergebnis der Volksfrontpolitik. Die Volksfrontpolitikanten sind mit ihren eigenen Parolen geschlagen worden. Wenn es notwendig ist, ein einiges und starkes Frankreich zu schaffen, wie den Arbeitern von ihren Führern seit Jahr und Tag vorgepredigt wird, dann hat Daladier die Logik für sich. Dann müssen die Fertigtigen die Opfer auf sich nehmen, die notwendig sind, um dem kapitalistischen Frankreich wieder auf die Beine zu helfen. Dann muß man die Notverordnungen im Prinzip schlucken. Nicht Daladier hat verraten, wie es besonders die kommunistische Presse jeden Tag hinausposaunt, er hat nie etwas anderes getan, als die Klasseninteressen der Bourgeoisie wahrzunehmen. Die Volksfrontpolitiker im Lager der Arbeiterklasse haben an dem Tage verraten, als sie den Volksfrontpakt abschlossen und damit die Klasseninteressen des Proletariats denen der Bourgeoisie unterordneten. Der 30. November ist die Quittung dafür. Weitere werden folgen.

Es ist noch nicht zu übersehen, ob dieser Sieg von Regierung und Unternehmertum schon die Durchbruchsschlacht gewesen ist, ob jetzt die Bahn frei ist für die schrankenlose soziale und politische Reaktion. Auf jeden Fall haben die Arbeiterorganisationen den stärksten Prestigeverlust erlitten, der bisher zu verzeichnen war. Sie haben der wackligen Regierung Daladier wieder auf die Beine geholfen. Von einer Abschaffung der Notverordnungen ist keine Rede mehr. Sie werden ihre Auswirkungen auf Arbeiterschaft und Kleinbürgertum nicht verfehlen. Sie werden dieses veranlassen, sich von der Arbeiterklasse, von der es sich im Stich gelassen fühlt, abzuwenden und nach einem "Retter" Ausschau zu halten. Die Chancen für

einen " starken Mann " , der mit dem diskreditierten Parlamentarismus und den Arbeiterorganisationen aufräumt, sind beträchtlich gestiegen. Die unheilvollen Auswirkungen der Volksfront zeigen sich jetzt im hellsten Licht. Sie hat die Kampfkraft der Arbeiterklasse unterhöhlt sie und das Kleinbürgertum enttäuscht und die Bahn freigemacht für die faschistische Lösung der Krise, in der sich das kapitalistische Frankreich befindet.

.....

-----  
Die Reise von Chamberlain und Halifax nach Paris  
-----

Das offizielle Communiqué über das Ergebnis der Reise betont demonstrativ die ausgedehnten militärischen Besprechungen der englischen und französischen Regierung. Sie erstrecken sich nicht nur auf die Beschleunigung, die gegenseitige Abstimmung und Unterstützung bei der Luftaufrüstung, sondern auch auf die englischen Landrüstungen, wobei von französischer Seite der Wunsch ausgedrückt wurde, daß England die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht beschleunige, und die Voraussetzungen schaffe, um gegebenenfalls ein Expéditionskorps für das Festland zur Verfügung stellen zu können. Im Unterhaus bestritt Chamberlain, daß England in dieser Hinsicht weitere Verpflichtungen auf sich genommen habe, doch ist diese Versicherung nicht wörtlich zu nehmen. Aus den militärischen Besprechungen geht jedenfalls hervor, daß der von Chamberlain nach München verkündete " Frieden für unsere Zeit " die beschleunigte Vorbereitung für die bewaffnete Auseinandersetzung bedeutet. Dabei ist zu beachten, daß man bei der Übersicht der imperialistischen Rüstungen die amerikanische Aufrüstung mit einrechnen muß, die insbesondere in der Luft darauf abzielt, die deutsche Luftflotte weit zu überholen, was für Amerika durchaus möglich ist, um so im Falle eines europäischen Konfliktes die bewaffnete Macht der Vereinigten Staaten entscheidend in die Waagschale werfen zu können.

Die beiden Regierungen konnten noch nicht wagen, Franco das Recht des Kriegführenden zuzuerkennen, aber es scheint ziemlich sicher, daß diese Frage nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben ist und daß versucht werden wird, mit Hilfe einer von Mussolini zu erlangenden abermaligen " Geste " der Zurückziehung italienischer Truppen aus Spanien schließlich doch Franco das Recht des Kriegführenden zu gewähren, das ihn befähigen soll, die republikanische Regierung durch den Hunger zu bezwingen. Die Hemmung ist durch den Widerstand der internationalen Arbeiterklasse verursacht und daraus ergibt sich, daß er energisch, wachsam und hartnäckig fortgesetzt werden muß.

Auch die Frage des französisch-sowjetischen Paktes ist zur Sprache gekommen. Die englische und französische Presse schweigt sich darüber aus, aber in der " FRANKFURTER ZEITUNG " findet man darüber folgende viel-sagende Meldung ihres Pariser Berichterstatters :

" Chamberlain und Halifax haben dabei den Eindruck erhalten, daß der Fall eines Angriffs auf die Sowjetunion durch eine europäische Macht praktisch nicht in Frage kommt. Es sei denn, Moskau ließe sich auf eine Politik ein, in deren Verlauf ein solcher Angriff nicht mehr als un-  
prevoziert betrachtet werden könne. Für einen solchen Fall würde der französisch-sowjetische Beistandsvertrag nicht anwendbar sein. England und Frankreich haben sich also darüber geeinigt, daß der Russenpakt für Frankreich an Bedeutung verloren habe und daß eine Lage, in der die französische Armee zur Erfüllung der Bündnispflicht eingesetzt werden müsse, schwer denkbar sei. "





Polen und die Sowjetunion

=====

Die internationale Öffentlichkeit wurde in den letzten Tagen überrascht durch gleichlautende polnische und sowjetische Erklärungen, daß Verhandlungen zwischen den beiden Staaten, die auf polnische Initiative erfolgt sind, zur erneuten Bekräftigung des sowjetisch-polnischen Nichtangriffspaktes geführt haben. Binnen kurzem soll auch ein polnisch-sowjetischer Handelsvertrag abgeschlossen werden, der die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern erweitern soll. Polen wurde zu diesem Schritt bewegt durch die Verschlechterung seiner Beziehungen zu Hitlerdeutschland (deutsche Angriffsabsichten gegen die polnische Ukraine, Einspruch Hitlerdeutschlands gegen die Schaffung einer gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze), während die Sowjetunion dabei die deutschen Angriffspläne gegen die Sowjetukraine, sowie die Entwertung des französisch-sowjetischen Paktes in Betracht zog und darauf abzielt, daß keine gemeinsame deutsch-polnische Front gegen die Sowjetunion zustandekommt.

Vom Standpunkt der sowjetischen Außenpolitik ist gegen ein solches Manöver nichts einzuwenden. Auf einem anderen Blatte steht jedoch, daß Stalin die außenpolitische Annäherung an Polen seit langem vorzubereiten suchte durch die brutale Ausrottung der Kommunistischen Partei Polens.

Andererseits liefert damit die Sowjetunion ihrerseits eine praktische Widerlegung der Konzeption von der Gegenüberstellung der Front der "demokratischen" und der faschistischen Staaten. An dem faschistischen Charakter des polnischen Regimes besteht kein Zweifel.

-----

Reichswehr und N a z i s .

-----

In der französischen Presse werden eine Reihe von Einzelheiten berichtet über die Konflikte zwischen der Reichswehr und den Nazis während der Septemberkrise. Die Reichswehrrführung habe sich scharf gegen einen allgemeinen Krieg ausgesprochen. Der Konflikt habe dazu geführt, daß die Gestapo versucht habe, Verhaftungen von Offizieren im Generalstabsgebäude vorzunehmen, dabei aber abgeblitzt sei, wobei einige SS-Leute von den Offizieren niedergeschossen worden seien. Der Konflikt habe damit geendet, (1) daß Hitler zugestanden habe, daß die Gestapo nicht berechtigt sei, Offiziere der Reichswehr zu verhaften; (2) daß aber nunmehr die Nazis sich entschlossen hätten, eine besondere Armeeformation von 3-400.000 Mann zu schaffen, mit 6-jähriger Dienstzeit, in die die jüngeren Offiziere eingereiht werden, die dem Nationalsozialismus ergeben sind. Einer der Hauptzwecke dieser Sonderarmee solle sein: im Falle einer Niederlage das Regime im Hinterlande zu verteidigen.

Wenn diese Nachrichten zutreffen, so würden sie bedeuten (1) daß die Einheit der Reichswehr gebrochen würde, (2) daß im Falle revolutionärer Erhebungen eine besondere Formation ausersehen wäre, sie niederzuschlagen. Das könnte zwar das Regime im Falle einer Niederlage nicht retten, aber es würde aller Voraussicht nach verhindern, daß die Revolution den unblutigen Charakter annimmt, wie die vom November 1918.

Das Organ der SS, das "Schwarze Korps", tobt sich gegen die "geistigen Juden" aus. Nämlich gegen die "Arier", die die Judenpogrome mißbilligen und droht ihnen scharfe Abrechnung an. Das zeigt, daß das deutsche Volk als solches gegen die Judenpogrome ist und daß die Naziaktion in dieser Beziehung den Zweck verfehlt hat. Es wird auch berichtet, daß in vielen Fällen Arbeiter den verfolgten Juden Unterschlupf gewährt haben.

Auf der Tagung der Reichsbauernschaft in Goslar wettete der Reichsbauernführer Darré gegen die massenhafte Landflucht. Diese Landflucht ist ein Anzeichen dafür, wie die landwirtschaftliche Bevölkerung auf die Agrarpolitik der Nazis antwortet.

-----

S P A N I E N :

Brief eines Genossen der I.L.P. in Barcelona an seine Partei.

Der im Briefe erwähnte Genosse W. ist ebenfalls Mitglied der ILP und als Kriegsinvalide mit seiner Familie auf der Rückfahrt nach England.

20. November 1938

Lieber Genosse !

Ich benutze die Gelegenheit, um Euch noch einmal für Eure Freundlichkeit gegen mich und meine Familie und für die Hilfe, die Ihr dem Genossen W. und seiner Frau erwiesen habt, zu danken. Wie ich den Genossen W. kenne, wird er Euch immer dankbar sein. Wir denken oft daran, wie schwer Ihr während Eures Aufenthaltes in Barcelonas gearbeitet habt und wie sehr Ihr Euch um uns gekümmert habt.

Lieber Genosse, Du wirst Dich sicher wundern, daß ich nicht mit dem Genossen W. nach Hause komme. So wie ich mich augenblicklich fühle, bin ich unentschlossen, was ich tun soll, da, wie Ihr wißt, mein linker Arm ziemlich böse zerschossen wurde. Nach dem, was der Arzt sagt, würde ich weder meinen Ellbogen mehr beugen können, noch meinen Arm drehen. Meine Finger kann ich schon wieder ganz schön gebrauchen, aber ich bin nicht imstande, meine Hand zu schließen. Ich bin im letzten Krieg gewesen und wußte, was ich riskierte, aber ich habe keinen Augenblick überlegt, als es galt, meinen spanischen Genossen zu helfen, oder den anderen Genossen, die gegen den Faschismus kämpfen. Über die Spanier kann ich nur immer sagen, ich habe niemals geahnt, was sie für ein feines und mutiges Volk sind. Es ist wunderbar, wie sie gegen solch eine Übermacht kämpfen. Die Moral der Armee und der Zivilbevölkerung ist noch so hoch, wie sie vorher war. Anzeichen oder Worte einer Niederlagenstimmung sind nicht zu bemerken. Das Einzige, was uns hier besiegen könnte, wäre die Knappheit der Nahrungsmittel. Genosse W. wird Euch ein gutes Bild von den Ernährungsbedingungen hier geben. Wir lesen hier von den Versammlungen, die in den verschiedenen demokratischen Ländern zur Hilfe organisiert werden, aber es scheint uns, man ist zu langsam in Massenaktionen. Sicherlich sammeln unsere treuen Genossen einen guten Teil, aber es ist nicht genug im Verhältnis zu dem, was einkommen sollte. Es ist schade, daß die große Masse der Arbeiter so indifferent ist und nicht sieht, daß jede Niederlage für uns auch für sie eine Niederlage bedeutet und einen Sieg für die Chamberlain-Diktatur.



In den Zeitungen habe ich gelesen, daß Ihr bald Wahlen haben werdet. Meiner Meinung nach werdet Ihr die Diktatur haben, wenn Chamberlain so etwas wie einen Sieg erringen wird.

Wir haben neulich zwei amerikanische Schiffe mit Nahrungsmitteln bekommen, gespendet von den "Amerikanischen Freunden der Demokratie". Die Faschisten haben sofort versucht, sie von oben zum Sinken zu bringen. Neulich ging ich gerade die Ramblas hinunter, als es Alarm gab, ich hatte gerade noch Zeit, bis auf die unterste Stufe der Metro zu kommen, als mit Krach mehrere Bomben fielen, ungefähr 100 Yards entfernt in alle Straßen um das Hotel International herum. Die Zeitungen schrieben nichts darüber, aber soweit ich selbst gesehen habe, gab es eine ganze Menge Tote. Aber das Volk ist dagegen abgehärtet, da das ein Bestandteil ihres täglichen Lebens ist, denn Bombenangriffe gibt es jeden Tag. Schon zwei Minuten nach einem Angriff sind die Straßen wieder voll mit Menschen. Ich bin manchmal neugierig, wie sich das Volk in England benehmen würde, wenn jemals ein Krieg, wie hier dieser, dorthin käme. Ich glaube nicht, daß sie es aushalten würden, es sei denn, sie hätten einen politischen Untergrund und ein Ideal, wie die Spanier oder die Russen. Ich glaube, Chamberlain wußte, daß Deutschland und Italien geschlagen worden wären, und daß die Klasse, der er angehört, mit ihnen besiegt worden wäre. Das Klasseninteresse geht eben dem Nationalinteresse oder der "nationalen Ehre" vor.

Was mein Nachhausekommen betrifft, so hat man mir hier eine Arbeit und außerdem eine Pension angeboten. Ich fühle mehr Befriedigung hier trotz all der Bomben und der Lebensmittelknappheit. Ich glaube, daß ich etwas wie ein Krüppel bin. Es würde schwer für mich sein, in England meinen Unterhalt zu finden. Ich nehme an, es sind dort noch ungefähr eine Million Arbeitslose, trotz der großen Aufrüstungskonjunktur. Laßt mich bitte wissen, wie diese Sachen aussehen. Möglicherweise wird mich die Internationale Kontrolle hier herausschmeißen, aber wie die Sache auch ausgehen wird, ich freue mich, daß ich unserer Sache ein bißchen geholfen habe.

Es lebe die Republik !  
Es lebe die Einheit der Arbeiter !  
Nieder mit dem Faschismus !  
Nieder mit dem Chamberlainismus !

Mit brüderlichen Grüßen !

Dein .....

England:

Ebbe und Flut der Volksfront.

Wir bringen einen Auszug aus der "Socorr", der Zeitung des linken Flügels der ILP. :

Die Rückkehr Vernon Bartletts bei der Bridgewater Nachwahl hat all den Elementen, die bisher - allerdings ohne besonderen Erfolg - danach gestrebt haben, die Labourparteimaschine und die Arbeiterbewegung im Allgemeinen vor die zusammengebrochene Karre der Volksfront zu spannen .... Jetzt schreien sie nach der Bildung einer "nationalen Opposition", mit Ein-schluß sogar oppositioneller Tories, - vermutlich Eden, Duff-Cooper, Churchill etc.

Es ist nicht ohne Bedeutung, daß Vernon Bartlett anlässlich der Poll-Erklärung bekundet hat, daß er seinen Sieg als einen "Triumph der Eden-Politik" ansehe. Die Kommunistische Partei vergaß das begünstigendshalber in ihrer Begeisterung über die Niederlage des Chamberlain-Kandidaten. Sie hat ihr altes Thema von der Notwendigkeit der Einheit aller, die die Chamberlainsche Politik bekämpfen, unabhängig von Parteizugehörigkeit, wieder aufgenommen.

So bringt der "Daily Worker" vom Dienstag, den 22. November den Rat Blums an die Labour Party als Schlagzeile auf die erste Seite, doch aus den Lehren von Bridgewater zu lernen und ihre 20 Jahre alte Politik der Ablehnung offener Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse und ihren Parteien aufzugeben. Dieser Rat Blums ist tatsächlich komisch, aber tragisch ist es, wenn man daran denkt, daß die Kommunistische/und die Kommunistische Internationale einmal gegründet wurden, /Partei um gerade diese Politik, die Blum anrät, zu bekämpfen.

Hier wäre es angebracht zu fragen, wohin diese Taktik in Frankreich geführt hat. Wo ist heute die Volksfront in Frankreich? Hat die Volksfront Daladier daran hindern können, sie in München zu verraten? Wie steht es heute mit der 40-Stundenwoche und den sozialen Gesetzen? Ist die Reaktion in Frankreich heute stärker oder nicht?

Auf diese Fragen schweigen Blum und die KP. Aber das hindert sie nicht, der britischen Arbeiterklasse denselben Rat zu geben, der die französischen Arbeiter ins Verderben geführt hat.

Am Mittwoch, den 23. November 1938 greift der "Daily Worker" in seinem Leitartikel "Die Arbeiter sollten Blums Rat beachten" den "Daily Herald" an, Blums Kommentar zum Resultat von Bridgewater nicht gedruckt zu haben. Der "Daily Worker" hält den Rat eines bankrotten und diskreditierten Führers, der stets die Nichteinmischungspolitik unterstützt hat, für sehr wichtig, aber die Nachricht vom Ausbrechen neuer Streiks in Frankreich gegen die neuen Angriffe auf die 40-Stundenwoche verweist er am Ende einer Spalte zu 3 1/2 Zeilen, in derselben Nummer, in der er, wie oben berichtet, die große Schlagzeile über Blums "Rat" gibt, der Dienstagausgabe.

Seine Mittwochausgabe brachte genau 2 Zeilen über den Streik. Die kapitalistische Presse, einschließlich des "Daily Herald", bringen vollständigere und besser informierende Berichte. Erst am Donnerstag gab der "Daily Worker" vollständigere und mehr ins Einzelgehende Informationen darüber, aber ohne jeden Kommentar über die französische Streikwelle und die Unzufriedenheit mit der Regierung Daladier. Das beweist überzeugend, was die Volksfrontpolitik ist, die Ersetzung von Klassenbegriffen durch "nationalistische" Begriffe.

Trotz der Tatsache, daß Vernon Bartlett später in Lrisham sich auf die Plattform der Labour Party stellte und von Hugh Dalton, dem Chairman der Labour Party begrüßt wurde, hat die Nationale Exekutive der Labour Party eine Erklärung herausgegeben, in der sie die "Nationale Opposition" zurückweist und die Aufmerksamkeit auf ihre frühere Stellungnahme zur Volksfront und ihre Erklärung: Die Arbeiter an die Regierung lenkt. Aber das genügt noch nicht. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es frühestens im Februar eine allgemeine Wahl geben. Der Erfolg dabei wird davon abhängen, wie weit die Labour Party bereit ist, den Kampf gegen die Regierung auf der Klassenlinie zu führen.

Unglücklicherweise scheint sich nach den angekündigtem Wahlbündnis mit der Co-operativen Partei das Programm auf den Angriff gegen die Außenpolitik der Nationalregierung von der Basis des Völkerbundes und der kollektiven Sicherheit aus zu beschränken. Man kann die Volksfront nicht auf der einen Seite bekämpfen und auf der anderen Seite hoffen, ein Programm durchführen, das tatsächlich ein Volksfrontprogramm und Volksfrontpolitik ist.

Es gibt allerdings einige Anzeichen dafür, daß die Münchener Ereignisse den Glauben an die Schibboleths der Volksfront erschüttert haben. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß die Zeichen gegenwärtig in der November-Nummer der "Left Book News" erscheinen. Es ist kein geringerer als Victor Gollancz, bekannt als besondere Stütze der Volksfrontpolitik, der in einem "Gedanken nach München" betitelten Artikel anfängt, "Gedanken" zu haben. Der Artikel, den er in der Abwesenheit von Laski und Strachey schrieb, hat trotz Verworrenheit und Konfusion einen gewissen Schimmer von gesundem Menschenverstand und kann als ein ernsthafter Versuch, über die Dinge nachzudenken, gewertet werden.

Wir haben nur für einige wenige Zitate Platz, aber sie zeigen die Richtung an:

"Ich halte es für wichtig, hinzuzufügen, daß meines Erachtens die Veröffentlichungen des Clubs darauf gerichtet sind, in zu hohem Maße auf zwei oder drei Gesichtspunkte ... zu konzentrieren, und zu vergessen, daß mancher Autor seinen Platz in unseren Reihen hat, unter der einzigen Voraussetzung, daß dieses Werk von Wert ist im Kampfe für Frieden und eine bessere soziale und wirtschaftliche Ordnung und gegen den Faschismus."

Ich kann nicht verstehen, daß jemand, der auch nur die kleinste Fähigkeit zu analysieren hat, es übersehen kann, daß Kapitalismus und Imperialismus letzten Endes die Ursache des gegenwärtigen Unglücks in der Welt sind.

Ich hätte Lust zu sagen, .... daß Fortschrittler, die den Pazifismus bekämpfen, fühlen sollten, daß sie selbst den Pazifisten weit mehr verwandt sind, als den Imperialisten, jedoch stimmen gewisse Linien der augenblicklichen Politik der Letzteren mit gewissen politischen Linien von uns überein.

Wenn wir einfach aufrüsten, wenn wir einfach antifaschistische und antihitlerische Schlagwörter brüllen .... als in dem schönen Satz, den kürzlich Professor Tawney aussprach: "Der Hitlerismus ist bereits in unsere Seele eingedrungen". Es gibt da tatsächlich zwei besonders schwere und dringende Gefahren. Die erste ist, daß wir durch die bloße Tatsache: Hitler und der Faschismus, das sind die Feinde, auf den Weg des sogenannten "patriotischen" Imperialismus geführt würden; und die zweite ist, wiederum, weil Hitler der Feind ist, wir uns langsam daran gewöhnen würden, mit Gleichmut einem Krieg entgegenzusehen, in dem Hitler auf der anderen Seite stehen würde.

Außer der Lösung: Gebt Hitler Kolonien! und der "Keine Kolonien für Hitler" gibt es eine dritte und richtige Lösung, nämlich die: "Weder Ausbeutung durch Hitler, noch Ausbeutung durch den britischen Imperialismus: Überhaupt keine Ausbeutung!"

Obwohl dieser noch augenfällige Mangel der Volksfrontideologie zeigt, bringt er es doch das Kunststück fertig, die Volksfront auch nicht ein einziges Mal zu erwähnen, was an sich schon bemerkenswert ist.



Er bedeutet jedenfalls einen Schritt nach vorwärts. Das ist keine isolierte Erscheinung. Ähnliche Analysen haben auch andere gemacht, aber wohin sollen sie sich wenden? Die ILP ist die einzige Organisation, die daraus hätte Nutzen ziehen können, doch alle, die sich bewußt aus dem Volksfrontsumpf herausgetastet haben, sind nicht zur ILP gekommen. Warum nicht? Unserer Meinung nach kann das auf folgendes zurückgeführt werden:

1. Die Unterstützung Chamberlains durch die Parlamentsfraktion durch Maxton und McGovern's Beglückwünschungen.
2. Die Unterlassung durch das NAC die Linie der Parlamentsfraktion offiziell zurückzuweisen. Die Arbeiter wissen aus Erfahrung, daß dies der Fall sein würde.
3. Die während ihres Kampfes gegen die Volksfront erklärte Absicht der ILP, einer solchen Front beizutreten, wenn sie trotz der Opposition der ILP zustande käme.

4. Diesen Dingen müssen alle wirklichen Revolutionäre ins Gesicht sehen, die erkennen, die einzige Organisation der Arbeiterklasse ist, die jemals die Möglichkeit bietet, einer wirklichen Arbeiteropposition gegen die Volksfront als Basis zu dienen. Die einfachen Kämpfer der ILP müssen kühn sein und erkennen, daß ihre Partei hoffnungslos verloren ist, wenn sie sich durch Kapitulation vor den Dröhungen der Parlamentsfraktion, zurückzutreten, wie es im "Evening Standard" berichtet wurde, (dabei ist bemerkenswert, wieviel auserlesene Informationen dieses Organ über die ILP-Führung erhält) kompromittiert.

Als sie im Zusammenhang mit der Abessinien-Affäre öffentlich mit dem Rücktritt drohten, weil der Parteibeschluss gegen sie ging, gefiel sich Brockway, der die Opposition führte, in einem Kompromiß mit folgenden Worten:

"Es wäre ein harter Schlag für die Partei, wenn der Entschluss, der am Tage vorher gefaßt wurde, den Verlust besonders des Chairman (Fraktionsführers) in sich schließen würde. Ich bitte die Delegierten dringend, die Vorschläge des National Councils anzunehmen, um der Sache und der Erhaltung der Partei und ihrer Arbeit willen".

Wie verhängnisvoll hat sich dieses Kompromiß erwiesen. Der ganze Kampf muß von neuem durchgeführt werden. Soll die Parlamentsfraktion die Parteilinie durchführen oder nicht? Wenn nicht, dann ist es nur zum Vorteil der ILP und der revolutionären Bewegung, wenn sie herausgesetzt würden.

#### Die "Volksfeinde" an der Spitze des Komsomol.

Das bisherige Zentralkomitee der Kommunistischen Jugendorganisation der Sowjetunion (Komsomol) mit Kossarew an der Spitze ist nunmehr in der jetzt unter dem Stalinregime üblich gewordenen Form abgesetzt worden. Die Sowjetpresse wirft ihm jetzt "Hochmut, Selbstlob, politische Inkompetenz" vor, Kossarew habe eine wahre Diktatur im Komsomol ausgeübt. Die "Prawda" fordert auf, "die feindliche Agentur im Komsomol bis zu Ende auszurotten". Die bisherige Leitung wird bezeichnet als "grundsatzlose Clique, moralisch zersetzte Menschen, die eine gegen die Partei gerichtete Linie verfolgt haben". Von Kossarew wird gesagt, "jedes seiner Worte war Gesetz, die Mitglieder des Büros widersprachen meist nicht, sondern stimmten allen seinen Vorschlägen zu". Die Wahrheit ist, daß Kossarew ein Stalin blind ergebener Werkzeug war. Wenn er jetzt trotzdem geopfert wird, so vermutlich, um irgendwelche Oppositionsstimmungen im Komsomol zu beschwichtigen.

# Arbeiterpolitik

Organ der KP(O) - Elsass - Sektion der I.V.K.O. - erscheint wöchentlich

No. 49 / V. Jahrgang

Zweite Dezemberwoche 1938

## Das französisch - deutsche Abkommen .

Zwei Monate nach dem Münchener Abkommen ist der Außenminister Nazideutschlands, Herr von Ribbentrop, zur Unterzeichnung des französisch-deutschen Abkommens für einen 48-stündigen Aufenthalt in Paris eingetroffen. Die hervorstechendsten Ereignisse der internationalen Politik dieser Zwischenzeit sind :

- (1) die weitere Zerstückelung und Faschisierung der Tschechoslovakei, wobei England und Frankreich Hitlerdeutschland und Italien völlig freie Hand gaben. Der sichtbarste Ausdruck dieser Tatsache war der in Wien gefällte deutsch-italienische Schiedsspruch über die ungarischen Ansprüche an die CSR und der Rücktritt von Benesch als Präsident der tschechoslovakischen Republik.
- (2) Das planmäßige wirtschaftliche und politische Vordringen Hitlerdeutschlands nach dem Balkan und bis zur Türkei.
- (3) Die Fortsetzung der Aufrüstung, insbesondere der Luftaufrüstung durch England und Frankreich.
- (4) Die hitlerdeutschen Rede- und Pressekampagnen gegen die "Kriegshetzer" in England und Frankreich, gegen den franko-sowjetischen Hilfepakt, die Wiedereröffnung der Kolonialfrage durch Hitlerdeutschland.
- (5) Die Judenpogrome in Deutschland und ihr Echo insbesondere in England und Amerika.
- (6) Die rasche Einnahme von Kanton durch die Japaner.
- (7) Das sowjetisch-polnische Abkommen.
- (8) Die inoffizielle Aufrollung der Frage von Tunis, Korsika und Djibouti durch Italien.

Das "Dreieck" Hitlerdeutschland - Italien - Japan hat die Zeit gut genutzt, um in einem planmäßigen Zusammenspiel, die in München für die Mächte des faschistischen Imperialismus errungenen Vorteile auszunutzen.

Dem Besuch Ribbentrops geht andererseits voran die Abwürgung des Generalstreiks der französischen Arbeiter durch die Regierung Daladier. Sie schuf das "Klima", in dem die Reise Ribbentrops erst möglich war. Das deutsch-französische Abkommen, das gestern unterzeichnet wurde, hatte innerpolitisch in Frankreich zur Voraussetzung einen Sieg der herrschenden Klassen Frankreichs über die Arbeiterklasse, eine Stärkung der Politik der "gepanzerten Faust" gegenüber den Werktätigen Frankreichs, und zugleich eine Befestigung der Politik des Kompromisses gegenüber Hitlerdeutschland und Italien.

Das Abkommen enthält drei Dinge : (1) die gegenseitige Garantie der deutsch-französischen Grenzen ; was von deutscher Seite die Vorzichtserklärung auf die Wiedergewinnung von Elsass-Lothringen einschließt . (2) Eine Erklärung des beiderseitigen Willens, nicht gegen einander Krieg führen zu wollen ; (3) die Erklärung der Bereitschaft , in Streitfällen sich zu konsultieren .

Um was es für Frankreich im Grunde dabei geht, findet man in einem Aufsatz des " Temps " vom 6. Dezember 1938 ziemlich deutlich gesagt :



"Es gibt", schrieb das Blatt, die Auffassung, die die Englands und Frankreichs ist, eines Imperiums, das von allen Meeren bespült wird und die eine Behauptung dauernder Macht über alle Kontinente bedeutet. Es gibt die Auffassung des ausgedehnten wirtschaftlichen und politischen Imperiums eines einzigen Besitzers, die Rußland in Europa und in Asien verwirklicht hat und die Deutschland im Begriffe ist, gegenwärtig in der Mitte des Kontinents zu verwirklichen. Diese beiden Auffassungen sind bedingt durch die geographische Lage der sogenannten imperialistischen Mächte. Es ist also wichtig, daß die Deutschen die Notwendigkeiten begreifen, die sich für die freie Entwicklung der britischen und französischen imperialen Politik ergeben, ohne das kann es kein wahres Gleichgewicht der Kräfte und der Einflüsse geben. Da nach den wiederholten Erklärungen des Reichskanzlers Hitler und nach dem Hauptinhalt des Dokumentes, das morgen unterzeichnet werden wird, man nicht sieht, warum die imperiale Politik beider Länder sich nicht in voller Aufrichtigkeit verständigen könnte .....

Das Abkommen soll also eine Verständigung des französischen Imperialismus und des deutschen Imperialismus einleiten, wobei der französische Imperialismus die Garantie seines bestehenden Kolonialreiches und seiner überseeischen Verbindungen eintauschen möchte gegen die Gewährung freier Hand an Hitlerdeutschland, sich seinerseits "in der Mitte des Kontinents" sein Imperium aufzubauen.

Wie weit geht die "Mitte des Kontinents", die dem deutschen Imperialismus eingeräumt werden soll? Das wird im Unbestimmten gelassen, aber jedenfalls wird damit angedeutet, daß der französische Imperialismus bereit ist, in Südost- und Ost-Europa dem deutschen Imperialismus keine Hindernisse in den Weg zu legen, in dieser Richtung seinen Expansionsdrang gewähren zu lassen. Es wird allein vom deutschen Imperialismus abhängen, ob er auch auf das Gebiet der Sowjetunion seinen Expansionsdrang auszudehnen versuchen wird.

Das deutsch-französische Abkommen sagt nichts Ausdrückliches über den französisch-sowjetischen Pakt (so wenig wie über die "Achse"), aber im Grunde sind sich in Frankreich die herrschenden Kreise klar darüber, daß der französisch-sowjetische Pakt "schlafengelegt" wird. Die Sowjetunion hat ihrerseits durch das jüngste Abkommen mit Polen von dieser Tatsache "Akt genommen".

Ein weiteres Symptom für diese Entwicklung weist die französische Innenpolitik auf: die Ausschaltung der Kommunistischen Partei Frankreichs aus der Regierungsmehrheit, in die sie nicht als die revolutionäre Partei der französischen Arbeiterklasse aufgenommen worden war, sondern als Stütze für den französisch-sowjetischen Hilfspakt.

Die französische bürgerliche Presse betont übereinstimmend, daß das neue Abkommen erst ein Anfang sei, ein gewisses "Klima" für weitere Kompromisse mit dem deutschen Imperialismus schaffen soll. Dabei mischt sich von französischer Seite ziemlich viel Beklommenheit in die Erwartungen, die an diesen Anfang geknüpft werden. Es sind nicht nur die Erinnerungen an die "Garantien", die von Hitlerdeutschland an Österreich und an die Tschechoslowakei gegeben worden sind, die den Zweifel hervorrufen, es sind vor allem die Ansprüche, mit denen jetzt Italien auftritt, Ansprüche, die mit der Garantie des französischen Imperiums und seiner Verbindungswege nicht vereinbar sind.

Was bedeutet das Abkommen für Nazideutschland, für den Imperialismus unter der Hakenkreuzflagge? Es bedeutet vor allem, daß es durch dieses Abkommen ein "Klima" schafft, das ihm zunächst für seine weitere



Jahrgang

Jahrgang  
- mit  
- deut

Die Ausdehnung nach dem Südosten und Osten Europas den Verzicht des französischen Imperialismus auf eine Störung dieser Expansion sichert, ja, vielleicht auch ihre Unterstützung sichert. Innerpolitisch aber kann das Naziregime dieses Abkommen und was sich etwa weiter daraus entwickelt, an den Hut stecken, um wieder einmal als "Friedensmacht" zu erscheinen.

Die Ruhestörung Europas wird inzwischen durch den italienischen Achsepartner besorgt, dessen Vorgehen nicht ohne die Zustimmung Hitlerdeutschlands denkbar ist.

Die internationale Arbeiterklasse darf sich nicht darüber täuschen, daß das französisch-deutsche Abkommen keine lange Periode des Friedens einleitet, sondern nur die Bedeutung eines imperialistischen taktischen Manövers hat. Sie muß jetzt mit verschärfter Wachsamkeit die Tätigkeit des deutschen Imperialismus im europäischen Osten überwachen und die eventuellen weiteren Zugeständnisse auf Kosten der Arbeiterklasse und der schwächeren Staaten, die der französische Imperialismus machen wird, um auch nur zeitweise sich eine Atempause zu sichern.

Die Politik der internationalen Arbeiterklasse kann dementsprechend nicht darin bestehen, daß sie gegenüber der Politik des imperialistischen Kompromisses (auf Kosten Dritter) die Politik der imperialistischen gepanzerten Faust gegenüber den "faschistischen Aggressoren" vertritt, sondern sie wieder den Boden des revolutionären Klassenkampfes betritt, auf dem allein die Werktätigen aller Länder sich zur Abwehr der imperialistischen Kriegsgefahr zusammenfinden können.

Nachlese zum Generalstreik.

Die von den Gewerkschaften und den Arbeiterparteien in verantwortungsloser Weise verführte Streikaktion wird vom Unternehmertum und der Regierung in der rücksichtslosesten Weise ausgenutzt, um "aufzuräumen". Dieser Rachefeldzug wird in einem Brief der CGT an die Deputierten, wie folgt, dargestellt:

- " Verhaftungen, Einsperrungen, Verurteilungen von Tausenden von Arbeitern aus den fadenscheinigsten Gründen; Gerichtsverhandlungen ohne vorherige Untersuchung und ohne die elementarsten Rechtsgarantien, die sonst allen gewöhnlichen Verbrechern und den Anstiftern von Staatsstreichen zugestanden werden;
- Aussperrungen, Entlassungen, Hinauswurf von Hunderttausenden von Arbeitern in der Privatindustrie und in öffentlichen Diensten;
- Systematische Entlassungen der Gewerkschaftsfunktionäre und der Arbeiterdelegierten;
- Ersatzung der gesetzlich vorgesehenen Kollektivverträge durch individuelle Arbeitsverträge, die Einschränkungen der persönlichen Freiheit und niedrigere Löhne als die ortsüblichen enthalten."

Und kühnend schreibt Léon Blum zu demselben Thema im "Populaire" vom 3. Dezember 1938:

" Die Regierung und die Industriegewaltigen gehen ganz genau in der gleichen Weise vor.  
Den ersten Platz nimmt das summarische Verfahren ein. Beamte und Staatsangestellte, Arbeiter der öffentlichen Dienste, Arbeiter der Privat-

Arbeiterpolitik  
Journale  
selbst

" Industrie werden zu Tausenden gemäßregelt, ohne irgendeine Unterscheidung ohne Aufschub, auf Grund einer Art von Kriegsgesetz : das ist eine vollendete Tatsache . Ohne Umschweife werden Disziplinarstrafen bis zur Entlassung verhängt ; Prozesse werden durchgeführt ; Entlassungen werden verfügt.

Aber zur gleichen Zeit wird ein viel durchgreifenderes Verfahren organisiert. In den öffentlichen Diensten heißt es " Dienstenthebung " ; in der Privatindustrie heißt es Aussperrung. Die öffentlichen und die privaten Arbeiter werden unter Druck gesetzt. Die einen werden zum Dienst nicht zugelassen, die Andern werden in die Fabrik nicht hineingelassen, sie bleibt bis auf Weiteres geschlossen. Die Arbeitsverträge werden aufgehoben. Regierung und Unternehmertum machen sich so gemächlich daran, schwarze Listen aufzustellen, die Opfer auszusuchen, die Strafen festzulegen. Hunderttausende, vielleicht Millionen von Arbeitern werden auf diese Art unter Druck gesetzt. Bei wem wird die Regierung zugreifen und wie wird seine Strafe sein ? Wer wird vom Unternehmer für würdig befunden werden, von Neuem eingestellt zu werden und unter welchen Bedingungen ? Keiner weiss es genau. Die Drohung hängt allgewaltig über Jedem. Das ist eine endlose soziale Wiedervergeltung, und die Schläge werden methodisch vorbereitet. "

Vollkommen richtig diese Schilderung der Lage !

Lassen wir die wichtigsten Vorgänge seit dem 30. November 1938 Revue passieren :

... an der Spitze des Feldzugs steht die Regierung, die gleich am 1. Dezember beschloß, aus den Leitungen, Verwaltungsräten usw. sämtlicher öffentlicher und halb-öffentlicher Institutionen die Gewerkschaftsvertreter hinauszuerwerfen. Auf diese Weise ist zum Beispiel Jouhaux seinen Sitz im Verwaltungsrat der Bank von Frankreich losgeworden. Für ihn und für manchen anderen Betroffenen sicher recht schmerzlich, für die Masse der Arbeiter aber sicherlich noch zu ertragen ( Wir können uns sogar vorstellen, daß die Meisten der Meinung sind, er hätte dort überhaupt nichts zu suchen gehabt ) Ernster sieht die Sache schon in den Betrieben unter staatlicher Kontrolle aus, allen voran in den Betrieben, die für die Luftflotte arbeiten. Auf die Arbeiter dort hat die Regierung einen ganz besonderen Groll, weil sie die Abschaffung der Vierzigstundenwoche nicht katenlos hingenommen haben. Die Betriebe werden also erst einmal zugemacht, um tüchtig " auskämmen " zu können.

Das hindert aber dieselbe Regierung nicht, im gleichen Atemzuge möchte man sagen, an die Unternehmer eine " Mahnung " zu erlassen, ihre Betriebe nicht zu schließen. Natürlich haben diese die Sache richtig aufgefaßt und nach den Mitteilungen der Gewerkschaften sind in Paris und Umgebung allein Hunderttausend Arbeiter aufs Pflaster gesetzt worden. Sie verteilen sich so gut wie auf alle Industrien : Wäschereien, Verkehr, Metall, Papier, Leder, Tabak, Nahrung, Krankenhäuser usw. Der Unterrichtsminister Jean Zay, einer der " Linksten " von den Radikalazialisten, geht dabei auf dieselbe Art und Weise vor, wie irgendeiner von den reaktionären Metallindustriellen. In diesem Verfolgungsfeldzug verschwinden alle politischen Schattierungen, Regierung und Unternehmertum repräsentieren hier nur eine geschlossene reaktionäre Masse.

Wie es oben aussieht, so auch unten. Die Tränengas-Expedition gegen die Arbeiter bei Renault macht Schule. In den Zeitungen sieht man Bilder, wie ein ganzes Rudel von prallen Mobilgardisten zwei Arbeiterfrauen ungsaft in die " grüne Minna " transportieren. Neugierigen ausländischen



abgegeben  
eine Unter-  
sagen ein-  
-ausung

Journalisten werden die Photoapparate um die Ohren geschlagen und sie selbst werden stehenden Fußes über die Grenze gebracht. Bei einer Protestversammlung der SFIO im Wintervelodrome in Paris werden sozialistische Abgeordnete von tatendurstigen Polizisten zu Boden geworfen und von den Ordnungshütern auf ihrem trikolore-geschmückten Leib herumgetrampelt.

Die republikanische Gerichtsbarkeit beeilt sich auch, sich der neuen Lage "gleichzuschalten". Mehrere Pariser Kammern sind Tag und Nacht damit beschäftigt, die widerspenstigen Arbeiter von Renault zu verknacken. Im Norden, wo die Bewegung stärker als anderswo war, geht ein wahrer Hagel von Verurteilungen auf die Arbeiter nieder. Die Gerichte machen sich gar keine Mühe mehr, zu differenzieren. Jeder bekommt 4 Monate, dann geht es schneller und keiner kann sich beschweren, daß er schlechter dran ist. Einer soll seine Arbeitskollegen von der Arbeit abhalten haben, eine Frau hat das Gleiche ohne Erfolg versucht, einer hat einem Streikbrecher eine Tracht Prügel verabreicht, ein junger Bursche hat einen verrosteten Säbel auf die Straßenbahnschienen gelegt usw. - den Richtern in Lille ist das alles gleich, sie verhängen ohne Besinnen ihre 4 Monate. Es ist die Atmosphäre, wie in den Tagen von Clémenceau und des dritten Napoléons.

Natürlich haben alle diese Verfolgungen den Zweck, das Klima für noch größere "Taten" vorzubereiten, vor allem mit den "Rädesführern" - will sagen: mit den Gewerkschaftsfunktionären aufzuräumen, und nicht zuletzt materielle Vorteile für die Unternehmer in Gestalt von verschlechterten Arbeitsverträgen einzubringen. Zur durchgehenden Regel ist es geworden, die Arbeiter "neu" einzustellen, das bedeutet für sie mindestens den Verlust des halben Urlaubs. Nicht vereinzelt sind die Fälle, wo einfach die Löhne verschlechtert werden. Auch dagegen hat sich die Regierung in ihrer Aufforderung an die Unternehmer formell gewandt. Sie selbst aber geht mit leuchtendem Beispiel voran, indem sie zahllose Geldstrafen gegen die Beamten auf dem Disziplinarwege verhängt und Versetzungen in schlechter bezahlte Stellen vornimmt.

Die Überzahl der Gewerkschaftsführer und der Arbeiterführer überhaupt stehen vor dieser Verfolgungswelle wie verdattert. Sie lassen ohnmächtige, papierene Proteste los, in wohlgesetzten Worten, ganz wie die Staatsmänner und Diplomaten der guten alten Zeit. Während sie Prügel beziehen, versuchen sie noch durch patriotische Hinweise auf die durch die Produktionsstörung - besonders in den Rüstungsbetrieben - gefährdete Landesverteidigung sich wichtig zu machen. Allen voran natürlich die Stalinisten, die die meiste Angst vor dem haben, was noch kommen wird. Die Bourgeoisie kümmert sich nicht um diese Wichtigtherei, sie weiß viel besser, was ihr und "ihrem" Frankreich frommt.

Léon Jouhaux richtete am 2. Dezember einen Brief an Daladier, in dem er ihm mitteilt, daß er das Mandat in den Kommissionen und Verwaltungsräten niederlegt, das ihm tags zuvor von der Regierung entzogen worden war. Das ist kein schlechter Witz, sondern der Brief ist im "Populaire" und "Peuple" vom 3. Dezember 1938 zu lesen. Der Pariser Metallarbeiterverband - eine Hochburg der Stalinisten - ließ am gleichen Tage eine Erklärung los, worin er bedauert, daß in der Flugzeugindustrie durch die Aussperrung so viele Arbeitsstunden verloren gegangen und infolgedessen so und so viele Flugzeuge nicht gebaut werden konnten (Regierung und Unternehmer werden schon dafür sorgen, daß die Arbeiter dort endlich mehr arbeiten und den Verlust mehr als einholen). Die Lehrerverbände, die durch ihren schrankenlosen Pazifismus in der Septemberkrise der Regierung so unschätzbare Dienste geleistet haben, erinnern den undenkbar-Unterrichtsminister an seine bessere "linksrepublikanische" Vergangenheit.



Aber die Gewerkschaften ergreifen auch " Maßnahmen ". Das Pariser Gewerkschaftskartell beschloß am 3. Dezember : 1. Anschlag eines Plakats ; 2. Abhaltung einer juristischen Konferenz , um den Nachweis zu führen , daß die Maßnahmen der Regierung und der Unternehmer ungesetzlich sind ; 3. Absendung einer Delegation an die Vorsitzenden von Kammer und Senat ; 4. Zusammenfassung der Ausgesperrten und Entlassenen , damit sie sich auch auf den Arbeitsämtern eintragen lassen.

Wenn das nicht hilft !!

Der Vorstand der Holzarbeiter hat beschlossen , daß bei Erneuerung der Mitgliedskarten am 1. Januar jeder 50 Centimes für die Unterstützung der aufs Pflaster Geworfenen zahlen soll !

Am 5. Dezember hielt der Conseil National der CGT eine lange Sitzung ab und zog die Bilanz aus dieser " Aktion ". Liest man die Berichte der einzelnen Verbandsvertreter , so traut man seinen Augen kaum : Überall war die Beteiligung " befriedigend " - " über Erwarten gut " - " ermutigend " - und was dergleichen Selbstlob noch mehr ist. Sogar Herr Semard von den Eisenbahnern , der am meisten Ursache gehabt hätte , den Mund zu halten , hat dieses Sprüchlein hergesagt. Die einstimmig angenommene Resolution billigt die Aktionsmethode , auch die der einzelnen Verbände , beglückwünscht die Arbeiter , weil sie sich nicht haben provozieren lassen , erklärt das Vorgehen von Regierung und Unternehmern für ungesetzlich , protestiert gegen den Rachegeist , überläßt es den Arbeitern , die weiterkämpfen wollen , weiterzukämpfen , verspricht , die Verfolgten zu unterstützen , erklärt , daß alle Gewerkschaftsvertreter aus den öffentlichen Organen der Zusammenarbeit austreten sollen , soweit das Verbleiben nicht im Interesse der Arbeiter notwendig ist und verlangt , daß die Ruhe in der Produktion wiederhergestellt wird. Rann soll noch eine Kampagne für den famosen " konstruktiven Plan " der CGT entfesselt werden.

Dieses Dokument offenbart die ganze Hilfslosigkeit und grenzenlose Feigheit dieser bankrotten Gesellschaft. Vor denen braucht die französische Bourgeoisie wahrhaftig keine Angst zu haben.

Um noch ein Übriges zu tun , hat das Bundesbüro auch noch eine Eingabe an die Erwählten der Nation im Palais Bourbon gemacht , aus der wir eingangs schon zitiert haben. Zum Schluß wird darin über die gefährdeten Einheit der Nation und die Störung des sozialen Friedens geklagt und verlangt , daß angesichts der internationalen Lage die Produktion wieder in Gang gesetzt wird.

Diese Sorge ist wirklich überflüssig. Das werden Regierung und Unternehmer schon besorgen. Fragt sich bloß , auf wessen Kosten .

Es wäre aber nicht richtig , die französische Arbeiterbewegung nur nach den Helden aus der Rue Lafayette zu beurteilen. An zahlreichen Stellen im ganzen Lande haben die Arbeiter den Kampf nicht aufgegeben und führen ihn unter Leitung der örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre tapfer weiter.

Allen voran stehen die Seeleute in Le Havre , die auf die Entlassungen mit dem allgemeinen Streik geantwortet und dadurch die Abfahrt der großen Ozeandampfer , einschließlich der " Normandie " verhindert haben. Die Bewegung ist so umsichtig organisiert , daß von den vier " Rädelführern " nur einer festgenommen werden konnte. Die Regierung hat dann Matrosen der Kriegsflotte eingesetzt , um wenigstens nach außen hin den Betrieb notdürftig wieder in Gang setzen zu können.

ürlich können diese Einzelbewegungen an der allgemeinen Lage nichts ändern. Das kann nur geschehen, wenn die französischen Arbeiter aus diesem Niederbruch die richtigen Konsequenzen ziehen und noch rechtzeitig einen anderen Kurs als den bisherigen einschlagen.

-----  
Die Zusammensetzung der Kommunistischen Partei in England .  
=====

Wir entnehmen diesen Bericht der " Socorr " , dem Organ des linken Flügels in der ILP . :

Der Bericht des Zentralkomitees der KP Englands zum 15. Parteitag und der Bericht der Tagung selbst versorgt uns dieses Jahr mit interessantem Lesestoff. Die gegenwärtige Mitgliedschaft beträgt 15.750, das bedeutet einen Zuwachs von 3.500 seit dem vorigen Jahr. Die KP veröffentlicht keine detaillierten Zahlen über ihre Mitgliedschaft , aber man kann sich darüber bis zu einem gewissen Grade informieren, wenn man die allgemeinen Angaben des Berichtes nachliest und die Zahlen studiert, die mehr oder weniger detailliert über die Delegierten gegeben werden, die dem Kongreß beige-wohnt haben.

Der Bericht informiert uns, daß der Anteil der Arbeitslosen innerhalb der Mitgliedschaft relativ klein ist. Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder steht in Arbeit , sie ist auch in den Gewerkschaften und Berufsverbänden organisiert (S.40) Das erklärt sich durch die Tatsache, daß " wir genötigt sind, eine Abnahme der Aktivität der Partei im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit festzustellen " . Dieses Eingeständnis ist erfrischend, aber es kann nicht die vollständige Erklärung sein, wie wir uns bemühen werden, zu zeigen. Wir können in Paranthese bemerken, daß das nicht ohne Beziehung zu dem Satz steht , " daß seit der letzten Tagung der Einfluß der Partei in weiten Kreisen des Mittelstandes und der geistigen Berufe beträchtlich zugenommen hat. "

Da, wie wir schon sagten, keine genauen Zahlen gegeben werden kommt ziemlich klar zum Ausdruck, daß die KP gerade in den Bereichen am schwächsten ist, in denen eine fortgeschrittene Partei der Arbeiterklasse am stärksten sein sollte. Wir erfahren, daß in diesem Jahre die größten Fortschritte in London und Schottland (besonders London) gemacht worden sind und daß " neue Zweigorganisationen in einer Anzahl von Landbezirken aufgebaut wurden... Kent, Sussex und Hampshire " . Aber " in Südwaies ist eine Zunahme der Mitgliedschaft zu verzeichnen, aber sie ist sehr klein, und steht in keinem Verhältnis zu dem großen Einfluß, den die Partei in diesen Gebieten hat " . So ist die Partei, während sie in den ländlichen Bezirken neue Zweigorganisationen bilden kann, augenscheinlich nicht in der Lage, sie in einem Ausmaß hinsichtlich der Arbeitslosigkeit schlechtesten und hinsichtlich der Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft besten Bezirkes des Landes aufzubauen. Ferner " gibt es im Augenblick in dem wichtigen North Midlands District eine Annahme der Mitgliedschaft " (S.40)

Diese Schwäche der KP in Arbeiterbezirken und ihre Stärke in kleinbürgerlichen Bezirken spiegelt sich ebenso in den Zahlen wider, die über den Kommunistischen Jugendverband vorliegen, der am 1. Juni eine Mitgliedschaft von 4.602 hatte. Die Jugend und besonders die Arbeiterjugend wird traditionsgemäß mehr von revolutionärem Idealismus und kämpferischer Opposition gegen Unterdrückung angezogen ; die Zahlen über die Mitglieder der Internationalen Brigade zeigen das , aber die Partei, die manchmal ihre neuen Mitglieder lehrt, daß sie die Vorhut der Arbeiterbewegung , und der

Gegner jeder Unterdrückung, Ausbeutung usw. sei, hat in ihrer Jugendbewegung in Südwales, in einem Gebiete starken Klassenbewusstseins und objektiv reifer revolutionärer Bedingungen eine Schaar von ganzen - 13 Mitgliedern! Und im Baumwolldistrikt Llanos - 21 Mitglieder! Im Wolldistrikt Yorkshire - 155 Mitglieder; in Schottland (einschließlich Clydeside, den fünf Kohlenfeldern, dem unfruchtbaren Hochland, wo die Menschen der Hochwild- und Hühnerjagd Platz machen müssen) - 830 Mitglieder. Aber in London, wo weniger Arbeitslosigkeit herrscht und sie von kürzerer Dauer ist, finden wir fast die Hälfte der Gesamtmitgliedschaft (2.243) und mehr als ein Drittel der Organisationen (49)!

Was die Delegierten zum Kongreß betrifft, ist festzustellen, daß nur 68 % Gewerkschafter waren, im Vorjahr 79,4 %. Noch mehr, nur 39,2 % waren Mitglieder der Genossenschaften, im Vorjahr 57 %. Also hat die Mitgliedschaft der Delegierten in den Gewerkschaften verglichen mit dem vorigen Jahre um 11,4 % abgenommen, in den Genossenschaften um 17,8 %. Weniger als die Hälfte (47 % oder 211 Delegierte) waren Industriearbeiter, 38 % (153) waren Angestellte, Angehörige der intellektuellen Berufe und Studenten und 7,6 % (34 Delegierte) waren arbeitslos. Außerdem gab es 32 als Hausfrauen bezeichnete Delegierte und 20 Parteifunktionäre.

Diese Zahlen, so unvollständig sie sind, zeigen, was von der Schwengung der KP nach rechts während der letzten drei Jahre erwartet werden konnte.

Während sie einen Korn von Arbeitern bei sich behält, appelliert die britische KP mehr und mehr an den Mittelstand, an die linken Liberalen, die schöne Phrasen gern haben, vorausgesetzt, daß sie die bestehende Ordnung nicht ernsthaft herausfordern, an alle "progressiven" Elemente, die "ihr" Land gegen Hitler verteidigen wollen, als an alle Arbeiter und die revolutionären Schichten des Mittelstandes, die ihre Kapitulationen im eigenen Haus stürzen wollen.

Noch andere Faktoren haben das Vertrauen der Arbeiterklasse zur KP erschüttert. Einmal die Moskauer Prozesse (mit der Geschichtsverdrehung, die sie begleitete, so nachweisbar falsch, daß kein ehrlicher Arbeiter danach noch dem "Daily Worker" trauen wollte); zum andern die Versuche, in Volkfront zu machen, wie die Proklamierung der Parole bei der Aylesbury Nachwahl, daß eine Stimme für den Labourkandidaten eine "Stimme für Franco" sei, weiterhin die opportunistische Verwendung der Reden von Reaktionären (Churchill etc.), womit man die Angriffe gegen Chamberlain zu verstärken suchte, ferner die Kampagne gegen aufrichtige Arbeiter und Revolutionäre, die mit dem Schlagwort "Trotzkisten" geführt wird, anstatt mit politischen Analysen und ähnliche "rechte" Heldentaten.

Wenn wir nun die Dauer der Mitgliedschaft bei den Delegierten untersuchen stellen wir die erstaunliche Tatsache fest, daß 25,6 % der Partei im letzten Jahre beigetreten sind, und daß mehr als die Hälfte (53,8 % oder 290 von 537 Delegierten) sich der Partei nach 1935 anschlossen, nach der Änderung der Politik nach dem VII. Weltkongreß. Man muß sich vorstellen, daß es sich um Delegierte handelt und nicht um einfache Mitglieder. Man kann wohl annehmen, daß die Delegierten zuverlässiger, besser geschult länger der Partei angehören als die einfachen Mitglieder, die sie vertreten, aber die Zahlen deuten an, daß mehr als die Hälfte der Delegierten, die theoretisch die KP-Politik bestimmen (obwohl sie in der Praxis nur eine bestehende Politik einstimmig anzunehmen haben, die ihnen vorgeschrieben wird - etwas, was zu Lenins Zeiten nie vorkommen konnte), die kommunistische Bewegung überhaupt nicht kennen (wahrscheinlich auch nicht die Arbeiterbewegung), außer in ihrer opportunistischen, neo-patrioti-



1938  
Jugend  
und  
Jugend

schon dunkelsten Phase der Volksfrontpolitik.

Wir hörten die KP-Führer sich über die starke Fluktuation der Mitgliedschaft beklagen, und gleichzeitig versuchen, sie, sie damit zu erklären, daß sie sagen, sie wäre auf die scharfen Wendungen in der Politik zurückzuführen, die durch eine " leninistische " Analyse der objektiven politischen Situationen nötig gewesen wären. Das wäre nur dann eine echte Erklärung, wenn sie auf der Annahme beruhte, daß die KP-Mitgliedschaft so mangelhaft geschult ist, daß sie nicht imstande ist, die Notwendigkeit in der Situation für die " scharfen Wendungen " , die die Partei beschließt, zu sehen. Wir bemerken, daß das nicht korrekt ist : wenn die Wendungen objektiv gerechtfertigt sind und im richtigen Augenblick durchgeführt werden, finden sie die allgemeine Zustimmung der Arbeiterklasse und der Mitgliedschaft. Der Grund ist, daß sie mechanisch vorgenommen werden, ohne gründliche, ehrliche und offene Diskussion, ohne Rücksicht auf die Mitgliedschaft und ohne ernsthafte Begründung ihrer Notwendigkeit, so daß sie Tausende abstoßen, für die Hunderte, die sie anziehen, der Grund ist, daß die KP unfähig ist, zu erkennen, daß große Mengen der Mitglieder genügend Logik hat, um nicht zu verstehen, warum das, was Pollit 1934 Leninismus nannte, im Jahre 1938 nach Pollit Trotzismus heißen soll und daß sie diese Mitglieder aus ihren Reihen ausschloß. Ihre Mitgliedschaft ist unzuverlässig und ändert sich stets, weil sie selbst unzuverlässig ist und sich dauernd ändert. Revolutionäre Festigkeit (sogar möglich mit Änderungen in der Politik, wenn diese korrekt sind) muß heutzutage ihren Platz wo anders suchen.

-----  
Die Auslandspropaganda der Deutschen Arbeitsfront  
-----

Wir entnehmen dem Organ der I.T.F. " Faschismus " No. 23 folgenden Bericht :

Die Auslandspropaganda der Deutschen Arbeitsfront wird in dem von der Arbeitsfront herausgegebenen " Kalender der Deutschen Arbeit 1939 " offen geschildert. Der Leiter der Auslandsarbeit der Arbeitsfront, ein gewisser Werner Ruberg, erklärt :

" Aufgabe der Deutschen Arbeitsfront-Auslandsorganisationen ist .... der (Nazi-) Partei zu helfen, im Ausland die deutsche (Nazi-) Volksgemeinschaft zu verwirklichen " (S.125)

Offiziell erstreckt sich die Tätigkeit der Arbeitsfront im Ausland "ausschließlich auf die Reichsdeutschen im Ausland " . Aber " auf sozialem Gebiet, dem Kernstück des Arbeitsfront-Aufgabenkreises, handelt es sich (bei der Arbeit der Auslandsorganisation) vordringlich darum, dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit in den auslandsdeutschen Unternehmen Eingang zu verschaffen " (S. 125) . In reichsdeutschem Kapital gehörenden Unternehmen soll dem Personal also das Recht auf gewerkschaftlichen Zusammenschluß und auf Betriebsvertretung genommen werden, denn das Nazi Arbeitsordnungsgesetz legt ( in § 2 ) fest, daß " der Führer des Betriebes der Gefolgschaft (!) gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten entscheidet " .

Der Erziehung zum gehorsamen Kuli dient die sogenannte " Berufserziehung. Die Nazi- " Berufserziehung " ist nicht lediglich Vermitteln von Fachwissen, sondern auch Anerziehung einer deutschen Arbeitsgesinnung und Berufsauffassung .... Dazu gehört nicht nur die Vollendung des Studium

" fremder Sprachen , sondern auch die Aneignung praktisch verwertbarer Kenntnisse, fremder Rechts, fremder Volkswirtschaften, Betriebstechniken und Arbeitsanläufe " (S.127) . Der große Prozeß gegen deutsche Spione in den USA hat gezeigt, daß damit nicht nur Wirtschaftsspionage gemeint ist.

" Ein wichtiger DAP-Stützpunkt .... ist die Sprachenschule in London " (Die französische Sprachschule ; ein Nazistützpunkt in Paris, wird eigentümlicherweise nicht erwähnt) . Die Aufgabe der Londoner Schule " besteht nicht allein im Vermitteln von Sprachkenntnissen, sondern auch in der Auslegung und Erziehung eines charakterlich einwandfreien und beruflich tüchtigen Nachwuchses für die Tätigkeit im Auslande " (S.127) .

" Charakterlich einwandfrei " ist nach Auffassung der Arbeitsfront aber nur, wer sich " total " , also politisch und religiös zur " nationalsozialistischen Weltanschauung " bekennt, denn jeder, der einen Totalitätsanspruch/leugnet, gilt als " Verräter am deutschen Volke " , droht der /des Nationalsozialismus/ Leiter des Pressamtes der Arbeitsfront auf Seite 114 . Die " Berufserziehung " der Deutschen Arbeitsfront ist Schulung von Nazi-Agitatoren.

Der Kalender, der in einer Auflage von 900.000 Exemplaren erschien, schildert eingehender nur die Nazipropaganda in Südosteuropa . Und bei dieser Schilderung wird offen zugegeben, daß die Arbeitsfront sich mit ihrer Auslandspropaganda nicht nur an Reichsdeutsche wendet, sondern auch an alle nach ihrer Meinung " Deutschstämmige " anderer Staatszugehörigkeit.

In Polen konnten (nazi-)deutsche " Gewerkschaften " arbeiten. 1938 konnte sogar ein " Berufswettkampf " durchgeführt werden (S.81) ; ein wesentlicher Teil des Berufswettkampfes besteht bekanntlich in der Prüfung auf nationalsozialistische Gesinnungstüchtigkeit. Die polnische Regierung duldet dieses Treiben, dennoch wird ihr vorgeworfen, daß sie auch nach der Minderheitsklärung vom November 1937 noch das Deutschtum unterdrückt. In Ungarn mache sich die Wirkung der deutschen Radiopropaganda wohlthuend bemerkbar (S.69) , doch müsse der ungarische Staat noch " die Erfassung des deutschen Arbeiters auf völkischer Grundlage " , das heisst eine Berlin unterstellte Nazi-"Gewerkschaft" zulassen (S.70)

Trotzdem im Deutschen Reich die Bauern nicht der Arbeitsfront angehören, wendet sich die Arbeitsfront in Südosteuropa mit ihrer Nazipropaganda in erster Linie an die Bauern in den deutschsprachigen Siedlungen. In Rumänien sei es die " Aufgabe der Gegenwart ... jene 800.000 Menschen (deutsche Herkunft) , die in Großrumänien wohnen, einander näher zu bringen und miteinander zu verschmelzen " . In Jugoslawien beherrsche einen Teil der deutschen Bauernschaft eine " ausgesprochen kapitalistische Gesinnung... das Ein- und Zwinkindersystem ist längst an der Tagesordnung " . Aber auch die deutschen Bauern in Jugoslawien, bei denen " 8 bis 10 Kinder die Regel " sind, machen es der Arbeitsfront nicht recht. " Die große Kinderzahl führte zur Verproletarisierung des deutschen Bauern... Der Deutsche ist dann nicht mehr Herr, der den Kroaten nur als Knecht auf seinem hat, sondern er muß selbst als deutscher Knecht mit dem Kroaten zusammenarbeiten, vielleicht noch auf dem Hofe eines Kroaten " (S.95) . Das sei eines Deutschen unwürdig, denn " jene großen deutschen Siedlungsgebiete... sind Vorposten des deutschen Mutterlandes gewesen " (S.95) und sollen es bleiben.

Als Verspruch ist diesem Kalender der Deutschen Arbeitsfront ein Auszug aus der Rede vorgesetzt, mit der Hitler am 20. Februar 1938 den Überfall Österreichs und den Aufmarsch gegen die Tschechoslowakei ankündigte....

# Arbeiterpolitik =

Organ der K.F.(O) - Klaus - Sektion der I.V.M.O. - erscheint wöchentlich

No. 50 / V. Jahrgang

Dritte Dezemberwoche 1938

Nach dem deutsch - französischen Abkommen .  
=====

In der " FRANKFURTER ZEITUNG " No. 623/624 wird das Abkommen wie folgt kommentiert :

" Wenn dieser Vertrag seinen vollen Wert zeigen soll, so müssen d r e i Voraussetzungen gegeben sein : ein gefestigtes , gegen die Kräfte des Vorfalles gewappnetes Frankreich, die Anerkennung der natürlichen Position , die Deutschland in Europa zukommt und die uns zu einer konstruktiven Politik gerade in Osteuropa berechtigt und verpflichtet , sowie vor allem die unbedingte Klarheit darüber, daß zum Fundament der deutschen Politik die unverbrüchliche Treue, Freundschaft und Kooperation Adolf Hitlers und Mussolinis gehört, mit anderen Worten : daß jede Spekulation darauf, durch Mißdeutung von Verträgen oder Erklärungen , wie sie Deutschland mit England und nun mit Frankreich vereinbart hat , lasse sich das deutsch-italienische Verhältnis trüben, künftig unterbleibt. "

Mit Befriedigung wird weiter darauf hingewiesen, daß mit dem Abkommen die alte französische Ostpolitik preisgegeben sei , " die Deutschland seinen natürlichen Wirtschaftsweg versperren , und strategisch in Schach halten sollte " .

In Frankreich selbst weiss man eigentlich jetzt hinterher nichts Rechtes mit dem Abkommen anzutun. Die italienische Begleitmusik , mit den Forderungen von Tunis, Korsika, Djibouti usw., klingt nicht angenehm in den Ohren jener, die sich eine Ruhepause durch ihre Zugeständnisse an Hitler erkaufen wollten.

Die große Rede , die Chamberlain vor den ausländischen Journalisten am 12. Dezember in London gehalten hat, stimmt beweglich in diese Klage ein. Die deutschen Journalisten und der deutsche Botschafter haben der Einladung zur Teilnahme an diesem Bankett nicht Folge geleistet - weil Chamberlain die Rede nicht den Wünschen Hitlers gemäß umändern wollte.

Auch die frommen Wünsche sind schnell zerstoßen, die sich Etliche gemacht hatten, als sie glaubten, Nazideutschland würde Mussolini nicht offen bei seinen Forderungen gegen Frankreich unterstützen. Die Nazipresse unterstützt die italienischen Forderungen , besonders die auf Tunis. Die " FRANKFURTER ZEITUNG " glaubt " Frankreich daran erinnern zu müssen, daß sein Gewissen nicht so gut ist, wie es sein sollte " , weil angeblich " Tunis den Italienern zufallen sollte " . In Wirklichkeit weiss die " FZ " genau, daß Bismarck die Franzosen drängte , Tunis zu nehmen, " damit es die Italiener nicht stehlen " .

Wenn Bismarck 1880 Tunis den Franzosen geradezu aufdrängte, so, um damals Frankreich durch Kolonien zu binden, um vom Revanchekrieg Frankreichs zur Wiedererlangung Elsaß-Lothringens abzulenken. Wenn Hitlerdeutschland



heute die italienischen Forderungen im Mittelmeer unterstützt - so , um selbst freie Hand im Osten und Südosten Europas zu erlangen.

Daß Hitlerdeutschland den Prestige- und Machtzuwachs ausnutzt, den ihm München eingetragen hat , um weiter vorzustoßen , zeigen verschiedene Entwicklungen der letzten Woche.

Die Wahlen in Memel sollen zu einem größeren Coup ausgenutzt werden. Es geht dabei garnicht um die " Befreiung der Memeldeutschen " und auch nicht um die Angliederung von Memel ans Reich. Memel ohne das litauische Hinterland ist ziemlich wertlos. Wenn nicht alles täuscht , wird auf die Abtrennung Memel " verzichtet " , es bekommt " nur " Selbstverwaltung im Rahmen Litauens. Litauen selbst soll aber im Nordosten zum Vasallen gemacht werden , wie die Tschechoslovakei im Südosten.

Aus Deutschland werden Truppenverschiebungen nach der polnischen Grenze gemeldet . Die sächsischen Infanterie-Regimenter 108, 84, 6 , 30 sind mit Artillerie-Regiment 40 und einer Panzerdivision nach Oberschlesien Kreuzburg-Wachtenberg geschickt und werden dort stationiert . Auch mobile SS- und SA-Truppenteile sind an dieselben Grenzabschnitte abgegangen. Es schwirren allerlei Gerüchte über einen bevorstehenden Schlag gegen Polen in der Luft. Inwieweit diese Maßnahmen nur " freundschaftlicher Druck " oder mehr sind, läßt sich zur Zeit noch nicht abschätzen.

Am 27. November 1938 wurde eine polnisch-sowjetrussische Erklärung veröffentlicht, worin beide Länder sich aufs Neue die Gültigkeit des polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes bestätigen und der Wunsch zur Bereinigung der bestehenden Streitfragen , sowie die Steigerung des Warenaustausches ausgedrückt wird. Diese Annäherung zwischen der Sowjetunion und Polen ist sicher von Polen forciert worden . Auch vom Standpunkt der Sowjetunion ist dagegen nichts einzuwenden. Die Versuche zur Loslösung der Ukraine richtet sich ja nicht nur gegen Polen , sondern auch gegen die Sowjetunion. Polen ist aber zweifellos ein " militärfaschistischer Staat " ; Auch von dieser Seite der Entwicklung zerfällt die Konzeption von der "Front der demokratischen Völker " gegen den Faschismus.

Die Reise Chamberlains nach Rom wird am 15. Januar 1939 stattfinden, trotz der Vorstöße Mussolinis gegen das verbündete Frankreich. Was Mussolini unmittelbar verlangt, das ist, die Rechte eines Kriegführenden für Franco zu erpressen , um Katalonien durch die Hungerblockade niederzuwerfen. Inwieweit die Daladierregierung bereit ist, auf diesen Handel einzugehen, ist zur Zeit noch unklar. Daß sich hier Verschiedenes anspricht, ist zweifellos. Wenn die französischen Imperialisten glauben, für die völlige Preisgabe Spaniens den Verzicht Mussolinis auf Tunis, Djibouti usw. einhandeln zu können , so werden sie auch in dem Falle betrogene Betrüger sein.

Die Arbeitermassen und die Werktätigen stehen auch bei den neuen imperialistischen Kämpfen der imperialistischen Räuber untereinander passiv beiseite. Es wird höchste Zeit, daß sie den Volksfrontleichen aus dem Wege räumen und sich auf der Basis der proletarischen Einheitsfront im Bunde mit den übrigen Werktätigen zu einem Machtfaktor organisieren, den sie Kapitaloffensive im Innern und dem Treiben ins imperialistische Kriegsabenteuer entgegenstellen können.

Die Parlamentsdebatten .  
- - - - -

Die erste Serie der Parlamentsdebatten hat mit dem Sieg Daladiers geendet: 315 Stimmen für, 241 dagegen, 54 Enthaltungen und 7 Abwesende zeigt die Abstimmungsliste. Zwei Radikalsozialisten: Crutel und Longuet haben gegen die Regierung gestimmt, der Stimme enthalten haben sich 30 Radikalsozialisten und 18 Mitglieder der USR. Sozialisten und Kommunisten haben geschlossen gegen die Regierung gestimmt.

Das einfache Vertrauensvotum für Daladier ist dadurch zustande gekommen, daß die gesamte Reaktion für Daladier gestimmt hat. Auch die Feuerkreuzler die 1934 riefen "Daladier au poteau!" haben für das Vertrauensvotum gestimmt, während die stürmischen Rufer "Daladier an die Macht!" bei Beginn des Volksfrontschwindels 1935 jetzt geschlossen gegen ihn stimmten.

Die Rechte sucht Daladier zu stützen und bei der Führung der Kapitaloffensive gegen die Arbeiter und Werktätigen voranzutreiben. Bei diesem löblichen Tun kommen allerlei Wünsche zum Vorschein. Der "Temps" vom 14. Dezember 1938 bezeugt der Daladier-Regierung ihr Wohlwollen:

"Die Regierung hat ihre Festigkeit gezeigt. Sie verzichtet nicht auf ihre Tätigkeit trotz Hindernisse. Sie hat die Regierungsautorität wieder hergestellt, und die soziale Ordnung befestigt. Sie hat den äußeren Frieden gefestigt. Sie hat loyal an der Wiederaufrichtung des Landes gearbeitet."

Dieser Zufriedenheit mit der Regierung stellt das Organ der "200 Familie" herben Tadel an die Abgeordneten entgegen entgegen, die in der Budgetkommission nicht alles schlucken, sondern herummeckern.

"Man sagt mit Recht, daß in den Überlegungen gewisser berufsmässiger Politiker die Tatsachen nicht zählen. Das Land hat längst verstanden, aber sie zögern noch zu begreifen. Sie gebrauchen ihre Vorrechte, wie die großen Herren ehemals ihre Privilegien gebrachten. Die "Intrigen des Hofes" sind ihre Hauptbeschäftigung. Eifersüchtig bedacht auf ihre gegenwärtigen Rechte, erinnern sie an diese "Marquis", über die sich Molière schon moquierte. Aber sie sind noch nicht gestraft durch ihre Lächerlichkeit, und das ganze Land nimmt Schaden durch ihre kleinlichen Exzesse."

Diese Propaganda für die "starke Regierung" und Beschneidung der parlamentarischen Rechte der Abgeordneten brauchte nicht Ernstgenommen zu werden, wenn die KP und die SFIO das Parlament, das so versagt, ihrerseits ausnutzen würden, um die Massen zum außerparlamentarischen Kampf gegen diese vom Parlament mit Vertrauensvotum gestützte und von der Regierung geführte Kapitaloffensive aufzurufen. Aber nichts dergleichen.

Beide Arbeiterparteien wetteifern gegenseitig in parlamentarischem Kretinismus. Elum stellt im "Populaire" fest, daß Daladier nur eine unsichere, schwankende Mehrheit habe. Er hofft, daß ein Teil der Radikalsozialisten doch kopfscheu werden wird und abspringt, oder daß Flandin aus Rivalität zu Reynaud Daladier stürzt. Und was dann? Neue Koalition mit den Radikalsozialisten?

Die KP macht mit etwas anderen Worten dieselbe Politik. Das ZK der KP schreibt Briefe zur Einberufung des Volksfrontkomitees der überfaulen Sitzen - nicht zur Neuschaffung von Einheitsfrontorganen in der Basis.

Wie lange werden die Proleten diesem Trauerspiel ihrer Führung noch zusehen?

Alle Augen auf L I M A - von Jay Lovestone .  
 = = = = =

Alle Augen sind auf LIMA gerichtet. Auch wenn man diese panamerikanische Konferenz nicht gerade mit den Münchener Besprechungen vergleichen kann, so eröffnet sie doch Möglichkeiten. Kein Staat der Union, kein Land der Erde werden von ihren Beschlüssen unberührt bleiben. In den schönen Worten, mit denen man dort sehr freigebig sein wird, wird nicht viel Gehalt sein. Aber über das Warum und Wofür der Konferenz über die Ziele, die ihr Onkel Sam gesteckt hat - und zwar über die entfernteren noch mehr als über die unmittelbaren, gibt es allerhand nachzudenken.

Die Vereinigten Staaten sind längst mit der Frage über die Rechte ihrer Einzelstaaten als einer der wichtigsten Fragen fertig geworden, wenn es auch noch Differenzen und politische Unstimmigkeiten im Verhältnis zu diesen Einzelstaaten gibt. Mehr als das, heute sprechen die Vereinigten Staaten sehr entschieden über Dinge jenseits ihrer nationalen Grenzen. Wir handeln heute innerhalb eines viel weiteren Rahmens, innerhalb einer Hemisphäre. Von jetzt an spricht Roosevelt nicht nur von "einer Flotte, die NEW-YORK oder SAN FRANCISCO verteidigen" soll, sondern von einer Flotte und Luftwaffe zur "Verteidigung" der ganzen westlichen Halbkugel. Zusammengefaßt: das Wall-Street-Imperium hat seine Interessen ausgedehnt und ist deshalb genötigt, seinen Horizont und den Aktionsradius seiner Kriegsschiffe und Militärflugzeuge zu erweitern.

LIMA ist eine der Antworten von Washington auf Hitlers Streben nach der Welthegemonie, auf Deutschlands Eingriff in Wall Streets Südamerikahandel und auf Japans Zuwerfen der "Offenen Tür" gegen Amerika als einem ernsthaften Konkurrenten im Fernen Osten. In diesem Licht muß man Roosevelts wirkliche Ansicht über folgende Erkenntnis der Handelskammer der Vereinigten Staaten betrachten:

"Es ist bezeichnend, daß während der Dekade (1927-1936 einschließlich) der Anteil der Vereinigten Staaten am Warenimport aller südamerikanischen Völker sich verringert hat. Zwar haben wir noch den Hauptanteil des Handels mit dem südamerikanischen Kontinent im Ganzen, aber dieser Überblick läßt wenig Zweifel darüber, daß unsere führende Stellung ständig von anderen Völkern, besonders Deutschland und Japan, herausgefordert wird."

Überdies übersteigen die Investitionen der Vereinigten Staaten in Lateinamerika mit mehr als einer Milliarde Dollar die amerikanischen Investitionen in Europa und Asien zusammen genommen. Es ist wahr, daß gestern der Handel der Flagge (Krieg oder Gewalt) folgte. Aber wir werden bald feststellen, daß morgen die Flagge (Heer, Flotte, Luftwaffe) dem Handel von heute folgen wird, wenn wir nicht aufwachen und etwas Wirksames tun, um das zu ändern.

-----  
 Frankreich:

=====  
 Kongreß des Bauarbeiterverbandes.  
 =====

In der zweiten Dezemberwoche hat der Bauarbeiterverband seine Verbandsversammlung in Lyon abgehalten. Die Stalinisten hatten dort eine überwältigende Mehrheit, von 500 Delegierten hielten rund 450 zur "Linie". Auf dem Verbandstag waren 980 Syndikate mit 330.000 Stimmen vertreten gegen 2.000 Syndikate mit rund 500.000 Stimmen auf dem letzten Kongreß im September 36.



Dabei muß in Betracht gezogen werden, daß die Delegation zu diesem Verbandstag nach dem im Jahre 1937 verkauften Beitragsmarken vorgenommen worden ist. Inzwischen sind eine weitere Reihe von Syndikaten verschwunden, was aber nicht hinderte, daß sie auf dem Kongreß vertreten waren. Das trug zur Abrundung der kompakten Majorität der Stalinisten nach oben nicht wenig bei.

In seinem Geschäftsbericht feierte Arrachart nach Gebühr die Errungenschaften der Volksfront. Freilich mußte er hinzufügen, daß inzwischen die Löhne gesenkt, die Vierzigstundenswoche sabotiert, die Rechte der Gewerkschaftsfunktionäre und der Betriebsräte stark beeinträchtigt worden sind und daß die Tarifverträge von den Unternehmern in immer größeren Umfange sabotiert werden. Als Hauptaufgaben des Verbandes in der Zukunft wurden von ihm u.a. vorgeschlagen:

Verteidigung und Verbesserung der Tarifverträge,  
Arbeitsbeschaffung für das Baugewerbe,  
Anwendung des Programms der Volksfront,  
Durchführung von Reformen nach dem Plan der CGT,  
Weiterführung der Volksfront.

Dieses Zukunftsprogramm zeichnet sich nicht gerade durch Originalität aus. Vor allem wurde mit keinem Wort auf die Methoden des Kampfes eingegangen und dazu hätte allein schon der große Bauarbeiterstreik in Lyon Veranlassung genug gegeben.

Den Machern des Kongresses war es aber weniger um die unmittelbaren Interessen der Bauarbeiter zu tun als vielmehr um die Durchsetzung der "Linie". Anders wäre es garnicht zu verstehen, daß Hénaff erklärte, die Bauarbeiter müßten nicht nur den Gegner draußen, sondern auch den Feind in ihren eigenen Reihen bekämpfen. Damit waren die reinen Syndikalisten gemeint, die seit der Wiedervereinigung im Jahre 1935 fast gänzlich unter den Schritten gekommen sind. Ihre Sekretäre im Verbandsbüro beklagten sich bitter darüber, daß man alle Entscheidungen ohne sie getroffen habe, daß man Mittel des Verbandes für die Zwecke der KPF verwandt habe. Diese Klagen zeigen, daß der Verband einfach als eine Filiale der KPF behandelt worden ist. Das ging sogar so weit, daß man Nichtkommunisten, die in die Klauen der Justiz geraten waren, die Unterstützung verweigerte, wie der Fall Garnier beweist.

Racmond, der als Vertreter des Bundesbüros der CGT sprach, wandte sich zuerst ausführlich gegen die Notverordnungen und verteidigte dann die bei dem Generalstreik angewandte Taktik. Eine solch große Bewegung hätte nicht im Geheimen vorbereitet werden können. Niemand hätte voraussehen können, daß die Repressalien der Regierung einen solchen Umfang annehmen. (Das ist ja ein nettes Geständnis!) Wenn man das in Betracht zieht, so wäre der Streik ein Erfolg gewesen. Wenn man Jouhaux und andere jetzt angreife, so stehe das Bundesbüro geschlossen hinter ihnen. Zwischen denen, die den Streik durchgeführt und denen, die ihn nicht durchgeführt haben, dürfe man keinen Unterschied machen (Also gegenseitige Sündenvergebung!) Diese unglaubliche Rede wurde nach russischem Muster mit dem Gesang der "Internationale" aufgenommen. Die Regie hat also ganz gut geklappt.

Für die Opposition war Froideval von den Pariser Schlossern der Hauptredner. Er protestierte gegen die Einmischung der KPF in die Verbandsangelegenheiten, der Verband müsse "apolitisch" sein, die Münchener Konferenz hätte den Krieg verhindert, deswegen müsse die Arbeiterklasse "sich gratulieren". Dann nahm er sich der Genossenschaften an, mit denen Zwistigkeiten bestehen. Wenn man einem Unternehmer sein Wort oder seine Unterschrift gegeben habe, so müsse man das auch einhalten. Ebenso müsse

man gegenüber den Genossenschaften handeln. Wenn man sich in Betracht zieht, daß Froideval nur 20 Minuten sprechen konnte, so ist doch klar, daß seine Ausführungen keineswegs auf einem höheren Niveau standen, als die seiner Gegner. Der "reine Syndikalismus" ist nicht einen Pfifferling mehr wert als der Reformismus Stalinscher Prägung.

Die Mehrheit gab sich bei den Abstimmungen nicht einmal große Mühe. Sie nahm den Bericht einfach durch Handaufheben an. Wenn man die Minderheit nach den Syndikaten einschätzen will, die nicht an der Abstimmung teilgenommen haben, so dürfte sie kaum über 20.000 Stimmen hinausgehen.

Bei der Neuwahl des Vorstandes kam es zu Skandalen. Die Stalinisten hatten 5 Anhänger der Minderheit auf die offizielle Liste genommen. Aber keiner ihrer Wortführer war darunter, vor allem nicht Froideval, der in Nantes die Kommunisten scharf angegriffen hatte und deshalb hier in ihrer Domäne von ihnen abgehängt wurde. Die Minderheitler erklärten, daß sie die Wahl nicht annehmen würden, besonders auch darum nicht, weil alle ihre Sekretäre abgehalftert worden waren. Großes Geschrei gegen die "Spalter". Es wurde dann beschlossen, den Vorstand auf 41 Mitglieder zu erweitern und einer der Sekretäre der Minderheit wurde gnädigst wieder aufgenommen. Die Leitung und Verwaltung des Vorstandes der Bauarbeiter ist also von nun an vollkommen "linientreu". Das wird weder seine Anziehungskraft, noch seine Kampfkraft in Zukunft erhöhen.

Noch interessant bei der Abstimmung war auch noch, daß der Verbandsvorsitzende, der kommunistische Abgeordnete BROUT, bei der Abstimmung über die Neuwahl des Vorstandes an die 26-ste Stelle kam. Das ist ein Zeichen dafür, daß die kommunistische Mehrheit nicht in einen Topf geworfen werden darf. Wäre nur eine Opposition vorhanden, die eine wirkliche kommunistische Politik vertritt, so hätte sie ganz andere Aussichten als die saft- und kraftlosen syndikalistischen "Friedens" - Apostel.

### Metallarbeiterkongreß .

-----

Ebenfalls in der zweiten Dezemberwoche fand der Verbandstag der Metallarbeiter in Paris statt. Nach dem Bericht des Vorstandes soll die Organisation am 31. Dezember 800.000 Mitglieder gezählt haben " und die Ziffern für 1938 beweisen, daß der Verband kein einziges Mitglied verloren hat, sondern daß er im Gegenteil in befriedigender Weise seine Kräfte stärkt ". Wenn das zutrifft, dann ist der Metallarbeiterverband auf der Tagung der CGT in Nantes zu kurz gekommen, denn dort hat er nur Mandate für 720.000 Mitglieder ausgeübt, die nach Mitteilung der CGT im September 1938 vorhanden gewesen sein sollen. Wir befürchten, daß beide Zahlen nicht stimmen, weder die des Vorstandes, noch die der CGT.

Im Bericht schlug Doury, der Sekretär des Pariser Syndikats, große Töne an :

" Die Arbeiter des ganzen Landes haben sich gegen die Notverordnungen erhoben. "

Ebenso Croizat, der den Streik als einen " succès magnifique " ( herrlichen Erfolg ) bezeichnete. Wir möchten dann nur wissen, wie eigentlich ein Mißerfolg aussieht.

Auch hier war die Opposition in Gestalt der reinen Syndikalisten vertreten, in deren Namen der Sekretär Marcel Roy einen langen Vortrag über die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung hielt. Er hat wenigstens zu den alten Irrtümern keine neuen hinzugefügt, das war das Einzige daran. Der

Stalinist Doury konnte es sich nicht verkneifen, die erste Volksfrontregierung tüchtig aufs Korn zu nehmen, die nach seiner Meinung von vornherein alles verdorben hat. Auch in der weiteren Diskussion sprach keiner der Delegierten grundsätzlich gegen die Volksfrontpolitik, obgleich doch gerade die Metallarbeiter am meisten unter ihr zu leiden hatten.

Am zweiten Tage trat Léon Jouhaux in Person auf und predigte seine altbekannten Phrasen der Volksgemeinschaft :

" Die wirtschaftliche Erholung ist nicht möglich, wenn man die Arbeiterklasse außerhalb der nationalen Gemeinschaft stellt. "

Den Unternehmern sei es gleich, wenn das Land zugrundegehe, wenn nur ihr Klasseninteresse sich durchsetze. Ins gleiche Horn stieß der Verbandsssekretär Vrigneaud, der die 200 Familien und das Comité des Forges der Produktions sabotage beschuldigte. Im Übrigen ist er weiter für die Volksfront.

Die Metallarbeiter zählen in allen Ländern zu den politisch reifsten Schichten innerhalb der Arbeiterklasse. Es ist eine Schande und ein Zeichen dafür, wie weit die französische Arbeiterklasse heute gekommen ist, daß selbst auf diesem Kongreß sich nicht eine Stimme gegen die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie in Gestalt der Volksfrontpolitik erhob. Und das trotz der bitteren Erfahrungen in der jüngsten Vergangenheit.

Gegen die Aussperrungen und die sonstigen Verfolgungen der Metallarbeiter durch Unternehmer und Regierung wurde eine kurze Resolution angenommen und - eine Delegation zum Innenminister und zum Justizminister geschickt. Eine viel längere Debatte riefen bezeichnenderweise die Grenzstreitigkeiten mit dem Verband der Gemeinde- und Staats-Arbeiter hervor, der die Arbeiter der nationalisierten Flugzeugindustrie für sich beansprucht-

Bei den Neuwahlen gab es Krakeel mit den Syndikalisten, die die stalinistische Mehrheit des Kongresses aus den leitenden Verbandsorganen herauswählen wollte. Schließlich ging es aber doch glimpflicher ab, als bei den Bauarbeitern, die Syndikalisten behielten ihre Sekretäre. Dafür wurde dann einstimmig eine Resolution zur internationalen Lage angenommen, die gegen München und für eine internationale Konferenz ist und ein Manifest an die Metallarbeiter Frankreichs, das folgende bezeichnenden Sätze enthält :

" Gegen den Egoismus einiger Weniger wollen wir das Gemeinwohl .

Wir wollen das Gedeihen unserer Industrie im sozialen Fortschritt, in Freiheit und Unabhängigkeit.

Der Metallarbeiterverband versucht, alle Kräfte einzusetzen für die wirtschaftliche, soziale und moralische Wiederaufrichtung der Nation, für die Einheit des französischen Volkes, für die Stärkung der Volksfront und deren Programm . "

Das ist nun das Programm des größten und wichtigsten Verbandes der CGT, der im Vordertreffen des Kampfes gegen die Anschläge von Regierung und Unternehmertum stehen sollte !



Schieber.

- - - - -

M. Eugène Hénaff, seines Zeichens Vorsitzender des Gewerkschaftskartells von Paris, der junge Mann der Thorez und Konsorten, war auf dem Gewerkschaftskongress der CGT in Nantes auf der Strecke geblieben. Bei der Neuwahl des Bundesvorstandes erhielt er trotz der Vermehrung seiner Mitglieder von 35 auf 45 nicht mehr die notwendige Stimmenzahl, um gewählt zu werden. Darob großer Kummer im Hauptquartier der Stalinisten. Es wurde hin und her gesonnen, wie man diese Scharte wieder ausweiten könnte. Jouhaux zeigte Verständnis für die Lage. Auf der Sitzung vom 21. November wurde beschlossen, den Beschluß des Kongresses von Nantes einfach dahin zu korrigieren, daß man die Mitgliederzahl des Bundesvorstandes erneut von 45 auf 50 erhöhte. Aber für Hénaff schnappte sozusagen trotzdem die Tür vor der Nase zu, denn er war in Nantes hinter den erwählten 45 der Sechste der Stimmenzahl nach geblieben. Also verzichtete einer der "Linientreuen", wenn auch unter Grimassen, "freiwillig" auf sein Mandat und Monsieur Eugène Hénaff konnte endlich als "Vertreter der Pariser Arbeiterschaft" wieder in den Bundesvorstand einziehen.

Man kann sich lebhaft vorstellen, wie die Autorität und das Ansehen des Bundesvorstandes und der CGT, das nach dem Fehlschlag vom 30. November so sehr gelitten hat, durch diese Schiebung erneut wachsen wird.

Blinder Eifer.

- - - - -

Die Regierung Daladier ist gegenwärtig eifrig dabei, als "Sühne" für den "Generalstreik" die Gewerkschaftsvertreter aus allen Organen der öffentlichen Körperschaften hinauszusetzen. So hat auch Delmas, vom Vorstand des Lehrerverbandes die amtliche Mitteilung erhalten, daß er von nun an nicht mehr Mitglied des Conseil supérieur de l'Instruction publique (Obersten Rates des öffentlichen Unterrichts) sei.

Delmas teilt jetzt durch die Presse mit, daß er dieser Körperschaft nie in seinem Leben angehört habe.

Sowjetunion:

Jeshow - nicht mehr Chef der GPU.

- - - - -

Am 9. Dezember 1938 berichtete die Weltpresse aus Moskau, daß Jeshow, der Chef der GPU seit September 1936, "auf seine eigene Bitte von den Pflichten eines Innenkommissars befreit und durch den Georgier Berija ersetzt worden ist".

Die Kommentare zu dieser Meldung widersprechen sich. Die Sowjetpresse berichtete wenig. Die "FRANKFURTER ZEITUNG" brachte einen Kommentar, wnnach Jeshow nicht in Ungnade gefallen sei. Er behalte das Kommissariat für Wasserwirtschaft und andere wichtige Ämter. Französische Zeitungen brachten Nachrichten über Verhaftungen von leitenden Funktionären der GPU in Leningrad und Moskau. Am 13. Dezember wurde aus Moskau gemeldet, daß die Kommunistische Partei 150 Kommissionen gewählt habe, die den Auftrag haben, ganz Rußland zu bereisen, und in den Gefängnissen und Konzentrationslagern der SU Nachprüfungen vorzunehmen, "um in Fällen von Übereifer

der Behörden während der Zeit von Jeshows Herrschaft im Kommissariat des Innern Freilassungen durchzuführen." Angeblich sind schon zahlreiche Gefangenen bereits befreit worden. Man habe ihnen Aufenthalt in Ruheheimen, zur Erholung gewährt und die verlorenen Löhne nachgezahlt. Ausgenommen von der Nachprüfung sollen Radek, Rakowski und ähnliche Persönlichkeiten sein. Ausgenommen von dieser Massenamnestie sind natürlich auch die Tausenden, die unter dem Jeshow-Regime nicht nur unschuldig eingesperrt und ins Konzentrationslager verbannt sind, und die ermordet wurden.

Die vorliegenden Meldungen reichen nicht aus, um ein abschließendes Urteil abgeben zu können. Jedenfalls ist eine ziemlich gewisse:

der Druck gegen das Stalin-Jeshow-Regime muß so stark sein, daß dieses Ventil geöffnet werden mußte.

Zur Amnestie der Unschuldigen muß die Bestrafung der Schuldigen hinzugefügt werden. Das bedeutet Schluß mit dem Stalin-Regime, auch ohne Jeshow - mit dem Stalinknecht Berija als Leiter der GPU.

.....  
Aus Hitlerdeutschland :

=====

Gegen die Pogromhelden .  
-----

Aus " Faschismus " No. 25 entnehmen wir folgende Meldung :

In vielen deutschen Städten haben Angehörige der Hitlerjugend ihren Vorgesetzten den Gehorsam verweigert und sich während der Pogromtage nicht am Zerstören der Läden und Wohnungen beteiligt . Sie kamen trotz Befehl nicht zum Sammelplatz.

In verschiedenen Orten baten SA-Männer jüdische Familien, deren Wohnung sie zerstört hatten , wenige Stunden später , ihnen zu verzeihen : sie hätten ihrer Familie wegen nicht gewagt , sich dem Befehl der SA-Führer zu widersetzen.

In einigen Städten haben sich SA-Männer geweigert , die Wohnungen jüdischer Mitbürger zu zerstören. Manchmal verweigerten SA-Gruppen geschlossen den Befehl. In Düsseldorf, der Heimatstadt des in Paris erschossenen Gesandtschaftssekretärs von Rath, hat sich die Marine-SA trotz Aufforderung nicht an der Pogromaktion beteiligt.

In Bremen war die Erregung über die Terroraktion so stark, daß sich der Nazibürgermeister genötigt sah, in einer Rundfunkrede die Terrorakte zu verteidigen.

In Wien beschlagnahmte die Naziartei Möbelwagen, um jüdische Geschäfte auszuräumen. Möbelpacker waren darüber empört, daß man sie zu derartigen Arbeiten zwang : " Wir sind Arbeiter und keine Räuber " .

Aus mehreren deutschen Städten wird berichtet :

als am 10. November Naziplünderer im Betrieb stolz erbreutete Seidenstrümpfe, Uhren , Schuhe u.ä. zeigten, verlangten Arbeiter Entlassung der Plünderer mit der Begründung : wer auf der Straße stiehlt, stiehlt auch im Betrieb. Man kann uns nicht zumuten, mit Dieben zusammenzuarbeiten.

In einigen Betrieben wurden die Plünderer tatsächlich entlassen, in anderen erschien die Gestapo und verhaftete " Rädelsführer der staatsfeindlichen Arbeiter " .

- - - 0 - - -

Über das " Tuscheln " in W i e n .

Im Wiener " Völkischen Beobachter " findet man über das " Tuscheln " in Wien folgende bezeichnenden Bemerkungen :

" Gleich den Ratten werden sie erst des Abends lebendig. Da tuscheln sie über das und zischeln über jenes, und wenn sie die Absicht haben, eine Büchse Bardin im Delikatessengeschäft zu kaufen, verlangen sie vorerst eine Tüte Paprika, nur damit der Geschäftsmann sagen muß, er habe keinen - worüber sie sehr zufrieden sind. Plötzlich schwärmen sie von dicken Schafwollsocken und warmen Flanellunterhosen - Sie kennen doch diese Prachtstücke, die man vor einem Jahr bekam - und ihre Gesichter sind nicht etwa blass, weil sie den ganzen Tag in Stuben herumhocken uns aus konfessionellen Erwägungen die Leibesübungen meiden (es handelt sich hier um Intellektuelle), sondern weil die Butter knapp ist und die Türklinken nicht aus Messing, sondern aus Werkstoff sind. Ansonsten laxe Christen, rennen sie plötzlich in die Kirche. Und da freuen sie sich, wenn der Laden voll ist, denn sie sehen darin eine Art Demonstration und freuen sich darüber, wie ehemals wir, als zum erstenmal bei einer Demonstration der Sophiensaal gerammt voll war. "

Die Gestapo - " Am heiligen Quell deutscher Kraft " .

- - - - -

Die Zeitschrift Ludendorffs " Am heiligen Quell deutscher Kraft " wird von seiner Witwe, Mathilde Ludendorff, weiter herausgegeben. In der Ausgabe vom 20. November 1938 beklagt sich Frau Ludendorff, daß sie selbst in ihrem eigenen Hause vor der Gestapo keine Ruhe habe.

Ihre Hausgehilfin entpuppte sich als Gestapo-Agentin .

" Es ist also bereits soweit gekommen, heisst es in dem Klage lied, daß Frau Dr. Ludendorff in ihrem eigenen Heim nicht vor Denunzianten geschützt ist und in dem Hause, wo der Feldherr wirkte, vor Ablauf eines Jahres nach seinem Tode, dem unerhörten Verhalten eines verhetzten Angestellten ausgesetzt ist. "

- - 0 0 - -

Verantwortlich - Emile Hirtzel, Strasbourg



# Arbeiterpolitik

Organ der KP(O) - Elsass - Sektion der I.V. K.O. - erscheint wöchentlich

No. 51 / V. Jahrgang

Vierte Dezemberwoche 1938 .

Einer neuen europäischen Krise entgegen .  
=====

Die Umrisse der neuen Krise , der Europa entgegengeht , zeichnen sich immer deutlicher ab .

Diesmal ist es Italien , das den " marschierenden Flügel " bildet , aber es unterliegt keinem Zweifel , daß seine Aktion mit Hitlerdeutschland verabredet ist. Offiziell sind bis jetzt von der italienischen Regierung noch keine Forderungen an die französische Regierung gerichtet worden , aber die Demonstrationen der Abgeordneten in der Kammer , der Studenten auf der Straße , die Pressekampagne , eine Anzahl militärischer Maßnahmen sollen das Klima vorbereiten , um von Frankreich Zugeständnisse für den italienischen Imperialismus zu erhalten , der bei der letzten europäischen Krise leer ausgegangen ist. Die inoffiziell erhobenen Forderungen erstrecken sich auf Tunis , auf Djibouti , auf den Suezkanal , auf Korsika , auf Nizza und Savoiën . Korsika , Nizza , Savoiën können einstweilen nur als reine Agitationslosungen betrachtet werden . Dagegen sind als Aktionslosungen zu betrachten : Tunis , Djibouti , der Suezkanal - und Spanien .

In Tunis handelt es sich für den italienischen Imperialismus noch nicht unmittelbar um den Versuch der Annexion des Landes , sondern um die Durchsetzung einer Vorbereitungsstufe durch Gewährung besonderer Privilegien an die italienischen Kolonisten . Tunis ist das Italien am nächsten gelegene Stück der nordafrikanischen Küste . Der Besitz von Tunis wird Italien erlauben , das Mittelmeer an der Enge zwischen Sizilien und Tunis abzusperren , der Schlag würde sich nicht nur gegen den französischen Kolonialbesitz und die französischen Verbindungen nach Nordafrika , sondern nicht minder gegen die Mittelmeer Verbindung des britischen Reiches richten . Über französische Kriegshafen von Bizerta wird für die englische Flotte als unentbehrlich gehalten zur Offenhaltung der Verbindungen durch das Mittelmeer .

Djibouti ist die im französischen Besitz befindliche Ausgangsstation der einzigen Bahn nach Abessinien , die zur Hauptstadt Addis-Abeba führt . Djibouti ist zugleich Hafenstadt . Daher der Wunsch der Italiener nach der Übernahme von Djibouti und der Bahn nach Addis-Abeba .

In Bezug auf den Suezkanal wird von italienischer Seite die Forderung der Herabsetzung der Kanalgebühren und der Beteiligung Italiens an der Verwaltung des Suezkanals erhoben . Die Verwaltung des Suezkanals ist heute so gut wie ausschließlich in englischen und französischen Händen . In Wirklichkeit dreht es sich darum , daß Italien sich sichern möchte gegen die Möglichkeit , daß ihm im Falle des Konfliktes mit England oder Frankreich die Verbindung nach Abessinien durch den Suezkanal gesperrt wird . Das würde die Abschneidung der in Abessinien stehenden italienischen Truppen bedeuten und ihre Auslieferung an die Abessinier . Zwar soll der Suezkanal nach den internationalen Vertragsbestimmungen im Krieg , wie im Frieden ,

allen Flotten offenstehen, aber was sind solche Vertragsbestimmungen im Kriegsfall? Deshalb versucht Italien zunächst einmal, in die Verwaltung des Sueskanals hineinzukommen. Diese Forderung wird von Deutschland unterstützt und auch von ihm selbst erhoben.

Die italienischen Forderungen hängen untereinander zusammen als Ausgangspunkt für den Kampf um die italienische Oberherrschaft im Mittelmeer und für die Schaffung eines ausgedehnten nord- und mittel-afrikanischen Kolonialreiches, vor allem auf Kosten der Besitzungen des französischen Imperialismus.

Wie stellen sich die französischen und englischen Regierungen zu diesen Forderungen?

Die französische Regierung hat in der Kammer durch den Außenminister Bonnet kategorisch erklären lassen, daß Frankreich "keinen Zollbreit seines Gebietes" an Italien abzutreten beabsichtige und daß, wenn Italien trotzdem darauf beharre, dies zu versuchen, dies den Krieg bedeute. Die englische Regierung hat sekundiert mit der Erklärung Chamberlains im Unterhaus, daß Tunis von England als in die territoriale Integrität der Mittelmeergebiete, die das italienisch-englische Abkommen stipuliert, einbegriffen betrachtet werde. Dagegen kam es zu schwankenden Äußerungen über die Verpflichtung Englands, Frankreich zu unterstützen, falls es von Italien angegriffen würde.

Gleichzeitig bereitet Hitlerdeutschland im Osten neue Vorstöße vor. Es hat sich zuvor den Rücken gedeckt durch das französisch-deutsche Abkommen, dessen eigentlicher Sinn der ist, daß Hitlerdeutschland bei seinen Expansionsbestrebungen im Osten nicht von Frankreich und England gestört wird.

Da wird zunächst die Memelfrage wieder aufgerollt, die aber heute nicht mehr die Frage von Memel, sondern die Frage Litauens ist. Der Hafen Memel ist nichts ohne das litauische Hinterland, umgekehrt ist für Litauen Memel als Hafen unentbehrlich, was liegt also für Hitlerdeutschland näher, als sich nicht auf den Anschluß Memels zu beschränken, sondern gleichzeitig in irgendeiner Form Litauen zum deutschen Vasallenstaat zu machen, gewissermaßen zum Anhängsel an Memel. Die Wahlen zum Memeler Landtag, die trotz aller Anstrengungen und trotz allem Terror, der von den Memelern Nazis geübt wurde, den Deutschen nur einen weiteren Sitz brachten, werden als durchsichtiger Vorwand benützt, um die Memelfrage aufs Neue aufzurollen und in Gang zu halten.

Wenn die Tschechoslowakei noch auf die Hilfe Frankreichs, Englands und der Sowjetunion hoffte, so kann sich Litauen von vornherein keine Hoffnung auf die Hilfe irgendeiner Großmacht erlauben. Zwar ist das Memelstatut auch von Frankreich und England garantiert und diese beiden Länder haben auf diplomatischem Wege Deutschland auf die Innehaltung des Statuts aufmerksam gemacht, aber das sind bekanntermaßen leere diplomatische Gesten. Man hat von Seiten Englands und Frankreichs selbst auf die Heuchelei verzichtet; Litauen gegebenenfalls zu Hilfe zu kommen zu wollen. Hitlerdeutschland kann Memel und Litauen schlucken in der Form, in der es ihm paßt und zu dem Zeitpunkt, der ihm gelegen ist.

Nicht ganz so einfach steht es mit der sogenannten "ukrainischen Frage", die heute von Deutschland wieder aufgerollt wird. Das Sprungbrett dafür soll die Karpatho-Ukraine sein, der östliche Zipfel der gegenwärtigen Tschechoslowakei, in dem sich Hitlerdeutschland im Eiltempo eingenistet hat. Das Ziel ist die Annexion des von Ukrainern bewohnten Gebietes der "Karpatho-Ukraine", Polens (mit 5-7 Millionen Einwohnern) und der Sowjetukraine (mit über 30 Millionen Einwohnern) unter dem Vorwand der

Schaffung eines autonomen ukrainischen Staates. In Wirklichkeit zielen die Nazis darauf ab, 1. das ukrainische Gebiet in eine deutsche Kolonie zu verwandeln (die Einwohner sollen daraus vertrieben und deutsche Bauern an ihrer Stelle angesiedelt werden); 2. die Aufteilung und Vernichtung der Sowjetunion in Angriff zu nehmen. Denn es ist klar, daß, wenn die Sowjetunion sich die Ukraine entreißen ließe, das die imperialistischen Räuber geradezu einladen würde, die ganze Union in Stücke zu reißen und das Sowjetregime zu stürzen.

Vielleicht kann man auch annehmen, daß das jetzige Vorgehen Japans in China zur praktischen Liquidierung des Neunmächtevertrages und der "Offenen Tür" ferner sein Vorstoß gegen die Sowjetunion in der Fischereifrage mit dem italienischen und deutschen Vorgehen in Europa abgestimmt sind.

Welches sind die Perspektiven für die neue europäische Krise; die von Italien und Hitlerdeutschland planmäßig vorbereitet wird?

Wird sich "München" wiederholen? Das heißt, werden Italien und Deutschland von England und Frankreich neue Zugeständnisse gemacht werden?

Es ist keineswegs sicher, daß die Dinge einfach wieder nach dem Münchener Schema verlaufen werden. Schon Tunis geht Frankreich und vor allem England mehr an die Nieren, als die CSR es getan hatte. Für Frankreich ist es eigenes Kolonialgebiet. Für England ist Tunis die Frage der Freihaltung seines Weges durch das Mittelmeer. Andererseits haben die militärischen Drohungen Italiens für England und Frankreich sicher nicht dasselbe Gewicht, wie es die Hitlerdeutschlands haben. Es kommt also sehr viel darauf an, in welchem Umfange eventuelle militärische Vorbereitungen und Drohungen Italiens gegen Frankreich von Hitlerdeutschland unterstützt werden.

Man kann damit rechnen, daß die in Vorbereitung befindliche nächste europäische Krise in wenigen Monaten eine akute Form annehmen wird.

---

#### Das französische Parlament und das Budget

---

Im französischen Parlament wird dieser Tage das Budget in einem solchen Tempo durchgepeitscht, daß die Beratung die reine Komödie (3 ½ Minute Redezeit für Debatteredner) und die parlamentarische Kontrolle des Budgets völlig illusorisch geworden ist.

Umso seltsamer sticht von dieser realen Nichtigkeit der parlamentarischen Beratungen die Wichtigkeit ab, mit der die "Interventionen" der sozialistischen und kommunistischen Abgeordneten von ihrer Parteipresse behandelt werden. Die außerparlamentarische und die parlamentarische Ohnmacht der Arbeiterparteien wird durch dieses parlamentarische Theater zu verhüllen versucht. Die Wirkung kann nur die sein, daß das Ansehen des Parlaments in den Massen immer tiefer sinkt und daß im Notfalle sich kein Finger rühren wird, um es zu verteidigen.

Interessant waren in der auswärtigen Kommission der Kammer die von dem Außenminister Bonnet abgegebenen Erklärungen in der Frage des franko-sowjetischen Bündnisses und der Äußerungen Flandins dazu. Bonnet versicherte, daß für den Fall eines Angriffs auf die Sowjet-Ukraine der franko-sowjetische Pakt anzuwenden sei. Flandin dagegen erklärte, daß das nicht der Fall sei. Diese Doppelspurigkeit ist wohl nicht zufällig. Man kann annehmen, daß die Äußerungen Bonnets nur "parlamentarisch" gemeint waren, während die



Stellungnahme Flandins die in der französischen Bourgeoisie gegenwärtig vorherrschende Auffassung widerspiegelt.

Die in der französischen Bourgeoisie auf dem Gebiet der Außenpolitik vorhandenen Gegensätze spiegeln sich in den heftigen Auseinandersetzungen wider, die sich jetzt im Schoße der SFIO bei der Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages, der in den Weihnachtstagen stattfinden soll, abspielen. Die Hauptströmungen, die sich gegenüberstehen, sind die des Sozialpatriotismus, vertreten durch die Resolution Léon Blum, der sich die Richtung Zyromski angeschlossen hat, und die des Sozialpazifismus, vertreten durch die Resolution Paul Faure.

Nur von einer revolutionären Stellungnahme zur Kriegsfrage ist bei diesen Auseinandersetzungen nichts zu finden und die Hauptschuld daran, daß dem heute so ist, trägt die Kommunistische Partei Frankreichs und die Kommunistische Internationale, die in unglaublichem Umfange in der Kriegsfrage Verwirrung in der Arbeiterklasse angerichtet hat,

=o=o=o=o=o=o=o=o=o=o=o=o=o=

Kommissionen statt A k t i o n .

=====

Am letzten Montag hat das Pariser Gewerkschaftskartell getagt und sich mit der durch den Streik geschaffenen Lage beschäftigt. Es hat einstimmig die Maßnahmen der Bundesleitung gebilligt, die den Zweck haben, die infolge des Streiks entlassenen Arbeiter wieder in der Produktion unterzubringen und die Solidaritätsmarke zu 2 frs. abzusetzen. Welche konkreten Maßnahmen durchgeführt werden, wird in dem offiziellen Bericht nicht angegeben.

Das Gewerkschaftskartell hat noch aus Eigenem hinzugefügt, daß zur Durchführung der Wiedereinstellung "de larges comités de soutien" (breite Unterstützungsausschüsse) gebildet werden sollen. Leute, die Bescheid wissen, behaupten, daß in Frankreich jede "Aktion" mit einer Kommission oder mit einem Comité endet .....

Gegen die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung im Departement Seine-et-Oise wurde protestiert und die üblichen Forderungen zur Arbeitsbeschaffung aufgestellt. Gegen die verteuerte Lebenshaltung und die Erhöhung der Tarife soll eine "allgemeine Aktion" unternommen werden. Zum Studium der Pariser Verkehrsverhältnisse soll ebenfalls eine Kommission gebildet werden. Was dabei herauskommen soll und zu welchem Zweck die ganze Sache überhaupt unternommen wird, ist nicht ersichtlich. Für Lohn-erhöhungen soll eine intensive Propaganda durchgeführt werden. Desgleichen für den famosen "konstruktiven" Plan der CGT. Damit nichts vergessen wird, soll ab 1. Januar eine verstärkte Mitgliederwerbung begonnen werden.

Die bürokratische Manier, mit welcher das wichtigste und stärkste Gewerkschaftskartell Frankreichs zur Lage nach dem Generalstreik Stellung genommen hat, ist bezeichnend für die Hilflosigkeit der Gewerkschaftsbürokratie. Anstatt einer wirklichen Aktion wird nach hergebrachter Manier ein Salat von Forderungen aufgestellt, aus dem sich jeder das Fassende herausuchen kann. Von diesen Leuten hat die französische Arbeiterklasse nichts mehr zu erwarten.

## Die spanische Jugend gegen die Stalinisten .

In ihrer ersten Dezembernummer veröffentlicht "Independent News" ausführliches Material über die Vorgänge in den spanischen Jugendorganisationen. Daraus geht hervor, daß die stalinistische Presse gegen die Jugendorganisationen der Anarcho-Syndikalisten, die "Libertäre Jugend" mit demselben Verleumdungsfeldzug begonnen hat, den sie seit zwei Jahren gegen die Jugend der POUM, die "Kommunistische Jugend Iberiens" führt. Die libertäre Jugendorganisation hat bisher allen Versuchen, sie organisatorisch und politisch im stalinistischen Sinne gleichzuschalten, erfolgreich Widerstand geleistet. Deshalb soll sie "im Dienste Francos" stehen und die Regierung Negrin wird von den Stalinisten aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Der unmittelbare Anlaß zu dieser Verleumdungskampagne ist die Tatsache, daß die "Antifaschistische Jugend-Allianz", die die Libertäre Jugend nach "Beseitigung" der widerstrebenden Elemente nach den Maitagen von 1937 zusammen mit der stalinistischen Jugend und den bürgerlichen Jugendorganisationen gebildet hatte, vom Zerfall bedroht ist. Die Bürgerlichen sind den Stalinisten dermaßen über den Kopf gewachsen, daß die Lage für diese immer bedrohlicher wird. Auf der anderen Seite wird die Tendenz innerhalb der libertären Jugend, mit den Stalinisten und den Bürgerlichen zu brechen, und stattdessen mit der "Kommunistischen Jugend Iberiens" die "Revolutionäre Jugendfront" von ehemals wieder aufzurichten, immer stärker.

Wie leichtfertig die Stalinisten mit ihren Behauptungen umgehen, zeigt ein Offener Brief, den der Jugendvertreter der Libertären an den Sekretär der stalinistischen Jugend, Santiago Carrillo, gerichtet hat und in dem es heißt:

" = "Ahora" (das stalinistische Jugendorgan) schließt seinen Artikel mit der Aufforderung an die Libertäre Jugend, mit den anderen Gruppen der antifaschistischen Jugend aufs engste zusammenzuarbeiten. Und das zeigt, daß Ihr selbst nicht an Eure Beschuldigungen glaubt, denn wenn Ihr uns als Agenten Francos bezeichnet, wie könnt Ihr uns dann auffordern, zusammen zu marschieren? Und wenn Ihr diese Aufforderung an uns richtet, wie könnt Ihr es dann wagen, uns als Agenten Francos zu behandeln? Aber bei Euch ist es eben schon eine lächerliche und festgewurzelte Gewohnheit geworden, das zu tun, was vor einigen Tagen schon ein Vorstandsmitglied der Sozialistischen Partei kennzeichnete: In demselben Brief, in dem Ihr zu gemeinsamer Arbeit auffordert, schwere Beschuldigungen auszustößen " . -

Auch in den Reihen der vereinigten stalinistischen Jugend selbst scheint man allmählich die Nase von der Politik der ausgestreckten Hand gegen Katholiken und Faschisten woll zu bekommen. Dafür sind ein vollgültiger Beweis die wütenden Artikel, die seit einiger Zeit in der stalinistischen Presse gegen "die Spalter in den eigenen Reihen" erscheinen. Sie werden beschuldigt, persönliche Ziele zu verfolgen, und "von Haß gegen das spanische Volk" besetzt zu sein. (Wer denkt dabei nicht an die "Volksfeinde" in der Sowjetunion?) Aus diesen Artikeln geht hervor, daß in der Provinz Jaen und in Albaete die Spaltung bereits eine vollendete Tatsache geworden ist, daß sie in Almeria unmittelbar bevorsteht. Die Jugend dort schließt sich der Sozialistischen Partei als Jugendsektion an und diese Ortsgruppen der SP werden beschuldigt, daß sie in ihrer Praxis gegen die Politik der Regierung ankämpfen. Die örtlichen Behörden sollen sie in dieser Arbeit unterstützen.

Es handelt sich um die Tendenz Largo Caballero, die sich auf diese Weise innerhalb der Sozialistischen Partei und der Jugend wieder rührt. Über die Natur der Forderungen dieser Richtung ist bisher noch nichts Näheres bekannt geworden.

Es ist als wahrscheinlich anzunehmen, daß die Tätigkeit der "Kommunistischen Jugend Iberiens" nicht ohne Einfluß auf diese Vorgänge ist. Der Auflösungsbeschluß im Urteil gegen die POUM hat sie natürlich nicht gehindert, ihre Arbeit, die bisher schon illegal war, fortzusetzen. Ihre Presse kommt regelmässig heraus und sie hat ein Manifest an die Kämpfer der Internationalen Brigaden herausgegeben, in welchem sie als Opfer der Politik der Regierung Negrin bezeichnet werden.

Aus alledem geht hervor, daß das Problem der "Revolutionären Jugendfront" in Spanien von neuem auf der Tagesordnung steht. Ob das der Anfang zur erneuten Aufrollung des ganzen Problems der Einheitsfront des Proletariats und zur Liquidierung der Volksfront im Allgemeinen ist, läßt sich heute allerdings noch nicht feststellen.

.....  
Volksfrontblüten in der S c h w e i z .  
=====

In Zürich existiert seit einiger Zeit eine Art Jugendvolksfront, genannt die "Taggemeinschaft" zur Verteidigung der Schweizer "Demokratie". In dieser Organisation befanden sich bisher katholische, evangelische, bürgerliche Jugendbünde und die sozialdemokratische und kommunistische Parteijugendorganisationen. Auf dem in diesem Jahr in Baden stattgefundenen Kongreß der sozialistischen Parteijugend veranstalteten die jungen Genossen einen Demonstrationszug mit Transparenten "Für das rote Spanien!" Da es Sonntag war, kam es dann vor der Kirche zu kleinen Krawallen mit den empörten Bürgern, die aus der Kirche kamen.

Auf Grund dieser Vorfälle verlangten die bürgerlichen Organisationen innerhalb der "Taggemeinschaft" den Ausschluß der sozialistischen Jugend. Der Antrag kam auch durch, weil die Vertreter der Kommunistischen Jugend die Erklärung abgaben, sie seien nicht für das rote, sondern für das republikanische Spanien.

Außerdem lehnten sie die Provozierung der Kirchenbesucher durch solche Transparente ab.

So sitzen kommunistische und bürgerliche Jugendorganisationen aller Schattierungen in einem Volksfrontladen zusammen, während die Sozialistische Jugend wegen ihrer sozialistischen Propaganda ausgeschlossen wurde.

.....  
Eine neue Welle der Kriegsfurcht in Hitlerdeutschland  
=====

Eine neue Welle der Kriegsfurcht geht in Hitlerdeutschland aus von den sichtbaren Vorbereitungen für die nächste europäische Krise, vor allem der Unterstützung der italienischen Forderungen durch die Nazipresse, der Aufrollung der Memelfrage, der ukrainischen Frage usw.

Das Naziregime antwortet darauf, indem es neue Terrormaßnahmen vorbereitet. So sind seit einiger Zeit Vorbereitungen zu neuen Schlägen gegen die ta-



tholische Kirche im Gange, die nicht nur darauf abzielen, neue Bevölkerungsteile einzuschüchtern, sondern auch einen Raubzug auf das katholische Kirchen- und Ordensvermögen zu organisieren - zum Besten der deutschen Aufrüstung und der eigenen weiten Taschen der Nazibonzen.

Aus der Höhe der vom Reich in der letzten Zeit aufgelegten Anleihe zu schließen, muß das Tempo der Rüstungsausgaben enorm gesteigert worden sein. Das bringt steigende Schwierigkeiten für das Reich, aber es wäre falsch zu erwarten, daß diese Schwierigkeiten eine absolute Schranke für die deutsche Aufrüstung bilden. Solange das Regime hält, ist diese Schranke nur gegeben durch die Möglichkeit der Beschaffung von Arbeitskräften und von Rohstoffen.

Was die Arbeitskräfte anbelangt, so macht sich hier die Knappheit immer stärker fühlbar. Eines der Anzeichen dafür ist die Rückberufung deutscher Dienstmädchen aus dem Auslande, die in Deutschland Arbeitsdienst leisten und so männliche Arbeitskräfte für die Rüstungsarbeit freisetzen sollen. Der Wirtschaftsminister Funk hat jetzt von Göring äußerst weitgehende Vollmachten erhalten, um über die vorhandenen Arbeitskräfte und Betriebe zu verfügen.

Die Wirkungen des Münchener Abkommens drücken sich jetzt auch darin aus, daß die Nazipresse sich immer gröber und drohender gegen die Presse der neutralen Länder, insbesondere der Schweiz und Hollands, wendet, um ihr beizubringen, daß sie sich im Interesse der Neutralität, so wie Hitlerdeutschland sie sich vorstellt, künftig überhaupt jeder kritischen Äußerung über die inneren Vorgänge Nazideutschlands zu enthalten haben.

Die deutschen Juden wurden von Schacht in der Londoner City zum Export gegen gute Valuten oder Abnahme eines weiteren Kontingents deutscher Waren angeboten. Die Nazis wollen so offenbar demonstrieren, daß die arische Edelrasse die Juden auch in punkto geschäftlicher Gerissenheit übertrumpft.

-----  
Zum Prozeß gegen die P O U M .  
=====

Nachstehender Brief stammt von einem anarchistischen Staboffizier an der aragonesischen Front namens Vivanco und ist an den Kommissar der Westfront Virgilio Llanos gerichtet, der im Prozeß als Belastungszeuge gegen die POUM auftrat. Die Veröffentlichung dieses Briefes wurde von der Zensur verboten:

Offener Brief an Don Virgilio Llanos .

Im Felde, 27. Oktober 1938

Wertes Herr,

die Erklärungen, die Sie während des Prozesses gegen einige Führer der POUM abgegeben haben, und die Sie mir zuschreiben wollen, haben mir eine sehr große Überraschung bereitet, denn sie entsprechen nicht im Entferntesten der Wahrheit. Ich bin nicht damit einverstanden, daß jemand meinen guten Namen als Vorwand für politische Schiebungen benutzt, und damit die Wahrheit zu Ehren kommt, werde ich die Tatsachen so darstellen, wie sie waren und nicht, wie Sie sie erzählt haben.

Infolge der Mar-Ereignisse in Barcelona waren die Soldaten des nördlichen Sektors von Huesca in großer Aufregung. Infolge der außerordentlichen Vor-

sichtsmaßnahmen , die von der Regierung getroffen wurden, und auf die übertriebenen Gerüchte hin, die von einigen unverantwortlichen und störungslustigen Elementen verbreitet wurden , erreichte die Erregung am 5. Mai ihren Höhepunkt .

Um Mitternacht teilte mir der Major Zanotti mit, daß einige Bataillone , die zur früheren Kolonne Rossa-Negra gehörten, auf Lerida marschierten , Ich kommandierte damals die 125. gemischte Brigade , da aber der Führer der 28. Division , Gregorio Jover , in jenem Augenblick abwesend war, mußte ich angesichts der Schwere des Falles schnell eingreifen.

Ich wandte mich nach Sietamo , wo ich die Truppen anzutreffen hoffte, aber im Hauptquartier der 29. Division wurde mir gesagt , daß sie schon durchgezogen wären und auf Lerida marschierten , wobei ihnen einige Bataillone der 29. Division , die zu jener Zeit in Reserve lagen, gefolgt wären. Ich fuhr sofort auf Lerida zu und traf die Truppen ( 4 - 5 Bataillone ) in Binefar.

Ich verlangte die Offiziere zu sprechen und mir wurde ein Privathaus angegeben, wo ich sie in der Tat alle zusammen antraf. Ich fragte sie, was sie vor hätten und sie antworteten mir, daß sie auf Lerida marschierten, weil dort ihre Genossen umgebracht würden und sie wollten ein für allemal mit diesen Morden und Mißbräuchen aufräumen.

Ich stelle ihnen vor , welche schwerwiegenden Folgen ihr Unternehmen haben könnte, daß es sich um eine Aktion gegen die Regierung handle, daß eine militärische Katastrophe die Folge sein könne , aus der nur die Faschisten Nutzen ziehen könnten. Sie ließen sich überzeugen und befolgten meine Bitten , an die Front zurückzukehren.

Es wurden sofort die entsprechenden Befehle ausgegeben, und sämtliche Truppen begannen , sich darauf vorzubereiten , an ihren Ausgangspunkt zurückzukehren. Am 6. Mai um 4 Uhr morgens begannen die Truppen mit dem Rückmarsch.

In Lerida traf ich dann Rovira , den Befehlshaber der 29. Division (PCUM), der in Binefar gewesen war, und wir besprachen uns dann mit dem damaligen Vertreter der Generalitat , Herrn Vila. Ich teilte ihm mit, daß die Truppen , die einige Stunden vorher auf Lerida marschiert waren, sich jetzt wieder nach Huesca wandten, und daß die Gefahr von dieser Seite beseitigt sei, aber ich bat ihn auch, seinen Guardias den Befehl zu geben, sich sofort in ihre Kasernen zurückzuziehen , was auch geschah.

Ich traf mit dem Vertreter der PCUM und der verschiedenen Arbeiter-Organisationen von Lerida und ersuchte sie, mit den Feindseligkeiten aufzuhören. Meine Bitten und meine Beweisgründe wurden angehört und wenige Stunden nachher war die Gefahr , die Lerida bedroht hatte, vollkommen verschwunden, aber ich muß dabei bemerken, daß es zu jener Zeit in Lerida weder von Seiten der Regierungstreitkräfte, noch von Seiten der Arbeiter zu Ausschreitungen gekommen war.

Ich kehrte an die Front zurück und als ich durch Binefar kam ( es war am 11. Mai morgens ) , hielt ich mich dort einen Augenblick auf, um festzustellen , ob alle Truppen weg waren und ich konnte feststellen, daß keine mehr dort waren. Ich fragte einige Einwohner, ob die Truppen, die an jenem Morgen aus Binefar weggezogen waren, irgendwelche Ausschreitungen begangen hätten, aber alles antwortete mir, daß sie sich äußerst korrekt benommen hätten.

Das ist die ganze Wahrheit über die Vorfälle in Bezug auf den Marsch auf Lerida. Sie, Herr Llanos, und nicht ich, sagen, daß die Truppen der FAI (es handelt sich um die 28. Division) von der POUM beeinflusst waren, und das ist vollkommen falsch.

Die 28. Division oder FAI, wie Sie sie nennen wollen, unterhielt die notwendigen guten und herzlichen nachbarlichen Beziehungen mit den angrenzenden 29. und 27. Division, sowie mit allen anderen Divisionen des republikanischen Heeres. Die 28. Division hat sich niemals von einer politischen Partei irgendeiner Richtung beeinflussen lassen, denn sie hatte und hat noch genügend Selbstbewusstsein, und als die Regierung Befehl, daß die alten Milizen sich in das Volkshoer einreihen sollten, gehorchten wir, umso besser der Freiheit Spaniens dienen zu können. Von da an haben wir immer und vollständig unser Versprechen gehalten und voll und ganz unsere Pflicht erfüllt.

Die 28. Division, Herr Llanos, hat sich niemals erhoben, und sie ist auch nicht der 29. Division gefolgt. Die 28. Division war zu jener Zeit an der Front, sie hat niemals eine Handbreit Schützengraben dem Feind überlassen.

Da ich immer ein Freund der Wahrheit gewesen bin, habe ich niemals weder Ihnen, noch sonst jemand gegenüber, Anklagen ausgesprochen, die Sie im Prozeß gegen die 29. Division geschleudert haben. Und Gerechtigkeit muß sein!

Die Erklärungen, die Sie gegen die 29. Division abgegeben haben, und die Sie auch mir zuschreiben, nämlich in Bezug auf einen Nichtangriffspakt mit den Faschisten usw., kann ich nicht als wahrheitsgemäß betrachten und ich glaube sie auch nicht, denn ich kenne die Leute dieser Division zu lange und zu nahe. Außer den politischen Hirnverbrannten, die von vielen von ihnen begangen wurden, die Sie ganz gut kennen, haben sie sich immer anständig betragen, haben sie immer ihre militärische Pflicht erfüllt, ob es nun beim Angriff oder bei der Verteidigung war (ich spreche von der Huescafront).

Sie wissen, da Sie zu jener Zeit Kommissar des Ostheeres waren, daß der General Pozas nach anderen Vorfällen, deren Sie keine Erwähnung tun, mich mit der Reorganisation der 29. Division beauftragte und daß in wenigen Tagen beachtenswerte Fortschritte in Bezug auf Disziplin und Ausführung der Befehle gemacht wurden und zwar durch alle Soldaten und Offiziere dieser Division.

Ob innerhalb der 29. Division und in einigen anderen Elementen existierten, die sich dem Faschismus verkauft hatten? Ich leugne es nicht. Aber wir müssen in Betracht ziehen, Herr Llanos, daß wir dem Heer der Republik angehören, die in ihrem Wesen und in ihrer Haltung die Demokratie, die Ehre und der Anstand ist, die uns, die wirklichen Spanier kennzeichnen und die uns verpflichten, gerecht zu sein und mit dem größten Edelmut zu verfahren, auch wenn es sich um unsere Gegner handelt.

In Zukunft versuchen Sie also, sich nicht von der Leidenschaft beeinflussen zu lassen, sondern sich an die Wahrheit zu halten, die die Mutter der Gerechtigkeit ist.

gez. G. Vivanos  
Oberstleutnant.



Politische Bärte - Straßenschlachten und Dynamit-Pirow-etten in  
-----  
Südafrika .  
-----

Wir entnehmen dem AMERICAN PRESS BUREAU DIENST folgende Schilderung vom 30.11.38. im Auszug, die auch unsere Leser interessieren dürfte.

Johannesburg (Südafrikanische Union). Das Straßenbild war in den letzten Wochen erstaunlich kontrastreich. Unter mächtigen Hochhäusern, inmitten einer Flut modernster Automobile bewegte sich ein beträchtlicher Teil der Johannesburger Männerwelt zwischen 18 und 60 angetan mit dem Gesichtsschmuck ihrer Vorfahren. Die große Mode hieß Vollbart. Oft sah man auch in die Straßenbahnen, deren Führer und Kondukteure übrigens besonders verwegene Barttrachten liebten, Frauen einsteigen, in weiten bedruckten Kattunkleidern, auf dem Kopf große Schutzen und man hatte den Eindruck, einem Trachtenfest in Kostümen der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts beizuwohnen.

Anlaß zu diesem biedermeierlichen Treiben gab die 100-Jahrfeier des großen Vortrekkerzuges der Buren von den Küsten Afrikas in das Innere des schwarzen Kontinents, dessen südliche Hälfte durch die Kämpfe und Siege dieser holländischen und hugenottischen Bauern der europäischen Besiedlung dienstbar gemacht worden ist. Aber genau wie vor 100 Jahren die schweren politischen Konflikte zwischen den am Kap der guten Hoffnung kolonisierenden Engländern und den Buren Anlaß zu dem großen Trek waren, verbirgt sich heute hinter den biedermeierlichen Festlichkeiten der Nachfahren der gleiche erbitterte Haß gegen die nunmehrigen Herren des größten Goldvorkommens der Erde, gegen alles, was britisch ist.

Die Feierlichkeiten sind zur politischen Waffe der nationalistischen Partei geworden und die südafrikanischen Zeitungen füllten täglich viele Spalten mit Berichten über den "Rassenhaß", der diesen Veranstaltungen den Stempel aufdrückte. Die kalvinistische Kirche, die auch heute noch über großen Einfluß verfügt und entscheidenden Anteil an diesen Feiern nimmt, steht weitgehend unter der politischen Vormundschaft der Nationalisten.

Kürzlich hat in Johannesburg eine Abteilung der sonst noch schwachen faschistischen Grauhenden-Bewegung - unter Anwendung der Feuerwaffe - und mit Unterstützung von Massen bärtiger Nationalisten eine Straßenschlacht mit antifaschistischen Demonstranten geliefert, wie sie das gegenwärtige Südafrika noch nicht erlebt hat. Mehr als 50 Personen wurden verletzt und die Polizei, die teilweise aus ihren Sympathien für die bärtigen Demonstranten nur geringen Hehl machte, konnte nur mit Hilfe von Tränengasbomben die Ruhe auf dem Versammlungsplatz wieder herstellen, während die abziehenden faschistischen Parteigänger, unter ihnen Straßenbahner und Postbeamte in Uniform, an verschiedenen Stellen der Stadt völlig unbeteiligte jüdische Bürger anfielen und blutig mißhandelten.

Das alles geschah am gleichen Abend, an dem der Ministerpräsident General Hertzog alle Parteien zu einem politischen "Weihnachtsfrieden" für den Monat Dezember aufgerufen hatte. 36 Stunden später jedoch, wurden die Bewohner von Benoni - einer Minenstadt in der Umgebung von Johannesburg - durch eine meilenweit hörbare Detonation aus dem Schlaf geschreckt, als deren Ursache ein Dynamitanschlag auf eine dortige Synagoge festgestellt wurde. Die Erregung darüber ist überall groß.

Verständlicherweise richten sich die Gedanken der Südafrikaner auf das Land, in dem das Vorbild zu dieser Tat gegeben wurde und das der südafrikanische Verteidigungsminister Oswald Pirow zur gleichen Zeit besucht hatte. Das hübsche Wortspiel von der "Pirow-ette", die der Minister durch Deutschland drehte, ging hier von Mund zu Mund und ein großer Teil der Presse übte an dieser Reise recht lebhaft Kritik. Der vorhergehende unprogrammierte Besuch in Francos Hauptquartier war mit unwilliger Überwachung aufgenommen worden.....

# Arbeiterpolitik

Organ der KP(O) - Elsass - Sektion der I.V.K.O. - erscheint wöchentlich

No. 52 / V. Jahrgang

Fünfte Dezemberwoche 1938

Der Sieg des Sozialpatriotismus in der Sozialistischen Partei Frankreichs

Nachdem eine Debatte von mehreren Monaten in den lokalen Organisationen der Sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO) über die Frage der Friedenspolitik ( oder Kriegspolitik ) vorangegangen war , fand am 25.-27. Dezember 1938 ein außerordentlicher Kongreß dieser Partei in dem Vorort Montrouge bei Paris statt , der zu entscheiden hatte .

In der Hauptsache standen sich zwei Auffassungen gegenüber , die von Léon Blum , die man als die des Sozialpatriotismus bezeichnen kann, und die von Paul Faure, einem der beiden Generalsekretäre der Partei , die einen sozialpazifistischen Charakter trägt. Andere Bezeichnungen, die gebraucht wurden, und die sich auf gewisse Seiten der Resolution beziehen, sind die einer Anti-Münchener Haltung für die Richtung Blum und einer " Münchener " Haltung für die Richtung Paul Faure. Versuche, die gleich zu Beginn des Kongresses unternommen wurden, um zu einem Kompromiß zu gelangen, scheiterten nach zwei Tagen , Infolgedessen kam es erst am dritten Tage zur öffentlichen Debatte über die Kriegsfrage.

Bei der Abstimmung fielen auf die Resolution Blum 4.322 Mandate gegen 2.837 für die Resolution Paul Faure. Ein Antrag Gukowski erhielt 50 Stimmen. Es gab 1.014 Enthaltungen. Mehrheit und Minderheit verhielten sich ungefähr wie 3 : 2 . Paul Faure erklärte im Namen seiner Anhänger, daß die Minderheit sich diszipliniert dem Mehrheitsbeschluß fügen werde, sich aber das Recht vorbehalte, ihre Auffassungen auch weiter innerhalb der Partei zu erläutern und zu vertreten .

Betrachten wir zunächst die eingebrachten Hauptresolutionen . Zunächst die Resolution Blum, in der folgende Stellen charakteristisch sind :

" Sie ( die Partei ) , heißt es hier, muß anerkennen, daß gegen die Kriegsgefahren, die im eigentlichen Sinne sozialistischen Kampfmethoden, das heißt die übereinstimmende Aktion der verschiedenen Proletariate, die möglich waren zur Zeit des Kongresses von Stuttgart , die selbst 1914 möglich waren, heute nicht mehr möglich sind. "

Das ist - mit einer sophistischen Begründung , die keiner ernsten Prüfung standhält - die offene Absage an den Klassenkampf und an den proletarischen Internationalismus . Die Sophistik beruht darauf, daß die Resolution versucht, als objektive Unmöglichkeit hinzustellen, was in Wahrheit ein Wandel in der subjektiven Stellung der SFIO zur Kriegsfrage ist.

Dann folgt das Bekenntnis zur unbedingten Vaterlandsverteidigung und zur Aufrüstung :

" Die Partei erklärt daher, daß sie vollständig und vorbehaltlos (totale-

" ment et sans reserves ] an der Verteidigung des Landes gegen alle Angriffe und Unternehmungen teilnehmen wird, die die Unversehrtheit seines Gebietes, die Vollständigkeit seiner Souveränität und seine politische Unabhängigkeit bedrohen. Dies sind Opfer, denen selbst das Risiko eines Angriffes das französische Volk und das französische Proletariat nicht zwingen kann zuzustimmen. Die Partei erklärt daher, daß in diesen Punkten kein Abkommen, kein Zugeständnis, das unter der Drohung des Krieges gefordert würde, erträglich wäre. Sie erklärt, daß sie bereit ist, in allen Formen an den vielfachen Aufgaben mitzuarbeiten, die die Sicherheit Frankreichs stellt. "

Die Resolution erklärt, daß der Völkerbund keine verlässliche Kraft mehr sei, auf den man sich stützen könne.

Sie schlägt vor, die bestehenden vertraglichen Verpflichtungen Frankreichs neu zu überprüfen, betont aber jetzt schon, daß man sich in erster Linie auf die englisch-französische Entente und den franko-sowjetischen Pakt verlassen müsse und fügt hinzu :

" Sobald diese Verträge einmal abgeschlossen sind, verpflichten sie in derselben Weise alle Regierungen, einschließlich derjenigen, die die Sozialistische Partei bildet und derjenigen, an denen sie beteiligt ist. "

Die Partei verteidigt nicht nur das eigentliche französische Territorium, sondern sie will dem Lande auch begreiflich machen, " daß die Sicherheit des Landes die Besetzung von beherrschenden Stellungen durch eventuelle Gegner verbietet - wie das Kontinentale Spanien, die Balearen oder die Kanarischen Inseln - die seine Grenzen oder seine Verbindungen bedrohen. "

Zwar verwehrt sich Léon Blum in der Diskussion dagegen, den französischen Imperialismus zu unterstützen, aber diese Stellen der Resolution lassen keinen Zweifel darüber, daß es sich bei der " Landesverteidigung", zu der sich jetzt die Mehrheit der SFIO offen und nachdrücklich bekennt, nicht nur um die Verteidigung des französischen Mutterlandes, sondern ebenso sehr um die des französischen Imperiums, des Kolonialreiches, handelt. Die " Verbindungen " Frankreichs, die verteidigt werden sollen, sie sind die Verbindungen zu den französischen Kolonien.

Die Resolution erklärt, nicht gegen direkte Verhandlungen mit den totalitären Diktaturen zu sein, aber " unter der einzigen Bedingung, daß sie der Aufklärung und der Gesamtregelung der europäischen Frage dienen. " Die Resolution spricht sich für " eine umfassende internationale Konferenz, die durch sich selbst die unteilbarkeit des Friedens symbolisiert, zu der alle Nationen Zutritt haben " usw. aus .

Als Vorbedingung für die Einladung Hitlerdeutschlands und des faschistischen Italiens wird verlangt, daß die Regierungen dieser beiden Länder ihre Truppen aus Spanien zurückziehen.

Die Resolution erklärt, daß beide Aufgaben gleich wichtig seien und verbunden werden müßten :

" Einerseits der Appell zur Organisation des allgemeinen Friedens, andererseits die Wiederaufrichtung der nationalen Haltung, die Zusammenfassung und Erhöhung aller Energien und vor allem der Energien des Volkes, dessen Vertrauen und Schwung die wertvollste Kraft des Landes darstellt. "

Wenn der allgemeine Standpunkt der Resolution Blum der des Sozialpatricismus und des Sozialimperialismus ist, so reflektiert sie insbesondere



diejenige Strömung der bürgerlichen Kreise Frankreichs, die für eine Politik der "festen Hand" gegenüber Hitlerdeutschland und Italien sind. Gleichzeitig ist sie der Reflex der entsprechenden Einstellung der Kommunistischen Partei Frankreichs, was sich am Deutlichsten ausdrückt in ihrer Betonung des franko-sowjetischen Bündnisses gegenüber den Tendenzen der herrschenden Kreise Frankreichs, dieses Bündnis abzuschreiben.

Nun zur Resolution Paul Faure .

Sie fängt gleich damit an zu sagen, "die Sozialistische Partei ist die Partei des Friedens". Das Abkommen von München, wird erklärt, war in der Septemberkrise das einzige Mittel, um den Krieg zu vermeiden. Das Münchener Abkommen hat eine Atempause geschaffen. Sie muß benutzt werden, "um den Frieden zu gewinnen, " "Frankreich muß die Initiative zu einer Friedenspolitik ergreifen."

Zur Vaterlandsverteidigung erklärt die Resolution Paul Faures :

"Die Sozialistische Bewegung in Frankreich, wenn sie auch tief und einmütig an der Verteidigung des Friedens hängt, so verkennt sie nicht die Notwendigkeit, die Integrität der Nation, ihre Unabhängigkeit und ihre Freiheiten zu verteidigen. Dieses Gefühl ist umso stärker, da sie sich des neuen Elementes bewußt ist, daß der Faschismus als Inhaber der Macht die großen europäischen Länder vorstellt.

Die Sozialistische Partei denkt infolgedessen, daß unser Land in Stand gesetzt werden muß, sich gegen jeden äußeren Angriff zu verteidigen, und innerhalb der Grenzen der Bedürfnisse dieser Politik der Selbstverteidigung ist sie zu den unvermeidlichen Opfern bereit."

Einer der charakteristischen Punkte der Resolution Paul Faure ist ihre Gegnerschaft gegen eine Politik der "ideologischen Kruezzüge", gegen die Bildung antifaschistischer Blocks.

"Die Aufrechterhaltung des Friedens, sagt die Resolution Paul Faure geradezu, erfordert im Gegensatz zu der verhängnisvollen Politik der einander entgegengesetzten Blocks - das dauernde Bestreben, um Bedingungen für das friedliche Zusammenleben der Länder der Demokratie und der totalitären Länder zu finden."

Auch die Resolution Paul Faure spricht sich für die Überprüfung der Bündnisverträge Frankreichs aus, aber in einem anderen Sinne, als die Resolution Blum. Sie spricht sich stillschweigend gegen die Aufrechterhaltung des franko-sowjetischen Hilfspaktes aus, indem sie erklärt :

"Die Sozialistische Partei stellt als Prinzip auf, daß die enge Solidarität, die vorhergehende Beratung und Übereinstimmung zwischen unserem Lande und Großbritannien über die internationalen Fragen die sichersten Garantien für die volle Wirksamkeit der Hilfspakte sind, Instrumente der Sicherheit der beiden Länder und des europäischen Friedens."

Ein folgender Abschnitt ist überschrieben "Alle Verhandlungen mit allen Ländern und auf allen Gebieten".

In Bezug auf Hitlerdeutschland heißt es in diesem Abschnitt :

"Ohne die Gefühle zu verbergen, die ihr die hitlerische Praxis einflößt, würde die Partei mit Freuden eine Verständigung (entente) besiegeln, die zwischen Frankreich und Deutschland abgeschlossen werden könnte, als Vorläufer einer allgemeinen Verständigung."

Gouin, der Berichterstatter der Resolution Paul Faure, erklärte auf dem

Parteitag u. a. :

" Infolgedessen sind wir gegen die Bildung eines antifaschistischen Blocks, der der totalitären Achse entgegengesetzt ist..... "

Die Resolution Paul Faure, die vom Standpunkt des Sozialpazifismus ausgeht, nähert sich in entscheidenden Punkten derjenigen Tendenz der englischen und französischen imperialistischen Politik, die durch die Namen Chamberlain-Laladier gekennzeichnet ist, der Politik des ( einstweiligen ) imperialistischen Kompromisses.

Mit dem revolutionären Klassenkampf und dem wahrhaften proletarischen Internationalismus hat auch die Resolution Paul Faure nichts zu tun.

In dieser Beziehung ist charakteristisch, daß auch sie/ <sup>sich</sup> wenn auch mit bestimmten Einschränkungen, und offensichtlich ohne Enthusiasmus, für die Landesverteidigung im kapitalistischen Regime ausspricht, Ferner ist für sie charakteristisch die Tendenz, das Bündnis mit der Sowjetunion außer Kraft zu setzen und überhaupt dem Druck der Länder des faschistischen Imperialismus nachzugeben.

Auf die Entscheidung in der Kriegsfrage folgte noch eine wahre Posse bei der Entscheidung in der Frage der inneren Politik-

Die natürliche innerpolitische Konsequenz der Stellung der Mehrheit in der Kriegsfrage ist im Kriegsfall der Burgfrieden und die Beteiligung der Sozialistischen Partei an einer Regierung der " nationalen Einheit ". Ferner das Bestreben, schon jetzt in dieser Richtung zu arbeiten. Die Anhänger Paul Faures wiesen die Mehrheit auch auf die innerpolitische Konsequenz dieser ihrer Haltung in der Kriegsfrage hin. Trotz alledem leistete sich die Mehrheit unter der Führung Blums den Scherz, der innerpolitischen Resolution der Minderheit zuzustimmen, die sich gegen die Notverordnungen, gegen die sie stützenden Methoden ( den " bloc national " ) ausspricht und erklärt, daß sie " gegen die Errichtung eines Ministeriums der französischen Einheit ist, was zwecklos geworden ist, sie kann nur eine Regierung annehmen, die sich auf eine ausgesprochen republikanische Mehrheit stützt, die entschlossen ist, unzweideutig die Demokratie und die Rechte der Arbeiter zu verteidigen und ein wirtschaftliches und finanzielles Programm anzuwenden, das von demjenigen inspiriert ist, das die zweite Regierung unter sozialistischer Führung im April 1938 vorlegte "

Innerpolitisch stand der Resolution Paul Faure nach diesem taktischen Manöver der Mehrheit nur noch die Resolution Deixonne gegenüber, die für eine " Regierung des Kampfes " , für Auflösung des Parlaments und für Neuwahlen auf Grund des Proportionalwahlrechts eintritt.

Die innerpolitische Resolution Paul Faure wurde also mit 7.076 Stimmen angenommen, während 910 Stimmen sich für die Resolution Deixonne aussprachen und 219 sich enthielten.

Was bedeutet diese Entscheidung der Sozialistischen Partei Frankreichs ?

Sie bedeutet, daß schon vor dem Kriegsausbruch die neben der englischen Labour Party stärkste reformistische Partei Europas sich in ihrer Mehrheit für den Sozialpatriotismus, für den Sozialimperialismus, für eine Politik der " starken Hand " gegen die des faschistischen Imperialismus ausgesprochen hat. Das bedeutet, daß die französische Bourgeoisie es umso leichter haben wird, wenn sie den Augenblick für gekommen hält, von der Politik der imperialistischen Zugeständnisse an Italien und Hitlerdeutschland überzugehen zur Politik der gepanzerten imperialistischen Faust. Die Entscheidung

der Mehrheit der SFIO bedeutet objektiv eine Verstärkung und Beschleunigung der imperialistischen Kriegsgefahr.

Auf der anderen Seite erleichtert die Haltung der Minderheit der SFIO es der französischen Bourgeoisie, ihre Politik der imperialistischen Zugeständnisse solange fortzuführen, wie sie es für zweckmässig hält, und sich dabei auf die Stimmungen der französischen Arbeiterklasse zu stützen, die gegen den imperialistischen Krieg gerichtet sind. In der Blumschen Mehrheit und der Paul Faureschen Minderheit des Parteitages spiegeln sich die beiden Strömungen, die gegenwärtig die imperialistische Bourgeoisie Frankreichs selbst teilen. Das erleichtert dem französischen Imperialismus sein Geschäft ungemein, das erlaubt ihm die französische Arbeiterklasse für die verschiedenen Etappen seiner imperialistischen Politik zu mißbrauchen.

Nur die Stimme des revolutionären Sozialismus, die Stimme der proletarischen Revolution, wurde auf dem Kongreß nicht vernommen. Die äußerste Linke, die auf dem Kongreß auftrat (Resolution Deixonne in der Kriegsfrage, die dann zugunsten der von Paul Faure zurückgezogen wurde), neigt vorwiegend dem "totalen Pazifismus" zu. Wäre sie wirklich und bewusst revolutionär, so hätte sie sich nicht der Resolution Paul Faure anschließen können.

Die Entscheidung, die auf dem außerordentlichen Kongreß der SFIO in Montrouge in den Weihnachtstagen gefallen ist, hat nicht nur Bedeutung für Frankreich, sie ist von Bedeutung für die ganze europäische Arbeiterbewegung.

Was bedeutet sie für die französische reformistische Arbeiterbewegung selbst?

Sie bedeutet eine scharfe Wendung, die im französischen Reformismus in Bezug auf die Kriegsfrage eingetreten ist, eine Wendung zum Schlechteren, die nicht möglich gewesen wäre, ohne den Stalinismus. Ehe der Stalinismus sich dem Sozialpatriotismus zuwandte, waren die Mitglieder der SFIO in einer Entwicklung begriffen gewesen, die sie vom Sozialpatriotismus wegführte. Die Entscheidung von Montrouge ist ein schwerer Rückschlag für die Arbeiter, die auf dem Wege waren, sich aus den Fesseln des Sozialpatriotismus und zum Teil auch denen des Sozialpazifismus loszulösen und sich einer revolutionären Stellungnahme zu nähern. Für diesen Rückschlag ist in erster Linie der Stalinismus verantwortlich. Neben den reformistischen Führern muß der französische und internationale Stalinismus für diesen Verrat am Sozialismus und an der Arbeiterklasse am schärfsten angeklagt werden.

Eine Spaltung ist jetzt noch in der SFIO vermieden worden, aber die inneren Spannungen sind zweifellos gestiegen. Es ist mehr als fraglich, ob die Partei im Falle des wirklichen Krieges den Druck der Ereignisse gegenüber ihre Einheit bewahren kann.

Die Verhandlungen und die Entscheidungen, die in Montrouge gefallen sind, haben ohne Zweifel die Notwendigkeit vor Augen geführt, daß vor der französischen Arbeiterklasse ein klarer und fester revolutionärer Standpunkt entwickelt wird. Dadurch, daß diese Entscheidung noch in der Kriegsfrage entwickelt wird, bietet sie sich den Kräften, vor dem tatsächlichen Kriegsausbruch gefallen ist, bietet sie den Kräften, die dem imperialistischen Krieg gegenüber den Standpunkt des revolutionären Proletariats einnehmen, außergewöhnlich günstige Chancen.

Zum Jahreswechsel und für das neue Jahr 1939

entbietet die Redaktion der "Arbeiterpolitik" ihren Lesern und Freunden die besten Wünsche !



Frankreich:

=====

## Unzufriedenheit in den Postlerverbänden.

-----

Am 20. und 21. Dezember 1938 haben die erweiterten Vorstände der Postlerverbände getagt und zwar am ersten Tage die drei Verbände (Arbeiter, Angestellte und Beamte) getrennt und am zweiten Tage der Conseil National der Fédération gemeinsam. Es wurde festgestellt, daß die Sanktionen der Regierung wegen der Beteiligung am Generalstreik sich auf Dienstenthebungen von einer Woche bis zu einem halben Jahr und auf Strafversetzungen erstrecken. Eine Solidaritätsaktion wurde beschlossen.

In der Debatte über den Generalstreik wurde von einigen Delegierten aus der Provinz starke Kritik an dem Verhalten der Gewerkschaften geübt. Die Aktionsmethode sei verfehlt gewesen und die Haltung verschiedener Gewerkschaftsführer habe von vornherein gezeigt, daß es ihnen nicht ernst mit dieser Aktion gewesen sei. Selbst diejenigen Delegierten, die die Gewerkschaftsleitungen in Schutz nehmen, mußten zugeben, daß künftig bei solchen Aktionen ganz anders verfahren werden müsse.

Die Antwort der Verbandsleitung war recht schwach und mit Entschuldigungen gespickt. Zum Schluß wurde gegen 8 Stimmen eine Resolution angenommen, die zwar die Verbandsleitung entlastet, die aber in mehr als einer Hinsicht bemerkenswert ist. Es wird darin ganz offen zugegeben, daß der Generalstreik ein Fehlschlag war; als eine der Ursachen werden "schädliche Einflüsse in Bezug auf die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung" festgestellt. Das bezieht sich offenbar auf die Fraktionsarbeit der Stalinisten, die unbedingt unterbunden werden müsse, wenn in Zukunft noch größerer Schaden verhütet werden soll. Weiterhin heißt es, daß bloße Demonstrationen und Schlagworte nicht mehr genügen, um der verderblichen Politik der Regierung Einhalt zu tun. Was anstelle dessen geschehen soll, wird allerdings nicht gesagt. Die Resolution endet dann mit den bekannten pazifistischen Forderungen und mit der Propagierung des "konstruktiven Planes" der CGT.

Welche Resolution die Minderheit vorgeschlagen hat, ist aus dem Bericht nicht ersichtlich. Wahrscheinlich gar keine. Es ist auch nicht ersichtlich, ob es sich um Stalinisten handelt, (die übrigens nur bei den Arbeitern einen recht bescheidenen Einfluß haben), oder um andere, revolutionäre Elemente. Jedenfalls zeigt auch diese Vorstandstagung, daß eine leider nicht vorhandene - wirklich kommunistische Kraft in der französischen Arbeiterbewegung keine schlechten Chancen hätte.

## Die Scharfmacher bei der Arbeit

-----

Die Pariser Sektion des Metallarbeiterverbandes hatte sich an den Unternehmerverband mit dem Vorschlag gewandt, gemeinsam die Entlassungen nachzuprüfen, die im Anschluß an den Generalstreik vorgenommen wurden und die Verletzungen des Tarifvertrages in den Betrieben, die seitdem vorgekommen sind, abzustellen. Die Unternehmer haben diese bescheidene Bitte mit einem kurzen und brüskem "Nein" beantwortet. Sie wollen jetzt wieder unumschränkte Herren im Hause sein. In einem Jammerartikel in der "Humanité" vom Verbandssekretär Doury wird festgestellt, daß sie überhaupt kein Interesse daran hätten, den Arbeitsfrieden in den Betrieben wiederherzustellen. Der "Arbeitsfrieden" ist eben für die linientreuen Sekretäre heute die Hauptsache. Wenn man sich nur ein bißchen mit ihnen unterhält und sie sonst in Ruhe läßt, dann sind sie schon zufrieden.

Zur gleichen Zeit wird gemeldet, daß die großen Warenhäuser eine Abstimmung für die Einführung der 45-Stundenwoche vorbereiten. Vor einigen Wochen hatten die Unternehmer unter den Warenhausangestellten eine "Abstimmung" durchgeführt, über die Einführung der Sechstageswoche (unter Beibehaltung der 40 Stunden) und mit Hilfe des nötigen Druckes hat man das gewünschte Resultat auch erzielt. Im Schweiß ihres Angesichtes haben sich damals die Verbandssekretäre bemüht, diese faule Sache den Angestellten als "Erfolg" schmackhaft zu machen, weil die 40-Stundenwoche erhalten geblieben und "Schlimmeres verhütet worden" sei. Was alle vernünftigen Leute schon damals vorausgesagt haben, ist jetzt eingetreten. Die Unternehmer haben diese Kapitulation als eine Aufmunterung zu weiteren Vorstößen aufgefaßt.

S p a n i e n :

### Die neue Franco-Offensive.

Seit einigen Tagen hat Franco seine lang angekündigte und immer wieder verschobene Offensive längs des Segre gegen Katalonien begonnen. Diese Offensive trägt den Stempel der Pleite an der Stirn. Nach den bei solchen Unternehmungen üblichen Anfangserfolgen südlich Lerida ist sie an dem Widerstand der Regierungstruppen und im Dreck vorläufig festgefahren.

Diese Offensive hat eine seltsame Vorgeschichte. Seit Wochen gehen Nachrichten durch die englische Presse über Überlaufereien von höheren Franco-Offizieren zu den Republikanern, über die rapid wachsende Gärung im Hinterland Francos und über Meutereien in seinen Reihen. Zuletzt hat sich noch eine sonderbare Sache zugetragen, man hat im diplomatischen Gepäck des britischen Konsuls in San Sebastian die Pläne der Offensive gefunden! In der spanischen Regierungspresse sind keinerlei eigene Nachrichten über diese Dinge zu finden, sie beschränkte sich darauf, die Meldungen der Azslandspresse wiederzugeben.

Offenbar ist hier das "perfide Albion" am Werk, das sich bemüht, der ohne Zweifel vorhandenen defaitistischen Stimmung und den Rivalitäten zwischen den verschiedenen Richtungen im Francospanien, sowie dem wilden Haß gegen die italienischen und deutschen "Freunde" tüchtig nachzuhelfen und Franco und seinem Oberherrn in Rom Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Mussolini möchte gern, daß bei dem Besuch des englischen Premierminister zumindestens Katalonien und Barcelona unterworfen sind. Da Eile geboten ist, hat er den spanischen Räubergeneralen die Pistole auf die Brust gesetzt und sie zu dieser Offensive trotz aller widrigen Umstände gezwungen.

Mit welcher "Begeisterung" die Francoleute am Werke sind, ist am besten aus der italienischen Presse zu ersehen, deren Korrespondenten freudestrahlend berichten, daß dieses Mal die Italiener von Anfang an in der vordersten Reihen kämpfen. Mangels anderer "Siege" werden dabei märchenhafte Heldentaten einzelner Schwarzhemden ganze Spalten lang berichtet, die ganze Horden von "Roten" unbarmerzig zur Strecke bringen. Dabei läuft ihnen manchmal auch ein kleines Malheur unter, das die Wahrheit ahnen läßt. So war dieser Tage im "Giornale d'Italia" ein ellenlanger Bericht seines Korrespondenten über die Vorgänge unmittelbar hinter der Front zu lesen, der in einer Feststellung ausklang, daß dieser Krieg voraussichtlich noch lange dauern werde und daß das gerade die Gewähr eines gründlichen Sieges sei!

Trotz alledem soll man nicht verkennen, daß die ausgehungerten Katalanen auch diesmal wieder einen schweren Stand haben werden. Die Übermacht an Material ist bei den Italienern sehr groß, sie wird noch zunehmen, nach

den Transporten zu urteilen, die nach Spanien unterwegs sind. Und ob die Regierung Negrin dieser erneuten Nervenbeanspruchung gewachsen ist, ist auch eine Frage, die keineswegs unbedingt bejaht werden kann.

.....

Deutschland:

Hitlers Kampf gegen die Arbeiter .

-----

Wir entnehmen der Nummer 26 des Informationsdienstes der ITF folgende Darstellung :

Unter dem Hakenkreuz gibt es in Deutschland keine Gewerkschaften und von den Belegschaften gewählte Betriebsvertretungen mehr. Erheben gemeinsamer Lohnforderungen gilt als staatsfeindliche Verschwörung und wird entsprechend bestraft. Die deutschen Unternehmer erhielten das Recht, die Löhne und Arbeitsbedingungen in ihrem Betrieb nach Gutdünken festzusetzen, sie wurden zwar der Aufsicht der Bezirksbeamten des Reichsarbeitsministeriums der " Reichstwehnhänder der Arbeit " unterstellt, aber diese Beamten des Nazi-Arbeitsministers stehen in entscheidenden Situationen mit Unternehmern und Nazipolizei in einer Front gegen die Arbeiter.

Viele Unternehmer haben 1933 sofort die Entmachtung der Arbeiter durch die Nazis nach Kräften ausgenutzt und die Löhne gekürzt. Das Steigen der Preise, die Erhöhung der Steuern und die hohen Zwangsabzüge vom Lohn haben allerdings bald weitere nennenswerte allgemeine Lohnkürzungen unmöglich gemacht. Und als mit der Verstärkung der Aufrüstung und der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (1935) und des Zwangsarbeitsdienstes (1935) in kriegswichtigen Unternehmen ein gewisser Facharbeitermangel spürbar wurde, verlangten diese Facharbeiter Teuerungszulagen und Lohnerhöhungen. Der Nazi-Arbeitsminister, die Nazipolizei und Nazi-Unternehmer haben sich der Lohnbewegung der deutschen Facharbeiter schroff entgegengestellt. Doch seit der Verdoppelung der Armee (1936) waren 2 ½ Jahrgänge deutscher Arbeiter aus den Betrieben gezogen und die motorisierte Armee und vor allem die Luftwaffe zogen Zehntausende Facharbeiter in ihre Werkstätten. Die Rüstungsindustrie wurde außerordentlich ausgebaut. Und durch den Geburtenausfall der zwei Jahrzehnte zurückliegender Kriegsjahre fehlte der Nachwuchs. In den kriegswichtigen Betrieben, in der Landwirtschaft, im Verkehr wurde der Facharbeitermangel immer fühlbarer. Unternehmerverbände - die sogenannten " Fachgruppen der gewerblichen Wirtschaft " - verboten Lohnerhöhungen. Aber Unternehmer, die für Staatsaufträge arbeiteten, trachen aus der Lohndruckfront aus ; um möglichst viele der sehr einträglichen Staatsaufträge übernehmen zu können, gaben sie dem Drängen der Facharbeiter nach und zahlten übertarifliche Lohnzuschläge. Sie konnten es leicht, denn der Staat zahlte gut.

Sobald in einzelnen Unternehmungen Arbeitergruppen bessere Akkorde durchgesetzt hatten, setzte eine Wanderungsbewegung ein. Facharbeiter versuchten, in die besser zahlenden Betriebe hinüber zu wechseln. Aus anderen Betrieben, aus den Dörfern rückten Arbeiter in die freigewordenen Arbeitsplätze nach. Neuentstehende Rüstungsbetriebe zogen Arbeiter an sich, eine allgemeine Lohnwanderungsbewegung wurde ausgelöst. Vielen Facharbeitern wurden, um sie im Betrieb zu halten, Lohnzuschläge bewilligt.

Der Nazistaat griff ein. Er beschränkte die Freizügigkeit der Landarbeiter, der Arbeiter und technischen Angestellten in der Metallindustrie und Bau-gewerbe. Aber diese Maßnahmen halfen nur kurze Zeit. Unternehmer, die ohne



Heranziehung neuer Fachkräfte keine weiteren Staatsaufträge übernehmen konnten, fanden Mittel und Wege, um unentbehrlichen Fachkräften alle Lohn-erhöhungen zu zahlen. Während der Mobilisierung im Frühjahr 1938 stritten sich Unternehmer um Facharbeiter. Da entschloß sich die Nazi-diktatur zu außerordentlichen Maßnahmen: Hitlers Stellvertreter Göring verkündete die Zwangsarbeitspflicht, ließ Gefangene zu niedrigen Tarifsätzen als Lohn-drücker arbeiten und beauftragte die Treuhänder der Arbeit, "alle Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um eine Beeinträchtigung der Wehrhaftmachung und der Durchführung des Vierjahresplanes durch die Entwicklung der Löhne und der sonstigen Arbeitsbedingungen zu verhindern". Wer den vom Treuhänder angeordneten Lohnkürzungen oder Höchstlohnbestimmungen "zuwiderhandelt oder sie umgeht, wird mit Gefängnis und Geldstrafe und letztere in unbegrenzter Höhe, oder mit einer dieser Strafen bestraft." (Verordnung vom 25. Juni 1938) Die Treuhänder wurden "insbesondere ermächtigt, in den vom Reichsarbeitsminister bestimmten Wirtschaftszweigen auch unter Abänderung von Betriebs (Dienst-Ordnungen und Arbeitsverträgen) Löhne mit bindender Wirkung nach oben und unten festzulegen". Im Baugewerbe und in der Metallindustrie können (seit dem 3. bzw. 15. September) allgemein von den Treuhändern Löhne gekürzt und Höchstlöhne festgesetzt werden.

In den 15 Wirtschaftsbezirken des alten deutschen Reichsgebiets gingen die Treuhänder sofort an die Arbeit. Um Lohnerhöhungen in einzelnen Betrieben zu verhindern, haben sie in 14 Bezirken - und zwar in Bayern, Berlin-Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Nordmark, Rheinland, Saarpfalz, Sachsen, Schlesien, Thüringen, Westfalen und in Südwestdeutschland, Mittel- und Ostpreußen - angeordnet, daß ihnen alle Änderungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die mindestens 3 Beschäftigte betreffen, sofort zur Genehmigung vorzulegen sind. "Ich werde mich bei der Prüfung, ob ungerechtfertigte Lohnsteigerungen vorliegen, welche die Wehrhaftmachung und den Vierjahresplan beeinträchtigen können, nicht auf die Prüfung der Lohnsätze allein beschränken, sondern auch feststellen, ob nicht durch andere Bestimmungen mittelbar eine Lohnerhöhung vorgenommen wurde"., erklärte zum Beispiel der Treuhänder für Berlin-Brandenburg und erinnerte drohend daran, daß er Widerspenstige ins Gefängnis sperren lassen kann (am 10. August). In drei Wirtschaftsbezirken - in Südwestdeutschland, Mittel- und Ostpreußen - verzichteten die Treuhänder auf Kontrolle der Arbeitsbedingungen: in Kleinbetrieben mit weniger als 20 Beschäftigten, in Pommern begnügt sich der Treuhänder mit Anzeige etwaiger Veränderungen und er hält sich Einschreiten im Einzelfall vor.

Um die Abwanderung in besser zahlende Betriebe zu verhindern, haben 8 der 15 Treuhänder - und zwar die Treuhänder für Bayern, Hessen, Nordmark, Pommern, Rheinland, Saarpfalz und Südwestdeutschland - verboten, in anderen Betrieben in ungekündigter Stellung arbeitende Arbeiter und Angestellte durch Anbieten bessere Löhne oder Gehälter anzuwerben. Die Treuhänder von Mittel- und Ostpreußen, Nordmark, Rheinland und Niedersachsen gingen noch weiter und verboten allgemein das Anwerben von Arbeitern und Angestellten - selbst von zur Zeit arbeitslosen! - durch überdurchschnittliche Arbeitsbedingungen und Löhne. Der sächsische Treuhänder verlängerte die Kündigungsfrist für alle Arbeiter und Angestellten der Privatwirtschaft auf drei Monate, damit - wie das Unternehmerorgan "Die sächsische Wirtschaft" zynisch bemerkt - die Arbeiter und Angestellten reichlich Zeit haben, sich zu überlegen, ob sich das Hinüberwechseln in einen besser zahlenden Betrieb lohnt.

In Thüringen und Berlin-Brandenburg haben die Unternehmer das Recht erhalten, durch Abänderung der Betriebsordnung jederzeit die Kündigungsfristen unbeschränkt zu verlängern.

In anderen Wirtschaftsbezirken wird den Unternehmern voraussichtlich bald ebenfalls das Recht gegeben werden, Arbeiter und Angestellte nach Belieben an den Betrieb zu fesseln, hat der Ministerialrat Kalckbrenner vom Nazi-Arbeitsministerium angekündigt.

Arbeiter und Angestellte, die sich nicht fügen wollen, Unternehmer, die die Bestimmungen umgehen wollen, werden mit Berufung auf die berüchtigte Göring-Verordnung ( vom 25. Juni 1938 ) mit Gefängnis bestraft und überdies noch zu hohen Geldstrafen verurteilt.

Mit Einsatz der Polizei und der Gerichte will die Nazidiktatur die Lohnbewegung um Teuerungsausgleich brechen.

Aber nicht genug damit : die Löhne der Facharbeiter sollen gesenkt werden. Die Unternehmerverbände erinnern daran, daß die von Arbeitern erkämpften übertariflichen Lohnerhöhungen " jederzeit auf den ( niedrigen ) Tariflohn zurückgeführt werden können und daß übertarifliche Leistungszulagen ( nach Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts vom 7. April 1937 ) jederzeit kurzfristig gekündigt werden dürfen.

Die Hitlerdiktatur will die Löhne der Facharbeiter senken.

Von der Widerstandskraft der Arbeiter in den einzelnen Betrieben hängt es ab, ob sie ihre Absicht durchführen kann oder nicht.

V a n d e r v e l d e †  
- - - - -

Emile Vandervelde, der Führer der belgischen Arbeiterpartei, ist am 27. Dezember 1938 in Brüssel im Alter von 73 Jahren gestorben. Er gehörte der belgischen Arbeiterbewegung seit seiner Jugendzeit an. Er gehört unter die ersten Abgeordneten, die die belgischen Arbeiter in das Parlament schickten. Vandervelde war Jahrzehnte hindurch der Führer der belgischen Arbeiterpartei und spielte auch eine führende Rolle in der Leitung der Zweiten Internationale. Vandervelde hat neben seiner parlamentarischen Tätigkeit auch eine ziemlich umfassende politische und soziologische Schriftstellerei betrieben. In den letzten Jahren ist er tatsächlich aus der Führung der belgischen Arbeiterpartei durch Leute, wie de Man, Spaak usw. verdrängt worden.

" Hitler verrecke ! Proleten erwacht ! "

(ITF) Kürzlich war bei uns große Aufregung, berichtet ein Arbeiter eines mitteldeutschen Großbetriebes. Ein Meister hat festgestellt, daß im Abort bei Arbeitsbeginn an alle Türen mit roter Farbe gemalt worden war : " Hitler verrecke ! Proleten erwacht ! " Es muß mit einer Schablone gearbeitet worden sein. Rausgekommen ist die Sache, weil auf einmal alles so fleissig nach dem Abort lief. Alle kamen schmunzelnd zurück. Einem Meister fiel das auf, er sah nach. - Sofort setzte eine große Untersuchung ein. Gestapo kam mit dem Auto. Zuerst wurden die Maler vernommen. Farbproben wurden angestellt aber vergeblich. Die Farbe stammte nicht vom Werk. 4 Mann wurden als verdächtig mitgenommen, aber nach 2 Tagen waren sie wieder da. Wir glauben, wenn sie uns nicht so notwendig brauchen würden, wäre die halbe Kollegschaft ins KZ nach Dachau gekommen. Insofern hat das Arbeitstempo auch wieder sein Gutes. Die Türen sind schließlich abgehobelt worden. Das System ist bis zum nächsten Mal gerettet "

Verantwortlich: Emile Hirtzel, Strasbourg